16550/73 30

DEUTSCHLAND
UND
FRANKREICH

Ihre Wirtschaft und
ihre Politik 1923/24

Herausgegeben von
R. KUCZYNSKI

Berlin 1924

VERLAG VON R. L. PRAGER

Polit 34

Deutschland und Frankreich

Ihre Wirtschaft und ihre Politik 1923/1924

Mit Beiträgen von

F. Aereboe, E. Baptiste, L. Brentano, A. Cohen, F. Delaisi, Ch. Gide, F. Gouttenoire de Toury, P. Hertz, J. Jastrow, E. Kahn, S. Kutner, O. Landsberg, C. Lemercier, H. Mann, R. Meerwarth, H. Muthesius, R. Perdon, M. Prager, M. Quarck, P. Renaudel, P. Reynaud, R. Picard, P. Stegemann, M. Wagner, R. Wissell

herausgegeben von

R. Kuczynski

BERLIN 1924

Verlag von R. L. PRAGER

E 3 a 5 b
E 3 a 5 c

355988
II

K-73/16550
22.11. 30 –
z księg. ś. Kanclerza



Vorwort.

Den Grundstock dieses Buches bildet die „Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz". Ihre Aufgabe habe ich in einer Vorbemerkung zu der ersten Nummer, die am 12. Januar 1923, am Tage nach dem Einmarsch in die Ruhr, versandt wurde, dargelegt:

Die „Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz" will der Verbreitung der Wahrheit über Deutschland und Frankreich in Deutschland und Frankreich dienen. Ich bin mir wohl bewußt, daß ich damit n i c h t „einem in weitesten Kreisen empfundenen Bedürfnis" genüge. Wäre dem so, dann würden nicht vier Jahren der erzwungenen Lüge vier Jahre der freiwilligen Lüge gefolgt sein, dann wäre die Aufgabe dieser Korrespondenz längst von anderer Seite mit vollkommeneren Mitteln erfüllt.

Die „Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz" will nicht der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen dienen. Sie will vielmehr durch Erleichterung des g e g e n s e i t i g e n V e r s t e h e n s lediglich die Möglichkeit einer Verständigung schaffen. Machen dann die Völker von dieser Möglichkeit Gebrauch, um so besser. Dauert der Haß trotz gegenseitigen Verstehens unvermindert an, so mögen das deutsche und das französische Volk auf Grund ihres Selbstbestimmungsrechts, das ich höher stelle als alles andere — w e n n es in Kenntnis der Tatsachen und der Folgen ausgeübt wird — sich gegenseitig zerfleischen!

Man wird mir auf deutscher Seite entgegenhalten: durch Verbreitung der Wahrheit über Frankreich in Deutschland wirst du die öffentliche Meinung in Deutschland verwirren; durch Verbreitung der Wahrheit über Deutschland in Frankreich wirst du den französischen Nationalisten Waffen liefern. Ich antworte: ist die öffentliche Meinung in Deutschland etwa heute — auch nur in der Reparationspolitik — geschlossen? Ist sie nicht — m. E. gerade durch die in bester Absicht erfolgte Irreführung — so verwirrt, daß hier eine Wandlung nur einen Fortschritt bedeuten kann? Und beruht nicht die Stärke der französischen Nationalisten letzten Endes darauf, daß die Wahrheit über Deutschland in Frankreich so wenig verbreitet ist?

Man wird mir auf französischer Seite entgegenhalten: Wir trauen nicht der „Wahrheit", die aus Berlin kommt; wir sind zu oft getäuscht worden. Ich begreife Euer Mißtrauen, aber es schreckt mich nicht. Prüft jedes Wort und jede Zahl und sagt mir Eure Zweifel. Irren ist menschlich. Aber ich verspreche Euch, daß ich diese Korrespondenz an dem Tage einstellen werde, an dem Ihr mir bewiesen haben werdet, daß sie ein Wort oder eine Zahl enthält, die Euch täuschen sollte.

* * *

In der „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz" erscheinen die Aufsätze über Frankreich in deutscher Sprache, die „deutsch-französische Wirtschaftsstatistik" in deutscher und französischer, die Aufsätze über Deutschland in französischer Sprache. Hier erscheinen alle Aufsätze und Statistiken auf deutsch. Die Verfasser haben ihre Beiträge, soweit erforderlich, für die Buchausgabe umgearbeitet und auf den neuesten Stand gebracht. Die während der Drucklegung in der „Korrespondenz" erschienenen Beiträge wurden gleichfalls aufgenommen.

Ein Anhang enthält die Artikel meiner „Finanzpolitischen Korrespondenz" vom Januar 1923 bis April 1924 und bietet eine Fortsetzung des Jahrbuchs der „Finanzpolitischen Korrespondenz", das für die Jahre 1920 bis 1922 selbständig erschienen ist. Den Abschluß bildet eine Bücherschau mit bisher nicht veröffentlichten Anzeigen.

Die Mitarbeiter sind selbstverständlich nur für die von ihnen gezeichneten Artikel verantwortlich. Die Uebersetzungen und die nicht gezeichneten Beiträge stammen vom Herausgeber.

Berlin-Schlachtensee, Ostern 1924

R. Kuczynski

ERSTER ABSCHNITT.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE.

Das Kennzeichen des deutschen Wirtschaftsjahres 1923.

Fragt man heute einen deutschen Geschäftsmann: was war das wichtigste Ereignis im Wirtschaftsjahr 1923? — so antwortet er entweder: die Besetzung der Ruhr, oder: der Zusammenbruch der Mark. Ich glaube indes, beide Antworten sind falsch. Ich glaube, die erste zeugt von wenig Voraussicht, die zweite von schwachem Gedächtnis. Gewiß hat die Besetzung der Ruhr das deutsche Wirtschaftsleben schwer erschüttert und viele Existenzen vernichtet; aber wenn in absehbarer Zeit eine politische Einigung mit der Entente zustande kommt, wird der durch den Einbruch in die Ruhr verursachte wirtschaftliche Schaden keine dauernde Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands bedeuten, und kommt eine solche Einigung nicht in absehbarer Zeit zustande, so wird der Ruhreinbruch nur als eine von den zahlreichen Leidensstationen, und wohl nicht einmal als die furchtbarste, auf dem Wege zur völligen Vernichtung in der deutschen Wirtschaftsgeschichte fortleben. Der Zusammenbruch der Mark aber — und das scheint heute bereits vergessen zu sein — erfolgte nicht 1923, sondern 1922. Ihr Wert sank damals von $^1/_{40}$ auf $^1/_{2000}$. Anfang 1922 war der Stand der deutschen Währung sehr bedenklich; Ende 1922 war er hoffnungslos. Und der Sturz von $^1/_{2000}$ auf $^1/_{1\,000\,000\,000\,000}$ im Jahre 1923 war nur noch die mehr äußerliche Beglaubigung einer längst vollzogenen Tatsache.

Das Kennzeichen des Wirtschaftsjahres 1923, das es zugleich in grundlegender Weise von den Vorjahren abhob und von nachhaltiger Wirkung für die Zukunft bestimmt scheint, war denn auch wohl weder die Besetzung der Ruhr noch der Zusammenbruch der Mark, sondern das Steigen der Preise von etwa 60 Proz. auf mindestens 110 Prozent der Weltmarktpreise.

Anfang 1923 waren die Kohlenpreise (in Gold gerechnet) trotz der 40proz. Kohlensteuer niedriger als vor dem Kriege. In den folgenden Monaten stiegen sie vorübergehend, doch beruhte dies im wesentlichen auf außergewöhnlichen

Schwankungen der Wechselkurse. Eine entscheidende Aenderung trat erst in der zweiten Augustwoche ein, als die Papiermarkpreise plötzlich von einem Tag zum anderen um 350 Proz. stiegen. In der Zeit vom 9. August bis zum 2. September war der Durchschnittspreis fast dreimal so hoch wie vor dem Kriege. Aber auf die Dauer kletterte der Dollar noch schneller als die Papiermarkpreise, und als nun diese (in Gold gerechnet) wiederum unter den Vorkriegsstand sanken, führten die Zechen Goldmarkpreise ein. Der Tonnenpreis wurde zunächst — für die Fettförderkohle in der Ruhr — auf 28,08 Goldmark ab 17. September (gegenüber 11,25 Mk. in der Vorkriegszeit) festgesetzt. Man nahm damals allgemein an, dieser Preis würde von Dauer sein, aber er stieg schon ab 24. September auf 38,46 Goldmark. Als dann die Kohlensteuer am 15. Oktober in Fortfall kam, wurde er auf 24,92 Mk. ermäßigt. Damit war er noch mehr als doppelt so hoch wie vor dem Kriege und um etwa ¼ bis ⅓ höher als in England und Frankreich. Um insbesondere der immer drohender werdenden englischen Konkurrenz zu begegnen, wurde der Preis endlich ab 19. Dezember auf 20,60 Goldmark herabgesetzt, hielt sich aber damit immer noch über Weltmarktstand.

Preis der Tonne Ruhr-Fettförderkohle ab Grube 1923.
(1. April bis 31. Juli 1914 = 11,25 Goldmark.)

Zeitraum	Papiermark	Goldmark		
		Min.	Max.	Durchschn.
1. Januar bis 11. Januar	22 763	9,15	13,16	10,72
12. „ „ 31. „	38 044	3,26	15,43	7,01
1. Februar „ 8. Febr.	68 411	6 80	8,57	7,48
9. „ „ 31. März	123 356	16,65	27 40	23,36
1. April „ 15. Mai	114 117	10,41	22,73	16,39
16. Mai „ 31. „	143 510	8,67	13,28	10,79
1. Juni „ 14. Juni	221 200	8,60	14,86	11,34
15. „ „ 24. „	336 200	9,53	13,11	11,01
25. „ „ 8. Juli	528 000	12,60	19,40	14,37
9. Juli „ 16. „	835 000	17,88	19,47	18,72
17. „ „ 26. „	1 361 000	7,52	26,21	15,28
27. „ „ 1. Aug.	2 083 000	7,95	11,51	8,61
2. August „ 8. „	5 158 000	4,46	19,68	7,94
9. „ „ 19. „	23 267 000	20,10	36,17	28,42
20. „ „ 26. „	37 984 000	28,99	37 97	32.17
27. „ „ 2. Sept.	70 707 000	26,98	52,25	36,37
3. Septbr. „ 9. „	91 913 000	7,28	39,78	14,97
10. „ „ 16. „	168 700 000	7,38	13,97	8,95
17. „ „ 23. „	.	28,08	28,08	28,08
24. „ „ 14. Oktbr.	.	38,46	38,46	38,46
15. Oktbr. „ 18. Dezbr.	.	24,92	24.92	24 92
19. Dezbr. „ 31. „	.	20,60	20,60	20,60

Der Preis für Stabeisen war schon Anfang 1923 höher als vor dem Kriege; aber auch hier führte die Stabilisierung,

d. h. die Festsetzung von Goldmarkpreisen, zu einer dauernden Steigerung. Während die Tonne Stabeisen in Oberhausen bei Kriegsausbruch 95,50 Mk. kostete, wurde der Preis ab 3. August auf 185 sh. (177 Goldmark) festgesetzt, dann ab 22. August auf 190 sh. (181 Goldmark), ab 11. September auf 219 sh. (209 Goldmark), ab 24. Oktober auf 210,60 sh. (201 Goldmark). Die Hoffnung, die Aufhebung der Kohlensteuer und das Sinken der Kohlenpreise würden eine bedeutende Ermäßigung der Eisenpreise im Gefolge haben, hat sich also nicht erfüllt.

Preis der Tonne Stabeisen in Oberhausen 1923.
(Juli 1914 = 95,50 Goldmark.)

Zeitraum	Papiermark	Goldmark		
		Min.	Max.	Durchschn.
1. Januar bis 9. Januar	270 000	113	156	133
10. „ „ 11. „	313 000	126	128	127
12. „ „ 16. „	355 000	90	144	121
17. „ „ 23. „	406 000	74	94	84
24. „ „ 30. „	576 000	61	112	87
31. „ „ 6. Febr.	860 000	74	97	88
7. Februar „ 8. „	1 155 000	132	145	138
9. „ „ 13. „	1 331 000	180	202	190
14. „ „ 20. „	1 185 000	212	263	240
21. „ „ 10. April	1 043 000	190	226	204
11. April „ 9. Mai	1 012 000	108	202	147
10. Mai „ 15. „	1 250 000	114	130	122
16. „ „ 24. „	1 348 000	103	125	110
25. „ „ 31. „	1 775 000	107	137	124
1. Juni „ 5. Juni	2 034 000	109	137	117
6. „ „ 14. „	2 600 000	101	142	126
15. „ „ 24. „	3 400 000	96	133	111
25. „ „ 26. „	4 038 000	135	148	141
27. „ „ 5. Juli	4 800 000	121	134	128
6. Juli „ 8. „	6 300 000	150	150	150
9. „ „ 12. „	7 332 000	164	171	166
13. „ „ 16. „	8 600 000	184	193	189
17. „ „ 19. „	10 350 000	199	199	199
20. „ „ 26. „	10 975 000	61	162	102
27. „	13 377 000	74	74	74
28. „ „ 2. Aug.	.	113	113	113
3. August „ 21. „	.	177	177	177
22. „ „ 10. Sept.	.	181	181	181
11. Septbr. „ 23. Oktbr.	.	209	209	209
24. Oktbr. „ 31. Dezbr.	.	201	201	201

Die starke Erhöhung der Kohlen- und Eisenpreise zwang die Reichsbahn zu einer entsprechenden Erhöhung der Gütertarife. Seit Ausbruch des Krieges waren die Frachtsätze (in Gold gerechnet) niedriger gewesen als vor dem Kriege. Das war allgemein bis gegen Ende Oktober 1923 der Fall; aber am 1. November wurden Goldmarktarife eingeführt, und die neuen Frachtsätze sind um 125 Proz. höher als vor 10 Jahren.

Normal-Gütertarif 1923.

Zeitraum	Papiermark	Goldmark		
		Min.	Max.	Durchschn.
		1913/14 = 1		
1. Januar bis 14. Febr.	2 858	0,24	1,65	0,51
15. Februar „ 31. Mai	5 717	0,35	1,27	0,79
1. Juni „ 30. Juni	8 575	0,23	0,58	0,33
1. Juli „ 31. Juli	25 725	0,10	0,68	0,31
1. August „ 19. Aug.	64 313	0,06	0,25	0,09
20. „ „ 31. „	1 372 000	0,52	1,37	0,88
1. Septbr. „ 10. Sept.	2 058 000	0,16	0,89	0,29
11. „ „ 17. „	5 145 000	0,16	0,33	0,23
18. „ „ 24. „	41 160 000	0,95	1,57	1,12
25. „ „ 9. Okt.	82 320 000	0,29	2,86	0,80
10. Okt. „ 12. „	164 640 000	0,13	0,23	0,17
13. „ „ 17. „	823 200 000	0,63	0,91	0,78
18. „ „ 24. „	2 286 700 000	0,15	1,18	0,27
25. „ „ 28. „	6 860 000 000	0,44	0,44	0,44
29. „ „ 31. „	27 440 000 000	1,59	1,77	1,71
1. Novbr. „ 31. Dez.	.	2,25	2,25	2,25

Noch stärker war die Steigerung der Personentarife im Jahre 1923. Der Fahrpreis für 1 Kilometer in der 3. Klasse, der vor dem Kriege 3,07 Pf. betrug, war in der Folgezeit durchweg wesentlich niedriger gewesen. Im Januar 1923 betrug er (in Gold gerechnet) durchschnittlich nur 0,14 Pf. Seit November beläuft er sich auf 3,3 Pf.

Preis für 1 Kilometer bei einer Strecke von 300 Kilometern im Jahre 1923 (Goldpfennig).

Zeitraum	Personenzüge			Schnellzüge		
	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.
1913/1914	4,77	3,07	2	8,47	5,43	3,4
1. Januar bis 31. Januar .	0,28	0,14	0,09	0,65	0,33	0,16
1. Februar „ 28. Februar	0,36	0,18	0,12	0,84	0,42	0,21
1. März „ 31. Mai . . .	0,65	0,32	0,22	1,51	0,76	0,38
1. Juni „ 30. Juni . . .	0,38	0,19	0,13	0,92	0,46	0,23
1. Juli „ 31. Juli . . .	0,48	0,18	0,12	1,14	0,57	0,21
1. August „ 19. August .	0,22	0,07	0,05	0,53	0,27	0,08
20. „ „ 31. „	1,03	0,32	0,21	2,43	1,23	0,38
1. Septbr. „ 10. Septbr. .	0,83	0,28	0,19	1,92	0,96	0,32
11. „ „ 17. „	0,65	0,22	0,15	1,50	0,75	0,25
18. „ „ 24. „	2,43	0,81	0,54	5,59	2,79	0,93
25. „ „ 1. Oktober	5,25	1,75	1,17	12,09	6,05	2,02
2. Oktbr. „ 9. „	1,89	0,63	0,42	4,36	2,18	0,73
10. „ „ 12. „	0,62	0,21	0,14	1,43	0,72	0 24
13. „ „ 17. „	1,12	0,37	0,25	2,58	1,29	0,43
18. „ „ 24. „	0,70	0,23	0,15	1,60	0,80	0,27
25. „ „ 28. „	0,97	0,32	0,21	2,21	1,10	0,37
29. „ „ 31. „	3,69	1,23	0,82	8,51	4,25	1,42
1. Novbr. „ 30. Novbr. .	9,9	3,3	2,2	22,8	11,4	3,8
1. Dezbr. „ 31. Dezbr. .	6,6	3,3	2,2	15,2	7,6	3,8

Die gleiche Entwicklung zeigt sich in den Postgebühren. Anfang 1923 kostete ein gewöhnlicher Brief im Fernverkehr (in Gold gerechnet) 1,1 Pf., heute 10 Pf. Die Gebühr für ein Telegramm betrug je Wort damals 0,9 Pf., heute 15 Pf.

Postgebühren 1923.

Zeitraum	Briefe 20 gr.	Telegramme je Wort	Briefe 20 gr.	Telegramme je Wort
	Papiermark		Goldpfennig (Durchschnitt)	
1913/1914	0,10	0,05	10	5
1. Januar bis 14. Januar	25	20	1,1	0,9
15. „ „ 28. Febr.	50	40	0,8	0,6
1. März „ 30. Juni	100	80	0,8	0,7
1. Juli „ 31. Juli	300	200	0,4	0,2
1. August „ 23. Aug.	1 000	800	0,1	0,1
24. „ „ 31. „	20 000	16 000	1,1	0,9
1. Septbr. „ 19. Sept.	75 000	60 000	0,4	0,3
20. „ „ 30. „	250 000	200 000	0,7	0,6
1. Oktbr. „ 9. Oktbr.	2 000 000	3 000 000	1,4	2,1
10. „ „ 19. „	5 000 000	8 000 000	0,4	0,6
20. „ „ 31. „	10 000 000	40 000 000	0,1	0,3
1. Novbr. „ 4. Nov.	50 000 000	1 200 000 000	0,1	1,7
5. „ „ 11. „	1 000 000 000	6 000 000 000	0,8	4,5
12. „ „ 14. „	10 000 000 000	6 000 000 000	4,6	2,8
15. „ „ 19. „	10 000 000 000	.	1,7	10
20. „ „ 25. „	20 000 000 000	.	2	10
26. „ „ 30. „	80 000 000 000	.	8	10
1. Dezbr. „ 31. Dezbr.	.	.	10	15

Unter diesen Umständen kann es nicht überraschen, daß die Kosten der Lebenshaltung im Jahre 1923 außerordentlich gestiegen sind. Sie betrugen Anfang 1923 in Gold gerechnet nur rund 25 Proz. der Vorkriegszeit; in den folgenden Monaten, d. h. in der Zeit der „Markstabilisierung", als der Dollarkurs künstlich niedrig gehalten wurde, während die Papiermarkpreise noch stiegen, waren die Kosten der Lebenshaltung etwa halb so hoch wie vor dem Kriege; dann sanken sie wiederum. Als aber im August die Preise für Kohle und andere Lebensnotwendigkeiten in die Höhe schnellten, näherten sich die Kosten der Lebenshaltung dem Vorkriegsstande. Vorübergehend stiegen sie dann — infolge der abermaligen künstlichen Niedrighaltung des Dollars — auf über 150 Proz. des Vorkriegsstandes, und jetzt, wo die Notierung der fremden Devisen in Berlin der Notierung der Mark im Ausland entspricht, sind sie immer noch um etwa 15 Proz. höher als vor dem Kriege. Sie sind damit (in Gold gerechnet) 4—5mal so hoch als Anfang 1923.

Es ist nicht leicht, die wirklichen Ursachen für die ungeheure Preissteigerung im Jahre 1923 festzustellen. Die Ansicht der Geschäftswelt geht im allgemeinen dahin, die hohen Preise beruhten auf dem Achtstundentag,

Reichs-Lebenshaltungsindex und Dollarindex 1923.

Zeitraum	Lebenshaltungskosten (1913/14 = 1)	Dollarkurs (1913/14 = 1)
Januar (Durchschnitt)	1 120	4 281
Februar „ . . .	2 643	6 650
März „ . . .	2 854	5 048
April „ . . .	2 954	5 826
Mai „ . . .	3 816	11 356
Juni „ . . .	7 650	26 202
Juli „ . . .	37 651	84 186
August 6.	149 531	393 044
„ 13.	436 935	881 370
„ 20.	753 733	1 000 476
„ 27.	1 183 434	1 333 969
September 3.	1 845 261	2 310 624
„ 10.	5 051 046	12 077 180
„ 17.	14 244 900	31 491 186
„ 24.	28 000 000	35 000 000
Oktober 1.	40 400 000	57 600 000
„ 8.	109 100 000	199 600 000
„ 15.	691 900 000	895 700 000
„ 22.	3 045 000 000	9 528 300 000
„ 29.	13 671 000 000	15 480 000 000
November 5.	98 500 000 000	100 000 000 000
„ 12.	218 500 000 000	150 000 000 000
„ 19.	831 000 000 000	600 000 000 000
„ 26.	1 535 000 000 000	1 000 000 000 000
Dezember 3.	1 515 000 000 000	1 000 000 000 000
„ 10.	1 239 000 000 000	1 000 000 000 000
„ 17.	1 163 000 000 000	1 000 000 000 000
„ 24.	1 150 000 000 000	1 000 000 000 000
„ 31.	1 147 000 000 000	1 000 000 000 000

der Unzulänglichkeit der Leistungen der Arbeiter, den hohen Löhnen, den hohen Gütertarifen, den hohen Steuern, dem Zusammenbruch der Mark. Aber tatsächlich wurde ja der Achtstundentag schon vor 5 Jahren eingeführt, und die Preise für deutsche Waren waren in den ersten Nachkriegsjahren außerordentlich niedrig. Die Arbeiterschaft mag nicht bereit oder nicht imstande gewesen sein, dasselbe zu leisten wie vor dem Kriege, aber jede unparteiische Prüfung führt zu dem Ergebnis, daß die Leistungen im Jahre 1923 nicht mehr gesunken sind. Die Reallöhne sind 1923 vorübergehend höher gewesen als in den Vorjahren, z. B. im März/April, als im Zusammenhang mit der Markstabilisierung die Löhne rascher stiegen als die Preise, und dann wiederum vom August ab, als das plötzliche Steigen der Preise und der Zusammenbruch der Ruhrpolitik schwere soziale Unruhen heraufbeschworen. Aber in anderen Monaten — z. B. auch im Dezember — waren die Reallöhne erschreckend niedrig, und im Durchschnitt des Jahres 1923 waren sie nicht höher als 1921 und 1922. Die Löhne reichen ja auch kaum aus, um den Arbeitern das Exi-

stenzminimum zu sichern, und selbst unter voller Berücksichtigung des Sinkens der Leistung, d. h. am Arbeitsertrage gemessen, sind sie im allgemeinen nicht höher als vor dem Kriege. Auch die Frachtsätze können nicht an der Preissteigerung schuld sein, da die Reichsbahn die Tarife erst sehr spät erhöhte und noch im Oktober die Güter zu denselben, wenn nicht zu niedrigeren Preisen als in den Vorjahren beförderte. Die Steuersätze waren zweifellos in Deutschland hoch, aber infolge der Geldentwertung war die Steuerlast vom Standpunkt des Produzenten nicht „ungünstiger" als 1919/1922. Der Zusammenbruch der Mark aber fiel, wie gesagt, schon in das Jahr 1922. Immerhin hat die Hartnäckigkeit, mit der die Reichsregierung bis in den Herbst hinein jede Währungsreform ablehnte — eine Politik, die fast von der ganzen deutschen Geschäftswelt gebilligt wurde —, den verhängnisvollen Einfluß, den die Geldentwertung im zweiten Halbjahr 1922 auf das Wirtschaftsleben ausübte, verstärkt, um so mehr, als die Mark im Jahre 1923 in ungeahnte Tiefen stürzte. Auch kann man die außergewöhnliche Preissteigerung vom November 1923 großenteils auf die fürchterliche Markentwertung zurückführen. Sie beeinflußte die Preise unmittelbar, insofern, als die Geschäftsleute, die ihre Waren gegen Papiermark verkauften — und das taten die Kleinhändler fast durchweg —, natürlich versuchten, das Risiko einer weiteren Markentwertung auf die Käufer abzuwälzen. Wenn sie also annahmen, der Dollar werde am nächsten Tage, sagen wir, um 20 Proz. steigen, so forderten sie ihren Kunden 20 Proz. mehr ab, als sie bei stabiler Währung getan hätten. Aehnlich wirkte die Markentwertung unmittelbar insofern auf die Preise, als Geschäftsleute, die sich Papiergeld leihen mußten, um ihre Läger wieder aufzufüllen, dafür schließlich 15, 20 und sogar 30 Proz. Zinsen pro Tag (gegenüber etwa $^1/_{30}$ Proz. zu Beginn des Jahres) zahlen mußten. Papiergeld zu so phantastischen Sätzen zu borgen, war sicherlich nicht einmal immer ein schlechtes Geschäft, aber es war zweifellos stets ein unsicheres Geschäft, und das Risiko fand seinen Niederschlag in entsprechend höheren Preisen. So kann denn die Entwertung der Mark für die außergewöhnliche Preiserhöhung im November verantwortlich gemacht werden. Aber inzwischen ist eine gewisse Stabilität in den Währungsverhältnissen eingetreten; die Preise haben sich entsprechend gesenkt, und sie sind doch über Weltmarkthöhe. Die Wurzel des Uebels ist eben nicht so sehr der Marksturz von 1923 mit seinem unmittelbaren Einfluß auf die Preisentwicklung als vielmehr die allmähliche Markentwertung von 1922, die das ganze deutsche Wirtschaftsleben demoralisierte und damit allerdings mittelbar auch schließlich die Preise in die Höhe treiben mußte. Geschäftliche Abschlüsse, die bei stabiler Währung gesund und solide gewesen wären, waren auf der Basis der Papiermark tollkühne Spekulationen. Fabrikanten, die ihr ganzes

Leben dem technischen Ausbau ihrer Werke gewidmet hatten, wurden tatsächlich zu Spielern, als sie merkten, daß es viel wichtiger sei, deutsches Papiergeld und fremde Devisen im richtigen Augenblick zu verkaufen, als technisch-rationell in ihrem Betrieb zu wirtschaften. Sie vernachlässigten also die produktionstechnische Seite ihres Geschäftes; die persönlichen und sachlichen Ausgaben stiegen; die Produktionskosten nahmen zu; hohe Preise brachten schließlich nicht mehr hohen Nutzen.

Die Folgen der ungeheuren Preissteigerung des Jahres 1923 liegen auf der Hand. Da die Kaufkraft der — schlecht beschäftigten — Arbeiterschaft geringer war als 1922, und da die Fortdauer der Inflation den Untergang des Mittelstandes besiegelte, nahm der innere Konsum mehr und mehr ab. Gleichzeitig wurde die Ausfuhr immer schwieriger, weil die meisten Waren im Ausland soviel billiger waren als in Deutschland, daß selbst Dumping nicht mehr in Frage kam. Viele Betriebe mußten ganz schließen, andere arbeiteten nur noch zwei oder drei Tage in der Woche. Die Zahl der Erwerbslosen ist heute in Deutschland größer als in England, und die Zahl der Kurzarbeiter ist sogar noch höher als die der völlig Arbeitslosen. Die Lebenshaltung ist für diejenigen, die vollarbeiten, vielleicht nicht schlechter als vor einem Jahre, aber für die Gesamtheit der städtischen Bevölkerung ist sie sehr viel niedriger. Die Folgen sind ein weiterer Rückgang der körperlichen Leistungsfähigkeit, allgemeine Verzweiflung und eine ungeheure Kriminalität.

Die Aussichten für einen Preisabbau sind nicht günstig. Infolge der Zwangswirtschaft für Mieten sind die Ausgaben für die Befriedigung des Wohnungsbedarfs heute noch sehr niedrig. Von den Gesamtkosten des wöchentlichen Existenzminimums einer vierköpfigen Berliner Familie in Höhe von 28,80 Mk. im Jahre 1913/14 entfielen 5,50 Mk. auf die Miete. Von den entsprechenden Kosten im Dezember 1923 in Höhe von 30,85 Mk. trafen nur 1,10 Mk. auf die Wohnung. Man wird vielleicht auf den ersten Blick geneigt sein anzunehmen, daß, wenn — mit der bevorstehenden Aufhebung der Zwangswirtschaft — die Wohnungsmiete wieder 5,50 Mk. betragen sollte, die Gesamtkosten des Existenzminimums gleichfalls um 4,40 Mk., also von 30,85 Mk. auf 35,25 Mk., d. h. um 14 % steigen würden. Das aber ist ein Trugschluß. Der deutsche Unternehmer hat heute noch den Vorteil, daß seine Arbeiter fast umsonst wohnen; verliert er diese Vergünstigung, so werden naturgemäß seine Produktionskosten steigen; die Folge wird eine allgemeine Verteuerung der Waren sein. Die Kosten des Existenzminimums werden also bei einer Steigerung der Mieten nicht nur entsprechend dieser Steigerung in die Höhe gehen, sondern sie werden darüber hinaus anwachsen. Man macht sich keinesfalls einer Uebertreibung schuldig, wenn man annimmt, daß bei einer Erhöhung der

Berliner Miete für eine Stube und Küche von 1,10 Mk. auf 5,50 Mk. die übrigen Kosten des Existenzminimums um 2 Mk. steigen werden, so daß die Gesamterhöhung nicht 4,40 Mk., sondern 6,40 Mk. oder reichlich 20 Proz. ausmachen würde.

Die Meinung der meisten Geschäftsleute über die Aussichten für einen Preisabbau sind allerdings weniger pessimistisch. Sie glauben immer noch, daß die Aufhebung des Achtstundentages die Produktionskosten so sehr ermäßigen wird, daß die Preise auf den Weltmarktstand sinken werden[1]), und daß eine weitere Einschränkung der Einfuhr Deutschland von seiner ungünstigen Handelsbilanz befreien und damit automatisch zu einer dauernden Stabilisierung der Währung führen würde. Immerhin gibt es schon eine glücklicherweise zunehmende Anzahl von Geschäftsleuten, die begreifen: 1. daß es bei der herrschenden Arbeitslosigkeit und bei schließlich doch geringen Reallöhnen politisch unklug und wirtschaftlich zwecklos ist, die Arbeitszeit jetzt zu verlängern; 2. daß eine weitere Einschränkung der Einfuhr, die ja ohnehin nicht einmal halb so groß ist, wie vor dem Kriege, notwendigerweise eine Einschränkung der Ausfuhr zur Folge haben würde; 3. daß es nicht die passive Handelsbilanz ist, die die Inflation verursacht hat, sondern die Unordnung im Reichshaushalt, und daß das einzig wirksame Mittel gegen Inflation, gegen übermäßige Preise und ihre verhängnisvolle Wirkung auf das ganze Wirtschaftsleben die Gesundung der öffentlichen Finanzen durch Anglei-chung der Reichseinnahmen an die notwendigen Reichsausgaben ist. Diese verhältnismäßig kleine Gruppe von Geschäftsleuten, die die Wurzel des Uebels erkennt, ist naturgemäß nicht optimistisch. Die Aufgabe, den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen, bietet in der Tat ungeheure Schwierigkeiten, und diese Schwierigkeiten werden unüberwindlich sein, solange nicht die Reparationsfrage eine Lösung gefunden hat, die gleichzeitig den berechtigten Ansprüchen Frankreichs Genüge tut und Deutschland in den Stand versetzt, seine wirtschaftliche Kraft wiederzugewinnen.

---

[1]) Als ein Beispiel für viele sei der Aufruf der Kölner Vereinigung der Arbeitgeber an die Arbeiter der Groß-Eisenindustrie vom 8. Januar 1924 zitiert, in dem sie die Annahme des Zehnstundentages fordern: „Nicht Machthunger treibt die Unternehmer, sondern bittere wirtschaftliche Notwendigkeit. Wir sind nicht mehr konkurrenzfähig. Unsere Preise liegen zu hoch. Ueberall großes Interesse für unsere Erzeugnisse, aber bedauerndes Achselzucken über unsere Preise. Vermehrte Arbeit bringt verbilligte Produktion, und vermehrte Aufträge schaffen Arbeit und Brot. Wir glauben Euch, daß Euch der Entschluß zur Mehrarbeit nicht leicht wird, aber es muß sein. Die Zahlen reden eine unerbittliche harte Sprache. Wir müssen uns ihnen beugen oder zugrundegehen."

Beziehungen zwischen Wirtschaftslage und Bevölkerungsentwicklung in Deutschland.

Von Rudolf Meerwarth, Professor an der Universität Berlin.

Für den Nationalökonomen, der vor dem Krieg die Konjunkturschwankungen mit ihren Wirkungen untersuchte, stand die Tatsache fest, daß eine aufsteigende Konjunktur die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung günstig beeinflußt, und daß die günstige wirtschaftliche Lage wiederum Wirkungen auf die Bevölkerungsbewegung ausübt. Vor allem sah man enge Beziehungen zwischen der Heiratshäufigkeit und der wirtschaftlichen Lage. In wirtschaftlich günstigen Zeiten nahm die Zahl der Eheschließungen verhältnismäßig zu, in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten nahm die Zahl der Eheschließungen verhältnismäßig ab.

Wie gestaltete sich die Entwicklung der Heiratshäufigkeit in dem Deutschland der Nachkriegszeit? Auf 1000 Einwohner trafen Eheschließungen: 1912: 7,9, 1913: 7,7, hingegen 1919: 13,4, 1920: 14,5, 1921: 11,8, 1922: 11,1. Die hohen Ziffern der Jahre 1919 und 1920 weisen darauf hin, daß nach dem Krieg zahlreiche Eheschließungen nachgeholt worden sind. Man hat ausgerechnet, daß 1919 und 1920 bereits über 80 Proz. der Kriegsverluste — also der während des Krieges im Vergleich zu normalen Zeiten ausgefallenen Ehen — gedeckt worden sind. Auffallen müssen jedoch die hohen Heiratsziffern der Jahre 1921 (11,8) und 1922 (11,1) gegenüber den angegebenen Ziffern der Vorkriegszeit, die 8 Prom. nicht erreichen.

Dazu wird von außerdeutscher Seite gelegentlich bemerkt, während der Jahre 1921 und 1922 sei in Deutschland in der Tat die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung günstig gewesen, wie auch zahlreiche Einzelbeobachtungen ergeben hätten; die hohen Heiratsziffern der Jahre 1921 und 1922 seien gar nicht erstaunlich. Demgegenüber wird hier mit Nachdruck die Auffassung vertreten, daß die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung in den beiden Jahren durchaus ungünstig war. Der Beweis kann mit Berechnungen über die Bewegung der Reallöhne und Realgehälter geführt werden; er wird hier mit den Ergebnissen der Statistik des Fleischverbrauches geführt. Nach den vorsichtigen, alle Einwände in Betracht ziehenden Berechnungen des Preußischen Statistischen Landesamts[1]) betrug der Fleischverbrauch (genau der Verbrauch von tierischem Fleisch und Fett für menschliche Nahrungszwecke) in Preußen pro Kopf der Bevölkerung 1913: 49,02 kg, 1921: 31,85 kg, 1922: 29,67 kg. Auf den Kopf der gesamten Bevölkerung gerechnet, hat jeder Einwohner Preußens 40 Proz. seines Friedensfleischverbrauchs eingebüßt; ein Ergebnis, das ohne weiteres auf

[1]) Vgl. die eingehende Darstellung in der Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts, Jahrgang 1921, S. 311 ff. und in der Statistischen Korrespondenz des Preußischen Statistischen Landesamts vom 28. Juni 1923.

ganz Deutschland übertragen werden kann. Nimmt man an, daß die Landbevölkerung, die etwa 25 bis 30 Proz. der gesamten Bevölkerung ausmacht, ihren Friedensfleischverbrauch nicht wesentlich geändert hat, so entfallen auf die Städter je Kopf nur noch 40 bis 45 Proz. der Vorkriegsmenge, was einer Einbuße von 55 bis 60 Proz. entspricht. Zu durchaus ähnlichen Ergebnissen hätte eine Berechnung des Fettverbrauchs der Bevölkerung geführt. Es kann von dem Nationalökonomen verlangt werden, daß er Ergebnisse, die auf sorgfältigen Massenbeobachtungen ruhen, anerkennt und nicht herausgegriffene Einzelbeobachtungen und gefühlsmäßige Betrachtungen an ihre Stelle setzt.

Trotzdem nun die wirtschaftliche Lage und Lebenshaltung der nicht ländlichen Bevölkerung während der letzten Jahre denkbar ungünstig war, lag doch die Heiratsziffer der nicht ländlichen Bevölkerung erheblich über derjenigen der ländlichen Bevölkerung. Die preußische Statistik trennt die Bewegung der Bevölkerung nach Stadt und Land. Auf 1000 der mittleren Bevölkerung Preußens entfielen Eheschließungen:

	auf dem Land	in den Städten
1913	7,25	8,34
1920	13,89	15,00
1921	11,56	12,18
1922	10,30	11,91

Untersucht man für das Jahr 1922 die Heiratsziffern der einzelnen deutschen Länder und Landesteile, so zeigt sich wiederum, daß im allgemeinen stark landwirtschaftliche Gebiete unter dem Reichsdurchschnitt (11,1 Eheschließungen auf 1000 Einwohner), stark industrielle Gebiete über dem Reichsdurchschnitt liegen, nämlich Württemberg: 7,7, Hohenzollern: 8,9, Ostpreußen: 9,2, Grenzmark Posen-Westpreußen: 9,2, Waldeck: 9,2, Bayern: 9,7, Oberschlesien: 10,2, Baden: 10,3, Pommern: 10,4, Oldenburg: 10,4; dagegen Hamburg: 13,9, Bremen: 12,6, Berlin: 12,4, Braunschweig: 12,2, Rheinprovinz: 12,0, Sachsen (Freistaat): 12,0. Bei beiden Gruppen von Gebieten tritt gegen 1921 ein leichter Rückgang der Ziffer zutage; gegen 1913 ergibt sich bei beiden Gruppen eine erhebliche Steigerung der Ziffer, die bei den industriell durchsetzten Gebieten im allgemeinen noch stärker ist als bei den mehr landwirtschaftlich durchsetzten Gebieten. Woher die verhältnismäßig hohen Heiratsziffern bei ungünstiger wirtschaftlicher Lage, bei außerordentlich ungünstigen Wohnungsverhältnissen?

Man wird vielleicht ganz allgemein sagen können: in der Bedeutung der Ehe hat sich ein Wandel vollzogen. Die Ehe war vor dem Krieg etwas, auf das man wartete, und zwar auch in den Kreisen der Arbeiterschaft. Man wartete, bis der Militärdienst vorbei war und eine Arbeitsgelegenheit, die ein ausreichendes Einkommen versprach, gefunden war; man wartete, bis die Aussteuer beisammen war; man wartete, bis eine geeignete Wohnung gefunden war. Der Militärdienst ist fort-

gefallen; das Warten auf Aussteuer und Wohnung hat keinen Sinn mehr. Die eigene selbständige Wohnung ist ein Traumbild geworden, man zieht zu Eltern und Verwandten; das Sparen auf eine Aussteuer ist bei zunehmender Geldentwertung sinnlos, man schafft sich nach der Eheschließung nach und nach die allernotwendigsten Gegenstände an. Vor dem Krieg bedeutete für einen großen Teil der Arbeiterschaft, für einen außerordentlich großen Teil der Angestellten- und Beamtenschaft die Eheschließung die Gründung eines Hausstandes, eines Heims, in dem die Frau als Hausfrau waltete. Heute ist die Ehefrau infolge des unzureichenden Einkommens des „Ernährers" immer mehr genötigt, in Stellung zu gehen oder die vor der Ehe bereits ausgeübte Stellung weiter zu führen. Auch hier erscheint ein Warten auf ein auskömmliches Einkommen des Mannes sinnlos. Es sind — mit anderen Worten — alle Gründe, die vor dem Krieg für ein Aufschieben und damit auch oft für ein Aufgeben der Eheschließung sprachen, weggefallen. Auf der anderen Seite ist das Leben in der Nachkriegszeit für den Ledigen immer schwerer geworden. Muß er ohne wesentliche fremde Hilfe für sich allein sorgen, so kommt er — ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die sich vor allem in den Städten beim Einholen und Zubereiten der Lebensnotwendigkeiten ergeben — kaum durchs Leben; verdienen zwei, Mann und Frau, so kommen sie knapp durchs Leben. Die Eheschließung bedeutet also heute für die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung nicht die Gründung eines „Heims" wie früher, wohl aber die Errichtung eines notdürftigen Schutzwalles gegen die wirtschaftliche Not.

Wenn die Heiratsziffer in stark landwirtschaftlichen Gebieten zum Teil erheblich unter dem Reichsdurchschnitt liegt, so darf diese Tatsache wohl nur in geringem Umfang mit der vor dem Krieg beobachteten starken Abwanderung in die Städte und in gewerbliche Gebiete in Zusammenhang gebracht werden. Diese Abwanderung hat in der Nachkriegszeit aller Wahrscheinlichkeit nach stark nachgelassen, wenn nicht ganz aufgehört[1]).

Es ist möglich, daß auf dem Lande die Wohnungsnot vielfach ein absolutes Hemmnis für die Gründung einer Familie bildet. Wie erwähnt, ist aber auch auf dem Lande die Heiratshäufigkeit gegen die Vorkriegszeit gestiegen.

Die volle Auswirkung der wirtschaftlichen Notlage, welche über die arbeitenden Klassen seit Kriegsende gekommen ist, zeigt sich in der Entwicklung der Geburtenziffer. Der Geburtenrückgang, der an sich in beträchtlichem Ausmaß seit der Jahrhundertwende einsetzte, hat in den Jahren 1921 und 1922 außerordentlich starke Fortschritte gemacht.

Im Deutschen Reich entfielen auf 1000 Einwohner Geburten (einschließlich Totgeburten): 1913: 28,5, 1921: 26,1 1922: 23,6.

[1]) Vgl. den Versuch einer Binnenwanderungsstatistik in der Statistischen Korrespondenz des Preußischen Statistischen Landesamts vom 22. März 1923.

Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Notlage und Geburtenhäufigkeit war so eng, daß beispielsweise das Statistische Reichsamt für einige Monate eine unmittelbare Beziehung zwischen dem Großhandelsindex und der 9 Monate darauf zutage tretenden Geburtenhäufigkeit plausibel machen konnte[1]). Der Geburtenrückgang erstreckt sich auf alle deutschen Länder und Landesteile. Besonders niedrige Geburtenziffern hatten 1922 Berlin (12,3) und Hamburg (16,9). Durch eine verhältnismäßig hohe Geburtenziffer ragten 1922 noch Oberschlesien (32,1), Westfalen (27,8), Ostpreußen (27,8), Niederschlesien (26,2), Pommern (26,1) hervor.

Von besonderer Bedeutung ist schließlich noch die Bewegung der Sterbeziffer. Sie hat — ähnlich der Heiratsziffer — zu zahlreichen falschen Urteilen über Deutschlands wirtschaftliche Lage Anlaß gegeben. Die Sterbeziffer war 1921 und 1922 niedriger als 1913. Auf 1000 Einwohner entfielen Sterbefälle (einschließlich Totgeburten): 1913: 15,8, 1921: 14,7, 1922: 15,1. Die Ziffer liegt 1922 über der Ziffer von 1921, aber unter derjenigen von 1913. Man argumentierte, die Notlage der Bevölkerung könne bei einer derart günstigen Sterbeziffer nicht so groß sein, wie sie geschildert würde. Demgegenüber ist einmal darauf hinzuweisen, daß während des Krieges infolge der durch die Blockade herbeigeführten ungenügenden Ernährung zahlreiche ältere Personen vorzeitig starben; Personen, die unter normalen Verhältnissen noch Jahre gelebt hätten. Die Sterbeziffer war 1913: 15,8, 1914: 19,9, 1915: 22,0, 1916: 19,7, 1917: 21,0, 1918: 25,2, 1919: 16,2, 1920: 15,9.

Analysiert man die Sterbefälle nach Alter und Geschlecht, so ergibt sich in der Tat für die älteren Jahrgänge ein Rückgang der Sterblichkeit gegen 1913. Für die männlichen Personen, die 1921 im Alter von 15 bis 30 Jahren standen, war jedoch die Sterblichkeit höher als 1913. Einmal sind darunter Personen, die während des Krieges ungenügend ernährt worden sind; im allgemeinen wurden Lebensmittel nur an Kinder im Alter bis zu 6 Jahren in besonderem Umfang verteilt. Zum andern sind darunter Personen, welche den Krieg im Feld oder in den Munitionsfabriken mitgemacht haben und den Nachwirkungen zum Opfer fielen. In ähnlicher Weise war für die weiblichen Personen, die 1921 im Alter von 15 bis 35 Jahren standen, im Jahre 1921 die Sterblichkeit höher als 1913.

Von besonderer Bedeutung — und für den Rückgang der Sterbeziffer im ganzen entscheidend — ist die Abnahme der Säuglingsterblichkeit in den Nachkriegsjahren. Auf 100 Lebendgeborene kamen im ersten Lebensjahr Gestorbene (ohne Totgeborene): 1913: 15,1, 1919: 14,5, 1920: 13,1, 1921: 13,4, 1922: 12,9. Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit, der 1921 infolge der großen Hitze und Trockenheit in den Monaten Juli und August etwas unterbrochen wurde, steht in engem Zusammenhang mit dem Rückgang der Geburtenziffer; auf die

[1]) Wirtschaft und Statistik 1922 S. 242 f.

gegen früher verringerte Kinderzahl pro Ehe kann mehr Sorgfalt und Pflege verwendet werden. Dazu kommt nach ärztlicher Auffassung die Zunahme der Stilltätigkeit infolge der Nahrungsmittelnot, die Organisation der Kinderpflege und Schulung der weiblichen Jugend. Hervorzuheben ist, daß die Säuglingssterblichkeit auf dem Lande infolge der besseren Ernährungsverhältnisse erheblich niedriger ist als in den Städten und vor allem in den Großstädten. Allerdings bleibt abzuwarten, ob die während des Kriegs und der Nachkriegszeit geborenen Kinder bei ihrer vielfach schwachen Konstitution ernsten Krankheiten widerstehen können.

Der verhältnismäßig günstige Stand der Sterbeziffer hat zur Folge, daß Deutschland trotz starken Geburtenrückgangs jährlich noch einen starken Neuzuwachs an Menschen aufweist. Im Jahre 1922 betrug im Deutschen Reich (ohne die beiden Mecklenburg) die Zahl der lebendgeborenen Kinder 1 380 885, die der Sterbefälle (ohne die 45 870 totgeborenen Kinder) 867 193, der jährliche Neuzuwachs demnach 513 692. Dieser Zuwachs ist gegen die Vorkriegszeit, wo er gegen 800 000 betrug, zwar stark zurückgegangen, aber immer noch beträchtlich. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Zuwachs in den nächsten Jahren weiter sinken; ein Zuwachs wird aber immer noch vorhanden sein. Wie jedem Demographen geläufig ist, vollziehen sich die natürlichen Bewegungen der Bevölkerung in langsamem Tempo.

Damit stehen wir vor einem Problem, das gleichzeitig ein Problem der Wirtschaft und der Politik ist. Kann die deutsche Volkswirtschaft der Gegenwart die noch immer wachsende Bevölkerung ernähren? Es wird dabei in den folgenden Betrachtungen von allen Reparationsleistungen, die letzten Endes in Waren bezahlt werden müssen, abgesehen.

Bereits in den letzten Jahren vor dem Krieg stieß die durch die Entwicklung der Bevölkerung erforderliche Erweiterung des Nahrungsspielraums mehr und mehr auf Schwierigkeiten; unter dem Nahrungsspielraum ist dabei das Verhältnis der heimischen Volkszahl zum Ertrag der heimischen Gütererzeugnisse im weitesten Sinn verstanden. Die Ernteerträge der Landwirtschaft stiegen, jedoch nicht in dem Maße, in dem die Bevölkerung zunahm; der Absatz der Industrieerzeugnisse in das Ausland begann weniger lohnend als ehedem zu werden. Vor allem der Verlust entscheidend wichtiger landwirtschaftlicher Ueberschußgebiete im Osten gestaltete Deutschlands Lage in der Nachkriegszeit noch schwieriger. Deutschland ist in noch höherem Grad als vor dem Krieg Industriestaat geworden und muß sich durch einen forcierten Export von Industrieerzeugnissen, der auf immer stärkere Hemmungen stößt, die Möglichkeit verschaffen, Nahrungsmittel einzuführen. Der Nahrungsspielraum hat sich stark verengert, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen hat sich verschlechtert: Deutschland ist ein stark übervölkertes Land geworden. Eine erhebliche, aber meiner Ueberzeugung nach nicht grundsätzliche Aenderung dieses Tat-

bestandes kann durch einschneidende Reformen der Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern und durch ein großzügiges Siedlungswerk erfolgen. Das Grundproblem bleibt bestehen, besonders wenn man berücksichtigt, daß der vorhin behandelte Bevölkerungszuwachs auch die nächsten Jahre anhalten wird. Eine weitere Vereinfachung der Lebenshaltung, zu der der überwiegende Teil der Bevölkerung Deutschlands zurzeit gezwungen ist, halte ich für unmöglich.

Man hat in Deutschland gegen die leitenden Staatsmänner der Vorkriegszeit nicht mit Unrecht den Vorwurf erhoben, daß sie bei ihren innerpolitischen und vor allem bei ihren außenpolitischen Bestrebungen (Bündnisverträge usw.) dem Problem der drohenden Uebervölkerung nicht Rechnung getragen haben; daß sie die Frage: wohin mit dem überschüssigen Teil der Bevölkerung — nicht in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt haben. Deutschland ist zurzeit gelähmt, um eine Außenpolitik entfalten zu können. Um so mehr scheint es notwendig, daß diejenigen Mächte, die zurzeit über Deutschland bestimmen, eine klare Vorstellung von der Frage der Uebervölkerung in Deutschland und von den Folgen dieser Uebervölkerung für Deutschland und vor allem für sie selbst haben. Das Urteil, daß 20 Millionen Menschen in Deutschland zuviel sind, bringt noch keine Klärung der Frage, zumal das Urteil selbst falsch ist, wenn man an ein Deutschland denkt, das Jahre hindurch Reparationen leisten soll, die, wie erwähnt, letzten Endes in Waren zu liefern sind.

Bevölkerung, Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in Deutschland und Frankreich.

Bevölkerung[1]).

Zählung	Deutschland[2])	Zählung	Frankreich[3])
3. Dezember 1867	38 491 393	April—Mai 1866	38 067 064
1. „ 1871	41 058 792	„ 1872	36 102 921
1. „ 1875	42 727 360	Dezember 1876	36 905 788
1. „ 1880	45 234 061	18. Dezemb. 1881	37 672 048
1. „ 1885	46 855 704	30. Mai 1886	38 218 903
1. „ 1890	49 428 470	12. April 1891	38 343 192
2. „ 1895	52 279 901	29. März 1896	38 517 975
1. „ 1900	56 367 178	24. „ 1901	38 961 945
1. „ 1905	60 641 278	4. „ 1906	39 252 245
1. „ 1910	64 925 993	5. „ 1911	39 604 992
8. Oktober 1919	59 858 284	6. „ 1921	39 209 766

[1]) Vgl. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1902 I S. 185, 189; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1880 S. 1, 1890 S. 1, 1921/22 S. 1, 3; Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich, Erster Teil, S. 7; Annuaire Général de la France et de l'Etranger 1923 S. 94; Journal Officiel, Documents Parlementaires, Annexes.

[2]) Für 1867 ohne Elsaß-Lothringen, für 1919 ohne Elsaß-Lothringen und die übrigen bis Ende 1922 abgetretenen Gebiete. — Im heu-

tigen Reichsgebiet betrug die Bevölkerung am 1. Dezember 1910: 58 454 941, bei Kriegsausbruch 61 Millionen, am 8. Oktober 1919: 59 858 284, Ende 1923 etwa 63½ Millionen.

[3]) Für 1872 bis 1911 ohne Elsaß-Lothringen. — Im heutigen Frankreich betrug die Bevölkerung am 5. März 1911 rund 41 480 000, bei Kriegsausbruch 41⅔ Millionen, am 6. März 1921: 39 209 766, Ende 1923 etwa 39½ Millionen.

Von der Beendigung des deutsch-französischen Krieges bis zum Ausbruch des Weltkrieges ist die Bevölkerung gestiegen: in Deutschland von 40,9 auf 67,9 Millionen, d. h. um 66 Proz., in Frankreich von 35,9 auf 39¾ Millionen, d. h. um 11 Proz. Vom Ausbruch des Weltkrieges bis Ende 1923 ist die Bevölkerung im heutigen Reichsgebiet von 61 auf 63½ Millionen, d. h. um 4 Proz. gestiegen, im heutigen Frankreich von 41⅔ auf 39½ Millionen, d. h. um 5 Proz. gesunken. Das stärkere Wachstum der deutschen Bevölkerung vor dem Weltkriege beruhte auf dem größeren Geburtenüberschuß. Die Zunahme der Bevölkerung im heutigen Reichsgebiet von 1914 bis 1923 beruhte vor allem auf Einwanderung.

Eheschließungen[1]).

Jahr	Deutschland[3])	Frankreich[4])	Jahr	Deutschland[3])	Frankreich[4])
1871—1880[2])	369 092	295 090	1916	279 076	120 000
1881—1890[2])	367 791	279 975	1917	316 563	175 000
1891—1900[2])	430 846	289 630	1918	361 821	195 000
1901—1910[2])	484 651	304 718	1919	844 339	552 683
1911	512 819	307 788	1920	894 978	623 869
1912	523 491	311 929	1921	731 157	456 221
1913	513 283	298 760	1922	682 032	383 220
1914	460 608	195 000	1923 I. Hj.	292 821	176 114
1915	278 208	82 000			

[1]) Vgl. Statistik des Deutschen Reichs Band 150 S. 366, Band 246 S. 20*, Band 276 S. VI, XVII; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923 S. 35; Wirtschaft und Statistik 1923 S. 644, 1924 S. 62; Bulletin de la Statistique générale de la France, Tome XII 1922/23 S. 181, 183, Tome XIII 1923/24 S. 5.

[2]) Jahresdurchschnitt.

[3]) Ab 1919 ohne Elsaß-Lothringen und ohne den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Posen, ab 1920 ohne alle bis Ende 1922 abgetretenen Gebiete, aber bis 1921 einschließlich der 1922 an Polen abgetretenen Teile von Oberschlesien, ab 1921 ohne das Saargebiet.

[4]) Die Zahlen für 1914 bis 1918 sind geschätzt. Ab 1919 einschließlich Elsaß-Lothringen.

Von der Beendigung des deutsch-französischen Krieges bis zum Ausbruch des Weltkrieges stieg die Zahl der Eheschließungen in Deutschland sehr erheblich, wenn auch nicht ganz so stark wie die Bevölkerung; in Frankreich änderte sich die Zahl der Eheschließungen ebensowenig wie die Volkszahl. Im Kriege gingen die Eheschließungen in beiden Ländern zunächst beträchtlich zurück — in Deutschland auf die Hälfte (1915/16), in Frankreich sogar auf ein Viertel (1915) —, nahmen

aber dann in beiden Ländern wieder allmählich zu und waren hier wie dort — wenn man die Gebietsveränderungen berücksichtigt — 1920 etwa doppelt so hoch wie in den letzten Vorkriegsjahren. In der Folgezeit nahmen die Eheschließungen in beiden Ländern wieder ab.

Der durch den Krieg verursachte Ausfall an Eheschließungen war in Deutschland im Jahre 1921, in Frankreich im Jahre 1922 wieder ausgeglichen.

Geburten und Sterbefälle[1]).

Jahr	Deutschland			Frankreich		
	Geburten[3])	Sterbefälle[4])	Ueberschuß	Geburten[5])	Sterbefälle[5])	Ueberschuß
1871—1880[2])	1 674 843	1 163 809	511 034	934 939	870 876	64 063
1881—1890[2])	1 732 015	1 180 707	551 308	908 615	841 651	66 964
1891—1900[2])	1 900 296	1 170 031	730 265	853 001	829 040	23 961
1901—1910[2])	1 999 364	1 133 026	866 338	807 054	760 530	46 524
1911	1 870 729	1 130 784	739 945	742 114	776 983	— 34 869
1912	1 869 636	1 029 749	839 887	750 651	692 740	57 911
1913	1 838 750	1 004 950	833 800	745 539	703 638	41 901
1914 a	1 818 596	1 049 967	768 629	594 222	647 549	— 53 327
b	"	1 291 310	527 286	710 000	740 000	— 30 000
1915 a	1 382 546	1 016 386	366 160	386 966	646 301	— 259 335
b	"	1 450 420	— 67 874	450 000	720 000	— 270 000
1916 a	1 029 484	957 586	71 898	315 087	607 742	— 292 655
b	"	1 298 054	— 268 570	360 000	670 000	— 310 000
1917 a	912 109	1 063 519	— 151 410	343 310	613 148	— 269 838
b	"	1 345 424	— 433 315	390 000	680 000	— 290 000
1918 a	926 813	1 226 698	— 299 885	399 041	788 816	— 389 775
b	"	1 606 475	— 679 662	450 000	830 000	— 380 000
1919 a	1 260 500	964 066	296 434	403 479	617 454	— 213 975
b	"	978 380	282 120	503 606	736 541	— 232 935
1920	1 599 287	932 929	666 358	834 411	674 621	159 790
1921	1 560 447	860 199	700 248	813 396	696 373	117 023
1922	1 400 276	881 659	518 617	759 846	689 267	70 579
1923 I. Hj.	691 387	466 191	225 196	395 863	352 239	43 624

[1]) Vgl. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1902 I S. 216; Statistik des Deutschen Reichs Band 246 S. 21* f.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923 S. 35, 6*; Wirtschaft und Statistik 1922 S. 385, 1923 S. 644, 1924 S. 62 f; Annuaire Général de la France et de l'Etranger 1923 S. 97; Bulletin de la Statistique générale de la France, Tome XII 1922/23 S. 181, 183, Tome XIII 1923/24 S. 5.

[2]) Jahresdurchschnitt.

[3]) Ab 1917 ohne Elsaß-Lothringen, ab 1919 auch ohne den an Polen abgetretenen Teil der Provinz Posen, ab 1920 ohne alle bis Ende 1922 abgetretenen Gebiete, aber bis 1921 einschließlich der 1922 an Polen abgetretenen Teile von Oberschlesien, ab 1921 auch ohne das Saargebiet.

[4]) Gebiet wie für Geburten. 1914a bis 1919a abzüglich 1 691 841 in den deutschen Standesamtsregistern als gestorben nachgewiesene Militärpersonen.

[5]) Für 1914a bis 1919a ohne die 10 besetzten Departements, für 1914b bis 1918b geschätzt einschließlich der 10 besetzten Departements,

für 1919b und 1920—1923 heutiges Frankreich (einschließlich Elsaß-Lothringen); 1914—1919 bei den Sterbefällen durchweg ohne 1 354 400 gefallene Militärpersonen.

Der Geburtenüberschuß war in Deutschland durchweg größer, der Gestorbenenüberschuß (wo ein solcher vorlag) durchweg kleiner als in Frankreich. Aber die Geburtenzahl selbst war 1920 und 1921 — auch wenn man die Gebietsveränderungen berücksichtigt — in Deutschland kleiner als in den letzten 25 Jahren vor dem Weltkriege, in Frankreich größer als in jedem Jahre seit 1911. Auch war der Geburtenüberschuß in Deutschland 1920 und 1921 kleiner als 1912 und 1913, in Frankreich größer als in jedem Jahre seit 1898. Das Jahr 1922 brachte dann in beiden Ländern bei fast unveränderter Sterblichkeit einen Rückgang der Geburten, der in Deutschland besonders stark war, aber doch auch in Frankreich die Wirkung hatte, die Geburtenzahl (wenn man den Gebietszuwachs ausschließt) unter den Vorkriegsstand sinken zu lassen. Im ersten Halbjahr 1923 war die Geburtenzahl in Frankreich (395 863) etwa die gleiche wie im ersten Halbjahr 1922 (396 726), die Zahl der Sterbefälle (352 239) wesentlich niedriger (1922: 387 681)[1]). In Deutschland war die Geburtenzahl im ersten Halbjahr 1923 noch wesentlich geringer als im ersten Halbjahr 1922, die Sterblichkeit aber nur wenig günstiger.

Die Bilanz der wirtschaftlichen Kräfte Frankreichs.

Von Francis Delaisi, Paris.

Auf den ersten Blick erscheint Frankreich heute als der gesündeste und ausgeglichenste Staat in Europa.

Wirtschaftlich: Seine Landwirtschaft blüht; seine Industrie ist zwar nicht voll beschäftigt, kennt aber keine Arbeitslosigkeit; die Handelsbilanz ist nahezu im Gleichgewicht.

Finanziell: Seine Sparkraft erträgt, ohne zu wanken, das ungeheure Gewicht des Wiederaufbaus und den Fehlbetrag im Staatshaushalt.

Sozial: Die tiefe Scheidung zwischen den sozialistischen und syndikalistischen Organisationen sichert ihm eine vollkommene soziale Ruhe.

Militärisch: Frankreich hat das stärkste Heer auf dem Festland und konnte seine Pläne in der Ruhr trotz des Widerstandes seiner Gegner und des bösen Willens seiner Verbündeten verwirklichen.

---

[1]) Der Geburtenüberschuß hat sich auch weiter günstig entwickelt. Nach dem „Peuple" vom 6. April 1924 betrug im Jahre 1923 laut vorläufigen Feststellungen die Zahl der Geburten 761 861, die Zahl der Sterbefälle 666 990, der Geburtenüberschuß 94 871.

Es kannte weder die wirtschaftlichen und sozialen Krisen, die die Staaten Mitteleuropas ruiniert haben, noch die inneren Erschütterungen, die Italien und Spanien zur Diktatur führten, noch die intensive industrielle Krise, die heute Großbritannien aufwühlt und eine Zeitlang sogar die Vereinigten Staaten bedrückt hat.

In der allgemeinen Unruhe, die durch den Sturmwind des Krieges erzeugt worden ist, erscheint Frankreich als ein unerschütterlicher Felsen inmitten eines bewegten Meeres, und man begreift, daß einige unserer Staatsmänner und unserer Geschäftsleute glauben konnten, sie vermöchten, mit diesem starken Felsen als Stützpunkt, dem geteilten und geschwächten Europa ihre Vorherrschaft aufzuzwingen.

Ist aber diese eindrucksvolle Festigkeit von Dauer? Ist das Gleichgewicht genügend gesichert, um, ohne zu wanken, viele Jahre lang die Last der durch den Versailler Vertrag bedingten Zwangspolitik zu ertragen? Um das zu wissen, ist es nötig, die Bilanz der wirtschaftlichen Kräfte Frankreichs im letzten, dem fünften Jahre nach dem Kriege, sorgfältig aufzustellen.

Das beste Mittel, die genaue Lage des Landes zu bestimmen, ist wohl, die Ergebnisse der gegenwärtigen Produktion Frankreichs einschließlich Elsaß-Lothringens (in Goldfranken[1]) mit den Zahlen für 1913, die als normal gelten können (ohne Elsaß-Lothringen und auch ohne die zerstörten Gebiete), zu vergleichen.

Das heutige Frankreich produziert weniger als das Frankreich von 1913.

Die pflanzliche Produktion (Getreide, Futtermittel, gewerbliche Agrarerzeugnisse) ist um 23% gesunken (1257 Millionen Zentner im Jahre 1913, 973 im Jahre 1922).

Der Viehstand ist um 25% gesunken (62 Millionen Köpfe gegenüber 82).

Was den Wein anbetrifft, so ist die Erzeugung beträchtlich gestiegen (69 Millionen Hektoliter gegenüber 44 im Jahre 1913); aber da die Ausfuhr infolge der Einschränkungen in den Vereinigten Staaten und in England und der Zerstörung der mitteleuropäischen Märkte stark gefallen ist, ergab sich eine Preiskrise, die keineswegs auf große Gewinne hindeutet.

Alles in allem ist zwar die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse ungefähr ebenso groß wie 1913 (1779 Millionen Franken gegenüber 1817), aber die Ausfuhr ist erheblich gesunken (509 gegenüber 839), und der Fehlbetrag in

[1]) Die durchschnittliche Indexziffer für das Jahr 1922 beträgt 326 (1913 = 100). Die Kaufkraft des Papierfranken im Jahre 1922 verhielt sich also zum Goldfranken von 1913 wie 100 zu 326. Deshalb haben wir, um Goldfrankenzahlen zu erhalten, die mit denen von 1913 vergleichbar wären, die Papierfrankenzahlen der Statistik von 1922 durch 3,26 dividiert.

der landwirtschaftlichen Handelsbilanz ist gestiegen: er belief sich 1913 auf 978 Millionen, 1922 auf 1190 Millionen Goldfranken — also eine Verschlechterung um 21%.

Für die Industrie ist die Lage keineswegs glänzender — trotz der ungeheuren Verstärkung, die Elsaß-Lothringen insbesondere für die Metallindustrie und die Textilien brachte.

Die Produktionsfähigkeit der französischen Metallindustrie ist von 5 Millionen Tonnen Roheisen im Jahre 1913 auf 11 Millionen Tonnen gestiegen. Aber die Unzulänglichkeit der deutschen Kokslieferungen hat die Tätigkeit der lothringischen Werke beeinträchtigt; die Notwendigkeit, zu hohen Preisen belgischen und englischen Koks zu kaufen, hat die Herstellungskosten gesteigert und den Wettbewerb auf dem ohnehin durch den Ruin so vieler Völker stark eingeengten Weltmarkt noch erschwert. So ist denn die Produktion von Roheisen, trotz einer reichlichen Verdoppelung des Produktionsapparates, kleiner als vor dem Kriege (4½ Millionen Tonnen gegenüber 5,6).

In der Textilindustrie zeigt sich dasselbe Mißverhältnis zwischen dem Produktionsapparat und der Produktion, wenn auch die Lage hier günstiger ist. In der Baumwollspinnerei hat die Zahl der Spindeln um 30% zugenommen (1913: 7 351 000, 1922: 9 605 000 einschließlich Elsaß), aber das Gesamtgewicht der verarbeiteten Baumwolle ist um 14% gesunken (2 349 000 Zentner gegenüber 2 716 000 im Jahre 1913). Das gleiche gilt für die Wollspinnerei: trotz des Zugangs von 568 000 elsässischen Spindeln ist die Wolleinfuhr um 48% geringer als vor dem Kriege. Nur die Baumwollweberei zeigt einen ernstlichen Fortschritt. Die Zahl der mechanischen Webstühle ist — dank dem Elsaß und trotz der Zerstörungen — von 140 552 auf 180 560, also um 28% gestiegen, und die Produktion hat sogar noch viel stärker zugenommen. Man kann sich davon an der Hand der Außenhandelsstatistik überzeugen: Im Jahre 1913 betrug der Ausfuhrüberschuß an Baumwollgespinsten und Baumwollgeweben 319 Millionen Franken; im Jahre 1921 ist er auf 572 Millionen Goldfranken gestiegen, was eine Erhöhung um 78% bedeutet.

Es ist unmöglich, in diesem kurzen Ueberblick alle Industrien durchzugehen. Wir möchten aber doch noch darauf hinweisen, daß das französische Seidengewerbe, das hauptsächlich eine Exportindustrie ist, im Jahre 1913 für 632 Millionen, im Jahre 1921 aber nur für 416 Millionen Goldfranken an das Ausland verkaufte.

Im ganzen kann man sagen, daß es der französischen Industrie — trotz einer beträchtlichen Vermehrung des Produktionsapparats infolge der Wiedereroberung Elsaß-Lothringens und auch des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete — kaum gelungen ist, wieder ihre Vorkriegsproduktion zu erreichen. Das ist recht erklärlich, wenn man an das Hochschutzzollsystem denkt, das die Herstellungskosten steigert und den heimischen Verbrauch vermindert, während gleichzeitig die allgemeine Verarmung Europas die Nachfrage auf den fremden

Märkten verringert hat. Uebrigens findet diese Lage ihren deutlichen Ausdruck in der Statistik des Außenhandels.

Die Einfuhr industrieller Rohstoffe ist von 4946 Millionen im Jahre 1913 auf 4309 Millionen Goldfranken im Jahre 1922 gesunken. In dieser Gruppe ist auch die Ausfuhr zurückgegangen (1670 Millionen Goldfranken gegenüber 1858).

In bezug auf die Fertigfabrikate zeigt die Einfuhr ebenfalls eine Abnahme (1243 Millionen gegenüber 1658 vor dem Kriege). Die Ausfuhr ist gestiegen, aber nur sehr wenig: 3635 Millionen Goldfranken im Jahre 1922 gegenüber 3617 im Jahre 1913, also eine Zunahme um nur 0,5%. Auch muß man dabei berücksichtigen, daß der Wert der ausgeführten Postpakete (die teils industrielle, teils landwirtschaftliche Waren enthalten) von 566 Millionen auf 435 Millionen Goldfranken gesunken ist.

Wenn man den Außenhandel Frankreichs im ganzen betrachtet, findet man die folgenden Zahlen (in Millionen Goldfranken):

	1913:	1922:
Einfuhr	8421	7331
Ausfuhr	6880	6329
Fehlbetrag:	1541	1002

Die Einfuhr erreicht also, wie man sieht, nur 87% der Vorkriegszahlen, die Ausfuhr 92%, und der Fehlbetrag in der Außenhandelsbilanz ist zwar gesunken, beträgt aber immerhin noch 1 Milliarde Goldfranken.

Was auch immer die amtlichen Kundgebungen besagen mögen, die französische Produktion hat, trotz ihres schnellen Wiederaufbaus und trotz des Gewinns eines ungeheuren Produktionsapparates in Elsaß-Lothringen, noch nicht den Stand der Vorkriegszeit wieder erreicht.

Die Anlagen im Ausland decken nicht mehr den Fehlbetrag der Handelsbilanz.

Nachdem wir so die Wirtschaftsbilanz Frankreichs gezogen haben, wollen wir versuchen, seine Finanzbilanz aufzustellen.

Der Fehlbetrag in der Handelsbilanz ist zwar um 35% geringer als 1913, aber er ist sehr viel bedenklicher als damals. Vor dem Kriege wurde er leicht durch die Einkünfte aus den im Ausland angelegten französischen Kapitalien gedeckt. Man bezifferte sie auf 40 Milliarden mit einem Jahresertrag von ungefähr 2 Milliarden, wozu noch die Ausgaben fremder Vergnügungsreisender kamen, die auf mindestens 500 Millionen geschätzt wurden. So erklärt es sich, daß die französischen Wechselkurse trotz einer dauernd passiven Handelsbilanz vollkommen stabil waren. Heute aber ist der Besitz an fremden Werten in Frankreich fast vollständig geschwunden: die in russischen, türkischen, balkanischen usw. Papieren angelegten Milliarden bringen nichts mehr ein. Die guten internationalen Werte sind vom Staate auf-

gekauft worden, der sie als Sicherheit für die in Amerika aufgenommenen Darlehen hinterlegt hat. Statt Gläubiger der ganzen Welt zu sein, ist Frankreich heute Schuldner Englands und der Vereinigten Staaten in Höhe von 35 Milliarden Goldfranken. Würde es die Zinsen davon zahlen, d. h. 1½ Milliarden Goldfranken, so würde sein Fehlbetrag plötzlich ohne jeden Ausgleich auf 2½ Milliarden steigen, und das würde den schnellen Zusammenbruch des Papierfranken bedeuten.

Zurzeit kann der Fehlbetrag in der Handelsbilanz, zu dem man den Fehlbetrag im Frachtenverkehr hinzurechnen müßte, nicht durch die wenigen, noch heute einlaufenden ausländischen Zinsen und die Ausgaben der Vergnügungsreisenden wettgemacht werden. Deshalb sinkt die französische Devise seit dem Waffenstillstand andauernd.

Dabei wäre die Entwertung noch viel stärker, wenn nicht viele fremde Importeure seit den letzten Kriegsjahren damit einverstanden gewesen wären, in Franken bezahlt zu werden, die sie in der Hoffnung auf ein Steigen unseres Geldes als Guthaben bei unsern Banken gelassen haben. Aber es kommt mitunter vor, daß sie, wenn sie Geld in ihrem Lande brauchen oder kein Vertrauen zu unserer Politik haben, einen Teil ihrer Kapitalien „naturalisieren", indem sie sie in Pfunde oder Dollars, Gulden usw. umwandeln. Die Folge davon sind plötzliche Senkungen unserer Wechselkurse. Man schätzt die Summen, die Ausländer bei uns besitzen, auf 10 Milliarden Papierfranken (2700 Millionen Goldfranken). Das ist eine ungeheure schwebende Masse, die eine dauernde Gefahr für die Stetigkeit unserer Wechselkurse bildet: Frankreich hat keine Macht mehr über sie. Verlieren die Ausländer das Vertrauen in die Hebung der französischen Währung, so verkaufen sie ihre Franken und beschleunigen den Sturz unserer Devise. Wenn sie sie steigen sehen, verkaufen sie weiter, um einen immerhin unsicheren Nutzen zu realisieren. So kann der Aufstieg nur langsam sein, der Sturz aber kann schnell erfolgen.

Heute, fünf Jahre nach dem Waffenstillstand, hat der Franken, der damals fast pari stand, 73 Proz. seines Wertes verloren. Eingezwängt zwischen eine äußere Staatsschuld von 35 Milliarden Goldfranken, auf die ihm jederzeit Zinsen in Höhe von 1½ Milliarden jährlich abverlangt werden können, und eine Privatschuld von 2½ Milliarden Goldfranken, die die Ausländer jederzeit „naturalisieren" können, hat Frankreich — das diesen furchtbaren Verpflichtungen nichts als eine Handelsbilanz, die selbst in Höhe von 1 Milliarde passiv ist, und die Einnahmen von den Vergnügungsreisenden gegenüberzustellen hat — nur ein Mittel, dem Ruin zu entgehen, nämlich, die 30 Milliarden Goldfranken zu erhalten, die ihm Deutschland schuldet. Die Zinsen dieser Summe würden annähernd die Zinsen decken, die es seinen Gläubigern zahlen soll, und es könnte dann in verhältnismäßiger Sicherheit abwarten, daß die Wiederherstellung des geschäftlichen Lebens in Europa ihm erlaubte, endlich seinen vergrößerten Wirt-

schaftsapparat auszunutzen und auf diese Weise zu seinem alten Wohlstand zurückzukehren.

So erklärt sich die Erbitterung, mit der unsere Staatsmänner die Bezahlung der deutschen Schuld fordern, und die Hartnäckigkeit, mit der sie dies Problem mit dem der interalliierten Schulden verquicken. Wenn sich Deutschland seinen Verpflichtungen entzöge, und wenn die Vereinigten Staaten und Großbritannien oder nur einer von beiden einfach die Zinsen auf ihre Vorschüsse forderten, würde der Franken schnell und unvermeidlich den Abhang hinabgleiten, den die Mark, die Krone, der Rubel usw. heruntergerutscht sind. Und jedermann kennt nachgerade die verhängnisvollen Wirkungen dieses Sturzes für ein Volk.

Die Ersparnisse decken den Fehlbetrag im Staatshaushalt in Höhe von monatlich 2 Milliarden.

Aber selbst wenn sich unsere Gläubiger im Interesse ihres eigenen Handels großmütig zeigen, bleibt immer noch eine schwere Gefahr für die französische Wirtschaft übrig.

Das Geld eines Volkes kann nicht nur durch einen Fehlbetrag in der Handelsbilanz, der ein Zeichen unzulänglicher privatwirtschaftlicher Produktion ist, entwertet werden, sondern auch durch den Rückgriff auf die Notenpresse im Verfolg eines dauernden Fehlbetrags im Staatshaushalt.

Seit dem Waffenstillstand gibt das französische Schatzamt durchschnittlich 51 Milliarden Papierfranken im Jahre aus, während es 21 Milliarden einnimmt. Diese beiden Zahlen weisen deutlich genug auf einen anormalen Zustand hin. Er beruht zum größten Teil auf der Unzulänglichkeit der deutschen Zahlungen auf Reparationskonto. Bisher haben die vom Reich geleisteten Barbeträge kaum genügt, um die Kosten der Besatzung zu decken. Der französische Haushalt hat also die Last der Pensionen für die Kriegsopfer (4 Milliarden jährlich) und der Entschädigungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete (13 Milliarden) tragen müssen.

In Wirklichkeit ist die letztere Ausgabe nicht unproduktiv: abgesehen davon, daß sie es Frankreich ermöglicht hat, gewaltige landwirtschaftliche und industrielle Produktionsmittel wiederzugewinnen, bietet sie den französischen Unternehmungen, die sich eifersüchtig das Monopol des Wiederaufbaus bewahrt haben, einen wichtigen und regelmäßigen Absatz. Das hat es der französischen Industrie ermöglicht, fast vollständig der Arbeitslosigkeit zu entgehen, die infolge des Rückgangs des allgemeinen Verbrauchs bei allen anderen Völkern so hart gewütet hat. Diese 13 Milliarden im Jahr stellen letzten Endes eine Beihilfe dar, die der Staat der nationalen Industrie in Form von allerlei Bestellungen gewährt.

Aber diese ungeheure Ausgabe, die noch zu den Kriegspensionen und dem laufenden Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts hinzukommt, hat Frankreich ein Defizit von fast

30 Milliarden im Jahre gebracht. Es hat dies Defizit vollständig durch Anleihen auf dem inneren Markte gedeckt. Wie war es den französischen Sparern möglich, dem Markt solche Summen zuzuführen, und werden sie sie noch lange liefern können? Das ist die wichtigste Frage, der unsere Staatsmänner gegenüberstehen.

Vor dem Kriege wurde die Sparkraft des französischen Volkes, das, wie jedermann weiß, das sparsamste aller Völker ist, auf 4—5 Milliarden Goldfranken, d. h. 15—16 Milliarden heutiger Papierfranken geschätzt. Nun ist sie aber seit dem Kriege beträchtlich gewachsen. Zwar ist nicht zu bestreiten, daß Frankreich im ganzen ärmer geworden ist. Insbesondere können die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten, alle Menschen mit festem Einkommen, deren Bezüge nicht im gleichen Verhältnis gestiegen sind wie die Kosten der Lebenshaltung, keine Ersparnisse mehr machen. Die Mittelklasse ist durch den Bankrott Rußlands, Oesterreichs und der Türkei stark betroffen worden, und die französischen Anleihen, die zu Beginn des Krieges in Goldfranken gezeichnet wurden, und deren Zinsen in Papierfranken gezahlt werden, haben ihren Untergang besiegelt.

Aber alles, was diese beiden Klassen durch die Entwertung des Franken verloren haben, ist von den Produzenten und den Besitzern der Sachwerte — Bauern, Fabrikanten, Kaufleuten und Vermittlern aller Art — gewonnen worden. Indem der Reichtum in ihre Hände überging, hat er sich verdichtet, und gleichzeitig ist die Sparkraft gewachsen. Das klingt paradox. Aber wenn ein Gewinn von einer Million unter 1000 Menschen verteilt ist, wird er nur schwache Ersparnisse im Gefolge haben, während umgekehrt dieselbe Million, wenn sie von 10 Personen verdient ist, reichliche Geldanlagen nach sich ziehen wird. So kann ein Land, selbst wenn es im ganzen ärmer geworden ist, seine Sparkraft wachsen sehen, wenn das Vermögen sich dort in wenigen Händen konzentriert. Das ist in Frankreich geschehen, wo die Masse der kleinen Leute ein mühseliges Leben führt, wo aber die Unternehmer, Bauern, Ladeninhaber, Werkstättenbesitzer, die durch die Steigerung der Preise reich wurden, seit den ersten Kriegstagen, da sie ihre Lebenshaltung nicht änderten, über immer bedeutendere Kapitalien verfügten. Nachdem sie Land gekauft oder ihre Werkstätten ausgeschmückt hatten, wußten sie nicht mehr, was sie mit ihrem Gelde anfangen sollten und waren schließlich froh, es dem Staate zu 6 oder 7 Proz. zu leihen. So hat der Staat ohne Unterlaß aus den Quellen der Volksersparnisse im Ausmaße von durchschnittlich 2 Milliarden Papierfranken im Monat geschöpft.

Das geht nun schon fünf Jahre[1]).

[1]) Während des Krieges war der gesamte Fehlbetrag ebenso groß wie in den vier Nachkriegsjahren. Aber mit Rücksicht auf die Anleihen im Ausland und die Vorschüsse an Banknoten wurden die Ersparnisse nur in einer durchschnittlichen Höhe von 1600 Millionen monatlich in Anspruch genommen.

Die Erschöpfung der Sparkraft.

Kann man glauben, daß das unendlich fortdauern wird?

Das wäre nur vorstellbar, wenn die Ersparnisse von einem ständigen Anwachsen des Volksvermögens herrührten. Nun haben wir aber gesehen, daß davon nicht die Rede ist, und daß die französische Produktion im ganzen, trotz Vergrößerung des Produktionsapparats, noch immer geringer als 1914 ist.

Der Ueberschuß an Ersparnissen kommt also von der Konzentration der Vermögen in den Händen einer Minderheit von Staatsbürgern zum Schaden der anderen. Nun sind aber diese anderen die Kunden der Sparer, und jede dauernde Verringerung ihrer Kaufkraft muß schließlich den Umsatz, dann den Nutzen und endlich die Ersparnisse der Produzenten und der Vermittler verringern. Das fängt jetzt schon an. Seit 1920 war man gezwungen, vollständig auf langfristige, in 30 Jahren tilgbare Staatsanleihen zu verzichten — die einzigen, die den öffentlichen Finanzen eine sichere Grundlage gewähren könnten.

Um den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu finanzieren, hat man eine Spezialbank, den Crédit National, gründen müssen, der die Entschädigungsanweisungen, die der Staat den Geschädigten aushändigt, diskontiert und unter eigener Verantwortung langfristige Schuldverschreibungen ausgibt, deren Zinsen das Schatzamt bezahlt. So tritt der Privatkredit an die Stelle des Staatskredits.

Aber bald genügte selbst diese Garantie vielen Sparern nicht mehr. Um sie anzulocken, schlossen sich nun die geschädigten Großindustriellen zu Gruppen zusammen und gaben Spezialanleihen aus, für die nicht mehr nur der Kredit des französischen Staates haftet, der die Zinsen — in Erwartung der Leistungen Deutschlands — bezahlt, sondern erforderlichenfalls die Produktion der Kohlengruben, der Stahlwerke, der Zuckerfabriken usw., um deren Wiederherstellung es sich handelt.

Da schließlich trotz dieser Zusatzgarantien die vom Publikum gezeichneten Summen noch immer nicht zum Wiederaufbau ausreichen, hat der Staat begonnen, den Geschädigten, an Stelle von Bargeld, in zehn Jahren rückzahlbare Schuldverschreibungen zu übergeben. Aber die Banken, denen nichts daran liegt, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel derart festzulegen, haben sich schließlich geweigert, diese Wertpapiere zu diskontieren oder taten es nur zu Wucherzinsen. Und ganz kürzlich haben die Unternehmer, die nicht imstande sind, ihre Arbeiter zu bezahlen, dem Parlament gedroht, sie würden die Bauten einstellen.

Um sich nun gewisse dauernde Einnahmequellen zu verschaffen, hat der Staat soeben Schuldverschreibungen auf 2, 3 und 10 Jahre ausgegeben. Trotz dieser ziemlich kurzen Fristen hat er nicht mehr als 6 Milliarden auftreiben können, von denen nur 2 Milliarden neues Geld sind. Das reicht kaum aus, um den Fehlbetrag des Staatshaushalts für einen einzigen Monat zu decken! Und in der laufenden Woche hat das

Schatzamt zum erstenmal seit langem 400 Millionen von der Bank von Frankreich in Gestalt ungedeckter Papiernoten entleihen müssen. Die Sparkraft gibt unzweideutige Zeichen von Erschöpfung.

Da der Staat nunmehr außerstande ist, langfristige Kredite zu erhalten, die allein seinen Finanzen eine sichere Grundlage gewährleisten würden, hat er zu Darlehen, wie man sie sonst eigentlich nur bei Wucherern aufnimmt, in Form von ein-, zwei-, drei- und sechsmonatlichen Schatzscheinen greifen müssen. Diese Papiere locken die Sparer lebhaft an, da sie nach sehr kurzer Zeit zu pari rückzahlbar sind und man sich vor jedem Sinken des Staatskredits schützen kann, indem man die Rückzahlung bei der Fälligkeit fordert. Die Geschäftsleute finden es bequem, ihre Betriebsmittel derart anzulegen, und die Depositenbanken legen so den verfügbaren Teil ihrer Barmittel an. Ein einziges großes Kreditinstitut weist in seiner Bilanz einen Bestand von 3 Milliarden Schatzscheinen auf. So konnte der Staat reichlich 60 Milliarden Schatzscheine und kurzfristige Schuldverschreibungen unterbringen.

Wenn aber eine Krise hereinbräche (Kriegsdrohung oder soziale Unruhen), wenn das Publikum aufhören sollte, neue Schatzscheine zu zeichnen, dann wäre das Schatzamt gezwungen, seine Zuflucht zur Notenpresse zu nehmen, und zwar in dem Tempo von 2 Milliarden im Monat. Und wenn die von einer Panik ergriffene Menge die Rückzahlung ihrer Schatzscheine bei Fälligkeit forderte, müßte man sogar 60 Milliarden in wenigen Monaten ausgeben. Die Folge wären eine ungeheure Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, eine allgemeine Zerrüttung des geschäftlichen Lebens, Streiks und soziale Unruhen und für den Staat: eine zwangsläufige Erhöhung der Gehälter, die den Fehlbetrag noch verschlimmern und zur weiteren Ausgabe von Noten zwingen würde.

So ist Deutschland in den Abgrund geglitten. Auf diesem zerbrechlichen und schwankenden Pfeiler ruht das finanzielle, wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht Frankreichs.

Die Aufgabe von morgen.

Selbst wenn man den günstigsten Fall annimmt, muß dieses System noch drei Jahre andauern. Denn nach den optimistischsten Voraussagen wird der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete erst 1926 beendet sein, und man gibt allgemein zu, daß man Deutschland ein Moratorium von mindestens drei Jahren gewähren muß.

Der französische Sparer wird also fortfahren müssen, dem Schatzamt Beträge von durchschnittlich mindestens 2 Milliarden im Monat zu liefern. Aus diesem Anlaß wird die Staatsschuld weiter um 24 Milliarden im Jahre steigen, und die Zinsen der Schuld werden sich dementsprechend um 1500 Millionen im Jahre erhöhen. Sie betrugen 1922: 12,3 Milliarden; sie werden 1923: 13,5 erreichen, 1924: 16, 1925: 17,5 und 1926: 19 Milliarden. Nun werden aber gerade dann die außerordentlichen Einnahmequellen (Kriegsgewinnsteuern, Liquidation von

Kriegsmaterialien), die heute noch vorhanden sind, verschwunden sein, und es werden an Einnahmen lediglich die normalen und dauernden Einkünfte übrigbleiben, die heute nur 19 Milliarden erreichen. Daher wird, auch wenn das heutige System fortgesetzt wird, der Schuldendienst in drei Jahren die Gesamtheit der Steuern aufbrauchen.

Dann wird allerdings der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete vollendet sein — wenigstens versichert das Herr von Lasteyrie. Die gesamten Ausgaben werden von 52 auf 37 Milliarden sinken, nämlich 19 für den Schuldendienst und 18 für die öffentliche Verwaltung und die Pensionen. Wollte man, wie sich das gehört, diese normalen und dauernden Ausgaben durch Steuern decken, so müßte man mit einem Schlage die Lasten der Steuerzahler verdoppeln. Ist das möglich?

Vor dem Kriege zahlten die Franzosen dem Staate 5 Milliarden Goldfranken; heute zahlen sie ihm 19 Milliarden Papierfranken, d. h. kaum 6 Milliarden Goldfranken; im Jahre 1926 werden sie 37 Milliarden Papierfranken oder 11 Milliarden Goldfranken zahlen müssen. Unglücklicherweise ist das heutige Frankreich, wie wir gesehen haben, weniger reich als das Frankreich von 1914. Heute drücken die Steuerlasten, obwohl sie nur um 17% gestiegen sind, schwer auf einer verarmten Bevölkerung. Und das um so mehr, als diese Steuerlasten schlecht verteilt sind, da nur 12% durch direkte Steuern aufkommen und 88% durch indirekte Steuern, die die ärmsten Klassen drücken und zu den durch die industriellen Hochschutzzölle gesteigerten Kosten der Lebenshaltung hinzukommen, die schon ohnehin tiefes Mißbehagen hervorrufen.

Zweifellos könnte die Einkommensteuer, die nicht mehr als 2 Milliarden im Jahre bringt (450 Millionen Goldmark), bedeutend erhöht werden. Aber die reichen Franzosen haben es bisher vorgezogen, ihr Geld dem Staat zu 7% zu leihen, statt es ihm in Form von Steuern gratis zu geben. Immerhin fangen sie an, sich darüber klar zu werden, daß dies System nicht andauern kann, weil einerseits die Sparkraft versiegt und anderseits das Schatzamt schließlich nicht mehr die Zinsen wird zahlen können.

Trotz einer immer größeren Konzentration der Vermögen werden die verfügbaren Summen immer geringer, und trotz der amtlichen Kundgebungen sinkt das Vertrauen zu einem Staat, der seine Schulden ständig erhöht. So wird sich denn im Jahre 1926 — wenn alles gut geht — die Lage für die kommende Kammer so darstellen:

Verdoppelung der Steuern, was die armen Leute zugrunde richten wird, oder teilweise Einstellung der Zinszahlungen, was die wohlhabenden Kreise schwächen wird, oder der Rückgriff auf die Inflation, die binnen kurzem alle ruinieren wird.

Höchstwahrscheinlich wird man alle drei Mittel gleichzeitig anwenden. Dann wird die Verteuerung der Lebens-

haltung mit der Zunahme der Steuern zusammenfallen; die Krise der öffentlichen Finanzen wird sich zu der Krise der Privatgeschäfte gesellen, und man wird alle Chancen für einen Zusammenbruch beisammen haben.

Um das zu verhüten, gibt es nur ein Mittel: Deutschland zahlen zu lassen.

Im Jahre 1926 muß das Reich mit seinen Hilfsquellen an Stelle der geschwächten französischen Sparkraft und des zu schwer belasteten französischen Steuerzahlers einspringen.

Vorausgesetzt, daß dann der Wiederaufbau beendet ist, wird der französische Staatshaushalt 18 Milliarden Papierfranken oder 4 Milliarden Goldmark benötigen, auf daß das Land sein jetziges finanzielles und wirtschaftliches Gleichgewicht bewahren kann. Aber eine solche Summe wird man nur mittels einer internationalen Anleihe, für die die Hilfsquellen Deutschlands haften, erhalten können.

Mithin stellt sich „die Aufgabe von morgen" für Frankreich so: vor Ablauf von drei Jahren muß Deutschland eine stabile Währung, einen Ueberschuß im Staatshaushalt in Höhe von 4 Milliarden Goldmark und eine aktive Handelsbilanz in gleicher Höhe zwecks Ueberführung dieser Summe nach Frankreich haben. Anderenfalls muß Frankreich seine Steuerzahler überlasten, immer beschwerlichere Ansprüche an die immer spärlichere Sparkraft stellen und zur Inflation greifen, die seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau lähmen wird.

Zum Wohle Frankreichs muß Deutschland vor Ablauf von 3 Jahren wiederhergestellt sein. Aber daraus ergibt sich ein schweres politisches Problem. Deutschland ist für Frankreich gleichzeitig ein Schuldner und ein Konkurrent. Mithin sind zwei Stellungnahmen möglich: entweder den Konkurrenten zugrunde richten — aber das bedeutet den Verzicht auf die Schuld und damit die Abwälzung der Last auf den französischen Steuerzahler; oder: den Schuldner instandsetzen zu zahlen — aber das bedeutet die Bereitwilligkeit, dem Konkurrenten seine Ausdehnungsfähigkeit wieder zu geben und die Entwicklung der französischen Großindustrie, deren Produktionsapparat sich verdoppelt hat, zu stören.

Grausames Dilemma, wo man in beiden Fällen Opfer bringen muß!

Bisher hat die französische Regierung ständig die erste Politik verfolgt. Und deshalb haben die französischen Sparer die ganze Last der Reparationen tragen müssen. Aber es naht der Tag, wo sie das nicht mehr können. Man wird daher auf die zweite Alternative zurückgreifen müssen: die Zahlungsfähigkeit des Schuldners wiederherzustellen auf die Gefahr hin, den Konkurrenten wieder in den Sattel zu setzen, also wenn man so will, den französischen Fabrikanten dem französischen Steuerzahler opfern.

Das ist eine vollständige Umwälzung unserer Politik, die sich zwingend aufdrängt. Wird man sich dazu schnell genug am Quai d'Orsay und in der Rue de Madrid entscheiden? Das ist das quälende Geheimnis von morgen.

Die französische Bevölkerungsbilanz.

Die französische Statistik der Bevölkerungsbewegung umfaßte bisher für die Kriegszeit nur 77 Provinzen (Departements); die 10 besetzten Provinzen waren nicht einbezogen. Jetzt ist die Lücke, soweit möglich, ausgefüllt worden. Ein kurzer Bericht darüber findet sich in dem soeben erschienenen „Bulletin de la Statistique générale de la France“ (Tome XII S. 177 ff.).

In den 10 Provinzen ist die Bevölkerung zwischen den Zählungen von 1911 und 1921 von 6 523 000 auf 5 780 000, also um 743 000, d. h. um 11 Proz. gesunken. Von den 10 Provinzen entfallen 4 vollständig und 6 teilweise auf die zerstörten Gebiete. In den eigentlichen zerstörten Gebieten betrug die Bevölkerung:

5. März 1911	4 714 000
November 1918	1 986 000
Januar 1920	3 941 000
6. März 1921	4 054 000

„So betrug für die Gesamtheit der zerstörten Gebiete in den 10 Provinzen die Bevölkerung, die sich 1911 auf reichlich 4 700 000 belief, bei Abschluß des Waffenstillstands nur noch knapp 2 000 000. Von November 1918 bis Anfang 1920 ist sie von ungefähr 2 000 000 auf annähernd 3 950 000 gestiegen. Bei der Zählung von 1921 betrug sie reichlich 4 050 000, d. h. doppelt soviel wie bei Einstellung der Feindseligkeiten; aber sie wies immer noch ein Defizit von 650 000 Einwohnern gegenüber 1911 auf.

Die Tabelle der Einzelergebnisse läßt bedeutende Rückgänge zwischen 1911 und dem Waffenstillstand für gewisse besonders betroffene Gebiete erkennen: in den Kreisen (Arrondissements) Arras und Béthune sank die Bevölkerung von 581 000 auf 45 000, in den Kreisen Montdidier und Péronne von 148 000 auf 5000, im Kreis Reims von 205 000 auf 5000, in dem zerstörten Gebiet der Maasprovinz von 160 000 auf 21 000 usw.“

Ueber die Bevölkerungsbilanz für die Gesamtheit der 87 Provinzen (heutiges Frankreich ohne Elsaß-Lothringen) besagt das Bulletin:

„1. Defizit nach den Volkszählungen für 87 Provinzen (in Tausenden):

	Insgesamt	Franzosen	Ausländer
5. März 1911 . .	39 605	38 473	1132
6. März 1921 . .	37 500	36 083	1417
Differenz:	— 2 105	— 2 390	+ 285

Am 6. März 1921 befand sich aber eine ausnahmsweise hohe Zahl von Militär- und Marinepersonen außerhalb Frankreichs: ungefähr 193 000 gegenüber 93 000 im Jahre 1911. Das Defizit, das sich nach den Volkszählungen ergibt, ermäßigt sich also auf etwa 2 Millionen.

2. Defizit nach der Bilanz der Geburten und Sterbefälle.

Für die Zivilbevölkerung kann man die Ueberschüsse nach Zeitabschnitten folgendermaßen in runden Zahlen zusammenfassen:

1. März 1911 bis 30. Juni 1914 Geburtenüberschuß . 90 000
1. Juli 1914 bis 31. Dezember 1919 Gestorbenenüberschuß 1 500 000
1. Januar 1920 bis 28. Februar 1921 Geburtenüberschuß 160 000

Also im ganzen ein Ueberschuß von 1 250 000 Sterbefällen.

Anderseits betrug der Gesamtverlust des Heeres — Tote und Verschollene — annähernd 1 400 000 einschließlich der Eingeborenen aus den Kolonien (72 000) und der aus den Kolonien stammenden Franzosen (allein für Algier 19 000), nicht zu reden von den vom Auslande zurückgekehrten Franzosen und den fremden Freiwilligen, die auch in den Gesamtverlusten einbegriffen sind. Man wird daher schließlich die Zahl der getöteten oder an Krankheiten verstorbenen Franzosen für das festländische Frankreich auf rund 1 300 000 schätzen können.

So ergeben die Kriegsverluste und der Gestorbenenüberschuß der Zivilbevölkerung zusammen 2 550 000. Aber eine gewisse Zahl von Militärpersonen, die im Innern des Landes verstorben sind, ist bei den Sterbefällen der Zivilbevölkerung mitgerechnet; es liegen also Doppelzählungen vor, und man kann daher als Gesamtverlust der Bevölkerung von 1911 bis 1921 rund 2 500 000 ansetzen.

3. Es ergibt sich also als Defizit

auf Grund der Volkszählungen 2 000 000
auf Grund des Ueberschusses der Sterbefälle . 2 500 000

Der Unterschied zwischen den beiden Zahlen beruht auf einem Einwanderungsüberschuß von 500 000 Köpfen zwischen 1911 und 1921.

Zwischen den Zählungen von 1906 und 1911 hatte man einen Einwanderungsüberschuß von ungefähr 250 000, d. h. durchschnittlich 50 000 im Jahre, festgestellt. Ein Ueberschuß von 500 000 in zehn Jahren erscheint also nicht übermäßig, zumal wenn man beachtet, daß der Zustrom an Fremden nach dem Kriege beträchtlich war, und daß in den 87 Provinzen im Jahre 1921: 285 000 mehr Fremde gezählt wurden als 1911.

Eine Uebereinstimmung der beiden Berechnungsreihen — nach den Volkszählungen und nach der Bilanz der Geburten und Sterbefälle — läßt sich also sehr viel befriedigender herstellen, als man auf Grund der Ereignisse hätte hoffen können."

ZWEITER ABSCHNITT.

FINANZEN.

Das Steuersystem der deutschen Republik.

Von J. Jastrow, Professor an der Universität Berlin.

Für die deutsche Republik, die Ende 1918 begründet, am 11. August 1919 sich eine neue Verfassung gegeben hat, war der erste Verwaltungszweig, der einer Neueinrichtung unterzogen wurde, die Steuerverwaltung. Die Hinwegräumung des älteren Gestrüpps einer verwickelten und bizarren Reichsfinanzverfassung, die Neuschaffung einer eigenen, von den „Ländern" unabhängigen Verwaltung der Einnahmen des „Reichs", die straffere Anziehung der alten, die Einführung von neuen Steuern und last not least die Berücksichtigung der sofort sich herausstellenden Verwaltungsschwierigkeiten im Wege notwendiger neuer Gesetzesänderungen, machten ein Gesetzeswerk von im ganzen etwa 25 bis 30 Einzelgesetzen erforderlich. Von 1919 bis 1922 haben sie drei Jahre hindurch die gesetzgebenden Körper in Atem gehalten. Man kann jetzt (Januar 1923) von einem gewissen Abschluß sprechen. Das System ist erkennbar.

Erkennbar allerdings nur, wenn man sich nicht durch die üblichen Lehrbucheinteilungen der Steuern in Fesseln schlagen läßt. Weder die (von der Wissenschaft ja in der Tat längst als haltlos aufgegebene) Einteilung in sogenannte „direkte" und „indirekte" Steuern, noch Gruppierungen, wie „Personal-" und „Real-", „Vermögens-", „Aufwands-", „Verkehrssteuern", oder wie alle diese schwer verständlichen und teilweise irreführenden Bezeichnungen lauten mögen, können uns eine Anleitung zum Verständnis des neuen Steuersystems geben. Wir müssen uns lediglich nach den Zusammenhängen richten, die dem Gesetzgeber vorschwebten.

Die neue Steuerverfassung ist aus einem Kompromiß hervorgegangen, das in Deutschland allgemein als „das Steuerkompromiß" bekannt ist. Die Einkommensteuer war bis dahin eine Steuer der Länder gewesen. Demokraten und Sozialdemokraten verlangten die „Reichseinkommensteuer" und rissen die (von partikularistischen Elementen stark durchsetzte) katholische Zentrumspartei, von der Not der Zeit unterstützt, mit sich zu dem gleichen Ziele hin. Die zwischen diesen drei Regierungsparteien und der konservativen Opposition der

Deutschnationalen stehende Deutsche Volkspartei (die als Vertreterin der Schwerindustrie gilt) erklärte, eine aller Reichs-Steuergeschichte widersprechende und zudem sofort so scharf einsetzende Belastung der Besitzenden nur bewilligen zu können, wenn auch der Verbrauch der großen Massen mit starker Mehrbelastung zu den neuen Erträgnissen herangezogen würde. Die Sozialdemokratie glaubte, dies ihren Wählern nur zumuten zu können, wenn die besitzenden Klassen mit neuen Steuern noch stärker belastet würden. So ist ein Werk gemeinsamen Opfers zustande gekommen, bei dem nur die äußerste Rechte und die äußerste Linke (Deutschnationale und Kommunisten) abseits standen. Der Grundgedanke ist die Zweiteilung: Steuern auf Einkommen und Besitz einerseits, Steuern auf Verbrauch andererseits.

In der ersten Gruppe steht an der Spitze die Einkommensteuer, die, mit 10 Proz. beim Arbeitslohn beginnend, bei höheren Einkommen bis 60 Proz. ansteigt. Daneben wird das Einkommen der Aktiengesellschaften und Vereine usw. aller Art mit einer Körperschaftssteuer belegt, die (weil dies zum Teil eine Doppelbesteuerung desselben Einkommens bedeutet) auf 20 bis 35 Proz. bemessen ist. Da ein Einkommen, das auf Vermögen fundiert ist, tragfähiger ist, als ein „unfundiertes Einkommen", so sind die Vertreter der Finanzwissenschaft sich darüber einig, daß jenes steuerlich stärker herangezogen wird. Sie stellen dafür drei Wege zur Verfügung: jährliche Vermögenssteuer; einmalige Erfassung im Wechsel der Generationen (Erbschaft); Vorbelastung der Einkommensteile, die aus Vermögenserträgen herrühren (Ertragssteuern). Die neue Steuerverfassung wählt nicht zwischen diesen drei Methoden, sondern wendet sie sämtlich an. Eine Vermögenssteuer soll für die physischen Personen von 1 bis 10 Prom. ansteigen, für die juristischen den festen Satz von 1½ Prom. betragen, jedoch in den ersten 15 Jahren (und nur auf diese kommt es zunächst an) durch Zuschläge auf das doppelte bis dreifache gesteigert werden (also Höchstsatz: 30 Prom. = 3 Proz. des Vermögens). Dasselbe Vermögen wird im Wechsel der Generationen durch eine Erbschaftssteuer getroffen, die dreifach gestaffelt ist: nach der Entfernung des Verwandtschaftsgrades, nach der Höhe der Erbschaft und nach der Höhe des Vermögens, das der Erbe bereits besitzt. Für Kinder, die ihre Eltern beerben, beginnt der Steuersatz mit 3,5 Proz., für entfernte Verwandte und Fremde mit 14 Proz. Diese Sätze steigen für große Erbschaften bis auf das fünffache und werden für Erben, die ohnedies bereits über einen gewissen Reichtum verfügen, einer so starken Erhöhung unterworfen, daß der Gesetzgeber es für nötig hielt, die Grenzbestimmung hinzuzufügen, daß dem Erben nie mehr als ⅘ weggenommen werden dürften. Die Erbschaftssteuer ist in so weitem Umfange auf Schenkungen unter Lebenden ausgedehnt, daß in ihr gleichzeitig eine allgemeine Schenkungssteuer enthalten ist. Die Kapitalertragsteuer endlich ver-

pflichtet jeden Schuldner, der Zinsen zu zahlen hat, 10 Proz. davon an das Reich abzuführen; auch von der Reichsrente selbst werden 10 Proz. gekürzt. Einer besonderen Steuer werden die unterworfen, deren Vermögen sich innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren um mehr als 100 000 Mk. vergrößert hat. Sie haben eine Vermögenszuwachssteuer von 1 bis 10 Proz. des Zuwachses zu entrichten. Auch die Zwangsanleihe (1 bis 10 Proz. des Vermögens) gehört unter die Vermögensbelastungen.

Einen wesentlichen Teil des Steuerkompromisses bildet dann noch die schärfere Ausgestaltung der Abgaben, die nicht nach individueller Veranlagung erhoben werden, sondern Vermögensobjekte erfassen, wie sie sich im Verkehr zeigen, sogenannte Kapitalverkehrssteuern. Die wichtigsten sind: Gesellschaftssteuer (bei Begründung von Aktiengesellschaften usw. mit 7½ Proz. der gesamten Emission zu entrichten), Wertpapier-, Börsenumsatz-, Aufsichtsrat- und Grunderwerbsteuer. Auch gehören von älteren Steuern hierher der Wechselstempel und die Besteuerung der Reichsbank.

Der zweite Teil des Steuerkompromisses, die Belastung des Verbrauches, wird in erster Linie durch einige Maßregeln großen Stils erreicht, die sich nicht an einzelne Verbrauchsgegenstände heften, sondern den Verbrauch im ganzen treffen wollen. Zunächst die allgemeine Umsatzsteuer, die von jedem Umsatz 2 Proz. erhebt, also den letzten Verbraucher mit soviel mal 2 Proz. belastet, wie Rohstoff und Ware vorher die Hand gewechselt haben. An sich schon die umfangreichste Verbrauchsabgabe, die bisher wohl jemals in der Steuergeschichte der Menschheit vorgekommen ist, enthält sie in sich noch eine ganze Anzahl Spezialsteuern mit erhöhten Sätzen. So namentlich die Luxussteuer mit 15 Proz. und eine Inseratensteuer (deren hohe Sätze sich freilich als so untragbar erwiesen, daß die durch die Papiernot ohnedies arg bedrängten Zeitungen zusammengebrochen wären, wenn man ihnen nicht mit Ermäßigungen zu Hilfe gekommen wäre). Da es heute kaum einen Verbrauchsgegenstand gibt, zu dessen Herstellung nicht (direkt oder indirekt) Kohle verwendet wird, so ist auch die scharfe und immer schärfere Erfassung der Kohle im Wege der Kohlensteuer als eine zweite Methode der allgemeinen Verbrauchsbelastung anzusprechen. Eine dritte bilden die verschiedenen Transportabgaben (Frachturkundenstempel, Abgabe vom Personen- und Güterverkehr).

Gegenüber diesen drei umfassenden Methoden der Verbrauchsbelastung spielen die Steuern auf einzelne Verbrauchsobjekte nicht mehr die erste Rolle, sie mögen noch so hoch getrieben werden. Ihr Hauptteil wird in Deutschland unter dem altherkömmlichen Namen der „fünf großen Verbrauchsabgaben“ zusammengefaßt, auf: Branntwein, Bier, Tabak, Zucker und Salz. Von diesen hat die erste durch das neue

„Branntweinmonopol“ eine gänzlich veränderte Form erhalten. Der zweiten ist eine Wein-, eine Schaumwein-, ja sogar eine Mineralwasser-Steuer zur Seite gesetzt, der dritten (in der französischen Form der „banderole“) besondere Zigarren- und Zigaretten-Steuern einverleibt worden, während die vierte durch die Beschränkung des Handels mit Sacharin auch nach der steuerlichen Seite hin eine Ergänzung gefunden hat. Außerdem gibt es noch alte und neue Steuern auf einzelne Ge- und Verbrauchsgegenstände: Spielkarten, Zündwaren, Leuchtmittel, Kraftfahrzeuge, Versicherungspolicen u. a. Und die mehr der Handelspolitik angehörenden Zölle seien hier nur als Beispiel dafür angeführt, daß in vielen Maßregeln, die in diesem Ueberblick nicht zu erwähnen sind, ebenfalls steuerliche Belastungen bedeutender Art enthalten sind.

Die Steuergesetze zusammen mit den Ausführungsbestimmungen füllen, auch wenn man sich auf die knappsten Kommentare beschränkt, eine Bibliothek von 30 bis 40 Bänden. Für den akademischen Unterricht habe ich versucht, ganz kurze Auszüge der grundlegenden Bestimmungen in die neue Auflage meines Textbuches „Finanzen“ (Berlin, C. Heymann 1922) aufzunehmen. Für den Steuerpflichtigen aber, dem es nicht darauf ankommt, die Prinzipien kennenzulernen, sondern die genauen Einzelbestimmungen, besteht die drückendste Last darin, daß ihm die Hilfsmittel fehlen, um zu kontrollieren, wieviel er zu zahlen hat. Es ist bereits das Witzwort aufgekommen: Wer sich alle Steuergesetze kauft, hat nichts mehr zu versteuern.

Steuerrecht und Geldentwertung in Deutschland.

Von J. Jastrow, Professor an der Universität Berlin.

Ein Steuergesetz mit niedrigen Sätzen kann generationenlang unverändert gelten; macht der Wandel der Lebensverhältnisse den Druck ungleichmäßig, so wird er doch nirgends unerträglich. Ueberall, wo man die Steuerschraube schärfer anzog, hat man die Erfahrung gemacht, daß die Gesetze von kürzerer Dauer waren, weil wirtschaftliche Verschiebungen desto schneller an einzelnen Punkten die Steuer unerschwinglich machen, je härter das Gesetz von Anfang an angelegt war. Aber noch niemals in der Steuergeschichte der Menschheit haben sich die Aenderungen mit so überhastender Wucht gebieterisch durchgesetzt, wie seit der Steuerreform der deutschen Republik und dem Dreinfahren der Geldentwertung.

Am 20. Juli 1922 war dem Einkommensteuergesetz eine neue Fassung gegeben worden. Noch war im Reichsgesetzblatt die Druckerschwärze nicht trocken geworden, als man bereits wußte, daß infolge der fortschreitenden Teuerung die untersten Stufen in Unordnung geraten würden, wenn man nicht neue Maßregeln zur Schonung des Existenzminimums träfe. Das heutige deutsche Steuerrecht berück-

sichtigt das Existenzminimum nicht in der Form eines Abzuges vom Einkommen, sondern von der Steuer. Da aber die Steuer für die unteren Stufen 10 Proz. beträgt, kann man das Zehnfache der Steuerabsetzung als berücksichtigtes Existenzminimum betrachten. Nach den Berechnungen Kuczynskis stiegen die Kosten des Existenzminimums, Friedenszeit = 1 gesetzt, in folgender Weise:

im	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
auf das	61	103	164	261	565	868 fache der Friedenszeit.

Welche Zahlen daher auch das Gesetz im Juli einsetzte, sie waren sicher sofort zu niedrig, im September nicht mehr die Hälfte, im Dezember nicht mehr $^1/_{14}$ des Existenzminimums. Der Gesetzgeber war hilflos. Um die Steuererträge nicht vollends zu gefährden, experimentierte er hin und her, und die Existenzminima, zu denen er sich schließlich wenigstens für 1923 herbeiließ, bleiben wieder hinter der Wirklichkeit schon jetzt (Januar 1923) zurück. Die wunderliche Ungleichheit in den Sätzen für Eltern und Kinder (für jene je 24 000, für diese 120 000) Mk.) hat zwar die gute Wirkung, daß kinderreiche Familien besonders erleichtert werden, kann aber darüber nicht hinwegtäuschen, daß die Sätze im ganzen die Steuer in vielen Fällen unbeitreibbar machen werden. Nach Kuczynskis Berechnungen ist für eine vierköpfige Familie im Dezember 1922 das Jahresminimum bereits auf 1,3 Millionen Mark anzusetzen; der gesetzliche Abzug aber beträgt nur 288 000 Mk. Die Streitigkeiten über die Berechnung des Minimums können auf sich beruhen bleiben. Denn wollte man es auch nur auf ½ oder ¼ jener Sätze ansetzen, so würde der Steuerabzug auch diese nicht erreichen. Der Sinn der heutigen Einkommensteuer ist, daß sie durch Darben aufgebracht werden soll, und dieser Sinn verträgt die Freiheit des Minimums nicht mehr.

Der Tarif der Einkommensteuer steigt in „Durchstaffelung" von 10 Proz. bis 60 Proz. Das Gesetz von 1922 wollte diesen Satz bei den Einkommensteilen eintreten lassen, die 3 Millionen Mark überragen, und die, wie man meinte, nur noch dem höchsten Luxus und der Akkumulation dienen können. Aber wer h e u t e in Deutschland nur 3 Millionen Mark Einkommen hat, ist kein reicher Mann mehr. Man setzte für diese höchste (bisher wohl noch bei keiner dauernden Einkommensteuer gewagte) Staffel die Untergrenze nachträglich für 1922 auf 7,5, für 1923 auf 18 Millionen Mark. Unbedingt mußte die Grenze erhöht werden, bei der die Steuer über den Satz von 10 Proz. auf 15 Proz. hinausgehen soll. Der Satz von 100 000 Mk. war bei dem heutigen Stande der Mark lächerlich geworden. Man sagte 400 000 Mk., mußte für 1923 1 Million sagen, und was man im jetzigen Januar von Preisen gehört hat, scheint auch diese Ziffer unhaltbar zu machen. Mußte doch der Staat selbst für Rücksichten, die er so widerstrebend bewilligte, wie die auf das Existenzminimum, die Obergrenzen schon bis auf 1 und 2 Millionen emporschieben. Ja für Familien mit mehr als 2 Kin-

dern für jedes Kind noch einmal um ¼ Million. In dem heutigen Deutschland befindet sich ein Vater von 4 Kindern mit einem Einkommen von nur 3 Millionen Mark in einer so bedrängten Lage, daß man ihm gewisse Rücksichten auf das Existenzminimum zugestehen muß! — Zwischen 10 und 60 Proz. mußte der ganze Steuertarif umgearbeitet werden, da vom Juli bis zum Dezember 1922 jene Rapidität der Geldentwertung immer breitere Schichten der Wohlhabenden depossediert hatte. Die Zahl, die früher Reichtum bedeutete, bedeutet jetzt Armut.

Die Bewertungsgrundsätze mußten geändert werden, weil sie bei manchen Steuern durch die Geldentwertung ad absurdum geführt wurden. Wer sein Vermögen um 150 000 Mark erhöht hatte, sollte für diesen „Zuwachs" eine Extrasteuer zahlen; in Wirklichkeit hatte sich sein Vermögen um ein Mehrfaches der Summe verringert. Der Berliner Börsenwitz nannte diese Gewinnsteuer eine „Gewinn- und Verluststeuer". Schon 1922 hatte der Gesetzgeber den angstvollen Ausweg gesucht, der Finanzverwaltung die Berücksichtigung der Geldentwertung zuzuschieben. Jetzt sieht diese sich genötigt, mit dem unlösbaren Problem vor den Reichswirtschaftsrat hinzutreten, in der Hoffnung, daß die hier vereinigte Weisheit der „Wirtschaftsstände" den Stein der Weisen finden werde. Wie soll man eine Vergrößerung messen, wenn der Maßstab selbst sich dehnt? In dem Bündel Gesetzesänderungen, das dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung und erhofften Verbesserung zugegangen ist, spielen die Bewertungsvorschriften auch sonst eine große Rolle. Denn sie kommen nicht bloß für Steuern auf den Zuwachs, auf das Vermögen (und also auch auf die Erbschaften) in Betracht, sondern selbst die Einkommensteuer, die ja an sich unabhängig davon ist, wie hoch man die Vermögensobjekte bewertet, kann durch solche Taxierungen gefährdet werden. Die Gewerbetreibenden wollen auf Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe so hohe Abschreibungen machen (oder so hohe „Erneuerungsfonds" buchmäßig festlegen), daß sie imstande sind, Neuanschaffungen in den manchmal verfünffachten oder verzehnfachten Preisen zu bestreiten. Gestattet man das unbegrenzt, so ist die Steuer ruiniert; gestattet man es gar nicht, der Gewerbetreibende.

Die Arbeiter klagen darüber, daß ihnen die Steuer sofort bei der Lohnzahlung abgezogen wird, während der Kaufmann, der Industrielle, der Landwirt erst nach Ablauf des Jahres eine Steuerdeklaration einreicht und nach erfolgter Veranlagung die Steuer in vier Quartalsraten zahlt. Diese zahlen also in billigem Gelde, was der Arbeiter in teurem Gelde hat bezahlen müssen. Lange Zeit hat man derartige Gegenüberstellungen für Tüfteleien ausgegeben. Aber die Geldentwertung hat mit ihrem Tempo auch ihre Bedeutung geändert; sie reicht jetzt wirklich weit über den Tarif und die Veranlagungsgrundsätze bis in die Einzelheiten der Steuerzahlung hinein. Als die

Mark, in Dollars ausgedrückt, zu sinken anfing, dauerte es 4½ Jahre, bis sie (Dezember 1918) auf ½ angelangt war, aber nur 8 Monate, bis sie auf ¼, nur 3 und 2 Monate, bis sie auf $^1/_8$ und $^1/_{16}$ ihres ehemaligen Wertes gesunken war. Von einigen Verlangsamungen abgesehen, hat die Fallgeschwindigkeit, wie die Physiker sagen würden, „im quadratischen Verhältnis" zugenommen. Um von rund $^1/_{1000}$ auf $^1/_{2000}$ ihres Friedenswertes zu sinken, hat die Mark letzthin (Oktober/November 1922) nur noch 17 Tage gebraucht. Da fängt allerdings das Früher oder Später in der Zahlung an, für den Druck von ausschlaggebender Wirkung zu werden. Wer, um einen bestimmten Betrag zu entrichten, im Jahre 1923 darauf verzichten muß, sich ein Paar Stiefel zu kaufen, hätte im Jahre 1922 die Zahlung nur dadurch ermöglichen können, daß er weder Stiefel, noch Kleider, noch Hemden hätte anschaffen können. Der Gegensatz trifft nicht gerade Arbeiter und Unternehmer (auch das große Heer der öffentlichen und privaten Beamten zahlt sofort im Wege des Gehaltsabzuges); aber er berührt eine ohnedies für den Staat immer dringlicher werdende Seite der Steuerverfassung: die Schleunigkeit der Steuererhebung. Die dem Reiche aufgebürdeten schweren Lasten nötigen es zu einer so großen Anzahl von Steuergesetzen, daß durch die Masse die Ausführung verlangsamt wird. Und dieselbe schwierige Finanzlage schafft eine Inflation, deren Wirkungen eine erhöhte Beschleunigung immer notwendiger machen. Das ist die Sisyphusarbeit des heutigen deutschen Finanzmannes!

„Mark ist Mark."

Von J. Jastrow, Professor an der Universität Berlin.

Die deutsche Papiergeldwirtschaft ist in der Geldgeschichte der Menschheit das erste Beispiel, in dem der Papierinflation die völlige Entblößung des Verkehrs von Edelmetall vorausgegangen war. Dies war insbesondere auch bei den Assignaten (bis dahin dem Schulbeispiel der Inflation) nicht der Fall gewesen. Die unaufhörlich verschärften Strafandrohungen gegen die Verwendung von Gold und Silber als Zahlungsmittel sind der deutlichste Beweis dafür, daß neben den Assignaten beständig Münzen in Umlauf waren. Die Sanierungsmaßnahmen Napoleons I. beruhen zum Teil auf dieser Voraussetzung. Daher war bei allen älteren Inflationen dem Verkehr noch ein alter Maßstab geblieben, an dem er das neue Papiergeld bewußt oder unbewußt maß. In Deutschland aber hatte das Volk — ein einzig dastehender Fall — im Interesse der nationalen Verteidigung sein gesamtes Gold der Reichsbank übergeben, um Banknoten in dem gleichen Betrage dafür hinzunehmen. Wer ein goldenes 20Mk.-Stück hingab und ein papierenes dafür erhielt, hatte das Gefühl, daß der Betrag nur seine äußere Form, nicht seinen inneren Gehalt geändert habe. Da das Ausland nicht von der gleichen Empfindung beherrscht war, für die

Reste des internationalen Verkehrs im Kriege und vollends für sein Wiedereinsetzen nach dem Kriege der deutsche Kaufmann vielmehr ausländische Zahlungsmittel sich gegen immer höhere Beträge deutschen Papiers beschaffen mußte, so bildeten sich für die Bewertung des deutschen Papiergeldes sozusagen zwei verschiedene Provinzen des Denkens aus: im Auslandverkehr hatte das deutsche Papiergeld einen Kurs. Im Inlandverkehr hinderten nicht etwa gesetzliche Zwangsmaßnahmen eine Kursbildung (es gab solche Maßnahmen, aber sie gelangten nicht erst zu praktischer Auswirkung), sondern eine Kursbildung konnte gar nicht entstehen, weil die psychologischen Voraussetzungen dafür fehlten: man maß die Mark nicht, weil man an der Mark alles andere maß. Es bedurfte drastischer Mittel, um diesen psychologischen Zustand zu erschüttern. Erst als man Papierbeträge von schwindelnder Höhe aufwenden mußte, um Auslandwaren wie Margarine, Baumwolle usw. zu erstehen, als dies seine Rückwirkung auf Inlandwaren ausübte und alle Warenpreise unaufhörlich stiegen, fing man an zu merken, daß die Trennung jener beiden Denkprovinzen nicht so absolut sei, wie man sie hingenommen hatte: die Mark war auch im Inlande nicht mehr, was sie vorher gewesen war. Der Unterschied war nur, daß der Wert der Mark im Auslandverkehr frei pendelte, während es im Inlande eine richterliche Gewalt gab, die jemandem, der „1000 Mark" ausgeliehen hatte, bei der Rückzahlung auch nur „1000 Mark" zusprach. Die Erkenntnis, daß hier eine juristische Rücksichtslosigkeit vorliegt, hat sich in der sprichwörtlich gewordenen Redensart Luft gemacht: „Mark ist Mark". Sie will sagen, das Recht setze ungleiche Dinge gleich, bloß weil sie denselben Namen haben. In dem Satze lag ursprünglich keine Kritik der Rechtsprechung. Er wurde in gleicher Weise von Leuten gebraucht, die eine Aenderung dieser Rechtsprechung wünschten, wie von Leuten, die eine solche Aenderung für unmöglich, die juristische Einseitigkeit für ein notwendiges Uebel erklärten.

Das Auffallende ist nicht, daß dem Volke diese Erkenntnis kam, sondern, daß sie ihm erst so spät kam. Dies erklärt sich durch die Langsamkeit, mit der die Veränderungen einsetzten. In den sieben Friedensmonaten des Jahres 1914 hatten in New York die Ultimokurse für 100 Mark zwischen 24,52 und 23,76 Dollars geschwankt. Nach fünf Kriegsmonaten waren sie Ende 1914 auch nur bis auf 22 Dollars gesunken. Selbst als sie am Ende der beiden nächsten Kriegsjahre (z. T. in Umrechnungen über Amsterdam) auf 18,71 und 16,83 zurückgingen, sah man darin nicht mehr, als die Wirkungen der allgemeinen gegen Deutschland verbreiteten Animosität und fühlte sich in dieser Auffassung dadurch bestärkt, daß der Kurs Ende 1917 sich in der Tat auf 19,61 erholte. Erst am Ende des Krieges wurde klar, daß dies nur die Vorboten einer reißend schnellen Abwärtsbewegung waren:

Ende 1918:	1919:	1920:	1921:	1922:	1923:
12,62	2,04	1,38	0,54	0,014	0,000 000 0024

Während früher in Deutschland selbst gescheite Leute nicht zugeben wollten, daß zwischen Dollarkurs und „innerer Kaufkraft" der Mark irgendein Zusammenhang bestehe, verfiel man jetzt in den gegenteiligen Fehler, setzte die deutschen Warenpreise entsprechend dem Dollarkurs in die Höhe und machte so den Dollar zum „Maß aller Dinge". Man hat den sehr anschaulichen Versuch gemacht[1]), von der Langsamkeit und Schnelligkeit des Tempos durch die Verdoppelungszeiten des Dollarwertes ein Bild zu geben. Von Beginn des Krieges bis zum Dezember 1918 ließ uns der Dollar 53 Monate Zeit, um uns langsam daran zu gewöhnen, daß er für uns den doppelten (die Mark den halben) Wert haben sollte. Dann aber dauerte es nur je 8, 3 und 2 Monate, bis er sich auf das 4-, 8- und 16fache erhob. Von Januar 1920 bis Juli 1922 wechselte das Tempo, indem das 32-, 64- und 128fache in 21, 4/5 und 8⅔ Monaten erklommen wurde. Dann aber ging es im Sturmtempo. Das

256-	512-	1024-	2048fache
wurde in 21	49	15	17 Tagen

erreicht. Danach konnte ausgerechnet werden, wieviel die Mark in ihren eigenen Pfennigen bewertet wurde. Vom Ende des ersten Kriegsjahres bis Ende 1918 sank sie langsam von 92 auf 53 (Gold-)Pfennige. Dann aber stürzte sie bis Ende 1919, 1920 und 1921 auf 9, 6 und 2¼ Pfennige, um 1922 nur noch $^{6}/_{100}$, Ende 1923 nur noch $^{1}/_{10\,000\,000\,000}$ „wert" zu sein. Man rechnete von Tag zu Tag mit einem weiteren Sinken. Ja, es mußten Maßregeln dagegen getroffen werden, daß die Kaufleute nicht mehrmals am Tage ihre Preise änderten und dem Kunden, der in der Schaufensterauslage einen Preis gesehen hatte, erwiderten, „inzwischen" habe er sich geändert.

Und bei alledem blieb „Mark = Mark"! Zu Anfang wurde der Widerspruch zwischen Wirtschaft und Recht als Bestandteil der Kriegsnotwendigkeiten hingenommen und mit unbedingtem Vertrauen in die Solidität unserer Finanzen erwidert. Aber auch nach dem Kriege, als für jeden Sehenden schon klar war, daß wir auf derselben schiefen Ebene standen, auf der Oesterreich und Rußland uns vorangeglitten waren, blieben die Massen dabei, daß „bei uns" so etwas nicht möglich sei. Dieses stolze „bei uns" hat zuerst wirklich das Tempo verlangsamt; von einem gewissen Schicksalspunkte an hat es die Beschleunigung noch mehr beschleunigt, den Wind zum Sturm, den Sturm zum Orkan und Zyklon gesteigert.

Alle Einzelwirkungen in diesem Treiben treten zurück gegenüber der Wucht, mit der ganze soziale Schichten sich nach oben schwangen, andere in den Abgrund geschleudert wurden. Die Spekulanten, die das Steigen des Dollars „rochen", heute Dollars kauften, um sie morgen zu verkaufen,

[1]) Alle hier besprochenen Statistiken, wie auch das Material über die älteren Papiergeldwirtschaften (Assignaten usw.) findet man gesammelt in des Verfassers Textbuch „Geld und Kredit" (5. umgearbeitete Auflage. Berlin 1923, C. Heymann).

die zu diesem Zwecke Geld liehen, um es nach dem Satze „Mark ist Mark" zurückzugeben, während sie inzwischen mit ihren Dollarkäufen den Wert der Mark selbst heruntergebracht hatten, waren nicht etwa zum größten Teil berufsmäßige Bankiers. Es waren Leute der verschiedensten Berufe: der Gutsbesitzer wie sein Stallbursche, der Schriftsteller wie seine Maschinenschreiberin, der Schlächtermeister wie sein Geselle und sein Kutscher. Aus einer Schar der gewissenlosesten Erfolgreichen bildeten sich die „nouveaux riches". Manchen fiel der Erfolg auch mühelos zu: ein Landwirt, der früher 17 Fuhren Roggen zu Markte fahren mußte, um seine Hypothekenzinsen zu bezahlen, erzählte 1923, er brauche jetzt dazu „ein Schnupftuch voll". Der überschuldete Grundbesitzer wurde mit einem Schlage zum reichen Mann. Aber dem standen die Zinsempfänger gegenüber, darunter die rechten Vertreter eines bescheidenen bürgerlichen Wohlstandes, die sich plötzlich enterbt sahen. Zusammen mit weiten Schichten des öffentlichen und privaten Beamtentums bilden sie den entthronten Mittelstand. Auf die verschiedenen Schichten des Arbeiterstandes hat diese Revolution verschieden gewirkt. Lagen die Chancen einer Lohnbewegung günstig, so wurden sie durch die Geldverschlechterung und ihren einleuchtenden Grund oder Vorwand noch verstärkt; umgekehrt hatten die Schichten, die ohnedies im Naturallohn zurückgingen, es doppelt schwer, den Rückgang aufzuhalten, weil die Inflation Lohnsteigerungen vorspiegelte. Wie die Umschichtungen innerhalb des Arbeiterstandes sich gestaltet haben, weiß heute niemand zu sagen: ganze Arbeiterkategorien, die, an Intelligenz und Vorbildung hervorragend, früher auch in den Lohnsätzen an der Spitze standen, sind von der leitenden Stellung verdrängt, und als ein Typus gilt der reichgewordene Müllkutscher.

Am schlimmsten von allen war der Staat selbst daran. Seine Einnahmen entglitten ihm unter den Händen. Wenn er nach dem Einkommen des abgelaufenen Jahres im Januar die Einkommensteuern auszuschreiben anfing, so waren die Beträge bis zum Abschluß des Veranlagungsgeschäftes entwertet. Jede Vervielfachung, durch die er sich schützen wollte, wurde von den Ereignissen überholt. Um seine Kassen zu retten, mußte er immer mehr Papiergeld drucken, dadurch die Entwertung, unter der er selbst litt, noch verschärfend. Der Steuerfiskus lief hinter der Geldentwertung her, die durch den Druck des Verfolgers in ein immer rasenderes Tempo gesetzt wurde und diesem wieder neue Kraftanstrengungen bis zur Atemlosigkeit auferlegte. Daß der Staat durch die Geldentwertung seine inneren Schulden „los wurde", war jener Kolossalwirkung gegenüber ein Umstand zweiten Ranges.

Daß trotzdem in weiten Kreisen des Auslandes heute wirklich geglaubt wird, die deutsche Regierung habe die Geldentwertung selbst herbeigeführt, um sich insolvent zu machen, ist nur ein neuer Beweis dafür, wie wenig die wirklichen Zustände Deutschlands im Auslande bekannt sind. An der Bahre

der ehemals so glänzenden deutschen Geldverfassung steht die deutsche Staatsgewalt, gebeugt und geknickt, als erste Leidtragende.

Freilich tritt die Behauptung auch in einer anderen Form auf: nicht die Regierung, aber maßgebende private Machthaber als Nutznießer des Satzes „Mark ist Mark" hätten den Marksturz herbeigeführt. Daß eine schlechte Valuta für den Export eines Landes einen Vorteil bedeute, ist, so oft dies auch behauptet wird, unrichtig. Nicht die schlechte, sondern die sich verschlechternde Valuta kann eine vorübergehende Exportprämie darstellen. In solchen Zeiten pflegen die, die ihren eigenen augenblicklichen Vorteil mit dem Vorteil der Allgemeinheit verwechseln, aus der zunehmenden Geldverschlechterung Kapital zu schlagen und sich dabei noch zu rühmen, sie seien zum Segen des Vaterlandes tätig. Diese Leute werden in keinem Lande fehlen, das mit dem Unglück sinkender Valuta zu ringen hat. Es scheint, daß Ländern, die Deutschland tapfer geschmäht haben, jetzt ein ähnliches Schicksal droht.

Noch in einer anderen Beziehung aber wird der Satz „Mark ist Mark" der deutschen Staatsgewalt verhängnisvoll. Dieser Satz war die Formulierung eines Rechtssatzes, der die Ohnmacht der Rechtsprechung gegenüber der Geldentwertung zum Ausdruck bringen sollte. Ungezählte Milliarden von Hypothekenschulden sind in bloßen Scheinbeträgen abgezahlt worden, und die Gerichte erklärten sich außerstande, gegen den „Schuldnerwucher" Hilfe zu leisten. Endlich fing der Staat an, mit dieser Entschuldung der Grundbesitzer zunächst beim städtischen Grundbesitz als mit einer Tatsache zu rechnen und bereitete eine Gesetzgebung vor, um den größten Teil dieses Gewinnes in Gestalt einer Mietsteuer in die Staatskassen zu leiten. Inzwischen aber hatten einige Gerichte angefangen, sich von dem Satze „Mark ist Mark" freizumachen, und ganz neuerdings hat sogar das Reichsgericht herausgefunden, daß der Hypothekenschuldner, der 100 000 Mark mit 100 000 Mark zurückzahlen wolle, „gegen Treu und Glauben" verstoße. Mit dem ganzen Fanatismus des Konvertiten protestiert jetzt der Verein der Reichsgerichtsräte dagegen, daß die Reichsgesetzgebung die Anschauung festhalte, die bis vor kurzem die Rechtsprechung fast aller Gerichte (und nicht bloß in Deutschland) festgehalten hatte, und ergeht sich in Andeutungen, daß das Reichsgericht einem solchen Gesetze als unsittlich den Gehorsam verweigern könne. Gleich als ob es eine Verfassungsbestimmung gebe, wonach die Gesetzgebung verpflichtet sei, über Treu und Glauben sich jedesmal an das zu halten, was die wechselnden Anschauungen des obersten Gerichtshofes dafür erklären. Aber so sehr ist es wahr, daß eine zerrüttete Geldverfassung die Staatsautorität erschüttert. Und das sogar in einem Augenblick, wo die deutsche „Rentenmark" zum erstenmal seit dem Währungsverfall uns das Bild einer Stabilisierung zeigt.

Besteuerung und Geldentwertung in Deutschland.

Von Arthur Cohen, Professor an der Technischen Hochschule München.

Die Aenderungen, die in Deutschland im Krieg und nach dem Kriege in der Geldverfassung vorgenommen worden sind, haben auch auf das Steuerwesen große Wirkungen ausgeübt. Namentlich die als Folge der Inflation eingetretene Geldentwertung hat den Staat genötigt, daraus weittragende Folgerungen für die Gestaltung der Steuern zu ziehen. Dabei lag die Initiative beim Reich. Denn während vor dem Krieg die Steuergewalt zwischen dem Reich und den Einzelstaaten geteilt war, ist nach dem Krieg durch die Steuerreform des Reichsfinanzministers Erzberger in bezug auf die wichtigsten direkten Steuern (Einkommensteuer, Vermögenssteuer) das Recht der Steuererhebung dem Reich übertragen worden, und die Länder (und Gemeinden) haben nur mehr einen Anteil an den finanziellen Erträgnissen der „Reichseinkommensteuer".

Die ungünstige finanzielle Lage des Deutschen Reichs dauerte auch nach dem Kriege fort. Der Fehlbetrag im Reichshaushalt wurde dadurch gedeckt, daß das Reich sich von der Reichsbank Kredit geben ließ. Die Reichsbank diskontierte Schatzanweisungen („Schatzwechsel") des Reichs, die bei Fälligkeit durch andere ersetzt und stark vermehrt wurden. Die Reichsbank gab dafür Banknoten aus. So stieg die schon im Krieg entstandene Geldinflation ins Ungeheure. Gleichzeitig trat die schon erwähnte Geldentwertung ein. Die Geldentwertung äußerte sich in der Steigerung der Preise und Löhne. Darunter litt besonders auch das Reich wegen seiner großen Sach- und Personalausgaben (Löhne, Gehälter). So hat das Reich durch seine Finanzpolitik seine finanzielle Notlage nur noch gesteigert.

Die Vermehrung der Staatsausgaben infolge der Geldentwertung mußte das Reich zu dem Entschlusse nötigen, die Steuern zu erhöhen, sie „der Geldentwertung anzupassen". Aber der Staat kann seine Einnahmen nicht so leicht steigern wie der Kaufmann seine Preise. Zur Steuererhöhung ist ein Gesetz notwendig, und die Einführung des Gesetzes erfordert Zeit und stößt häufig auf politische Schwierigkeiten und Hindernisse. Wenn das Steuergesetz erlassen ist, müssen die organisatorischen Aenderungen getroffen werden, die Steuer muß ausgeschrieben und „veranlagt" werden, und auch dies ist wegen der notwendigen Vorbereitungen schwierig und zeitraubend. Bis die Steuer erhoben werden kann, ist oft eine weitere Geldentwertung erfolgt, und die Steuererhöhung, welche, wenn sie rechtzeitig, d. h. sofort in Kraft getreten wäre, ihre Wirkung auf den Staatshaushalt nicht verfehlt hätte, stellt sich als ungenügend, als viel zu gering heraus. Diese mißlichen Erfahrungen mußte das Reich in den letzten Jahren häufig machen. Die Geldentwertung erfolgt rascher als die Erhöhung der Steuern. „Die Geldentwertung läuft den Steuern davon".

Die Methode, die Steuern der Geldentwertung anzupassen, kann streng oder weniger streng sein. Sie ist in Deutschland immer strenger geworden, weil die weniger strengen Methoden keine rechte Wirkung erzielt haben. Anfangs begnügte man sich mit prozentualen Zuschlägen oder mit der Revision des Steuertarifs. Eine energische Anpassung an die Geldentwertung trat nur bei den Zöllen ein. Die deutschen Einfuhrzölle sind fast nur Gewichtszölle; ein Gewichtszoll folgt nicht der Geldentwertung, die durch Gewichtszölle erzielten Staatseinnahmen bleiben auch bei Geldentwertung die gleichen wie sonst, während doch die Staatsausgaben durch die Geldentwertung stark wachsen. Daher bestimmte das Reichsgesetz vom 21. Juli 1919: „Die Zölle sind in Gold zu zahlen". Dieser Ausdruck ist aber nicht genau, denn die Zollkassen sind angewiesen, auch Zahlungen in deutschem Papiergeld anzunehmen, zum Kurswert bzw. Goldumrechnungssatz. Erst viel später sind die inneren Aufwandsteuern in Wertsteuern umgewandelt worden, so daß ihr finanzielles Ergebnis sich mit der Geldentwertung erhöht.

Am meisten leidet finanziell unter der Geldentwertung die Einkommensteuer. Objekt der Einkommensteuer ist das Einkommen eines Jahres (Kalenderjahr oder Geschäftsjahr). Die Veranlagung kann also erst mit Ablauf dieses Jahres beginnen und zieht sich bei den Schwierigkeiten der Veranlagung und dem Interesse der Steuerpflichtigen an einer möglichst geringen Steuerlast oft sehr lange hin. Wenn die Steuer erhoben wird, haben sich infolge der Geldentwertung alle Verhältnisse geändert: das Einkommen des Steuerpflichtigen ist (in deutschem Papiergeld ausgedrückt) stark gewachsen, die Steuer entspricht nicht mehr der Leistungsfähigkeit. Dies hat große Erbitterung bei den Lohn- und Gehaltsempfängern hervorgerufen, denn das Einkommen aus Löhnen und Gehältern wird durch Abzug bei der Lohn- und Gehaltszahlung besteuert (also indirekt, „an der Quelle"); eine Minderung der Kaufkraft der Steuersummen durch die Geldentwertung findet hierbei nicht statt, die Steuerbelastung ist voll wirksam. Daher ist die Bestimmung getroffen worden, daß schon während des Kalender- oder Geschäftsjahres Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer (und Körperschaftssteuer) zu erheben sind, und zwar im mehrfachen Betrage nach Maßgabe der Geldentwertung. Letzteres ist deshalb notwendig, weil den Vorauszahlungen nicht das Einkommen des betreffenden Jahres (das noch nicht bekannt ist), sondern das Einkommen des letztvorangegangenen Jahres zugrunde zu legen ist. Die Festsetzung des Multiplikators ist Sache des Finanzministers (Gesetz über Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftssteuer vom 11. August 1923). Ebenso sind auf die Umsatzsteuer Vorauszahlungen zu machen.

Ein großer Schritt zur völligen Anpassung der Besteuerung an die Geldentwertung wurde mit der sog. Landabgabe getan (Gesetz vom 11. August 1923 betreffend die Besteuerung der

Betriebe, Art. III). Wie der Kaufmann für seine Ware einen „Grundpreis“ (Friedenspreis) berechnet und ihn mit einer „Schlüsselzahl“ multipliziert, die der Geldentwertung entspricht, so lag der Landabgabe der Wert des Grundvermögens zugrunde, wie er bei der Erhebung des Wehrbeitrags (1913) veranschlagt worden ist. Aus diesem Friedenswert wurde die Steuer berechnet (Goldmark), dann, wie der Zoll, mit einem „Entwertungsfaktor“ multipliziert und in Papiergeld entrichtet.

Einen vorläufigen Abschluß fanden diese Versuche der Anpassung des Steuerwesens an die Geldentwertung in der Einführung von „wertbeständigen Steuerkonten“, indem als Gegenwert für die Zwangsablieferung ausländischer Devisen (Verordnung vom 25. August 1923) ein solches Konto eröffnet wurde. Es findet hierbei Steuervorauszahlung in Goldwert statt.

Alle diese Maßnahmen konnten den Mißstand nicht beseitigen, daß die Steuern mit den Reichsausgaben, die durch die beinahe stets und dabei in fortschreitender Progression fortdauernde Geldentwertung immer mehr angewachsen sind, nicht Schritt halten; sie erwiesen sich als ungenügend, die Finanzen des Reichs auf eine solide Grundlage zu stellen. Sie waren eben zu spät und nur zögernd erfolgt. Für diese schonende Steuerpolitik fehlte es nicht an Gründen. Zunächst wußte man anfangs nicht, ob die Geldentwertung nicht etwa nur eine vorübergehende Erscheinung sei. Sodann scheute sich die Regierung, durch die Steuererhöhung den Erwerbskreisen ein Vorbild für „Preistreiberei“ zu geben oder ihre Preistreibereien nachträglich zu rechtfertigen. Endlich wirkte die Unsicherheit über das Maß der Geldentwertung, über den zu wählenden Maßstab bei der Anpassung (Index oder Valutakurs oder ein Mittelding zwischen beiden?) lähmend auf die Entschlußkraft der Regierung. Vor allem aber befürchtete die Regierung, durch Rücksichtnahme auf die Geldentwertung mittels „Valorisierung“ der Steuern, mittels Einführung von „Goldsteuern“ die Währung vollends zu diskreditieren und dadurch erst recht zu schädigen, also das eigentliche Uebel durch das Heilmittel zu vergrößern. Die Währungskrankheit müsse als ein Ganzes behandelt und geheilt werden, es sei nicht gangbar, einen „Ausschnitt“ aus der Währungsfrage herauszugreifen und isoliert zu behandeln. Die Regierung bedachte hierbei nicht genügend, daß durch kräftiges Anziehen der Steuerschraube im Ausmaße der Geldentwertung das Hauptübel, die Inflation, am wirksamsten bekämpft werden kann. Denn die Entstehung „künstlicher Kaufkraft“ kann nur dadurch verhütet werden, daß bestehende Kaufkraft in Steuerform gebracht und vom Staat zu seinen Käufen verwendet wird.

Dies hat die Regierung zuletzt doch erkannt und daraus die Folgerungen gezogen. Während nämlich nach dem Steuerzinsgesetz vom 11. August 1923 bei Steuerrückständen nur ein Zuschlag zu entrichten war, dessen Höhe vom Finanzminister bestimmt wurde, wird nach der Aufwertungsverordnung vom 11. Oktober 1923 (bei Steuerschulden, die nach dem 31. August

1923 entstehen) folgendermaßen verfahren: Die Steuer ist nach dem am Entstehungstage geltenden vom Finanzminister zu bestimmenden Umrechnungssatze in Goldmark umzurechnen; am Fälligkeitstage ist der Papiermarkbetrag zu zahlen, der dem Goldumrechnungssatze, der an diesem Tage gilt, entspricht. Bis dahin sind 5 Proz. Zinsen zu zahlen, die aus dem Goldmarkbetrag zu berechnen und ebenso zu zahlen sind wie die Steuerschuld selbst. Der Goldumrechnungssatz beträgt gegenwärtig 1 Billion. Für Steuern, die zwar nach dem 31. August 1923, aber vor der Einführung der Aufwertungsordnung entstanden sind, gilt der Umrechnungssatz der Landabgabe.

Durch diese Neuerungen und durch das sog. „Ermächtigungsgesetz", das das parlamentarische Verfahren stark abkürzt und vereinfacht, und das besonders dem Steuerwesen zugute kommt, ist das technische Problem, die Steuern der Geldentwertung anzupassen, gelöst, und es sind nun die Hindernisse beseitigt, die den günstigen Wirkungen einer gesunden Steuerpolitik aus der Geldentwertung entstehen können.

Das wichtigste Steuergesetz, das seit der obenerwähnten Verordnung über die Aufwertung der Steuern erlassen worden ist, die „zweite Steuernotverordnung" vom 19. Dezember 1923, hat die volle Konsequenz daraus gezogen, und man kann wohl sagen, daß nun die Reichssteuern Goldsteuern sind in dem Sinne, daß sie „in Goldmark zu berechnen", „nach dem Goldwert zu leisten" sind. Dabei wird entweder unmittelbar ein Goldwert der Steuerbemessung zugrunde gelegt, nach dem Muster der obenerwähnten Landabgabe. So z. B. wird bei der Wertermittlung des Betriebsvermögens das Anlagekapital mit dem Preis, der am Ende des Jahres 1923 zur Anschaffung oder Herstellung des Gegenstandes aufzuwenden gewesen wäre, bewertet (Zweite Steuernotverordnung, Vermögenssteuer, Art. 2 § 3 Ziff. 2). Oder es wird von einem Papierwert ausgegangen und dieser in Goldmark umgerechnet nach dem Typus der Aufwertungsordnung. In dieser Weise wird bei der Vermögenssteuer die Bewertung der Vorräte und Waren vorgenommen (Art. 2 § 3 Ziff. 3). Die Umrechnung in Goldmark wird hierbei nach dem Dollarkurs an der Berliner Börse am Stichtag (31. Dezember 1923) betätigt (ebenda Ziff. 8). Bei der Steuerberechnung selbst aber ist für die Umrechnung der Goldmark in Papiermark der vom Reichsfinanzminister jeweils zu bestimmende „Goldumrechnungssatz für Reichssteuern" maßgebend, und zwar der Umrechnungssatz des Zahlungstages (Art. 16 § 6). Gegenwärtig ist der Goldumrechnungssatz 1 Billion (1000 Milliarden). Neu ist, daß der Reichsfinanzminister auch bestimmen kann, daß Steuerschulden in ausländischen Zahlungsmitteln geleistet werden „können oder müssen" (ebenda). Geschieht letzteres generell, so ist der Papiermark der letzte Halt, auf den sie sich bei einem etwaigen Wiederaufleben der Geldentwertung noch stützen kann, die Steuerfundation, genommen. Aber mit dieser Bestimmung ist

wohl nur beabsichtigt, der Reichsregierung die Möglichkeit zu geben, bei einzelnen Steuern sich einen Anteil am Devisenbesitz der betreffenden Kreise von Steuerpflichtigen zu sichern. Damit ist wieder der Beweis erbracht, wie eng die Finanzpolitik mit der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Währungspolitik zusammenhängt. Wenn es in der letzten Zeit gelungen ist, die Mark auf einem — allerdings sehr niedrigen — Stand zu stabilisieren, so ist dies wohl zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß durch „Anpassung des Steuerwesens an die Geldentwertung" endlich die steuerlichen Einnahmen des Reiches mit dem Geldwert fest verkoppelt sind. Daß aber für die Staatsfinanzen nicht nur die Finanz- und Wirtschaftspolitik, sondern auch die allgemeine wirtschaftliche Lage und die sie stark beeinflussenden außenpolitischen Zustände maßgebend sind, dies zu betonen ist besonders in einer Zeit nicht überflüssig, in der dieser Zusammenhang durch die Tatsachen eine aufregende Beleuchtung erfahren hat.

Städtische Finanzen.

Von Otto Landsberg, Stadtrat, Magdeburg.

Die Fürsorge für die öffentlichen Aufgaben verteilt sich in Deutschland auf das Reich, die Länder (Bundesstaaten der Vorkriegszeit), die Gemeinden und Gemeindeverbände (insbesondere Kreiskommunal- und Provinzialverbände). In der Verteilung der Aufgaben im einzelnen bestehen Unterschiede in Nord und Süd, West und Ost; es soll daher zur Vereinfachung der Darstellung von den preußischen Verhältnissen ausgegangen werden.

In der Vorkriegszeit fiel dem Reich wesentlich nur der Schutz nach außen zu (Heer, Flotte), ähnlich bildete im Staat der Schutz im Innern (Justiz, zum Teil auch Polizei) eine der Hauptaufgaben. Ausgaben für Kulturzwecke fanden sich im Reichshaushalt nur in verhältnismäßig geringer Höhe; der Staat unterhielt die Universitäten so gut wie vollständig, aber die höheren Knabenschulen schon nur zum Teil; er zahlte auch im ganzen namhafte Beiträge zu den Lasten des im wesentlichen gemeindlichen Volksschulwesens, aber diese Beiträge kamen in ungleich höherem Grade den Landgemeinden zugute als den Städten. Insbesondere waren die Staatsbeiträge für die Volksschulen der Großstädte ganz geringfügig, denen auch die Fürsorge für die höheren Knabenschulen zu einem beträchtlichen Teil, für die höhere Mädchenschulbildung und für die mittleren Schulen so gut wie ausschließlich oblag. Neben dieser den Gemeinden vom Staat übertragenen oder von ihm beaufsichtigten Tätigkeit auf dem Gebiete der Volksbildung geht aber noch, namentlich in den Großstädten, eine freie Tätigkeit durch Begründung und Unterhaltung von Museen für Natur und Kunst, von städtischen Theatern und Orchestern. Vor allem aber brachte die bauliche Entwicklung der Städte diesen

eine Fülle von Aufgaben. Die Stadterweiterung erforderte die kostspielige Anlage und Unterhaltung von Straßen. Zur Milderung der durch das Zusammendrängen von Menschen entstehenden gesundheitlichen Gefahren war die Anlage zentraler Wasserwerke, die Ableitung der Abwässer und Fäkalien durch Kanalisation, die Einrichtung einer geregelten Straßenreinigung und Müllabfuhr, die Herstellung öffentlicher Anlagen und Parks, der „Lungen" der Großstädte, notwendig. Auch das Bade- und Begräbniswesen wurde aus gesundheitlichen Gründen in die städtische Verwaltung einbezogen; zur Fürsorge für die Erkrankten wurden große Krankenanstalten errichtet, die zuerst lediglich für die Armen, zu deren Versorgung die Stadt gesetzlich verpflichtet war, bestimmt, sich auf alle Bevölkerungsklassen, auch die wohlhabenden erstreckten. Zur Erhaltung der ungeheuren Werte, die in Häusern und Fabriken angelegt sind, wurden weiter mit großen Opfern städtische Berufsfeuerwehren geschaffen. Dabei machte sich in den deutschen Städten auf Grund mannigfacher Erfahrungen mehr und mehr das Bestreben geltend, die Befriedigung öffentlicher Bedürfnisse nicht der privaten Tätigkeit zu überlassen, sondern selbst in die Hand zu nehmen; hiervon legten die großen im Besitz der Städte stehenden Gas- und Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw. Zeugnis ab.

Die im vorhergehenden gegebene kurze Uebersicht zeigt bereits eine Fülle wichtiger städtischer Aufgaben, für deren Erfüllung eine gesunde Finanzwirtschaft die hauptsächliche Voraussetzung war. Das Rückgrat der städtischen Finanzen in den preußischen Städten bildeten in der Vorkriegszeit die drei großen direkten Steuern, von denen die Einkommensteuer mit dem Staat gemeinsam als Zuschlag zur Staatssteuer erhoben wurde, während die Besteuerung des Grundbesitzes und des Gewerbebetriebs seit der großen Reform von 1893 lediglich den Gemeinden, als denjenigen Verbänden, deren Einrichtungen die Voraussetzungen für den städtischen Grundbesitz und Gewerbebetrieb bildeten, zukam. Hierzu traten in sehr geringem Umfange indirekte Steuern vom Grundbesitzwechsel, der Haltung von Hunden, den Vergnügungen, während die in anderen Ländern besonders wichtigen Verzehrungssteuern sich, abgesehen von einer geringfügigen Biersteuer, nur noch vereinzelt als Reste einer früheren Gesetzgebung fanden. Zu den Steuern traten weiter als Einnahmen erhebliche Aufkommen aus Beiträgen und Gebühren (für Straßenherstellung, Wassergeld, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Schulgeld der mittleren und höheren Schulen, Krankenhaus-, Begräbnisgebühren usw.), sowie nicht unbeträchtliche Ueberschüsse aus den städtischen Werken, insbesondere den Gas- und Elektrizitätswerken. Zwar sind Klagen über städtische Finanznöte auch bereits in der Vorkriegszeit laut geworden, insbesondere sahen die Städte mit starker Arbeiterbevölkerung mit einem gewissen Gefühl des

Neides auf die Rentnerstädte, welche höhere Einnahmen aus der Einkommensteuer und geringere Ausgaben für Armen- und Schullasten hatten; die Selbständigkeit der städtischen Finanzwirtschaft gestattete jedoch, sich mit einer stärkeren Anspannung der direkten Steuern, insbesondere der Gewerbesteuer, über Wasser zu halten, und die gerade in den letzten beiden Jahrzehnten vor dem Kriege vielfach errichteten prunkvollen Rathausbauten werden noch in den späteren Generationen die Erinnerung an eine Blüte der deutschen Städte wachhalten, die jetzt unwiederbringlich dahin ist.

Die Nöte des Krieges zeigten sich im Haushalt der deutschen Städte hauptsächlich in zwei neuen Aufgaben: der Kriegswohlfahrtspflege (Fürsorge für die Familien der Eingezogenen, später auch für die Hinterbliebenen der Gefallenen, die Kriegsbeschädigten) und der durch die feindliche Blockade in immer größerem Umfange notwendig werdenden Lebensmittelfürsorge. Beide Aufgaben erheischten bedeutende Mittel, die zumeist auf schwebende Schulden (Kriegsfonds) genommen, später hinsichtlich der ersteren Aufgabe nur zum Teil, hinsichtlich der zweiten überhaupt nicht von Reich und Staat erstattet wurden. Aber der Druck der hieraus verbliebenen Kriegsschulden erscheint geringfügig gegenüber dem großen Schlage, der bei der Reichsfinanzreform im Jahre 1920 die städtische Finanzwirtschaft trifft durch den Verlust des Rechts der selbständigen Einkommenbesteuerung. Auch das zunächst den Städten verbleibende Danaergeschenk des Rechts der Besteuerung der von der Reichseinkommensteuer steuerfrei belassenen Existenzminima kommt bald wieder in Fortfall. So tritt an Stelle des selbständig von der Gemeinde gehandhabten Steuerrechts ein unbestimmtes Recht auf Beteiligung an dem steuerlichen Aufkommen aus der Reichssteuer, das, auch heute (Februar 1923) noch nicht genau festgelegt, die Ordnung des städtischen Haushalts unmöglich macht. Aber auch die zweite der drei großen direkten städtischen Steuern, die Steuer vom Grundbesitz, versagt in der Nachkriegszeit vollständig. Dem durch die mangelnde Bautätigkeit verminderten Angebot von Wohnungen tritt durch die Zunahme der Eheschließungen und den Zustrom von Flüchtlingen aus den verlorenen deutschen Landen eine gesteigerte Nachfrage gegenüber, die eine Wohnungsnot stärksten Umfanges hervorruft. Sie veranlaßt eine Zwangswirtschaft der Wohnungen, und die behördliche Festsetzung sehr niedrig gehaltener zulässiger Höchstzuschläge zu den Friedensmieten gestattet eine Erhöhung der Besteuerung nur in ganz unzureichendem Maße. So bleibt von den drei großen Grundpfeilern des städtischen Haushalts der Vorkriegszeit nur die Besteuerung des Gewerbes übrig, die denn auch unter dem Drucke der städtischen Finanznöte trotz berechtigter Einsprüche der Gewerbetreibenden in immer steigendem Maße angespannt wird. Nach der Steuerstatistik des Statistischen Amts der Stadt

Elberfeld stieg nach den Sollziffern der Haushaltspläne von 1914 und 1921 für die Summe der 12 preußischen Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern (ohne Berlin, das wegen der grundlegenden Veränderung der kommunalen Organisation fortbleiben muß) die Belastung pro Kopf der Bevölkerung bei der Steuer vom Grundbesitz von 9,74 Mk. auf 30,34 Mk., also das Dreifache, bei der Besteuerung des Gewerbebetriebes aber von 5,10 Mk. auf 91,35 Mk., also auf das Achtzehnfache. Die tatsächliche Verschiebung wird — von 1922 gar nicht zu reden — auch schon im Jahre 1921 sogar noch eine weit höhere sein, da der innerhalb des Rechnungsjahres infolge der Geldentwertung auftretende Geldbedarf vielfach gerade bei der Gewerbesteuer zu Nachsteuern geführt hat, die in der obigen Statistik noch nicht berücksichtigt sind.

Stehen also hinsichtlich der Einnahmequellen die deutschen Städte wesentlich ungünstiger als in der Vorkriegszeit, so muß diese Veränderung sie um so härter treffen, weil der Ausgabebedarf infolge der durch den Krieg und seine Folgen neu hinzugetretenen städtischen Aufgaben sowie durch die Steigerung aller Unkosten in ganz außerordentlicher Weise zugenommen hat und täglich weiter zunimmt. Von Aufgaben, die neu hinzugetreten sind, seien hier genannt: die Bekämpfung der Wohnungsnot, die sehr erhebliche städtische Mittel nicht nur für den Wohnungsneubau, sondern auch für die öffentliche Bewirtschaftung der alten Wohnungen (Wohnungsamt, Mieteinigungsamt) in Anspruch nimmt, ferner (nach einer Zusammenstellung des Städtetages) die Fürsorge für die Arbeitsvermittlung und die Beteiligung an den Kosten der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge (Anteil der Gemeinde ein Sechstel), die Beteiligung an der öffentlichen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge (ein Zehntel), der Fürsorge für die Rentner aus der sozialen Versicherung (ein Fünftel) und für die Rentner, deren Renten infolge der Geldentwertung ungenügend geworden sind, die sogenannten Kleinrentner (ein Drittel). Dazu kommt, daß alle Löhne, Gehälter, Materialpreise fortgesetzt steigen, so daß von einem geordneten Haushaltsplan, wie er in der Vorkriegszeit die Grundlage der städtischen Finanzwirtschaft bildete, überhaupt nicht mehr die Rede sein kann.

Dieser wahnsinnigen Steigerung aller Ausgaben stehen die Stadtverwaltungen vollständig hilflos gegenüber. Bei den hauptsächlich im öffentlichen Interesse geführten Betrieben kann die Steigerung der Gebühren unmöglich mit der Erhöhung der Ausgaben gleichen Schritt halten, die Tarife der städtischen Krankenhäuser sind bereits trotz hoher städtischer Zuschüsse für die große Masse der Bevölkerung, soweit sie nicht in Krankenkassen versichert sind, untragbar, die Gebühren des städtischen Begräbniswesens sind schon so hoch, daß ein Todesfall in einer Familie, insbesondere nach längerer Krankheit, die wirtschaftliche Existenz bedroht und die Aus-

gaben ohne Verkauf von Mobilien, Geräten, Schmuck und dergleichen kaum beglichen werden können. Auch die städtischen Straßenbahnen haben ihre Tarife so stark steigern müssen, daß eine Straßenbahnfahrt — vielleicht abgesehen von wenigen ganz großen Städten — für den größeren Teil der Bevölkerung ein Luxus geworden ist, den man sich nicht oft gönnt. Ein Teil der Straßenbahnen hat bereits den Betrieb eingestellt, die anderen kämpfen schwer bedroht um ihre Existenz. Endlich haben auch bei den städtischen Lichtwerken die ständig mit den Kohlenpreisen erhöhten Abgabepreise ein starkes Nachlassen des Verbrauches verursacht, insbesondere am Gas, während bei dem elektrischen Strom der gewerbliche Bedarf die Zurückhaltung des häuslichen Verbrauchs etwas abschwächt. Dazu kommt bei den großen städtischen Werken ein schier unerschwinglicher Kapitalbedarf, dessen Aufbringung den Stadtverwaltungen schwere Sorgen macht. Die mangelnde Erneuerung der Kriegsjahre bedingt Bauten und Anschaffungen von Maschinen aller Art, die nach Fertigstellung stets ein Vielfaches derjenigen Summen kosten, zu denen sie veranschlagt sind, der Ankauf von Materialien für den Betrieb und die Unterhaltung (Kohlen, Schienen, Kabel usw.) erfordert ständig steigende Betriebskapitalien, so daß die Städte selbst aus noch wirtschaftlich arbeitenden städtischen Werken, wie z. B. den größeren Elektrizitätswerken, kaum, wie früher, auf Ueberschüsse für andere Zwecke rechnen können, zumal für sie die Wege der Kapitalbeschaffung ungleich beschränkter sind als für die privaten Unternehmungen. Die Finanzlage der Städte ist also eine verzweifelte, und auch die hier und da noch gehegte Hoffnung auf eine ausgiebige Hilfe des Reichs, das zurzeit einen erheblichen Anteil an den Gehaltszahlungen für die städtischen Beamten und Angestellten zunächst als Vorschuß auf spätere Abrechnung bei der Einkommensteuerbeteiligung hat übernehmen müssen, muß bei dem Stande der Reichsfinanzen unbedingt trügen. Da die Aufgaben der Städte sich, wie hier mehrfach dargelegt, vornehmlich auf dem Gebiete der Kultur und der sozialen Fürsorge bewegen, muß Rückgang der Kultur, Steigerung von Not und Elend die unausbleibliche Folge sein.

Die Berliner Gemeindesteuern 1922/23 und 1923/24.[1])

Von Paul Stegemann, Dezernent für Statistik bei der Hauptsteuerverwaltung Berlin.

Obgleich das ein wichtiges Glied der Erzbergerschen Reichsfinanzreform bildende Landessteuergesetz vom 30. März 1920 nicht nur die Beteiligung der Länder am Ertrage

[1]) Abgeschlossen am 1. Februar 1924. Während der Drucklegung eingetretene Aenderungen — insbesondere die in Artikel V der dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 enthaltenen neuen Bestimmungen über den Finanzausgleich — wurden anmerkungsweise berücksichtigt.

von Reichssteuern und das selbständige Steuerrecht der Länder regelte, sondern auch die Beteiligung der Gemeinden an den Steuern des Reichs und der Länder, sowie die Grenzen der Steuerautonomie der Gemeinden durch eingehende Bestimmungen festlegte, wurde hierdurch nicht die geringste Vereinheitlichung im deutschen Gemeindesteuerwesen herbeigeführt. Denn die Finanzverwaltungen der einzelnen Länder klügelten nun innerhalb der durch das Landessteuergesetz gesteckten Grenzen für die Verteilung der ihnen zustehenden Reichssteueranteile und der den Ländern und Gemeinden überlassenen Steuern zwischen Land und Gemeinden ein eigenes mehr oder minder kompliziertes System aus. Dazu kam, daß Reich und Länder den Gemeinden die Steuerhoheit gerade auf dem Gebiete derjenigen Steuern entzogen, die bisher das Rückgrat der Gemeindefinanzen bildeten — wurde doch den Gemeinden durch das Landessteuergesetz das Recht der selbständigen Einkommenbesteuerung in Form von Zuschlägen zu den Landessteuern und durch die Landesgesetzgebung (z. B. in Sachsen und Thüringen) das Recht der autonomen Immobilien- und Gewerbebesteuerung genommen —, und ihnen als unzulänglichen Ersatz hierfür Anteile an dem Ertrage dieser nunmehr vom Reich (Einkommensteuer) bzw. von den Ländern (Grund- und Gewerbesteuern) erhobenen Steuern nach mechanisch für sämtliche Gemeinden gleichmäßig festgesetzten Verteilungsschlüsseln oder Anteilsquoten gewährten (in Sachsen und Thüringen außerdem ein engbegrenztes Zuschlagsrecht zu den nunmehr staatlichen Grund- und Gewerbesteuern). Infolgedessen sind die Gemeinden nicht mehr in der Lage, die Erträge der bisher wichtigsten Steuerquellen nach ihren eigenen örtlichen und zeitlichen finanziellen Bedürfnissen zu regeln und sind gezwungen, innerhalb des ihnen noch verbliebenen engen Steuerhoheitsgebietes dauernd nach neuen Steuerarten und -formen zu suchen. Ohne sich einer Uebertreibung schuldig zu machen, darf man wohl auf Grund dieses Tatbestandes behaupten, daß es nur einige wenige Sachkenner gibt, die sich heute überhaupt noch in dem Wirrsal der Gemeindesteuersysteme sämtlicher deutscher Länder und der vorhandenen Gemeindesteuerarten und -formen zurechtfinden, und daß vielleicht kein einziger sie alle gründlich kennt.

Erschwert wurde außerdem in den letzten „Inflationsjahren“ die Orientierung über die jeweilige Höhe der Gemeindesteuern in den verschiedenen Ländern bzw. Städten Deutschlands durch die infolge des katastrophalen Währungsverfalls zur Aufrechterhaltung geordneter Finanzverhältnisse unbedingt erforderliche möglichst s c h n e l l e A n p a s s u n g der Steuersätze an den schließlich von einem Tag zum andern sinkenden Geldwert. Der automatischen Anpassung der Steuertarife an die Geldwertänderungen mit Hilfe von Indexziffern und ähnlichem standen zunächst eine Reihe von Vorschriften der Reichs- und Landessteuergesetze hindernd im

Wege, so daß zur Herbeiführung jeder Tarifänderung der Erlaß einer neuen Steuerordnung notwendig wurde. Da nun zur Schaffung einer solchen neuen Steuerordnung der schwerfällige, langsam arbeitende Apparat der ortsparlamentarischen Gesetzgebungsmaschine und des staatlichen Genehmigungsverfahrens in Gang gesetzt werden muß, trat sie meist erst dann in Kraft, wenn die neuen Steuersätze durch die inzwischen schnell fortgeschrittene Geldentwertung schon wieder längst überholt waren. Man half sich infolgedessen bei den Steuern, die nach einem prozentual gestaffelten Tarif erhoben werden — bei denen die Geldentwertung sich also in der Weise auswirkt, daß nach kurzer Zeit sämtliche Steuerfälle in die höchste vorgesehene Steuerklasse fallen —, dadurch, daß im einfachen Verwaltungswege die Steuer aus Billigkeitsgründen ermäßigt wurde, indem die Wertgrenzen der Steuerklassen derart erhöht wurden, daß die Steuerfälle sich nunmehr wieder in normalem Verhältnis auf sämtliche Steuerklassen verteilten. Erst verhältnismäßig spät wurde das Verfahren zur Valorisierung der Gemeindesteuern durch die Landesgesetzgebung geordnet.

In Preußen z. B. stellt das Gesetz zur Regelung verschiedener Fragen des kommunalen Abgabenrechts vom 8. August 1923 die erste Maßnahme dieser Art auf gemeindesteuerlichem Gebiete dar. Hiernach können die Gemeinden durch Ortsgesetz das Recht zur Beschlußfassung über die Abänderung der Steuersätze einer Verwaltungsstelle (Ausschuß) übertragen und sind befugt zu beschließen, daß die Realsteuern sowie die indirekten Steuern, die sich der Geldwertänderung nicht anpassen, sich nach Maßgabe der Verhältniszahl wandeln, die das Staatsministerium auf Grund des preußischen Gesetzes zur Anpassung der staatlichen Steuergesetze an die Geldwertänderung vom 31. Juli 1923 festzusetzen hat. Die staatlich festgesetzte Verhältniszahl gilt als Höchstzahl. Es folgte am 7. November 1923 die Verordnung des Staatsministeriums über Aufwertung von Abgaben und Vereinfachungen im Besteuerungsverfahren (Landesaufwertungsverordnung), die im wesentlichen die vom Reichsfinanzminister für die Aufwertung der Reichssteuern erlassenen Vorschriften (Verordnung über Steueraufwertung und Vereinfachungen im Besteuerungsverfahren vom 11./18. Oktober 1923) auf die Gemeindesteuern übertrug. Fortan hatte die Zahlung der Steuern nach dem Goldwerte zu erfolgen, auch dann, wenn die Abgabe selbst nicht in Gold berechnet wird. Der Goldmarkbetrag der Zahlung richtet sich nach dem Zeitpunkt der Entstehung der Schuld. Es war also die Papiermarksteuerschuld aufzuwerten im Verhältnis des vom Finanzminister festzusetzenden Goldumrechnungssatzes im Zeitpunkt der Entstehung der Schuld zu dem Goldumrechnungssatze des Zahlungstages. Durch die Verordnung über die Festsetzung

und Zahlung öffentlicher Abgaben auf der Grundlage der Goldmark (Goldabgabenverordnung) vom 18. Januar 1924 endlich wurde auch für das Veranlagungsverfahren die Goldrechnung allgemein vorgeschrieben. Vom 1. April 1924 ab sind danach bei öffentlichen Abgaben, die von Gemeinden in Hundertteilen, Bruchteilen oder einem Vielfachen bestimmter Größen erhoben werden, die Bemessungsgrundlagen in Goldmark zu bewerten. Bei Abgaben, die nicht in Hundertteilen, Bruchteilen oder einem Vielfachen bestimmter Größen erhoben werden, sind vom gleichen Zeitpunkt ab die Abgabensätze in Goldmark festzusetzen.

* * *

Wir wollen nunmehr versuchen, einen Ueberblick über die Gemeindesteuern der wichtigsten deutschen Gemeinde, der Reichshauptstadt Berlin, zu geben.

Gewerbesteuer.

Besteuert werden die innerhalb des Gemeindebezirks betriebenen stehenden Gewerbe. Der Steuer unterliegen dagegen nicht: die gewerblichen Unternehmungen des Reichs und der Länder, ferner die Land- und Forstwirtschaft, die Viehzucht, die Jagd, die Fischzucht, der Obst- und Weinbau, der Gartenbau (mit Ausnahme der Kunst- und Handelsgärtnerei) und die freien Berufe. Berlin erhob die Steuer im Rechnungsjahr 1922 in Form von Zuschlägen zu der vom preußischen Staat auf Grund des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 veranlagten Steuer. Von den staatlichen Sätzen, die durchschnittlich 1 Proz. des im Vorjahr erzielten Ertrages ausmachen, erhob Berlin für das Rechnungsjahr 1922 in Klasse IV 500 Proz., in Klasse III 2250 Proz., in Klasse II 2500 Proz. und in Klasse I 3800 Proz., d. h. also im Höchstfall 38 Proz. des im Kalenderjahr 1921 erzielten gewerblichen Ertrages.

Daneben wurde seit dem 1. Oktober 1922 von jedem Gewerbetreibenden, der in seinem Gesamtbetriebe innerhalb und außerhalb Berlins mindestens 10 Arbeitnehmer beschäftigte, auf die innerhalb Berlins Beschäftigten eine Kopfsteuer erhoben. An Steuer waren vom 1. Oktober 1922 bis zum 31. März 1923 zu zahlen: für den 11. bis 20. in Berlin beschäftigten Arbeitnehmer je 3350 Mk., für den 21. bis 50. je 6950 Mk., für den 51. bis 100. je 9267 Mk., für den 101. und jeden weiteren je 11 583 Mk. Bei dieser Staffelung waren die auswärts beschäftigten (nicht zu besteuernden!) Arbeitnehmer jedoch zuerst zu zählen.

Da infolge der durch den Währungsverfall hervorgerufenen wirtschaftlichen und politischen Lage die Beschlußfassung der städtischen Körperschaften über den Haushaltsplan und somit auch über die Steuerumlage für das am 1. April 1923 beginnende Rechnungsjahr sich bis in den September hinein verzögerte, wurde zunächst auf Grund des preußischen Gesetzes vom 8. August 1923 ein Vielfaches der für das Rech-

nungsjahr 1922 festgesetzten Steuerbeträge (ausschließlich der Kopfsteuer) als Vorauszahlung auf die für das Rechnungsjahr 1923 zu veranlagende Gewerbesteuer forterhoben. Diese Vorauszahlungen betrugen für das Vierteljahr April/Juni 1923 das 6fache, für das Vierteljahr Juli/September 1923 das 1500fache und für das Vierteljahr Oktober/Dezember 1923 das 16,2millionenfache der Jahressteuer im Rechnungsjahr 1922. Während jedoch in den ersten beiden Vierteljahren die auf diese Weise zu errechnenden Beträge in Papiermark zu entrichten waren, mußte der für das Vierteljahr Oktober/Dezember so aufgewertete Papiermarkbetrag auf Grund der Bestimmungen der preußischen Landesaufwertungsverordnung nach dem Stande vom 25. Oktober 1923 (dem Zeitpunkt der Entstehung der Steuerschuld) in Goldmark umgerechnet und nach Multiplikation mit dem für den Zahlungstag geltenden Steuergoldumrechnungssatz in Papiermark gezahlt werden. Bei Zahlungen bis zum 22. November 1923 konnte außerdem der für den 15. November 1923 geltende Goldumrechnungssatz zugrunde gelegt werden. Ueber die Höhe des hiernach wirklich zu zahlenden Steuerbetrages vermag am besten ein Zahlenbeispiel Klarheit zu schaffen:

Jahresbetrag der Gemeindegewerbesteuer 1922: 1000 Mk., Multiplikator 16 200 000. Mithin Steuerschuld am 25. Oktober 1923: 16,2 Milliarden. Goldumrechnungssatz am 25. Oktober 1923: 15 Milliarden. Mithin Steuerschuld 16,2 Milliarden : 15 Milliarden = 1,08 Goldmark. Goldumrechnungssatz am 15. November 1923: 300 Milliarden. Mithin waren bei Zahlungen bis zum 22. November 1923 — trotzdem der Goldumrechnungssatz am 1. November auf 600 und am 21. November auf 1000 Milliarden gestiegen war — 1,08 × 300 Milliarden = 324 Milliarden Papiermark zu entrichten.

Obgleich endlich, am 6. September 1923, die städtischen Körperschaften beschlossen hatten, die Gewerbesteuer für das Jahr 1923 nicht mehr, wie bisher, in der Form von Zuschlägen zu der vom Staat veranlagten Gewerbesteuer, sondern völlig unabhängig von dieser auf Grund der städtischen Gewerbesteuerordnung vom 22. Mai 1922 (und der Nachträge vom 21. März, 30. Mai und 12. September 1923) zu erheben, wurde zunächst die Veranlagung weiterhin ausgesetzt, weil nach den Vorentwürfen des neuen preußischen Gewerbesteuergesetzes zu erwarten war, daß bereits die Veranlagung für das Jahr 1923 nachträglich nach den Bestimmungen des neuen preußischen Gesetzes erfolgen müßte. Als dann wider Erwarten das am 23. November 1923 in der Form der Notverordnung erlassene neue Gewerbesteuergesetz, dem der Landtag am 15. Dezember zustimmte, die kommunale Gewerbebesteuerung erst vom 1. Januar 1924 ab regelte, also hierdurch die Steuer für das Kalenderjahr 1923 nicht berührt wurde, beschloß der Magistrat, da die nachträgliche Veranlagung der Steuer für 1923 und ihre Verrechnung auf die vorausgezahlten Beträge eine außerordentlich zeitraubende und kostspielige Verwaltungsarbeit verursacht hatten, im allgemeinen von einer förmlichen Veranlagung der Gewerbesteuer für 1923 auf Grund

der Berliner Gewerbesteuerordnung Abstand zu nehmen und die Steuer bis zum 31. Dezember 1923 als durch die Vorauszahlungen abgegolten anzusehen. Eine förmliche Veranlagung auf Grund der Steuerordnung erfolgt nur in den Fällen, in denen Vorauszahlungen überhaupt nicht geleistet worden sind oder über ihre Höhe Streit besteht, d. h. hauptsächlich kommen hierbei solche Betriebe in Frage, die — weil später entstanden — für das Steuerjahr 1922 nicht zur Gewerbesteuer veranlagt worden waren. Aber auch in diesen Fällen wurde, um zwecks Minderung der Veranlagungskosten die Nachveranlagung so einfach wie nur möglich zu gestalten, auf die Erhebung der in der Gewerbesteuerordnung vorgesehenen Kopf- bzw. Lohnsummensteuer für das Kalenderjahr 1923 verzichtet. Mit Rücksicht darauf, daß die Vorauszahlungen sich nach der Höhe des im Jahr 1921 erzielten Ertrages richteten, bei der Schätzung des steuerpflichtigen Ertrages neugegründeter Betriebe dagegen von den infolge des Währungsverfalls maßlos aufgeblähten Papiermarkerträgen des Jahres 1922 bzw. 1923 auszugehen sein wird, deren „Dimensionen" bei der Aufstellung der in der Berliner Gewerbesteuerordnung enthaltenen „Steuerstaffel" niemand voraussehen konnte, wird zur Vermeidung von Härten bei der Veranlagung der „Ertragssteuer" auch von jeder Staffelung nach der Höhe des Ertrages Abstand genommen und die Steuer für das Kalenderjahr 1923 bei diesen Betrieben durchweg nach dem im Umlagebeschluß für das Veranlagungsjahr 1923 beschlossenen einfachen Normalsteuersatz (von 9 Proz. des Ertrages) veranlagt. Dieser Verzicht auf die in der Steuerordnung vorgesehene Staffelung (bis zu 40,5 Proz. des über 400 000 Mk. hinausgehenden Ertrages) erscheint auch insofern geboten, als sonst die Anwendung des Gemeindebeschlusses über die Anpassung der Gewerbesteuer an die Geldwertänderung vom 4. Oktober 1923 in Verbindung mit der Landesaufwertungsverordnung häufig zu unbilligen Veranlagungen führen würde. Ein Zahlenbeispiel mag zur näheren Erläuterung des verzwickten Aufwertungsverfahrens dienen:

Der steuerpflichtige Ertrag eines vom 1. April 1923 ab zu veranlagenden Betriebes sei geschätzt nach dem Stande vom 1. April 1923 auf 2000 Goldmark oder 2000 × 5000 = 10 Millionen Papiermark. Steuer 9 Proz. von 10 Millionen = 900 000 Papiermark. Mithin sind nach den Bestimmungen des Gemeindebeschlusses über die Anpassung der Gewerbesteuer an die Geldwertänderung und der Landesaufwertungsverordnung zu zahlen:

a) für April/Juni 1923: $\frac{^1/_4 \cdot 900\,000}{2\,500\,000} = 0{,}09$ Goldmark

b) „ Juli/Sept. 1923: $\frac{^1/_4 \cdot 900\,000 \cdot 250}{13\,000\,000} = 4{,}33$ „

c) „ Okt./Dez. 1923: $\frac{^1/_4 \cdot 900\,000 \cdot 27\,000\,000}{15\,000\,000\,000} = 40{,}50$ „

Nach dem neuen preußischen Gewerbesteuergesetz (Verordnung über die vorläufige Neuregelung der Gewerbesteuer

vom 23. November 1923) tritt vom 1. Januar 1924 ab eine völlige Umwälzung in der Gewerbebesteuerung ein. Die bisherige Autonomie der Gemeinden in der Gestaltung der Gewerbesteuer fällt fort. Die Gewerbesteuernotverordnung bindet die Gemeinden an einen bestimmten Besteuerungsmodus und läßt fortan die Besteuerung der Gewerbebetriebe nur innerhalb der im Gesetz gezogenen Grenzen in Form von Zuschlägen zur staatlich veranlagten Normalsteuer zu. Da jedoch die erste Veranlagung nach den neuen Vorschriften in Anlehnung an die jetzige Regelung bei der Einkommensteuer erst nach Schluß des Kalenderjahres 1924 für das vergangene Kalenderjahr stattfinden soll und die Gemeinden berechtigt sind, bis zur endgültigen Veranlagung Vorauszahlungen zu erheben, und zwar — zufolge einer Verordnung zur Abänderung des Gesetzes zur Regelung verschiedener Fragen des kommunalen Abgabenrechts vom 24. November 1923 — wenigstens für das erste Viertel des Kalenderjahres 1924 in derselben Weise wie bisher, so wirkt sich die Neuregelung praktisch zunächst noch nicht aus. Die hiernach gesetzlich zulässige Vorauszahlung für das erste Kalendervierteljahr 1924 wird dem Goldwerte nach in derselben Höhe wie die Vorauszahlung im Vierteljahr Oktober/Dezember 1923 erhoben, nur kommt bei Zahlung in Papiermark der am Zahlungstage geltende Goldumrechnungssatz (zurzeit eine Billion) in Anwendung. Daneben erhebt die Stadt Berlin vom 1. Januar 1924 ab auf Grund des 4. Nachtrags zur Berliner Gewerbesteuerordnung die Lohnsummensteuer in Höhe von 1 Proz. der im Vormonat in den gewerblichen Betrieben gezahlten — dem Steuerabzug der Einkommensteuer unterliegenden — Bruttolohnsumme. Der monatliche Steuergesamtbetrag eines Betriebes darf um $^1/_{30}$ bzw. bei Handwerksbetrieben mit nicht mehr als 6 Arbeitnehmern um $^1/_{15}$ des letzten Monatslohnes eines ungelernten, unverheirateten städtischen Arbeiters im Alter von 21 Jahren gekürzt werden — für Dezember, d. h. bei der ersten am 10. Januar 1924 fälligen Steuerzahlung, um 2,15 bzw. bei Handwerksbetrieben um 4,30 Goldmark. Nach dem Gesetz vom 8. August 1923 sind diese Lohnsummensteuerzahlungen auf die am 15. Februar 1924 fällige gesetzliche Vorauszahlung für das erste Kalendervierteljahr 1924 anzurechnen. Nach einem — von der Aufsichtsbehörde noch nicht genehmigten[1]) — Beschluß der städtischen Körperschaften vom 24. Januar 1924 soll die Lohnsummensteuer für das Vierteljahr Januar/März 1924 nach der Zahl der Arbeitnehmer abgestuft werden. Sie soll betragen für die ersten 50 Arbeitnehmer 1 Proz., für den 51. bis 100. Arbeitnehmer 1½ Proz. und darüber hinaus 2 Proz. der gezahlten Lohnsumme.

Betriebssteuer.

Die Betriebssteuer ist eine für den Betrieb der Gastwirtschaft, der Schankwirtschaft sowie des Kleinhandels mit

[1]) Genehmigt am 20. Februar 1924.

Branntwein neben der Gewerbesteuer zu entrichtende Sondersteuer. Die im preußischen Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891 vorgesehene Steuer, die jedoch seit dem Jahre 1895 vom Staate nicht mehr erhoben wird, sondern seitdem den Kreisen (bzw. den kreisfreien Städten) zufließt, beträgt, wenn der steuerpflichtige Gewerbetreibende zur Gewerbesteuer in der Klasse IV veranlagt ist, 15 Mk., in der Klasse III 25 Mk., in der Klasse II 50 Mk., in der Klasse I 100 Mk. Berlin erhob auf Grund des gemeindlichen Zuschlagrechts im Jahre 1922 ein Vielfaches dieser Sätze, und zwar in der Klasse IV 750 Proz., d. h. 112,50 Mk., in der Klasse III 2250 Proz., d. h. 562,50 Mk., in der Klasse II 2700 Proz., d. h. 1350 Mk., und in der Klasse I 3300 Proz., d. h. 3300 Mk.

Aus den bereits im Abschnitt „Gewerbesteuer" angeführten Gründen wurde im Steuerjahr 1923 die Betriebssteuer ebenso wie die Gewerbesteuer auf Grund des preußischen Gesetzes vom 8. August 1923 zunächst in der Form von „Vorauszahlungen" erhoben, die dann aber zwecks Vermeidung einer kostspieligen förmlichen Veranlagung einem Beschluß des Magistrats zufolge als „endgültige" Steuer galten. Erhoben wurde für das Vierteljahr April/Juni das 6fache, für das Vierteljahr Juli/September das 1500fache und für das Vierteljahr Oktober/Dezember das 16,2millionenfache des für 1922 veranlagten Jahresbetrages der Betriebssteuer. Im dritten Vierteljahr hatte außerdem auf Grund der Landesaufwertungsverordnung vom 7. November 1923 die Umrechnung des Papiermarksteuerbetrages in Goldmark und die Zurückwertung in den tatsächlich in Papiermark zu entrichtenden Betrag zu erfolgen.

Eine förmliche Veranlagung der Betriebssteuer, die dem Umlagebeschluß der städtischen Körperschaften vom 6. September 1923 zufolge nicht mehr in der bisherigen Form als Zuschlag zur staatlich veranlagten Betriebssteuer, sondern nach den Bestimmungen der Berliner Gewerbesteuerordnung als Zuschlag von 10 Proz. zu der für das Steuerjahr 1923 zu veranlagenden „Ertragsteuer" zu erfolgen hat, findet ebenso wie bei der Gewerbesteuer nur dann statt, wenn Vorauszahlungen überhaupt nicht geleistet worden sind oder über ihre Höhe Streit besteht. Bars, Dielen, Likörstuben, Kabaretts und gleichartige Luxusschankstätten sind dann nach den Bestimmungen der Gewerbesteuerordnung zur vierfachen Steuer zu veranlagen. Die Aufwertung der Vierteljahresraten findet in der bei der Gewerbesteuer beschriebenen Weise statt.

Vom 1. Januar 1924 ab kommt die besondere „Betriebssteuer" in Fortfall. Nach der Gewerbesteuernotverordnung vom 23. November 1923 ist es aber den Gemeinden gestattet, für Betriebe der Gastwirtschaft, der Schankwirtschaft sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder nicht denaturiertem Spiritus erhöhte Gewerbesteuerzuschläge zu erheben, die um nicht mehr als 20 Proz. über die in der Gemeinde sonst fest-

gesetzten Zuschläge hinausgehen dürfen (Schankgewerbesteuer). Praktisch wirkt sich jedoch diese Neuregelung zunächst noch nicht aus, da die Gemeinden auf Grund der Verordnung vom 24. November 1923 berechtigt sind, für das erste Kalendervierteljahr 1924 Vorauszahlungen in der bisherigen Form fortzuerheben, die allerdings auf die endgültige Steuer für 1924 anzurechnen sind. Die Betriebssteuervorauszahlung wird für das Vierteljahr Januar/März 1924 dem Goldwert nach in derselben Höhe erhoben wie im Vierteljahr Oktober/Dezember 1923.

Wanderlagersteuer.

Die Steuer wird auf Grund des preußischen Gesetzes betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes vom 27. Februar 1880 in der Fassung des Gesetzes vom 14. Januar 1921 von demjenigen erhoben, der außerhalb seines Wohnsitzes ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung die Waren eines Wanderlagers von einer festen Vertriebsstelle aus feilbieten will. Da Berlin zufolge des Gemeindebeschlusses vom 16. April 1921 einen Zuschlag von 50 Proz. zu dem im Gesetz genannten Steuersatz erhebt, so betrug die Steuer für jede Woche der Dauer des Wanderlagerbetriebes in Berlin 900 Mk., sofern der Betrieb von einer Person versehen wird. Die Steuer erhöht sich für jede weitere im Betriebe tätige Person (Mitunternehmer oder Angestellter) um den gleichen Betrag, für einen nur mechanische Dienstleistungen verrichtenden Gehilfen (Hausdiener, Kutscher, Laufburschen oder -mädchen und dergl.) um je den halben Betrag. Durch das Gesetz zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldwertänderung vom 31. Juli 1923 wurde der Steuersatz des Wanderlagersteuergesetzes für Berlin auf 30 000 Mk. erhöht, so daß die Steuer nunmehr einschließlich des Zuschlags 45 000 Mk. bei einem von einer Person versehenen Betriebe betrug. Ferner wurde das Wanderlagersteuergesetz dahin geändert, daß der Finanzminister die Steuersätze im Einvernehmen mit dem Minister des Innern unter Berücksichtigung der nach dem Gesetz zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldwertänderung vierteljährlich vom Staatsministerium festzusetzenden Verhältniszahl abzuändern hat. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 wurde daraufhin vom Finanzminister der Steuersatz für Berlin auf 36 Millionen Mark erhöht. Einschließlich des Zuschlags waren also 54 Millionen Mark wöchentlich von Betrieben, die von einer Person versehen werden, zu zahlen. Im Wege der Notverordnung wurde endlich vom preußischen Staatsministerium am 24. November 1923 die Wanderlagersteuer auf Goldmarksteuersätze umgestellt. Für Berlin wurde der Steuersatz für die Woche auf 18 Goldmark festgesetzt, so daß jetzt bei einem Zuschlag von 50 Proz. wöchentlich 27 Goldmark von Betrieben, die von einer Person versehen werden, zu zahlen sind.

Schankkonzessionssteuer.

Die Steuer ist einmalig von demjenigen zu zahlen, der die Erlaubnis zum Betriebe einer Gastwirtschaft, einer Schankwirtschaft, eines Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus erhält. Als Steuermaßstab dient das Anlage- und Betriebskapital und der Ertrag. Am Ende des Steuerjahres 1922 wurde an Steuer erhoben, wenn die Erlaubnis zur Errichtung einer neuen Wirtschaft oder eines neuen Kleinhandels erteilt ist, bei einem Anlage- und Betriebskapital unter 3000 Mk. oder einem Ertrage unter 1500 Mk.: 1500 Mk., bei einem Anlage- und Betriebskapital von 3000 bis 30 000 Mk. oder einem Ertrage von 1500 bis 2500 Mk.: 2500 Mk. usw., bei einem Anlage- und Betriebskapital von mindestens 10 000 000 Mark oder einem Ertrage von mindestens 500 000 Mk.: 150 000 Mk. Von den beiden Maßstäben war bei der Festsetzung der Steuer jedesmal derjenige anzuwenden, der die höhere Steuer ergibt.

Für Bars, Dielen, Likörstuben, Kabaretts und sonstige Schankwirtschaften, die vorwiegend Weine und Liköre ausschenken, vervierfachen sich die vorstehenden Steuersätze.

Im Sommer 1923 wurde versucht, die Steuer der Geldwertänderung dadurch automatisch anzupassen, daß der Steuerbetrag fortan zusammenzusetzen war aus einem Hundertsatze des dem erlaubnispflichtigen Betriebe gewidmeten Anlage- und Betriebskapitals und einem Hundertsatze des aus ihm erzielten Jahresertrages. Für eine neue Wirtschaft oder einen neuen Kleinhandel beträgt die Steuer vom Anlage- und Betriebskapital: bei einem Kapital bis zu 50 Millionen Mark 2,5 Proz. des Kapitals, von 50 bis 200 Millionen Mark 3,75 Proz., über 200 Millionen Mark 5 Proz., und die Steuer vom Ertrag: bei einem Jahresertrag bis zu 20 Millionen Mark 5 Proz. des Ertrages, von 20 bis zu 100 Millionen Mark 7,5 Proz., über 100 Millionen Mark 10 Proz. des Ertrages. Für Luxusgaststätten vervierfachen sich wie bisher die Steuersätze. Bei der Erlaubniserteilung an Personen, die ihren ständigen Wohnsitz außerhalb des Deutschen Reiches haben, wird der zehnfache Steuersatz erhoben.

Eine weitere Anpassung der Steuer an die Geldwertänderung ermöglichte die Landesaufwertungsverordnung vom 7. November 1923. Danach bestimmt sich der zu zahlende Papiermarkbetrag durch Aufwertung der veranlagten Papiermarkbeträge im Verhältnis des Goldumrechnungssatzes am Tage der Entstehung der Steuerschuld (d. h. hier der Tag der Konzessionserteilung) zum Goldumrechnungssatz des Zahlungstages (bei Zahlungen innerhalb der sogenannten Schonfrist, d. h. innerhalb 7 Tage nach Zustellung des Steuerbescheides, noch zum Goldumrechnungssatz des Zustellungstages).

Nach einem der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorliegenden Nachtrag zur Steuerordnung[1]) wird sich das Verfahren

[1]) In Kraft seit dem 17. Februar 1924.

in Zukunft dadurch vereinfachen, daß die Steuer in Goldmark veranlagt werden soll. Der Nachtrag sieht folgende Steuerstaffel vor: Steuer vom Anlage- und Betriebskapital: 2,5 Proz. bei einem Kapital bis zu 5000 Goldmark, 3,75 Proz. von 5000 bis 20 000 Goldmark, 5 Proz. über 20 000 Goldmark, dazu Steuer vom Ertrag: 5 Proz. bei einem Jahresertrag bis zu 2000 Goldmark, 7,5 Proz. von 2000 bis 10 000 Goldmark, 10 Proz. über 10 000 Goldmark.

Grundsteuer.

Der Steuer unterliegen die im Stadtgebiet gelegenen bebauten und unbebauten Grundstücke. Erhoben wurde die Steuer bis Ende September 1923 auf Grund der Grundsteuerordnung vom 22. Februar 1922 nach alljährlich von den Gemeindekörperschaften festzusetzenden Promillesätzen vom gemeinen Wert, d. h. vom Handelswert der steuerpflichtigen Grundstücke, und zwar nach verschiedenen Sätzen für bebaute und unbebaute Grundstücke. Der Satz für unbebaute Grundstücke mußte nach der Steuerordnung 60 Proz. höher sein als der für bebaute Grundstücke. Für Gebäude von Aktiengesellschaften, Genossenschaften, eingetragenen Vereinen und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Zweck ausschließlich darauf gerichtet ist, minderbemittelten Familien gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens für diesen Zweck erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen, wurde die Steuer um ¼ ermäßigt, wenn die an die Gesellschafter zu verteilende Dividende auf höchstens 5 Proz. ihrer Anteile beschränkt ist, den Gesellschaftern für den Fall der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als der Nennwert ihrer Anteile zugesichert wird, und wenn der etwaige Rest des Gesellschaftsvermögens für gemeinnützige Zwecke bestimmt ist.

Der endgültige Steuersatz für das Steuerjahr 1922 betrug für die bebauten Grundstücke 31,25 Promille und für die unbebauten Grundstücke 50 Promille des gemeinen Wertes. Für 1923 wurde als Vorauszahlung auf die endgültige Grundsteuer für das Vierteljahr April/Juni 1923 das 3fache, für das Vierteljahr Juli/September 1923 das 750fache des für das Jahr 1922 veranlagten Jahresbetrages erhoben. Nach dem am 6. September 1923 gefaßten Umlageverteilungsbeschluß sollte für das Rechnungsjahr 1923 die endgültige Steuer zwar nach den gleichen Steuersätzen wie im Jahre 1922 erhoben werden. Da aber gleichzeitig beschlossen worden war, eine völlige Neubewertung der Grundstücke für die Veranlagung 1923 durchzuführen, so drohten die hierfür aufzuwendenden personellen und sächlichen Veranlagungs- und Einziehungskosten, die infolge des rapiden Währungsverfalls in den letzten Monaten 1923 von Tag zu Tag stärker anschwollen, den Ertrag der Steuer zum allergrößten Teil zu verschlingen. Es wurde daher beschlossen, von einer förmlichen Veranlagung der städtischen Grundsteuer für 1923 völlig

Abstand zu nehmen, die Steuer bis zum 31. Oktober 1923 als durch die beiden Vorauszahlungen getilgt anzusehen und mit Rücksicht darauf, daß die preußische Steuer vom Grundvermögen durch die Verordnung des Finanzministers vom 22. Oktober 1923 vom 1. November ab in eine Goldsteuer umgewandelt ist, von diesem Termin ab die städtische Grundsteuer in der Form eines Zuschlags zur staatlichen Grundvermögenssteuer zu erheben. Da dieser Zuschlag durch Gemeindebeschluß vom 14./15. November 1923 auf 33⅓ Proz. der staatlichen Steuer festgesetzt wurde, so wurden vom 1. November ab monatlich als städtische Steuer erhoben: a) bei bebauten Grundstücken, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, $^1/_{15}$ Promille und b) bei allen übrigen Grundstücken $^1/_{12}$ Promille des für die Veranlagung der preußischen Ergänzungssteuer für den Veranlagungsabschnitt 1917/19 festgesetzten Wertes. Bei der Novemberrate trat eine nicht unbeträchtliche Vergünstigung für die Steuerpflichtigen dadurch ein, daß die eigentlich am 15. jedes Monats fällige Rate infolge der mit der erstmaligen Veranlagung verknüpften Arbeitsüberlastung der Katasterämter erst am 26. November fällig wurde, trotzdem aber die Steuer innerhalb der Schonfrist — bei Miethäusern 6 Tage — nach dem bedeutend niedrigeren Goldumrechnungssatz des 15. November (also zum Kurse von 300 Milliarden statt 1 Billion) in Papiermark gezahlt werden durfte. Auf Beschluß der städtischen Körperschaften vom 24. Januar 1924 wurde der städtische Zuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer vom 1. Januar 1924 ab auf 50 Proz. für unbebaute und auf 100 Proz. für bebaute Grundstücke erhöht, wobei als bebaute Grundstücke solche rechnen, auf denen in der staatlichen „Gebäudesteuerrolle" eingetragene Gebäude stehen. Die städtische Grundsteuer beträgt demnach jetzt monatlich: a) bei bebauten, dauernd landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzten Grundstücken ¼ Promille, b) bei den übrigen bebauten Grundstücken ⅕ Promille, c) bei unbebauten, dauernd landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzten Grundstücken $^1/_8$ Promille und d) bei den übrigen unbebauten Grundstücken $^1/_{10}$ Promille des preußischen Ergänzungssteuerwertes von 1917/19.

Grunderwerbsteuer.

Nach dem Reichsgrunderwerbsteuergesetz vom 12. September 1919 haben die Gemeinden das Recht, zu der vom Reich erhobenen Steuer Zuschläge zu erheben. Die Reichssteuer beträgt in der Regel 4 Proz. des gemeinen Wertes des Grundstückes. Die Stadt Berlin erhob auf Grund des Gemeindebeschlusses vom 23. November 1920 einen Zuschlag von 1 Proz. des der Reichssteuer zugrunde gelegten Wertes.

Nach dem Ausführungsgesetz vom 30. Oktober 1923 zum Finanzausgleichsgesetz hat Preußen das ihm nach dem Finanzausgleichsgesetz zustehende Aufkommen an Grunderwerb-

steuer den Gemeinden vom 1. Oktober 1923 ab in voller Höhe überlassen. Ebenso hat der preußische Staat auf das ihm zustehende Recht, Zuschläge zur Grunderwerbssteuer für seine Rechnung zu erheben, zugunsten der Gemeinden verzichtet. Da Berlin ferner von dem im Finanzausgleichsgesetz vorgesehenen Recht, die Wertzuwachssteuer durch einen weiteren Zuschlag zur Grunderwerbsteuer in Höhe von 2 Proz. des der Besteuerung zugrunde zu legenden Wertes zu ersetzen, Gebrauch gemacht hat (vgl. den Abschnitt Wertzuwachssteuer), so erhebt die Stadt seit dem 1. Oktober 1923 im Normalfalle eine Grunderwerbsteuer von 8 Proz. des gemeinen Wertes bzw. des Veräußerungspreises für ihre Rechnung.

Wertzuwachssteuer.

Besteuert wurde der beim Uebergang des Eigentums an Grundstücken erzielte Wertzuwachs, d. h. der Unterschied zwischen dem Erwerbspreis und dem Veräußerungspreis. Die Steuer war von dem Veräußerer zu zahlen. Sie betrug für

die ersten	10 000	Mk. des Wertzuwachses	10	Proz.
„ folgenden	20 000	„ „ „	12	„
„ „	30 000	„ „ „	14	„
„ „	40 000	„ „ „	16	„
„ „	100 000	„ „ „	18	„
den Wertzuwachs über	200 000	Mk.	20	„

Zu dem auf diese Weise zu berechnenden Steuerbetrag wurden soviel Prozente als Zuschlag erhoben, wie der Wertzuwachs Prozente des Erwerbspreises betrug. Die sich danach ergebende Steuer erhöhte sich, wenn seit der letzten steuerpflichtigen Veräußerung weniger als

5	Eigentumsjahre	verflossen waren, um	20	Proz.
4	„	„ „ „	40	„
3	„	„ „ „	60	„
2	„	„ „ „	80	„
1	Eigentumsjahr	„ war, „	100	„

Umgekehrt ermäßigte sich die Steuer bei längerer Eigentumsdauer bis um 30 Proz. bei einer Eigentumsdauer von 36 Jahren. Bei noch längerer Eigentumsdauer wurden nicht mehr als 6 Proz. des Veräußerungspreises als Steuer erhoben. In keinem Falle durfte die Steuer 50 Proz. des Wertzuwachses übersteigen; hatte jedoch der Käufer vor dem 1. Januar 1921 einen Wohnsitz im Deutschen Reiche, so durfte nach der Steuerordnung vom 24. November 1922 die Steuer 30 Proz. des Wertzuwachses nicht übersteigen. In dieser neuen Steuerordnung wurde auch einer Anregung der preußischen Minister des Innern und der Finanzen Rechnung getragen, die Geldentwertung bei der Wertzuwachsbesteuerung dadurch zu berücksichtigen, daß die Steuer dem Verhältnis des vom Veräußerer beim Erwerb im Grundstück angelegten Kapitals zum Gesamtpreis entsprechend ermäßigt wird. Zu diesem Zweck wurde nunmehr bestimmt, daß für die Ermittlung des steuer-

pflichtigen Wertzuwachses der Eigenkapitalsanteil des Veräußerers am Erwerbspreis zu verdoppeln ist, wenn der Erwerb vor dem 1. Januar 1922, zu verdreifachen ist, wenn der Erwerb vor dem 1. Januar 1920 und zu vervierfachen, wenn der Erwerb vor dem 1. Januar 1916 stattgefunden hat.

Wenn auch nicht formell, so doch sachlich wurde die Besteuerung des Wertzuwachses aufgehoben durch das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vom 23. Juni 1923. Dies Gesetz schreibt nämlich vor, daß künftig zur Feststellung des steuerbaren Wertzuwachses der Erwerbs- und der Verkaufspreis nach der inneren Kaufkraft der Mark zur Zeit des Erwerbs bzw. des Verkaufs anzusetzen ist. Da nun die Grundstückspreise in Papiermark viel weniger gestiegen sind als die Kaufkraft der Mark gesunken ist, waren nennenswerte Erträge aus der Wertzuwachssteuer nicht mehr zu erwarten. Die städtischen Körperschaften entschlossen sich daher, die Zuwachssteuerordnung aufzuheben und an deren Stelle einen nach dem Finanzausgleichsgesetz zulässigen besonderen kommunalen Zuschlag zur Grunderwerbsteuer in Höhe von 2 Proz. des Wertes der Grundstücke zu erheben (vgl. den Abschnitt Grunderwerbsteuer).

Hundesteuer.

Nach der Steuerordnung vom 29. März 1922 sind die über zwei Monate alten, im Stadtbezirk Berlin gehaltenen Hunde zu versteuern. Werden in einem Haushalt oder Betriebe zwei oder mehrere Hunde gehalten, oder werden von einer Person an mehreren Stellen innerhalb des Stadtbezirks Hunde gehalten, so sind für den zweiten und die weiteren Hunde erhöhte Steuersätze zu zahlen. Die Steuer betrug vom 1. April bis zum 30. September 1922 für den ersten Hund 150 Mk., für den zweiten Hund 225 Mk., für den dritten Hund 300 Mk., für den vierten Hund 400 Mk. usw. Infolge der Geldentwertung wurden die Steuersätze allmählich erhöht; vom 1. April bis 30. September 1923 waren somit die Sätze: für den ersten Hund 24 000 Mk., für den zweiten Hund 36 000 Mk., für den dritten 48 000 Mk., für den vierten und die folgenden 60 000 Mk.

Vom 1. Oktober 1923 ab wird die Hundesteuer auf Goldmarkbasis erhoben. Die Jahressteuersätze betragen 20 Mk. für den ersten Hund, 40 Mk. für den zweiten, 60 Mk. für den dritten und 80 Mk. für den vierten und jeden weiteren Hund. Diese Sätze sind Grundbeträge, welche in vierteljährlichen Raten — und, wenn in Papiermark, so mit dem Goldumrechnungssatz des Zahlungstages vervielfacht — zu zahlen sind. Vorauszahlungen, die auf die Halbjahresrate Oktober 1923 bis März 1924 bereits vor dem 1. Oktober 1923 in Höhe von 24 000 Papiermark geleistet waren, wurden mit 0,50 Goldmark angerechnet. Die Goldsteuer wurde nicht erhoben, falls die Hunde eine Woche nach der Bekanntmachung der neuen Steuersätze im Gemeindeblatt abgeschafft wurden.

Vom 1. Januar 1924 ab soll nach einem — von der Aufsichtsbehörde noch nicht genehmigten[1]) — Beschlusse der städtischen Körperschaften vom 24. Januar 1924 die Steuer für den ersten Hund auf 30 Mk. jährlich erhöht werden.

In einer Reihe von Berliner Ortsteilen mit ländlicher Eigenart ist seit dem 1. April 1923 allgemein die Steuer für den ersten Hund als Wachhund auf ¼ des Steuersatzes ermäßigt. In den übrigen Bezirken wird vom 1. Oktober 1923 ab eine Steuerermäßigung von 50 Proz. gewährt für einen Hund, welcher als Wachhund für Gewerbebetriebe gehalten wird, die nicht mit einer Wohnung verbunden sind. Geplant ist, die letzte Vergünstigung vom 1. April 1924 ab wieder aufzuheben, statt dessen aber die Steuerfreiheit für „reine Wachhunde", d. h. solche Hunde, die tagsüber an der Kette liegen, einzuführen.

Neben diesen allgemeinen Hundesteuersätzen bestanden seit dem 1. April 1922 besondere Steuersätze für Luxushunde. Zur Durchführung dieser Sonderbesteuerung wurde eine „Rassenliste" aufgestellt. Die auf Grund dieser Liste vorzunehmende Veranlagung erwies sich jedoch als so schwierig und kostspielig, daß die Luxushundesteuer bereits seit dem 1. Oktober 1922 wieder aufgehoben ist. Die Steuer betrug während ihrer halbjährigen Geltungsdauer: für den 1. Luxushund 500 Mk., für den zweiten 750 Mk., für den dritten 1000 Mk. und für den vierten und jeden weiteren Hund 1500 Mk.

Pferdesteuer.

Seit dem 15. November 1922 wird eine Steuer für die im Stadtgebiet gehaltenen Pferde, Maulesel und Maultiere erhoben. Erhöhte Sätze bestehen für Pferde, die ausschließlich oder vorwiegend zum Reiten benutzt werden, und für Pferde, Maulesel oder Maultiere, die ausschließlich oder vorwiegend zur Beförderung von Personenfahrzeugen benutzt werden, mit Ausnahme jedoch der Zugtiere, die dem Gewerbebetrieb eines Fuhrunternehmens oder der Landwirtschaft dienen, d. h. also in der Hauptsache für Privatkutschpferde. An Steuer war zu zahlen: für gewöhnliche Zugtiere für die Zeit vom 15. November 1922 bis 31. März 1923 150 Mk., für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1923 2000 Mk.; für Kutschpferde 600 Mk. bzw. 8000 Mk., für Reitpferde 3750 Mk. bzw. 50 000 Mk.

Auf Grund des Gemeindebeschlusses vom 6. September 1923 wurde die Pferdesteuer im Vierteljahr Juli/September 1923 an die Geldentwertung angepaßt, indem die bisherigen Steuersätze im Rahmen der Verhältniszahl, die das preußische Staatsministerium nach dem Gesetz zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldwertänderung festgesetzt hatte, aufgewertet wurden. Da das Staatsministerium für diese Zeit den Multi-

[1]) Genehmigt am 8. Februar 1924. Einem der Stadtverordnetenversammlung vorliegenden Magistratsbeschlusse zufolge sollen auch die Sätze für die zweiten und folgenden Hunde mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab um 50 Proz. erhöht werden.

plikator auf 250 festsetzte, war für das Vierteljahr Juli/September an Steuer nachzuzahlen: für ein gewöhnliches Zugtier 249 000 Mk., für ein Kutschpferd usw. 996 000 Mk. und für ein Reitpferd 6 225 000 Mk.

Vom 1. Oktober 1923 ab wird die Steuer nach Goldmarksätzen erhoben. Die Jahressteuer beträgt seitdem für gewöhnliche Zugtiere 12 Goldmark, für Kutschpferde 36 Goldmark, für Reitpferde 120 Goldmark und ist in vierteljährlichen Raten zu zahlen — wenn in Papiermark, so umgerechnet nach dem Goldumrechnungssatze des Zahlungstages.

Lastkraftwagensteuer.

Auf Grund der Steuerordnung vom 25. Januar 1922 waren die im Stadtgebiet gehaltenen Lastkraftwagen zu versteuern. Die Steuer war nach Art und Tragfähigkeit bzw. Eigengewicht der steuerpflichtigen Fahrzeuge abgestuft. Die in vierteljährlichen Raten erhobene Steuer betrug für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1922 für Dreiräder, die mit motorischer Kraft betrieben wurden (sogenannte Cyklonetten oder dergl.) 100 Mk., für Lastkraftwagen aller Art 150—300 Mk., für selbstfahrende Maschinen 200 bis 300 Mk.

Durch das Reichskraftfahrzeugsteuergesetz vom 8. April 1922, das am 1. Juli 1922 in Kraft trat, wurde die städtische Lastkraftwagensteuer zu diesem Zeitpunkte aufgehoben.

Motorbootsteuer.

Wer im Stadtgebiet Wasserfahrzeuge hält, die durch einen eingebauten Motor betrieben werden, und die nicht ausschließlich oder vorwiegend zur Beförderung von Personen oder Sachen gegen Entgelt dienen, hat für jedes Fahrzeug eine Steuer zu entrichten. An Motorbootsteuer waren zu zahlen für die Zeit vom 1. April bis 30. November 1922, wenn die Antriebmaschine entwickelte bis zu 8 PS, 200 Mk., steigend bis auf 1333 Mk. bei über 24 PS; vom 1. Dezember 1922 bis 31. März 1923: 333 Mk., ebenso steigend bis zu 2000 Mk.; vom 1. April bis 30. September 1923: 7500 Mk., steigend bis zu 100 000 Mk. bei über 100 PS.

Für das Vierteljahr Juli/September 1923 wurde die Motorbootsteuer in derselben Weise wie die Pferdesteuer an die Geldentwertung angepaßt. Es waren für das Vierteljahr nachzuzahlen: für ein Motorboot mit einer Antriebmaschine bis zu 8 PS: 933 750 Mk., bis zu 16 PS: 1 867 500 Mk., bis zu 24 PS: 3 735 000 Mk., bis zu 50 PS: 6 225 000 Mk., bis zu 100 PS: 9 337 500 Mk. und über 100 PS: 12 450 000 Mk.

Wie die Hunde- und die Pferdesteuer wurde auch die Motorbootsteuer am 1. Oktober 1923 auf Goldmarkbasis umgestellt. Die Jahressteuer wurde in Goldmark festgesetzt für Boote, deren Antriebmaschine entwickelt: bis zu 8 PS auf 20 Mk., bis zu 16 PS auf 40 Mk., bis zu 24 PS auf 80 Mk., bis zu 50 PS auf 120 Mk., bis zu 100 PS auf 160 Mk. und über 100 PS auf 200 Mk. Nach einem von der Aufsichtsbehörde noch nicht

genehmigten[1]) Beschluß der städtischen Körperschaften vom 24. Januar 1924 soll die Steuer mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab um 50 Proz. erhöht werden.

Wagensteuer.

Steuerpflichtig ist nach der Ordnung betreffend die Erhebung einer Wagensteuer in der Stadtgemeinde Berlin vom 1. Februar 1922, wer innerhalb des Stadtgebiets Fahrzeuge hält, die nach ihrer Beschaffenheit zur Fortbewegung durch tierische Kraft, ausgenommen Hunde und Ziegen, hergerichtet oder bestimmt sind. Die Steuersätze sind nach der Art der Benutzung des Wagens abgestuft.

Im Steuerjahr 1922 wurden erhoben: für Pferdedroschken vom 1. April bis 30. November 1922: 66 Mk., vom 1. Dezember 1922 bis 31. März 1923: 100 Mk., für gewöhnliche Personenwagen, die nicht vorwiegend oder ausschließlich dem Vergnügen, dem Sport oder der Bequemlichkeit dienen, 266 bzw. 333 Mk., für Kutschwagen 533 bzw. 666 Mk., für Lastwagen 133 bzw. 200 Mk.

Für das Steuerjahr 1923 wurde — obgleich die Aufsichtsbehörden der Steuerordnung weiter bis zum 31. März 1924 zugestimmt haben — die Wagensteuer nicht veranlagt, da einerseits in Anbetracht der niedrigen Steuersätze die Steuereinnahmen nicht einmal die Erhebungskosten gedeckt hätten und anderseits von einer Erhöhung der Steuersätze Abstand genommen wurde, weil eine Aufwertung der Steuer in der bisherigen Form — Besteuerung der vorhandenen Wagen ohne Rücksicht auf Größe, Nutzeffekt und Nutzungsintensität — nicht zweckmäßig erschien. Auch wollte man die Abänderung dieser Steuer zurückstellen, da Preußen die Einführung einer staatlichen Fahrzeugsteuer bzw. Wegebenutzungssteuer plante.

Kraftdroschkensteuer.

Nach der Steuerordnung vom 7. September 1921 wurde für die Benutzung der im Stadtgebiet gehaltenen Kraftdroschken eine Steuer in Höhe von 10 Proz. des Fahrpreises erhoben; wenn jedoch Kraftdroschken zur beliebigen Benutzung vermietet werden, in Höhe von 10 Proz. des vereinbarten Entgelts. Diese Bestimmungen fanden auch Anwendung auf die zwar außerhalb des Stadtgebiets gehaltenen, aber vorwiegend innerhalb der Stadtgrenzen benutzten Kraftdroschken. Steuerpflichtig war der Fahrzeughalter; er war aber berechtigt, die Steuer dem Fahrgast in Rechnung zu stellen.

Die Schwierigkeit und Kostspieligkeit der Kontrolle veranlaßten jedoch die Steuerverwaltung im Juli 1922, die Fahrpreissteuer im Wege der Vereinbarung mit den Interessenten durch eine Pauschsteuer zu ersetzen. Die Pauschsteuer wurde auf einen Jahresbetrag von 10 000 Mk. festgesetzt. Dieser Pauschsatz, der auf Grund des damals geltenden Fahrpreis-

[1]) Genehmigt am 8. Februar 1924.

tarifs (dreißigfacher Betrag der höchsten Friedenstaxe für Benzindroschken) festgelegt worden war, sollte sich entsprechend der Aenderung des Fahrpreistarifs erhöhen oder ermäßigen. Mit Rücksicht auf die infolge der Geldentwertung ständig wachsende wirtschaftliche Notlage des Kraftdroschkengewerbes beschlossen aber die städtischen Körperschaften, die Steuer vom 1. Juli 1923 ab zunächst nicht weiter zu erheben.

Mietkraftwagensteuer.

Nach der Steuerordnung vom 4. Oktober 1922 wurde für die Vermietung der im Stadtgebiet zur Beförderung von Personen gehaltenen Mietkraftwagen, die nicht öffentlich zum Gebrauch aufgestellt sind, eine Steuer von 10 Proz. des Entgelts erhoben. Auf außerhalb des Stadtgebiets gehaltene, aber vorwiegend innerhalb der Grenzen Berlins vermietete Kraftwagen fand diese Bestimmung ebenfalls Anwendung. Der Fahrzeughalter hatte die Steuer zu zahlen, war aber verpflichtet, sie dem Mieter in Rechnung zu stellen. Auch hier sah sich die Steuerverwaltung infolge der Schwierigkeit und Kostspieligkeit einer wirksamen Kontrolle gezwungen, die Prozentsteuer durch eine Pauschsteuer zu ersetzen und traf mit den Mietkraftwagenbesitzern ein Pauschsteuerabkommen zu denselben Sätzen, wie sie mit den Kraftdroschkenbesitzern vereinbart worden waren. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage des Mietkraftwagengewerbes ist die Mietkraftwagensteuer ebenso wie die Kraftdroschkensteuer seit dem 1. Juli 1923 nicht erhoben worden.

Beherbergungssteuer.

Diese Steuer ist von den Vermietern von Zimmern oder Wohnungen in Hotels, Gastwirtschaften, Pensionen oder Privathäusern zu entrichten. Die Steuer betrug ursprünglich einheitlich 10 Proz. des Entgelts. Vom 22. November 1921 ab wurde der Steuersatz auf 15 Proz. erhöht. Entgelte bis zu 5 Mk. täglich waren steuerfrei. Vom 1. August 1922 ab wurde die Steuer nach der Höhe des Entgelts gestaffelt. Sie betrug bei einem täglichen Entgelt bis 250 Mk. für die Person 15 Proz., von 250 bis 350 Mk. 20 Proz., von 350 bis 500 Mk. 30 Proz., über 500 Mk. 40 Proz. Vom 16. Oktober ab galt der Satz von 15 Proz. bei einem Entgelt bis 500 Mk., 20 Proz. bei 500 bis 700 Mk., 30 Proz. bei 700 bis 1000 Mk., 40 Proz. bei über 1000 Mk. Vom gleichen Tage ab wurde ein erhöhter Steuersatz für „Ausländer", d. h. für Personen, die am 1. Januar 1921 ihren Wohnsitz nicht im Deutschen Reich hatten, eingeführt: für sie waren statt 15 Proz.: 75 Proz., statt 20—40 Proz.: 80 Proz. zu zahlen.

Die fortschreitende Geldentwertung machte eine immer häufigere Veränderung der Steuerstufen notwendig. Sie wurden an den mit ständiger Beschleunigung abnehmenden Wert der Papiermark von Mitte August 1923 ab wöchentlich, seit Anfang Oktober 1923 sogar halbwöchentlich angepaßt. So waren schließlich vom 17. November ab an Beherbergungssteuer zu zahlen: bei einem täglichen Entgelt bis 1,5 Billionen

15 Proz., von über 1,5 bis 2,1 Billionen 20 Proz., von über 2,1 bis 2,7 Billionen 30 Proz., von über 2,7 Billionen 40 Proz. des Entgelts. Für „Ausländer" betrug die Steuer bei einem täglichen Entgelt bis 1,5 Billionen Mk. 75 Proz., bei mehr als 1,5 Billionen Mk. 80 Proz.

Von den am Fremdenverkehr interessierten Wirtschaftskreisen wurde nun der seit Beginn des Jahres 1923 beobachtete zahlenmäßige Rückgang des Berliner Fremdenverkehrs auf die erhöhte Ausländersteuer von 75 bzw. 80 Proz. zurückgeführt. Die städtische Verwaltung bestritt lebhaft diesen ursächlichen Zusammenhang, da nach ihrer Ansicht in erster Linie die erhebliche Erschwerung bei der Erlangung der Einreiseerlaubnis, die Verteuerung des Aufenthalts in Deutschland infolge der Angleichung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise und die in der Auslandspresse häufig aufgebauschten, in einzelnen Teilen des Reiches aus inner- und außenpolitischen Gründen gelegentlich vorkommenden Unruhen für den Rückgang des Fremdenverkehrs verantwortlich zu machen sind. Da jedoch die Tatsache nicht von der Hand zu weisen ist, daß die erhöhte Beherbergungssteuer der Stadt Berlin in der ausländischen Presse oft zum Gegenstand deutschfeindlicher Erörterungen gemacht worden ist, entschloß sich der Magistrat, die Unterscheidung zwischen Inländern im allgemeinen und den Personen (Inländern und Ausländern), die am 1. Januar 1921 ihren Wohnsitz nicht im Deutschen Reich hatten, wieder zu beseitigen. Statt dessen wurden verschiedene Steuersätze eingeführt für Betriebe, welche die Erlaubnis zur Schank- und Gastwirtschaft besitzen (Hotels, Gastwirtschaften) und Betriebe ohne Erlaubnis zur Schank- und Gastwirtschaft (Pensionen, Privathäuser). Gleichzeitig wurden nach dem Goldwert des täglichen Entgelts durchzustaffelnde Steuersätze eingeführt, die nicht mehr, wie bisher, nach dem Nettoentgelt (d. h. dem Entgelt ausschließlich Steuer), sondern nach dem Bruttoentgelt (d. h. Entgelt einschließlich Steuer) zu bemessen waren. Besteuert wurden somit vom 21. November 1923 ab

a) bei Betrieben mit Schankerlaubnis die ersten 2,50 Goldmark des täglichen Entgelts mit 15 Proz., der Restbetrag mit 33⅓ Proz.;

b) bei Betrieben ohne Schankerlaubnis die ersten 0,50 Goldmark mit 15 Proz., der Restbetrag mit 33⅓ Proz.

Erneuten Vorstellungen der Vertreter des Hotelgewerbes und dem Wunsche der Stadtverordnetenversammlung nachgebend, entschloß sich schließlich der Magistrat, vom 15. Dezember 1923 ab die Beherbergungssteuer nach einem Einheitssatz von 25 Proz. des Nettoentgelts (oder 20 Proz. brutto) gleichmäßig für alle Betriebe zu erheben.

Wegen ihrer finanziellen Bedeutung seien auch die folgenden Bestimmungen über die Begrenzung der Steuerpflicht aufgeführt. Nach der Steuerordnung vom 22. Januar 1921 war die Steuer zu zahlen nur bei der gewerbsmäßigen Ver-

mietung zu vorübergehendem Aufenthalt. Als vorübergehend galt der Aufenthalt, wenn er ein Vierteljahr an derselben Gaststätte nicht überschritt und kein Wohnsitz in Berlin begründet wurde. Diese Bestimmungen wurden durch die Steuerordnung vom 3. Januar 1923 dahin geändert, daß die Steuer fortan bei der Beherbergung von Personen, d. h. bei jeder gewerbsmäßigen und nicht gewerbsmäßigen entgeltlichen Vermietung an Personen, die nicht nachweislich ihren Wohnsitz in Berlin haben, für die ersten sechs Monate ihres Aufenthalts zu zahlen war. Bei der Beherbergung von Personen, die am 1. Januar 1921 ihren Wohnsitz nicht im Deutschen Reiche hatten, war die Steuer für die ganze Zeit ihres Aufenthalts zu zahlen. Nach den am 21. November 1923 in Kraft gesetzten Bestimmungen des Nachtrags vom 3. Oktober 1923 ist endlich die Steuer jetzt allgemein für die ersten sechs Monate des Aufenthalts des Mieters zu zahlen, es sei denn, daß dieser nachweislich seinen Wohnsitz in Berlin begründet.

Vergnügungssteuer.

Durch das Landessteuergesetz vom 30. März 1920 war den Gemeinden die Verpflichtung auferlegt worden, Vergnügungssteuern zu erheben. Die Steuer wird in drei Formen erhoben: 1. in Form der Kartensteuer, wenn die Teilnahme an einer Veranstaltung von der Zahlung eines Entgelts abhängig gemacht wird; 2. in Form der Pauschsteuer, wenn die Teilnahme unentgeltlich ist, oder ausnahmsweise an Stelle der Kartensteuer, wenn dadurch ein höherer Steuerertrag erzielt wird; 3. bei künstlerisch hochstehenden Veranstaltungen in Form der Prozentualsteuer von der Roheinnahme.

Es würde über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausgehen, die außerordentlich komplizierten Tarife im einzelnen darzustellen. Wir wollen uns daher hier darauf beschränken, wenigstens einen kurzen Abriß der Entwicklung der Kinobesteuerung zu geben.

Nach der Steuerordnung vom 28. Februar/30. März 1922 betrug die Steuer bei einem steuerpflichtigen Entgelt bis zu 1,50 Mk.: 10 Proz., von mehr als 1,50 bis 3 Mk.: 15 Proz., 3 bis 5 Mk.: 20 Proz., 5 bis 6 Mk.: 25 Proz., 6 bis 7 Mk.: 30 Proz., 7 bis 8 Mk.: 35 Proz., 8 bis 9 Mk.: 40 Proz., 9 bis 10 Mk.: 45 Proz. und über 10 Mk.: 50 Proz. Als im Herbst 1922 die zunehmende Geldentwertung die Prozentualsteuer nach diesem Tarif für die Lichtspieltheater von Tag zu Tag weniger tragbar gestaltete und infolgedessen der städtische Steuerausschuß am 22. September 1922 beschloß, die Steuer fortan nach einem Tarif zu erheben, der mit einer Steuer von 10 Proz. bei Eintrittspreisen bis zu 3 Mk. begann und mit einem Steuersatz von 60 Proz. bei Eintrittspreisen von über 100 Mk. endete, traten sämtliche Berliner Lichtspieltheater in einen mehrtägigen Streik ein, um gegen diese der Geldentwertung nicht genügend Rechnung tra-

gende Tarifänderung zu protestieren. Nach Verhandlungen mit dem Schutzverband und dem Verein der Lichtspieltheaterbesitzer erklärte sich der Magistrat am 27. September unter der Bedingung, daß die Lichtspieltheater zum nächstmöglichen Zeitpunkt ihre Betriebe wieder eröffneten, bereit, die vom Steuerausschuß am 22. September 1922 beschlossenen Steuersätze (die immerhin eine Ermäßigung gegenüber den bestehenden Sätzen vorsahen) sofort in Kraft zu setzen, über anderweitige endgültige Sätze sofort in Verhandlungen einzutreten und die neuen Sätze spätestens am 1. November in Kraft zu setzen. In den Verhandlungen sollte insbesondere ein Weg gesucht werden, wie der weiter zu erwartenden Geldentwertung Rechnung getragen werden könne. Magistrat und Stadtverordnete beschlossen dann am 19. bzw. 20. Oktober, die Steuer von den Lichtspieltheatern nicht mehr als Nettosteuer, sondern als Bruttokartensteuer nach folgenden Sätzen zu erheben: bei einem Bruttoeintrittsgeld (Eintrittsgeld + Steuer) bis zu 20 Mk.: 20 Proz., über 20 bis 40 Mk.: 23 Proz., über 40 bis 135 Mk.: 25 Proz., über 135 bis 280 Mk.: 27½ Proz., über 280 Mk.: 33⅓ Prozent.

Die Preisstaffel wurde dann entsprechend der fortschreitenden Geldentwertung ständig in kurzen Zeitabständen geändert. Schließlich ermächtigte die Steuer- und Finanzdeputation die Hauptsteuerverwaltung, die Steuerstaffel für die Lichtbildtheater nach dem jeweiligen Goldankaufspreis der Reichsbank festzusetzen. Die auf dieser Grundlage berechneten Papiermarkstaffeln mußten infolge der im Herbst 1923 sich förmlich überstürzenden Geldentwertung im August 7mal, im September 8mal, im Oktober 11mal und in der Zeit vom 2. bis 20. November 1923 nicht weniger als 10mal geändert werden. Nach der letzten Staffel dieser Art, die vom 20. bis 24. November in Geltung war, betrug die Steuer bei einem Bruttoeintrittspreis bis 400 Milliarden Mk.: 20 Proz., von mehr als 400 bis 1000 Milliarden Mk.: 23 Proz., 1 bis 2 Billionen Mark: 25 Proz., 2 bis 3 Billionen Mk.: 27½ Proz., 3 bis 4 Billionen Mk.: 30 Proz. und über 4 Billionen Mk.: 33⅓ Proz.

Durch den Nachtrag vom 22. November 1923 zur Vergnügungssteuer wurde schließlich die Staffelung der Steuer nach der Höhe des Eintrittsgeldes beseitigt. Seit dem 25. November 1923 wird die Steuer nach einem einheitlichen Satz in Höhe von 23 Proz. des Bruttoeintrittsgeldes erhoben.

Getränkesteuern.

Das in der Stadt Berlin gebraute und das in das Stadtgebiet eingebrachte Bier unterlag nach der Biersteuerordnung vom 22. Januar 1921 der Besteuerung durch die Stadt. Bis zum 1. August 1923 betrug die Steuer für Bier mit einem Stammwürzegehalt bis zu 4,5 Proz. 0,30 Mk. für das Hektoliter und für Bier mit einem höheren Stammwürzegehalt 0,65 Mark für das Hektoliter.

Durch das Finanzausgleichsgesetz vom 23. Juni 1923 ist das Recht der Gemeinden, Getränkesteuern zu erheben, wesentlich erweitert worden. Berlin hat daraufhin zunächst am 1. August 1923 die Biersteuer erhöht. Es waren zu zahlen für Bier mit einem Stammwürzegehalt bis 5,5 Proz. 40 Mk. für das Liter, steigend bis zu 120 Mk. bei einem Stammwürzegehalt von mehr als 13 Proz.

Durch die neue Bier- und Branntweinsteuerordnung vom 10. Oktober 1923 in Verbindung mit der vom Reichsfinanzminister auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes erlassenen dritten Verordnung über Höchstsätze für die nach der Menge des steuerbaren Getränkes bemessenen Gemeindesteuern vom 27. September 1923 wurden diese Sätze mit Wirkung vom 15. Oktober ab erhöht auf 250 000 Mk. für das Liter Bier mit einem Stammwürzegehalt bis 5,5 Proz., steigend bis zu 700 000 Mark bei einem Stammwürzegehalt von mehr als 14 Proz. Außerdem wurden nunmehr auch bierähnliche und bierartige Getränke der Steuer unterworfen. Die Steuer betrug für solche Getränke pro Liter mit einem Stammwürzegehalt: unter 8 Proz. 175 000 Mk., von 8 bis 14 Proz. 350 000 Mk. und von mehr als 14 Proz. 525 000 Mk. Vom 1. Dezember 1923 ab wurde die Steuer schließlich auf Grund der vierten Verordnung des Reichsfinanzministers über die Höchstsätze vom 24. November 1923 auf Goldmarksteuersätze umgestellt. Es werden danach jetzt erhoben pro Liter: für Einfachbier (bis 5,5 Proz. Stammwürzegehalt) 1 Goldpfennig, für Schankbier (8 bis 9 Prozent Stammwürzegehalt) 1,5 Goldpfennig, für Vollbier (9 bis 14 Proz. Stammwürzegehalt) 2 Goldpfennig, für Starkbier (mehr als 14 Proz. Stammwürzegehalt) 3 Goldpfennig. Die Steuersätze für bierähnliche und bierartige Getränke betragen 0,75, 1,50 und 2,25 Goldpfennig.

Vom 1. Januar 1924 ab wurde die Besteuerung ausgedehnt auf Branntwein sowie Wein und Schaumwein. Nach der Bier- und Branntweinsteuerordnung vom 10. Oktober 1923 ist der in der Stadt hergestellte oder in die Stadt eingeführte Trinkbranntwein zu versteuern. Die Steuer selbst beträgt auf Grund der vierten Verordnung des Reichsfinanzministers über die Höchstsätze pro Liter: für unverschnittenen Arrak, Rum, Trinkbranntwein aus Obststoffen und Trinkbranntwein mit einem Gehalt von mehr als 10 Proz. (Extrakt) 0,90 Goldmark, für andere Trinkbranntweine 0,45 Goldmark.

Von der Wein- und Schaumweinsteuer wird nach der Wein- und Schaumweinsteuerordnung vom 10. Oktober 1923 betroffen der örtliche Verbrauch von Wein, weinähnlichen und weinhaltigen Getränken sowie von Schaumwein und schaumweinähnlichen Getränken. Die Steuer beträgt bei Wein, weinähnlichen und weinhaltigen Getränken sowie bei Fruchtschaumwein ohne Zusatz von Traubenwein 5 Proz., bei Schaumwein und schaumweinähnlichen Getränken 15 Proz. des Kleinhandelspreises.

* * *

Soll die hier gegebene Darstellung der Berliner Gemeindesteuern, dem in den einleitenden Ausführungen ausgesprochenen Gedanken treubleibend, einen — wenn auch nur kleinen und unvollkommenen — Beitrag zur Systematik des heutigen deutschen Gemeindesteuerwesens liefern, so ist es nötig, neben den in vorstehendem Abriß behandelten autonomen Gemeindesteuern auch die nach der Reichs- und Landesgesetzgebung der Stadt Berlin zustehenden Anteile an Reichssteuern einer kurzen Betrachtung zu unterwerfen.

Nach dem heutigen Stande der Reichs- und preußischen Landessteuergesetzgebung hat Berlin Anteile vom Aufkommen folgender Reichssteuern zu erhalten:

Einkommensteuer.

Nach den Bestimmungen des preußischen Ausführungsgesetzes vom 13. Januar 1921 zum Landessteuergesetz verteilte der Staat bisher vier Fünfzehntel des gesamten Aufkommens an der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer unter die Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem Verhältnis der gewährleisteten Mindestbeträge, d. h. des örtlichen Aufkommens an Gemeindeeinkommensteuer im Steuerjahr 1919 zuzüglich einer Steigerung von 35 Proz. Seit dem 1. November 1923 werden die Steueranteile nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes und des preußischen Ausführungsgesetzes vom 30. Oktober 1923 berechnet. Danach verteilt das Reich drei Viertel[1]) des Aufkommens an Einkommensteuer und Körperschaftssteuer unter die Länder nach dem Verhältnis der auf die Gesamtheit der Gemeinden jedes Landes entfallenden berichtigten Veranlagungssolls im vorangegangenen Kalenderjahre[2]). Von dem hiernach auf Preußen entfallenden Anteil erhalten die Gemeinden insgesamt 46 Proz., die jeweils nach dem Verhältnis der berichtigten Veranlagungssolls im vorangegangenen Kalenderjahre (sog. Rechnungsanteile) auf die einzelnen Gemeinden verteilt werden.

Umsatzsteuer.

Nach den Bestimmungen des Landessteuergesetzes wurden den Gemeinden bisher 5 Proz. des auf jede Gemeinde entfallenden Aufkommens an Umsatzsteuer überwiesen. Vom 1. April 1923 ab erhalten die Länder nach dem Finanzausgleichsgesetz zur Verteilung an die Gemeinden insgesamt 15 Proz. des Gesamtaufkommens an Umsatzsteuer (ausschließlich der aus Versteigerungen aufkommenden Steuer). Der hiernach den Gemeinden insgesamt zustehende Anteil an der Umsatzsteuer wird unter die einzelnen Länder verteilt nach

[1]) Nach der 3. Steuernotverordnung vom 1. Februar 1924 an 90 Proz.

[2]) Nach der 3. Steuernotverordnung wird der Verteilungsschlüssel für die Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer im Kalenderjahr 1924 auf der Grundlage des beabsichtigten Solls der vom Januar 1923 bis zum 31. Januar 1924 veranlagten Steuerbeträge festgestellt.

dem Verhältnis der im vorangegangenen Kalenderjahre veranlagten Steuerbeträge. Von dem so errechneten Gesamtgemeindeanteil des Landes erhalten die preußischen Gemeinden nach den Bestimmungen des preußischen Ausführungsgesetzes vom 30. Oktober 1923 jedoch insgesamt nur 90 Proz., die unter die einzelnen Gemeinden nach der Bevölkerungszahl in der Weise verteilt werden, daß die volkreicheren Gemeinden verhältnismäßig mehr erhalten als die kleinen Gemeinden[1]), so daß z. B. den Gemeinden mit über 500 000 Einwohnern dreimal soviel pro Einwohner überwiesen wird, als den Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern.

Kraftfahrzeugsteuer.

Von dem Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer auf Grund des Fahrzeugsteuergesetzes vom 8. April 1922 erhalten dem Finanzausgleichsgesetz zufolge die Länder zusammen 50 Proz.[2]). Die eine Hälfte des Gesamtanteils wird nach der Bevölkerungszahl, die andere nach dem Gebietsumfang auf die einzelnen Länder verteilt. Führt ein Land eine Steuer für die Benutzung der Wege durch Fahrzeuge ein (Preußen hat von dieser Ermächtigung bisher keinen Gebrauch gemacht), so ist dem Lande vom Beginn des Rechnungsjahres ab zum Zwecke der öffentlich-rechtlichen Wegeunterhaltung außer dem ihm allgemein zustehenden Anteil der gleiche Betrag als weiterer Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer zu überweisen. Soweit die Kraftfahrzeugsteuer den Ländern demnach in voller Höhe zu überweisen ist, verbleiben dem Reiche für die Verwaltung der Steuer 4 Proz. des Aufkommens.

Der Preußen zustehende Anteil am Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer wird den Provinzen — wozu in diesem Falle auch Berlin rechnet — nach dem preußischen Ausführungsgesetz zum Finanzausgleichsgesetz vom 1. April 1923 ab zum Zwecke der öffentlich-rechtlichen Wegeunterhaltung in voller Höhe überwiesen.

Auf die einzelnen Provinzen einschließlich Berlin werden diese Ueberweisungen an Kraftfahrzeugsteuer nach dem Verhältnis von Gebietsumfang und Straßenstrecken je zur Hälfte verteilt.

Dotationen.

Zur Erfüllung bestimmter Aufgaben weist Preußen auf Grund des Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz

---

[1]) Nach der 3. Steuernotverordnung erhalten die Länder vom 1. Februar 1924 ab bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1924 für sich und ihre Gemeinden 20 Proz. des Steueraufkommens. Der den Ländern hiernach zustehende Gesamtbetrag wird auf die einzelnen Länder nach dem Verhältnis der bei der jeweils letzten Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahl verteilt. Die Beteiligung der Gemeinden wird durch die Landesgesetzgebung geregelt.

[2]) Nach der 3. Steuernotverordnung 96 Proz. (volles Aufkommen abzüglich 4 Proz. für die Verwaltung der Steuer durch das Reich). Die Länder haben mindestens die Hälfte ihres Steueranteils für die öffentliche Wegeunterhaltung zu verwenden.

den Provinzen (einschließlich Berlin) und den Landkreisen Dotationen[1]) zu. Ihr Gesamtbetrag ist festgesetzt auf 15 Proz. des dem Staate für eigene Zwecke verbleibenden Anteils an der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer (das sind 6,75 Proz. des auf Preußen überhaupt entfallenden Gesamtanteils). Hiervon erhalten die Provinzen einschließlich der Stadt Berlin insgesamt $^{14}/_{15}$. Zwei Drittel dieses Betrages werden auf die einzelnen Provinzen nach der bei der letzten Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahl unterverteilt, wobei für den Stadtkreis Berlin nur die Hälfte der Bevölkerungszahl berücksichtigt wird. Das letzte Drittel der den Provinzen zugewiesenen Dotationen wird auf die einzelnen Provinzen (einschließlich Berlin) nach dem Verhältnis von Gebietsumfang und Straßenstrecken je zur Hälfte unterverteilt.

Der Kurswert der deutschen Aktien.

I. (März 1923)

Wenn heute bei uns zwei Menschen von Aktienkursen sprechen, pflegt der eine zu sagen: „die Kurse sind kolossal gestiegen", der andere: „die Aktien sind viel zu billig". Der eine meint: „Elberfelder Farben standen vor dem Kriege 590, heute 30 000", worauf der andere prompt erwidert: „vor dem Kriege kostete eine Elberfelder Aktie 5900 Goldmark, heute 55 Goldmark". Beide haben an sich recht; nur sind sie sich nicht darüber klar, daß sie beide Unvergleichbares miteinander vergleichen. Denn die Elberfelder Aktie von vor dem Kriege bedeutete etwas anderes als die Elberfelder Aktie von heute. Die 54 000 Aktien von 1914 hatten einen Nominalwert von je 1000 Goldmark, die 440 000 Aktien, die im Dezember 1922 ausgegeben wurden, hatten einen Nominalwert von je 1000 Papiermark = 60 Goldpfennig, und der durchschnittliche Nominalwert aller bis jetzt ausgegebenen 880 000 Aktien betrug zur Zeit der Ausgabe 120 Goldmark. Vor dem Kriege hatte also die Elberfelder Aktie mit einem Nominalwert von 1000 Goldmark einen Kurswert von 5900 Goldmark, heute hat die Aktie mit einem Nominalwert von 120 Goldmark einen Kurswert von 300 000 Papiermark = 55 Goldmark. Der Realkurs beträgt mithin heute 46 Proz., und die Elberfelder Aktie ist von 1914 bis jetzt im Verhältnis von 590 : 46 gesunken.

Will man den Realkurs von heute berechnen, so muß man von dem Nominalwert der Aktien vor dem Kriege ausgehen und den Nominalwert der inzwischen ausgegebenen Aktien mit dem Goldwert zur Zeit der Ausgabe einsetzen. Ein Beispiel wird dies am einfachsten erläutern. Ich wähle wiederum die Aktien der Elberfelder Farben-Fabriken:

---

[1]) Den Provinzial- und Kreisverbänden wurden Dotationen bisher auf Grund des Gesetzes vom 30. April 1873 und der hierzu ergangenen Nachträge und Verordnungen überwiesen.

	Papiermark Millionen	100 Papiermark = ? Goldmark	Goldmark Millionen
Vorkriegskapital	54	100	54
Erhöhung Januar 1918 .	36	80,69	29,05
„ Dezember 1919 .	90	8,98	8,08
„ Juni 1921 .	220	6,04	13,29
„ Februar 1922 .	40	2,01	0,80
„ Dezember 1922 .	440	0,06	0,26
zusammen:	880		105,48

Die 880 Millionen Nominalkapital, die zu einem kleinen Bruchteil in Goldmark, vorwiegend aber in mehr oder weniger entwerteter Papiermark eingezahlt worden sind, stellen also ein Nominalkapital von 105,48 Millionen Goldmark dar. Die gleiche Rechnung habe ich für alle anderen an der Berliner Börse vor dem Kriege und jetzt notierten Stammaktien von Gesellschaften durchgeführt, die ein Nominalkapital von mindestens 100 Millionen Goldmark haben, oder deren Namen mit E, F oder G anfängt. Dabei diente als Quelle für die Kapitalerhöhungen das Buch von Georg C. Meyer, „Seit Kriegsbeginn (August 1914) erfolgte Kapitalveränderungen der Aktiengesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse notiert werden" (2. Aufl.) mit Nachträgen, Verlag Neue Berliner Börsen-Berichte, Berlin C 2. Als Monat der Kapitalerhöhung wurde der Monat der letzten Notierung des Bezugsrechts, und, falls eine solche nicht stattfand, der der Generalversammlung folgende Monat angesetzt. Die Umrechnung in Goldmark erfolgte auf Grund der im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" (42. Jahrgang S. 275) und in „Wirtschaft und Statistik" (II. Jahrgang S. 616, 814, III. Jahrgang S. 117) angegebenen Monatsdurchschnitte des New Yorker Markkurses.

Für heute seien nur einige Ergebnisse hervorgehoben:

Vor dem Kriege hatten das größte Stammaktienkapital: die Disconto-Gesellschaft mit 300 Millionen Mark, die Deutsche Bank mit 250 Millionen, die Dresdner Bank mit 200 Millionen; heute erscheinen an der Spitze — wenn man, wie üblich, Gold- und Papiermark kritiklos addiert — die Dresdner Bank mit 1100 Millionen, der Barmer Bankverein mit 998, die Disconto-Gesellschaft und die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft mit je 900 (die Deutsche Bank mit 800 ist von den drei größten chemischen Fabriken mit je 880 überholt). Rechnet man aber das jetzige Kapital unter Berücksichtigung des Wertes der Papiermark zur Zeit der Neuemissionen um, so ergibt sich dieselbe Reihenfolge wie vor dem Kriege: Disconto-Gesellschaft (316), Deutsche Bank (280), Dresdner Bank (245), und der Barmer Bankverein (113) erscheint erst an 13. Stelle.

Dem gesamten Kurswert nach stehen an der Spitze: vor dem Kriege die Deutsche Bank mit 590 Millionen, die Disconto-Gesellschaft mit 552 Millionen, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft mit 373 Millionen, heute die Badische Anilin- und Sodafabrik mit 308 Milliarden (Papiermark), die Elber-

Nr.	Gesellschaften	Kapital			
		27. VI. 1914	28. II. 1923	31. VIII. 1923	
		in Millionen Mark			
		Gold	Papier	Papier	Gold
	Bahnen				
1	Elektrische Hoch- und Untergrundbahn	60	90	165	60,79
2	Eutin—Lübecker Eisenbahn	5,30	5,30	6,50	5,30
3	Große Casseler Straßenbahn	5	5	5	5
	Banken				
4	Disconto-Gesellschaft	300	900	900	315,72
5	Deutsche Bank	250	800	1500	279,69
6	Dresdner Bank	200	1100	1100	245,31
7	Darmstädter und Nationalbank	193	600	600	210,86
8	Reichsbank	180	180	180	180
9	Leipziger Creditanstalt	110	780	1200	128,07
10	Barmer Bankverein	99,48	998,05	1248,05	112,56
11	Berliner Handels-Gesellschaft	110	110	110	110
12	Commerz- und Privat-Bank	85	700	700	100,68
13	Essener Credit-Anstalt	90	400	640	97,13
14	Gothaer Deutsche Grund-Credit-Bank	18	30	45	18,31
	Schiffahrtsgesellschaften				
15	Hamburg-Amerikanische Packetfahrt	180	180	180	180
16	Norddeutscher Lloyd	125	475	800	138,30
	Brauereien				
17	Engelhardt-Brauerei	2	40	40	4,91
18	Friedrichshain-Brauerei	3	3	3	3
19	Glückauf-Brauerei Gelsenkirchen	2,4	7,2	7,2	2,46
	Tiefbau				
20	Gebr. Goedhart	6	12	12	6,39
21	Gebhardt & König	4,5	4,5	7,5	4,50
22	Grün & Bilfinger	4	7,5	24,5	4,22
	Bergbau und Hüttenwerke				
23	Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G.	180	188	188	185,81
24	Deutsch-Luxemb. Bergw. u. Hütten-A.-G.	130	130	130	130
25	Phönix-Bergbau- und Hüttenbetrieb	106	300	300	114,89
26	Eschweiler Bergwerk	38	38	38	38
27	Essener Steinkohlen-Bergwerke	19	75	75	27,19
28	Eisenwerk Kraft	22,5	75	75	23,08
29	Eintracht Braunkohlenw. u. Brikett-Fabr.	6	40	40	10,34
30	Friedrichshall Kaliwerke	6,25	100	100	8,83
31	Gelsenkirchener Gußstahl- u. Eisenwerke	3	30	30	5,93
32	Greppiner Werke	1,32	6	6	1,35
	Metalle und Maschinen				
33	Görlitzer Waggonfabrik	3	55	100	6,09
34	Eckert Maschinenfabrik	6	6	31	6,00
35	Gothaer Waggon-Fabrik	2	85	85	5,49
36	Gritzner Maschinenfabrik	4,5	9	9	4,82
37	Flöther Maschinenbau-A.-G.	4	32	60	4,76
38	Gaggenauer Eisenwerke	4	24	48	4,54
39	Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft	3,3	6,6	6,6	3,65
40	Frister	1,8	50	100	3,65

Anmerkungen siehe S. 82/83.

Kurs			Gesamter Kurswert			Realkurs	
27. VI. 1914	28. II. 1923[1]	31. VIII. 1923[2]	27. VI. 1914	28. II. 1923[1]	31. VIII. 1923[2]	28. II. 1923[1]	31. VIII. 1923[2]
%	Tausend %	Millionen %	in Millionen Mark Gold	Gold	Gold	%	%
130,75	13,01	7	78,45	2,354	4,714	3,9	7,8
65,50	12,75	8	3,47	0,125	0,412	2,4	7,8
108,50	4,5	1,8	5,43	0,042	0,080	0,8	1,6
183,90	12,8	23	551,70	21,333	84,490	6,8	26,8
235,80	25	16	589,50	37,037	97,959	13,2	35,0
147,10	8,5	13	294,20	17,315	58,367	7,1	23,8
114,32	9,75	9	220,64	10,833	22,041	5,1	10,5
139	8,1	3,9	250.20	2,7	2,865	1,5	1,6
149,75	5,85	5	164,73	8,45	24,490	6,6	19,1
107,75	5,25	3,5	107.19	9,703	17,829	8,6	15,8
149,60	42,5	55	164,56	8,657	24.694	7,9	22,4
107	8	6,5	90,95	10,370	18,571	10,3	18,4
156,50	7,8	7,9	140,85	5,778	20,637	6,0	21,2
164,40	5,2	1,3	29,59	0,289	0,239	1,6	1,3
126,25	45	62,25	227,25	15	45,735	8,3	25,4
109,80	27	17,1	137,25	23,75	55,837	17,2	40,4
195	12	9	3,90	0,889	1,469	18,1	29,9
71,75	30	3,5	2,15	0,164	0,043	5,5	1,4
121	10	8	2,90	0,133	0,235	5,4	9,6
145,50	82	80	8,73	1,822	3,918	28,5	61,3
231,50	80	0,8	10,42	0,667	0,153	14,8	3,4
122,50	29,9	12	4,89	0,415	1,2	9,8	28,0
182,50	61	140	328,50	21,237	107,429	11,4	57,8
128	64,25	140	166,40	15,468	74,286	11,9	57,1
236,50	57,5	88	250,69	31,944	107,755	27,8	93,8
226	69	120	85,88	4.867	18,612	12,8	49,0
153,50	54	104	29,17	7,5	31,837	27,6	117,1
163,75	40	29	36,84	5,556	12,185	24,1	52,8
504	60	46	30,24	4,444	13,081	43,0	126,5
125	47	70	7,81	8,704	28.571	98,6	323,7
100	22	29	3,00	1,222	3,551	20,6	59,9
197,50	90	48	2,61	1	1,176	73,9	85,6
219	22	17	6,57	2,241	6,939	36,9	113,9
130,50	69	3,6	7,83	0,436	0,840	7,3	14,0
160	15	11,5	3,20	2,361	3,990	43,0	72,7
263,50	40	10	11,86	0,667	0,713	13,8	14,8
253	49,6	10	10,12	2,939	2,449	61,8	50,1
62	28	10	2,48	1,244	1,959	27,4	43,1
109,75	30	0,25	3.62	0,367	0,611	10,1	16,7
227,50	23,5	5	4,10	0,870	2,041	23,9	55,9

Nr.	Gesellschaften	Kapital 27. VI 1914 in Millionen Mark Gold	Kapital 28. II. 1923 in Millionen Mark Papier	Kapital 31. VIII. 1923 in Millionen Mark Papier	Kapital 31. VIII. 1923 in Millionen Mark Gold	Kurs 27. VI. 1914 %	Kurs 28. II. 1923[1] Tausend %	Kurs 31. VIII. 1923[2] Millionen %	Gesamter Kurswert 27. VI. 1914 in Millionen Mark Gold	Gesamter Kurswert 28. II. 1923[1] in Millionen Mark Gold	Gesamter Kurswert 31. VIII. 1923[2] in Millionen Mark Gold	Realkurs 28. II. 1923[1] %	Realkurs 31. VIII. 1923[2] %
41	Genschow & Co.	2,25	10	10	3,36	206,10	23	18	4,64	0,426	0,735	12,7	21,8
42	Enzinger Werke	2,5	7	7	2,89	281,25	60	60	7,03	0,778	1,714	26,9	59,3
43	Excelsior Fahrrad-Werke	1,65	14	14	2,34	267	15	7	4,41	0,389	4	16,6	17,1
44	Grevenbroich Maschinenfabrik	2	6	25	2,28	166,40	51,1	17	3,33	0,568	1,735	25,0	76,2
45	Freund Berliner Maschinenfabrik	1,8	16,2	16,2	1,98	219,50	17,1	11	3,95	0,513	0,727	25,9	36,7
46	Gutmann Maschinenfabrik	1	9	9	1,88	116	22	11	1,16	0,367	0,404	19,5	21,5
47	Emaillier- und Stanzwerke Ullrich	1,7	5,5	20	1,81	82	26	8	1,39	0,265	0,653	14,6	36,0
48	Eisenwerk Meyer & Co.	1	11	48	1,42	83,90	70	4	0,84	1,426	0,784	100,8	55,2
49	Gildemeister & Co.	1	2,5	4	1,36	145	29	15	1,45	0,134	0,45	9,9	33,2
50	Gladenbeck & Sohn	1	9,5	47	1,16	79,50	14	3,1	0,80	0,246	0,595	21,2	51,1
51	Eisengießerei u. Schloßfabrik Velbert	1	2,6	8	1,09	53,25	40	16,5	0,53	0,193	0,740	17,6	67,7
	Elektrizität												
52	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft	155	900	900	204,67	240,50	18	13,8	372,78	30	50,694	14,7	24,8
53	Felten & Guilleaume	55	200	200	66,37	141,60	26,25	60	77,88	9,722	48,980	14,6	73,8
54	Ges. für elektrische Unternehmungen	60	300	400	62,60	156,50	16	15	93,90	8,889	24,490	14,2	39,1
55	Elektrische Licht- und Kraftanlagen	30	220	300	32,92	128	21	11	38,40	8,556	13,469	26,0	40,9
56	Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft	30	100	100	30,27	194,25	13	10	58,28	2,407	4,082	8,0	13,5
57	Elektra	4,5	90	480	5,60	106,25	15	1,96	47,81	2,5	3,84	47,8	68,6
58	Elektrizitäts-Werke Liegnitz	2,3	11	11	2,50	114	9,4	3,3	2,62	0,191	0,148	7,6	5,9
	Textilien												
59	Gebhard & Co.	4,75	44	44	6,22	196	16,5	10,5	9,31	1,344	1,886	21,6	30,3
60	Girmes & Co.	3	40	50	4,75	232,75	29	17	6,98	2,148	3,469	45,2	73,0
61	Erlanger Baumwollspinnerei	2,6	45	65	4,26	227	22	9	5,90	1,833	2,388	43,1	56,1
62	Erdmannsdorfer Spinnerei	3,75	11	11	3,93	74,60	35	20	2,80	0,713	0,898	18,1	22,9
63	Elsbach & Co.	3	10	10	3,19	160,75	21	29	4,82	0,389	1,184	12,2	37,2
64	Gladbacher Woll-Industrie	2,55	20,4	20,4	3,07	136,50	22	22	3,48	0,831	1,832	27,1	59,7
65	Falkensteiner Gardinenweberei	2,3	14	14	2,54	123	19,5	7	2,83	0,506	0,4	19,9	15,7
66	Gladbacher Textilwerke	1,7	9,2	30	1,89	94,50	38	5,2	1,61	0,647	0,637	34,4	33,7
67	Fein-Jute-Garn-Spinnerei	1,2	14,4	14,4	1,47	201	36	16	2,41	0,96	0,940	65,4	64,0
	Chemische Fabriken												
68	Badische Anilin- und Sodafabrik	54	880	880	105,48	582	35	36	314,28	57,037	129,306	54,1	122,6
69	Elberfelder Farben-Fabriken	54	880	880	105,48	590	29,9	45	318,60	48,726	161,633	46,2	153,2
70	Höchster Farbwerke	50	880	880	104,64	457	27,5	25	228,50	44,815	89,796	42,8	85,8
71	Goldschmidt	15	140	140	19,43	200	26,25	41	30,00	6,806	23,429	35,0	120,6
72	Egestorff's Salzwerke	6	27	48	6,56	165,50	40	13,75	9,93	2	2,694	30,5	41,0
	Zucker												
73	Glauziger Zuckerfabrik	4,5	27	27	5,46	148,10	51,25	40	6,66	2,563	4,408	46,9	80,7
74	Froebeln Zuckerfabrik	3	18	45	3,60	164	58	26,5	4,92	1,933	4,867	53,8	135,2
75	Fraustädter Zuckerfabrik	1,8	18	18	2,46	212	44,5	40	3,82	1,483	2,939	60,4	119,7
	Verschiedenes												
76	Feldmühle Papier	8	80	160	10,78	152,50	21,5	7,5	12,20	3,185	4,898	29,5	45,4
77	Eisenbahn-Verkehrsmittel	5	52	52	7,09	194	23,25	20	9,70	2,239	4,245	31,6	59,9
78	Faber Bleistiftfabrik	3,6	21	40	4,02	270,40	36	10	9,73	1,4	1,633	34,9	40,6
79	Gerresheimer Glashüttenwerke	9	14	14	9,32	224	62	5,2	20,16	1,607	1,852	17,2	19,9
80	Gundlach (Papier)	1,3	7	21	1,50	99,50	37,5	6,5	1,29	0,486	0,557	32,5	37,1

[1]) Nr. 18: 21. Februar; Nr. 34: 2. Februar; Nr. 40: 26. Februar. — [2]) Nr. 2: 22. August; 22. August; Nr. 38: 25. Juni; Nr. 49: 27. August; Nr. 51: 29. August; Nr. 79: 6. August.

Nr. 3: 24. August; Nr. 21: 6. August; Nr. 28 u. 29: 29. August; Nr. 34: 15. August; Nr. 36:

felder Farben-Fabriken mit 263 Milliarden, die Höchster Farbwerke mit 242 Milliarden. In Goldmark umgerechnet, erscheint allerdings der Kurswert selbst der Badischen Anilin- und Sodafabrik mit 57 Millionen, an Vorkriegsmaßstäben gemessen, nur bescheiden.

Der reale Kurs (Gesamtkurswert dividiert durch Goldwert des Nominalkapitals zur Zeit der Ausgabe) ist heute im allgemeinen viel niedriger als vor dem Kriege. Höher ist er nur bei einer einzigen Gesellschaft (Eisenwerk Meyer), mehr als halb so hoch nur bei einer weiteren Gesellschaft (Friedrichshall Kali), niedriger als $^1/_{10}$ so hoch hingegen bei 43, d. h. bei der Hälfte der 85 in die Untersuchung einbezogenen Gesellschaften. Ueber pari steht er nur bei einer einzigen Gesellschaft (Eisenwerk Meyer), unter 20 bei 46, unter 10 bei 23 Gesellschaften. Besonders niedrig ist der Realkurs der Aktien der Terraingesellschaften, Bahnen, Banken, Brauereien, verhältnismäßig hoch bei den Zuckerfabriken und den chemischen Fabriken. Im allgemeinen ist der Realkurs der Aktien, die „Goldwert" haben, d. h. der Gesellschaften, die ihr Kapital in den letzten Jahren gar nicht oder wenig erhöht haben, besonders niedrig.

II. (September 1923)

Bis zum Spätherbst 1922 sind die Kurse deutscher Aktien, am Dollar gemessen, außerordentlich gesunken. Dann trat eine Wandlung ein, und in diesem Jahre ist das Kursniveau der Aktien, immer am Dollar gemessen, von Monat zu Monat gestiegen, so daß die Käufer deutscher Aktien weit besser daran waren als die vielbeneideten Besitzer von Devisen.

Die Tabelle S. 80—83 enthält für den 27. Juni 1914 (den letzten Börsentag vor der Bluttat von Serajewo), den 28. Februar 1923 und den 31. August 1923: das Stammaktienkapital, den Berliner Kurs, den Kurswert des gesamten Stammaktienkapitals und den Realkurs[1]). Der Realkurs wurde in der Weise festgestellt, daß der Kurswert des gesamten Stammaktienkapitals in Goldmark durch den Nominalwert des gesamten Stammaktienkapitals in Goldmark (berechnet nach dem Goldwert zur Zeit der Ausgabe) dividiert wurde. Die Umrechnung in Goldmark erfolgte über den Dollarkurs.

Vor dem Kriege betrug der Nominalwert des gesamten Stammaktienkapitals der 80 in die Untersuchung einbezogenen Gesellschaften 3167,1 Millionen Mark, am 28. Februar 1923: 13 843,5 Millionen, am 31. August 1923: 16 958,4 Millionen. Es war also bis zum 28. Februar 1923 auf das

[1]) Fand keine Notierung am 28. Februar bzw. 31. August statt, so wurde die letzte Notierung vor dem betreffenden Tage eingesetzt; fand nicht mindestens je eine Notierung in dem Zeitraum von Dezember 1922 bis Februar 1923 und vom Juni bis August 1923 statt, so wurde die Gesellschaft nicht in die Tabelle aufgenommen. (Infolgedessen erscheinen in der Tabelle nur 80 von den bei der ersten Untersuchung berücksichtigten Gesellschaften.)

4⅓fache und bis zum 31. August 1923 auf das 5⅓fache gestiegen. Rechnet man aber das Kapital in Goldmark nach dem Stand der Mark zur Zeit der Ausgabe der neuen Aktien um, so kommt man nur zu einem gesamten Nominalwert (in Gold) von 3640,51 bzw. 3641,27 Millionen Mark; die Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit betrug also nur 15 Proz.

Der gesamte Kurswert der Aktien aller 80 Gesellschaften betrug am 27. Juni 1914: 5811,00 Millionen Goldmark, am 28. Februar 1923: 542,11 Millionen Goldmark und am 31. August 1923: 1508,13 Millionen Goldmark. Der gesamte Kurswert betrug also am 28. Februar 1923 in Goldmark nur 9,3 Proz. des Kurswertes vom 27. Juni 1914, trotzdem der Nominalwert des Aktienkapitals in Goldmark inzwischen um 15 Proz. gestiegen war. Von Ende Februar bis Ende August stieg aber der Kurswert (in Goldmark) auf fast das Dreifache und erreichte damit immerhin 26,0 Proz. des Vorkriegswertes.

Der Realkurs der Aktien der 80 Gesellschaften betrug

$$\text{am 27. Juni 1914: } \frac{5811{,}00}{3167{.}05} = 183{,}5 \text{ Proz.,}$$

$$\text{am 28. Februar 1923: } \frac{542{,}11}{3640{,}51} = 14{,}9 \text{ Proz.,}$$

$$\text{am 31. August 1923: } \frac{1508{,}13}{3641{,}27} = 41{,}4 \text{ Proz.}$$

Setzt man also den Kursstand vom 27. Juni 1914 gleich 100, so ergibt sich als Index für den 28. Februar 1923: 8,1 und für den 31. August 1923: 22,6.

Steuereinnahmen in Deutschland und Frankreich.

In die Tabellen A und B sind als „indirekte Steuern" aufgenommen: für Deutschland alle „fortdauernden Steuern, Zölle und Abgaben" mit Ausnahme der Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer, des Reichsnotopfers und der Vermögenssteuer; für Frankreich alle „fortdauernden Steuern und Einkünfte" mit Ausnahme der „direkten und verwandten Abgaben" (Grundsteuer, Einkommensteuer usw.), ferner die (der Verwaltung der indirekten Steuern unterstehenden) Finanzmonopole.

Die Angaben beziehen sich auf die Kalenderjahre.

A. Indirekte Steuern in Deutschland.

Bezeichnung der Einnahme	Einnahmen		
	1921 Mark	1922 Mark	1923 Milliarden Mark
Kapitalertragsteuer	1 431 181 100	1 995 707 211	249 133
Besitzsteuer	72 934 572	111 591 189	— 18 160
Erbschaftssteuer	521 386 843	1 036 485 036	130 456 934
Umsatzsteuer	10 346 940 901	64 167 753 608	53 650 516 297
Grunderwerbsteuer	623 867 122	1 225 221 325	574 522 567

Bezeichnung der Einnahme	Einnahmen		
	1921 Mark	1922 Mark	1923 Milliarden Mark
Kapitalverkehrssteuer:			
a) Gesellschaftssteuer	—	6 013 273 516	1 772 821 411
b) Wertpapiersteuer	—	—	559 563 575
c) Börsenumsatzsteuer	—	—	22 932 532 436
d) Aufsichtsratssteuer	—	—	37 437 369
Kraftfahrzeugsteuer	—	203 151 508	725 702 663
Versicherungssteuer	—	437 372 560	336 579 552
Rennwett- und Lotteriesteuer:			
a) Rennwettsteuer	—	521 430 531	191 052 459
b) Lotteriesteuer	—	70 263 162	8 642 951
Wechselstempelsteuer	38 431 953	806 879 330	3 562 430 990
Stempel von Frachturkunden	108 766 941	126 613 232	0
Beförderungssteuer:			
a) Personenverkehr	798 720 811	2 375 124 056	36 569 297
b) Güterverkehr	957 672 818	8 746 570 333	24 462 256
Zuwachssteuer	5 736 669	3 570 159	0
Reichsstempelabgaben von:			
a) Gesellschaftsverträgen	1 593 155 483	1 460 898 609	0
b) Wertpapieren	142 654 285	244 859 019	0
c) Gewinnanteilschein- u. Zinsbogen	44 266 690	31 409 275	0
d) Kauf- u. sonstigen Anschaffungsgeschäften	1 165 718 580	11 020 197 610	8
e) Lotterielosen und Wetteinsätzen	165 559 172	131 965 493	0
f) Erlaubniskarten f. Kraftfahrzeuge	6 450 084	14 626 406	0
g) Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten	55 907 794	139 692 555	0
Geldumsätzen	1 916 041	1 755 484	0
Grundstücksübertragungen	1 443 703	4 364 129	0
h) Versicherungen	169 035 880	250 330 875	0
Zölle:			
a) Zölle	488 329 865	267 308 914	0
b) Aufgeld	4 021 199 519	31 209 161 981	7 591 544 584
Kohlensteuer	5 310 915 810	46 775 555 414	226 842 047
Tabaksteuer	3 313 504 449	19 132 831 739	11 000 042 719
Biersteuer	321 031 678	683 107 280	3 835 251 539
Weinsteuer	742 484 878	3 179 829 003	1 064 159 788
Schaumweinsteuer	109 694 834	124 969 820	0
Mineralwassersteuer	30 476 831	36 800 873	0
Branntweinsteuer	928 598	165 490	0
Aus dem Branntweinmonopol	1 172 856 226	6 137 216 695	1 238 401 398
Essigsäureverbrauchsabgabe	7 580 685	82 709 925	46 389 460
Zuckersteuer	138 096 231	368 678 947	12 941 349 461
Salzsteuer	53 516 176	105 566 925	636 283 659
Zündwarensteuer	62 748 939	120 792 093	409 057 813
Leuchtmittelsteuer	20 078 0 9	63 184 569	207 629 257
Spielkartensteuer	11 377 869	16 667 326	13 770 256
Statistische Gebühr	1 774 076	232 877 662	149 458 424
Aus dem Süßstoffmonopol	—	67 818 963	29 363 841
Ausfuhrabgaben des Reichsfinanzministeriums	1 336 765 302	54 405 488 756	— 799 901 531
Ausfuhrabgaben des Reichswirtschaftsministeriums	584 494 900	16 996 771 396	6 917 092
Gesamtsumme:	35 979 602 317	281 148 609 982	123 140 681 545

B. Indirekte Steuern in Frankreich.

Bezeichnung der Einnahme	Einnahmen in 1000 Franken 1921	1922	1923
Registrierungsabgaben.			
Besitzwechsel: Gegen Entgelt: Mobilien: Wertpapiere	343 960	389 093	467 096
Besitzwechsel: Gegen Entgelt: Mobilien: Schuldforderungen, Renten, Aemterverkauf	9 498	11 702	12 251
Besitzwechsel: Gegen Entgelt: Mobilien: Geschäftsverkäufe	109 010	141 011	181 176
Besitzwechsel: Gegen Entgelt: Mobilien: Mobiliar	77 057	66 520	70 806
Besitzwechsel: Gegen Entgelt: Immobilien u. Forderungen auf Immobilien	756 994	826 324	1 001 450
Besitzwechsel: Unentgeltlich: Unter Lebenden (Schenkungen)	83 319	81 977	92 405
Besitzwechsel: Unentgeltlich: Durch Todesfall (Erbschaften)	809 706	915 477	989 353
Besitzwechsel: Anfallsteuer	1 112	1 034	1 015
Andere bürgerliche, Verwaltungs- und Zivilstandsurkunden	378 601	380 091	422 057
Gerichtliche und außergerichtliche Urkunden	52 703	52 054	51 254
Hypotheken	43 420	50 456	59 220
Steuer auf die Versicherungssummen der Feuerversicherungsgesellschaften	9 494	10 523	11 347
Strafen (gerichtliche und halbgerichtliche Geldstrafen)	24 636	26 155	24 706
Verschiedene Einnahmen	5 906	8 038	6 616
zusammen:	2 705 416	2 960 455	3 390 752
Stempelabgaben.			
Dimensions- und Fixstempel: Dem Dimensionsstempel unterworfene Akten	129 526	137 550	144 794
Dimensions- und Fixstempel: Auszüge aus dem Strafregister	143	181	215
Dimensions- und Fixstempel: Oeffentliche Anschläge	10 539	11 283	12 504
Dimensions- und Fixstempel: Versicherungsverträge	74 262	87 919	93 715
Dimensions- und Fixstempel: Transportverträge	27 823	33 991	40 107
Dimensions- und Fixstempel: Fabrikmarkenkontrolle	27	27	37
Dimensions- und Fixstempel: Pässe und Sichtvermerke auf Pässe	1 707	1 625	1 225
Dimensions- und Fixstempel: Jagdscheine	23 867	25 295	26 417
Dimensions- und Fixstempel: Eintrittskarten in Klubs und Kasinos	3 493	2 390	2 340
Dimensions- und Fixstempel: Quittungen, Schecks, Banküberweisungen	134 364	145 550	154 991
Proportionalstempel: Handelseffekten, Schuldscheine, Banknoten usw.	63 556	63 370	75 800
Proportionalstempel: Börseneffekten	92 198	103 871	142 440
Strafen (Geldstrafen auf Uebertretungen)	1 586	1 802	2 071
Verschiedene Einnahmen	235	645	292
zusammen:	563 326	615 499	696 948
Börsenverkehrssteuer.			
Steuer auf Geschäfte an Effektenbörsen und Strafen	19 090	25 655	51 799
Steuer auf Geschäfte an Warenbörsen	335	440	781
zusammen:	19 425	26 095	52 580
Kapitalertragsteuer.			
Ertragsteuer von Wertpapieren usw.	926 425	903 717	1 063 829
Ertragsteuer von Schuldforderungen, Depots und Kautionen	—	114 136	102 109
zusammen:	926 425	1 017 853	1 165 938
Luxussteuer.			
Luxussteuer	13 114	20 438	14 953

Bezeichnung der Einnahme	Einnahmen in 1000 Franken 1921	1922	1923
Umsatzsteuer.			
Umsatzsteuer	1 897 457	2 280 266	3 015 801
Zölle (ausschl. von der Zollverwaltung erhoben).			
Einfuhr- und Ausfuhrzölle	1 128 139	1 535 553	1 526 644
Statistische Gebühren, Steuern zur Förderung des Außenhandels	27 584	35 356	41 926
Schiffahrtsabgaben	11 830	12 601	15 091
Andere Abgaben und Nebeneinnahmen	12 182	17 072	17 891
Geldstrafen und Konfiskationen	12 955	10 296	7 794
Steuer auf Herstellung roher Mineralöle	276	74	20
zusammen:	1 192 966	1 610 952	1 609 366
Indirekte Steuern (ausschl. von Verwaltung der indir. St. erhoben).			
25%ige Steuer auf Spirituosen und 15%ige Steuer auf Luxusweine	462 053	527 063	567 827
Getränkesteuern: Wein, Zider, Birnmost, Honigwein	578 311	481 037	559 943
Getränkesteuern: Bier	69 172	75 160	85 599
Getränkesteuern: Alkohol. — Zuschlag auf alkoholisierte Weine	575 589	696 474	762 645
Getränkesteuern: Mineralwasser	13 612	15 098	18 716
Steuer auf pharmazeutische Waren	23 309	25 800	27 083
Steuer auf die Herstellung von Stearin und Kerzen	3 428	4 356	4 169
Steuer auf den Verbrauch von Essig und Essigsäure	9 476	8 462	8 184
Eisenbahn-Platz- und -Transportsteuer	388 605	452 293	498 386
Steuer auf den Transport in anderen Fahrzeugen als Eisenbahnen	3 438	3 870	3 561
Schauspielsteuer	48 135	51 550	54 482
Billardsteuer	—	1 469	1 624
Fahrradsteuer	15 050	27 830	30 613
Automobilsteuer	95 738	121 968	148 171
Automatensteuer	487	371	315
Lizenzen (Getränke, öffentliche Wagen)	52 908	55 621	56 328
Gold- und Silberwarengarantie	11 961	13 211	12 260
Spielkarten	2 087	3 282	2 908
Geldstrafen, Konfiskationen und Gebühren für nicht eingelöste Bürgscheine	14 968	13 035	12 916
Andere Gebühren und Einnahmen unter verschiedenen Titeln	36 088	28 595	29 716
zusammen:	2 404 415	2 606 545	2 885 446
Kolonialwaren, Kaffee-Ersatz, Vanillin.			
Zölle	147 635	154 006	155 933
Indirekte Steuern	29 499	29 069	29 682
zusammen:	177 134	183 075	185 615
Salz.			
Zölle	19 588	18 527	15 765
Indirekte Steuern	12 788	17 489	19 037
zusammen:	32 376	36 016	34 802
Zucker und Sacharin.			
Zölle	197 728	404 274	339 008
Indirekte Steuern	154 317	159 866	176 870
zusammen:	352 045	564 140	515 878

Bezeichnung der Einnahme	Einnahmen in 1000 Franken 1921	1922	1923
Oele und Petroleum.			
Zölle	165 373	228 229	270 698
Indirekte Steuern	1 332	6 388	5 855
zusammen:	166 705	234 617	276 553
Benzol.			
Zölle	8 088	7 119	6 452
Indirekte Steuern	5 009	5 356	6 947
zusammen:	13 097	12 475	13 399
Finanzmonopole.			
Indirekte Steuern: Zündhölzer	101 381	111 621	116 015
Indirekte Steuern: Feuerzeuge	1 280	1 634	1 680
Indirekte Steuern: Tabak	1 554 907	1 611 192	1 786 740
Indirekte Steuern: Schießpulver	45 995	52 791	61 069
zusammen:	1 703 563	1 777 238	1 965 504
Gesamtsumme:	12167464	13945664	15823535

In die Tabellen C und D sind aufgenommen: für Deutschland alle „fortdauernden Steuern, Zölle und Abgaben" mit Ausnahme des Reichsnotopfers; für Frankreich alle „fortdauernden Steuern und Einkünfte", ferner die (der Verwaltung der indirekten Steuern unterstehenden) Finanzmonopole.

Das Endergebnis läßt sich kurz so zusammenfassen:

Die Steuereinnahmen des Reichs sind von 445 702 Millionen Papiermark im Jahre 1922 auf 170 279 915 684 903 Millionen Papiermark im Jahre 1923 gestiegen; in Dollars umgerechnet, sind sie von 430 auf 204 Millionen gesunken.

C. Direkte und indirekte Steuern in Deutschland.

Monat	1922 Mark	1923 Mark	1922 Millionen Dollars	1923 Millionen Dollars
Januar	8 159 250 434	281 331 578 867	42,5	15,7
Februar	9 120 174 925	337 175 262 906	43.9	12,1
März	13 545 272 124	505 292 571 096	47,7	23,8
April	12 803 192 235	876 675 154 089	44,0	35,8
Mai	16 902 964 414	1 399 334 645 785	58,3	29,4
Juni	17 355 679 370	1 261 972 344 277	54,7	11,5
Juli	21 141 342 745	4 061 706 073 395	42,9	11,5
August	31 061 564 189	49 735 217 591 526	27,4	10,8
September	[1]) 31 256 015	[1]) 545 242 601 337	21,3	5,5
Oktober	[2]) 49 589	[2]) 46 043 025 574	15,6	1,8
November	[2]) 102 850	[2]) 25 416 670 157 309	14,3	11,6
Dezember	[2]) 131 918	[2]) 144 816 598 800 714	17,4	34,5
Jahr	[2]) 445 702	[2]) 170 279 915 684 903	430,0	204,0

[1]) Tausende. — [2]) Millionen.

Die Steuereinnahmen Frankreichs sind von 17 076 Millionen Papierfranken im Jahre 1922 auf 19 967 Millionen Papierfranken

D. Direkte und indirekte Steuern in Frankreich.

Monat	1922 Franken	1923 Franken	1922 Millionen Dollars	1923 Millionen Dollars
Januar . .	1 538 535 400	1 769 481 000	125,5	117,9
Februar .	1 256 728 300	1 327 175 100	110,6	81,5
März . .	1 346 643 400	1 528 135 500	121,2	95,9
April . .	1 488 811 900	1 714 285 100	137,1	113,9
Mai . . .	1 276 310 400	1 362 675 000	116,3	90,4
Juni . . .	1 286 717 700	1 451 192 800	112,4	91,3
Juli . . .	1 549 469 700	1 793 064 600	128,1	106,3
August . .	1 214 103 100	1 412 293 600	96,3	79,7
September	1 205 156 000	1 666 854 000	92,3	97,1
Oktober .	1 673 095 100	2 158 874 200	123,2	128,4
November	1 484 289 000	1 823 460 400	101,5	100,1
Dezember	1 755 869 700	1 959 296 300	126,8	103,0
Jahr .	17 075 729 700	19 966 787 600	1 391,3	1 205,5

im Jahre 1923 gestiegen; in Dollars umgerechnet, sind sie von 1391 Millionen auf 1206 Millionen gesunken.

Die Steuereinnahmen Frankreichs waren im Jahre 1922 reichlich 3mal so hoch wie die des Reichs, im Jahre 1923 fast 6mal so hoch. Bei einem Vergleich der Zahlen ist zu beachten, daß das französische Volkseinkommen viel höher war als das deutsche, und daß die einmaligen Abgaben in Deutschland von August bis Dezember 1923 eine sehr große Rolle spielten.

Die öffentlichen Schulden Frankreichs.

Von Charles Gide, Professor an der Universität von Paris.

Vor dem Kriege stand Frankreich mit seiner öffentlichen Schuld an der Spitze von allen Ländern der Welt: ungefähr 30 Milliarden Franken, davon 25 Milliarden konsolidierte Renten; auf allen statistischen Diagrammen erschien es als der Himalaja. Rußland und England folgten erst in ziemlich weitem Abstand.

Sollte Frankreich nach dem Kriege diesen traurigen Vorrang eingebüßt haben? Es würde sich leicht darüber trösten, aber es scheint leider nach wie vor die meisten Schulden zu haben. Denn wenn auch die Schulden aller Länder, nicht nur der kriegführenden, sondern auch der neutralen, ungeheuer zugenommen haben, wenn die englische Schuld insbesondere von 700 Millionen Pfund im Jahre 1914 auf jetzt über 7 Milliarden Pfund gestiegen ist, sich also verzehnfacht hat, so hat sich die französische mehr als verzehnfacht, da sie schon 400 Milliarden Franken überschritten hat.

Ist es nötig, die Ursachen dieser furchtbaren Vermehrung darzulegen? Die Ausgaben der fünf Kriegsjahre brachten schon die öffentliche Schuld von 30 auf 171 Milliarden: das war die Zahl Ende 1918. Sie stellte fast ausschließlich Kriegsausgaben dar, denn die Zivilausgaben der Budgets waren durch die Erträge der Steuern nahezu gedeckt worden.

Aber seit 1918 ist diese Schuld um alle Defizits der Jahre 1919, 1920, 1921 und 1922 gewachsen, d. h. um 213 Milliarden, die zunächst die „von Deutschland wiedereinbringbaren" Ausgaben darstellen, nämlich die Ausgaben für die Wiederherstellung der befreiten, zerstörten Gebiete, für Pensionen an die Kriegsbeschädigten oder ihre Familien; dann außerdem die Jahresraten, die erforderlich sind zur Zahlung der Zinsen derjenigen Anleihen, die aufgenommen wurden, um diese Ausgaben, die Frankreich hat vorschießen müssen, zu begleichen.

Wenn man die beiden Zahlen 171 und 213 addiert, kommt man zu insgesamt 384 Milliarden Ausgaben, die durch Anleihen gedeckt werden mußten.

Aber unsere Schuld überschreitet gegenwärtig bedeutend die Summe der Ausgaben, die ich soeben genannt habe, und zwar aus zwei Gründen: erstens, weil die inneren Anleihen sämtlich stark unter pari ausgegeben wurden, d. h. der Staat hat sich zum Schuldner einer weit höheren Summe bekannt, als er tatsächlich erhalten hat (122 Milliarden für 86 eingezahlte Milliarden); zweitens, weil die äußere Schuld, die er aufgenommen hat, als der Frank noch nahezu pari stand, und die sich damals auf 35 Milliarden Franken belief, heute infolge des Steigens des Dollars und des Pfundes reichlich dreimal so groß ist und nach dem jetzigen Wechselkurs 120 Milliarden Franken ausmacht.

Dies sind übrigens die Arten, auf die sich zurzeit die öffentliche Schuld Frankreichs verteilt:

1. Vorkriegsschuld (konsolidierte Rente)	25	Milliarden Franken
2. (Sechs) Kriegsanleihen (konsolidierte Renten zu 4, 5 und 6 Proz.) und 1922 10½ Milliarden Franken Schatzscheine	133	„ „
3. Kurzfristige Schuld (Bons de la Défense nationale, Schatzscheine, Schuldverschreibungen usw.[1])	70	„ „
4. Anleihe bei der Bank von Frankreich	23	„ „
5. Aeußere Anleihe (beim gegenwärtigen Wechselkurs des Franken ungefähr 19 Franken für den Dollar)	120	„ „
zusammen	371	Milliarden Franken

Aber zu dieser Summe müßte man noch hinzurechnen:

1. Die Anleihen für die Wiederherstellung der befreiten Gebiete, die zwar nicht vom Staate selbst aufgenommen wurden, sondern von einem autonomen Amte, dem „Nationalkredit", oder von Genossenschaften der Bewohner, für die aber der Staat haftet. Sie überschreiten schon 30 Milliarden Franken.

[1]) Diese Zahl ist nur eine ganz ungefähre: kein amtliches Dokument ermöglicht eine genaue Feststellung. [Vgl. aber hierzu den Artikel S. 94 f. und Kuczynski, Zur Finanzlage Frankreichs, im „Wirtschaftsdienst" vom 11. April 1924. Anm. d. Herausgebers.]

2. Die von der Bank von Frankreich den verbündeten Ländern während des Krieges gewährten Darlehen, für die der Staat der Bank gegenüber Bürge ist: ein wenig mehr als 4 Milliarden Franken.

3. Die Zunahme der äußeren Schuld durch Nichtzahlung der Zinsen: jährlich 5 bis 6 Milliarden Franken.

Die endgültige Aufrechnung bringt also die Gesamtsumme auf über 400 Milliarden. Und das ist noch nicht alles! Denn die Wiederherstellung der befreiten Gebiete ist erst zur Hälfte erfolgt, und da ferner die sogenannten wiedereinbringbaren Ausgaben von Deutschland in Wirklichkeit nicht wiedereingebracht sind, wachsen die Zinsen, die der französische Staat zahlen muß, von Jahr zu Jahr. Angenommen also, das Wiederherstellungswerk sei um 1930 vollendet, so wird zu diesem Zeitpunkt die öffentliche Schuld vermutlich 500 Milliarden erreicht haben.

Allerdings müßte man diesem Passivum die Schuldforderungen Frankreichs gegenüberstellen, die aus den Darlehen des Staates an die Regierungen der verbündeten Länder während des Krieges stammen; aber die Gesamtsumme übersteigt nicht 15 Milliarden Franken, und außerdem haben diese Schuldnerstaaten (Rußland, Belgien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien usw.) sämtlich (mit Ausnahme von Belgien) eine stark unterwertige Valuta und sind wenig zahlungsfähig. Rußland erscheint hier mit 6 Milliarden Franken: dabei handelt es sich nur um Kriegsanleihen und nicht um die Vorkriegsanleihen, deren Summe viel höher ist.

Freilich hat Frankreich eine andere Schuldforderung, die in der Tat, wenn sie bezahlt wird, den Betrag der französischen Schuld sehr vermindern würde, nämlich die Schuldforderung an Deutschland. Ich überlasse den Lesern dieses Aufsatzes die Sorge abzuschätzen, mit wieviel man sie in Rechnung stellen soll. Bekanntlich hatte die Londoner Konferenz die Gesamtentschädigung auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt, davon 52 Proz. (d. h. 68 Milliarden) für Frankreich. Nach dem gegenwärtigen Wechselkurs bedeuten diese 68 Milliarden Goldmark ungefähr 280 Milliarden Franken, also eine Verringerung der französischen Schuld um die Hälfte. Aber man muß beachten, daß diese 68 Milliarden Mark, selbst wenn sie bezahlt werden sollten, nur in gestaffelten Jahresraten im Laufe von 30 und vielleicht 50 Jahren eingehen würden, so daß ihr gegenwärtiger Wert nur mit einem viel geringeren Betrag, vielleicht mit der Hälfte, eingesetzt werden dürfte. Nun braucht aber Frankreich diese Zahlungen sofort, da die Vollendung des Wiederaufbaus dringlich ist.

* * *

Welche Last bedeutet eine solche Schuld im Verhältnis zum Nationalreichtum für Frankreich? Man muß sie nicht als Kapital berechnen, weil der Staat nie verpflichtet ist, das

Kapital zurückzuzahlen, wenn es sich um eine fundierte Schuld handelt — diese Last bestände also nur in der Theorie —, sondern als Zinsen.

Da der Zinsfuß gegenwärtig etwas über 6% ist, könnte man glauben, eine Schuld von 371 Milliarden müsse eine Jahreszahlung von über 22 Milliarden Franken erfordern. Aber glücklicherweise sind wir noch nicht so weit, weil der Zinsfuß der Vorkriegsschuld nur 3% war, weil dies auch der Zinsfuß für die Darlehen bei der Bank von Frankreich ist, weil für die Kriegsanleihen in konsolidierter Rente der Zinsfuß zwar 6% für die tatsächlich eingezahlten 86 Milliarden, aber nur ungefähr 4% für den Nominalwert von 122 Milliarden ist, endlich weil die Zinsen der auswärtigen Schulden nicht oder nur teilweise gezahlt werden. Aus diesen verschiedenen Gründen überschreiten die Zinsen unserer öffentlichen Schuld (nach dem Haushaltsplan für 1923) noch nicht 13,2 Milliarden Franken ohne Tilgung; aber sie dürften zweifellos schließlich auf 20 oder 25 Milliarden steigen, je nachdem Deutschland mehr oder weniger zahlen wird, oder je nachdem die Vereinigten Staaten und England sich mehr oder weniger anspruchsvoll zeigen werden.

Aber selbst wenn wir bei der unzureichenden Zahl von 20 Milliarden Franken als dem in wenigen Jahren erforderlichen Zinsenbetrag der öffentlichen Schuld bleiben und sie der Zahl, die das Gesamteinkommen Frankreichs darstellt, gegenüberstellen, erscheint das Verhältnis erdrückend. Das französische Volkseinkommen wurde vor dem Kriege auf 35 Milliarden Goldfranken geschätzt. Soll man glauben, es habe im Verhältnis der Entwertung des Papierfranken zugenommen, und man müsse es mit dem gegenwärtigen Satz von 3,30 multiplizieren, was für das Gesamteinkommen der Franzosen auf 110 bis 120 Milliarden auslaufen würde? In diesem Falle würde die Zinsenlast der öffentlichen Schuld 18 bis 20% ausmachen — ein Anteil, der schon viel höher wäre als vor dem Kriege, wo er 3½% (1200 Millionen auf 35 Milliarden) betrug.

Indes, diese Schätzung ist noch sehr optimistisch, denn es ist nicht bewiesen, daß alle Einkommen oder das durchschnittliche Einkommen um 230% gestiegen sind. Und vor allem darf man nicht vergessen, daß das Verhältnis der Zinsen der öffentlichen Schuld zum Volkseinkommen stärker oder schwächer wird, je nachdem der Frank steigen oder sinken wird. Wenn der Frank auf den Stand der Mark, des Rubels oder selbst nur der Krone fällt, wird das Gewicht der Schuld sicher leicht werden; wenn aber umgekehrt der Frank wieder auf den Stand des Goldfranken der Vorkriegszeit steigt, dann wird, während die Preise und die Einkommen auch auf ihren Vorkriegsstand zurückkommen werden — oder darunter! —, der Staat verpflichtet bleiben, seine Schuldzinsen in Goldfranken zu zahlen, obwohl er sich Papierfranken geliehen hat. Und in diesem Falle wird, da die Zinsen der öffentlichen Schuld 20 Milliarden Goldfranken

betragen werden, während das gesamte Volkseinkommen auf 35 Milliarden Goldfranken zurückgegangen sein wird, die Belastung durch die öffentliche Schuld 57% des Gesamteinkommens der Franzosen ausmachen, und wenn man die 12 Milliarden für das Budget hinzuzählt, mehr als 90% des Volkseinkommens!

Wird Frankreich eine solche Belastung ertragen können? Ich glaube es nicht, ebensowenig wie irgendein anderes Land. Uebrigens hört Deutschland nicht auf zu sagen, es werde ihm unmöglich sein, eine solche Last zu tragen; warum also sollte, was für Deutschland unmöglich wäre, für Frankreich möglich sein?

Allerdings hat unser Finanzminister erklärt, daß selbst wenn Deutschland nicht zahlte, Frankreich nicht Bankrott machen würde. Aber man muß sich verstehen! Bei der Machtfülle des modernen Staates ist es zweifelsohne möglich, den Steuerpflichtigen nach Belieben heranzuziehen; der Staat wird immer von den Steuerpflichtigen die zur Zahlung der Renten nötigen Summen nehmen können — vor allem wenn er als Besteuerungsobjekt die Renten selbst, die von diesen Rentiers bezogen werden, wählt. Die Saug- und Druckpumpe kann unendlich arbeiten, wenn sie das Wasser aus dem Reservoir selbst entnimmt, das sie füllt. Aber Jacques Bonhomme[1]) als Steuerpflichtigem das Geld wieder zu nehmen, das man ihm als Rentier zahlt, ein solches Verfahren wäre nur ein maskierter Bankrott.

Diese Darlegungen werden, denke ich, genügen, um zu zeigen, wie ungerecht die in Deutschland landläufige Behauptung ist, die Geldforderungen Frankreichs hätten keinen andern Zweck, als Frankreich zu bereichern und Deutschland zu ruinieren. Sie haben in Wahrheit keinen andern Zweck, als den Ruin Frankreichs zu verhüten.

Die kurzfristigen Schulden Frankreichs.

Bisher herrschte über den Umfang der kurzfristigen inneren Schuld Frankreichs ein gewisses Dunkel. Jetzt hat der Finanzminister de Lasteyrie in der Kammer den Schleier etwas gelüftet. Das stenographische Protokoll der Sitzung vom 14. Februar 1924 besagt (Journal Officiel, Débats Parlementaires, Chambre des Députés 1924 S. 731):

Der Finanzminister: ... Ich bin in der Lage, ... der Kammer Auskünfte zu geben, die sie zweifellos interessieren werden. Der Betrag der umlaufenden Bons de la Défense nationale und der Schatzscheine war am 31. Dezember v. J. um über 2 Milliarden niedriger als 1921. 1920/1921 hatten wir einen Umlauf von 60 300 Millionen.

Abg. Jammy Schmidt: Sie kennen also jetzt den Betrag?

---

[1]) Jacques Bonhomme = der französische Michel.

Der Finanzminister: Im Jahre 1922 hatten wir einen Umlauf von 61 247 Millionen.

Am 31. Dezember 1923 ist es uns, infolge der zwei Begebungen zehnjähriger Schatzscheine, die ich im Laufe des Jahres durchgeführt habe, gelungen, den Betrag dieser Schatzscheine auf 58 404 Millionen herabzudrücken.

Der Betrag wurde bisher von Sachkennern im allgemeinen vielleicht etwas höher eingeschätzt. Dabei darf man aber nicht übersehen, daß dies nicht die einzigen kurzfristigen Schulden des französischen Staates sind. Der Abgeordnete Pierre Forgeot, der bald darauf das Wort ergriff, ergänzte die Zahlen des Finanzministers sehr anschaulich (ebenda S. 733):

Die grundlegenden Faktoren, die wichtigsten Faktoren des Problems sind die folgenden:

Eine erste Masse: umlaufende Banknoten, Noten der Bank von Frankreich, 39 Milliarden in runden Zahlen; eine zweite Masse: kurzfristige Schatzscheine, deren Gesamtbetrag anscheinend — ich habe es soeben mit Genugtuung aus dem Munde des Herrn Finanzministers vernommen — nur annähernd 60 Milliarden ausmacht.

Ich möchte die kurzfristigen Schatzscheine mit einem Gletscher und die Banknoten mit dem Bache vergleichen, der davon abströmt. Eine Erhöhung der Temperatur um einige Grade am politischen Thermometer — und ein Teil des Gletschers schmilzt und fließt ab. Zwischen der Banknote und dem kurzfristigen Schatzschein, zwischen dem Eis und dem Wasser besteht nur ein Unterschied: die momentane Festigkeit.

Die gesamten kurzfristigen und langfristigen inneren Schulden Frankreichs betragen zurzeit annähernd 300 Milliarden. Dazu kommt eine äußere Schuld von 35 Milliarden Goldfranken = 160 Milliarden Papierfranken.

Kann Frankreich seine äußeren Schulden bezahlen?[1])

Die Finanzen und der Außenhandel Frankreichs vor dem Kriege.

Im Jahre 1914 war Frankreich mit einer Bevölkerung von 39 Millionen das wirtschaftlich unabhängigste Land in Westeuropa. Unter Zugrundelegung der Zahlen Thérys für 1912 belief sich das französische Volksvermögen 1914 auf ungefähr 310 Milliarden Franken; davon waren etwa 42 Milliarden in der einen oder anderen Form im Ausland angelegt. Frankreich hatte keine äußeren Schulden. Die Staatseinnahmen betrugen etwa 5 Milliarden Franken, von denen 70 Proz. aus Steuern kamen. Der Staatshaushalt war im Gleichgewicht. Von den Ausgaben entfielen 26 Proz. auf den öffentlichen Schuldendienst. Die innere Schuld betrug rund 32,5 Milliarden Franken; davon waren nur 2 Milliarden schwebende Schulden. Von den 30,5 Milliarden Franken innerer fundierter Schulden war ein

[1]) Die „Saturday Evening Post" (Philadelphia) veröffentlichte im Sommer 1923 (Band 196 Nr. 3—5 vom 21. Juli, 28. Juli und 4. August) eine Abhandlung „Kann Europa seine Schulden bezahlen?" Wir geben hier den Abschnitt über Frankreich wieder.

sehr großer Teil sogenannte ewige Rente ohne Fälligkeitstermin. Der Zinsendienst dieser Schuld betrug etwa 1,3 Milliarden Franken jährlich. Das umlaufende Geld bestand unter anderem aus über 4 Milliarden Franken in Gold und Silber. Der Notenumlauf betrug 6 Milliarden. Hinter den Noten stand eine Goldreserve von 4,697 Milliarden Franken.

Die Warenhandelsbilanz war passiv. In den letzten fünf Friedensjahren betrug der Wert der Einfuhr durchschnittlich 7,773 Milliarden Franken, der Wert der Ausfuhr 6,525 Milliarden Franken. Im Jahre 1913 wurde die Einfuhr auf 8,424 Milliarden Franken, die Ausfuhr auf 6,876 Milliarden Franken bewertet. Die Einfuhr an Waren und Edelmetallen überstieg die Ausfuhr um nahezu 2 Milliarden Franken. Dies Defizit wurde reichlich gedeckt durch „unsichtbare Einnahmen". Das Einkommen aus Anlagen im Ausland, aus Kolonien und aus Schifffahrt wurde auf 3 Milliarden Franken jährlich geschätzt. Dazu kamen große Ausgaben von Fremden, denen keine Geldsendungen von Einwanderern ins Ausland gegenüberstanden. Jedermann kam nach Frankreich, der Franzose aber reiste wenig. Vielleicht wird man die gesamten unsichtbaren Einnahmen auf 3,5 Milliarden, allerhöchstens 4 Milliarden schätzen dürfen. Das war fast oder ganz zweimal soviel wie Frankreichs Defizit im Handel mit Waren und Edelmetallen. Der Ueberschuß ging zum größten Teil ins Ausland. Die fremden Anlagen Frankreichs waren hauptsächlich von zweierlei Art: produktiv in seinen Kolonien; halbpolitisch, z. B. die Anlagen in russischen Schuldverschreibungen und Eisenbahnen. Frankreich war die arbeitsamste Nation in Europa. Besonders die Bauern waren sowohl fleißig als auch sparsam. Die viel besprochene Verschwendung in Paris und den Seebädern wurde allermeist von Fremden — Deutschen, Russen, Südamerikanern und auch Nordamerikanern — betrieben. Das jährliche Volkseinkommen wurde auf 37 Milliarden Franken geschätzt; die jährlichen Ersparnisse betrugen anscheinend nahezu 15 Milliarden Franken.

Die Lage Frankreichs nach dem Kriege.

Ganz anders ist die gegenwärtige Wirtschaftslage Frankreichs. Die Einverleibung Elsaß-Lothringens hat vermutlich die Kriegsverluste wettgemacht, so daß das Volksvermögen noch auf etwa 300 Milliarden Goldfranken anzusetzen ist. Aber Elsaß-Lothringen läßt sich nicht über ganz Frankreich verteilen; daher wird Nordfrankreich, das von Deutschland verwüstet worden ist, auf Kosten der Steuerzahler des gesamten Staates wiederhergestellt. Schätzungen des gegenwärtigen Volkseinkommens liegen nicht vor; aber wenn man es auf Grund der Staatseinnahmen und der früheren und jetzigen Steuersätze berechnen wollte, würde man vielleicht zu 70 Milliarden Papierfranken gelangen. Die Volksersparnisse sind kürzlich auf ungefähr 30 Milliarden Franken geschätzt worden.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß Volkseinkommen und Ersparnisse, beide gegenüber dem Vorkriegsstand, in Gold gerechnet, gesunken sind.

Frankreich hat eine lange Liste auswärtiger Schulden und Darlehen. Sie lassen sich nach dem Stande vom Dezember 1922 ungefähr so zusammenfassen:

Schulden an das Ausland

Großbritannien	583 000 000	Pfund
Vereinigte Staaten	3 844 000 000	Dollars
Spanien	489 000 000	Peseten
Japan	133 000 000	Yen
Schweiz	46 000 000	Franken
Niederlande	55 000 000	Gulden
Argentinien	42 000 000	Goldpesos
Uruguay	15 000 000	Dollars

Darlehen an das Ausland

Rußland	5 775 000 000	Franken
Belgien	3 270 000 000	„
Polen	1 480 000 000	„
Jugoslawien	1 795 000 000	„
Rumänien	1 180 000 000	„
Tschechoslowakei	574 000 000	„
Griechenland	918 000 000	„
Italien	932 000 000	„
Baltische Staaten	35 000 000	„
Andere Länder	130 000 000	„

Von der Summe, mit der hier Belgien belastet ist, war der größere Teil im Kriege vorgeschossen, und diese Verpflichtung ist auf Deutschland übertragen worden. Im übrigen sind die einzelnen Posten schwer zu bestimmen, da sie Lieferungen umfassen, deren Preise teilweise noch nicht endgültig festgesetzt sind. Es ist zu beachten, daß die französischen Schätzungen nicht mit denen der Schuldnerstaaten übereinstimmen.

Das ist sicherlich eine erschreckende Liste von Schulden und Darlehen für einen Staat, dessen Volksvermögen 300 Milliarden Franken beträgt. Wenn der Schuldendienst geleistet würde, würde Frankreich Zinsen in entwerteten Franken empfangen und seinerseits Zinsen in hochwertiger fremder Währung zahlen. Spanien, Japan, die Schweiz, die Niederlande, Argentinien und Uruguay erwarten sicherlich die Bezahlung der Darlehen, die sie auf rein geschäftlicher Grundlage — großenteils Kredite für Lieferungen — gegeben haben. Großbritannien besitzt etwa 1,8 Milliarden Goldfranken als Sicherheit für Darlehen. Man erwartet dort allgemein, daß dieser Fonds zur Begleichung der französischen Schuld an Großbritannien verwendet werden wird, wenn auch die Franzosen den Standpunkt einnehmen, daß das Gold lediglich als Sicherheit für ganz bestimmte Vorschüsse gegeben ist und wiedererstattet werden wird, sobald diese Vorschüsse zurückgezahlt sind. Man kann bestimmt damit rechnen, daß die übrigen 500 Millionen Pfund von Großbritannien nicht eingezogen werden.

Die von Keynes geführte Bewegung, die darauf abzielt, die britischen Darlehen an Frankreich und Italien ohne Rücksicht auf die Stellungnahme der Vereinigten Staaten zu streichen, gewinnt in dem Vereinigten Königreich an Boden. So sagt der Spectator: „Wir werden Amerika zahlen, was wir ihm schulden, unseren Verbündeten ihre Schulden erlassen und für uns nicht einziehen, was uns Deutschland schuldet.“ Man kann erwarten, daß dieser Vorschlag die Note von Balfour ersetzen wird. Natürlich wird Großbritannien diese Schuld nicht ohne Gegenleistung streichen, aber die Gegenleistung wird auf politischem und nicht auf finanziellem Gebiete liegen. Die Franzosen verstehen jetzt, daß ihre Schuld an die Vereinigten Staaten in eine langfristige Verpflichtung mit Zahlungserleichterungen, herabgesetzten Zinsen und einem voraufgehenden mehrjährigen Moratorium konsolidiert werden muß. Frankreich tadelt die Amerikaner nicht, weil sie die Schuld einziehen. Aber es tadelt sie wegen der Ablehnung des Schutzvertrages, der ihm ermöglicht haben würde, im Vollgefühl der Sicherheit die Schuld zu zahlen.

Die innere Schuld betrug Ende 1922 etwa 260 Milliarden Franken. Davon sind annähernd 100 Milliarden schwebende Schulden, sie bilden eine große Gefahrenquelle für den Staat. Bis zum 31. Dezember 1922 hatte Frankreich für die Wiederherstellung des Grund und Bodens und der gewerblichen Anlagen 54 Milliarden Franken gezahlt, die noch verbleibenden Ausgaben werden auf weitere 48 Milliarden Franken geschätzt. Wenn man die künftige Entwicklung der französischen Finanzen ins Auge faßt und dabei die Vollendung des Wiederaufbauprogramms schon einbezieht, dürfte die innere Schuld des Landes Ende 1925 320 Milliarden Franken erreichen. Der Zinsendienst für die gegenwärtige innere Schuld beträgt jährlich 14 Milliarden Franken.

Gemäß früheren Gepflogenheiten wird Frankreich vermutlich die innere Schuld zu 3 Proz. mit ½ Proz. Tilgung konsolidieren. Dann wird der Schuldendienst für die 320 Milliarden Franken 11,2 Milliarden Franken jährlich betragen. Mit dieser Summe muß sich das französische Volk vertraut machen, wenn die neue Schuld nicht dasselbe Schicksal wie die Assignaten vor mehr als einem Jahrhundert erleiden soll.

Von den Frankreich geschuldeten Darlehen können wir die an Griechenland, Italien und Oesterreich als uneinziehbar ansehen. Belgien wird die Vorschüsse, soweit sie unabhängig vom Krieg geleistet worden sind, zurückzahlen. Die Schuld Rußlands halten wir für gut, wenn auch zunächst für vertagt. Rußland ist ein Land mit sehr großen Hilfsquellen. Zur Entwicklung des Landes wird fremdes Kapital nötig sein. Neues fremdes Kapital kann aber nur gewonnen werden, falls die bestehenden Verpflichtungen konsolidiert und amortisiert werden. Wenn Frankreich mit seinen Schuldnern verhandeln und seine Darlehen nicht gegen politische Bündnisse verhökern will, kann es die Bezahlung zum größten Teil erreichen. Die

bulgarische Reparation ist schon auf dem Wege der Regelung. Angenommen, diese Darlehen werden zu 3 Proz. konsolidiert und mit ½ Proz. getilgt, so würde der jährliche Schuldendienst an Frankreich etwa 0,45 Milliarden Franken betragen.

Die äußere Schuld Frankreichs — abgesehen von der an Großbritannien — beträgt etwa 4,2 Milliarden Dollars. Der Schuldendienst für diese Summe würde bei 3 Proz. Zinsen und ½ Proz. Amortisation, wenn man 14 Franken auf den Dollar rechnet, 2,058 Milliarden Franken ausmachen. Gegenüber diesem großen Betrage würde der Schuldendienst an Frankreich sich nur auf 0,45 Milliarden belaufen, also eine Zahlungslast von rund 1,5 Milliarden Franken jährlich übriglassen. So groß diese Summe auch ist, so ist sie doch gering im Vergleich mit den gegenwärtigen Zinsen für die innere Schuld, die sich auf 14 Milliarden Franken belaufen, oder im Vergleich mit der angegebenen Zahl von 11 Milliarden für die konsolidierte Schuld. So schwer die äußere Schuld ist, die innere Schuld ist sehr viel drückender. Wenn wir uns erinnern, in welchem Umfange die innere Schuld Frankreichs durch Ausgaben für den Wiederaufbau verursacht ist, die Deutschland hätte tragen sollen, so bekommen wir einen Begriff von den Gefühlen der Franzosen in bezug auf die deutschen Verfehlungen bei den Reparationszahlungen. Immerhin, wenn die Kriegsrechnung Amerikas gegen Deutschland einschließlich der Kosten der Besatzungsarmee und der Verluste amerikanischer Bürger auf 1,5 Milliarden Dollars festgesetzt ist, erscheint die französische Rechnung für Wiederaufbau noch bescheiden.

Der gegenwärtige Notenumlauf beträgt 37 Milliarden Franken. Die Goldreserve belief sich im Dezember 1921 auf 5,49 Milliarden Franken, von denen 1,94 Milliarden Goldfranken in fremdem Gewahrsam, hauptsächlich in London, liegen. Dazu kommt eine beträchtliche Silberreserve. Der Notenumlauf war vor ein paar Jahren höher, und energische Anstrengungen sind damals gemacht worden, um nicht nur dem Notendruck Einhalt zu tun, sondern auch den Umlauf zu vermindern. Die Erfolge waren aber mehr scheinbare als wirkliche. Bons der Nationalen Verteidigung sind in Höhe von nahezu 80 Milliarden Franken ausgegeben worden. Sie lauten auf 100, 500 und 1000 Franken, und da sie wie Papiergeld und Kreditscheine benutzt werden, ist die Inflation genau so fortgeschritten, wie wenn Noten ausgegeben worden wären.

Der Staatshaushalt ist in einem sehr schlechten Zustand. Die gesamten Bruttoeinnahmen betrugen im Jahre 1922: 24,692 Milliarden Franken, die Ausgaben 48,720 Milliarden Franken. Es gibt zwei Haushalte, einen ordentlichen und einen außerordentlichen; der außerordentliche enthält die Posten, die anstelle der deutschen Reparationszahlungen aufgeführt werden und die zu Lasten Deutschlands gehen. Der Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts betrug im Jahre 1922 ungefähr vier Milliarden Franken, der Fehlbetrag im außerordentlichen Haus-

halt 20 Milliarden Franken. Für 1923 dürfte das voraussichtliche Gesamtdefizit beim Ausbleiben von deutschen Zahlungen nicht weniger als 30 Milliarden Franken betragen. Die tatsächlichen Einnahmen beliefen sich im vorigen Jahre auf etwa 20 Milliarden Franken; sie werden dies Jahr auf mindestens 24 Milliarden steigen.

Abgesehen von dem Wiederaufbau würden die Hauptposten des theoretischen Staatshaushalts in diesem Jahre sein:

Zivilverwaltung	7 000 000 000	Franken
Militär	5 000 000 000	„
Pensionen	4 000 000 000	„
Innerer Schuldendienst	14 000 000 000	„
Aeußerer Schuldendienst (ohne die britische Schuld)	1 500 000 000	„
insgesamt:	31 500 000 000	Franken.

Den Posten von 5 Milliarden Franken für militärische Ausgaben muß man mit dem entsprechenden Posten im neuen amerikanischen Haushalt in Höhe von 547 Millionen Dollars vergleichen. Derselbe Posten im britischen Haushalt beträgt 122 Millionen Pfund.

Bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Frankreichs kann diese Summe nicht durch Staatseinnahmen ohne eine Vermögensabgabe aufgebracht werden. In einigen Jahren, wenn Frieden herrscht und Sparsamkeit geübt wird, sollten die Ausgaben der Zivilverwaltung auf 5 Milliarden, die militärischen Ausgaben auf 4 Milliarden, die Pensionen auf 3 Milliarden, der innere Schuldendienst auf 11 Milliarden und der äußere Schuldendienst auf 1,5 Milliarden, die Gesamtausgaben also auf 25 Milliarden Franken herabgesetzt werden. Die bisher im Jahre 1923 eingegangenen Einnahmen übertreffen den Voranschlag. Die jährlichen Ersparnisse in Frankreich betragen jetzt vermutlich ungefähr 30 Milliarden Franken. In den Jahren 1919 bis 1921 nahm die französische Bevölkerung 83 Milliarden Franken Staatsobligationen und 27 Milliarden Industrieeffekten auf; einiges davon allerdings mit früher erspartem Geld. Die Zahlen liefern ein beredtes Zeugnis für den Fleiß der Franzosen. Im Hinblick auf die Produktion und Konsumtion Frankreichs kann man erwarten, daß der normale Haushalt in wenigen Jahren mit ungefähr 25 Milliarden Franken (nach dem gegenwärtigen Werte) balancieren wird. Aber die Voraussetzung hierfür ist, daß die Ausgaben für den Wiederaufbau nicht über die oben für die innere Schuld im Jahre 1925 angesetzte Summe hinausgehen. Angesichts des Volksvermögens und des Volkseinkommens würde ein solcher Staatshaushalt wohl alle bisherigen Rekorde schlagen. Vielleicht könnte kein anderes Volk als das französische soviel auf sich nehmen.

Die Warenhandelsbilanz ist passiv. Die Einfuhr wurde 1921 auf rund 23,5 Milliarden Franken bewertet, die Ausfuhr auf 21,5 Milliarden; es ergibt sich also ein Fehlbetrag

von 2 Milliarden. Der Fehlbetrag für das Jahr 1922 blieb hinter den Vorschätzungen zurück. Die Einfuhr wurde auf 23,9 Milliarden, die Ausfuhr auf 22,391 Milliarden bewertet. Auf der Preisgrundlage von 1913 war der Außenhandel 1921 ganz ähnlich wie 1913.

Wie wurde diese passive Handelsbilanz gedeckt? Teilweise durch Darlehen und Verkauf von Franken im Ausland. Keine Schätzung des gegenwärtigen Standes der unsichtbaren Einnahmen Frankreichs ist öffentlich bekannt geworden. Auch ist nicht bekannt, wieviel Frankreich von seinen Anlagen im Ausland während des Krieges geopfert hat. Seine unsichtbaren Einnahmen mögen vielleicht 1 Milliarde Franken jährlich wert sein gegenüber 3,5 Milliarden vor dem Kriege. Dazu kommen die Ausgaben der Fremden — jetzt von unschätzbarem Werte, weil sie in Dollars einlaufen. Mit der Verbesserung der internationalen Geschäftslage werden die Einnahmen aus Kolonien und Schiffahrt wachsen. Wenn nicht sehr schlechte Zeiten kommen, werden die Zuschüsse der fremden Reisenden nach wie vor hoch sein. Ein Blick auf die Ein- und Ausfuhr läßt deutlich erkennen, daß bei einer Verbesserung der internationalen Geschäftslage und bei einer Einigung mit Deutschland die französische Einfuhr vermindert und die Ausfuhr gesteigert werden könnte. Eine Zeit lang hielten sich im vergangenen Jahre Einfuhr und Ausfuhr die Wage. Das muß das Ziel der französischen Verwaltung sein.

Was ist von Frankreich in der nächsten Zukunft zu erwarten?

Bei der Sparsamkeit der Bevölkerung, bei Einschränkung der Einfuhr und bei Anspornung der Produktion, die ein Wachsen der Ausfuhr zur Folge haben würde, wird Frankreich imstande sein, genügend Steuern zu erheben, um seine Schulden zu bezahlen. Aber vier wichtige Faktoren üben einen entscheidenden Einfluß auf die Psychologie und auch auf die Finanzen Frankreichs aus: die deutschen Reparationen, das Wiederaufbauprogramm, die Repudiation der inneren Schuld, die Stabilisierung des Franken.

Es liegen keine Anzeichen dafür vor, daß Deutschland, von jetzt ab gerechnet, mehr als 10 Milliarden Dollars zahlen wird; es kann auch viel weniger sein. Von den künftigen Zahlungen würde Frankreich zwischen 50 und 70 Proz. erhalten, je nach der Stellungnahme Großbritanniens, wo eine große und einflußreiche Gruppe unter Führung von Keynes nachdrücklich fordert, der Staat möge auf jeden Anteil an den Reparationen verzichten. Hundert Millionen Dollars im Jahre würden Frankreich schon helfen; 200 Millionen Dollars würden mehr als die doppelte Hilfe bedeuten. Die psychologische Wirkung einer Regelung, die Stabilisierung von Europas Industrie, Handel, Valuten und der zwischenstaatlichen Beziehungen würde indirekt noch mehr wert sein, als die Zahlungen direkt wert wären. Vor Regelung der Reparationsfrage kann Frankreich

keine Verpflichtungen für die Zukunft eingehen; auch sollte es nicht dazu gedrängt werden.

Das Wiederaufbauprogramm, das in der Voraussetzung in Angriff genommen wurde, Deutschland werde schließlich die Rechnung bezahlen, ist nicht rationell und nicht geschickt durchgeführt worden. Bei den Bauten wurde viel vergeudet; vieles wurde überbezahlt; vermutlich herrschte auch Korruption, wie dies bei einer derartigen Hingabe öffentlicher Gelder unvermeidlich ist. Der Rest des Wiederaufbauprogramms sollte unter der Annahme durchgeführt werden, daß Frankreich die Kosten selbst zu tragen hat. Dann wird die Arbeit rationell beendet werden. Die weitere Ausgabe von Schatzanweisungen mit der Begründung, daß Deutschland sie zurückzahlen werde, würde nur neue Vergeudung bedeuten.

Nach der französischen Revolution erklärte Frankreich Milliarden von Assignaten für ungültig. Wird sich das wieder ereignen? Niemand spricht davon in Frankreich, außer im Flüsterton. Sollte so etwas geschehen, so würde die Enteignung auf dem Wege der Wegsteuerung der Erträge der Schatzanweisungen erfolgen. Niemand wünscht das, nicht einmal die Schuldnerklasse. Wenn aber Deutschland in die neue industrielle Aera frei von inneren Schulden tritt — die vollständige Repudiation scheint dort schon gesichert zu sein —, dann mögen andere Länder Europas dazu getrieben werden, denselben Weg zu beschreiten, um ihre Steuern so herabzudrücken, daß sie mit einem niedrig besteuerten Deutschland konkurrieren können. Die Lage droht dann sehr unangenehm zu werden.

Soll endlich der Frank auf einer anderen Grundlage als zu pari stabilisiert werden (Devalvation)? Die Volkswirte der ganzen Welt scheinen sich darüber einig zu sein, daß Frankreich den Franken nur unter furchtbaren Kämpfen wieder auf pari bringen kann. Offenbar würde es viel weniger hart für die Schuldnerklasse und die Arbeiter sein, wenn der Frank, sagen wir, auf der Hälfte des Vorkriegswertes stabilisiert würde. Selbst dann würde er ja noch hoch stehen im Vergleich mit den mehr östlichen Währungen, die sämtlich, abgesehen von der der Schweiz, auf niedrigerer Basis stabilisiert werden müssen. Jedes Land muß darauf sehen, daß seine Industrie sich rentiert, und die Währungspolitik muß sich diesem Zweck anpassen. Der französische Steuerzahler kann nicht erhoffen, die Schulden seines Landes zu bezahlen, wenn der Frank wieder auf pari gehen sollte. Mit Recht sagte Keynes: „Der Stand des Franken wird auf die Dauer nicht durch die Spekulation oder die Handelsbilanz bestimmt werden, sondern durch den Prozentsatz, den sich der Franzose von seinem Einkommen wird fortsteuern lassen, um die Ansprüche des Rentiers zu befriedigen." Die Leute, die mit Krediten arbeiten, könnten ihre Geschäfte nicht fortführen, wenn der Frank wieder auf pari hinaufgetrieben würde. Devalvation klingt schlecht, aber

das Verfahren ist in seinen Wirkungen milder für das Land, als Deflation. Ein herabgesetzter Goldstandard ist für viele Länder besser als ein unerreichbarer Vorkriegs-Goldstandard mit dauernder Geldentwertung. Aber wie immer die Entscheidung Frankreichs ausfallen mag, erst wenn die Entscheidung getroffen ist, kann es seinen Haushalt ins Gleichgewicht bringen und seine Verpflichtungen erfüllen.

Warum sollte Frankreich nicht Schuldverschreibungen in Amerika ausgeben, um seine Schuld an die amerikanische Regierung abzuzahlen?

Alles spricht dafür, daß Frankreich es tun sollte. Das gleiche gilt auch für Belgien und Italien. Deutschland sollte Anleihen in Frankreich aufnehmen und die Erträge zu Reparationszahlungen verwenden. Die Schuldner der Vereinigten Staaten sollten dort Anleihen aufnehmen und die Erträge für die Schuldenzahlung verwenden. Natürlich kann dies erst geschehen, wenn die Zinssätze für langfristige Schuldverschreibungen wieder stabil geworden sind. Aber der Grundsatz muß immer wieder verkündet werden. Als Schatzsekretär Mellon von den europäischen Wünschen nach neuen Anleihen sprach, da stellte er zugleich fest, was für alle Anleihen gilt, indem er sagte: „Fremde Regierungen, die eine Finanzierung in den Vereinigten Staaten wünschen, sollten sich an das anlagebedürftige Publikum wenden und nicht Regierungshilfe suchen." Private Anlagesucher werden europäische Schuldverschreibungen nicht nehmen, bevor die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse stabilisiert sind; die Regierung sollte die gleiche Zurückhaltung üben. Sobald die Stabilisation in dem Umfang erreicht ist, daß es für Regierungen risikolos ist, Geld auszuverleihen, wird auch das anlagesuchende Publikum bereit sein, Geld hinzugeben. Wenn die Anleihe gut ist, zieht sie private Anlagesucher an; wenn sie schlecht ist, sollte die Regierung die Hände davon lassen.

Spricht irgend etwas dagegen, daß Frankreich seine Schuld teilweise mit deutschen Schuldverschreibungen zahlt?

Sicherlich nicht. Viele Gründe sprechen für ein solches Verfahren. Wenn Deutschland stabilisiert ist, können seine Schuldverschreibungen, sofern sie mit angemessener Priorität und Garantien ausgestattet sind, gute Anlagen sein. Wenn sie gut genug sind, um von dem Ententepublikum angenommen zu werden, werden sie auch gut genug sein, um auf dem amerikanischen Markt untergebracht zu werden. Die amerikanische Regierung sollte sie an Stelle von Schuldverschreibungen der Entente nur annehmen, wenn sie volle Priorität genießen. Weit besser noch wäre der Verkauf von deutschen, angemessen gesicherten und garantierten Reparationsbonds an private Anlagesucher in den Vereinigten Staaten. Der Leitgedanke aller

Pläne für die Bezahlung internationaler Schulden muß sein, sie von den Regierungen auf das anlagesuchende Publikum zu übertragen.

Ist die Finanzlage Frankreichs durch den Erwerb Elsaß-Lothringens grundlegend geändert worden?

Die Zukunft muß diese Frage beantworten, und sehr viel hängt von der Antwort ab. Vor dem Kriege war Frankreich das Land der kleinen Ersparnisse, deren Häufung große Kapitalersparnisse darstellte. Sollte Frankreich außerdem eine führende Weltstellung in der schweren Metallindustrie erlangen? Der Ausgang des Krieges übertrug an Frankreich den größten Teil der Minettelager und nahm Deutschland die Kontrolle über die Erze Luxemburgs. Deutschland ist jetzt ein wichtiger Einfuhrstaat für Eisen und muß Eisen von Frankreich, Luxemburg, Spanien und Schweden einführen. Aber Deutschland beherrscht die Kokslage auf dem Festland. In dem heutigen Frankreich einschließlich des Saargebiets sind wenige Gruben, aus deren Kohle hochwertiger Koks, wie er in den modernen Hochöfen gebraucht wird, gewonnen werden kann. Deutschland benötigt das Eisenerz, Frankreich benötigt den Koks. Technisch und sachlich sollten die Erze und Kohlen Deutschlands, Belgiens, Luxemburgs und Frankreichs zusammenarbeiten; Teilung der Lager ist unwirtschaftlich. Aber die politischen Verhältnisse scheinen eine Vereinigung unmöglich zu machen. Es ist zweifelhaft, ob Frankreich im freien Wettbewerb mit Deutschland und England die Führung in der Eisenindustrie erlangen kann. Es wird im wesentlichen Erzeuger feiner Fertigwaren sein und nicht ein Produzent von Massengütern. Frankreich wird auf große Schwierigkeiten bei der Eroberung der fremden Märkte stoßen.

Die Kalilager des Elsaß machen Frankreich von der Einfuhr dieses wichtigen Kunstdüngers unabhängig. Mit seinen großen Phosphatlagern in Algier und im Besitze der Mittel, den Stickstoff der Luft zu binden, ist Frankreich in bezug auf Kunstdünger vom Ausland unabhängig. Es hat einen großen Ausfuhrhandel in Phosphaten. Ob es einen erheblichen Teil des Welthandels in Kali erobern wird, bleibt abzuwarten. Die deutschen Lager sind weniger reich und nicht so zusammenhängend, aber sie sind mannigfaltiger. Die Heizkosten sind in Deutschland niedriger. Einen gewissen Teil des Handels wird Frankreich natürlich gewinnen. Uebrigens wird der Wert des Kalihandels gewöhnlich überschätzt. Die Vorkriegsausfuhr an deutschem Kali betrug nur 15 Millionen Dollars jährlich, d. i. weniger als 1 Proz. der gesamten deutschen Ausfuhr, weniger als die Spielwaren ausmachten und kaum mehr als die Musikinstrumente. Das Hauptgeschäft liegt in den Metallen und auf diesem Gebiete muß das französische Ausfuhrgeschäft erst noch seine Ausdehnungsfähigkeit beweisen.

Die Einnahmen Frankreichs.

Die Finanznot Frankreichs hat begreiflicherweise das Interesse für die Entwicklung der Staatseinnahmen gestärkt, und immer zahlreicher werden die amtlichen Veröffentlichungen, die diesen Wissensdurst zu befriedigen suchen. Allerdings sind die für die verschiedenen Jahre bekanntgegebenen Einzelangaben nicht immer miteinander vergleichbar, und eine einwandfreie zahlenmäßige Darstellung der Staatseinnahmen von der Vorkriegszeit bis zur Gegenwart ist für den Außenstehenden schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Immerhin soll hier einmal — mit dem Vorbehalt, daß die Unterlagen nicht immer unbedingt sicher sind — versucht werden, eine Gliederung der Isteinnahmen für 1912—1923 zu geben (siehe Tabelle S. 106).

Für 1912 und 1913 vgl. Rapport général fait au nom de la commission des finances chargée d'examiner le projet de loi portant règlement définitif du budget de l'exercice 1913, par M. Pierre Perreau-Pradier, député (Journal Officiel, Documents Parlementaires, Chambre, S. E. 1922, 1er Février 1923, Annexe No. 5117). — Für 1913 bis 1920 vgl. Rapport général sur le projet de loi portant fixation du budget général de l'exercice 1923, par M. Maurice Bokanowski, député (Chambre des Députés, Douzième Législature, Session de 1922, No. 4820, Paris Librairies-Imprimeries Réunies Martinet, 1922) Tome I p. 40, Tome II pp. 632—637, Tome III pp. 65—88. (Die Addition der Einzelposten ergibt für 1914: 4187 statt 4196 Millionen, für 1915: 4430 statt 4130 Millionen, für 1920: 19 816 statt 19 821 Millionen.) — Für 1921 bis 1923 vgl. Journal Officiel, Lois et Décrets, 14 Janvier 1923, pp. 459—470, 16 Janvier 1924, pp. 513—524; Rede des Finanzministers Lasteyrie in der Kammersitzung vom 23. Februar 1923 (Journal Officiel, 24 Février 1923, Débats Parlementaires, Chambre des Députés p. 820); Comité National d'Etudes Sociales et Politiques No. 143.

Im Anschluß hieran seien aus dem Voranschlag für 1923 die Einnahmen aus Steuern, Gebühren, Zöllen und Finanzmonopolen vollständig wiedergegeben, so wie sie in dem Etat C erscheinen (Rapport général par M. Bokanowski, Tome III pp. 65 ss.). Zum besseren Verständnis werden jedem Abschnitt Erläuterungen angefügt, über die folgendes im voraus bemerkt sei:

Die französischen Bezeichnungen und die Daten der Gesetze sind dem Etat B (Rapport général par M. Bokanowski, Tome III pp. 4 ss.) entnommen[1]). Die Sondergesetze für Elsaß-Lothringen wurden dabei nicht berücksichtigt. Bei der deutschen Uebersetzung wurde versucht, das Steuerobjekt möglichst klar hervortreten zu lassen. Abweichende Uebersetzungen, die sich in der Literatur fanden, sind in Klammern unter Angabe der Autoren mitgeteilt.

[1]) Später in Kraft getretene Gesetze sind, soweit sie mir bekannt wurden, in eckigen Klammern eingefügt.

Einnahmen	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923
	Millionen Franken											
Steuern, Gebühren, Zölle, Finanzmonopole												
Direkte Steuern und diesen angepaßte Abgaben	612	634	611	547	550	730	696	1 069	1 620	2 300	3 130	4 143
Registrierung	811	834	611	464	525	720	924	1 874	2 713	2 706	2 960	3 391
Stempel	227	241	198	145	158	173	216	314	517	563	615	697
Börsenverkehrssteuer	13	10	6	1	2	3	3	7	25	19	26	53
Kapitalertragsteuer	126	138	153	157	181	242	253	290	568	926	1 018	1 166
Spezialsteuer auf Zahlungen	—	—	—	—	—	—	112	269	314	—	—	—
Luxussteuer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	20	15
Umsatzsteuer	—	—	—	—	—	—	—	—	942	1 897	2 280	3 016
Zölle (ausschl. Zucker- und Salzzölle)		756	579	764	1 400	1 511	1 186	1 477	1 596	1 193	1 611	1 609
Indirekte Steuern (ausschl. Zucker- und Salzsteuer)										2 405	2 607	2 885
Kolonialwaren, Kaffeeersatz u. Vanillin	1365	720	604	517	530	752	954	1 779	2 612	177	183	186
Salz										32	36	35
Oele und Petroleum										167	235	277
Benzol										13	12	13
Zucker und Sacharin	184	191	150	213	183	266	184	377	444	352	564	516
Finanzmonopole	601	611	571	549	616	712	710	1 052	1 582	1 704	1 777	1 965
zusammen	3 939	4 135	3 492	3 057	4 145	5 109	5 238	8 508	12 938	14 467	17 076	19 967
Sonstige laufende Einnahmen												
Post, Telegraph, Telephon und versch. gewerbliche Staatsbetriebe	403	424	371	604	334	404	448	589	921	1 066	1 142	1 324
Staatsdomänen	62	62	60	114	110	120	148	155	151	104	166	230
Verschied. Gebühren u. and. Einkünfte	297	286	273	355	343	344	379	455	938	820	875	441
zusammen	762	772	704	1 073	787	868	975	1 199	2 010	1 990	2 183	1 995
Laufende Einnahmen insgesamt	4 701	4 907	4 196	4 130	4 932	5 977	6 213	9 707	14 948	16 457	19 259	21 962
Einmalige Einnahmen												
Außerordentliche Kriegsgewinnsteuer	—	—	—	—	—	209	578	672	3 224	3 313	2 066	1 334
Liquidation von Vorräten	—	—	—	—	—	—	—	1 207	1 649	1 502	465	200
Einmalige Einnahmen insgesamt	—	—	—	—	—	209	578	1 879	4 873	4 815	2 531	1 534
Gesamtsumme	4 701	4 907	4 196	4 130	4 932	6 186	6 791	11 586	19 821	21 272	21 790	23 496

I. Direkte Steuern und Staatszuschläge zu den direkten Steuern.

	Franken
Grundsteuer { Bebaute Grundstücke	318 927 110
Grundsteuer { Unbebaute Grundstücke	175 579 830
Steuer auf Handels- und Industriegewinne	773 000 000
Steuer auf Gewinne aus landwirtschaftlichem Betriebe	25 800 000
Steuer auf Gehälter, Entschädigungen und Nebeneinkünfte, Löhne, Pensionen usw.	250 000 000
Steuer auf Einkommen aus freien Berufen	35 250 000
Allgemeine Einkommensteuer	1 174 000 000
Personal- und Wohnungssteuer	9 513 230
Tür- und Fenstersteuer	8 338 218
Gewerbesteuer	32 678 530
Zuschläge für die Ausfälle der Lokalauflagen in Elsaß-Lothringen	5 070 000
Zuschläge für die eigentlichen Erhebungskosten der Lokalauflagen in Elsaß-Lothringen	1 901 000
Gebühren für Steuerbenachrichtigungen	1 320 000
Gebühren für Anfertigung von besonderen Steuerrollen (Elsaß-Lothringen)	2 000
Zusammen:	2 811 379 918

I. Contributions directes et centimes d'Etat.

I. Direkte Steuern und Staatszuschläge zu den direkten Steuern.

(Contributions directes. Lotz: Veranlagte Steuern; Wagner: Direkte Hauptsteuern. — Centimes d'Etat. Hock: Steuerzuschläge für Rechnung des Staats; Kaufmann: Allgemeine Zuschlagscentimes, für allgemeine Staatsbedürfnisse; Wagner: Zuschläge zu den direkten Staatssteuern.)

Contribution foncière des propriétés bâties. — Steuer von bebauten Grundstücken. (Conrad: Gebäudezinssteuer; Hock: Grundsteuer für Gebäude; Lotz: Steuer auf Gebäudegrundstücke; Schwarz: Gebäudesteuer; Wagner: Grundsteuer von bebautem Boden, Gebäudegrundsteuer, Grundsteuer vom Gebäudeboden.)

Gesetz vom 3. Frimaire des Jahres VII u. a.; Gesetze vom 29. Dezember 1884, 8. August 1890, 13. Juli 1900, 29. März 1914, 31. Juli 1917 und 25. Juni 1920.

Contribution foncière des propriétés non bâties. — Steuer von unbebauten Grundstücken. (Hock: Grundsteuer für Grundstücke; Lotz: Grundsteuer von dem landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzten Boden; Schwarz: Grundsteuer; Wagner: Grundsteuer von unbebautem Boden, eigentliche Grundsteuer.)

Gesetz vom 3. Frimaire des Jahres VII u. a.; Gesetze vom 29. März 1914, 31. Juli 1917 und 25. Juni 1920.

Impôts sur les bénéfices industriels et commerciaux. — Steuer auf Handels- und Industriegewinne. (Schwarz: Steuer aus Handels- und Industrieerträgen.)

Gesetze vom 31. Juli 1917 und 25. Juni 1920 [30. Juni 1923].

Impôt sur les bénéfices de l'exploitation agricole. — Steuer auf Gewinne aus landwirtschaftlichem Betriebe. (Schwarz: Steuer auf landwirtschaftliche Erträge.)

Gesetze vom 31. Juli 1917 und 25. Juni 1920 [30. Juni 1923].

Impôt sur les traitements, indemnités et émoluments, salaires, pensions et rentes viagères. — Steuer auf Gehälter, Entschädigungen

und Nebeneinkünfte, Löhne, Pensionen und Leibrenten. (Schwarz: Steuer auf Gehälter, Entschädigungen, Emolumente, Löhne, Pensionen, lebenslängliche Renten.)

Gesetze vom 31. Juli 1917, 25. Juni und 31. Juli 1920 [30. März und 30. Juni 1923].

Impôt sur les bénéfices des professions non commerciales. — Steuer auf Einkommen aus freien Berufen.

Gesetze vom 31. Juli 1917, 25. Juni und 31. Juli 1920 [30. März und 30. Juni 1923].

Impôt général sur le revenu. — Allgemeine Einkommensteuer.

Gesetze vom 15. Juli 1914, 30. Dezember 1916, 23. Februar und 31. Juli 1917, 29. Juni 1918, 25. Juni und 31. Juli 1920 [30. März und 30. Juni 1923].

Centimes pour frais d'assiette et non-valeurs sur le montant des impositions départementales et des impositions communales. — Zuschläge für die eigentlichen Veranlagungskosten und die Ausfälle der Departementalauflagen und der Kommunalauflagen.

Gesetz vom 8. Juli 1852, Art. 14 und 27; Gesetz vom 31. Juli 1917, Art. 45 [16. Juli 1923].

Centimes pour frais de perception des impositions communales et des impositions pour frais de bourses et chambres de commerce. — Zuschläge für die eigentlichen Erhebungskosten der Kommunalauflagen und der Börsen- und Handelskammerauflagen. (Hock: Zuschläge für die Kosten der Einhebung der Kommunalabgaben und der Beiträge für Börsen und Handelskammern; Kaufmann: Centimes für die Hebekosten der Gemeindeumlagen und für die Kosten der Börsen und Handelskammern.)

Gesetz vom 20. Juli 1837, Art. 5; Gesetz vom 14. Juli 1838, Art. 4; Gesetz vom 13. April 1898, Art. 57; Gesetz vom 31. Juli 1917, Art. 45 [16. Juli 1923].

Centimes pour frais de confection des rôles spéciaux d'impositions extraordinaires. — Zuschläge für die Kosten der Anfertigung von besonderen Steuerrollen für außerordentliche Auflagen. (Kaufmann: Gebühren betreffend die auf Staatskosten gefertigten Steuerrollen ...)

Gesetz vom 4. August 1849, Art. 9 und Gesetz vom 31. Juli 1920, Art. 15.

Frais d'avertissement. — Gebühren für Steuerbenachrichtigungen. (Eheberg: Steuerrollentaxe; Hock: Steuer für den Auszug für jeden einzelnen Steuerpflichtigen; Kaufmann: Gebühren für die erste Zahlungsaufforderung, Gebühren für den Steuerzettel; Wagner: Taxe der ersten Ankündigung.)

Gesetz vom 15. Mai 1818, Art. 50 und 51.

II. Den direkten Steuern angepaßte Abgaben.

	Franken
Außerordentliche Kriegssteuer	10 010
Steuer von den Gütern der toten Hand	50 440 072
Bergwerksabgaben	30 280 680
Steuer auf Wagen, Pferde, Maultiere und Maulesel	19 800 000
Gebühren für Benachrichtigungen betr. die Rollen der Steuer auf Wagen, Pferde, Maultiere und Maulesel und der Gebühr für Jagdaufseher	72 000
Gebühren für Benachrichtigungen betr. die außerordentliche Kriegsgewinnsteuer	150
Steuer auf Klubs, gesellige Vereine und Vereinslokale	1 600 140
Gebühr für Jagdaufseher	1 000 000

Gebühren für die Verifikation der Gewichte und Maße .	13 250 000
Gebühren für die Verifikation der Alkohol- und der Dichtigkeitsmesser	105 000
Gebühren für die Prüfung und Verifikation der Dampfkessel und der Behälter für komprimiertes oder flüssiges Gas	446 338
Gebühren für die Kosten der Ueberwachung zur Unterdrückung von Steuerhinterziehungen	1 600 000
Gebühren für die Besichtigung der Apotheken	126 700
Gebühren für die Beaufsichtigung der Mineralwasserfabriken und Mineralwasserniederlagen	80 000
Abgaben für die Entschädigung der Bergwerksdelegierten	2 747 208
Gebühren für die Kosten der Ueberwachung der Margarine- und Oleomargarinfabriken	200 000
Vermögenszuwachssteuer (Elsaß-Lothringen)	1 000
Außerordentliche Kriegssteuer (Elsaß-Lothringen) . . .	1 000
Zusammen	121 760 298

II. Taxes assimilées aux contributions directes.

II. Den direkten Steuern angepaßte Abgaben.

(Eheberg: Den direkten Steuern assimilierte Taxen; Hock: Gebühren und Taxen in Form von direkten Abgaben; Kaufmann: Kleine, den direkten zugesellte Steuern; Schwarz: Kleinere direkte Steuern; Wagner: Den direkten Steuern assimilierte Spezialtaxen.)

Contribution extraordinaire sur les bénéfices de guerre. — Außerordentliche Kriegsgewinnsteuer.

Gesetze vom 1. Juli und 30. Dezember 1916, 2. Juni und 31. Dezember 1917, 31. Dezember 1918, 12. August 1919, 9. März, 31. März, 25. Juni, 29. Juni und 31. Juli 1920.

Taxe exceptionelle de guerre. — Außerordentliche Kriegssteuer.

Gesetze vom 30. Dezember 1916 und 12. August 1919.

Taxe des biens de mainmorte. — Steuer von den Gütern der toten Hand. (Conrad: Steuer der toten Hand; Hock: Taxen für die Güter der toten Hand; Kaufmann: Steuer auf die unbeweglichen Güter der toten Hand.)

Gesetze vom 20. Februar 1849, 30. März 1872, 29. Dezember 1884, 31. März 1903, 30. Juli 1913, 15. Juli 1914, 29. Juni und 31. Juli 1920.

Redevance des mines. — Bergwerksabgabe. (Kaufmann: Bergbauabgabe.)

Gesetz vom 21. April 1810 und Verordnung vom 6. Mai 1811; Gesetz vom 8. April 1910 und Verordnungen vom 24. Dezember 1910 und 3. August 1911; Gesetze vom 30. Dezember 1916, 25. Juni 1920 und 30. April 1921, Art. 3 [16. Dezember 1922 und 30. Juni 1923, Art. 14].

Contribution sur les voitures, chevaux, mules et mulets. — Steuer auf Wagen, Pferde, Maultiere und Maulesel.

Gesetze vom 2. Juli 1862, 16. September 1871, 23. Juli 1872, 22. Dezember 1879, 29. Dezember 1884, 17. Juli 1895, 13. April 1898, 11. Juli 1899, 31. Dezember 1907, 8. April 1910 und 30. Dezember 1916.

Frais d'avertissement relatifs aux rôles de la contribution sur les voitures, chevaux, mules et mulets et de la taxe sur les gardes-chasse. — Gebühren für Benachrichtigungen, betreffend die Rollen der Steuer auf Wagen, Pferde, Maultiere und Maulesel und der Gebühr für Jagdaufseher.

Taxe sur les cercles, sociétés et lieux de réunion. — Steuer auf Klubs, gesellige Vereine und Vereinslokale. (Kaufmann: Abgabe von

geselligen Vereinen; Lotz: Vereinssteuer; Wagner: Steuer auf geschlossene Gesellschaften.)

Gesetze vom 16. September 1871, 18. Dezember 1871, 5. August 1874, 30. März 1888, 8. August 1890; Verordnung vom 30. Dezember 1890; Gesetze vom 30. Dezember 1916 und 25. Juni 1920 [30. Juni 1923].

Taxe sur les gardes-chasse. — Gebühr für Jagdaufseher.

Gesetze vom 30. Juli 1913 und 30. Dezember 1916.

Taxe des poids et mesures. — Gebühren für die Verifikation der Gewichte und Maße.

Verordnung vom 26. Februar 1873; Gesetze vom 29. Juni und 24. Juli 1918; Verordnung vom 5. April 1919; Gesetz vom 31. Dezember 1921.

Droits de vérification des alcoomètres et des densimètres. — Gebühren für die Verifikation der Alkohol- und der Dichtigkeitsmesser. (Wagner: Abgaben für die Verifikation von Alkoholo- und Densimetern.)

Gesetze vom 7. Juli 1881, 7. Juli 1882, 28. Juli 1883, 6. Juni 1889, 3. August 1894 und 29. März 1907; Verordnungen vom 27. Dezember 1884, 2. August 1889 und 15. Januar 1904.

Droits d'épreuve et de vérification des appareils à vapeur et des récipients à gaz comprimés ou liquéfiés. — Gebühren für die Prüfung und Verifikation der Dampfkessel und der Behälter für komprimiertes oder flüssiges Gas. (Schwarz: Gebühren für die Verifikation von Dampfapparaten . . .)

Gesetze vom 18. Juli 1892 und 13. April 1898 [30. Juni 1923].

Taxe pour frais de surveillance en vue de la répression des fraudes. — Gebühren für die Kosten der Ueberwachung zur Unterdrückung von Steuerhinterziehungen.

Gesetze vom 30. Juli 1913 und 25. Juni 1920.

Droits de visite des pharmacies. — Gebühren für die Besichtigung der Apotheken. (Hock: Taxen der Inhaber von Apotheken für die Kosten der ärztlichen Beaufsichtigung; Kaufmann: Gebühren für die Aufsicht über die Apotheken; Schwarz: Gebühren für die Ueberwachung von Apotheken; Wagner: Abgaben für den Besuch der Apotheken.)

Gesetz vom 21. Germinal des Jahres XI; Beschluß der Regierung vom 25. Thermidor desselben Jahres; Verordnung vom 23. März 1859; Gesetze vom 31. Juli 1867, 25. Juni 1908, 25. Juni 1920 und 31. Dezember 1921.

Droits d'inspection des fabriques et dépôts d'eaux minérales. — Gebühren für die Beaufsichtigung der Mineralwasserfabriken und Mineralwasserniederlagen. (Hock: Taxen der Inhaber von Niederlagen von Mineralwässern für die Kosten der ärztlichen Beaufsichtigung; Wagner: Abgaben für Inspektion der Fabriken und Niederlagen von Mineralwässern.)

Gesetze vom 21. April 1832, 19. Juli 1886, 25. Juni 1908 und 31. Dezember 1921; Verordnung vom 9. Mai 1887.

Redevances pour la rétribution des délégués mineurs. — Abgaben für die Entschädignug der Bergwerksdelegierten. (Haas: Abgaben für die Entschädigung der mit der Beaufsichtigung der Bergwerke beauftragten Bergarbeiter; Wagner: Gebühren für die Bezahlung von Bergwerksdelegierten.)

Gesetze vom 8. Juli 1890, 8. August 1890, 26. Dezember 1890, 25. Februar 1914, 29. März 1919 und 30. April 1920; Verordnung vom 13. Juli 1914.

Redevances pour frais de surveillance des fabriques de margarine et d'oléo-margarine. — Gebühren für die Kosten der Ueberwachung der Margarine- und Oleomargarinfabriken.

Gesetz vom 16. April 1897; Verordnung vom 13. Juni 1917; Gesetze vom 13. April 1898 und 30. Dezember 1916.

III. Erträge aus der Registrierung.

				Franken
Besitzwechsel	Gegen Entgelt	Mobilien	Wertpapiere	277 040 000
			Schuldforderungen, Renten, Aemterverkauf	10 328 000
			Geschäftsverkäufe	129 758 000
			Mobiliar	82 807 000
		Immobilien u. Forderungen auf Immobilien		805 575 500
	Unentgeltlich	Unter Lebenden (Schenkungen)		88 317 000
		Durch Todesfall (Erbschaften)		972 527 500
	Anfallsteuer			1 112 000
Andere bürgerliche, Verwaltungs- und Zivilstandsurkunden				388 401 000
Gerichtliche und außergerichtliche Urkunden				52 720 500
Hypotheken				46 720 000
Steuer auf die Versicherungssummen der Feuerversicherungsgesellschaften				9 495 000
Strafen (gerichtliche und halbgerichtliche Geldstrafen)				24 783 000
Verschiedene Einnahmen				7 406 000
			Zusammen[1])	2 896 990 500

III. Produits de l'enregistrement.

III. Erträge aus der Registrierung.

(Hock, Schwarz, Wagner: Enregistrement; Lotz: Einregistrierung.)

Droits d'enregistrement. — Registrierungsabgaben. (Hock: Enregistrementsgebühren.)

Grundgesetz vom 22. Frimaire des Jahres VII, Gesetze vom 25. Juni 1920, 31. Dezember 1921 [30. Juni 1923] und andere.

Droits de mutation par décès. — Steuer beim Besitzwechsel von Todes wegen. (Hock: Steuer bei Uebertragungen durch Todesfall; Lotz, Schwarz, Wagner: Erbschaftssteuer.)

Gesetze vom 22. Frimaire des Jahres VII, 25. Februar 1901, 25. Juni 1920 [30. Juni 1923] und andere.

Droits de greffe. — Gerichtsschreibereigebühren. (Hock: Gebühren für Akte bei den Gerichtskanzleien; Kaufmann: Gerichtssporteln.)

Gesetz vom 21. Ventôse des Jahres VII [30. Juni 1923] u. a.

Taxe sur les formalités hypothécaires. — Hypothekengebühren. (Hock: Grundbuchsgebühren.)

Gesetze vom 21. Ventôse des Jahres VII, 27. Juli 1900, 30. April 1921 und andere.

Amendes de consignations, de condamnations et de contraventions. — Geldstrafen.

Taxe d'accroissement. — Anfallsteuer.

Gesetze vom 28. Dezember 1880, 29. Dezember 1884 und 16. April 1895.

Droits de transmission des titres d'actions et d'obligations. — Umsatzsteuer von Aktien und Obligationen. (Hock: Steuer bei Ueber-

[1]) In der amtlichen Quelle steht irrtümlicherweise 2 902 990 500.

tragungen von Aktien und anderen Industriepapieren, die auf den Namen des Inhabers lauten; Kaufmann: Besitzwechselabgabe von auf Namen lautenden Papieren; Schwarz: Umsatzsteuer von Namen- und Inhaberpapieren.)

Gesetze vom 23. Juni 1857, 29. Juni 1872, 29. März 1914, 31. Juli 1920 [28. Dezember 1922, 30. Juni 1923] und andere.

Taxe sur les capitaux assurés contre l'incendie. — Steuer auf Feuerversicherungen.

Gesetze vom 13. April 1898, 30. Januar 1907 und 12. August 1919.

Taxe sur les assurances. — Versicherungssteuer. (Kaufmann: Assekuranzstempel; Wagner: Versicherungsstempel.)

Gesetze vom 23. August 1871, 29. Juni 1918, 14. Juni 1919, 25. Juni 1920, 16. Juli 1921 und andere.

Droits de sceau. — Staatssiegelgebühren.

Gesetze vom 28. April 1816, 29. Januar 1831, 20. Februar 1849 und 31. Juli 1920.

Prix des formules de déclarations de successions. — Gebühr für Erbfolgeerklärungen.

Gesetz vom 25. Februar 1901, Art. 22.

Prix des formules de bordereaux d'inscriptions d'hypothèques. — Registereinschreibegebühren für Hypotheken.

Gesetz vom 1. März 1918.

Prix des formules de transcription d'hypothèques. — Registerumschreibegebühren für Hypotheken.

Gesetz vom 24. Juli 1921.

Décimes et demi-décimes. — Zehnprozentige und fünfprozentige Staatszuschläge. (Wagner: Staatszuschläge zum Principal . . .)

Gesetze vom 6. Prairial des Jahres VII, 23. August 1871, 30. Dezember 1873 und 25. Juni 1920.

IV. Erträge aus dem Stempel.

	Franken
Dem Dimensionsstempel unterworfene Akten	135 326 000
Auszüge aus dem Strafregister	192 000
Oeffentliche Anschläge	10 699 000
Versicherungsverträge	74 392 000
Transportverträge	30 329 500
Fabrikmarkenkontrolle	28 000
Pässe und Sichtvermerke auf Pässe	1 851 000
Jagdscheine	24 047 000
Eintrittskarten in Klubs und Kasinos	3 493 000
Quittungen, Schecks, Banküberweisungen	139 552 000
Handelseffekten, Schuldscheine, Banknoten, Warenscheine usw.	65 956 000
Börseneffekten	93 398 000
Strafen (Geldstrafen auf Uebertretungen)	1 596 000
Verschiedene Einnahmen	259 000
Zusammen	581 118 500

IV. Produits du timbre.

IV. Erträge aus dem Stempel.

Droits de timbre. — Abgaben in Stempelform. (Kaufmann: Stempelabgaben; Schwarz: Stempelsteuer.)

Grundgesetz vom 13. Brumaire des Jahres VII, Gesetz vom 25. Juni 1920 und andere.

Timbres des cartes d'identité et des visas de ces cartes. — Stempel auf Ausweise und auf Sichtvermerke für Ausweise.

Gesetz vom 29. April 1921.

Bulletin n° 3 du casier judiciaire. — Stempel auf Liste 3 des Strafregisters.

Gesetz vom 31. Juli 1920.

Passeports, visas de passeports. — Stempel auf Pässe und auf Sichtvermerke für Pässe.

Gesetze vom 16. Juni 1888 und 31. Dezember 1917.

Permis de chasse. — Jagdscheinstempel. (Hock: Jagdlizenzgebühren.)

Gesetze vom 3. Mai 1844, 20. Dezember 1872, 2. Juni 1875 und 25. Juni 1920.

Affiches sur papier. — Stempel auf papierne öffentliche Anschläge. (Haas: Stempel auf Papierplakate.)

Gesetz vom 25. Juni 1920 und andere.

Affiches peintes. — Stempel auf gemalte öffentliche Anschläge.

Gesetz vom 26. Dezember 1890; Verordnung vom 18. Februar 1891; Gesetze vom 26. Juli 1893, 8. April 1910 und andere.

Affiches préparées ou protégées ou apposées dans un lieu public couvert. — Stempel auf Anschläge in einem gedeckten öffentlichen Orte.

Gesetze vom 8. April 1910, 30. Juli 1913 und andere.

Affiches lumineuses. — Stempel auf Leuchtreklame.

Gesetze vom 8. April 1910, 25. Juni 1920 und andere.

Affiches dites „panneaux-réclames". — Stempel auf Reklame in Feldern.

Gesetz vom 12. Juli 1912 [30. Juni 1923].

Titres négociables des valeurs mobilières françaises. — Stempel auf handelbare französische Wertpapiere.

Gesetze vom 5. Juni 1850, 29. März 1914, 25. Juni, 31. Juli 1920 und andere.

Titres étrangers. — Stempel auf fremde Wertpapiere.

Gesetze vom 23. Juni 1857, 29. Juni 1872, 28. Dezember 1895, 13. April 1898, 30. Januar 1907, 31. Dezember 1907, 4. April und 29. März 1914 und 25. Juni 1920.

Polices d'assurances, contrats de rentes viagères et contrats souscrits par les entreprises françaises ou étrangères de capitalisation. — Stempel auf Versicherungsverträge, Leibrentenverträge und Abfindungsverträge mit französischen und fremden Gesellschaften.

Gesetze vom 5. Juni 1850, 29. Dezember 1884, 13. April 1898, 29. Juni 1918 und andere.

Effets négociables et non négociables. — Stempel auf Handelseffekten und Schuldscheine. (Heckel: Stempel auf negotiable und nicht negotiable Wertpapiere; Hock: Stempel auf Handelseffekten und Schuldverschreibungen; Wagner: Stempel auf verhandelbare und nicht verhandelbare Effekten.)

Gesetze vom 5. Juni 1850, 31. Dezember 1920 und andere.

Avances sur titres. — Stempel auf Darlehen auf Wertpapiere.

Gesetz vom 11. September 1919.

Quittances et chèques. — Stempel auf Quittungen und Schecks.

Gesetze vom 23. August 1871, 25. Juni 1920 und andere.

Ordres de virement en banque. — Stempel auf Banküberweisungen.

Gesetze vom 30. Juli 1913 und 15. Juli 1914.

Contrats de transports. — Stempel auf Transportverträge.

Gesetze vom 30. März 1872, 29. Juni 1918 [30. Juni 1923] u. a.

Cartes d'entrées dans les cercles et les casinos. — Stempel auf Eintrittskarten in Klubs und Kasinos.

Gesetz vom 31. Juli 1920.

Décimes. — Zehnprozentige Staatszuschläge.

Gesetze vom 23. August 1871, 30. März 1872 und andere.

V. Börsenverkehrssteuer.

	Franken
Steuer auf Geschäfte an Effektenbörsen und Strafen . .	19 205 000
Steuer auf Geschäfte an Warenbörsen	335 000
Zusammen	19 540 000

V. Impôt sur les opérations de bourse.

V. Börsenverkehrssteuer.

Taxe sur les négociations des valeurs de bourse. — Steuer auf Börseneffektengeschäfte. (Wagner: Stempel für Rechnungen über Börsengeschäfte.)

Gesetze vom 28. April 1893, 28. Dezember 1895, 13. April 1898, 31. Dezember 1907, 15. Juli 1914 und 25. Juni 1920.

Taxe sur les opérations traitées dans les bourses de commerce. — Steuer auf Geschäfte an Warenbörsen.

Gesetz vom 27. Februar 1912, Art. 9.

VI. Kapitalertragsteuer.

	Franken
Ertragsteuer von Wertpapieren usw.	740 425 000
Ertragsteuer von Schuldforderungen, Depots und Kautionen	81 001 000
Zusammen	821 426 000

VI. Taxe sur le revenu des valeurs mobilières, etc.

VI. Kapitalertragsteuer.

(Wagner: Steuer vom Ertrag, Einkommen, aus beweglichen Werten, oder Ertragssteuer von Wertpapieren.)

Taxe de 10 % sur le revenu des valeurs mobilières en général. — 10%ige Ertragsteuer auf Wertpapiere im allgemeinen.

Gesetze vom 29. Juni 1872, 26. Dezember 1890, 30. Dezember 1916, 25. Juni, 31. Juli 1920 und andere.

Taxe de 10% sur les primes de remboursement payées aux créanciers et aux porteurs d'obligations, effets publics et tous autres titres d'emprunts. — 10 %ige Steuer auf die aus dem Unterschied zwischen dem Ausgabekurs und dem Rückzahlungsbetrag sich ergebenden an die Gläubiger und an die Besitzer von Obligationen, Staatspapieren und allen anderen Anleihen gezahlten Prämien.

Gesetze vom 21. Juni 1875, 26. Dezember 1890, 30. Dezember 1916 und 25. Juni 1920.

Taxe de 10 % sur les revenus de certaines collectivités. — 10%ige Steuer auf die Erträge gewisser Gesellschaften.

Gesetze vom 28. Dezember 1880, Art. 3 und 4, und 29. Dezember 1884, Art. 9; Gesetz vom 26. Dezember 1890, Art. 4; Gesetz vom 25. Juni 1920, Art. 50.

Taxe de 10 % sur les bénéfices attribués aux membres des conseils d'administration des sociétés. — 10%ige Steuer auf die Tantiemen der Mitglieder von Aufsichtsräten.

Gesetze vom 13. Juli 1911, 30. Dezember 1916 und 25. Juni 1920.

Taxe de 20 % sur les lots payés aux créanciers et aux porteurs d'obligations, effets publics et tous autres titres d'emprunts. — 20%ige Steuer auf die an die Gläubiger und an die Besitzer von Obligationen, Staatspapieren und allen anderen Anleihen ausgezahlten Lose.

Gesetze vom 21. Juni 1875, 26. Dezember 1890, 25. Februar 1901, 30. Dezember 1916 und 25. Juni 1920.

Taxe de 12 % sur les revenus des fonds d'Etats étrangers et des valeurs mobilières étrangères non abonnées. — 12%ige Ertragsteuer auf ausländische Staatspapiere und nicht abonnierte ausländische Wertpapiere.

Gesetze vom 29. März 1914, 30. Dezember 1916 und 25. Juni 1920.

Taxe de 10 % sur le revenu des créances, depôts et cautionnements. — 10%ige Ertragsteuer von Schuldforderungen, Depots und Kautionen. (Schwarz: Steuer auf Einnahmen aus Schuldforderungen, Depositen und Kautionen.)

Gesetze vom 31. Juli 1917 und 25. Juni 1920.

VII. Luxussteuer.

	Franken
Steuer auf den nicht gewerbsmäßigen Verkauf von Luxusgegenständen	13 134 000

VII. Taxe de luxe.

VII. Luxussteuer.

Gesetz vom 25. Juni 1920 [31. Dezember 1921, Art. 30].

VIII. Umsatzsteuer.

	Franken
Einnahmen der Registrierungsverwaltung	1 356 000 000
Einnahmen der Zollverwaltung	341 000 000
Einnahmen der Verwaltung der indirekten Steuern	803 000 000
Zusammen	2 500 000 000

VIII. Impôt sur le chiffre d'affaires.

VIII. Umsatzsteuer.

Gesetze vom 25. Juni, 31. Juli 1920 und 31. Dezember 1921, Art. 28 [30. März 1923].

IX. Zölle.

	Franken
Einfuhrzölle (verschiedene Waren)	1 494 950 000
Ausfuhrzölle	13 361 000
Ersatzsteuer für verschiedene Zollnebengebühren	41 500 000
Schiffahrtsabgaben	11 830 000
Andere Abgaben und Nebeneinnahmen	3 772 000
Geldstrafen und Konfiskationen	16 808 000
Verbrauchsabgabe auf der Zollverwaltung unterstehendes Salz	19 588 000
Verbrauchsabgabe auf Kolonialwaren und Kaffee-Ersatz	147 215 000
Verbrauchsabgabe auf Vanillin	420 000
Steuer auf Herstellung roher Mineralöle, erhoben von der Zollverwaltung	276 000
Innere Verbrauchsabgabe auf Oele und Petroleum	165 373 000
Innere Verbrauchsabgabe auf Benzol	8 088 000
Zusammen	1 923 181 000

IX. Produits des douanes.

IX. Zollerträge.

(Hock: Zollgefälle.)

Droits de douane à l'importation sur les marchandises diverses. — Einfuhrzölle auf verschiedene Waren.

Gesetze aus den Jahren 1848, 1863, 1880, 1885, 1890—1921 und Verordnungen aus den Jahren 1861, 1891 — 1912, 1914 — 1922 (aus Raumrücksichten hier nicht einzeln aufgeführt).

Droits de douane à l'exportation. — Ausfuhrzölle.

Verordnung vom 22. Oktober 1920, abgeändert durch die Verordnungen vom 4. November 1920, 26. Mai und 15. November 1921, die Ausfuhrabgaben auf verschiedene Waren einführt; Verordnung vom 26. Oktober 1920, die Ausfuhrabgaben auf Aepfel und Birnen für Apfelwein und Birnmost einführt; Verordnungen vom 4. November 1920 und 9. Februar 1921, die die Erhebung der Ausfuhrabgaben auf die Grubenpfeiler einstellt; Verordnung vom 5. August 1921, die eine Ausfuhrabgabe auf totes Geflügel einführt; Verordnung von 29. September 1921, abgeändert durch die Verordnung vom 7. Dezember 1921, die eine Ausfuhrabgabe auf Butter und Käse einführt; Verordnung vom 22. März 1920, ratifiziert durch das Gesetz vom 8. November 1921 und abgeändert durch die Verordnung vom 12. Januar 1922, die Pferde, Maultiere und Esel Ausfuhrzöllen unterwirft. [Gesetz vom 29. Juni 1922 und Verordnungen vom 22. Februar, 24. Mai und 2. September 1923, die Ausfuhrabgaben auf rohe Tierknochen einführen.]

Droits de statistique. — Statistische Gebühren.

Gesetz vom 22. Januar 1872; vorläufige Bemerkungen zum Tarif Nr. 689 bis 699; Gesetz vom 8. April 1910, Art. 28, und Verordnung vom 14. Mai 1910; Verordnungen vom 2. Mai und 2. September 1911; Verordnung vom 29. Mai 1912; Gesetz vom 29. Juni 1918, Art. 25 und 26.

Taxe de contrôle à l'importation. — Kontrollgebühr für die Einfuhr.

Taxes pour le développement du commerce extérieur (taxe de dix centimes sur chaque unité de perception soumise au droit de statistique). — Steuern zur Förderung des Außenhandels (Gebühr von 10 Centimes für jede der statistischen Gebühr unterworfene Einheit).

Gesetz vom 30. April 1921 [30. Juni 1923, Art. 30].

Droit de passeport des navires étrangers. — Gebühren für Schiffspässe fremder Schiffe. (Hock: Passierscheine für fremde Schiffe; Wagner: Abgaben für obligatorische Schiffspässe bei fremden Schiffen.)

Gesetz vom 27. Vendémiaire des Jahres II, Art. 37; Verordnung vom 16. Juli 1907.

Droits de navigation. — Schiffahrtsabgaben.

Gesetz vom 27. Vendémiaire des Jahres II; in den vorläufigen Bemerkungen zum offiziellen Tarif und in seinen Anhängen (Nr. 652 bis 688) bezeichnete Gesetze und Verordnungen; Verordnung vom 21. Oktober 1896; Gesetz vom 23. Dezember 1897; Gesetze vom 23. März 1898 und 7. April 1902; Finanzgesetz vom 30. Dezember 1903; Verordnung vom 16. Juli 1907; Gesetz vom 31. Juli 1920, Art. 57 und Gesetz vom 30. April 1921, Art. 19.

Droits et produits divers. — Gebühren und verschiedene Einnahmen.

Gesetze vom 28. April 1816 und 22. Januar 1872; in den vorläufigen Bemerkungen zu dem offiziellen Tarif und in seinen Anhängen (Nr. 700—724 und 142—144) sowie in den offiziellen Rundschreiben der Zollverwaltung bezeichnete Gesetze und Verordnungen; Ministerialverfügung vom 23. Juli 1901; Finanzgesetz vom 25. Februar 1901, Art. 25; Gesetz vom 8. April 1910, Art. 7; Gesetz vom 25. Juni 1920.

Intérêts de retard pour crédits de droits. — Verzugszinsen für geschuldete Abgaben. (Wagner: Zinsen der Kredite für schuldige Beträge.)

Gesetz vom 15. Februar 1875 und Finanzgesetz vom 17. Juli 1889; Verordnung vom 9. Februar 1894; Gesetz vom 7. April 1900 und Ministerialverfügung vom 20. März 1901.

Produit d'amendes et confiscations perçus en vertu des lois de douane. — Ertrag aus Geldstrafen und Konfiskationen auf Grund der Zollgesetze.

Taxe de consommation des sels. — Verbrauchsabgabe auf Salz. (Hock: Salzsteuer im Innern; Wagner: Steuer auf das im inländischen Konsum dienende Salz.)

Gesetze vom 21. April 1818, 28. Dezember 1848 und 26. Dezember 1876, Art. 2; Verordnung vom 20. April 1881 und Gesetz vom 26. Februar 1911; Gesetz vom 25. Juni 1920.

Taxe de consommation intérieure sur les denrées coloniales, la cichorée et les autres succédanés du café. — Innere Verbrauchsabgabe auf Kolonialwaren, Zichorie und anderen Kaffee-Ersatz.

Gesetze vom 30. Dezember 1916 und 29. Juni 1918.

Droit de consommation sur la vanilline et ses dérivés ou substituts. — Verbrauchsabgabe auf Vanillin und seine Nebenprodukte oder Surrogate.

Gesetz vom 25. Juni 1920.

Droit des laissez-passer aux automobiles étrangères. — Gebühren für Passierscheine fremder Automobile.

Gesetz vom 31. Juli 1920, Art. 37.

Taxe de fabrication des huiles minérales brutes. — Steuer auf Herstellung roher Mineralöle. (Wagner: Fabrikationsabgabe von rohen Mineralölen.)

Gesetz vom 31. März 1903, Art. 31.

Taxes sur les voitures automobiles importées par des personnes venant séjourner temporairement en France et non soumises à l'impôt direct pour ces véhicules. — Gebühren für Automobile, die der direkten Automobilsteuer nicht unterworfen und von Personen, die sich nur zeitweilig in Frankreich aufhalten wollen, eingeführt sind.

Gesetz vom 8. April 1910, Art. 7.

Redevances perçues sur les entrées ou sorties admises par dérogation à des prohibitions d'importation ou d'exportation. — Gebühren für ausnahmsweise gewährte Ein- oder Ausfuhrbewilligungen.

Gesetz vom 28. September 1916, Art. 7; Verordnung vom 15. Juni und Gesetz vom 29. September 1917, Art. 9.

X. Indirekte Steuern.

	Franken
Spezialsteuern von 25% auf Spirituosen und von 15% auf Luxusweine	512 878 000

Getränkesteuern	Wein, Zider, Birnmost und Honigwein	497 500 000
	Bier	73 307 000
	Alkohol. — Zuschlag auf alkoholisierte Weine	690 589 000
	Verbrauchsabgabe auf Alkohol, durch die Zollverwaltung in Korsika erhoben	99 000
	Mineralwasser	14 112 000
Steuer auf pharmazeutische Waren		33 329 000
Verbrauchsabgabe auf der Zollverwaltung nicht unterstehendes Salz		14 488 000
Verbrauchsabgabe auf Zichorie und andern Kaffee-Ersatz		29 975 000
Steuer auf Vanillin		1 068 000
Steuer auf Herstellung roher Mineralöle		600 000
Steuer auf Herstellung von Stearin und Kerzen		3 635 000
Denaturierungsabgabe auf Essig und Verbrauchsabgabe auf Essigsäure		10 158 000
Eisenbahn-Platz- und -Transportsteuer		478 385 000
Steuer auf den Transport in anderen Fahrzeugen als Eisenbahnen		3 598 000
Schauspielsteuer, Lustbarkeitssteuer und Pferderennsteuer		49 935 000
Billardsteuer		1 620 000
Fahrradsteuer		25 980 000
Automobilsteuer		104 138 000
Automatensteuer		487 500
Oel- und Petroleumsteuer		4 632 000
Benzolsteuer		5 093 000
Verschiedene Gebühren und Einnahmen unter verschiedenen Titeln	Lizenzen für Getränkeausschenker, Destillateure usw. und für öffentliche Fuhrwerksunternehmer	54 598 000
	Gold- und Silberwarengarantie	13 074 000
	Spielkarten	2 315 000
	Geldstrafen, Konfiskationen und Gebühren für nicht eingelöste Bürgscheine	15 818 000
	Andere Gebühren und Einnahmen unter verschiedenen Titeln	40 638 000
	Zusammen	2 682 049 500

X. Produits des contributions indirectes.

X. Erträge aus indirekten Steuern.

(Hock: Verbrauchsabgaben; Lotz: Tarifierte oder Gelegenheitssteuern; Schwarz: Verbrauchssteuern.)

Taxes spéciales de 25% sur les spiritueux et de 15% sur les vins de luxe. — Spezialsteuern von 25 % auf Spirituosen und von 15 % auf Luxusweine.

Gesetze vom 31. Dezember 1917, 29. Juni 1918, 31. Dezember 1918, 25. Juni 1920.

Impôt sur les boissons. — Getränkesteuern.

Gesetze vom 28. April 1816, 26. März 1872, 31. Dezember 1873, 17. Juli 1889, 16. Dezember 1897, 13. April 1898, 30. Mai 1899, 29. Dezember 1900, 30. Januar 1907, 26. Dezember 1908, 8. April 1910, 15. Juli 1914, 30. Juni und 30. Dezember 1916, 22. Februar und 29. Juni 1918, 25. Juni 1920 und 15. Juli 1921 [28. Februar 1923].

Droits sur les vins de raisins secs, les raisins secs et les piquettes. — Steuern auf Weine aus trockenen Trauben, auf trockene Trauben und auf aus Trestern gewonnene Weine.

Gesetze vom 26. Juli 1890, 11. Januar 1892, 6. April 1897, 6. August 1905, 30. Dezember 1916, 29. September 1917, 22. Februar und 29. Juni 1918, 25. Juni 1920 und 15. Juli 1921.

Taxe de consommation sur les alcools en Corse. — Verbrauchsabgabe auf Alkohol in Korsika.

Gesetze vom 29. März 1897, 31. März 1903 und 25. Juni 1920.

Droits sur les eaux minérales, les boissons gazéfiées et l'acide carbonique liquide. — Steuern auf natürliche und künstliche Mineralwasser und Limonaden und auf flüssige Kohlensäure.

Gesetze vom 30. Dezember 1916, 31. Dezember 1917, 30. März 1918 und 25. Juni 1920 [30. März 1923].

Droit sur les spécialités pharmaceutiques. — Steuer auf pharmazeutische Waren.

Gesetz vom 30. Dezember 1916 und Verordnung vom 17. April 1917; Gesetz vom 31. Dezember 1917.

Taxe sur les automobiles. — Automobilsteuer.

Gesetze vom 25. Juni 1920 und 31. Juli 1920 [30. Juni 1923].

Droit de consommation sur la vanilline et ses dérivés ou substituts. — Verbrauchsabgabe auf Vanillin und seine Nebenprodukte oder Surrogate.

Gesetz vom 25. Juni 1920.

Taxe sur les essences de pétrole. — Petroleumsteuer.

Gesetz vom 25. Juni 1920.

Taxe sur les benzols. — Benzolsteuer.

Gesetz vom 25. Juni 1920.

Taxe de consommation sur les sels. — Verbrauchsabgabe auf Salz. (Hock: Salzsteuer im Innern; Wagner: Steuer auf das im inländischen Konsum dienende Salz.)

Gesetz vom 28. Dezember 1848 und Verordnung vom 20. April 1881.

Droit de consommation sur les denrées coloniales, la chicorée et les autres succédanés du café. — Verbrauchsabgabe auf Kolonialwaren, Zichorie und anderen Kaffee-Ersatz.

Gesetze vom 30. Dezember 1916, 29. Juni 1918 und 25. Juni 1920.

Taxe de fabrication sur les huiles minérales brutes. — Steuer auf Herstellung roher Mineralöle. (Wagner: Fabrikationsabgabe von rohen Mineralölen.)

Gesetz vom 31. März 1903.

Droit d'entrée sur les huiles autres que les huiles minérales. — Eingangsabgabe auf tierische und pflanzliche Oele. (Kaufmann: Steuer auf nichtmineralische Oele.)

Gesetze vom 31. Dezember 1873 und 22. Dezember 1878.

Droit sur la stéarine et les bougies. — Steuer auf Stearin und Kerzen. (Kaufmann: Steuer auf Stearin- und Wachskerzen.)

Gesetze vom 30. Dezember 1873, 30. Juli 1913 und 25. Juni 1920.

Droit de dénaturation des boissons destinées à la fabrication des vinaigres et droits de consommation sur les acides acétiques. — Denaturierungsabgabe auf die zur Essigherstellung verwendeten Getränke und innere Verbrauchsabgabe auf Essigsäure.

Gesetz vom 17. Juli 1875; Gesetze vom 26. Dezember 1908, 29. Juni 1918 und 9. Juni 1921.

Impôt sur le prix des places de voyageurs, des bagages, des marchandises et messageries transportés en grande et en petite vitesse par les chemins de fer et les tramways à traction mécanique. — Steuer auf die Passagierplätze und die in Eisenbahnen und mechanisch betriebenen Straßenbahnen als Eilgut oder gewöhnliche Fracht

beförderten Gepäckstücke und Güter. (Kaufmann: Steuer auf die Passagierplätze und die Fracht der Bagage und des Transportes der Waren auf Personenzügen und Güterzügen.)

Gesetze vom 28. Juni 1833, 2. Juli 1838, 14. Juli 1855 und 11. Juli 1879; Verordnung vom 21. Mai 1881; Gesetze vom 26. Januar 1892, 16. April 1895, 17. April 1906, 29. Juni 1918, 31. Juli 1920 und 12. April 1922.

Droit sur les voitures publiques de terre et d'eau. — Steuer auf öffentliche Fahrzeuge für den Verkehr zu Land und zu Wasser. (Hock: Gebühren für öffentliches Fuhrwerk zu Wasser und zu Lande; Kaufmann: Steuer auf Wagen und Schiffe.)

Gesetze vom 9. Vendémiaire des Jahres VI, 5. Ventôse des Jahres XII, 25. März 1817, 20. Juli 1837, 11. Juli 1879, 26. Januar 1892, 8. April 1910 und 25. Juni 1920.

Taxe spéciale sur les spectacles, les divertissements et les courses de chevaux. — Schauspielsteuer, Lustbarkeitssteuer und Pferderennsteuer.

Gesetze vom 25. Juni 1920, 31. Juli 1920 und 31. Dezember 1921 [30. Juni 1923].

Taxe sur les vélocipèdes. — Fahrradsteuer.

Gesetze vom 17. April 1906, 30. Januar 1907 und 31. Dezember 1921.

Taxe sur les billards publics et privés. — Billardsteuer.

Finanzgesetz vom 31. Dezember 1921.

Taxe sur les distributeurs automatiques. — Automatensteuer.

Gesetze vom 8. April und 24. Dezember 1910.

Licences autres que celles des voitures publiques. — Lizenzgebühren ausschließlich derer für öffentliche Fahrzeuge.

Gesetze vom 28. April 1816, 10. März 1819, 1. und 8. September 1871, 30. und 31. Dezember 1873, 17. Juli 1875; Verordnung vom 11. August 1884; Gesetze vom 26. Juli 1890, 29. Dezember 1900, 30. März 1902, 20. Dezember 1905, 26. Dezember 1908, 8. April 1910, 15. Juli 1914, 29. Juni 1918 und 25. Juni 1920.

Licences annuelles des voitures publiques. — Jährliche Lizenzgebühren für öffentliche Fahrzeuge. (Hock: Jahresgebühr für öffentliches Fuhrwerk; Kaufmann: Jährliche Lizenzgebühr für Unternehmer öffentlichen Fuhrwerks.)

Gesetz vom 25. März 1817.

Garantie des matières d'or, d'argent et de platine. — Gebühren für Gold-, Silber- und Platinwarengarantie. (Hock: Garantiegebühren für Bestätigung des Feingehaltes der Gold- und Silberwaren; Kaufmann: Gold- und Silberwarenkontrolle; Schwarz: Gebühren für Verifikation von Gold- und Silbersachen; Wagner: Garantieabgabe auf Gold- und Silberwaren und Platinschmucksachen.)

Gesetze vom 19. Brumaire des Jahres VI, 5. Ventôse des Jahres XII, 30. März 1872, 25. Januar 1884, 8. April 1910 und 25. Juni 1920.

Droit de statistique sur les alcools dénaturés. — Statistische Gebühr für denaturierten Alkohol.

Gesetz vom 29. Dezember 1900.

Timbre. — Stempel.

Gesetze vom 28. April 1816, 8. April 1910 und 25. Juni 1920.

Cartes à jouer. — Spielkartensteuer. (Schwarz: Spielkartenstempel.)

Gesetze vom 9. Vendémiaire des Jahres VI, 5. Ventôse des Jahres XII, 1. September 1871, 21. Juni 1873, 28. Dezember 1895, 29. März 1897 und 25. Juni 1920.

Amendes et confiscations (contributions indirectes, culture de tabacs). — Geldstrafen und Konfiskationen (indirekte Steuern und Tabakanbau).

Gesetze aus den Jahren V — VII, XIII, 1806, 1816, 1817, 1824, 1840, 1841, 1855, 1871 — 1873, 1875, 1897, 1900 — 1903, 1905 bis 1908, 1910, 1911 und 1920 [1923] (aus Raumrücksichten hier nicht einzeln aufgeführt); Verordnung vom 4. Prairial des Jahres XIII.

Simples, doubles et quadruples droits sur acquits non rentrés. — Einfache, doppelte und vierfache Gebühren für nicht eingelöste Bürgscheine.

Verordnung vom 22. August 1791, Ordonnanzen vom 11. Juni 1816; Gesetze vom 28. April 1816, 21. Juni und 30. Dezember 1873, 29. Dezember 1900, 30. März 1918 und 25. Juni 1920.

Prix des plombes apposées pour les sels, les sucres, les allumettes et les bougies. — Gebühren für Plombierung von Salz, Zucker, Streichhölzern und Kerzen. (Kaufmann: Abgaben für Plombierung in Zucker- und Salzangelegenheiten; Wagner: Preis der Bleie, Plombierung, bei Salz, Zucker. . . .)

Gesetze vom 26. Juni 1841 und 31. Mai 1846; Verordnungen vom 11. August 1851, 1. September 1852, 29. November 1871 und 8. Januar 1874; Ministerialverfügung vom 15. November 1879.

Intérêts de retard pour crédits de droits. — Verzugszinsen für geschuldete Abgaben. (Kaufmann: Zinsen für Kredite in Steuersachen; Wagner: Zinsen der Steuerkredite.)

Gesetz vom 15. Februar 1875 und Ministerialverfügung vom 17. April 1918.

Remise de ⅓% pour crédits de droits. — Gebühr von $^1/_3$% für geschuldete Abgaben.

Ministerialverfügung vom 27. März 1866 und Gesetz vom 15. Februar 1875.

Recettes accessoires. — Nebeneinnahmen. (Wagner: Verschiedene und zufällige Einnahmen.)

Double décime et demi. — 25%iger Zuschlag.

Gesetze vom 6. Prairial des Jahres VII, 11. November 1813, 28. April 1816, 25. März 1817, 4. Juli 1855, 30. Dezember 1873 und 25. Juni 1920.

Droit de fabrication sur la dynamite et la nitroglycérine. — Steuer auf die Herstellung von Dynamit und Nitroglycerin.

Gesetz vom 8. März 1875; Verordnung vom 14. Januar 1899; Gesetz vom 30. Juli 1913; Verordnung vom 25. August 1913.

XI. Erträge aus Zucker und Sacharin.

	Franken
Einnahmen der Zollverwaltung	364 000 000
Einnahmen der Verwaltung der indirekten Steuern . .	155 120 000
Zusammen	519 120 000

XI. Produits des sucres et de la saccharine.

XI. Erträge aus Zucker und Sacharin.

Droits de douane à l'importation sur les sucres coloniaux. — Einfuhrzoll auf französischen Kolonialzucker.

Gesetze vom 19. Juli 1880, 29. Juli 1884, 13. Juli 1886, 27. Mai 1887, 24. Juli 1888, 5. August 1890 und 11. Januar 1892; Gesetze vom 7. April 1897, 5. und 9. Juli 1904; im offiziellen Tarif und seinen Anhängen angeführte Gesetze und Verordnungen; Gesetze vom 30. Dezember 1916 und 25. Juni 1920.

Droits de douane à l'importation sur les sucres étrangers. — Einfuhrzoll auf ausländischen Zucker.

Gesetze vom 19. Juli 1880, 29. Juli 1884, 13. Juli 1886, 27. Mai 1887, 24. Juli 1888, 5. August 1890, 11. Januar 1892, 7. April 1897 und 28. Januar 1903, 5. und 9. Juli 1904; Verordnungen vom 10. November 1904; im offiziellen Tarif und seinen Anhängen angeführte Handelsverträge, Gesetze und Verordnungen; Verordnungen vom 11. Mai und 8. Oktober 1909; Verordnung vom 27. November 1911; Gesetze vom 30. Dezember 1916 und 25. Juni 1920; Verordnung vom 2. November 1921.

Droits sur les sucres indigènes. — Steuer auf inländischen Zucker.

Gesetze vom 31. Mai 1846, 30. Dezember 1875, 19. Juli 1880, 29. Juli 1884, 27. Mai und 4. Juli 1887, 24. Juli und 29. Dezember 1888; Verordnungen vom 31. Juli 1884 und 25. August 1887; Gesetze vom 5. August 1890, 29. Juni 1891 und 7. April 1897; Finanzgesetz vom 13. April 1898; Gesetz vom 28. Januar 1903; Finanzgesetz vom 31. März 1903; Gesetze vom 5. und 9. Juli 1904, 17. April 1906, 30. Januar und 29. Juni 1907, 8. April 1910, 27. Februar 1912, 30. Dezember 1916, 29. Juni 1918 und 25. Juni 1920.

Droit de consommation sur la saccharine. — Verbrauchsabgabe auf Sacharin.

Gesetze vom 7. April 1917, 29. Juni 1918 und 25. Juni 1920.

XII. Finanzmonopole.

	Franken
Ertrag aus dem Verkauf von Zündhölzern	112 651 000
Ertrag aus Feuerzeugen	1 305 000
Ertrag aus dem Tabakverkauf	1 675 407 000
Ertrag aus dem Verkauf von Schießpulver	47 515 000
Zusammen	1 836 878 000

XII. Produits de monopoles recouvrés par les receveurs des contributions indirectes et des contributions diverses.

XII. Erträge aus Finanzmonopolen.

Produit de la vente des allumettes. — Ertrag aus dem Verkauf von Zündhölzern.

Gesetze vom 4. September 1871, 2. August 1872, 15. März 1873 und 28. Januar 1875; Verordnungen vom 30. Dezember 1889, 10. April und 19. Juni 1890; Gesetz vom 16. April 1895; Gesetze vom 30. Januar 1907, 26. Dezember 1908, 8. April 1910 und 29. September 1917; Verordnung vom 26. Mai 1919 [14. Februar und 28. August 1921, 7. Mai 1923].

Produit de la publicité sur les boîtes et les paquets renfermant des tabacs ou des allumettes, mis en vente par l'Administration des manufactures de l'Etat. — Erträge aus den Reklamen auf Zündholzschachteln und Tabakpaketen, die von der staatlichen Manufakturverwaltung verkauft werden.

Gesetz vom 29. April 1921, Art. 18.

Impôt sur les briquets. — Steuer auf Feuerzeuge. (Gothaischer Kalender: Briketts!)

Gesetze vom 28. Dezember 1910 und 31. Dezember 1921.

Produit de la vente des tabacs. — Ertrag aus dem Tabakverkauf.

Gesetze vom 28. April 1816, 4. September 1871, 29. Februar 1872, 26. Dezember 1892 und 31. März 1903; Gesetz vom 17. Januar 1918; Verordnungen vom 17., 18. Januar und 12. März 1918; Gesetz und Verordnung vom 27. Mai 1919 und Verordnung vom 28. Mai 1919;

Gesetz und Verordnung vom 30. Juni 1919; Verordnungen vom 31. März, 4. Mai, 25. Oktober 1920, 22. März, 9. Juni und 22. Juli 1921 [und zahlreiche weitere Verordnungen 1921—1923].

Produit de la vente des poudres à feu. — Ertrag aus dem Verkauf von Schießpulver.

Gesetze vom 13. Fructidor des Jahres V, 16. März 1819, 7. August 1850, 25. Juli 1873, 6. August 1882, 29. März 1897, 29. Dezember 1899, 8. April 1910 und 26. September 1918; Verordnungen vom 30. Dezember 1882, 9. März 1900, 25. August 1913, 25. Juli 1914, 16. Mai 1916, 10. April 1917, 2. November 1918, 24. März und 5. August 1919, 13. Juni, 10. September und 12. November 1920, 12. April und 1. Dezember 1921 [und zahlreiche weitere Verordnungen 1921—1923].

J. u. R. K.

Der Finanzvorschlag Painlevés.[1])

Das Gleichgewicht im Haushalt der wiedereinbringbaren Ausgaben für das Jahr 1924 wird hergestellt:

a) Durch eine Solidaritätsanleihe, die aus den künftigen deutschen Zahlungen zurückgezahlt werden soll, und die aus den bereits gezahlten Kriegsentschädigungen nach folgenden Bestimmungen aufgebracht wird:

1. Von der Gesamtheit der Entschädigungen, die unmittelbar und persönlich von dem Geschädigten oder seinen Rechtsnachfolgern zum Wiederaufbau verwendet wurden, beträgt die Abgabe (unter Freilassung der ersten 50 000 Franken): 5 Proz. von 50 000 bis 200 000 Franken, 6 Proz. von 200 000 bis 400 000 Franken usw. steigend um je 1 Proz. für jede weiteren angefangenen oder vollen 200 000 Franken bis zu 2 Millionen, 15 Proz. über 2 Millionen.

2. Von der Gesamtheit der Entschädigungen, die von einem Erwerber oder einer Erwerbergruppe von Entschädigungsansprüchen zum Wiederaufbau verwendet worden sind, beträgt die Steuer (ohne Freilassung): 10 Proz. bis 100 000 Franken, 11 Proz. von 100 000 bis 200 000 Franken usw. steigend um je 1 Proz. für jede weiteren angefangenen oder vollen 100 000 Franken bis zu einer Million, 20 Proz. von 1 bis 5 Millionen, 25 Proz. über 5 Millionen.

b) Durch Ausdehnung des Gesetzes, betreffend die Kriegsgewinne, auf jeden Gewinn — ohne Rücksicht auf die Zeit seiner Entstehung —, der aus irgendwelchen Arbeiten, Lieferungen oder Handelsgeschäften, die mit Reparationen im Zusammenhang stehen oder aus dem Kauf und Verkauf von Entschädigungsansprüchen stammen.

[1]) Wie Deutschland seine Ruhrgewinnler, so hat Frankreich seine Reparationsgewinnler. Im Hinblick darauf, daß unsere Ruhrgewinnler durch den Verzicht auf die Besteuerung des Einkommens von 1923 besonders bevorzugt worden sind und ein Ausgleich hierfür unbedingt geboten ist, dürfte der Antrag des früheren Ministerpräsidenten Painlevé auf Ersetzung der von der französischen Regierung vorgeschlagenen allgemeinen 20prozentigen Steuererhöhung durch eine Sonderbesteuerung der im Wiederaufbaugebiet Entschädigten regsten Interesses bei uns sicher sein.

Die Pflichtigen dürfen monatliche Zahlungen leisten.

Begründung: Der vorstehende Abänderungsantrag bezweckt, die notwendige Durchführung des Gesetzes über die Kriegsschäden mit den finanziellen Schwierigkeiten, die durch das Versagen Deutschlands verursacht sind, in Einklang zu bringen. Das Opfer französischer Solidarität, das wir von den Kriegsentschädigungsberechtigten, die schon befriedigt worden sind, zugunsten ihrer geschädigten Landsleute, die noch auf den Wiederaufbau ihrer Ruinen warten, verlangen, wird Frankreich die erforderliche Zeit geben, um seine finanzielle Lage zu verbessern und die internationale Regelung der Reparationen fortschreiten zu lassen, ohne die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete zu verzögern und ohne irgendwie den Wert der französischen Schuldforderung an Deutschland zu schmälern.

Frank ist Frank.

Der Dollar ist in Paris auf 27 Franken gestiegen. Das entspricht einem Dollarkurs von 22 Mk. in Berlin, wie wir ihn im August 1919 erstmalig erreichten. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Frankentwertung sind denen der Markentwertung sehr ähnlich. Aber, wenn die Völker schon selten etwas aus eigenen Erfahrungen lernen, so lernen sie fast nie etwas aus den Erfahrungen anderer Völker. Oeffentliche Meinung und Gerichte stehen der Frankentwertung ebenso hilflos gegenüber wie seinerzeit bei uns der Markentwertung. Daß französische Exporteure nur in Pfunden und Dollars verkaufen, gilt als selbstverständlich und wird von den Industriellen in der Kammer, z. B. von Herrn de Wendel, und auch in der bürgerlichen Presse beredt verteidigt. Aber im Inlandverkehr? Was bedeutet da die Festsetzung von Goldpreisen? — so fragt Lucien Romier in der „Journée Industrielle" vom 23. Februar 1924:

Die Festsetzung in Gold heißt, ob man es will oder nicht, die Festsetzung in Dollars. Das bedeutet mit einem Schlage die Einführung des Dollars als nationales Geld, also die Unterwerfung der nationalen Wirtschaft unter die Emissionsgewalt eines fremden Staates.

Allerdings kann man sich mit der Goldrechnung begnügen. Aber dann wird man den Wechselkurs dieses Rechnungsgeldes periodisch feststellen müssen. Wie wird man den Kurs feststellen? Die Exporteure werden fordern, daß man als Grundlage die Weltmarktpreise wähle, da sie ja zu Weltmarktpreisen verkaufen; die Importeure werden die Inlandpreise als Maßstab empfehlen, da sie zu Inlandpreisen verkaufen. Aber die heimischen Produzenten, die auf dem heimischen Markte verkaufen? Es ist schon so schwer, auf Grund von greifbaren Feststellungen die einfachen Indexe der Lebensmittelpreise zu berechnen! Und wir haben einen Index für Lille, einen anderen für Paris, einen anderen für Carcassonne. Soll man einen Goldindex für jede Woche und für jede Oertlichkeit haben?

Den besonderen Anlaß zu diesen Ausführungen bot eine Entscheidung des Appellationsgerichtshofes in Paris. Ein Hausbesitzer hatte in einen Mietvertrag eine Geldentwertungsklausel aufgenommen. Der Mieter hatte die Zahlung ver-

weigert, und das Gericht hatte in erster Instanz dem Vermieter recht gegeben. Der Appellationsgerichtshof hob am 22. Februar das Urteil der ersten Instanz auf. Nach den Tageszeitungen (vgl. z. B. den „Temps" vom 23. Februar) urteilte der Appellationsgerichtshof wie folgt:

Da die Vorentscheidung die wesentlichen Bestimmungen der Gesetzgebung über den öffentlichen Kredit verkennt und nicht aufrechterhalten werden kann;

da das Gesetz vom 12. August 1870, das in dieser Beziehung in Kraft geblieben ist, erklärt, daß die Noten der Bank von Frankreich als gesetzliches Zahlungsmittel von den öffentlichen Kassen und den Privatpersonen anzunehmen sind;

da Artikel 3 des Gesetzes vom 5. August 1914 die Bank von Frankreich von der Verpflichtung entbindet, ihre Noten in Metallgeld einzulösen;

da das erste dieser Gesetze den gesetzlichen Kurs der Banknoten festlegt und das zweite im Endergebnis den Zwangskurs einführt;

da sich aus ihren Bestimmungen, wenn man sie miteinander verbindet, ergibt, daß die Noten der Bank von Frankreich ein Papiergeld darstellen, dessen fester und für alle in Frankreich getätigten Zahlungen zwangsweise gültiger Wert von dem Werte des Metallgeldes unabhängig ist und in keiner Weise ihm untergeordnet werden oder ihm gegenüber einen Minderwert haben kann;

war der Gläubiger nicht berechtigt, in Frankreich die Annahme von Banknoten zu ihrem Nennwert zu verweigern[1]).

In seinem Schlußwort erklärte der Vertreter des Generalprokurators:

Was bedeutet rechtlich der Anspruch von Grenouilleau und Genossen, außer dem Nennwert ihrer Schuld in Banknoten einen Zuschlag in Noten zu bekommen, der die Zahlung auf die Goldbasis bringen soll? Der Kassationshof hat sich ganz klar in seinem Urteil

[1]) Tatsächlich hat der Appellationsgerichtshof allerdings schon selber in einem Sonderfalle von dem Grundsatz abweichen müssen, daß die Noten der Bank von Frankreich einen festen und für alle in Frankreich getätigten Zahlungen zwangsweise gültigen Wert haben. Der „Wirtschaftsdienst" vom 7. März 1924 berichtet darüber:

„Der unsichere Stand des französischen Franken hat der Suezkanal-Verwaltung bereits 1920 Veranlassung gegeben zu bestimmen, daß die Kanalgebühren, die bis dahin in Franken bezahlt wurden, künftig auf der Basis des ägyptischen Pfundes berechnet werden sollten. Als mit dem Sturz des französischen Franken dann die Gebührenbeträge der französischen Reedereien, die in Paris an das dortige Bureau der Kanalverwaltung gezahlt wurden, immer beträchtlichere Ziffern zeigten, wurde eine der am meisten betroffenen Reedereien, die Compagnie Havraise Péninsulaire gegen die Kanalverwaltung klagbar. Sie wies darauf hin, daß die Zahlung der Kanalgebühren auf der Basis des ägyptischen Pfundes gegen die Landesgesetze verstieße, die den französischen Papierfranken als gesetzliches Zahlungsmittel bestimmten, und forderte von der Kanalverwaltung eine Rückzahlung von 3 Millionen Franken. Nachdem das Gericht erster Instanz diese Klage zurückgewiesen hat, hat sich jetzt auch der Appellationsgerichtshof für die Ablehnung der Forderung entschieden. Die Begründung des Urteils führt an, daß die Kanalverwaltung durch die Zulassung der Zahlung der Kanalgebühren in Papierfranken gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung aller Flaggen im Kanalverkehr verstoßen würde."

vom 11. Februar 1873 zugunsten der Ansicht ausgesprochen, die besagt, daß eine solche Bezahlung nicht gutgeheißen werden kann. In dieser Entscheidung hieß es:

„Da, solange diese Maßnahme (der Zwangskurs) aufrechterhalten wird, der Gläubiger sich nicht rechtmäßigerweise weigern kann, Noten als Zahlung anzunehmen, denen das Gesetz einen Wert beigelegt hat, der zwangsweise dem des Metallwertes entspricht . . ."

Der Wert der Banknoten ist also im Sinne dieser Entscheidung zwangsmäßig derselbe wie der des Metallgeldes, d. h. eine Banknote von 1000 Franken wird 1000 Franken wert sein ebenso wie 1000 Franken in Gold oder Silber, und der Gläubiger einer Summe von 1000 Franken wird seinem Schuldner, der ihm 1000 Franken in Banknoten anbietet, unmöglich sagen können: „Das ist nicht genug, gib mir in Banknoten weitere 800 Franken, die nach dem gegenwärtigen Kurse den Mehrwert, den das Gold gegenüber den Banknoten hat, darstellen." Den einzigen Vorbehalt, den ich mir zu machen erlaube, ist, daß vielleicht nicht der Zwangskurs, wie das Urteil von 1873 andeutet, zu dieser Entscheidung drängt, sondern der gesetzliche Kurs, zu dem noch der Zwangskurs hinzukommt; denn nur auf Grund des gesetzlichen Kurses ist die Zahlung in Banknoten der Zahlung in Metallgeld gleichgesetzt.

In Wahrheit, und das sage ich schon jetzt, ist die maßgebende Regel, die den Gerichten als leitender Grundsatz dienen soll, die folgende: Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist alles, was den Kredit Frankreichs berührt, mehr denn je von öffentlichem Interesse, und keine Vereinbarung wird anerkannt werden können, die zum Zwecke oder zur Folge haben wird, unser nationales Geld zu entwerten, das in Wirklichkeit die Banknote und nur die Banknote ist.

Er berief sich dann noch mit besonderem Nachdruck auf eine gutachtliche Aeußerung des bekannten Professors in der Pariser Rechtsfakultät Demogue:

Die Rechtswissenschaft hat richtig erkannt, daß man in Zeiten des Zwangskurses im Innern des Landes die Bildung eines Disagios für die Noten gegenüber dem Metallgeld nicht zulassen darf, da sonst die größten Schwierigkeiten für den Staatskredit unvermeidlich sind. Man kann zwar nicht verhüten, daß die Note im internationalen Verkehr weniger wert ist als das Goldgeld, und daß die Wechselkurse für Frankreich ungünstig sind. Aber auf dem heimischen Markte kann man die Bildung eines Papierfrankkurses, der sich vom Goldfrankkurse unterscheidet, hindern. Der Gläubiger wird allerdings geschädigt werden, da er ein Geld erhält, das eine geringere Kaufkraft im Ausland hat. Aber wir stehen hier, wie gesagt, vor einer staatsfinanziellen Maßnahme, hinter der das Privatinteresse zurücktreten muß.

Die „Journée Industrielle" vom 26. Februar begrüßte diese „Verurteilung der Goldfrankrechnung" durch den Appellationsgerichtshof in einem langen Artikel, der mit den Worten schloß:

„Es gibt in Frankreich nur einen Franken, das ist der französische Frank."

Das französische Volksvermögen.

In der Sitzung der französischen Kammer vom 15. Februar beantragte der Abgeordnete Castel eine Vermögenssteuer und bezifferte dabei — unter Zugrundelegung eines Kurses von

100 Papierfranken = 22 Goldfranken — das jetzige französische Volksvermögen etwa wie folgt (Journal Officiel, Débats Parlementaires, Chambre des Députés 1924 S. 768):

	Milliarden Franken
Französische Staatsanleihen und vom Staat garantierte Anleihen, Aktien und Obligationen der Eisenbahnen und der Grundkreditanstalt mindestens . .	350
Französische Provinzial- und Kommunalanleihen, fremde Staatsanleihen, Aktien und Obligationen der Banken, Bergwerke, Verkehrsgesellschaften, Versicherungsgesellschaften, Eisenwerke, Fabriken, Warenhäuser	250
Unbebauter Grund und Boden einschließlich Vieh und Zubehör	150
Bebauter Grund und Boden	150
Geschäfte, Werkstätten, Fabriken, Handel- und Industrieunternehmungen von natürlichen Personen mindestens	100
Geld	40
Depots bei Banken, Versicherungsgesellschaften, der Depot- und Konsignationskasse, Sparkassen . . .	50
Möbel, Schmuck, Wäsche usw.	60
zusammen mindestens	1150

1150 Milliarden Papierfranken sind gleich rund 250 Milliarden Goldfranken. Castel selbst beziffert das Gesamtvermögen in seiner Rede einmal auf 1000—1100 Milliarden, ein andermal auf 1100 Milliarden. Zu beachten ist, daß das Vermögen von Staat, Provinzen und Gemeinden dabei nicht berücksichtigt ist. Wird es einbezogen, so würde das französische Volksvermögen niedriger als oben angegeben erscheinen, da die öffentlichen Schulden weit höher sind als die Aktivposten.

Die Finanzierung der Touristenpflege in Frankreich.

Der soeben erschienene Bericht des Direktors des französischen Touristenamts (Office National du Tourisme) für das Jahr 1922 (Journal Officiel vom 26. August 1923) enthällt u. a. interessante Angaben über die Finanzierung der französischen Bemühungen, den Fremdenverkehr zu heben.

Durch Gesetz vom 24. September 1919 ist das 1910 geschaffene Amt reorganisiert worden. Es hat jetzt die Aufgabe, alles Material über den Touristenverkehr zu sammeln und dem Publikum zur Verfügung zu stellen, die Mittel zur Weiterentwicklung des Reisewesens zu studieren und Maßregeln anzuregen und erforderlichenfalls selbst zu ergreifen, die die Beförderung und den Aufenthalt der Vergnügungsreisenden erleichtern können, in Frankreich wie im Ausland die Propaganda für Touristenorte und Kurplätze zu organisieren, die natürlichen und künstlerischen Schönheiten des Landes bekannt zu machen.

sowie endlich die Verbesserung der Wohn- und Aufenthaltsbedingungen in diesen Orten zu erleichtern.

Nach dem Abschluß vom 30. April 1923 für das Rechnungsjahr 1922 steht unter den Einnahmen des Amts der Anteil am Ergebnis der Aufenthaltssteuer mit 1 534 150 Fr. an erster Stelle, an zweiter ein Anteil an der Spielbanksteuer mit 1 Mill. Franken, an dritter eine Staatsunterstützung von 550 000 Fr. Mit einem Uebertrag aus dem Vorjahr von 786 915 Fr. beträgt die Gesamteinnahme 4 083 909 Fr. Die Ausgaben betragen insgesamt 3 186 000 Fr.; davon entfallen 809 644 Fr. auf die Propagandabureaus im Ausland[1]). Das Amt hat zahlreiche Propagandaschriften verteilt und ein Verzeichnis der französischen Hotels hergestellt, in dem diese Häuser wahrheitsgemäß auch ihre Höchstpreise angaben und sich verpflichteten, sie einzuhalten. Es hat dauernd gute Verbindungen mit den Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften gepflegt. In Barcelona, Genf, London und New York hat man Bureaus unterhalten, ein neues in Rio de Janeiro und das erste Hafenbureau in Havre errichtet, dem bald weitere in Bordeaux, Calais, Boulogne, Cherbourg, St. Nazaire und Marseille folgen werden. Selbst auf den großen transatlantischen Dampfern hat man entsprechende Einrichtungen getroffen, zuerst auf den Paketbooten „Paris" und „France", die den Verkehr mit New York vermitteln, und weiter auch auf zwei Dampfern, die nach Südamerika gehen.

Das finanzielle Kernstück des Berichts sind die Mitteilungen über die Aufenthaltssteuer. In den Kurplätzen hat diese Abgabe eine erkleckliche Summe abgeworfen; von einer Zuschlagssteuer fließen 75 Proz. dem Amt zu. Für die Touristenstationen hat dieselbe Zuschlagssteuer sehr geringe Beträge gebracht; sie fließen ohne Abzug an die Zentralstelle. Aus 39 Departements sind etwa 100 Kurplätze und Touristenorte angeführt, die die Aufenthaltssteuer seit 1920/1921, meist seit 1921 eingeführt haben. Die Kurorte mit Mineralquellen bilden drei Viertel dieser Zahl. An Touristenorten sind nur 24 aufgeführt. Die größte Einnahme aus der Aufenthaltssteuer hatte Nizza mit 1 556 000 Fr. Ihm folgte Vichy mit 824 000 Fr., dann Biarritz mit 403 000 Fr., Cannes mit 385 000 Fr., Aix-les-Bains mit 251 000 Fr., Mentone mit 250 000 Fr., sowie eine weitere Reihe bekannter Kurplätze mit 100 000 bis 200 000 Fr. Einnahme. Bei unbekannten oder kleineren Orten geht diese bis auf wenige tausend Franken herunter. Das Bestreben des Amtes ist es nun, die Aufenthaltssteuer viel mehr in einfachen Touristenorten einzuführen. Der Obere Rat für Hygiene hatte die Anträge namentlich kleinerer Touristenstädte auf Erlaubnis zur Einführung der Steuer wesentlich beschränken müssen, weil sie nicht die hygienische Sicherheit boten, die man verlangte. Das Amt empfiehlt in seinem Bericht, daß die Erlaubnis libe-

[1]) In dem Voranschlag für 1924 sind 3 851 868 Fr. an Ausgaben vorgesehen, davon 1 442 800 Fr. für die Bureaus im Ausland (vgl. Journal Officiel vom 24. Dezember 1923).

raler erteilt werde. Die Bezeichnung „Touristenort" setze ja noch keinerlei hygienische Vorkehrungen voraus. Etwas anderes sei es mit der Bezeichnung „klimatischer Kurort". Für diese Plätze müsse man als Voraussetzung für die Zulässigkeit der Steuer mindestens Wasserleitung und Kanalisation verlangen. Für den Touristenort empfehle es sich, nicht so strenge Maßstäbe anzuwenden. Er werde, wenn man ihm diese Bezeichnung gewährt habe, den Anfang mit einer kleinen Aufenthaltssteuer machen und dafür in seinem Budget gewisse hygienische Verbesserungsarbeiten einstellen. So werde der Anfang mit der Sanierung gemacht und die Touristenorte könnten sich allmählich durch Einführung von Wasserleitung und Kanalisation zu klimatischen Kurorten der höheren Stufe entwickeln. Die Ausführungsbestimmungen des Ministers für öffentliche Arbeiten und Gesundheitspflege würden dann zusammen mit den Bureaus des Amts den kleineren Gemeinden bei der nützlichen Verwendung der Steuer für hygienische Zwecke raten und helfen. Auf diese Weise werde man eine langsame und allmähliche, aber desto sicherere Hebung der Gesundheitseinrichtungen auf dem flachen Lande erreichen. Uebrigens beschränkten sich die finanziellen und gesundheitlichen Vorteile der Steuer nicht allein auf Klein- und Mittelstädte. Auch die Großstädte des Landes hätten von ihr Nutzen gezogen. Durch Verordnung vom 20. Januar 1922 hat die Stadt Lyon als erste die Genehmigung erhalten, die Aufenthaltssteuer einzuführen. Nach einigen Uebergangsschwierigkeiten ist die Uebereinstimmung zwischen den verschiedenen Instanzen hergestellt worden, und die Stadt ist im Besitze einer neuen und wichtigen Einnahmequelle. Sie nimmt 50 und 25 Centimes nach Klasse 3 und 4 des Steuertarifs von den Fremden und hatte 1922 eine Einnahme von 174 000 Fr. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß der Tarif für Kurplätze fünf Klassen kennt, die von 0,10 bis 1 Fr. variieren, sowie außerdem eine einmalige Gebühr von 1 bis 2 Fr. Die Touristenstationen kennen in der Hauptsache nur drei Klassen (von 0,25 bis 1 Fr.). Eine einmalige Gebühr erheben sie nicht. Für die Stadt Paris hat der Gemeinderat durch mehrere Beschlüsse die Einführung der Aufenthaltssteuer verlangt. Die Zentralstelle plädiert sehr lebhaft für die Einbeziehung der Hauptstadt in die Orte mit Aufenthaltssteuer und macht geltend, daß sie herrliche Kunstschätze besitze, daß die Ufer der Seine unvergleichliche Landschaftsbilder böten, und daß sie durch Wälder eingeschlossen sei, die Naturschönheiten von hohem Wert bergen. M. Q.

DRITTER ABSCHNITT.

REPARATIONEN.

Was uns trennt.[1])

Von Lujo Brentano, Professor an der Universität München.

Das Ziel, das diese Blätter verfolgen, ist die Wiederannäherung des deutschen und des französischen Volkes. Die erste Voraussetzung, daß es erreicht werde, ist, daß man sich klar werde, was die beiden Völker trennt. Es ist selbstverständlich, daß ich als Deutscher nur das hervorheben kann, was der Wiederannäherung der Deutschen an die Franzosen im Wege steht.

Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß dies der Kriegshaß der Deutschen gegen die Franzosen sei, der den Krieg überdauert habe. Das deutsche Volk war während des Krieges von keinem Haß gegen die Franzosen beseelt. Gerade darin unterschied sich seine Stellung gegenüber Frankreich von der gegen England. Gegen England war es erbittert. England hatte es mit Freundschaftsbeteuerungen überschüttet. Zahlreiche Deputationen waren aus England gekommen, um die Unmöglichkeit zu betonen, daß die seit Jahrhunderten zwischen den beiden Völkern bestehende Freundschaft je könnte erschüttert werden. Daher die Deutschen bis zum Tage, da Sir Edward Grey ihnen den Krieg erklärte, fest überzeugt waren, daß England neutral bleiben werde. Die Enttäuschung über die trotzdem erfolgte Kriegserklärung wandelte die alte Freundschaft in den grimmigsten Haß. Ganz anders war die Beurteilung Frankreichs. Man hielt es für selbstverständlich, daß es, als die Differenzen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zum Kriege führten, die Gelegenheit wahrnahm, um die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen zu versuchen. Und als dann der Krieg mit großen Niederlagen der Franzosen begann und die deutschen Truppen bis über Compiègne vordrangen, konnte man nur Mitleidsäußerungen mit den Franzosen hören. Und als die Dauer des Krieges sich immer verlängerte, wiederholte man allgemein das Wort Bernard Shaws: England wird kämpfen bis zum Tod des letzten Belgiers und des letzten Franzosen.

[1]) Lujo Brentano hatte mir seinerzeit diesen Aufsatz für die erste Nummer der „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz“ geschickt. Ich habe ihn damals nicht veröffentlichen können, gebe ihn aber hier mit besonderer Freude wieder. R. K.

All das schlug um mit dem Frieden. Nicht die Kriegswut gegen einen „Erbfeind" hat die Herzen des deutschen Volkes mit Erbitterung gegen Frankreich erfüllt; als es zum Waffenstillstand kam, war alles in Deutschland bereit, dem Sieger zu geben, was nach redlichem Kampfe dem Sieger gebührt, und alles wieder gutzumachen, was man zerstört hatte. Dessen sind die vierzehn Punkte Wilsons Zeuge, gegen deren Zusicherung Deutschland die Waffen niedergelegt hat. Das kann ich auf Grund der Beratung der Versailler Friedensbedingungen bezeugen, an der ich im Sommer 1919 in Berlin teilgenommen habe, als man in Deutschland noch glaubte, in Versailles gehört zu werden. Alle Stände und Parteien waren zur sofortigen Aufnahme des Wiederaufbaues bereit. Nein! das deutsche Volk hat die Franzosen erst zu hassen begonnen, als es in Versailles verurteilt wurde, ohne gehört zu werden, als man ihm Bedingungen auferlegte, die mit denen, unter deren Zusicherung es die Waffen niedergelgt hatte, in direktem Widerspruch standen, und in der Durchführung dieser Bedingungen seitens Frankreichs dessen Wunsch hervortrat, es nicht zum wirklichen Frieden kommen zu lassen.

Was das deutsche Volk von den Franzosen trennt, ist:

1. Der Artikel 231 des Versailler Diktats. Als Graf Brockdorf-Rantzau in Versailles gegen die Zumutung, das Bekenntnis zur Alleinschuld Deutschlands zu unterschreiben, als gegen die Zumutung des Bekenntnisses zu einer Lüge protestierte, hat man Deutschland, das gegen Zusage der 14 Wilsonschen Punkte die Waffen niedergelegt hatte, durch ein Ultimatum zur Unterschrift gezwungen. Ich kann hier nur wiederholen, was ich S. 120 meiner Schrift über „Die Urheber des Weltkrieges" geschrieben habe: „So wenig die Sonne um die Erde sich dreht, weil man von Galilei die Abschwörung der Wahrheit erpreßt hat, so wenig kann die deutsche Unterschrift unter das Versailler Diktat eine Lüge zur Wahrheit machen." — Das ungerechte Urteil brennt auf den Herzen des deutschen Volkes und die Erbitterung wird noch Jahrhunderte fortschwelen. Sie wird auslöschen, wenn der Urteilsspruch, der ohne auch nur den Schein eines Prozeßverfahrens über Deutschland verhängt worden ist, wieder aufgehoben sein wird.

2. Der Artikel 232 des Versailler Diktats. Er lautet: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erkennen an, daß die Hilfsmittel Deutschlands unter Berücksichtigung ihrer dauernden, sich aus den übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags ergebenden Verminderung nicht ausreichen, um die volle Wiedergutmachung aller dieser Verluste und Schäden sicherzustellen. Immerhin verlangen die alliierten und assoziierten Regierungen, und Deutschland verpflichtet sich dazu, daß alle Schäden wieder gutgemacht werden . . ." — Der Zynismus dieses Paragraphen, der die Unmöglichkeit Deutschlands, die ihm aufgezwungenen Bedingungen zu erfüllen, nachdrücklichst hervorhebt, konnte nur durch die immer

und immer wiederkehrende Beschuldigung Poincarés übertroffen werden, daß Deutschland nicht erfüllen w o l l e, wenn es nach weitgehendster Betätigung seines Erfüllungswillens betont, daß es weiteres nicht leisten k ö n n e. Es tritt darin ungeschminkt der Wille des gegenwärtigen französischen Machthabers hervor, es mit Deutschland nicht zum wirklichen Frieden kommen zu lassen, sondern Deutschland zu vernichten.

3. Dasselbe zeigt die Haltung gegenüber den tatsächlichen Reparationsleistungen Deutschlands. Man hat diesem geradezu phantastische Zahlungsverpflichtungen auferlegt. Da es keine Goldminen hat und keine Rohstoffe außer Kohlen und Kali, kann es diesen Verpflichtungen nur nachkommen, indem es in Arbeitsprodukten bezahlt. Aber Frankreich will wohl deren Wert, nicht aber die Arbeitsprodukte, in denen dieser verkörpert ist, und da die übrigen Mitglieder der Entente ganz ebenso denken, sträubt sich Frankreich und sträuben sich seine Genossen, das von Deutschland Verlangte in der Form zu empfangen, in der Deutschland allein zahlen kann. Da die Franzosen ein geistvolles Volk sind und noch dazu von berechtigtem Stolz auf ihre großen Economisten, die schon im 18. Jahrhundert die wirtschaftlichen Folgen der Kriege klar erkannt und eben deshalb davor gewarnt haben, kann nicht bloß Unvernunft die Ursache aller der Hindernisse sein, welche Frankreich den deutschen Zahlungen entgegensetzt. Es gibt nur einen Erklärungsgrund: Die dermaligen französischen Machthaber w o l l e n nicht, daß Deutschland zahlt. Sie wollen die Nichterfüllung der deutschen Zahlungsverpflichtungen als Agitationsmittel in der Hand behalten, um jederzeit die durch ihre eigene Finanzlage bedrückte französische Bevölkerung gegen Deutschland neu aufreizen und zur Erhaltung einer unerhörten Militärmacht bewegen zu können. Was sie aber damit erreichen wollen, ist die Annexion der Rheinlande an Frankreich.

4. Herr Poincaré hat dieses sein Ziel schon während des Kriegs ausgesprochen. In den von den Sowjets schon während des Kriegs veröffentlichten Geheimdokumenten der zaristischen Regierung (siehe Dokumente aus den russischen Geheimarchiven, soweit sie bis zum 1. Juli 1918 eingegangen sind, Auswärtiges Amt Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei) findet sich auf Seite 91 ff. eine Korrespondenz zwischen Paris und Petrograd. Paris fragt an, ob Rußland bereit sei, bei den Friedensverhandlungen Frankreichs Ansprüche auf die Rheinlande zu unterstützen; Rußland antwortet ja, wenn Frankreich Rußlands Anspruch auf Konstantinopel unterstütze und sich verpflichte, bei den Friedensverhandlungen nicht zugunsten von Polen zu reden. Auf dieser Grundlage haben Frankreich und Rußland sich zusammengefunden. Frankreichs Ansprüche sind dann an England gescheitert. Daß sie aber nicht aufgegeben sind, zeigt der Bericht, den Herr Dariac an Herrn Poincaré erstattet, und die Aufnahme, die er bei diesem und in anderen Kreisen in Frankreich gefunden hat. Herr Loucheur

hat offen erklärt, daß er, vor die Wahl gestellt, ob Reparation oder Sicherheit, die letztere vorziehe, worauf ihn Herr Poincaré mit „Reparation und Sicherheit" übertrumpft hat. Unter „Sicherheit" aber versteht man, wie in Dariacs Bericht ausgeführt ist, den dauernden Besitz der Rheinlande als Mittel zur dauernden Knechtung Deutschlands und zur bleibenden Vernichtung seines Wohlstandes.

5. Als Symbol dieser Knechtung unterhält Frankreich in den Rheinlanden eine Besatzung, von der Herr Dariac sagt, daß es sie nie zurückziehen dürfe, eben um sich die bleibende Knechtung Deutschlands zu sichern. Sie kostet das deutsche Volk, das ihren Unterhalt bezahlen muß, mehr, als es das deutsche Heer samt Flotte vor 1914 gekostet hat, und um die Deutschen aufs tiefste zu demütigen, hat man Afrikaner ausgewählt, welche die Bewohner des ältesten deutschen Kulturlandes darniederhalten sollen. Mit tiefstem Ingrimm empfindet das deutsche Volk „die schwarze Schmach".

Diese dauernde deutschfeindliche Gesinnung der führenden Männer Frankreichs ist, was uns trennt. Es ist absurd, wenn sich Frankreich für noch immer von Deutschland bedroht hält. Deutschland ist völlig außer Stand, Frankreich irgendwelchen Widerstand entgegenzusetzen. Was da und dort noch an Waffen versteckt sein sollte, mag wohl ausreichen, um im Kampf der inneren Parteien der einen oder anderen ein vorübergehendes Uebergewicht zu verschaffen, ist aber völlig außer Stand, auch nur einer einzigen französischen Brigade zu widerstehen. Aber man spricht von feindlicher Gesinnung, die in Deutschland noch fortlebe. Sie wird durch die dargelegte deutschfeindliche Politik Frankreichs geschürt und erst verschwinden, wenn dieses durch die Veränderung derselben zeigt, daß es wirklich den Frieden will.

Der französische Wiederaufbau und die deutschen Zahlungen.

Von Max Quarck, Frankfurt a. M.

Die französische Staats- und Finanzverwaltung gibt eine Reihe Schriften zur Reparationsfrage heraus. Unter anderem ein Flugblatt mit dem Titel: „Frankreich an der Arbeit, um seine Kriegsbeschädigungen zu reparieren". In sehr geschickter Weise sucht die Abhandlung mit ihren Zeichnungen und ihren Ziffernaufstellungen die Legenden zu zerstreuen, welche man darüber verbreitet hat, daß Frankreich die Ausführung des Wiederaufbaus nicht vornähme. Wir geben zur Probe einige Ziffern aus den Darlegungen nach dem „Temps" vom 7. April 1923, der sie seinerseits der Begründung zum Gesetzentwurf über das Spezialbudget der wiedereinbringlichen Kosten für das Jahr 1923 entnommen hat (vgl. Journal Officiel, Documents

Parlementaires, Chambre, S. O. 1923, 13 avril 1923, Annexe No. 4831).

Im Laufe des Krieges sind 741 993 Häuser zerstört oder stark beschädigt worden. Nun hatte man am 1. Januar 1921 278 834 wiederhergestellt; ein Jahr später erhoben sich schon 355 479 Baulichkeiten auf den Ruinen der alten, und im Januar 1923 zählte man deren 553 977. Es wären also binnen vier Jahren drei Viertel der Häuser wiederhergestellt!

Was die Ziffer der Bevölkerung angeht, welche die verwüsteten Gegenden wieder aufgesucht hat, so waren auf 4 690 183 Einwohner von vor dem Kriege 2 075 067 bis zum 1. Januar 1919 zurückgekehrt. Am 1. Januar 1921 war ihre Zahl auf 3 288 152 gestiegen, und am 1. Januar 1922 auf 3 965 913. Am 1. Januar 1923 zählte man 4 074 970 Einwohner. Diese Ziffer erreicht also beinahe diejenige der Bevölkerung von 1914. Die Auffüllung ist wieder fast vollständig.

Handelt es sich um die Instandsetzung des Terrains und der Kulturen, so ist das Bild ein ähnliches. Der Krieg hat 3 306 350 ha Terrain in seinen Bereich gezogen. Davon waren 1 923 479 bearbeitetes Land. Am 1. Januar 1921 hatte man 218 934 793 cbm in die alten Schützengräben geschüttet, ein Jahr später 260 Millionen und am 1. Januar 1923 280 Millionen. Man hat wieder in Kultur genommen 1 007 240 ha am 1. Januar 1921, 1 474 796 ha am 1. Januar des folgenden Jahres und 1 698 200 ha an der Schwelle des Jahres 1923. Der Schaden bezüglich des bearbeiteten Landes ist also fast ausgeglichen.

Im Jahre 1921 hatte man schon 249 014 302 qm von Stacheldrähten beseitigt, am 1. Januar 1922 276 Millionen und am 1. Januar des folgenden Jahres 287 Millionen. Sprengstücke und Versager hatte man im Jahre 1921 21 000 t zerstört, 22 000 t im Jahre 1922 und im Januar 1923 war die Leistung auf 1 035 200 t gestiegen. Hier fällt die Mehrleistung der letzten Zeit einigermaßen auf.

Die Verteilung von Vieh in den befreiten Gegenden hat dieselbe Progression eingehalten. Im Januar 1923 zählte man dort 523 848 Rinder, 299 690 Pferde und Maulesel, 407 782 Ziegen und 184 251 Schweine. Mehr als die Hälfte der Ziffern vor dem Kriege ist wieder aufgefüllt. Das schwerste Stück Arbeit hat man hinter sich.

Was den industriellen Wiederaufbau anlangt, so ist dieselbe ständige und beharrliche Anstrengung zu bemerken. Auf 22 900 zerstörte oder schwerbeschädigte Fabriken waren 18 091 aufgebaut im Januar 1921, ein Jahr später 19 422 und zu Anfang von 1923 19 967. Wenn man die Verbesserungen und Vervollständigungen der Maschinerie und der Technik überhaupt rechnet, so fehlte fast nichts an der industriellen Ausrüstung von vor dem Kriege. Die Wiederherstellung der Wege hielt Schritt mit diesem Aufschwung. Es gab 58 697 km Wege zu erbauen. Im Januar 1921 zählte man schon 8965 neuerbaute

Kilometer. Ein Jahr danach 22 074 und im Januar 1923 waren mehr als 32 650 km Wege zur Verfügung.

Selbst die Kunstwerke und ihre Wiederherstellung nahmen an dem allgemeinen Fortschritt teil. Im Januar 1921 hatte man 2653 Kunstbauten wiederhergestellt, das folgende Jahr 3688 und 5189 dieses Jahr. Es fehlt also nicht viel daran, daß man die ganze Zahl der Kunstbauten, die während des Krieges zerstört worden ist, wiederaufgebaut hat. Die Zahl derselben betrug 6123.

Die Finanzfrage ist durch französische Vorschüsse einstweilen gelöst worden. Sie mußte so gelöst werden, weil Deutschland Frankreich an Barzahlungen nicht mehr als vier Milliarden geleistet hat. Das ist in der Tat der beschämende Betrag, der sich neben den Leistungen in natura in der deutschen Reparationsrechnung befindet. Man kann die Gesamtheit der Schäden, die von französischer Seite in den verwüsteten Gegenden erlitten wurden, verschieden schätzen. Eine sehr hohe französische Schätzung lautet auf 102 Milliarden. Das ist aber offenbar übertrieben. Für die tatsächliche Wiederherstellung der Gegenden sind bisher 49 Milliarden ausgegeben worden. Wenn man also den wirklichen Schaden auf 60 bis 70 Milliarden Franken annimmt, so schätzt man ihn schon hoch. Deutschland hat bisher auf ihn bestenfalls den fünfzehnten Teil bezahlt. Man begreift, daß seine Leistungsfähigkeit von den Franzosen doch etwas höher eingeschätzt wird. Selbst wir Deutschen dürfen sie ruhig höher annehmen. Es ist also schon etwas an der deutschen Weigerung, Reparationen zu bezahlen. Und wir können es den Franzosen nicht übelnehmen, wenn sie deswegen an uns irre werden. Von der Bezahlung der Pensionen und Kriegsentschädigungen ist dabei gar keine Rede. Diese würden in der Tat unberechtigt sein, denn jedes Land muß die persönlichen Opfer, die es bringt, auf seine Kappe nehmen. Die verwüsteten Gebiete zahlten an Frankreich allein vor dem Kriege ein Fünftel der französischen Steuern. Wenn man die fünfzig Milliarden Vorschuß, die der französische Staat bisher auslegte, sofort durch Zahlungen aus den Guthaben der deutschen Industrie aufgefüllt hätte, so wäre eine für Deutschland günstige Meinung in Frankreich entstanden. Man hätte sich gesagt, daß diese Anstrengung von den Deutschen geleistet worden wäre, und daß sich über den Rest der Forderung eine Verständigung finden ließe . . . .

Auch der Einwand, daß die Franzosen den deutschen Vorschlägen nicht gefolgt wären, die den Wiederaufbau mit Hilfe der deutschen Gewerkschaften und des deutschen Kapitals nach den Vorschlägen von Loucheur und Rathenau bewerkstelligen wollten, ist nicht stichhaltig. Gewiß wäre eine rasche Erledigung mit werktätiger deutscher Hilfe wünschbar gewesen. Aber das französische Kapital wollte diesen Weg nicht. Es wollte den Wiederaufbau aus eigenen Kräften. Die französischen Gewerkschaften konnten das Vorurteil ihrer Mitglieder

gegen deutsche Arbeiter nicht besiegen. Es blieb bei den Materiallieferungen nach dem Ausführungsvertrag des Herrn Stinnes, und auch diese sind von den Ereignissen überholt und verschlungen worden. Die Mentalität der Franzosen verhinderte jede Sachleistung, so daß die Zahlung der nötigen Summen als der alleinige Weg übrigblieb. Und auf diesem Wege ist eben nichts von Belang geleistet worden.

Das deutsche Volk hat alle Ursache, dieses Resultat zu bedauern. Seine Arbeit hätte dem deutschen Kapital erlaubt, wenigstens die Milliarden für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete zu zahlen. Es hat sich ehrlich im Dienste des Kapitals angestrengt und ihm mehr verdienen helfen, als die Wiederherstellungssummen betrugen. Nur sind die Milliarden in ausländischen Devisen angelegt worden, statt in Abgaben an den Staat zu Entschädigungszwecken. Freilich treibt Frankreich eine Außenpolitik, die das Gegenteil der Beruhigung Deutschlands bewirkt. Sie ist ganz von den militaristischen Kräften beherrscht, die in Deutschland die reaktionären Bewegungen auslösen, statt die Linke zu stärken. Speziell das Ruhrabenteuer ist durch die deutsche Verfehlung n i c h t gerechtfertigt. Es geht von einer Annahme aus, die gänzlich im Friedensvertrag unbegründet ist. Der Friedensvertrag kennt keine Besetzung deutschen Gebiets durch irgendwelche Reparationsmacht. Der berühmte § 18 bezieht sich immer nur auf Leistungen, die innerhalb der Sphäre des überhaupt Vereinbarten lagen, und das waren die Pfänder, die Frankreich nahm, nicht. Aber es hat keinen Zweck, darüber zu rechten. So unrecht die französische Besatzung ist, so unrecht war die deutsche Weigerung, ausreichende Reparationen zu zahlen. Und so lebhaft man im deutschen Interesse das Aufhören der französischen Besetzung wünschen muß, die zu immer neuen Gewalttaten anreizt und die Bevölkerung des Rheinlandes und Westfalens in Wut bringt, so dringend muß man wünschen, daß ein Weg gefunden wird, der deutsche Reparationszahlungen auf irgendeine Weise möglich macht. Das französische Unrecht kann nicht durch deutsches verewigt werden. Es muß einen Ausweg geben, auf dem sich die beiden Nationen wieder die Hand reichen und ihr gemeinsames Interesse betonen können. Vielleicht dient dazu auch der schlichte Ausgang, den diese Zeilen genommen haben. Sie vergleichen die tatsächliche Reparationsleistung Deutschlands und dasjenige, was Frankreich bisher aus eigenen Kräften geleistet hat. Und wenn sich ein so großer Abstand für die beiden findet, so wird sich schließlich auch ein Weg finden, diesen Abstand einigermaßen auszugleichen.

Deutschlands bisherige Reparationsleistungen.[1])

I. Zahlungen, Sachleistungen und Uebertragungen von Eigentumsrechten, die jetzt oder später genau bestimmbar und auf Deutschlands Kapitalschuld anzurechnen sind.

A. Eigentum, Güter, Wertpapiere und Zahlungen, die anerkannt oder ganz oder teilweise gutgeschrieben sind:	Millionen Goldmark: Reichsregierung	Moulton und McGuire
1. Reichs- und Staatseigentum in den europäischen Abtretungsgebieten	5 044,1	5 000,0
2. Anteilige deutsche Vorkriegsschuld (Reich und Staaten)	485,0	0,0
3. 4. 5. Eigentum in Shameen (Canton), Shanghai und Shantung	61,6	0,0
6 a. Saargruben	1 016,0	650,0
6 b. Nebenleistungen der Saarbergverwaltung	1,1	1,1
7. Privatkabel	77,8	77,8
8. Nichtmilitärischer Rücklaß an der Westfront einschl. verschiedenen Eisenbahnmaterials	1 897,2	1 200,0
9. Eisenbahnfahrzeugpark	368,1	200,0
10. Fünf Eisenbahn- und zehn Schiffsbrücken über den Rhein	9,6	9,6
11. Aktien der Marokkanischen Staatsbank	0,6	0,6
12. Rollendes Eisenbahnmaterial, Fahrzeugersatzteile und Lastkraftwagen	1 265,7	800,0
13. Seeschiffe	5 753,9	3 500,0
14. Binnenschiffe	78,0	78,0
15. Vieh	192,9	192,9
16. Kohlen, Koks und Nebenprodukte	473,2	473,2
17. Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse	43,8	43,8
18. Sonstige Sachleistungen	30,0	30,0
19. In Franken oder Pfunde umgerechneter Erlös aus dem in Deutschland für Rechnung der Reparationskommission verkauften, zerstörten und unbrauchbar gemachten Kriegsmaterial	200,0	200,0
20. Verschiedene Barleistungen	0,5	0,5
21. Rheinlandzölle und sonstige Einnahmen aus den wirtschaftlichen „Sanktionen“ bis zum 30. Aprnl 1921	[1])3,3	3,3
Summe A:	[1])17 002,4	12 460,8
B. Geschätzter Wert des im Ausland beschlagnahmten und liquidierten deutschen Eigentums	11 700,0	10 000,0
C. Abgetretene Forderungen des Deutschen Reichs an seine ehemaligen Kriegsverbündeten	11 600,0	0,0
Summe I:	[1])40 302,4	22 460,8

[1]) Außerdem 120 Millionen Papiermark.

[1]) Die „Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz“ brachte am 15. März 1923 einen Artikel „Die Gesundung der Reichsfinanzen und die Reparationen“, am 14. September 1923 einen Artikel „Deutschlands Zahlungsfähigkeit“ und am 5. Februar 1924 einen Vortrag von mir „Zu einer europäischen Verständigung“. Um Wiederholungen zu vermeiden, gebe ich hier zunächst aus dem ersten Artikel, der eine Besprechung des Buches von Moulton und McGuire „Germany's Capacity to Pay“ (New York, McGraw-Hill Book Co; deutsche Uebersetzung Berlin, Verlag für Politik und Wirtschaft) bildete, eine Tabelle

II. Zahlungen, Sachleistungen und Uebertragungen von Eigentumsrechten, die jetzt oder später genau bestimmbar und auf die im Londoner Zahlungsplan festgesetzten Jahreszahlungen anzurechnen sind (1. Mai 1921 bis 30. September 1922).

	Millionen Goldmark Reichsregierung	Moulton und McGuire
A. Sachleistungen:		
1. Lieferung von rollendem und stehendem Eisenbahnmaterial (in dieser Periode, aber noch im Verfolg des Waffenstillstandsabkommens) und Poenalieferungen	4,0	2,0
1 a. Eisenbahnfahrzeugpark in den Abtretungsgebieten	632,7	400,0
2. Seeschiffe	161,3	150,0
3. Binnenschiffe	28,4	28,4
4. Vieh	80,4	80,4
5. Kohlen, Koks und Nebenprodukte	456,5	456,5
6. Farben und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse	27,9	27,9
7. Wiederaufbauleistungen	129,3	129,3
8. Wiederherstellung der Löwener Bibliothek .	1,0	1,0
9. „Sanktions"-Zahlungen (fast sämtlich auf Grund der englischen Reparationsabgabe) .	126,3	126,3
Summe A:	1 647,8	1 401,8
B. Barzahlungen:		
10. Devisenzahlungen	1 580,0	1 580,0
11. Devisengegenwert der als Sicherheit bestellten Einnahmen an Zöllen und Ausfuhrabgaben (15. Oktober bis 31. Dezember 1921)	44,9	44,9
12. Verschiedene	0,9	0,9
Summe B:	1 625,8	1 625,8
Summe A und B:	[2])3 273,6	3 027,6
C. Wert der gemäß Artikel 260 des Friedensvertrags an die Reparationskommission abgelieferten Wertpapiere	303,0	303,0
Summe II:	[2])3 576,6	3 330,6
Insgesamt I und II:	[3])43 879,0	25 791,4

[2]) Außerdem 1109 Millionen Papiermark.
[3]) Außerdem 1229 Millionen Papiermark.

Herr Reichskanzler! [1])

Von Heinrich Mann.

Sie — und wir mit Ihnen — sind haarscharf vorbeigelangt an der Diktatur der Gewalt, dem notwendigen Ergebnis einer Regierung der Rechten. Die Gefahr wird wiederkommen. Bei

wieder, in der die Schätzungen Moultons und McGuires denen der Reichsregierung (nach dem Stande vom 30. September 1922) gegenübergestellt werden. Der Vortrag „Zu einer europäischen Verständigung" ist S. 160 ff. abgedruckt und im Anschluß daran der Gesetzentwurf, wie er in dem zweiten Artikel erschien, mit einigen durch die Währungsreform bedingten Aenderungen.

[1]) Dieses offene Schreiben an den Reichskanzler Stresemann vom Oktober 1923 ist inzwischen auch in das Buch von Heinrich Mann, Diktatur der Vernunft, Berlin, Verlag Die Schmiede, 1923, aufgenommen worden.

jedem Nachlassen der gesetzlichen Kräfte, bei jeder Ihrer Unaufmerksamkeiten und so oft die Parteien sich verblüffen lassen, kommt sie wieder. Wen aber trifft sie? Das Reich. Es wäre sein Ende, Sie wissen es. Wollen Sie denn nicht vorbeugen? Können Sie den Zustand ertragen? Die Nation erträgt schwerlich, noch lange auf dem Spiel zu stehen. Dann hätten Sie verloren, Sie und das Reich. Beugen Sie doch vor! Statt der drohenden Diktatur der Gewalt die Diktatur des Rechtes!

Lassen Sie sich von der bürgerlichen Mitte des Reichstags die Vollmacht erteilen! Ausüben werden Sie sie ja nicht ganz bürgerlich.

Denn was wollen Sie? Sie haben den Widerstand gegen Frankreich aufgesagt. Die Worte, die Ihre Handlung begleiteten, beeinträchtigten ihren Erfolg, noch mehr beeinträchtigten ihn Ihr Zögern, zu verhandeln. Sie brauchen Verständigung mit dem Gläubiger. Sie brauchen deutsche Leistungen, damit Sie einst Befreier des deutschen Bodens heißen. Ohne diktatorischen Druck wird nichts geleistet werden.

Ihre ausgesprochene Absicht war, zugunsten des Reiches Hypotheken auf den Privatbesitz zu legen. Sie deckten also mit kapitalistischer Form einen mehr oder weniger sozialistischen Inhalt. Scheinbar handelten Sie bürgerlich, im Grunde schon anders. Sie waren sich sicher bewußt, daß Sie der letzte Erhaltende waren, nach Ihnen der Sturm. Sie wollten das Bestehende verlängern, indem Sie es mit dem, was doch kommt, untrennbar verstrickten.

Hoffen Sie im Ernst, ohne Diktatur mit den mächtigen Enteignern des Nationalvermögens fertig zu werden? Die Enteigner waren soeben fast schon mit Ihnen fertig. Jene hatten im Parlament das Chaos organisiert, das nächstemal tun sie es auf der Straße. Die reichen Empörer bezahlen Banden und Neben-Reichswehren, sie haben die meisten Zeitungen; Hypotheken des Reiches werden sie nicht dulden. Eher erstreben sie Beteiligung Fremder. Eher erstreben sie Uebergang in fremden Staatsverband. Zu diesem letzten Ziel wühlt ihr Geld in einem instinktverlassenen Volk, bis es sich, einzig für sie, zerfleischt.

Wir dürfen uns beglückwünschen, Herr Reichskanzler, wir haben ein Volk! Politiker oder Schriftsteller, jeder Arbeiter am Menschen, der ihn vernünftiger will, hier greift er ins Leere. Dieses Volk ist immer dort, wo nichts zu holen ist als Wahnsinn, wo nichts zu finden ist als Nacht.

Jeder schäbige Gauner kann dieses Volk, mit vorgemachten großen Worten, auf seine Seite bringen, der ehrliche Mann im Guten nie. „Die Substanz nicht angreifen!“ schreit der Dieb, und sie geben ihm recht, bis sie selber angegriffen, verbraucht, erledigt sind. Wenn dann der fremde Gläubiger persönlich anrückt: „Passiver Widerstand ist nicht zu brechen!“ — bis sogar ihr Staat am Zerbrechen ist.

Sehen Sie nur, Herr Reichskanzler, Ihren unheilvollen Vorgänger! Ein doch ganz talentloser Mensch, aber mit welcher Leichtigkeit hat er dieses Volk in den Zustand gebracht, daß es sogar für einen Krieg reif ist, der in wenigen Stunden alles, mitsamt seinem bloßen Dasein beenden könnte. Dann geht so einer unbehelligt seiner Wege.

Denn in diesem Lande ist persönliche Verantwortung bis heute unbekannt. Dieses Volk ist, wie kein anderes, im Sichausreden auf Kollektivitäten befangen. Es faßt den nicht, der selbst urteilt, der ihm Wahrheit bringt. Es sieht den nicht, der handelt, auch wenn er es verdirbt. Es glaubt an unbegreiflich böse Mächte und immer an die falschen. Man kann es ungestraft verderben, spielt man ihm nur Betäubungsmittel in die Hände. Will jemand einschreiten, der stirbt gewaltsam ihm zu Füßen, ohne daß es aufblickt.

Gleichviel! Das einzige wirkliche Daseinsrecht Denkender ist, die Menge der Menschen vor den wenigen, die sie ausbeuten und verderben, zu warnen. Das höchste Ziel eines Politikers kann nur sein, sie vor ihnen zu retten. Handeln Sie, Herr Reichskanzler!

Brechen Sie zugunsten des Rechts und der Vernunft das unerträgliche, nutzlose Gleichgewicht, worin Recht und Gewalt, Vernunft und der Wahnsinn sich hierzulande gegenüberstehen. Revidieren Sie die sogenannte Pressefreiheit! Bringen Sie die vorhandenen Waffen auf Ihre Seite! Sie sehen doch, daß, solange der Wahnsinn zu allem fähig scheint, die Vernunft nicht schwanken darf.

Finden Sie es zu spät? Das würde mich nicht wundern. Im Jahre 1919 war es leichter. Gleich damals konnte man freiwillig tun, was zum Schluß nun doch das Schicksal ist: Diktatur und Kehraus. Die Plutokratie, die Deutschland nun bis zu Krämpfen vergiftet hat, war vermeidbar. Man sah sie in Ueberlebensgröße aufsteigen; der Krieg hatte unverkennbar gezeigt, was sie sein würde. Aber die Sozialdemokratie, die im Jahre 1919 allein an der Macht war, ist programmäßig für Ausreifenlassen.

Auch wirkte die Psyche des Besiegten. Man ist in der Fahrt und zappelt weiter, indes der Stoß vor die Brust schon sitzt. Wirtschaft, kolossale Wirtschaft, eigentliche Wurzel des Anspruches auf Sieg und Uebergewicht, sie blieb erhalten noch dem Besiegten. Sie hatte nicht gelitten, sie ward die Hoffnung. Sie konnte die militärische Niederlage glatt aufheben, ja vergelten. Ihre Träger waren größer als je. Aus Unentschlossenheit, aus Trotz ließ man sie ganz groß werden — anstatt sie zu den abgedankten Militärs zu werfen, deren bösester Geist gerade sie gewesen waren. Die Weimarer Verfassung verlangte Kontrolle privater Unternehmungen, Beteiligung des Reiches an den Bodenschätzen. Kolonisation, die Aufteilung des durch Bauernlegen angeschwollenen Großgrundbesitzes war selbstverständlicher Bestand jeder Neuordnung. Nichts davon. „Aufbau!“

Dieselbe Wirtschaft, an der wir schon einmal gescheitert waren, wieder aufrichten wollen — und nichts erreichen, als daß sie wild ward und ausschweifte. Einen Kapital-Bolschewismus begünstigen, der ganze Bevölkerungsklassen ausrottete, ohne aber dazu befugt zu sein durch Idee. Verkommen lassen, was an sittlicher Kraft noch im Lande war, damit nur der Reiche wächst und wächst. Dem Staat den Henker mästen.

Sieht dies alles, Herr Reichskanzler, nachträglich nicht unwahrscheinlich aus? Glauben Sie mir, Sie haben es mit Gestörten zu tun. Handeln Sie danach!

Einen klügeren Besiegten hätte nichts abgehalten, es zu machen wie der erste seiner Sieger. Der mag nach außen noch so groß tun, innen fühlte er sich keinen Augenblick als richtigen Sieger. Richtige Sieger leben aus dem Vollen, dieser schränkte sich ein. Im Punkte Schulden war er vom Besiegten kaum zu unterscheiden und zog die Folgerungen, — die der Besiegte nicht zog. Frankreich war, wie Sie wissen, niemals geneigt, vor allem auf seine Wirtschaft zu pochen. Sein Staat behielt die beneidenswerte Kraft, sich vor der Wirtschaft zu behaupten. Auch der Krieg hat nicht vermocht, daß der Reichtum sich weiter zusammenzog zu ungesunden Machtgebilden, eher verteilte er sich. Wer irgend verdient hat, kaufte Land. Ungezählte neue kleine Besitzer, das sichert Staat und Staatsgesinnung auf mehrere Generationen. Das schafft die freien Familien, in denen die künftigen Intellektuellen erwachsen. Woher sollen sie bei uns noch kommen?

Wer unterrichtet Sie, Herr Reichskanzler, da Sie in Paris noch immer keinen Botschafter haben? Wissen Sie, daß Paris eine bescheidene, fast glanzlose Stadt geworden ist? Weniger knallige Privatautos als in Berlin, kein dickgeschminktes Wohlleben. Weder neue Schlemmerstätten, noch aufgestockte Bankpaläste an allen Straßenecken, auch die fünfundzwanzig Berliner Operettentheater nicht! Alles sieht gebraucht, fast schon verbraucht aus; man findet es wohl dringlicher, das Geld in die zerstörten Provinzen zu tragen, anstatt in vergoldete Spekulantenlokale. Denkt jedes Land so? Der Frank gilt dreißig Centimes, es gibt keine kleinen und mittleren Rentner mehr. Auch durch Paris ziehen Rotten von Amerikanern und kaufen billig wie vor Jahren bei uns.

Wir finden im heutigen Frankreich unsere eigene Vergangenheit wieder und den genauen Punkt, wo wir falsch einbogen. An diesem Punkt mußte Deutschland vor vier Jahren, da sein Geld nicht schlechter stand als jetzt dieses, sich entschließen, es aufrecht zu erhalten. Es gab es aber preis — nicht einmal aus böser Absicht, um Gläubiger zu prellen, nur kopf- und haltlos. An diesem Punkt konnte Deutschland noch Staat und Nation voranstellen vor Privatinteressen. Es handelte aber nicht als Nation, es verschleuderte sich an Interessenten, die dafür sorgten, daß nationalistisch gebrüllt ward, je weniger national gefühlt und gehandelt ward. Nationen haben

völlig freie Wahl, zu leben oder abzutanzen. Frankreich tanzt nicht.

Die neuen Probleme des Kontinents sind wirksam überall. Noch die westlichste Demokratie verändert ihren Inhalt, erschüttert wie ihr soziales Gerüst ist. Nur daß organisch geschehen könnte, was wir Deutsche vielmehr regellos erleben. Französische Intellektuelle würden Ihnen ihre tiefe und besorgte Teilnahme am deutschen Schicksal eingestehen. Es ist dasselbe Schicksal, das, noch verschleiert, sich auch ihrem Lande zuwendet; und ob es wohltätig naht, hängt mit von uns ab. Der Minister Poincaré mag glauben, eine deutsche Katastrophe werde Frankreich unberührt lassen; die zahlreichen Wissenden hat er gegen sich.

Er hat auch das Volk nur begrenzt für sich. Das französische Volk wird einzig und unbedingt beherrscht von dem Bedürfnis nach Frieden. Die Tatsache besteht, Sie können auf sie bauen! Jenes Volk hat gesunden Sinn genug, um nicht unnütz an altem Haß zu kauen, das Leben stellt es schon auf neue Proben. Die Politik der Industrie ist verbrecherisch drüben, aber leider ist sie es auch hier, und nur darum könnte sie Erfolg haben. Wir sehen uns allzu sehr als Mittelpunkt, wollen wir für nationalfranzösisch ein groß angelegtes Vorgehen gegen den Bestand Deutschlands halten. Die Welt hat eigene Sorgen. Von uns will man Geld. Allein der Geldmangel ihres Landes hat eine Mehrheit von Franzosen vermocht, die militärische Unternehmung gegen das deutsche Industriegebiet zu dulden. Poincaré muß wissen, wie weit er geht. Mehr als geschehen, darf er seinem Bauernvolk nicht zumuten; mehr faßt sein wohlausgeglichenes Hirn selbst nicht. Warum will man durchaus, daß wir glauben sollen, er werde weiter gehen, bis zur Sprengung des Reiches, Abtrennung des Westens, Protektorat über den Süden, bis zu Weltrevolution oder Krieg? Die, die zahlen sollen, ziehen selbst dies alles dem Zahlen vor. Dies, samt dem Chaos, kommt durch Verrat an uns selbst.

Sie, Herr Reichskanzler, teilen schwerlich die hier übliche maßlose Ueberschätzung Ihres Gegners. Ein größensüchtiger Napoleonide, der gewissenhafte Anwalt? Aus Liebe zum geordneten Geldverkehr mit uns übersieht der Mann die Gefahr, die auch ihm aus unserer Zerrüttung droht. Er ist schwer aufzuklären, sogar von seinen Mitarbeitern. Sprechen Sie selbst mit ihm! Ein einfacher Entschluß, man läßt beiseite, was Trotz, Vorurteil, verletzte Eigenliebe in den Weg stellt, man verabredet eine Aussprache.

Sie wenden ein, daß schon die Aufgabe des passiven Widerstandes Sie dicht vor den Bürgerkrieg gestellt hat? Weil Sie ihn nicht am ersten Tage Ihrer Regierung aufgegeben haben, sondern erst am vierzigsten. Sie hofften, die inneren Widerstände abzustumpfen und haben sie nur gereizt. Sie wollten Ihren unheilvollen Vorgänger nicht schroff ins Unrecht setzen; in Deutschland soll immer alles, was je bestanden hat,

relativ richtig gewesen sein. Das vermehrt nur ewig die Entrüstung der Unbelehrten. Wahnsinn ist nicht relativ falsch, Vernunft nicht relativ berechtigt. Vernunft soll nicht rücksichtsvoll sich einschleichen wollen, wo Wahnsinn zu allem fähig ist. Niederlagen, die Wahnsinn uns zugezogen hat, machen wir nur gut, wenn wir Vernunft nicht für ein Auskunftsmittel, vielmehr für Ehre und Kraft halten.

Behaupten Sie laut und frei die Vernunft! Vollständige, redliche Verständigung mit Frankreich und ein künftiges Bündnis, das ist Vernunft. Gehen Sie zum Angriff über, anstatt zu vertuschen! Wo sogar die zögerndsten Maßnahmen, den Staat zahlungsfähig zu machen, antikapitalistisch, Sie selbst der Bolschewist sein sollen, können Sie nur noch auftrumpfen: „Schluß mit uneingeschränktem, unbeaufsichtigtem Hochkapitalismus, in einem besiegten, der Not verfallenen Lande!"

Sie werden damit alle Jene abstoßen, deren Zweideutigkeit Sie und das Reich schwächt, heimliche und offene Verschwörer, die Abfallsüchtigen, den patriotisch maskierten Hochverrat. Alle werden, aus dem Zwielicht gejagt, Rechenschaft geben oder versinken müssen. Das wahre Deutschland wird endlich ein vielleicht furchtbares, aber reines Gesicht haben.

Sie können es schaffen, Herr Reichskanzler. Sie haben die Parole der Einheit, das ist auch heute noch mehr, viel mehr als Losung von Parteien. Es ist Losung der Geschichte, Vorbedingung für Größeres. Ein Volk, das Einheit schon gekannt hat, ist nicht dasselbe wie früher; wer hofft in der Welt denn, es könne wieder zerfallen und nicht eben dadurch die ungeheuerste Drohung sein. Wer ahnt nicht vielmehr, daß die Länder des Kontinents, zuerst die Hauptländer Deutschland und Frankreich, nur als Wirtschaftseinheit noch fortdauern, gegen Weltreiche noch bestehen können. Daß keiner von uns daher sich zersplittern darf. Daß Arbeitsgemeinschaft fest zusammenhaltender Reiche die entscheidende Bedingung Europas ist!

Herr Reichskanzler, Sie können beitragen, diesem Lande die Gestalt zu geben, die es tauglich macht für seinen Beruf. Sie können es versäumen, und das Land wird endgültig die belanglose Provinz eines Erdteiles, der selbst nichts weiter mehr wäre.

Wir liegen inmitten und sind bestimmt, Osten und Westen zu verbinden, gegen Natur sperrt man sich nicht. Wir waren früher die halb absolutistische Monarchie, die zwischen Zarentum und französischen Konstitutionalismus hineinpaßte. Wir werden künftig die Republik sein, in der Ständevertretung mit Parlamentarismus sich verschränkt. Wir werden sozialisierte Großbetriebe und doch den wirtschaftlich freien Kleinbürger haben. Kapitalismus unter Staatskontrolle, Menschenrechte begrenzt von Klassengarantien: es ist unwahrscheinlich, daß unsere neue Demokratie viel anders aussehen wird, so ist sie schon vorbereitet. Aber wir müssen sie schaffen. Sie, Herr Reichskanzler, müssen sie mitschaffen.

Es handelt sich nicht mehr darum, die Lage zur Not aufrecht zu erhalten. Es ist unaufschiebbar, vom Fleck zu kommen, selbst gegen den Willen einer Nation, die sich verfahren hat und lieber an Ort und Stelle ihre Wut entlädt. Man sagt Ihnen wohl: „Alles geht vorbei. Unser Ausnahmezustand hält noch auf, was aufzuhalten ist. Kommt endlich doch, was kommen muß, dann wollen wir hoffen, daß die Extremen einander aufreiben. Nachher ist gewonnen." Nein. Nachher ist verloren, Kraft und Zeit. Niemand darf sich aufreiben, niemand das Ganze gefährden. Die wechselnden Zustände der erkrankten nationalen Psyche wartet man nicht ab, man hilft ihr.

Sie werden einer wahren Erlösung beiwohnen. Die Widerstände, die heute kaum zu brechen scheinen, klarer Entschlossenheit weichen sie, sie zweifeln an sich, sie zergehen. Jede Tat, der ihre Notwendigkeit an der Stirn steht, klärt viele über sich selbst auf und entzieht sie dem Zugriff verbrecherischer Interessenten. Was sind denn Nationalsozialisten? Leute, die ihre Geldgeber schonen müssen, sonst wären sie nicht nur gegen jüdische Ausbeutung. Wer sind Kommunisten? Leute, die das Ganze über Bord werfen, im Haß auf eine Gierigstenherrschaft, so gierig, daß sie auch noch den Namen der Demokratie stiehlt. Ein Volk soll als Demokratie hinnehmen einen Unfug von Schacher und Rechtsbrüchen, Auswucherung, Entsittlichung, nacktem Verrat, offenem Zerfall. Welch furchtbare Verwirrung entsteht!

Aber jede Epoche ist im Grunde eines Willens. Kämpfe geschehen an der Oberfläche. Fruchtbar handelt nicht, wer hinhält und endlich zerstörende Ausbrüche doch zulassen muß. Fruchtbar handelt, wer die zersprengten Kräfte sammelt, um sie konzentrisch auf das Ziel hinzuführen, das sie meinen und nicht sehen. Das Ziel ist erfüllte Demokratie, lebendes Gebilde aus allen unseren wohl verwendeten Kräften, wie sie sind, wie sie wachsen. Das Ziel ist: tauglich werden als Nation für Aufgaben, die mehr als national sind. Ein einziger Weg steht noch frei, aber Sie führen ihn nur mit Ihrer ganzen Strenge.

Sie sind ein bürgerlicher Kanzler. Ich glaube, daß bürgerlicher Art, deren Sache die Liebe nicht ist, vor der Vernunft der Dinge doch oft das Gewissen schlägt. Ich habe gesehen, wie entwickelte Bürger ihren Kreis durchbrachen und hinwegdachten über ihre Klasse. Ihre eigene Vergangenheit, Herr Reichskanzler, hat Sie nicht darauf vorbereitet, Geschäftemachern in den Weg zu treten, den Besitz unter Staatsnotwendigkeiten zu beugen. Sie waren nicht darauf gefaßt, eine Revolution der Vergiftung durch reiche Verräter entziehen zu müssen, damit der Staat ihr Inbegriff sei. So ist es aber gekommen. Auch ich hätte nie gedacht, ich würde Diktatur fordern.

Ich fordere Diktatur der Vernunft. Stützen Sie sich fest auf die Anhänger des Reiches, des Deutschen Reiches und seiner Rechte, die vor jedem Einzel- und Sonderanspruch

gehen! Brechen Sie Bestechungen und Lügen, die Geldzufuhr des Verrates an seine Banden, die Presse, die er aushält! Ergreifen Sie Personen und Besitz, rächen Sie die bis in den Tod beleidigte Nation! Die soziale Demokratie soll endlich gewappnet und als Rächer dastehen. Sie ist unsere einzige Rüstung, wer sie angreift, muß zerbrechen.

Herr Reichskanzler, wer glaubt, es gebe noch Uebergänge und Halbheiten, irrt. Die deutsche Tragik vollzieht sich immer auf Grund versäumter Gelegenheiten. Aber ich fürchte, daß selbst das säumigste Volksganze sich und Ihnen diesmal nicht verzeihen könnte.

Wieviel hat Deutschland bisher geleistet?

Von J. Jastrow und Charles Gide.

I.

Deutschlands Zahlungen.

Es gibt kaum einen Ausspruch, der in Deutschland so markerschütternd wirkt, wie der Ruf, daß Deutschland endlich mit seinen Zahlungen beginnen müsse. Dieser Ruf, in außerdeutschen Zeitungsstimmen oft gehört, neuerdings auch von amtlichen Persönlichkeiten in den Staaten der Entente übernommen, könnte nicht so laut und vernehmlich ertönen, wenn er nicht einen Resonanzboden fände. Es muß also in Frankreich viele Tausende von Menschen geben, die wirklich glauben, daß Deutschland in den vier Jahren seit Unterzeichnung des Vertrages von Versailles, ich will nicht sagen nichts, aber doch nur Geringfügiges geleistet habe. Daß uns dieser Glaube unbegreiflich ist, ändert nichts an der Tatsache, daß er vorhanden ist. In aller Schroffheit stehen sich die Anschauungen gegenüber: in Deutschland glauben die Vertreter der Erfüllungspolitik mehr „erfüllt" zu haben, als man für möglich gehalten hätte, so daß ihnen, um die Fortsetzung der Leistungen zu ermöglichen, endlich einmal eine Atempause gewährt werden müsse. Und von Frankreich wird ihnen das Zeugnis ausgestellt: das Bisherige sei nicht der Rede wert, die Leistungen müßten endlich einmal anfangen.

Mitten in dem Streit über die Zukunft der Reparationsleistungen und ihre Erzwingung durch Waffengewalt, wie er gegenwärtig (März 1923) anfängt, die Welt aufs neue mit Besorgnissen für die Zukunft zu erfüllen, dürfte es wohl an der Zeit sein, sich mit der Frage zu beschäftigen: wieviel hat denn Deutschland bisher geleistet? Haben die, die Deutschland zurufen, es möge endlich mit seinen Zahlungen beginnen, sich diese Frage vorgelegt?

Die Frage ist allerdings nicht ganz einfach zu beantworten. Nicht nur, daß die beiden Parteien in der Schätzung der Sachwerte weit voneinander abweichen, schon die bloße Anordnung der Zahlen ist in den beiderseitigen Denkschriften verschieden. Auch können sie nicht immer von denselben Ge-

sichtspunkten ausgehen. Die Rechnungen, die die deutsche Regierung ihrem Parlament vorlegt, wollen berechnen, was insgesamt verausgabt ist; mit anderen Worten: was die deutsche Volkswirtschaft tatsächlich aufgebracht hat. Die Entente dagegen rechnet nur einen Teil der Leistungen auf die jährliche Zahlung, die „Annuität" an, d. i. auf diejenige Zahl, die in der Oeffentlichkeit allein im Vordergrunde des Interesses steht. Ein anderer Teil wird von der Entente auf Kapitalschuld gebucht, wobei die Entente nur ihren Verwertungspreis zugrunde legt (während Deutschland den tatsächlichen Verlust seiner Volkswirtschaft buchen muß). Ein dritter Teil der deutschen Leistungen, z. B. die Restitutionen, erscheinen überhaupt nicht auf der Gegenseite, während sie doch die deutsche Volkswirtschaft tatsächlich belasten. Die deutschen Schuldner an das Ausland muß das Reich schützen, wenn es nicht wertvolle Teile der deutschen Industrie gefährden und damit auch reparationsunfähig machen wollte; um die deutsche Wirtschaft in Gang zu halten (worauf die Möglichkeit aller Reparation beruht), übernahm das Reich einen großen Teil des Valutaschadens. Der Erlös aus der Liquidation des deutschen Eigentums in den Ententestaaten wird zur Befriedigung besonderer Forderungen verwandt (und auch ein verbleibender Rest nicht auf die Annuität angerechnet, sondern nur auf Kapitalschuld verbucht), während doch das Reich die von der Enteignung Betroffenen entschädigen muß. Obgleich diesen Auslandsdeutschen von dem tatsächlichen Wert ihres beschlagnahmten Privateigentums nur ein geringer Teil als Entschädigung durch das Reich gezahlt wird, so bedeuten doch auch diese geringen Entschädigungen insgesamt eine für das Reich sofort fühlbare schwere finanzielle Belastung, der eine entsprechende Gutschrift auf der Gegenseite nicht gegenübersteht. Im Jahre 1922 hat Deutschland annähernd für 230 Millionen Goldmark Sachleistungen allein an Frankreich geleistet. Dem französischen Wiederaufbau kamen davon nur etwa 80 Millionen unmittelbar zugute, während 150 Millionen auf den Anteil Frankreichs an den Besatzungskosten kamen, also eine für Frankreich unproduktive Ausgabe bedeuten. Endlich wird jede Gesamtaddition dadurch unmöglich gemacht, daß ein Teil der Zahlungen in Goldmark, ein anderer in Papiermark zu verrechnen ist. Welchen Wert aber diese zu den verschiedenen Zeiten hatte, war schon damals schwer feststellbar, ist heute noch schwerer, ohne genaue Datenangaben unmöglich.

Daß also die beiderseitigen Zahlen weit auseinandergehen, ist unter diesen Umständen nicht verwunderlich. Rechnet die Entente in die Gesamtschuld Deutschlands noch immer die Bonds Serie C, obgleich doch niemand mehr an die reale Möglichkeit dieser Zahlung denkt, so stellt auch Deutschland Forderungen, auf deren Abtretung die Entente bestand, in die Rechnung der geleisteten Beträge ein, ohne Rücksicht darauf, inwieweit sie in Wirklichkeit beitreibbar sind. Ist auf diese Art, Prinzip gegen Prinzip gestellt, schwer durchzufinden, so muß

man in dieser Sachlage einige Teile des Problems herauszuschälen suchen, die, von diesen Schwierigkeiten frei, für sich allein ein sicheres Urteil gestatten.

Ein solches Teilproblem bieten die Zahlungen bis 30. April 1921. Diese sind durch Artikel 235 einheitlich geregelt. Die Entente hat auf dieses Konto 7,6 Milliarden Goldmark gebucht. Deutschland hat diese niedrige Rechnung als einen Gewaltakt empfunden und wird nicht aufhören, ihre Berichtigung zu verlangen. Aber legen wir bis dahin auch nur jene Zahl zugrunde: 7,6 Milliarden Goldmark. Die gesamte Kriegskostenlast Frankreichs nach 1870/71 betrug 4 Milliarden Goldmark. Daß schon am 30. April 1921 Deutschland doppelt soviel gezahlt hatte wie Frankreich nach 1870/71 im ganzen, ist von der Entente selbst zugegeben. Ist diese Tatsache in Frankreich bekannt?

Man sieht also: daß Deutschland jene Leistung nach Artikel 235 auf etwa 20 Milliarden, daß es seine bisherige Gesamtleistung (in dem oben angegebenen prinzipiellen Sinne) auf 56,5 Milliarden Goldmark berechnet, braucht für diese Beweisführung gar nicht herangezogen zu werden; die von der Entente selbst angegebenen Zahlen genügen.

Umgekehrt können wir aus den deutschen Rechnungen einen Anhalt für die Beantwortung der Frage gewinnen, mit welchem Quantum der Druck auf Deutschland lastet. Zwar sind alle inneren Rechnungen Deutschlands auf Papiermark gestellt, und die wilden Kursstürze seit der Androhung des Ruhreinfalls und vollends seit der Ausführung machen gerade hier jede Addition unmöglich. Aber es hat einmal einen Zeitpunkt gegeben, in dem in einer gewissen Ruhe das Verhältnis der Reparationslasten zu den inneren Ausgaben des Reichs aufgestellt werden konnte. Das war Anfang vorigen Jahres, als die Reichsregierung den Etat für 1922/23 vorlegte. Dieser Etat, unter dem Ministerium Wirth-Rathenau aufgestellt, war gewissermaßen das Finanzprogramm der „Erfüllungspolitik". Um die Balanzierung der Reichsbedürfnisse durch Steuern usw. vor jeder Verdunkelung zu bewahren, wurde aus den Reichsbetrieben (Post und Eisenbahn) ein zweiter, aus den Lasten zur Erfüllung des Vertrages von Versailles ein dritter, für sich stehender Teil des Etats gemacht. In dem damaligen Augenblick waren wirklich Post und Eisenbahn dem Zustande einer Ernährung durch die eigenen Einnahmen nahe gebracht, dem Reiche wurden durch eine Erhöhung der alten und Hinzufügung neuer Steuern unter Aufbietung aller Energie die erforderlichen Einnahmen gesichert (dem Reichstage wurden auf einmal 15 Gesetze über 25 Steuern vorgelegt, und sie wurden sämtlich bewilligt). Wenngleich durch die angedeuteten Ereignisse das ganze Balanzierungswerk zerstört worden ist, so bietet es im Verhältnis der Zahlen doch ein getreues Bild der Lastenverteilung. Die Schlußziffer des großen Hauptetats von 352 Milliarden Papiermark setzt

sich zusammen aus 126 Milliarden für Reichsbedürfnisse und 226 für Ausführung des Vertrages von Versailles, d. h. das Reich war damals bereit, annähernd doppelt soviel an Kriegslasten aufzubringen wie für alle Reichsbedürfnisse zusammengenommen. Ist diese Tatsache in Frankreich bekannt?

Eine dritte Art der Veranschaulichung! Ueber die deutschen Sachlieferungen wird zwar gestritten, über Qualität der Stücke, über den Milliardenwert, mit dem sie anzurechnen sind (abgesehen von der gelieferten Menge Kohle und Koks, deren Wert nach Weltmarktpreis mit 2,6 Milliarden Goldmark objektiv festzustellen ist). Unbestritten ist aber, daß sie stattgefunden haben. Aus den endlosen Registern führen wir als Beispiele an: 85 389 Pferde, 151 643 Rinder, 189 941 Schafe, 21 441 Ziegen, 212 192 Hühner usw. An Stickstoff für die Landwirtschaft 30 000 Tonnen Ammoniaksulphat („korrekt ausgeführt", Denkschrift der französischen Regierung, am 2. Januar 1923 der Pariser Konferenz vorgelegt); an Eisenbahnmaterial (außer dem abgetrennten Gebiete) 5016 Lokomotiven, 8892 Personenwagen, 3306 Gepäckwagen, 135 840 Güterwagen. Demgegenüber stehen an Nichtlieferungen, die als amtlicher Grund für den Einmarsch ins Ruhrgebiet durch sieben Divisionen mit Maschinengewehren, Artillerie, Tanks und Fliegertruppen angegeben worden sind: 20 000 Kubikmeter Holz und 135 000 Telegraphenstangen im Gesamtwert von 2,5 Millionen Goldmark und 2,2 Millionen Tonnen Kohle im Werte von 21,5 Millionen Goldmark. Man darf auch hier wohl fragen: Ist diese Tatsache in Frankreich bekannt?

J. Jastrow.

II.

Sagt nicht: Deutschland hat nichts gezahlt.

Die Märznummer der „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz" enthielt einen Aufsatz von Prof. Jastrow „Deutschlands Zahlungen", der in dem Satz gipfelte: „Daß schon am 30. April 1921 Deutschland doppelt soviel gezahlt hatte wie Frankreich nach 1870/71 im ganzen, ist von der Entente selbst zugegeben. Ist diese Tatsache in Frankreich bekannt?" Der Altmeister der französischen Nationalökonomie, Prof. Gide, der den deutschen Lesern u. a. durch seine furchtlosen Aufsätze in der „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz" und in der „Zeitschrift für Politik" bekannt ist, hat in „Le Progrès Civique" vom 7. April 1923 den Gedankengang Jastrows aufgegriffen. Er nennt seinen Artikel: „Sagt nicht: Deutschland hat nichts gezahlt". Als Motto stellt er ihm den Ausspruch von Renan voran:

„Ich habe niemals glauben können, daß es bei irgendeiner Lage der Dinge schlecht wäre, zu klar zu sehen: es ist gut, jede Wahrheit zu erkennen. Denn jede Wahrheit, die man klar erkennt, macht stark oder vorsichtig, zwei Dinge, die gleich notwendig sind für diejenigen, die ihre Pflicht, ein unbedachter Ehrgeiz oder ihr böses Schicksal

dazu berufen, sich in die Angelegenheiten dieser armen Menschheit zu mischen."

Nachdem Gide auf eine Darlegung im „Temps" hingewiesen hat, wonach Frankreich im Gegensatz zu allen anderen Ententeländern im Jahre 1922 nur einen geringen Teil der ihm zustehenden deutschen Sachlieferungen angefordert hat — von 950 Millionen Goldmark nur 209, davon 180 Millionen für Kohlen, die ihm automatisch aus dem Versailler Vertrag zuflossen[1]) —, fährt er fort:

„Diese Zahlen waren denen bekannt, die die Reparationsfrage verfolgen, aber sie haben das Publikum überrascht, das sich daraufhin gefragt hat, ob es, nachdem man Deutschland so sehr seinen schlechten Willen bei der Leistung von Zahlungen vorgeworfen hat, nicht angezeigt sei zu prüfen, ob Frankreich nicht ebensoviel schlechten Willen bei der Annahme von Zahlungen bekundet hat?

Nun ist dieser schlechte Wille unbestreitbar und könnte durch zahllose Tatsachen belegt werden, wenn der Rahmen dieses Artikels sie aufzuzählen erlaubte. Um nur ein Beispiel anzuführen: man weiß, daß eine der ‚Verfehlungen', die als Vorwand für die Besetzung der Ruhr gedient haben, die ungenügenden Holzlieferungen waren. Nun hat die „Freihandelsliga", deren Vorsitzender Yves Guyot ist, zu wiederholten Malen Dokumente veröffentlicht, die beweisen, daß die Einfuhr von deutschem Holz planmäßig gehindert oder sogar verboten worden ist.

Wie ist diese Stellungnahme zu erklären?

Soll man glauben — wie die Deutschen immer wieder und mitunter auch unsere früheren Verbündeten behaupten —, daß Frankreich es vorzieht, nicht bezahlt zu werden, um eine Handhabe gegen Deutschland zu behalten und einen Vorwand zur Verlängerung der Besetzung? Nein, nicht wahr?

Soll man es damit begründen, die Deutschen setzten zu hohe Preise für ihre Waren an? Aber wie erklärt es sich dann, daß andere Länder, deren Geld viel mehr entwertet ist als unseres — wie die Tschechoslowakei und Rumänien —, einen Vorteil darin sehen, die deutschen Erzeugnisse zu kaufen?

Nein! Die einzige Erklärung ist, daß unsere Industriellen und Produzenten den Wettbewerb der deutschen Waren nicht wollen; ebenso wie sie sich das Monopol für die zerstörten Provinzen gesichert haben, versuchen sie, das Monopol auf dem heimischen Markt zu behalten. Dazu kommt als weitere Erklärung der beharrliche Glaube in der Bevölkerung und sogar in gewissen offiziellen Kreisen, Deutschland könne in Goldtratten, in Devisen, wie man sagt, zahlen, und sei infolge-

[1]) Vgl. hierzu die inzwischen erschienene Abhandlung von Charles Rist, Les Réparations, in „La prochaine dernière guerre" von Charles Rist und Henri Lichtenberger (Conciliation Internationale 1923, Bulletin Trimestriel No. 3).

dessen nicht genötigt, auf Sachleistungen zurückzugreifen. Man hat noch nicht den volkswirtschaftlichen Grundsatz begriffen, daß ein Land mangels Gold nur in Waren zahlen kann.

Trotzdem darf man nicht glauben, wie man unaufhörlich sagt, daß Deutschland nichts gezahlt hat. Nach den Berechnungen der Reparationskommission hatte es am 30. April v. J. bis zum Betrage von 7600 Millionen Goldmark gezahlt. Und Deutschland behauptet, daß diese Berechnungen planmäßig gedrückt wurden, und daß es mindestens 20 Milliarden Goldmark gezahlt habe. Wenn wir annehmen, daß die Wahrheit zwischen den beiden Schätzungen liegt, sagen wir bei 12—14 Milliarden Goldmark, und wenn wir berücksichtigen, daß diese Berechnung schon ein Jahr zurückliegt und infolgedessen um alles, was seitdem gezahlt worden ist, erhöht werden muß, kann man sagen, daß Deutschland schon den Gegenwert von 40—50 Milliarden Papierfranken gezahlt hat.

Allerdings hat der größte Teil dieser Summe, reichlich 6 Milliarden Goldmark (20 Milliarden Papierfranken), dazu gedient, die Besatzungskosten zu zahlen.

Man darf auch nicht vergessen, daß alles, was in den besetzten Provinzen weggenommen worden war, Vieh oder Möbel, in natura oder in Gegenwerten zurückerstattet worden ist; die Liste ist endlos: 101 250 Schafe, 34 970 Hühner usw. bis zu 30 000 Bienenkörben, und ich weiß nicht wieviel Hasen und Fasanen, die wohl kaum identifiziert worden sind. Nichts von alledem ist in der obigen Zahl enthalten, und doch stellt das eine hübsche Zahl von Milliarden dar. Das ist aber auch das allermindeste, wird man sagen, daß man die gestohlenen Dinge zurückerstattet. Gewiß. Aber es ist auch das allermindeste, daß man dem Dieb anrechnet, was er zurückerstattet hat.

Man erkennt heute all das Uebel, das die unsinnige Versicherung angerichtet hat: Deutschland wird zahlen! Aber nicht weniger fatal war jene andere landläufige Behauptung: Deutschland hat nichts gezahlt."

Für eine europäische Verständigung.[1])

Von Fernand Gouttenoire de Toury und Robert Kuczynski

I.

Ansprache Gouttenoire de Tourys.

Es ist eine große Enttäuschung und tieftraurig, daß wir mehr als fünf Jahre nach dem Waffenstillstand noch immer genötigt sind, den Frieden und die Verständigung herbeizusehnen.

[1]) Im Januar 1924 fanden in Großbritannien auf Anregung der „Fellowship of Reconciliation" zahlreiche öffentliche Versammlungen statt, in denen Engländer, Franzosen und Deutsche die Möglichkeiten einer europäischen Verständigung darlegten. Von deutscher Seite

Die Regierungen hatten uns so schöne Versprechungen während des Krieges gemacht, indem sie uns immer wieder sagten, daß wir für das Recht, die Freiheit, den Frieden kämpften.

Und wir haben uns durch diese schönen Versprechungen einfangen lassen, vor allem wir, die wir in der vordersten Linie kämpften und wußten, daß die Kämpfer da drüben — auf der andern Seite des Niemandlandes — unglückliche Menschen waren, so wie wir, und unschuldig wie wir an der Entfesselung der Katastrophe.

Tatsächlich herrschte der Haß gegen den Feind ja nicht in den Schützengräben, sondern im Hinterland, wo die Lumpen und Schieber die Opferung der jungen Generationen zur Sicherung ihrer eigenen Ruhe und zu ihrem Nutzen ausbeuteten.

Wir sind durch diese schönen Versprechungen eingefangen worden, und als 1916 der Präsident Wilson sich die Grundsätze unserer französischen Revolution zu eigen machte und die mächtige Stimme internationaler Solidarität und Brüderlichkeit ertönen ließ, gab es in allen Ländern einen ungeheuren Ausbruch der Freude und der Hoffnung.

Diese Illusionen haben sich gar viele von uns bis nach dem Waffenstillstand bewahrt. Der Glaube war allerdings nicht immer gleich stark, und er schwand in dem Maße wie Enttäuschungen eintraten: Weigerung der Entente, die Sozialistenkonferenz in Stockholm zu gestatten, wo man für die Wiederherstellung des Friedens arbeiten wollte; Enthüllung der abscheulichen russisch-französischen Geheimverträge vom März 1917; Weigerung der Entente, ihre Kriegsziele anzugeben, trotz der wiederholten Aufforderungen des Präsidenten Wilson, der mit Recht darin das einzige Mittel sah, diesem furchtbaren Kriege eines Tages ein Ende zu machen. Wir hofften noch — ach, immer schwächer — auf einen gerechten Dauerfrieden, auf einen Frieden der Völker, aber wir klammerten uns an diese Hoffnung, je mehr unsere Besorgnisse stiegen.

Als wir uns dem Frieden von Versailles gegenübersahen, diesem Monstrum an Dummheit und Ungerechtigkeit, wußten wir endgültig, woran wir waren:

sprachen in London und Leicester: Siegmund Schultze und ich, von französischer Seite d'Estournelles de Constant jr. und Pastor Guiton; in Manchester, Bradford, Leeds, Oxford, Cambridge, Liverpool, Birmingham: ich, teils mit d'Estournelles de Constant, teils mit Guiton, teils mit Gouttenoire de Toury. Ich gebe hier (I) die Ansprache Gouttenoire de Tourys in Birmingham (25. Januar), so wie er sie für die Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz niedergeschrieben hat, ferner (II) den Schluß einer Artikelserie von ihm aus der „Ere Nouvelle" (29. bis 31. Januar), alsdann (III) den Gedankengang meiner Ansprachen und im Anschluß daran den Gesetzentwurf zu der in meinen Ausführungen als Grundlage der Reparationszahlungen vorgeschlagenen Vermögensabgabe.

Die Regierungen — alle Regierungen: die englische, wie die französische, die italienische wie die amerikanische und alle anderen — hatten uns betrogen, hatten uns in unwürdiger Weise getäuscht. Der Vertrag von Versailles war, wie alle vorangehenden Verträge, ein Vertrag des Imperialismus und des Raubes, aber er übertraf sie noch durch die Unmöglichkeit der Durchführung seiner Bestimmungen, durch die zynische Heuchelei gewisser Klauseln, durch den Bruch des gegebenen Wortes.

Zur Zeit der Unterzeichnung des Vertrages war die Entente in Wirklichkeit nicht mehr frei.

Als im Oktober 1918 die Deutschen nicht mehr imstande waren, den Kampf fortzusetzen, hatte sich ihre Regierung an den Präsidenten Wilson gewandt, der damals als der Schiedsrichter der Welt galt, um ihn zu fragen, ob die Entente geneigt sei, den Frieden nach Maßgabe der vierzehn Punkte, die in der berühmten Botschaft an den amerikanischen Senat vom 8. Januar 1918 niedergelegt waren, zu unterzeichnen.

Nach einen Monat währenden Verhandlungen mit der Entente ließ Wilson angesichts der ganzen Welt die deutsche Regierung wissen, der Vorschlag sei angenommen. Es genügt, die Bestimmungen des Versailler Vertrages mit den 14 Punkten zu vergleichen, um festzustellen, daß die Ententeregierungen ihre Verpflichtungen schmählich gebrochen haben: die Kolonien z. B., die Deutschland geraubt wurden, wo doch eine gerechte Schlichtung vorgesehen war, und die Entwaffnung, die nur den Besiegten auferlegt wurde, wo sie doch allgemein sein sollte, sind Beispiele, die genügen dürften, um auch den Unkundigsten ins Bild zu setzen.

Was die Reparationen der zerstörten Gebiete angeht, die Ländern wie Frankreich, Belgien, Serbien usw., die durch den bewaffneten Einfall verwüstet wurden, gebühren, und deren Berechtigung niemand im entferntesten bestreitet, so forderte der Versailler Vertrag, anstatt sich auf angemessene und vernünftige Bestimmungen zu beschränken, von den Besiegten die Bezahlung aller Pensionen an die Verwundeten, die Kranken, die Witwen, die Waisen, die Eltern, und gestand nicht einmal die Festsetzung der von den Besiegten geschuldeten Summe zu: je mehr Deutschland arbeiten und produzieren würde, sagte man, desto mehr solle es zu zahlen haben. Welch ein Wahnsinn, welche Torheit! Ganz abgesehen von jedem idealistischen Gesichtspunkt hätte man sich klar sein müssen, daß derjenige nicht arbeitet, der von vornherein weiß, daß er die Frucht seiner Anstrengungen verlieren wird.

Nach solchen Fehlern, nach solchen Mißgriffen, nach solchen Verbrechen hat sich das Unvermeidliche ereignet: Deutschland hat die Reparationen nicht zahlen können.

Es ist sicher, daß die einander folgenden deutschen Regierungen nicht entfernt ihr Möglichstes getan haben, um die Repa-

rationen zu zahlen, und Dr. Kuczynski mit seinem großen Wissen und seiner großen Gewissenhaftigkeit ist der erste, das anzuerkennen; aber es ist nicht minder wahr, daß der Grundfehler den Ententeregierungen zur Last fällt, die über die Macht verfügten und im Versailler Vertrag ungerechte und unausführbare Bedingungen festgesetzt haben.

Mit einem solchen Vertrag sind, wie leicht vorauszusehen war, die Reparationen nicht gezahlt worden. Da hat die Regierung des Nationalen Blockes — dieses Blockes der kapitalistischen Interessen — es für gut befunden, die Ruhr zu besetzen. Das war ein eigenartiges Mittel, um die Reparationen zu erhalten: die Halsader Deutschlands zu würgen, sein lebenswichtigstes Industriezentrum zu lähmen und so seine Wirtschaft zu vernichten, und man denkt angesichts eines solchen Schauspiels an die Torheit eines Mannes, der als Gläubiger eines Schusters dessen Werkzeuge zerstören und es ihm damit unmöglich machen würde, zu arbeiten, also zu produzieren, also zu zahlen!

Aber die Ruhr ist jetzt seit über einem Jahre besetzt. Wir sehen die Ergebnisse: das Elend für das deutsche Volk, die wachsende Unmöglichkeit von Reparationen für Frankreich, die dauernde und verschärfte Arbeitslosigkeit in England.

Ganz Europa geht der Vernichtung entgegen — und dem Kriege.

Was ist unter solchen Verhältnissen die Pflicht der pazifistischen Organisationen aller Länder, die in dieser Versammlung vertreten sind? Was sind ihre Aktionsmittel?

Meiner Meinung nach sind sie von zweierlei Art:

Zunächst und vor allem: die Erziehung und die Propaganda. Das große Unglück der Völker, die Hauptursache, die sie in den Krieg stürzt, ist, daß man sie belügt, und daß sie nichts von der Wahrheit wissen.

Von ihrem jüngsten Alter an wird den Kindern der Haß und der Geschmack für Militarismus und Krieg beigebracht. Ihre Mütter selber legen in ihre Hände Bleisoldaten, Offiziersuniformen. Etwas später, auf der Schulbank, verherrlicht man für sie die Geschichte der Kriege, der Schlachten, und man preist ihnen den militärischen Ruhm. Noch später, wenn sie Männer geworden sind, lehrt man sie den Haß gegen den Erbfeind — der übrigens je nach den Zeiten und den Umständen wechselt —, und man verschärft alle Mißverständnisse, man verbreitet alle Lügen, um sie aufzuhetzen.

Der Versailler Vertrag liefert uns auch noch ein berüchtigtes Beispiel für diese Pflege des Hasses unter den Völkern: im Artikel 231 haben die Deutschen, ohne verhandeln oder sich verteidigen zu können, anerkennen müssen, sie seien die allein Schuldigen an der Entfesselung der Katastrophe. Im Artikel 228 haben sie hinnehmen müssen, daß nur die deutschen Kriegsverbrecher den Gerichten ausgeliefert

würden, und zwar Gerichten, die nur aus den Siegern bestanden. Und doch wissen wir es heute aus den Akten, die den Archiven entstiegen sind, daß, wenn die Regierungen der Mittelmächte auch einen schweren Anteil an der Verantwortlichkeit für die Entfesselung des Krieges haben, die anderen Regierungen — große und kleine — keineswegs schneeweiße Lämmer sind. Wir wissen wohl, daß die Verantwortlichkeit sich auf alle Regierungen verteilt, die im Dienste der Geldmächte stehen, welche sich die Vorherrschaft und die Reichtümer der Welt streitig machen. Und wir wissen auch, daß Kriegsverbrechen nicht allein von Deutschen verübt wurden, sondern daß alle Heere zu Kriegszeiten Greueltaten begehen, und daß es der Krieg selbst ist, den man anklagen, verdammen und für immer verhindern muß!

Die erste Pflicht der pazifistischen Organisationen ist also die Erziehung und die Propaganda, um die Lüge zu töten, die uns erdrückt. Aber es gibt noch eine andere Pflicht: die Beeinflussung der Regierungen mit allen Mitteln, über die wir verfügen, im Sinne einer Politik, die geeignet wäre, gute Beziehungen zwischen den Staaten aufrechtzuerhalten und so den Frieden zu sichern.

Die beiden heute in dieser wundervollen Versammlung vorgeschlagenen Resolutionen liefern uns ein ausgezeichnetes Beispiel für die Mittel, die anzuwenden sind: die Einberufung einer großen internationalen Konferenz aller Völker fordern, um den Frieden aufzubauen, heißt — ich fürchte mich nicht, die Dinge bei ihrem Namen zu nennen —, die Revision des Versailler Vertrages fordern, um ein Kriegsinstrument durch ein Friedensinstrument zu ersetzen. Anderseits bedeutet die Aufforderung an die englische Regierung, England auf territoriale und finanzielle Zugeständnisse vorzubereiten, den schließlichen Verzicht auf die englischen Schuldforderungen an die anderen Ententeländer: ein hohes und herrliches Beispiel von Uneigennützigkeit, von gutem Willen, von praktischem und klugem Idealismus! Man muß hoffen, daß die neue Arbeiterregierung mehr Festigkeit haben wird als ihre Vorgängerinnen, und daß sie die Beschlüsse, die hier angenommen werden sollen, sich zu eigen mache.

Wenn England ein solches Beispiel gäbe und so kühn den Weg zum Frieden in Europa wiese, würden die Vereinigten Staaten, bei denen die Hauptentscheidung liegt, zweifellos der Bewegung folgen und gleichfalls auf ihre Schuldforderungen verzichten. Frankreich aber würde angesichts einer durch Taten bewiesenen Uneigennützigkeit Englands die Augen öffnen. Man könnte ihm nicht mehr sagen — welch schwerwiegendes Argument! —, England habe sich in seinem Egoismus zuerst bedient, indem es das deutsche Kolonialreich, die deutsche Marine, den deutschen Wettbewerb vernichtete, und habe sich dann von seinen Verbündeten losgesagt. Frankreich

würde seine schlechten Führer verjagen und zu seiner jahrhundertealten Tradition zurückkehren..

Man darf sich tatsächlich nicht vorstellen, daß das Antlitz Frankreichs das des Nationalen Blockes sei. Frankreich hat viel gelitten; betrogen und getäuscht sieht es heute nicht, wohin man es führt. Aber wenn es einmal durch das schöne Beispiel aufgeklärt ist, das die englische Arbeiterregierung ihm hoffentlich geben wird, würde es seine traditionelle Rolle als Dienerin des Rechts, der Freiheit und des Friedens wiederaufnehmen.

Sind einmal die interalliierten Schulden gestrichen und die deutsche Schuld verringert und konsolidiert, dann werden die Reparationen möglich sein, dann wird es keinen Vorwand mehr für die militärische Besetzung geben, die Beweggründe zum Haß und zur Rache werden verschwinden, und die Völker werden endlich den Frieden erhalten, den man ihnen so oft während des Krieges versprochen hat, und für den sie so lange gelitten und gekämpft haben!

II.

Im Rathaus zu Birmingham.

Wir trafen in Birmingham wenige Stunden vor der Versammlung ein, und als wir an dem Rathaus vorbeikamen, äußerte unsere Gastgeberin, die Frau eines der Organisatoren der Friedenspropaganda-Rundfahrt, einige Besorgnisse: „Vor allem", erklärte sie uns, „war es von den Veranstaltern unvorsichtig, für diese Kundgebung den großen Festsaal des Rathauses zu wählen, der mehr als 2500 Plätze enthält. Wenn wir 500 Personen zusammenbekommen, so wird das schon alles Mögliche sein, und da unter diesen Umständen der Saal leer erscheinen wird, werden wir ein Fiasko erleben. Sodann", fügte sie hinzu, „ist die Stadt Birmingham, der angestammte Wahlbezirk der Familie Chamberlain, ausgesprochen konservativ, trotz ihrer ungeheuren Arbeiterbevölkerung. Man ist hier reaktionär und nationalistisch; ich fürchte auch sehr, daß der Vertreter der deutschen Pazifisten Mühe haben wird, sich gegenüber den unausbleiblichen Störungen Gehör zu verschaffen."

Die Versammlung war auf 7½ Uhr angesetzt, da in England öffentliche Zusammenkünfte, wie übrigens auch die Theater und andere Stätten des Vergnügens und der Propaganda, gewöhnlich um 10 Uhr schließen. Zehn Minuten vor der Zeit betraten wir das imposante Rathaus von Birmingham.

Wie groß war — angesichts der obenerwähnten Befürchtungen — meine Verblüffung, als ich durch einen Türspalt einen forschenden Blick in den Festsaal warf und nun sah, daß das ungeheure Schiff von den untersten Reihen bis zum Giebel zum bersten voll war. Die Masse lauschte noch den Harmonien der Orgel, die die Versammlung einleiteten und ihr den etwas

— im besten Sinne — religiösen Charakter gaben, der dem alten England eigentümlich ist.

Um 7½ Uhr pünktlich — auch das ist eine Gepflogenheit, von der wir lernen sollten — ergriff der erste auf der Rednerliste das Wort. Es war Oswald Mosley, der Schwiegersohn von Lord Curzon; er wurde vor kurzem als Unabhängiger in das Parlament gewählt, steht aber der Arbeiterpartei so nahe, daß er fast zum Unterstaatssekretär im Kabinett Macdonald ernannt worden wäre.

Nachdem er mit einer ansteckenden Wärme die Verständigung unter allen Völkern gefordert hatte, schloß er mit folgendem Antrage:

„Die heutige Versammlung von Bürgern Birminghams fordert die Regierung Seiner Majestät auf, die Initiative zur Einberufung einer internationalen Konferenz aller Staaten zwecks Wiederherstellung freundlicher sozialer, politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern Europas zu ergreifen."

Dieser Antrag wurde alsdann mit schlichter Beredsamkeit von Kommandeur Locker-Lampson, konservativem Mitglied des Parlaments, unterstützt, einem ehemaligen Unterstaatssekretär im Kabinett Lloyd George, sowie von Frau Randolph Clarkson, einer liberalen Führerin der pazifistischen Bewegung in England.

Dann wurde die Sitzung unterbrochen und in der Pause nach englischem Gebrauch eine Sammlung zur Deckung der Unkosten der Veranstaltung vorgenommen.

Während ich beim Klange der Orgel, die ihr feierliches Konzert wiederaufgenommen hatte, über die Schönheit einer solchen Kundgebung für den Frieden und die Verständigung nachdachte, kam mir ein Gedanke: wäre es nicht eine glückliche Geste, bei passender Gelegenheit die deutsch-französische Verständigung in einem symbolischen Shake-hand zwischen dem deutschen und dem französischen Delegierten zum Ausdruck zu bringen? Ich eröffnete dies meinem Nachbarn, dem vortrefflichen Quäker Roger Soltau, der mich seit Paris begleitet hatte; aber der Gedanke schien ihm nicht einzuleuchten, und, bloß um mein Gewissen zu entlasten, stellte ich die gleiche Frage an den deutschen Delegierten, von dem ich nur durch Professor Beazley, den Vorsitzenden, zu dessen Seiten wir saßen, getrennt war. Dr. Kuczynski, der ausgezeichnete Nationalökonom, der der Deutschen Liga für Menschenrechte angehört und im Institute of Economics in Washington an dem Bericht über Deutschlands Zahlungsfähigkeit mitgearbeitet hat, war noch viel kategorischer: die Engländer würden kein Verständnis dafür haben und die vorgeschlagene Geste könnte einen schlechten Eindruck machen.

Es mußte dabei sein Bewenden haben. Als die Orgel schwieg, wurde die Sitzung wiederaufgenommen, und ich war der nächste Redner. Noch bevor ich den Mund öffnen konnte, erfolgte eine Ovation, die sich selbstverständlich nur an Frank-

reich und die Verständigung richtete, und die sich während meiner ganzen Darlegungen wiederholte.

Dann erhob sich Dr. Kuczynski: die gleichen Ovationen, aus denselben Beweggründen, und er war noch nicht weit in seiner Ansprache fortgeschritten, als eine Eingebung, die ich jetzt noch nicht recht begreife, mir sagte, der psychologische Moment sei gekommen: ich vergaß alle Ratschläge, stand auf und streckte dem deutschen Delegierten meine weitgeöffnete Hand zum traditionellen englischen Shake-hand entgegen.

Die Versammlung ergriff ein Taumel. Donnernder Applaus durchbrauste den Saal, und als er sich immer länger hinzog, nachdem ich mich gesetzt hatte, wiederholten wir die Geste der Verständigung, die über alles Beifallklatschen hinaus einen ungeheuren Lärm: Rufe der Ergriffenheit, der Freude, der Begeisterung entfesselte. Ach, das britische Phlegma war verflogen, und man hat mir versichert — ich war zu sehr bewegt, um irgend etwas zu sehen —, daß mehr als einer in dem Saale weinte[1]).

Kurz, die Geste der deutsch-französischen Verständigung hatte so eingeschlagen, daß alle folgenden Redner auf das Shake-hand anspielten, und daß die Berichte in den Zeitungen vom nächsten Tage dieses Shake-hand in die Ueberschrift setzten.

Nach Dr. Kuczynski sprach J. W. Kneeshaw, ein Mitglied der Arbeiterpartei, allgemein beliebt auch wegen der Leiden, die er als Kriegsdienstverweigerer während des Krieges ausgestanden hat[2]). Er schloß mit folgendem Antrag:

---

[1]) Anmerkung des Herausgebers: Ich kann bezeugen, daß selbst diese lebensvolle Schilderung hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Ich habe z. B. bei Wahlen in Amerika Versammlungen mitgemacht, in denen, rein äußerlich betrachtet, die Begeisterung sich noch stürmischer Luft machte, als vor und nach den Ansprachen von Gouttenoire de Toury und mir. Aber da handelte es sich um den Ausdruck des Jubels und um Redner, die den Versammelten seit langem bekannt waren. Den Zuhörern in Birmingham lag jeder Jubel fern. Und daß ihnen das Weinen näher war als das Lachen, konnte ich noch nach Schluß der Versammlung bemerken. Unter den Scharen von Teilnehmern, die von allen Seiten auf uns zuströmten, war eine alte Frau. Sie ergriff meine Hände: „Sind Sie schon lange von Deutschland fort?" — „Nein, erst seit zehn Tagen." — „Dann wissen Sie, was Elend ist." — Und als ihr jemand sagte: „Er hat sechs Kinder", schlug sie die Hände vors Gesicht und schluchzte.

[2]) Hierzu schreibt Gouttenoire de Toury in einem früheren Artikel: Die Revanche der „Flaumacher" („Ere Nouvelle" vom 30. Januar 1924):

Man weiß, daß Ramsay Macdonald während des Krieges als „Flaumacher" bezeichnet und verachtet wurde, weil er unter allen Verhältnissen den Grundsätzen menschlicher Solidarität und Brüderlichkeit, die eine Ehrensache für den Sozialismus sind, treu blieb, und man hat z. B. nicht vergessen, daß, als er unter der Herrschaft des Kriegsterrors aufs Meer wollte, um sich zu einer Sozialistenkonferenz

„Die Versammlung fordert weiter, daß die Regierung Seiner Majestät bereit sei, zur Schaffung eines allseitigen guten Willens gewisse territoriale und finanzielle Zugeständnisse zu machen."

Die beiden Anträge wurden zur Abstimmung gestellt und angenommen; der erste einstimmig, der zweite einstimmig mit einigen wenigen Stimmenthaltungen.

Es sei nochmals ausdrücklich betont, daß die Versammlung von 2500 bis 3000 Personen Frauen und Männer umfaßte, die den drei Parteien angehörten: der konservativen, der liberalen und der Arbeiterpartei.

Man darf also behaupten, daß jetzt in England eine Einstimmigkeit zugunsten einer großen internationalen Konferenz zustande gekommen ist, die den Frieden wiederaufbauen und letzten Endes — man muß es sagen, und ich habe es gesagt — den verhängnisvollen und verbrecherischen Versailler Vertrag revidieren soll.

Man darf also weiter behaupten, daß es bei unseren Verbündeten jenseits des Kanals einen so starken Wunsch nach Frieden und Verständigung gibt, daß, wenn sich die Regierung Macdonalds, um dies Ziel zu erreichen, entschließen würde, auf die Schuldforderungen Englands an seine Verbündeten zu verzichten, sie bald auch das ganze Land einstimmig hinter sich hätte.

---

zu begeben, die Seeleute des Dampfers, der ihn befördern sollte, streikten, um sich seiner Abreise zu widersetzen.

Heute residiert Ramsay Macdonald in Downing Street. Aber er ist längst nicht der einzige im Parlament, ja nicht einmal in der Regierung, der sich als Streiter für den Pazifismus während des Krieges bewährt hat. Morgan Jones, ein Akademiker, ehemaliger Lehrer, seit dem Kriege Journalist, der kürzlich für den Bezirk Caerphilly (Wales) wiedergewählt worden ist, war Kriegsdienstverweigerer. Er wurde aus diesem Grunde ins Gefängnis geworfen und seines Amtes enthoben. Heute ist er Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium und wird höchstwahrscheinlich ehrfurchtsvolle Huldigungen von denen empfangen, die ihn einst verleugnet und verhöhnt haben.

Am Tage nach den letzten Parlamentswahlen vereinigten sich die Mitglieder des neuen Parlaments, die während des Krieges wegen Kriegsdienstverweigerung oder antimilitaristischer Propaganda im Gefängnis gesessen hatten, im Parlament zu einem Essen, zu dem sie nur Männer geladen hatten, die aus demselben Anlaß Freiheitsstrafen erlitten hatten. Bei diesem brüderlichen und überaus ergreifenden Mahle waren nicht weniger als 18 parlamentarische Tischgenossen, unter ihnen der obenerwähnte Morgan Jones, Walter Ayles, Kriegsdienstverweigerer, und J. H. Hudson, Kriegsdienstverweigerer und jetzt Sekretär des nationalen Friedenskartells. (Walter Ayles ist der Vorsitzende der „Fellowship of Reconciliation". Ein anderer Teilnehmer war der von der Universität Wales ins Parlament gewählte Kriegsdienstverweigerer G. Davies, ferner der bekannte E. Morel usw. R. K.) Ramsay Macdonald, der, weil er nicht in Haft gewesen war, nicht die Auszeichnung genoß, zu den Eingeladenen zu zählen, schickte ihnen eine Botschaft, in der er verkündete, daß sie endlich, nachdem sie erniedrigt worden waren, zu Ehren gekommen seien.

Niemand wird die Tragweite einer derartigen Feststellung unterschätzen: wenn England auf seine Schuldforderung verzichtet, so ist das eine Handlung von einer solchen moralischen Bedeutung, so ist es ein solcher Beweis von Uneigennützigkeit und Friedenswillen, daß die anderen wohl oder übel folgen müßten: die Vereinigten Staaten müßten das Beispiel ihrer angelsächsischen Brüder nachahmen, und unser Frankreich würde mit Schaudern die schlechten Führer verstoßen, die es seit so langem betrügen und schänden.

Auch habe ich mich bemüht, die Tatsache zu unterstreichen, daß Frankreich nicht das Gesicht des Nationalen Blockes hat, sondern das Gesicht, das ihm im Laufe der Geschichte diejenigen seiner Kinder aufgeprägt haben, die für das Ideal arbeiteten und kämpften: Kreuzzüge, kommunale Kämpfe, Philosophen des 18. Jahrhunderts, Revolution. Diese Stelle meiner Rede wurde vielleicht am günstigsten aufgenommen: unsere englischen Freunde wollten zum Ausdruck bringen, wie sehr sie das g u t e Frankreich lieben, so wie sie einige Augenblicke später ihre Sympathie für das g u t e Deutschland bezeugten.

Wenn ich dann noch sage, daß ich mit meiner Kritik die englischen Regierungen im Hinblick auf den Versailler Vertrag und seine Folgen ebensowenig schonte wie die französischen Regierungen, daß ich insbesondere auf das so starke Argument hinwies, womit man England angreifen kann, daß es nämlich das deutsche Kolonialreich, die deutsche Marine, den deutschen Wettbewerb vernichtet habe, um sich dann von seinen Verbündeten loszusagen, wenn ich noch hinzufüge, daß unsere englischen Freunde als wahre Pazifisten, die da wissen, daß die Wahrheit wichtiger ist als alles andere, nicht daran dachten, an meiner Freimütigkeit Anstoß zu nehmen, sondern ganz im Gegenteil, so werde ich genug über diese unvergeßliche Versammlung von Birmingham gesagt haben.

Nach einer ergreifenden Ansprache des Pastors O l i v e r D r y e r und der schönen Schlußrede des Vorsitzenden, Professor B e a z l e y, wurde die Versammlung unter größter Begeisterung geschlossen, und noch lange nachher umgaben uns Engländer und vor allem Engländerinnen, den Dr. Kuczynski und mich, um unsere Unterschriften als Erinnerung an diesen schönen Abend für den Frieden und die Verständigung zu erbitten.

Und die Schlußfolgerung? In der schweren Stunde, die wir jetzt durchleben, ist nur eines sicher: das englische Volk will — weil es Arbeitslose hat, ohne Zweifel; aber hauptsächlich, weil es die Sinnlosigkeit des Krieges und des Hasses begriffen hat — mit allen Kräften den Frieden und die Verständigung.

Wir Franzosen müssen wissen und es zeigen, ob wir mit ihm oder gegen das englische Volk sein wollen. Es ist kein Augenblick mehr zu verlieren.

Und — vergessen wir das nicht — im ersteren Falle bekommen wir die Sicherheit und die Reparationen im größtmöglichen Umfange, während wir im zweiten Falle weiter die Nacht haben, aus der wir nach bald zehn Jahren noch immer nicht herauskommen, und am Ende des Tunnels, welcher Abgrund? Niemand vermag es zu sagen.

III.

Ansprache Robert Kuczynskis.

Wenn man die Wege zu einer europäischen Verständigung sucht, muß man sich darüber klar sein, daß es vor allem zwei Umstände sind, die Europa nicht zur Ruhe kommen lassen: die Balkanisierung Mittel- und Osteuropas und der deutsch-französische Konflikt.

Die Balkanisierung Mittel- und Osteuropas, die Entstehung zahlreicher mittlerer und kleiner Staaten, ist die unmittelbare Folge des Krieges und der Friedensschlüsse. Vor zehn Jahren gab es hier drei große Staaten mit über 50 Millionen Einwohnern: Rußland, Deutschland, Oesterreich-Ungarn. Heute gibt es nur zwei: Rußland und Deutschland; und oft weiß man nicht recht, ob der eine von ihnen, Deutschland, überhaupt noch als unabhängiger Staat anzusehen ist. Vor dem Kriege gab es in Mittel- und Osteuropa keinen einzigen Staat mit 10 bis 50 Millionen Einwohnern; jetzt gibt es deren vier: Polen, Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Vor dem Kriege gab es vier Staaten mit 1 bis 10 Millionen Einwohnern: Rumänien, Bulgarien, Serbien, Griechenland; heute sind es acht: Bulgarien, Griechenland, Oesterreich, Ungarn, Litauen, Lettland, Estland, Finnland. Die Gesamtzahl der Staaten hat sich verdoppelt, die Zahl der Staaten mit weniger als 50 Millionen Einwohnern hat sich verdreifacht. Und die Schwierigkeiten sind dadurch ins Unendliche gewachsen, daß, während früher die drei Großmächte die Politik der vier Kleinstaaten beherrschten, der außenpolitische Einfluß der beiden großen Staaten heute nur sehr schwach ist und die zwölf Mittel- und Kleinstaaten eine mehr oder weniger selbständige Politik treiben, ohne dabei immer auf das nationale Selbstbewußtsein und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten ihrer Nachbarn hinreichend Rücksicht zu nehmen.

Die andere Gefahrenquelle, der deutsch-französische Konflikt — mit dem ich mich hier ausschließlich beschäftigen will —, hat für die Franzosen zwei Ursachen: das Gefühl der Unsicherheit und der Wunsch nach Reparationen. Ich bin zu kurze Zeit in England gewesen, um zu wissen, wie man sich hier zu dem Gefühl der Unsicherheit stellt, das Frankreich gegenüber Deutschland empfindet. Aber ich kenne etwas die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten und in Deutschland. In beiden Ländern erörtert man immer wieder die Frage, ob das Gefühl der Unsicherheit auf

Seiten Frankreichs gerechtfertigt ist oder nicht. Das aber ist reine Zeitverschwendung. Es ist vollkommen gleichgültig, ob das Gefühl gerechtfertigt ist oder nicht. Es besteht und muß daher von jedem verantwortlichen Staatsmann, ja von jedem Menschen, der auf eine europäische Verständigung hinarbeitet, mit größtem Ernste berücksichtigt werden. Deutschland selbst kann kaum etwas dazu tun, um Frankreich dies Gefühl der Unsicherheit zu nehmen. Das ist Aufgabe insbesondere Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, und ich wünschte, diese Länder täten, was in ihren Kräften steht, damit Frankreich dieses peinigende Gefühl der Unsicherheit verliere.

Der Wunsch nach Reparationen, die zweite Sorge Frankreichs, geht selbstverständlich in erster Reihe Deutschland an. Deutschland muß, wenn irgend möglich, alle berechtigten Reparationsansprüche erfüllen. Aber die Reparationsfrage ist ein sehr verwickeltes Problem. Es besteht nicht einmal Einigkeit darüber, was Deutschland in der Vergangenheit geleistet hat, geschweige denn darüber, was es in Zukunft zahlen kann.

Wieviel hat Deutschland bisher gezahlt? Die Reparationskommission sagt: 8 Milliarden Goldmark; die Reichsregierung behauptet: 42 Milliarden Goldmark. Wie erklärt sich der ungeheure Unterschied?

Erstens berücksichtigt die Reparationskommission nur die Leistungen, die schon endgültig abgeschlossen und abgeschätzt sind. Infolgedessen bucht sie z. B. das im Ausland beschlagnahmte Vermögen deutscher Staatsangehöriger überhaupt nicht, weil die Liquidation noch im Gange ist. Deutschland fordert, daß ihm dafür schon jetzt 11 740 Millionen Goldmark gutgeschrieben werden, vorbehaltlich weiterer Ansprüche für das in den Vereinigten Staaten, Rußland, Brasilien und Kuba beschlagnahmte deutsche Eigentum, dessen Schicksal noch unentschieden ist. Aus ähnlichen Gründen — nämlich weil die Abschätzung noch nicht durchgeführt ist — hat die Reparationskommission einstweilen das in dem abgetretenen Abstimmungsgebiet Oberschlesiens gelegene Reichs- und Staatseigentum Deutschland noch nicht gutgeschrieben.

Zweitens setzt die Entente bei Abschätzung der deutschen Leistungen grundsätzlich den Preis an, den sie bei einem Weiterverkauf tatsächlich erzielt hat oder ungünstigstenfalls erzielen würde, während Deutschland grundsätzlich den Wert einträgt, den die betreffenden Gegenstände zur Zeit der Ablieferung für Deutschland hatten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Standpunkt der Reichsregierung der einzig richtige ist. Das Vorgehen der Reparationskommission ist um so ungeheuerlicher, als die Entente bei ihren Gegenforderungen an Deutschland grundsätzlich den deutschen Standpunkt eingenommen, also stets den Wert angesetzt hat, den die zerstörten Gegenstände (Schiffe usw.) für den Verlierer hatten. Die Unterschiede zwischen den Zahlen der Reichsregierung und denen der Reparationskommission, die sich aus der Verschiedenheit

der Bewertungsgrundsätze ergeben, sind außerordentlich groß. Die Reichsregierung fordert z. B. für die abgelieferten Seeschiffe eine Gutschrift von 3326,5 Millionen Goldmark[1]); die Reparationskommission bucht nur 707,5 Millionen Goldmark, weil sie diesen Betrag bei der Versteigerung der Schiffe erzielt habe. Noch mehr zum Schaden Deutschlands werden sich die Bewertungsgrundsätze der Reparationskommission, wenn sie nicht inzwischen zu einer besseren Einsicht gelangt, bei der Anrechnung des obenerwähnten, im Ausland beschlagnahmten deutschen Eigentums auswirken. Denn gegen diese der Entente übereigneten Werte sollen ja die von den Entente-Staatsangehörigen in Deutschland erlittenen Schäden aufgerechnet werden. Würden aber diese Schäden, wie stets bisher, unter Anwendung der deutschen Bewertungsgrundsätze, das von Deutschland abgelieferte Privateigentum aber nach den Bewertungsgrundsätzen der Reparationskommission abgeschätzt, so würde Deutschland schließlich möglicherweise für dieses Eigentum gar nichts gutgeschrieben erhalten, ein Vorgehen, für das kein Wort der Verurteilung zu hart wäre. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß die Reichsregierung ihre richtigen Bewertungsgrundsätze auch immer in der Praxis richtig angewendet habe. Im Gegenteil, sie hat leider selber die Stoßkraft ihrer berechtigten Forderungen durch die Stellung von ganz übertriebenen Ansprüchen abgeschwächt. Das gilt vor allem für ihr Verlangen, die der Entente abgetretenen Forderungen an Deutschlands ehemalige Kriegsverbündete mit 8,6 Milliarden Goldmark auf Reparationskonto gutgeschrieben zu bekommen. Denn wenn auch der Standpunkt der Reparationskommission, die von Deutschland seinen Verbündeten gewährten Darlehen lauteten auf Papiermark und seien daher in Papiermark zurückzuzahlen (also wohl 8,6 Milliarden Mark = 1 Goldpfennig?), volkswirtschaftlich und rechtlich unhaltbar ist[2]), so wird doch kein Unbefangener Deutschland mehr als einen kleinen Bruchteil der 8,6 Milliarden Goldmark gutgeschrieben wissen wollen.

Schon diese wenigen Andeutungen lassen es begreiflich erscheinen, daß bei allen ehrlichen Forschern seit langem der Wunsch bestand, eine unparteiische Instanz möge den Wert der bisherigen Reparationsleistungen Deutschlands auf Grund sorgfältiger, sachkundiger Prüfung der von beiden Parteien veröffentlichten Unterlagen abschätzen. Dieser Wunsch ist

---

[1]) Ausschließlich der übereigneten Embargoschiffe, der von den Vereinigten Staaten festgehaltenen Schiffe und der auf Grund der Scapa-Flow-Note gelieferten Schwimmdocks usw.

[2]) Für die anteilige Reichs- und Staatsschuld in Höhe von 483 011 500 Mark, die Belgien, Danzig, Polen und die Tschechoslowakei mit den Abtretungsgebieten (ohne Oberschlesien) übernehmen mußten, hat die Reparationskommission doch immerhin 25 097 000 Goldmark gebucht, indem sie einen Durchschnittskurs von 67 Proz. zugrunde legte und den so gekürzten Nominalbetrag zum Durchschnittskurs der Mark im Jahre 1920 in Goldmark umrechnete.

jetzt endlich erfüllt worden. Der Leiter des Wirtschaftsinstituts in Washington, Professor Harold G. Moulton, hat sich mit seinem ausgezeichneten Mitarbeiter Constantine E. McGuire der großen Mühe unterzogen; sie haben dafür das unleugbare Verdienst, die erste vorurteilslose und wissenschaftlich vertretbare Antwort auf die strittige Frage gegeben zu haben. Sie lautet: Deutschland hat bis zum 30. September 1922 alles in allem Reparationen im Werte von 25 bis 26 Milliarden Goldmark geleistet.

Wie war das möglich, wo doch Deutschland in den Jahren 1919 bis 1922 eine passive Zahlungsbilanz von insgesamt 10 Milliarden Goldmark hatte?

Da ist zunächst zu beachten, daß einige sehr erhebliche Leistungen außerhalb der Zahlungsbilanz liegen, weil sie keine eigentliche Ausfuhr aus dem heutigen Reichsgebiet darstellen. Es sind dies nach Moultons und McGuires Schätzung insbesondere:

im Ausland beschlagnahmtes Eigentum deutscher Staatsangehöriger im Werte von 10 Milliarden Goldmark;

in den Abtretungsgebieten ausgeliefertes Reichs- und Staatseigentum im Werte von 5 Milliarden Goldmark;

die Saargruben im Werte von 650 Millionen Goldmark;

nichtmilitärische Rücklaßgüter an der Westfront im Werte von 1200 Millionen Goldmark.

So seien vielleicht 18 von den 25 bis 26 Milliarden Goldmark unabhängig von der Zahlungsbilanz geleistet worden. Im übrigen habe Deutschland für etwa 1 Milliarde Goldmark Auslandswerte abgestoßen, für etwa 8 Milliarden Goldmark Papiermark an ausländische Spekulanten verkauft und für etwa 8 Milliarden Goldmark deutsche Effekten und deutschen Grundbesitz an ausländische Anlagesucher veräußert.

Bei alledem handelt es sich nun um Leistungen, die Deutschland teils überhaupt nicht, teils nur in ganz geringem Maßstabe fortsetzen kann. Denn das beschlagnahmte Vermögen im Ausland, das Reichs- und Staatseigentum in den Abtretungsgebieten, die Saargruben und die Rücklaßgüter sind endgültig verloren. Die Anlagen im Ausland sind fast vollständig abgestoßen, und der Verkauf von Papiermark, Effekten und Grundeigentum bringt keine nennenswerten Beträge mehr. In Zukunft kann Deutschland im wesentlichen nur noch mit dem Ausfuhrüberschuß an Waren zahlen. Einen solchen Ueberschuß aber halten die amerikanischen Gelehrten für wenig wahrscheinlich. Das ist wohl richtig, wenn man unterstellt, daß in Deutschland nach wie vor jeder Landwirt, jeder Fabrikant, jeder Kaufmann sein Geschäft unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten betreiben wird. Aber die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit seine Ausfuhrmöglichkeit könnten außerordentlich gesteigert werden, wenn an die Stelle der bisherigen anarchischen Produktion eine Planwirtschaft träte.

Die erste Vorbedingung für künftige Reparationszahlungen wäre also die Rationalisierung der deutschen Produktion. Die Aussichten dafür sind nicht gut. Unsere Wirtschaftsführer sind demoralisiert. Die Reallöhne waren in Deutschland in den letzten vier Jahren außerordentlich niedrig und ermutigten nicht zur Einführung arbeitsparender Maschinen. Das Fehlen des Wettbewerbs, der in der kapitalistischen Wirtschaft unentbehrlich, aber durch die Kriegswirtschaft ausgeschaltet und auch seitdem nicht wiederhergestellt worden ist, erstickte gleichfalls das Streben nach technischem Fortschritt. In der gleichen Richtung arbeitete die Geldentwertung, die aus unseren ehemals produktiv nützlichen Industriellen Händler und Spieler machte. Und doch ist eine moralische Gesundung unserer Wirtschaftsführer, die nicht nur die Wiedergewinnung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aus der Vorkriegszeit, sondern sogar eine größere Leistungsfähigkeit zur Folge haben müßte, die erste Vorbedingung für künftige Reparationszahlungen.

Aber selbst die denkbar größte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der denkbar größte zur Ausfuhr verfügbare Produktionsüberschuß würden es Deutschland noch nicht ermöglichen, Reparationszahlungen zu leisten, solange die Ausfuhrmärkte für deutsche Waren durch die allgemeine Verarmung Europas und vor allem durch die allgemeine Errichtung von Zollschranken gegenüber Deutschland beengt sind. Es ist nicht gerade folgerichtig, wenn Staatsmänner der Entente von Deutschland große Reparationszahlungen fordern, aber gleichzeitig Zollschranken errichten, die es Deutschland unmöglich machen, Reparationszahlungen zu leisten.

Die zweite Vorbedingung für künftige Reparationszahlungen ist also die Niederlegung der gegen Deutschland errichteten Zollschranken. Dieser Umschwung in der Handelspolitik sollte aber nicht einseitig sein. Es wäre nur billig, wenn Deutschland den Ententestaaten Gegenseitigkeit gewähren würde. Ja, Deutschland könnte noch weiter gehen. Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang erwähnen, daß ich schon im März 1921 — unmittelbar nach der Londoner Konferenz — der Reichsregierung empfohlen habe, zur Abgeltung eines Teiles der Reparationen der ganzen Welt ohne jede Gegenleistung Freihandel bei der Einfuhr nach Deutschland anzubieten. In Durchführung dieses Planes würde Deutschland den Ententeländern die zollfreie Einfuhr ihrer Waren für, sagen wir, 30 Jahre zugestehen, unter der Bedingung, daß der kapitalisierte Wert der von der Einfuhr eines Landes nicht erhobenen Zölle auf die dem betreffenden Lande geschuldeten Reparationsbeträge angerechnet würde. Ich wünschte, dieser Plan würde in Großbritannien sorgfältig geprüft. Er bietet vielleicht Deutschland ein Mittel, seine Reparationsschuld an Großbritannien großenteils, wenn nicht ganz, zu tilgen. Er bietet vielleicht gleichzeitig Großbritannien ein Mittel, die Ar-

beitslosigkeit, unter der es leidet, großenteils, wenn nicht ganz, zu beseitigen.

Eine Befriedigung der Reparationsansprüche Frankreichs durch Einräumung handelspolitischer Vorteile von seiten Deutschlands ist ausgeschlossen, weil die Exportindustrien Frankreichs nicht so bedeutend sind wie die Großbritanniens, und weil die gerechtfertigten Reparationsansprüche Frankreichs dazu viel zu groß sind. Deutschland wird also Frankreich erhebliche Reparationszahlungen leisten müssen. Dazu braucht Deutschland einen Ausfuhrüberschuß. Das bedeutet: wenn Deutschland einen Ausfuhrüberschuß hat, sind Reparationszahlungen möglich. Damit sie aber wirklich geleistet werden, ist noch ein Weiteres nötig: das Reich muß sich die dafür erforderlichen Zahlungsmittel beschaffen, d. h. es muß seine Einnahmen so steigern, daß diese nicht nur zur Deckung des inneren Bedarfs ausreichen, sondern darüber hinaus einen Ueberschuß für Reparationsleistungen liefern. Eine Deckung der inneren und äußeren Ausgaben durch laufende Einnahmen muß sogar der Rationalisierung der Wirtschaft vorausgehen, weil die Gesundung der Reichsfinanzen die Vorbedingung einer stabilen Währung und ohne eine stabile Währung eine rationelle Wirtschaft undenkbar ist.

Die Neuordnung der Reichsfinanzen ist sicherlich keine leichte Aufgabe. Die Kriegsfinanzpolitik der kaiserlichen Regierung war so unzulänglich, daß, selbst wenn der Krieg durch einen Frieden beendet worden wäre, der Deutschland keinerlei Opfer auferlegt hätte, eine Gesundung der Reichsfinanzen ohne eine große Vermögensabgabe unmöglich gewesen wäre. Es ist daher klar, daß der Reichshaushalt jetzt nicht durch laufende Steuern ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Eine ungeheure Vermögensabgabe ist tatsächlich heute unvermeidlich, und sie sollte unverzüglich in Höhe der Hälfte allen inländischen Vermögens vom Reich ausgeschrieben werden. Die Durchführung könnte etwa so erfolgen:

Sämtliche Banknoten, Kassenscheine, Reichsanleihen, Reichsschatzanweisungen würden in neue Stücke zur Hälfte des Nennwertes umgetauscht. Die Rentenmark und die Schuldverschreibungen der Länder, Gemeinden und privaten Unternehmungen würden abgestempelt und auf die Hälfte des bisherigen Nennwerts herabgesetzt, während das Reich Doppelstücke zurückbehielte. Die Aktiengesellschaften würden für jede Aktie eine Gratisaktie ausgeben und an das Reich abliefern. Die bestehenden Sparkassenguthaben, Bankguthaben und Hypotheken würden um die Hälfte gekürzt. Auf jedes Grundvermögen würde zugunsten des Reichs eine Grundschuld in Höhe der Hälfte des Wertes eingetragen.

Nach Durchführung dieser Vermögensabgabe könnte die Reparationsfrage durch Beteiligung der Entente am deutschen Volksvermögen gelöst

werden. Das Reich würde ihr die Hälfte der neuen Aktien, sowie Hypotheken in Höhe des halben Wertes der zu seinen Gunsten eingetragenen Grundschulden abtreten. Eine Beteiligung an der Abgabe von den Banknoten, den Rentenmark, den Schuldverschreibungen des Reichs, der Länder, der Gemeinden und der privaten Unternehmungen, den Sparkassenguthaben, den Bankguthaben usw. würde vermutlich keinen Reiz für die Entente haben. Sie wird Geld- oder Sachleistungen vorziehen, die übrigens das Reich angesichts der Vermehrung seiner Einnahmen und der Verminderung seines Schuldendienstes, die ja die unmittelbare Folge der Vermögensabgabe selbst sein würden, leicht wird leisten können.

Der Wert der der Entente ausgelieferten Aktien würde zweifellos, im Verhältnis zu der Gesamtsumme der Reparationen, nur sehr gering sein. Er würde nach den gegenwärtigen Kursen nicht mehr als 5 oder 6 Milliarden Goldmark betragen. Selbstverständlich müßte die Entente gegen jede Maßnahme, die den Zweck hätte, ihr einen Teil der Gewinne oder einen Teil des Einflusses zu entziehen, auf den sie als Eigentümerin eines Viertels der Aktien Anspruch hätte, geschützt werden. Sie müßte deshalb genau so an den Vorzugsaktien beteiligt sein, wie an den Stammaktien, und sie müßte auch in Zukunft ebenso behandelt werden, wie der meistbegünstigte Aktionär.

Die der Entente abgetretenen Hypotheken würden sicherlich sehr hohe Beträge, selbst im Verhältnis zu der Gesamtsumme der Reparationen, darstellen. Denn der Grund und Boden und die Häuser machen viel mehr als die Hälfte des deutschen Volksvermögens aus. Das zum Wehrbeitrag herangezogene Grundvermögen wurde damals auf 81 Milliarden Mark eingeschätzt. Da die kleinen Vermögen steuerfrei blieben und die Veranlagung nicht sehr streng war, war der Gesamtwert des Grundvermögens damals tatsächlich mehr als doppelt so hoch wie der der Steuer unterworfene Betrag. Sicherlich ist das Grundvermögen heute viel weniger wert als vor dem Kriege. Aber eine Hypothek in Höhe eines Viertels des wirklichen Wertes des gesamten deutschen Grundvermögens würde immer noch eine Summe von annähernd 20 Milliarden Goldmark darstellen.

Wird dieser Vorschlag angenommen, so würde Frankreich mit einem Schlage in Form von Aktien und Hypotheken Werte erhalten, mittels deren es sich durch Verpfändung oder Verkauf ungeheure Kapitalien beschaffen könnte, und es würde darüber hinaus als Ersatz für die Banknoten usw., die das Reich ihm nicht aushändigen würde, beträchtliche Jahreszahlungen in Geld oder Sachlieferungen erhalten.

Wird dieser Vorschlag angenommen, so würde Deutschland in die Lage versetzt, die Mark zu stabilisieren, die öffentlichen Finanzen zu sanieren, den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und wieder an die Arbeit zu gehen — auf

einer sehr bescheidenen aber wenigstens auf einer sicheren Grundlage.

Mit einer solchen Lösung des deutsch-französischen Reparationskonflikts wäre ein großer Schritt zu einem dauernden Frieden in Europa getan. Da durch die Hingabe von deutschem Kapital die Reparationen mit einem Schlage abgegolten wären, würde jeder Grund für eine Besetzung deutschen Gebietes — die ja doch immer nur die Zahlung der Reparationen sichern sollte — fortfallen. Die Beteiligung der Ententestaaten an deutschen Unternehmungen würde auch eine gewisse Anpassung der deutschen Leistungen an die deutsche Leistungsfähigkeit bedingen. Es ist möglich, daß es eine bessere Lösung als die hier vorgeschlagene gibt, und nichts wäre erwünschter, als daß in internationalen Beratungen von Sachverständigen eine bessere Lösung gefunden würde. Aber eines wird die endgültige Lösung mit der von mir vorgeschlagenen gemein haben müssen, wenn Europa zur Ruhe kommen soll: den Grundgedanken, daß die wirtschaftliche Blüte Frankreichs unlöslich verknüpft ist mit dem moralischen, wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Deutschlands.

* * *

Entwurf eines Gesetzes über die einmalige Vermögensabgabe.

I. Abgabepflicht und Abgabefreiheit.

§ 1.

Am 1. April 1924 geht die Hälfte des inländischen Vermögens in das Eigentum des Deutschen Reichs über.

§ 2.

Ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung sind alle natürlichen und juristischen Personen sowie Vermögensmassen mit ihrem gesamten inländischen Kapital-, Grund- und Betriebsvermögen und mit den im Artikel 297i des Friedensvertrags vorgesehenen Entschädigungen abgabepflichtig.

§ 3.

Abgabefrei sind:

1. die Länder;
2. die Gemeinden und Gemeindeverbände aller Art;
3. Handelskammern, Gewerbekammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern und ähnliche öffentlichrechtliche Berufsvertretungen, sowie wirtschaftliche Verbände ohne öffentlichrechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist;
4. die Anstalten der reichsgesetzlichen Unfall-, Invaliden-, Krankenversicherung und Versicherung für Angestellte;
5. Pensions-, Witwen-, Waisen-, Sterbe-, Kranken-, Unterstützungskassen und Kassen ähnlicher Art;
6. Universitäten, Hochschulen und ähnliche Anstalten und Gesellschaften;
7. Stiftungen, Anstalten, Kassen oder Personenvereinigungen, soweit sie ohne Beschränkung auf einen bestimmten engeren Personenkreis mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken dienen;

8. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, Berggewerkschaften und andere Bergbau treibende Vereinigungen, sofern das Grund- oder Stammkapital oder ähnliches infolge Abgabe von Aktien, Kuxen u. ä. an das Reich übergeht (§ 6);
9. unter der gleichen Voraussetzung wie zu 8 auf Antrag auch Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, eingetragene Genossenschaften sowie landschaftliche, ritterschaftliche und ähnliche Kreditanstalten und die sonstigen juristischen Personen des bürgerlichen und öffentlichen Rechts.

Die Abgabefreiheit nach Absatz 1 gilt nur für inländische Abgabepflichtige.

II. Kapitalvermögen.

§ 4.

Jeder Besitzer von Banknoten, Kassenscheinen, Reichsanleihen, Reichsschatzanweisungen hat diese Werte in der Zeit vom 1. bis 26. April 1924 bei einer der im „Reichsanzeiger" bekanntzugebenden Umtauschstellen einzureichen. Er erhält die Hälfte des Nennwerts in neuen Stücken zurück. Das alte Papiergeld gilt vom 1. April 1924 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel; auch werden von diesem Tage ab alte Zinsscheine nicht mehr eingelöst. Forderungen im Reichsschuldbuch werden val. 1. April 1924 auf die Hälfte ermäßigt.

§ 5.

Jeder Besitzer von Rentenmark, Anleihen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie von Schuldverschreibungen und Pfandbriefen inländischer Unternehmungen hat diese Werte nebst Zinsbogen in der Zeit vom 1. bis 26. April 1924 bei einer der im „Reichsanzeiger" bekanntzugebenden Abstemplungsstellen einzureichen. Er erhält dann die abgestempelten, auf die Hälfte des bisherigen Nennwerts herabgesetzten Stücke mit neuen, ebenfalls auf die Hälfte des bisherigen Werts herabgesetzten Zinsbogen, während das Reich Doppelstücke zurückbehält. Die alten Zinsscheine werden nicht mehr eingelöst. — Inländische Lose sind ähnlich zu behandeln wie Anleihen.

§ 6.

Alle Aktiengesellschaften und Berggewerkschaften haben in der Zeit vom 1. bis 26. April 1924 für jede Stammaktie, jede Vorzugsaktie und jeden Kux eine Gratisaktie bzw. einen Gratiskux auszugeben, die an das Reich abzuliefern sind.

§ 7.

Den Besitzern von Sparkassenguthaben und Bankguthaben wird die Hälfte ihrer Guthaben val. 1. April 1924 gestrichen.

§ 8.

Die Inhaber von Landwirtschafts-, Gewerbe- und Handelsbetrieben sind berechtigt, die Geschäftsanteile stiller Teilhaber usw. val. 1. April 1924 auf die Hälfte herabzusetzen. Sie sind verpflichtet, den Teilhabern den Nachweis zu führen, daß die Hälfte des Geschäftsvermögens an das Reich abgetreten ist.

Das gleiche gilt für die Geschäftsanteile der Gesellschafter von Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

§ 9.

Die Lebens- und Rentenversicherungsgesellschaften und -vereine haben den Endwert der am 1. April 1924 laufenden Versicherungen um die Hälfte ihres „Zeitwerts" vom 1. April 1924 zu kürzen und die Hälfte der Prämienreserve an das Reich abzuführen.

§ 10.

Die Hälfte aller Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden ist an das Reich val. 1. April 1924 abzutreten. Das Reich wird Besitzer von Teilhypotheken usw., die mit den Stammhypotheken gleichen Rang haben.

III. Grundvermögen.

§ 11.

Jeder Eigentümer inländischen unbeweglichen Vermögens hat den Wert dieses Vermögens selbst einzuschätzen und dem zuständigen Finanzamt bis zum 1. April 1924 anzugeben.

§ 12.

Auf jedes inländische unbewegliche Vermögen wird zugunsten des Reichs an erster Stelle eine fünfprozentige Grundschuld in Höhe der Hälfte des von dem Eigentümer angegebenen Wertes (abzüglich der hypothekarischen Belastung vom 1. April 1924) eingetragen.

§ 13.

Das Reich ist bis zum 31. März 1934 berechtigt, inländische unbewegliche Vermögen zu dem 20fachen der Jahreszinsen der Grundschuld zuzüglich eines Aufschlags von 20 Proz. zu übernehmen. Hat jedoch der Eigentümer sein inländisches unbewegliches Vermögen mindestens zu dem Wehrbeitragswert eingeschätzt, oder übt das Reich sein Uebernahmerecht nicht bis zum 31. März 1925 aus, so hat es vor Ausübung dieses Rechts dem Abgabepflichtigen von dieser Absicht Kenntnis zu geben und ihm anheimzustellen, binnen vier Wochen seine Einschätzung um mindestens 20 Proz. zu erhöhen. Nimmt der Abgabepflichtige die Erhöhung nicht vor, so hat das Reich das Vermögen zu dem 20fachen der Jahreszinsen der Grundschuld zuzüglich 20 Proz. zu übernehmen. Nimmt jedoch der Abgabepflichtige die Erhöhung vor, so wird zugunsten des Reichs eine weitere Grundschuld in Höhe der Hälfte des Mehrbetrages eingetragen. Die neue Schätzung hat dann für das Uebernahmerecht des Reichs die gleiche Bedeutung, wie wenn sie bis zum 1. April 1924 abgegeben worden wäre.

IV. Betriebsvermögen.

§ 14.

Wer als Landwirt, Gewerbetreibender oder in anderer Form eine selbständige gewinnbringende Beschäftigung ausübt, hat die Hälfte seines Betriebsvermögens — soweit es nicht schon unter §§ 4 bis 13 fällt — an das Reich abzutreten.

Will der Eigentümer den Besitzanteil des Reichs nicht sofort in Geld oder Geldeswert ablösen, so wird der Anteil des Reichs in ein bei dem zuständigen Amtsgericht zu führendes Betriebslastenregister eingetragen. Er ist mit 6 Proz. zu verzinsen und mit mindestens 4 Proz. jährlich zu tilgen.

§ 15.

Die Abgabe vom Betriebsvermögen ist vom 1. April 1924 bis zur Fälligkeit der Abgabe bzw. der ersten Tilgungsrate mit 5 Proz. zu verzinsen.

§ 16.

Das Reich ist verpflichtet, sämtliche in §§ 4 und 5 aufgeführten Werte zum Tageskurs in Zahlung zu nehmen.

§ 17.

Betriebsvermögen im Werte von weniger als 1000 Mk. sind von der Abgabe nach § 14 befreit.

V. Sonderbestimmungen für abgabefreie Eigentümer.

§ 18.

Die im § 3 genannten Eigentümer haben die in §§ 4 und 5 genannten Vermögenswerte ebenfalls zum Umtausch bzw. zur Abstempelung einzureichen, erhalten jedoch vom Reich neue Stücke zum gleichen Nennwert. Insoweit sie durch Streichung der Hälfte ihrer Schuldverpflichtungen entlastet werden, erhalten sie vom Reich neue Stücke nur zum halben Nennwert.

VI. Erleichterungen.

§ 19.

Besitzern festverzinslicher Werte (Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Sparkassenguthaben, Bankguthaben, Hypotheken usw.), die am 1. April 1924 das 45. Lebensjahr überschritten haben oder dauernd erwerbsunfähig sind, und denen nach Entrichtung der Vermögensabgabe eine Jahresrente von weniger als 1000 Mark verbleibt, kann auf Antrag eine lebenslängliche Rente in doppelter Höhe der ihnen verbliebenen Rente gewährt werden, wenn sie auch die andere Hälfte ihrer festverzinslichen Werte an das Reich abtreten.

Französische Reparationsleistungen.

I. (März 1923)

Das „Journal Officiel" vom 23. März 1923 enthielt folgende Beantwortung einer „schriftlichen Anfrage":

Der Abgeordnete Herr Bosquette ersucht den Herrn Minister der befreiten Gebiete unter Gliederung nach der Art anzugeben: 1. die Zahlen der Kriegsschäden nach Departements, 2. die gezahlten Summen nach Departements. (Anfrage vom 20. Februar 1923.)

Antwort. Der verehrte Abgeordnete wird die geforderten Mitteilungen in der anliegenden Tabelle finden, die in der Weise aufgestellt wurde, daß für jede Art von Schäden der von den Geschädigten angemeldete Verlust nach Maßgabe des durchschnittlichen Ermäßigungsfaktors und des durchschnittlichen Wiederaufbaukoeffizienten, wie sie sich aus den von den Kreisbehörden bis jetzt ausgeführten Arbeiten ergeben, umgerechnet wurde. (L'honorable député trouvera les renseignements demandés dans le tableau ci-joint qui a été établi en appliquant, dans chaque catégorie, au montant de la perte subie déclarée par les sinistrés, le facteur moyen de réductions et le coefficient moyen de reconstitution qui résultent des opérations faites jusqu'à ce jour par les commissions cantonales.)

Diese Tabellen haben in Deutschland zu wenig Beachtung gefunden und sind auch teilweise mißverstanden worden. So hat man fälschlich angenommen, die erste Tabelle enthielte die Summen, die außer den in der zweiten Tabelle als bereits gezahlt aufgeführten Beträgen noch zu zahlen seien — ein Irrtum, der sich vielleicht durch die etwas gar zu knappen Begleitworte und die nicht ganz eindeutige Ueberschrift der ersten Tabelle (montant approximatif des

Departements	Ungefährer Betrag der Kriegsschäden, der den Geschädigten der zehn zerstörten Departements zu zahlen ist (in 1000 Franken)			
	1. Kategorie Requisitionen	2. Kategorie Mobilien	3. Kategorie Immobilien	Gesamtsumme
Aisne	712 402	3 711 389	11 385 086	15 808 877
Ardennes	613 078	1 571 204	3 479 089	5 663 371
Marne	30 287	1 250 879	5 063 511	6 344 677
Meurthe-et-Moselle	524 690	842 433	3 028 639	4 395 762
Meuse	43 668	872 768	3 220 594	4 137 030
Nord	6 532 716	5 686 407	13 473 369	25 692 492
Oise	33 021	520 773	1 858 393	2 412 187
Pas-de-Calais	211 046	2 296 985	10 945 739	13 453 770
Somme	48 163	1 527 786	5 790 463	7 366 412
Vosges	20 760	127 310	366 983	515 053
Insgesamt	8 769 831	18 407 934	58 611 866	85 789 631

Departements	Betrag der auf die Entschädigungssummen für Kriegsschäden bis 31. Dezember 1922 geleisteten Zahlungen[1]) (in 1000 Franken)				
	Mobilien	Immobilien			Mobilien und Immobilien
		industrielle	sonstige	zusammen	
Aisne	1 487 793	1 372 216	3 031 187	4 403 403	5 891 196
Ardennes	948 303	889 692	807 649	1 697 341	2 645 644
Marne	682 784	458 363	1 240 286	1 698 649	2 381 433
Meurthe-et-Moselle	893 348	960 259	958 305	1 918 564	2 811 912
Meuse	345 155	88 438	1 010 116	1 098 554	1 443 709
Nord	6 589 687	6 655 803	3 269 347	9 925 150	16 514 837
Oise	206 478	96 348	539 571	635 919	842 397
Pas-de-Calais	1 019 096	3 173 485	1 902 569	5 076 054	6 095 150
Somme	625 217	431 752	1 295 713	1 727 465	2 352 682
Vosges	105 457	95 422	85 437	180 859	286 316
Insgesamt	12 903 318	14 221 778	11 140 180	28 361 958	41 265 276

[1]) Die Zahlen umfassen: 1. die Vorschüsse und Abschlagszahlungen in Geld, 2. die Vorschüsse und Abschlagszahlungen in natura, 3. die Zahlungen in Form von Staatsrenten, 4. die Vereinbarungen über Jahreszahlungen.

dommages de guerre à payer aux sinistrés des 10 départements dévastés) erklärt. Dieser Irrtum wurde möglicherweise auch dadurch genährt, daß die in der zweiten Tabelle für das Departement du Nord als bereits gezahlt aufgeführten Summen für Mobilien (6 589 687 000 Franken) den in der ersten Tabelle angegebenen Gesamtschaden an Mobilien (5 686 407 000 Franken) übersteigen, ein Widerspruch, der aber wohl nur scheinbar ist, weil unter „Requisitionen" jedenfalls auch Mobilien inbegriffen sind. Befremden hat ferner die Tatsache erregt, daß an geleisteten Zahlungen für industrielle Immobilien 14,22 Milliarden, für sonstige Immobilien 11,14 Milliarden und für Immobilien überhaupt 28,36 Milliarden aufgeführt sind, und der „Manchester Guardian Commercial" hat daran die Bemerkung geknüpft: die eine oder die andere der beiden Zahlen muß falsch sein, da andernfalls die Gesamtsumme um 3 Milliarden niedriger als angegeben sein müßte. Es ist aber ohne weiteres klar, daß nur ein Druckfehler vorliegt, und daß die Summe für „sonstige Immobilien" 14 140 180 000 lauten muß.

Zu beachten bleibt jedenfalls, daß hier nur die an Private zu zahlenden bzw. gezahlten Reparationsbeträge berücksichtigt sind, also

nicht die Ausgaben für die Wiederherstellung von öffentlichen Gebäuden, Straßen usw.

II. (April 1923)

Die Begründung zu dem der französischen Kammer vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die Festsetzung der in Ausführung der Friedensverträge wiedereinbringbaren Ausgaben für das Geschäftsjahr 1923 (Journal Officiel vom 13. April 1923) enthält sehr wertvolle und bisher unbekannte Angaben über die Reparationen. Besondere Beachtung verdient der Abschnitt „Die Bemühungen zur Reparation; was gemacht worden ist, und was zu machen bleibt". Er beginnt mit einer Darlegung der Leistungen an die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen und fährt dann fort:

Wenn Frankreich mit annähernd 1 400 000 Toten, 1 500 000 Kriegsbeschädigten, 700 000 Kriegerwitwen und Kriegerwaisen und 870 000 hinterbliebenen Eltern das traurige Privileg genießt, hinsichtlich der persönlichen Schäden den ersten Rang unter den alliierten Mächten zu behaupten, so gilt dies erst recht für die Sachschäden, da sein Gebiet während mehr als vier Jahren für die größten und die am furchtbarsten ausgerüsteten Armeen, die die Geschichte gekannt hat, als Schlachtfeld diente.

Für die Sachschäden hat die Reparation in Wirklichkeit erst nach dem Waffenstillstand begonnen. Man kann infolgedessen zwei Perioden unterscheiden, die sich ziemlich reinlich voneinander abheben: von 1914 bis Anfang 1919, hauptsächlich gesetzgeberische Arbeit; seit dieser Zeit Verwaltungsarbeit und Wiederaufbau.

In der Vergangenheit hatten die Kriegsschäden niemals Anspruch auf eine Entschädigung gegeben (abgesehen von einer vorübergehenden Regelung zur Zeit des Konvents). Nach den Feldzügen von 1814, 1815 und 1870/71 waren Subventionen, Unterstützungen gewährt worden, aber die Entschädigung hatte immer nur einen Teil des Schadens umfaßt. Es war keine Rede von völliger Reparation und noch weniger von einem wirklichen Recht auf Entschädigung, da sich der Staat nicht als verantwortlich für die Folgen des Kriegszustandes betrachtete. Seit dem Anfang der letzten Feindseligkeiten dagegen, als man die Zerstörungskraft der modernen Kriegswerkzeuge und den Geist der Verwüstung, der unsere Feinde beseelte, feststellen konnte, als unsere nördliche und östliche Bevölkerung zum dritten Male in hundert Jahren die feindliche Invasion erduldete, erkannte die öffentliche Meinung einmütig an, daß der Staat die Kosten des Wiederaufbaues auf seine Schultern nehmen müsse, und Artikel 12 des Gesetzes vom 26. Dezember 1914 stellte den Grundsatz der vollständigen Entschädigung auf.

Nachdem diese Versprechung gemacht war, mußte sie auch gehalten werden. Die Ausarbeitung des Gesetzes nahm sehr lange Zeit in Anspruch. Erst am 17. April 1919, nach drei-

maligen Beratungen in jeder der beiden Kammern, konnte ein endgültiger Text verkündet werden. Da die Sache vollständig neu war, waren die Beratungen sehr lebhaft gewesen, und zwar namentlich über die Frage des Wiederaufbaus, den die einen obligatorisch machen wollten — unter Strafe des Verfalls des Rechts auf Entschädigung —, und den die andern fakultativ lassen wollten. In dem endlich abgeschlossenen Kompromiß ist der Wiederaufbau fakultativ geblieben, aber beträchtliche Vorteile sind mit ihm verknüpft: nur die Geschädigten, die ihre Entschädigung zum Wiederaufbau benutzen, können Zahlungen in bar und außerdem den Betrag der zusätzlichen Kosten erhalten, d. h. den Unterschied zwischen dem Wert von 1914 und dem gegenwärtigen Kauf- oder Wiederaufbauwert. Infolgedessen haben sich die Geschädigten fast einstimmig zugunsten des Wiederaufbaus entschieden. Ueberdies hat sich der Staat verpflichtet, nach Schätzung des Schadens und nach Auslieferung des Schuldscheins die Entschädigung durch sukzessive Zahlungen nach Maßgabe der Wiederaufführungsarbeiten oder der Käufe für die Ergänzung des Mobiliars, d. h. also nach Maßgabe des Wiederaufbaus, zu leisten.

Das Gesetz vom 17. April 1919 ist die Charte der Geschädigten geworden, und die späteren gesetzgeberischen Bestimmungen haben im ganzen die 1919 aufgestellten Grundsätze festgehalten. Von den wichtigsten dieser Bestimmungen seien angeführt: die Gesetze vom 31. Juli 1920 (Art. 150 bis 159), vom 31. Dezember 1921 (Art. 67) und vom 24. März 1921, die die Zahlungen durch Annuitäten geregelt und die Darlehen an die Geschädigten begünstigt haben, ferner die Gesetze vom 30. April 1921 (Art. 10) und vom 23. Juli 1921, die die Auswechslung gewisser Schuldscheine gegen Staatsrententitel zugelassen haben.

Neben den eigentlichen Entschädigungen, die das Gesetz vom 17. April 1919 vorsah, hat der Staat noch gewisse weitere Ausgaben übernommen, die durch den Wiederaufbau der befreiten Gebiete notwendig wurden. Das sind die Kosten der Aufräumung und der ersten Wiederanlage von Kulturen, die Kosten der Aufstellung von Bebauungsplänen, die Kosten der Wiederherstellung des Katasters und der Wiederabgrenzung des Grundeigentums. Den bedürftigen Flüchtlingen sind während ihres Aufenthalts in dem nicht besetzten Frankreich Zuschüsse gezahlt und im Augenblick ihrer Rückkehr an ihren Wohnort Unterstützungen gewährt worden. Endlich haben den zerstörten Gemeinden und Departements, ebenso wie den Wiederaufbaugenossenschaften Subventionen bewilligt werden müssen.

Tatsächlich haben sich in zwei Hauptpunkten die Voraussetzungen von 1919 unleugbar nicht verwirklicht. Die Schätzung der Kriegsschäden erwies sich als viel schwieriger und langwieriger wie man angenommen hatte. Diese Arbeit ist gegenwärtig, obgleich sie sehr vorgerückt ist, noch nicht beendet. Infolge dieser Verzögerung bestehen die verwaltungs-

mäßigen Vorschüsse, die schleunigst durch die gesetzmäßigen Abgeltungen hätten ersetzt werden sollen, noch gegenwärtig fort und werden wahrscheinlich erst im Laufe des Jahres 1923 verschwinden.

Andererseits waren im Jahre 1919, als die Zahlung der Mehrkosten als Prämie für den Wiederaufbau in den Text des Gesetzes aufgenommen wurde, die Preise noch verhältnismäßig niedrig, und die Ausgabe, die sich aus der Annahme dieses Systems ergeben mußte, schien nicht beträchtlich zu sein. Die Preissteigerung von 1919 und 1920 hat aber die Koeffizienten zu Zahlen anschwellen lassen, die niemand voraussehen konnte, und zwar ohne Vorteil für die wirklich Geschädigten und zum großen Nachteil der öffentlichen Finanzen.

Die Rolle des S t a a t s hat sich seit dem Beginn des Wiederaufbaus merklich gewandelt. Erst waren die Arbeiten dem Ministerium des Innern und dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten unterstellt, alsdann dem Ministerium der Blockade; zuletzt ist für die befreiten Gebiete ein eigenes Ministerium gebildet worden. Zu Anfang hat der Staat zahlreiche Arbeiten unmittelbar selbst übernommen (die dringlichsten Arbeiten und den Anbau mittelst Maschinen) und hat Vorratslager von allen Materialien, Hausrat, gewerblichen und landwirtschaftlichen Geräten geschaffen, die für die Geschädigten notwendig sein konnten (der Materialdienst und das Amt für gewerblichen und landwirtschaftlichen Wiederaufbau), wobei er sich in gewissen Fällen der Mitarbeit privater Organisationen bediente (zentrales und Bezirksbureau für Ankäufe, Treuhandgesellschaften für ländlichen Wiederaufbau). Bei Beginn des Wiederaufbaus waren diese verschiedenen Formen staatlichen Eingreifens ohne Zweifel unumgänglich notwendig. Man mußte das wirtschaftliche Leben in den befreiten Gebieten, es koste, was es wolle, aufs schnellste wieder in Gang bringen; man mußte provisorische Wohnungen bauen und den Verkehr und die Lebensmittelbeschaffung in einem Augenblick reorganisieren, in dem die durch die Verwirrung der Kriegsjahre desorganisierte und isolierte Privatinitiative noch unfähig war, den nötigen Antrieb zu leisten. Aber das Eingreifen des Staats hätte in dem Augenblick aufhören müssen, wo es nicht mehr unentbehrlich war. Denn es wurde dann fast ebenso schädlich, indem es das segensreiche Spiel der freien kollektiven und individuellen Kräfte verlangsamte und behinderte. Angesichts der Kritiken hat sich die Regierung nun formell verpflichtet, die Tätigkeit des Staats auf das unbedingte Mindestmaß zu beschränken, und man kann sagen, daß das Ministerium der befreiten Gebiete, wenn man von der Liquidation der früher getätigten Geschäfte absieht, sich jetzt im wesentlichen darauf beschränkt, die Abschätzung der Schäden zu sichern, die Auslieferung der Staatsrententitel zu bewirken und die Wiederverwendung der Entschädigungen zu kontrollieren. Die Privatinitiative sichert heute nahezu allein den materiellen Wieder-

Wiederaufbau der befreiten Gebiete.

Art des Wiederaufbaus	Ausdehnung der Schäden (zur Zeit des Waffenstillstandes)	Lage am 1. Jan. 1921	Lage am 1. Jan. 1922	Lage am 1. Jan. 1923	Arbeit, die noch zu leisten ist[1]
1. Wohnungen					
Aufbau zerstörter oder schwer beschäd. Häuser (Zahl der Häuser)	741 993	278 834	355 479	553 977	188 016
Aufbau von provisorischen Häusern u. Baracken (Zahl der Häuser)	—	107 600	140 300	152 250	—
Zahl der Einwohner	[2] 2 075 067	3 2?8 152	3 985 913	4 074 970	615 213
2. Landwirtschaftliche Schäden					
Wiederherstellung des Bodens (ha)	3 306 550	2 813 982	2 900 593	3 018 000	288 550
Füllung von Schützengräben (cbm)	333 000 000	218 934 793	259 793 437	280 102 300	52 897 700
Beseitigung von Stacheldrähten (qm)	375 000 000	249 014 302	275 544 612	287 200 815	87 799 185
Wiederherstellung von Kulturland (ha)	1 923 479	1 007 240	1 474 796	1 698 200	225 279
Bau oder provisorische Reparatur von landwirtschaftlichen Gebäuden (Zahl der Gebäude)	—	42 150	50 227	50 700	—
Reparaturen an landwirtschaftlichen Gebäuden (Zahl d. Gebäude)	—	15 682	30 430	75 260	—
Wiederauffüllung der Viehbestände (durch die Verwaltung und durch Private eingeführtes Vieh):					
Rindvieh (Zahl)	834 933	129 975	473 118	523 848	.
Pferde, Esel, Maulesel (Zahl)	375 393	95 695	258 900	299 690	.
Schafe, Ziegen (Zahl)	890 794	118 738	298 462	407 782	.
Schweine (Zahl)	331 656	3 561	136 185	184 251	.
3. Industrielle Schäden					
Wiederaufbau oder Reparatur von Fabriken (Zahl der Fabriken)	22 900	18 091	19 442	19 967	2 933
4. Oeffentliche Dienste					
Wiederherstellung der Eisenbahnen von allgem. Interesse (km)	2 400	2 400	2 400	2 400	—
Wiederherstellung der Eisenbahnen von örtlichem Interesse (km)	2 409	471	1 323	1 523	886
Wiederherstellung der Kanäle (km)	1 137	786	1 001	1 050	87
Wiederaufnahme des Gemeindelebens (nach Unterbrechungen)	[3] 3 255	3 216	3 235	3 238	17
Wiederöffnung von öffentlichen Schulen (Zahl der Schulen)	.	6 972	7 083	7 125	276
Zahl der Schüler in den öffentlichen Schulen	.	453 418	478 565	484 800	183 892

[1] Arbeit, die noch zu leisten ist, um die Reparation der in der Spalte 2 angegebenen Schäden zu vollenden oder um die Zahlen von 1914 zu erreichen (Bevölkerung, Zahl der Schulen, Zahl der Schüler). — [2] Einwohner, die in den befreiten Gebieten geblieben sind. — [3] Geräumte Gemeinden.

Von Frankreich bis zum 31. Dezember 1922 ausgegebene Summen unter dem Titel wiedereinbringbare Ausgaben (in Millionen Franken).

Art des Schadens	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922[1]	Zusammen
Persönliche Schäden:										
Militärische Bewilligungen, unmittelbare Hilfe, Totenpfennig usw.	394	1818	2185	2627	3189	3405	681	—	—	14 299
Kriegsgefangene und zivile Opfer	4	33	156	327	478	9	7	5	20	1 039
Pensionen und verschiedene Ausgaben zugunsten der Kriegsbeschädigten	303	440	556	741	1042	1283	3872	4388	3285	15 910
Mündel der Nation	—	—	—	10	22	90	112	110	87	431
Zusammen	701	2291	2897	3705	4731	4787	4672	4503	3392	31 679
Sachschäden:										
a) Privateigentum (Gesetz vom 17. 4. 19):										
Zahlung auf das Kapital der Entschädigungen: Schatz	—	3	6	11	27	4899	6494	4528	1996	17 964
Zahlung auf das Kapital der Entschädigungen: Nationaler Kredit	—	—	—	—	—	—	2636	6901	6929	16 466
Zahlung auf das Kapital der Entschädigungen: Jahreszahlungen	—	—	—	—	—	—	—	3769	2637	6 406
Zahlung auf das Kapital der Entschädigungen: Staatsrenten	—	—	—	—	—	—	—	20	445	465
Zahlungen von Zinsen auf Entschädigungen (Nationaler Kredit)	—	—	—	—	—	—	23	245	880	1 148
Andere Ausgaben (Arbeiten, Ankäufe usw.)	—	—	34	91	59	2790	2705	949	506	7 134
b) Andere Schäden:										
Eisenbahnen	—	—	—	—	57	371	706	821	221	2 182
Oeffentliche Dienste	—	2	2	12	141	344	520	536	329	1 886
Zusammen	—	5	42	114	284	8410	13084	17769	13943	53 651
Schäden zusammen	701	2296	2939	3819	5015	13197	17756	22272	17335	85 330
Zinsen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12 410
Gesamtsumme	.	.	.	.	.	.	.	.	.	97 740

[1]) Voranschlag.

aufbau. Die Gesetze vom 15. August 1920 und vom 12. Juli 1921 haben mächtig dazu beigetragen, ihre Tätigkeit zu regeln und zu ordnen, indem sie die Schaffung von Wiederaufbaugenossenschaften begünstigen.

Nach dieser kurzen Darstellung der hauptsächlichsten gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, die getroffen wurden, um die Schäden des Krieges zu reparieren, erscheint es nützlich, durch einige Zahlen die erreichten Ergebnisse zu zeigen. Dazu dient die vorstehende Tabelle (S. 175).

Aus dieser Statistik kann man einige wichtige Tatsachen festhalten. Die Reorganisation der öffentlichen Arbeiten (Eisenbahnen, Kanäle, Straßen) ist beendet oder auf dem besten Wege zur Beendigung. Dasselbe gilt für den industriellen Wiederaufbau und, allerdings in geringerem Grade, für den landwirtschaftlichen Wiederaufbau. Die Hauptarbeit, die noch zu leisten ist, eine Arbeit auf lange Sicht, ist der Wiederaufbau der Wohnhäuser. Man kann annehmen, daß fast die ganze Bevölkerung in die befreiten Gebiete zurückgekehrt ist, wenn man die Kriegsverluste in Rechnung stellt. Aber wenn auch fast alle Einwohner zurückgekehrt sind, so wohnen doch viele von ihnen, ein Drittel vielleicht, in provisorischen oder halbprovisorischen Baracken. Auf den Wiederaufbau der Häuser müssen sich also die Bemühungen gegenwärtig und in den kommenden Jahren richten. Die Regierung wird alles tun, diese Bemühungen zu fördern.

Parallel mit dieser Verwaltungsarbeit und mit der materiellen Wiederaufbauarbeit ging eine bedeutende f i n a n z i e l l e Leistung. Die Summen, die Frankreich als Reparationen bis zum 1. Januar 1923 ausgegeben hat, lassen sich auf 97 740 Millionen Franken schätzen und setzen sich, wie vorstehend (S. 176) angegeben, zusammen.

III. (M ä r z 1 9 2 4)

Ueber den Fortschritt und die Kosten der Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten unterrichten uns zwei amtliche Veröffentlichungen aus jüngster Zeit: der Gesetzentwurf betreffend den Haushalt der „wiedereinbringbaren Ausgaben", nebst Begründung durch den Finanzminister de Lasteyrie (Journal Officiel, Documents Parlementaires, Chambre Annexes, 22. Januar 1924) und zwei im Namen der Finanzkommission von dem Abgeordneten Eymond erstattete Berichte über diesen Gesetzentwurf (ebenda, 9. bis 11. März 1924). Die wichtigsten Ergebnisse dieser umfangreichen Veröffentlichungen (die Kommissionsberichte allein umfassen etwa 150 Spalten) lassen sich kurz vielleicht so zusammenfassen:

Insgesamt waren in den zehn hauptsächlich zerstörten Departements 3 007 438 Sachschäden angemeldet worden. Der erlittene Verlust wurde auf 37 585 Millionen Franken angegeben, als Entschädigung wurden 119 837 Millionen Papierfranken gefordert.

Bis zum 1. Oktober 1923 waren 2 877 914 Fälle entschieden mit einem angegebenen Verlust von 26 585 Millionen Franken und Entschädigungsforderungen in Höhe von 90 196 Millionen Papierfranken. Die Kommissionen hatten ihrerseits den erlittenen Verlust auf 18 192 Millionen Franken geschätzt und Entschädigungen in Höhe von 62 302 Millionen Papierfranken gewährt.

Am 1. Oktober 1923 schwebten noch 129 524 Fälle mit einem angemeldeten Verlust von 11 000 Millionen Franken und Entschädigungsforderungen von 29 641 Millionen Papierfranken.

Sachschadenforderungen und Entschädigungen bis zum 1. Oktober 1923.

Forderungen, Verluste, Entschädigungen	1. Kategorie Requisitionen	2. Kategorie Mobilien	3. Kategorie Immobilien	Gesamtsumme
Zahl der Forderungen . .	594 642	1 358 513	1 054 283	3 007 438
Angemeldeter Verlust Fr. .	6 192 060 130	10 999 867 823	20 393 299 844	37 585 227 797
Geforderte Entschädig. Fr.	14 407 552 742	26 086 333 448	79 342 627 056	119 836 513 246
Entschiedene Fälle . . .	570 165	1 285 960	1 021 789	2 877 914
Angemeldeter Verlust Fr. .	2 399 158 104	9 412 058 024	14 774 179 362	26 585 395 490
Geforderte Entschädig. Fr.	5 932 317 150	23 849 367 614	60 414 196 433	90 195 881 197
Anerkannter Verlust Fr. .	1 354 036 977	6 602 126 048	10 235 338 905	18 191 501 930
Gewährte Entschädig. Fr.	3 255 955 723	16 133 933 480	42 912 467 159	62 302 356 362
Unentschiedene Fälle . .	24 477	72 553	32 494	129 524
Angemeldeter Verlust Fr.	3 792 902 026	1 587 809 799	5 619 120 482	10 999 832 307
Geforderte Entschädig. Fr.	8 475 235 592	2 236 965 834	18 928 430 623	29 640 632 049

Man hofft, daß die letzten Abschätzungen im Laufe des Jahres 1924 vorgenommen, und daß die Wiederaufbauarbeiten selbst bis 1926 vollendet sein werden.

Einstweilen waren bis zum 1. September 1923 von 741 933 zerstörten oder schwer beschädigten Häusern 598 000 oder 81 Proz. wiederhergestellt, von 1 923 479 ha zerstörten Kulturbodens 1 783 636 oder 93 Proz., von 22 900 zerstörten Fabriken 20 175 oder 88 Proz. Die Bevölkerung hatte sich seit dem Waffenstillstand reichlich verdoppelt: sie betrug vor dem Kriege 4 690 183, zur Zeit des Waffenstillstands 2 075 067, am 1. September 1923: 4 207 370 (am 1. Oktober 1923: 4 226 779). Die Staatssteuern, die im Jahre 1913 725 Millionen Franken erbracht hatten, beliefen sich in den Jahren 1919 bis 1922 auf 1091, 2275, 2271 bzw. 2896 Millionen und im ersten Halbjahr 1923 auf 1562 Millionen Papierfranken[1]).

Die Gesamtzahl der beim Wiederaufbau beschäftigten Bauarbeiter betrug im September 1922: 307 615; davon waren 172 571 Franzosen (einschließlich 5280 aus den Kolonien), 79 493 Italiener, 26 665 Belgier, 10 431 Portugiesen, 6470 Spanier, 6205 Polen, 5780 Sonstige.

[1]) In einem Vortrag im Comité d'études sociales et politiques bezifferte der Minister der befreiten Gebiete, Reibel, die Steuereingänge für das Jahr 1923 auf 3 678 205 000 Papierfranken (vgl. „Le Temps" vom 19. März 1924).

Art des Wiederaufbaus	Ausdehnung der Schäden (zur Zeit des Waffenstillstandes)	Lage am 1. Sept. 1923	Arbeit, die noch zu leisten ist[1])
1. Wohnungen			
Aufbau zerstörter oder schwer beschädigter Häuser (Zahl) . . .	741 993	598 000	143 993
Aufbau von provisorischen Häusern und Baracken (Zahl)	—	153 605	—
Zahl der Einwohner	[2]) 2 075 067	4 207 370	482 813
2. Landwirtschaftliche Schäden			
Wiederherstellung des Bodens (ha) .	3 306 550	2 912 195	394 355
Füllung von Schützengräben (cbm)	333 000 000	286 663 707	46 336 293
Beseitigung von Stacheldrähten (qm)	375 000 000	291 606 636	83 393 364
Wiederherstellung v. Kulturland (ha)	1 923 479	1 783 636	139 843
Wiederauffüllung der Viehbestände:			
Rindvieh (Zahl)	834 933	528 214	306 719
Pferde, Esel, Maulesel (Zahl) .	375 393	299 750	75 643
Schafe, Ziegen (Zahl) . . .	890 794	424 290	466 504
Schweine (Zahl)	331 656	184 351	147 305
3. Industrielle Schäden			
Wiederaufbau oder Reparatur von Fabriken (Zahl)	22 900	20 175	2 725
4. Oeffentliche Dienste			
Wiederherstellung der Eisenbahnen von allgemeinem Interesse (km) .	2 400	2 400	—
Wiederherstellung der Eisenbahnen von örtlichem Interesse (km) . .	2 409	2 095	314
Wiederherstellung der Kanäle (km)	1 621	1 451	170
Wiederaufnahme des Gemeindelebens	[3]) 3 255	3 238	17
Wiederöffnung von öffentlichen Schulen (Zahl)	.	7 178	223
Zahl der Schüler in den öffentlichen Schulen	.	487 667	181 025

[1]) Arbeit, die noch zu leisten ist, um die Reparation der in der Spalte 2 angegebenen Kriegsschäden zu vollenden oder um die Zahlen von 1914 zu erreichen (Bevölkerung, Zahl der Schulen, Zahl der Schüler). — [2]) Einwohner, die in den befreiten Gebieten geblieben sind. — [3]) Geräumte Gemeinden.

Für persönliche Schäden waren bis zum 31. Dezember 1923 34,2 Milliarden Franken vergütet worden, für Sachschäden 66,6 Milliarden Franken, zusammen also 100,8 Milliarden Franken. Dazu kamen 17,4 Milliarden für aufgelaufene Zinsen, so daß sich die gesamten bisherigen „wiedereinbringbaren Ausgaben" auf 118,2 Milliarden Franken beliefen. Eine Schätzung der künftigen Ausgaben liegt nur für die Sachschäden vor: sie stellt sich auf 36,4 Milliarden. Die Vergütungen für Sachschäden in Vergangenheit und Zukunft würden damit 103 Milliarden Franken betragen.

„Wiedereinbringbare Ausgaben" für Kriegsschäden (in Millionen Franken).

Art des Schadens	1914 bis 1921 Ist	1922 Ist	1923 Voranschlag	zusammen	künftig voraussichtlich	insgesamt
Persönliche Schäden .	28287	3194	2686	34167	.	.
Sachschäden:						
a) Privateigentum (Gesetz vom 17. 4. 19):						
Zahlung auf das Kapital der Entschädigungen: Schatz	15968	2050	3975	21993		
Nationaler Kredit	9537	6929	5100	21566		
Jahreszahlungen	3769	2637	1700	8106	32420	85000
Staatsrenten . .	20	445	450	915		
Zahlungen von Zinsen auf Entschädigungen	268	880	600	1748	1252	3000
Andere Ausgaben (Arbeiten, Ankäufe usw.)	6628	700	425	7753	1347	9100
b) Andere Schäden:						
Eisenbahnen	1961	145	140	2246	1354	3600
Oeffentliche Dienste . . .	1557	350	350	2257	43	2300
zusammen	39708	14136	12740	66584	36416	103000
Schäden zusammen . . .	67995	17330	15426	100751	.	.
Zinsen	.	.	.	17403	.	.
Gesamtsumme	.	.	.	118154	.	.

An Kapitalzahlungen für private Sachschäden waren bis zum 1. Oktober 1923 49,8 Milliarden Franken (Voranschlag bis 31. Dezember 1923: 52,6 Milliarden) geleistet worden; für die Zukunft (ab 1. Oktober 1923) sind 35,2 Milliarden vorgesehen, so daß die Gesamtausgaben auf diesem Konto 85 Milliarden betragen würden. Im einzelnen gliedern sie sich wie folgt:

Kapitalvergütungen für Sachschäden (in Millionen Franken).

Art des Schadens		bis 1. 10. 1923	künftig	insgesamt
Mobilien	industrielle . . .	6376	1644	8020
	sonstige	9106	8528	17634
	zusammen . . .	15482	10172	25654
Immobilien	industrielle . .	15560	1840	17400
	sonstige . . .	18777	23169	41946
	zusammen . .	34337	25009	59346
Ueberhaupt	industrielle . .	21936	3484	25420
	sonstige . . .	27883	31697	59580
	zusammen . .	49819	35181	85000

Ein Weg zur Lösung der Reparationsfrage.

Die alten Mittel oder ein modernes Mittel zur Ueberführung von Reichtümern?

Von Paul Reynaud, Deputierter der Basses-Alpes.

Die gegenwärtige[1]) Geistesverfassung der Deutschen ist für den französischen Beobachter erstaunlich.

Nicht der Krieg wird von unseren Nachbarn verwünscht, sondern der Frieden.

Die Ereignisse folgen sich so schnell, und die Kommentare vieler Zeitungen, insbesondere derer, die aus den Generalunkosten der Großindustrie gespeist werden, sind so tendenziös, daß das deutsche Volk in ihren Strudel gerissen wird, und daß nicht eine Faust gegen den Krieg gereckt wird, der doch die Quelle seiner und unserer Leiden ist, sondern gegen den heutigen Frieden und gegen diejenigen, die dafür verantwortlich gemacht werden. Wie schade! Die — schon ferne — Erinnerung an den August 1914 wäre wohl geeignet, in den Geistern heilsame Ueberlegungen anzuregen.

Im zweiten Kriegsjahr erinnere ich mich, an der Front eine amerikanische Zeitschrift vom September 1914 gelesen zu haben, in der ein Journalist, der unversehens Kriegsberichterstatter geworden war, den Durchmarsch des deutschen Heeres durch Belgien beschrieb: wunderbare Kanonen „regis ultima ratio", die schnell und gewichtig dahinrollten; prächtige Truppen, ganz neu eingekleidet mit fahlroter Ledermontur und in bestimmten Abständen ein Hauptmann mit unbeweglichem Antlitz, der mit seinem Pferde verwachsen schien. Ueber den Rhythmus der Schritte erhob sich der ernste und andächtige Gesang „Deutschland über alles". Der folgende Satz des amerikanischen Journalisten ist mir im Gedächtnis geblieben: „Das deutsche Heer strömte durch Belgien wie ein mächtiger und ruhiger Fluß".

Dann folgten 4½ Jahre, in denen der Fluß, der durch Belgien strömte und im Norden Frankreichs auf einen Damm stieß, alles vernichtet hat, indem er die Kirchen, die Häuser, die Fabriken, ja sogar die Landschaft zerstörte.

Da habt Ihr den Grund unserer gemeinsamen Leiden! Warum beschäftigt er nicht etwas mehr die Geister in Deutschland! Das ist das erste, worüber der französische Beobachter staunt; sein logischer Sinn erwartete, das deutsche Volk werde sich gegen die Urheber der Katastrophe wenden.

Zweites Staunen: der deutsche Arbeiter leidet, und der Mittelstand stirbt, aber die Großindustriellen verbergen Dollars in New York, Gulden in Amsterdam und Schweizer Franken in Zürich. Während der Eisenindustrielle sein Eisen 3000mal so teuer verkauft wie vor dem Kriege, zahlt er seinen Arbeitern nur 400mal soviel. Aber der Arbeiter, der durch dauernde Lohn-

[1]) Neujahr 1923.

steigerungen dauernd getäuscht wird, merkt nicht, daß er bei dieser Jagd hinter der Mark täglich Boden verliert. Und das ganze deutsche Volk zürnt diesen neuen Gebietern so wenig wie den alten, den Urhebern des Unglücks, von dem diese profitieren. Frankreich ist es, und Frankreich allein ist es, dem es zürnt als dem vermeintlichen Urheber aller seiner Leiden!

Es ist die Tragik unserer Zeit, daß die Völker unfähig sind, sich zu verstehen, wo sie doch den größten Prozeß, der je die Menschen dieser Erde getrennt hat, gemeinsam schlichten müssen.

Das französische Volk, dem das Reparationsproblem dunkel ist, weiß immerhin eins und weiß dies gut: obwohl es in seinen reichsten Industrieprovinzen getroffen ist, hat sein Land schon 90 Milliarden Papierfranken ausgegeben, um die befreiten Gebiete wiederaufzubauen und um die Pensionen zu zahlen. Von diesen 90 Milliarden Franken hat ihm Deutschland noch nicht einen Franken erstattet. Allerdings sind Zahlungen geleistet worden, um die Ententetruppen am Rhein zu unterhalten, das weiß das französische Volk, aber es weiß auch, daß diese Anstrengungen Deutschlands, wo in kaum einem Hause auch nur eine Fensterscheibe im Kriege zerbrochen worden ist, im Vergleich mit den Anstrengungen Frankreichs unbedeutend sind, daß das den Ententetruppen gezahlte Geld größtenteils von ihnen an Ort und Stelle ausgegeben worden ist, und daß wir bei der Verteilung dieser Summen benachteiligt worden sind, da das Gehalt einer amerikanischen Maschinenschreiberin so hoch ist wie der Sold eines französischen Obersten.

* * *

Im vorigen März schrieb ich bei meiner Rückkehr von einer Reise nach Berlin im „Matin" einen Artikel, in dem ich einen Reparationsplan anregte, der auf einer Abgabe vom deutschen Privatvermögen beruhte, und in dem ich darauf hinwies, daß, wenn wir uns nicht sehr bald mit Deutschland verständigen würden, wir einem europäischen Zusammenbruch entgegengingen. Jetzt haben wir ihn. Deutschland ist so tief gesunken, daß man von ihm für die unmittelbare Zukunft weder Geldleistungen noch Naturallieferungen in einem Ausmaße, daß seine Schuld an uns dadurch fühlbar verringert würde, erhoffen kann. Es kann uns nicht mehr alljährlich aus seinen Einkünften zahlen. Wir haben zwischen zwei Wegen zu wählen: der alten Methode der Ueberführung von Reichtümern, die in der Besetzung von Gebieten besteht, und der modernen Methode, die ich noch angeben werde.

Weigert sich Deutschland, den zweiten Weg zu beschreiten, so werden wir unvermeidlich den ersten beschreiten. Frankreich wird es tun unter dem unwiderstehlichen Zwange seiner ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten, an denen das Versagen Deutschlands schuld ist. Es wird es tun mit dem

Gefühl, daß der Vertrag nicht erfüllt und die Gerechtigkeit verletzt ist. Die Ergebnisse werden enttäuschen? Das ist möglich; aber es kann Verbrechen aus Leidenschaft zwischen Völkern wie zwischen Individuen geben.

Diejenigen unter den Neutralen, die pazifistische Gefühle im Herzen haben, werden anerkennen, daß es tatsächlich der größte Skandal des Krieges wäre, wenn das überfallene und zerstörte Land ganz allein seine Ruinen wiederaufrichten müßte.

* * *

Welches ist nun die moderne Methode der Ueberführung von Reichtümern, die das Reparationsproblem lösen und diese Katastrophe vermeiden könnte?

Angesichts des Zusammenbruchs des Staates in Deutschland muß man sich an die Privaten halten, um die Quellen des Reichtums zu erreichen. Man muß die papierene Wand der offiziellen Zahlungsunfähigkeit des Reichs durchstoßen und dahinter nicht nur das Einkommen, sondern das Kapital selbst der Privaten treffen, nicht um es roh und ohne Nutzen zu liquidieren, sondern um die Ententevölker an dem Eigentum, der Verwaltung und den Gewinnen der deutschen Unternehmungen zu beteiligen. Zu diesem Zwecke würde man ihnen einen Anteil an dem Kapital der deutschen Gesellschaften einräumen. Anstatt eine Fabrik in Lens wiederherzustellen, würde ich Eigentümer eines Fünftels der Aktien von fünf Fabriken gleicher Größe in Essen werden. Alle Welt ist einig, daß das praktischste Verfahren dafür wäre, die deutschen Unternehmungen von einem gewissen Umfange an zu verpflichten, die Form der Aktiengesellschaft anzunehmen, ihr Kapital zu vermindern und es dann in demselben Maße durch Ausgabe neuer Aktien zu vermehren, die der Entente übergeben würden. (Um gleich den Einwand, der sich aus den „Schutzaktien" ergibt, auszuschalten, sei gesagt, daß das Abgabegesetz bestimmen würde, daß es diese Aktien wie die anderen trifft. Auch würde es in gleicher Weise die künftigen Gesellschaften und die Kapitalvermehrungen belasten, wie die jetzt bestehenden Gesellschaften.)

Man wendet ein, dies System würde nur Papiermark-Dividenden ergeben, d. h. eine unbedeutende Zahl von Goldmark. Das ist durchaus richtig, wenn man sich auf diese einfache Abgabe vom Kapital der deutschen Gesellschaften beschränkt, aber es versteht sich von selbst, daß dies Heilmittel allein zur Behandlung des europäischen Uebels nicht ausreichen würde, und daß man daran denken muß, Deutschland wiederaufzurichten in dem gleichen Augenblick, wo wir daran denken, Frankreich bezahlt zu machen. Man muß offenbar in Betracht ziehen, daß diese Abgaben die Unterlage und das Pfand einer internationalen Anleihe sein müßten, die in mehreren Abschnitten zu begeben wäre, und von der ein Teil der Ausgabe eines neuen deutschen Geldes, das Goldmark heißen

könnte, dienen würde. Ist dann erst Deutschland einmal wiederhergestellt — nach einer sicherlich grausamen, aber unvermeidlichen Wirtschaftskrisis, die um so grausamer wäre, je mehr sie hinausgeschoben würde —, so sind es nicht mehr Papiermark, sondern Goldmark, die die Entente beziehen würde.

Diese Verbündung mit der deutschen Industrie, die ursprünglich Zwangscharakter hätte, würde alsbald, wenn die Regierungen klares Verständnis für die Interessen der beiden Völker gewinnen, zu wirtschaftlichen Vereinbarungen über die Produktion, insbesondere durch Ausnutzung der Rohstoffe, die sich in dem ungeheuren französischen Kolonialreich befinden, und über die Verteilung der Märkte führen. Und wer in Frankreich würde nicht gleich nach Durchführung des Abkommens zugeben, daß die Entspannung durch eine Verminderung unserer Truppen im Rheinland und durch die Räumung der drei Ruhrstädte unterstrichen würde? Vielleicht wird man dann die blutige Friedenstaube sich erheben und in zögerndem und schmerzhaftem Fluge über den beiden großen Ländern sehen, von deren Verständigung die europäische Zivilisation abhängt.

* * *

Neben der Abgabe vom Kapital der deutschen Gesellschaften, deren einer Vorteil und nicht der geringste darin bestände, die Entente mit dem guten wie mit dem bösen Schicksal Deutschlands zu verknüpfen und der Welt den Skandal eines siegreichen, aber ruinierten Frankreichs neben einem besiegten, aber unversehrten und gedeihenden Deutschland zu ersparen — ein Skandal, den das französische Volk erforderlichenfalls in seinem gerechten Zorne mit Waffengewalt vermeiden würde —, muß man eine viel wichtigere Beteiligung an dem deutschen Privatvermögen durch Eintragung einer Hypothek zugunsten der Entente auf das Grundvermögen der Deutschen, das gegenwärtig ungefähr die Hälfte des deutschen Volksvermögens darstellt, ins Auge fassen. Selbstverständlich müßte diese Vermögensabgabe, wie die der Aktiengesellschaften, aus Billigkeitsgründen einer allgemeinen Vermögenssteuer, die vom Reich eingeführt würde, eingegliedert werden. Für uns, die Entente, ist es nun wichtig, zu wissen, ob bei der gegenwärtigen Entwertung des deutschen Geldes die Festsetzung einer hypothekarischen Schuld, die ein bestimmter Teil des früheren und des vermutlich künftigen Wertes dieser Immobilien sein müßte, möglich ist. Denn ihr gegenwärtiger Wert ist offenbar auf dem Tiefpunkt der Kurve.

Das Problem könnte meiner Meinung nach so gelöst werden: die Schuldforderung würde in Goldmark berechnet. Man würde als Grundlage den Wert des Immobils von 1914 nehmen, und man würde in das Grundbuch eine erststellige Hypothek in Höhe von einem Fünftel dieses Wertes eintragen. Die Schuld müßte in längstens 30 Jahren getilgt werden. Bis dahin müßte der Eigentümer des Immobils ein Viertel des

wirklichen Reinertrages an die Reparationskasse zahlen. Es ist klar, daß der Eigentümer gegenwärtig lieber ein Viertel des wirklichen Reinertrages des Immobils zahlen wird, als die Zinsen von einem Fünftel des Wertes seines Immobils von 1914 durch Abtragung seines Schuldenkapitals einzubüßen. Das wird so bleiben bis zu dem Tage, wo ihm sein Immobil infolge der Wiederherstellung Deutschlands einen Ertrag in Goldmark bringt, der sich dem von 1914 nähert, und wo er dann lieber sein Schuldenkapital abtragen wird (womit er die Zinsen von einem Fünftel des Wertes verliert), als weiter ein Viertel des Reinertrags des Immobils zu zahlen.

Dieses System würde, scheint es, der sehr ernsten Kritik entgehen, die das System der Herren Schmidt und Hirsch im Hinblick auf die Festsetzung des Betrages der hypothekarischen Schuld verdient. Wir stellen es jedenfalls zur Diskussion und würden glücklich sein, wenn es verbessert werden kann.

Wird die Reparationsfrage gerade durch die Methoden, die wir soeben dargelegt haben, geregelt werden können? Wir wissen es nicht, aber wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, daß die Staatsmänner der beiden Länder Systeme suchen, gegenüberstellen, gebrauchsfertig machen und endlich zwischen ihnen wählen müssen. Mißlingt dies und ergibt sich, daß die modernen Methoden der Ueberführung von Reichtümern nicht angewendet werden können, so wird das französische Volk unvermeidlich gezwungen sein, auf die veralteten und abscheulichen Methoden der Vergangenheit zurückzugreifen.

Frankreichs Bedingungen.

Von Camille Lemercier, Chefredakteur für Außenpolitik am „Oeuvre", Paris.

Wie es allzuoft in der Politik geschieht, wird wieder einmal die Hauptsache durch Nebensächliches verdunkelt, das Mittel verschleiert den Zweck.

Seit dem 11. Januar halten die französischen und belgischen Truppen das Ruhrbecken besetzt. Anfangs reichte diese Besetzung im Osten bis Bochum, jetzt umfaßt sie auch Dortmund. Ursprünglich dazu bestimmt, die Sicherheit einer Mission von Kontrolleuren und Bergwerksingenieuren zu gewährleisten, die die Lieferung von Reparationskohle und -koks sichern sollten, hat sie infolge des Widerstandes der örtlichen Behörden ausgedehnt werden müssen. Während ich diese Zeilen schreibe, stehen die französischen und belgischen Behörden im Begriff, die Eisenbahnen im Ruhrgebiet und im Rheinland effektiv zu übernehmen; morgen wird vielleicht das gleiche mit der Post, dem Telegraphen und dem Telephon geschehen, und übermorgen wird eine Zollsperre die Ruhr von dem nicht besetzten Deutschland trennen und es der westfälischen Kohle berauben.

Machtpolitik, sagt man in Deutschland. Triumph der Gewalt und des Militarismus. Eingeständnis der imperialistischen Absichten, die darauf hinzielen, das Rheinland von Deutschland loszureißen, die deutsche Metallindustrie zugunsten der französischen zu vernichten.

Und eine Welle der Empörung treibt die deutsche Bevölkerung gegen die „Räuber". Die Reichsregierung erläßt entrüstete Aufrufe, erklärt den Versailler Vertrag für verletzt, fordert von den Bewohnern der Ruhr und des Rheinlandes passiven Widerstand — Gehorsamsverweigerung, Streiks — oder gewaltsamen Widerstand — Sabotage der Eisenbahnen, der Telegraphenlinien. Gleichzeitig verkündet sie feierlich, sie werde, solange die Besetzung des Kohlenbeckens und des Brückenkopfes Düsseldorf andauere, sich ihrer Verpflichtungen gegen Frankreich und Belgien ledig betrachten und jede Verhandlung mit diesen beiden Mächten ablehnen.

Zynisches Eingeständnis des „schlechten Willens" von Deutschland, sagt man in Frankreich. Triumph der Schwerindustrie, die die Mark ruiniert und Deutschland zugrunde gerichtet hat, um die Entente nicht bezahlen zu müssen. Triumph der militaristischen und monarchistischen — oder fascistischen — Reaktion und Eingeständnis der Revancheabsichten. Beweis der Ohnmacht der demokratischen Elemente, die unter der chauvinistischen Welle ertränkt sind.

* * *

So sind für einen Beobachter, der nur die Oberfläche der Dinge betrachten würde, Frankreich und Deutschland sich niemals seit dem Kriege brutaler gegenübergestanden, niemals wäre eine friedliche Lösung der Reparationsfrage ferner gewesen. Wollte man sich lediglich von den offenkundigen Handlungen beeindrucken lassen, nach denen die gegenwärtige Situation als ein „latenter Krieg" erscheint, so würde man schließlich denken, es gebe keine andere Lösung als den Krieg, den richtigen Krieg mit Kanonenschüssen und Menschenschlächterei.

Einzelne englische Zeitungen und zahlreichere amerikanische Zeitungen übersetzen diesen Gedanken so: „Die Brutalität Frankreichs, die Verblendung Deutschlands stürzen Europa in den Krieg, d. h. in das Chaos und den vollständigen Ruin".

* * *

Nun steht aber für denjenigen, der versucht, mehr auf den Grund der Dinge zu blicken, im Gegenteil als unbestreitbare Wahrheit fest: „Niemals waren die Umstände günstiger für eine befriedigende, vernünftige, endgültige Regelung der Reparationsfrage. In den Ententeländern bestehen jetzt gewisse Vorbedingungen, die vor einem Jahre noch nicht bestanden. Und die Ententeländer sind zu einem Anerbieten bereit, ja sie

bieten Deutschland tatsächlich einen Vergleich an, den es auch vor einem Jahre noch nicht hätte erhoffen können."

Ich will nicht behaupten, daß Frankreich und Deutschland niemals wirklich näher an einer Verständigung waren, weil man mir vorwerfen würde, zu sehr Paradoxe zu lieben, und vor allem, weil es mir hier nicht zukommt, den Geisteszustand des deutschen Volkes zu zergliedern, noch die Absichten der deutschen Regierung zu ergründen. Ich möchte nur für deutsche Leser darlegen, welches Ziel heute Frankreich verfolgt, und auf welchen Grundlagen die französische Regierung bereit wäre, mit der deutschen Regierung zu verhandeln. Zu einer Stunde, wo Mißverständnisse Katastrophen herbeiführen können, müssen diese Bedingungen in Deutschland bekannt sein, und ich habe es meinerseits bedauert, daß die Reparationskommission sich damit begnügt hat, sie „vorläufig zurückzustellen", statt sie der Reichsregierung feierlich mitzuteilen.

* * *

Diese Bedingungen sind in einem Dokument zusammengefaßt, das in Frankreich veröffentlicht worden ist: der „Entwurf eines Schreibens der Reparationskommission an den Reichskanzler", betreffend die von Deutschland in den Jahren 1923 und 1924 zu leistenden Zahlungen[1]). Dies von der französischen Regierung ausgearbeitete und von der belgischen Regierung ratifizierte Dokument bezeichnet die Bedingungen, die Frankreich und Belgien Deutschland einzuräumen bereit sind. Die hauptsächlichen Bestimmungen sind in wenigen Worten die folgenden:

1. Es wird Deutschland ein Moratorium für zwei Jahre — 1923 und 1924 — bewilligt.

2. Als Gegenleistung für die Bewilligung dieses Moratoriums soll sich das Reich verpflichten, seine Finanzen zu reorganisieren und seine Mark zu stabilisieren. Es soll seine Finanzgebarung der Kontrolle der Reparationskommission und des Garantiekomitees unterwerfen. Die Ausgaben seines Budgets sollen streng herabgedrückt und seine Einnahmen aufs höchste angespannt werden.

3. Das Reich soll sich außerplanmäßige Einnahmen beschaffen: einmal durch die Errichtung fiskalischer Monopole — Alkohol, Tabak —, durch die Konzessionierung gewisser öffentlicher Dienste — Eisenbahnen — und durch die Verpachtung der staatlichen Bergwerke, Forsten und Salinen, anderseits durch die (entgeltliche) Einziehung von einem Viertel des wirklichen gegenwärtigen Wertes der Industrie- und Handelsunternehmungen und der in Deutschland gelegenen Grundstücke.

4. Im Verlauf der beiden Moratoriumsjahre soll die deutsche Industrie dem Reich eine Anleihe von drei Milliarden

[1]) Vgl. S. 189 ff.

Goldmark gewähren, und Deutschland soll, sobald es dies kann, innere und äußere Goldanleihen ausgeben.

5. Die Einnahmen aus der Vermögensabgabe und aus der Beschlagnahme der Zölle, aus den Ausfuhrabgaben und aus der im Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 festgelegten Sonderausfuhrabgabe von 25 Proz. gehen an das Garantiekomitee, das sie der deutschen Regierung zurückerstatten wird.

6. Von dem Ertrag der Industrieanleihe fließen 500 Millionen Goldmark in einen Fonds zur Stabilisierung der Mark, und 2500 Millionen gehen an die Reparationskommission, um unter die Ententemächte verteilt zu werden.

So soll, wenn man von Einzelheiten absieht, Deutschland der Entente, alles in allem, in jedem der Jahre 1923 und 1924 in Gold oder in Devisen den Betrag von 500 Millionen Goldmark und in Sachlieferungen den Gegenwert von 750 Millionen Goldmark leisten. Deutschland würde außerdem gehalten sein, die Restitutionen durchzuführen und die Kosten für die Interalliierten Kommissionen, die Besatzungsheere und das Ausgleichsverfahren zu zahlen.

* * *

Dieser Plan, der, um es noch einmal zu wiederholen, der Plan der französischen Regierung ist und bleibt, fordert einige Bemerkungen heraus.

Zunächst, er ist bedeutend gemäßigter als der französische Plan, der der Pariser Konferenz unterbreitet wurde; da er verfaßt wurde, als die Ruhr schon besetzt war, widerlegt er restlos die Anklage, Frankreich wolle Deutschland „zerstören".

Zweitens ist zu beachten, daß, selbst wenn er bis aufs letzte durchgeführt würde, er Frankreich Beträge liefern würde, die im Vergleich mit den Bedürfnissen des durch die Ausgaben für die zerstörten Gebiete erdrückten französischen Budgets nur unbedeutend wären. Nach dem Abkommen von Spa hat Frankreich Anspruch auf 52 Proz. der Reparationszahlungen. Somit würde es in zwei Jahren bei Zahlung von 2500 Millionen Mark 1300 Millionen Goldmark erhalten, also, wenn man den Dollar zu einem Durchschnittskurse von 15 Franken rechnet, 4875 Millionen Papierfranken. Man braucht nur an die Untersuchung von Charles Gide in der ersten Nummer der „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz"[1]) zurückzudenken, um zu begreifen, wie wenig ein Betrag in dieser Größenordnung angesichts der Bedürfnisse Frankreichs während zweier Jahre bedeutet.

Drittens verlangt dieser Plan während zweier Jahre n i c h t s vom deutschen Budget, vom deutschen Steuerzahler: er fordert nur, daß die Großindustriellen, die sich an der gemeinsamen Not der beiden Völker bereichert haben, etwas von ihren Reichtümern ihrem Lande abgeben, nein: leihen, damit es Atem schöpfen und sich erholen kann.

[1]) Siehe oben Seite 90 ff.

Ich weiß wohl, daß man an diesen Bestimmungen sehr viel aussetzen kann: „Noch einmal wird die endgültige Regelung um zwei Jahre verschoben; das Deutsche Reich kann seine Eisenbahnen nicht preisgeben usw." Das sind technische Einzelfragen, und ich habe nicht behauptet, der französische Plan sei technisch oder auch nur politisch vollkommen.

Ich habe nur zeigen wollen, daß man sich nicht durch den Schein der Dinge täuschen lassen darf, daß man nicht bloß nach der Ruhr blicken soll. Wenn Deutschland die Bedingungen Frankreichs wissen will, sie sind kein Geheimnis. In aller Aufrichtigkeit, nur auf das Wohl meines Landes und der Menschheit bedacht und ohne die wirklichen tragischen Schwierigkeiten zu vergessen, mit denen das deutsche Volk zu kämpfen hat, glaube ich sagen zu können: diese Bedingungen sind vernünftig und verdienen eine Prüfung und Erörterung.

Es gibt nicht, es kann nicht in der Geschichte eine „Lage ohne Ausweg" geben. Und für die gegenwärtige Lage kann die Anwendung der Gewalt keinen Ausweg schaffen. Man muß diskutieren, man muß sich verständigen. Frankreich hat seine Bedingungen bekanntgegeben. Wann wird Deutschland antworten?

Und falls beim Lesen dieser Zeilen einer meiner deutschen Leser denken sollte: „wenn die Ruhr geräumt sein wird", so antworte ich ihm: „die Ruhr wird um so schneller geräumt sein, je eher eine Vereinbarung zwischen der Entente und Deutschland zustande kommt und je genauer Deutschland diese Vereinbarung durchführen wird".

Ein französischer Moratoriumsvorschlag.[1])

I. Die Steuern sollen streng und pünktlich mit allen gesetzlichen Mitteln und von allen Steuerpflichtigen ohne politische Rücksichten erhoben werden.

Die Aufhebung irgendeiner bestehenden Steuer, irgendein Steuernachlaß oder irgendeine Steuerermäßigung dürfen nur unter gleichzeitiger Schaffung von neuen Steuern erwogen werden, die vorher von dem Garantiekomitee für gleichwertig erklärt worden sind.

---

[1]) Die französische Regierung unterbreitete der Reparationskommission am 22. Januar 1923 einen zweijährigen Moratoriumsvorschlag, der von der Kommission vorläufig zurückgestellt wurde. Das sehr umfangreiche Dokument ist im „Temps" vom 27. Januar und ebenso in der „Europe Nouvelle" vom 3. Februar veröffentlicht worden. Wie der Chefredakteur für Außenpolitik am „Oeuvre", Lemercier, in dem vorstehenden Artikel darlegt, hielt die französische Regierung diesen Vorschlag auch noch nach der Zurückstellung durch die Reparationskommission aufrecht. Es seien hier die wichtigsten sachlichen Bestimmungen, soweit sie auf eine Steigerung der Reichseinnahmen hinzielen, wiedergegeben.

Zweckbestimmungen von Steuern sind aufzuheben.

Das Steuersystem ist in kürzester Frist so einzurichten, daß es unter Berücksichtigung der Lasten aus dem Friedensvertrage das Gleichgewicht im Haushalt sichert.

Jeder Ueberschuß, der im Haushalt eines deutschen Landes erzielt wird, nachdem einmal sein Haushalt nach den hier dargelegten Grundsätzen aufgestellt ist, soll an die Reichskasse für Reparationszwecke abgeführt werden.

II. Deutschland soll während der Dauer seines finanziellen Wiederaufbaues, und zwar sowohl um zu eben diesem Wiederaufbau beizutragen, als auch um Reparationszahlungen zu leisten, über das festgesetzte Mindestmaß hinaus und in dem Umfange, wie die Verhältnisse es gestatten werden, alle Mittel, die sich ihm bieten, anwenden, um sich schnell und, soweit als tunlich in Gold oder fremden Devisen, möglichst große außerplanmäßige Einnahmen zu verschaffen.

Zur Schaffung dieser außerplanmäßigen Einnahmen wird eine Abgabe vom Vermögen einerseits des Reichs und der Länder, anderseits der deutschen Staatsangehörigen erhoben werden:

1. Das Reich wird, soweit dies nicht schon der Fall ist, den Verkauf gewisser Erzeugnisse, die ihm die Reparationskommission bezeichnen wird, wie Alkohol, Tabak, Zündhölzer, Salz, Zucker, Petroleum und Oele, monopolisieren und die Ausbeutung dieser Monopole verpachten.

Es wird den Betrieb der Eisenbahnen und anderer gewerblicher Unternehmungen, die ihm die Reparationskommission bezeichnen wird, konzessionieren.

Das Reich und die Länder werden ihre Bergwerke, Forsten und Salinen verpachten.

Die Pacht- und Konzessionsverträge werden von der deutschen Regierung im Einvernehmen mit der Reparationskommission aufgestellt. Sie werden dem konzessiongebenden Reich oder Land seitens des Konzessionärs die Zahlung einer einmaligen Abfindung, die im Augenblick der Besitzübernahme zu entrichten ist, und einer jährlichen Rente einräumen; beide Beträge werden auf Goldbasis festgesetzt werden, und zwar zu einem so großen Anteil in anerkannten fremden Devisen, wie es die Angebote irgend vertragen können.

Jeder nach dem 11. November 1918 von dem Reich und den deutschen Ländern in bezug auf die vorgenannten Vermögen abgeschlossene Vertrag, der die Wirkung gehabt hat, das Reich oder die Länder, sei es des freien Verfügungsrechts über dies Vermögen, sei es eines Teiles des Ertrages dieses Vermögens zu berauben, wird vor der Verpachtung oder Konzessionierung aufgehoben; die Schuldforderungen, die sich aus diesen Annullierungen ergeben, werden im allgemeinen durch Hingabe ewiger Reichsrente beglichen.

2. Das Reich wird sich Schuldtitel aushändigen lassen, die ein Viertel des wirklichen gegenwärtigen Wertes der Industrie-

und Handelsunternehmungen, sowie der im Reichsgebiet gelegenen oder mit ihm im Zusammenhang stehenden Immobilien darstellen.

Die Bedingungen der Abgabe und die Art der Verfügung über die geschaffenen Titel werden von der deutschen Regierung im Einvernehmen mit der Reparationskommission festgesetzt.

Die geschaffenen Titel werden vor allen anderen vergangenen oder künftigen Rechten und Schuldforderungen einen kumulativen Anspruch auf ein Viertel des Ertrages des Immobils, der Unternehmung oder des Betriebes gewähren, auf die sie sich beziehen.

Soweit die Titel von Gesellschaften ausgestellt sind, werden sie in bezug auf die Verwaltung der Gesellschaften mindestens die Rechte genießen, die den meistbegünstigten Inhabern von Titeln eingeräumt sind oder künftig eingeräumt werden.

Die Form und die gesetzlichen Bedingungen der Titel werden derart sein, daß die Inhaber frei darüber verfügen können, indem alle Rechte und Privilegien, die sich daran knüpfen, diesen Titeln zu jedem Käufer oder Pfandgläubiger folgen.

Die Eigentümer der von der Abgabe betroffenen Vermögen werden als Entschädigung ewige Rententitel vom Reich erhalten.

3. Außer der Vermögensabgabe, der sie auf Grund der vorstehenden Bestimmungen in gleicher Weise wie die Gesamtheit der deutschen Vermögensbesitzer unterworfen wird, ist die deutsche Industrie verpflichtet, das Reich durch eine Anleihe von 3 Milliarden Goldmark zu unterstützen.

Diese Anleihe wird folgendermaßen durchgeführt werden:

A. Zahlungen in Gold oder in von dem Garantiekomitee anerkannten Devisen:

1. März 1923	500	Millionen Goldmark
1. Juli 1923	250	„ „
1. November 1923 . .	250	„ „
1. März 1924	200	„ „
1. Juli 1924	150	„ „
1. November 1924 . .	150	„ „
zusammen	1500	Millionen Goldmark

B. Zahlungen in sämtlichen in Deutschland notierten Zahlungsmitteln, die, zum Wechselkurs am Tage der Zahlung, in Gold berechnet werden:

1. März 1923	300	Millionen Goldmark
1. Juli 1923	300	„ „
1. November 1923 . .	300	„ „
1. März 1924	300	„ „
1. Juli 1924	300	„ „
zusammen	1500	Millionen Goldmark

Die Industrie wird als Entgelt für ihre Anleihe ewige Rententitel, entsprechend dem Goldwert der tatsächlichen Zahlungen am Zahlungstage, erhalten.

III. Deutschland darf keinen Augenblick vom Beginn des Moratoriums an die dringende Notwendigkeit aus dem Auge verlieren, sobald als möglich und in größtmöglichem Umfange innere oder äußere Goldanleihen aufzunehmen, die ihm gestatten sollen, zur Tilgung seines Schuldkapitals zu schreiten.

Es soll sofort alle Möglichkeiten, die sich ihm in dieser Beziehung bieten werden, ausnutzen.

IV. Die Art und die Merkmale der ewigen Rente, die Reich und Länder schaffen sollen, um gewisse jetzige Gläubiger des Reichs und der Länder und die von der Vermögensabgabe betroffenen deutschen Staatsangehörigen zu entschädigen, und um die Ansprüche, die die deutsche Industrie auf Grund der Anleihe von 3 Milliarden Goldmark, die sie dem Reiche gewähren soll, erwirbt, zu befriedigen, werden von der deutschen Regierung im Einvernehmen mit der Reparationskommission festgesetzt.

Die Zinsen dieser Titel werden bei Ablauf jedes Jahres nur insoweit gefordert werden können, als das Reich für das betreffende Jahr alle Verpflichtungen, die ihm aus dem Friedensvertrage erwachsen, restlos erfüllt hat. Die Zinsen, deren Zahlung aufgeschoben wird, werden keine Verzugszinsen bedingen.

Die Zahlungen in ewigen Rententiteln werden entsprechend dem wirklichen gegenwärtigen Werte der Schuldforderung zu pari erfolgen, ohne jedes Agio und ohne irgendwelches Vorrecht als Entschädigung für den vorgesehenen Aufschub der Zinszahlung während der Dauer der Ausführung der Reparationen.

Die Ruhr und die Parteien.

Von Emile Kahn, Paris.

Frankreich lebt unter dem parlamentarischen System, die Regierung hängt von den Kammern ab und insbesondere von der Kammer der Abgeordneten, die der unmittelbare Ausfluß des allgemeinen Wahlrechts ist. Ein Ministerium besteht so lange, wie es von der Mehrheit der Abgeordneten getragen wird; gerät es in der Kammer in die Minderheit, so ist es verpflichtet zurückzutreten.

Die Kammer ist also das hauptsächlichste Feld der Tätigkeit für die Parteien. Mit Ausnahme der beiden äußersten Parteien — den Royalisten auf der Rechten, den Kommunisten auf der Linken —, die danach streben, sich der Regierung durch einen Gewaltstreich zu bemächtigen, wollen alle Parteien die Macht auf gesetzlichen Wegen erobern, d. h. indem sie die Mehrheit in der Kammer gewinnen. Aber auch die Parteien

des Aufstands und des Staatsstreichs, Kommunisten und Royalisten, sind in der Kammer vertreten und nehmen an den Verhandlungen tätig Anteil. Um also eine praktische Vorstellung von den Parteien in Frankreich zu bekommen, muß man sie in der Kammer betrachten.

* * *

Auf den ersten Blick erscheinen die Parteien dort zahlreich. Die Abgeordneten verteilen sich auf Gruppen und Untergruppen. Aber diese Gruppen existieren nur wegen der Vertretung in den großen Kommissionen, wohin jede Gruppe das Recht hat, soviele Vertreter zu entsenden, wie ihrer zahlenmäßigen Bedeutung entspricht. Die Gruppen bilden sich also auf Grund von Personenfragen und nicht von Ideen. Getrennte Gruppen, wie die radikal-sozialistische Gruppe, die republikanische sozialistische Gruppe und die französische sozialistische Gruppe haben zwar verschiedene Aufschriften, aber im wesentlichen die gleiche Politik. Dasselbe gilt für alle Gruppen der Mitte, die den Nationalen Block bilden.

Man kann so die Abgeordneten in fünf Parteien einteilen, die den verschiedenen Meinungsrichtungen entsprechen; es sind von rechts nach links: die Royalisten und Nationalisten, der Nationale Block, die Radikalen, die Sozialisten (französische Sektion der Arbeiter-Internationale), die Kommunisten (französische Sektion der kommunistischen Internationale).

1. Die Royalisten und Nationalisten sind nur eine winzige Minderheit, aber ihre namhaftesten Vertreter, wie Léon Daudet, der Herausgeber der „Action Française", vollführen einen großen Lärm. Sie haben niemals den Versailler Vertrag offen anerkannt. Sie haben während des Krieges einen Feldzug für die Annexion des linken Rheinufers geführt. Sie werfen den Friedensunterhändlern vor, das, was sie die französischen Interessen nennen, dem Wilsonschen Idealismus geopfert zu haben. Sie glauben nicht an das Recht der Völker, sondern an die Vorherrschaft der Macht. Da die Franzosen Sieger waren, hätten sie die deutsche Macht brechen müssen, indem sie an die Stelle des geeinten Deutschlands „die deutschen Länder" von ehedem setzten.

Sie haben seit mehreren Jahren unaufhörlich die Besetzung der Ruhr gefordert. Nicht wegen der Zahlung der Reparationen, die sie nur mäßig interessiert, sondern um der Sicherheit Frankreichs willen. Sie behaupten, Deutschland bereite einen Revanchekrieg vor, und es sei die Pflicht der französischen Regierung, diesen Krieg durch die Zermalmung und Zerstückelung Deutschlands unmöglich zu machen.

Die gegenwärtige Besetzung der Ruhr befriedigt sie nur als ein erster Schritt. Wenn die Deutschen im Widerstand beharrten, werde man die Mainlinie besetzen müssen, um Norddeutschland von Süddeutschland zu trennen, und wenn sie auch dann noch hartnäckig blieben, müsse man die Besetzung bis

nach Berlin ausdehnen. So ist für sie die Besetzung der Ruhr keine wirtschaftliche, sondern eine politische Maßnahme.

2. Ganz anders ist die Stellung des Nationalen Blocks. Er verfügt über die Mehrheit in der Kammer; er hält die Regierung in Abhängigkeit, sie kann ohne seine Unterstützung nicht bestehen; er trägt also die Verantwortung für die Regierungspolitik. Nun ist er im Jahre 1919 auf ein Programm gewählt worden, das die gesamte Zahlung der Reparationen und der Pensionen durch Deutschland enthielt. Diese Bezahlung erwartete er von der strengen Durchführung des Versailler Vertrages: Zahlung in Goldmark für die von der Reparationskommission festgesetzten Summen; bei Nichterfüllung Anwendung von Zwangsmaßnahmen. Nun hat Deutschland nicht oder nur spottwenig gezahlt; Ermäßigungen und Erleichterungen sind ihm bewilligt worden, und es hat sie benutzt, um noch weniger zu zahlen.

Inzwischen hat man als Vorschüsse auf das Konto der Reparationen und der Pensionen annähernd 100 Milliarden Franken ausgeben müssen. Der Nationale Block nähert sich dem Ende seines Mandats (die Kammer muß im Frühjahr 1924 wiedergewählt werden) mit der Aussicht auf ein doppeltes Fiasko: Fiasko in bezug auf seine Versprechungen an die Wähler, Fiasko der französischen Finanzen. Sein Wahlinteresse und das Landesinteresse scheinen ihm gemeinsam die Anwendung der Gewalt zu fordern. Schon 1921 hatte er das Kabinett Briand genötigt, Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu besetzen. Da diese Teilbesetzung nicht genügende Reparationszahlungen gesichert hat, hat sich der Nationale Block zu einer ausgedehnteren Besetzung entschlossen. Man kann nicht sagen, er habe dies Programm von Herrn Poincaré übernommen, denn er neigte zur Besetzung der Ruhr, noch bevor die Regierung sie ihm vorschlug; man kann aber auch nicht sagen, er habe die Besetzung der Ruhr dem Ministerium Poincaré aufgezwungen, denn Herr Poincaré war schon Anhänger davon, noch bevor er zur Macht kam. Es scheint zwischen dem Ministerium und dem Nationalen Block stillschweigend und von vornherein Uebereinstimmung darüber bestanden zu haben, den Verfehlungen Deutschlands durch die Besetzung der Ruhr ein Ende zu machen.

Der ursprüngliche Zweck der Besetzung war also, nach der Meinung der Mehrheit wie der Regierung, ein rein wirtschaftlicher. Der Nationale Block besteht jedoch aus Gruppen, die politisch sehr verschieden, aber auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet einig sind. Er ist vor allem antisozialistisch. Die meisten seiner Mitglieder sind nur mit Unterstützung — und dank den Subsidien — der „Vereinigung der wirtschaftlichen Interessen" gewählt worden, die die großen Industriellen, Kaufleute und Finanzmänner umfaßt. Es ist dem Nationalen Block nicht entgangen, daß die Besetzung der Ruhr, die er für Frankreich

vorteilhaft glaubte, gleichfalls für die französischen Geschäftsmänner einträglich sein könnte, und daß insbesondere die lothringischen Hüttenbesitzer dabei die Gelegenheit finden würden, entweder ihre deutschen Konkurrenten zu ruinieren oder mit ihnen den kontinentalen Eisentrust zu bilden und jedenfalls sich den für ihre Hochöfen unentbehrlichen Koks zu sichern. Die Ruhr erschien ihnen mithin als ein gutes Geschäft, als „ein produktives Pfand".

Es dauerte nicht lange, bis man erkannte, daß die unmittelbare Ausbeutung der Ruhr ein beschwerliches Unternehmen ist: beschwerlich für die Hüttenbesitzer, die aus Mangel an Koks einen Teil ihrer Hochöfen haben löschen müssen, beschwerlich für Frankreich, das viel ausgibt und doch weniger Kohle als vorher erhält. Der Nationale Block hat denn auch den Gedanken des „produktiven Pfandes" aufgegeben und hat sich der Auffassung der Regierung angeschlossen, die von vornherein die Besetzung als ein Mittel der Pression auf die deutschen Kapitalisten ansah. Daher denn auch die aufeinanderfolgenden Maßnahmen, um die Ruhr von Deutschland zu trennen und damit die deutschen Industriemagnaten der Kohle, des Eisens usw. zu berauben.

Der Nationale Block erwartete, ebenso wie die Regierung, von diesen Maßnahmen eine schnelle Kapitulation der Deutschen. Der Widerstand, die Ermunterung zum Streik der Beamten, der Eisenbahner und der Bergleute haben seine Auffassung von der Besetzung umgestürzt. Die Repressalien der deutschen Regierung, die Einstellung aller Zahlungen und aller Lieferungen, die Hindernisse, die der Entwaffnungskontrolle bereitet wurden, erschienen ihm als eine generelle Kündigung des Versailler Vertrags und damit als ein lange verheimlichter und endlich eingestandener Plan zur Vorbereitung eines Revanchekrieges. Von da ab hat er in der Ruhrbesetzung weniger ein Mittel zur Erlangung von Reparationen, als vielmehr eine unentbehrliche Vorsichtsmaßregel für die Sicherheit Frankreichs gesehen. Diese Ueberzeugung ist durch die Einmütigkeit des deutschen Volkes in seinem Widerstande verstärkt worden. Der Nationale Block, der die Sozialisten in Frankreich bekämpft, rechnete in der Ruhr auf die Unterstützung durch die deutschen Sozialisten: ihre Proteste haben ihn überrascht. Er sucht die Erklärung dafür nicht in grundsätzlichen Erwägungen: er sieht darin nur eine allgemeine Einigung in Deutschland gegen Frankreich und für die Revanche.

Die Räumung der Ruhr erscheint ihm nur nach einer Kapitulation Deutschlands möglich. Keine Vermittlung, kein Schiedsspruch: von der Hartnäckigkeit der französischen Regierung hängen für den Nationalen Block nicht nur das Ansehen, sondern auch die finanzielle Rettung und die Sicherheit Frankreichs ab. Deutschland muß sich für besiegt erklären und sowohl in bezug auf die Abrüstung, als auch auf die Re-

parationen stärkere Unterpfänder als bloße Versprechungen geben.

3. Die radikal-sozialistische Linke hat ihre Meinung über die Besetzung der Ruhr in der Sitzung vom 1. Februar durch eine Erklärung Herriots, des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der radikalen Partei bekanntgegeben. Diese Erklärung ist von Painlevé im Namen der republikanischen sozialistischen Partei und von Aubriaut im Namen der französischen sozialistischen Partei gebilligt worden.

Die Radikalen verwerfen die Ruhrbesetzung als die Folge einer Politik, für die sie nicht die Verantwortung übernehmen. Sie erwarten den dauernden Frieden, die Reparationen und die Sicherheit Frankreichs nur von einer Politik, „die zur internationalen Anleihe, zum Schuldenausgleich, zur festen Aufrechterhaltung unserer Bündnisse und unserer Freundschaften, zur Ausdehnung der internationalen Schiedsgerichtseinrichtungen führt". Aber Frankreich sei nun einmal engagiert, es handele sich um nichts weniger als um das Schicksal des Landes. Die Partei hat aus vaterländischen Rücksichten „die nationale Pflicht über alle anderen Interessen gestellt" und sträubt sich, der Regierung „Schwierigkeiten, die die Nation schädigen könnten", zu bereiten. Bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Problems fordert sie aber schon jetzt die ausländischen demokratischen Parteien, insbesondere in England und den Vereinigten Staaten, auf, die gerechte Sache der Reparationen, die Frankreich gebühren, zu unterstützen. Sie appelliert an die demokratischen Parteien Deutschlands, „damit sie auf ihre eigene Regierung und auf ihre öffentliche Meinung einwirken, ihre Kapitalisten zu Opfern zwingen, denen sie noch nicht zugestimmt haben, und so selber uns helfen, den aufrichtigen Frieden herbeizuführen, den die Völker wünschen und den sie dringendst benötigen".

So erwarten die Radikalen einerseits die Lösung des deutsch-französischen Konflikts nur von einer Aenderung der deutschen Innenpolitik, die den Kapitalisten die Macht entreißen und sie den Anhängern der Demokratie und des Friedens übertragen würde; anderseits lehnen sie es ab, die Besetzungspolitik, die sie mißbilligen, zu durchkreuzen und überlassen die ganze Verantwortung dafür der Regierung und dem Nationalen Block.

Es ist sehr bemerkenswert, daß diese Politik der Enthaltsamkeit, die von den offiziellen Führern der Partei in der Kammer festgelegt worden ist, in der „Ere Nouvelle" vom 4. Februar von dem bedeutendsten der alten Führer der Partei, von demjenigen, der bei den Kämpfern am populärsten ist, nämlich von Caillaux, ausdrücklich gebilligt worden ist. Er gibt zu verstehen, daß die Besetzungspolitik zur Unfruchtbarkeit verurteilt ist, daß sie Deutschland und Frankreich zusammen ruinieren wird. Aber „die Männer, die die Bürde der Macht haben, haben nun einmal die Verantwortung auf sich

genommen. Sie werden für die gewichtigen Entscheidungen, zu denen sie sich entschlossen haben, Rechenschaft ablegen müssen. Es ist jetzt Pflicht jedes Franzosen, dem Unternehmen vollen Erfolg zu wünschen, auf das sich die Nation unter dem Befehle ihrer Führer eingelassen hat".

4. Die Sozialistische Partei ist unbedingt gegen die Ruhrbesetzung, sie sagt dies nicht nur, sie handelt auch danach.

Sie glaubt nicht an die Wirksamkeit irgendeiner wirtschaftlichen oder militärischen Sanktion; sie sieht darin nur eine Gelegenheit zu neuen Ausgaben und eine Gefahr für den Frieden. Sie erwartet die Reparationen nur von einer Reihe internationaler Maßnahmen: endgültige Festsetzung der deutschen Schuld innerhalb der Grenzen der Fähigkeiten Deutschlands durch Ermäßigung der Schuld auf den Betrag, der notwendig ist zur Wiedergutmachung des den Zivilbevölkerungen zugefügten Schadens und zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete (also Verzicht auf die Militärpensionen); Annullierung der interalliierten Schulden; Durchführung von internationalen Kreditaktionen — durch den Völkerbund auf Rechnung Deutschlands —, die es erlauben würden, den zerstörten Ländern sofort die unentbehrlichen Zahlungen zu leisten, die Finanzen Deutschlands zu sanieren, die Währungen zu stabilisieren, die normalen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern wiederherzustellen; endlich schon bei Abschluß solcher Vereinbarungen Räumung aller besetzten Gebiete.

Die Sozialisten sehen in dieser neuen Politik das Mittel, nicht nur die Reparationen zu gewährleisten, auf die Frankreich und Belgien Anspruch haben, und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu schreiten, sondern auch wirksam die Sicherheit Frankreichs zu garantieren. Sie sind Anhänger der materiellen Abrüstung, aber sie rechnen noch mehr auf die Abrüstung des Hasses: die Versöhnung der Völker, ihre Annäherung in dem Völkerbund, der durch den Eintritt Deutschlands zu vervollständigen wäre, ihr Zusammenarbeiten an dem Werk des Wiederaufbaus würden den Frieden sichern, den die Gebietsbesetzungen gefährden.

Die Sozialisten begnügen sich nicht damit, diese Politik zu umschreiben und sie der Politik der Mehrheit entgegenzustellen. Sie brandmarken die Besetzung der Ruhr auf der Tribüne, in der Presse und draußen im Lande als ein Hindernis zur Erlangung tatsächlicher Reparationen, als im Widerspruch mit dem Rechte der Völker und dem wahren Interesse Frankreichs. Da sie eine internationale Partei sind, haben sie sich mit den Sozialisten der beteiligten Länder, Deutschland, England, Belgien, Italien, auf ein gemeinsames Programm und einen gemeinsamen Aktionsplan geeinigt. Auf dem Kongreß in Lille (Anfang Februar) haben sie im Einverständnis mit den Vertretern der deutschen, der englischen, der belgischen und der italienischen sozialistischen Partei einen Aufruf an den Völker-

bund und an die Vereinigten Staaten von Amerika verfaßt, um sie für den französisch-deutschen Konflikt und die ganze Reparationsfrage zu interessieren.

5. Die Kommunistische Partei steht gleichfalls der Besetzung der Ruhr feindlich gegenüber und bekämpft sie auch in der Kammer, in der Presse und in den Versammlungen. Aber sie ist durch innere Zwistigkeiten ausgehöhlt, durch wiederholte Ausschließungen dezimiert und übrigens den geheimen und wechselnden Befehlen aus Moskau unterworfen. So scheint sie sich in einer rein negativen Opposition zu verschanzen. Man sieht nicht recht, welche Lösung sie der Ruhrbesetzung gegenüberstellt, noch auch, ob sie überhaupt für irgendeine politische oder wirtschaftliche, nationale oder internationale Frage eine andere Lösung vorschlägt als die kommunistische Revolution.

* * *

Es wäre für die Lösung des Ruhrkonflikts wichtig, die Macht dieser verschiedenen Parteien abzuschätzen.

Eine zahlenmäßige Schätzung ist leider undurchführbar. Sie wäre schon sehr schwer in der Kammer, wo von einer Gruppe zur andern die Meinungen sich vermengen. So stimmt Maurice Barrès, Mitglied des Nationalen Blocks, in vielen Punkten mit Léon Daudet überein, und man betrachtet ihn mit Recht als den Theoretiker des Nationalismus; Tardieu, der, wie Poincaré, Anhänger des Versailler Vertrags und der Ruhrbesetzung ist, trennt sich vom Nationalen Block, dem er angehört, um die Schlaffheit der Regierung bei der Durchführung des Vertrags und bei der Besetzung zu kritisieren; Briand, Mitglied der Republikanischen Sozialistischen Partei wie Painlevé, stimmt mit dem Nationalen Block für die Ruhrbesetzung, während Painlevé sich der Stimme enthält.

Außerhalb der Kammer wird eine Berechnung ganz unmöglich. Die Presse ist ein trügerischer Maßstab. Die Pariser Zeitungen erwecken den falschen Eindruck, als ob die öffentliche Meinung beinahe einmütig die Besetzung billige. Tatsächlich bekämpfen sie auch nur fünf Tageszeitungen: die „Humanité", Organ der Kommunistischen Partei (Marcel Cachin); der „Populaire", Organ der Sozialistischen Partei (Léon Blum, Jean Longuet, Paul Faure, Renaudel); das „Peuple", Organ des Allgemeinen Arbeiterbundes (Jouhaux, Merrheim) und zwei unabhängige Zeitungen, an denen Sozialisten und Radikale mitarbeiten, die „Ere Nouvelle" (Victor Basch, Caillaux, Dominique, Herriot, General Sarrail, Séverine[1]) und das „Oeuvre" (Gustave Téry, Robert de Jouvenel, Camille Lemercier, Jean Piot). Der Nationalismus findet seinen Ausdruck nicht nur in der „Action Française" (Daudet und Maurras)

[1]) In hervorragender Weise auch Kahn selber (Anm. d. Herausgebers).

und dem „Echo de Paris“ (Barrès, Junius, General von Castelnau), sondern auch in einer Menge von Zeitungen, die fast gar keine Leser mehr haben, wie der „Eclair“ (Buré), das „Echo National“ (Tardieu), der „Radical“ und der „Rappel“.

Anderseits sind die großen Provinzzeitungen, von denen jede auf einen Teil Frankreichs ausstrahlt, und die bis in die kleinsten Ortschaften hinein gelesen werden, gewöhnlich dem Nationalismus feindlich und bekämpfen mehr oder weniger offen die Besetzung der Ruhr, so die „Dépêche de Toulouse“ (die den Südwesten und Mittelfrankreich versorgt), der „Populaire de Nantes“ (Bretagne und Westen) und der „Progrès de Lyon“ (Südosten). Nun lesen viele diese Provinzzeitungen wie ja auch die großen Pariser Zeitungen aus Interesse für den lokalen Teil oder die persönlichen Nachrichten. Es wäre daher unmöglich, irgendeine politische Folgerung aus einer Statistik der Zahl der Zeitungen jeder Richtung und selbst der Zahl ihrer Leser zu ziehen, auch wenn es möglich wäre, eine solche Statistik aufzustellen.

Unter den früheren Kammern offenbarte sich der Stand der öffentlichen Meinung in den Teilwahlen bei der Ersetzung verstorbener oder zurückgetretener Abgeordneter. Dieser Schätzungsfaktor ist durch den Nationalen Block beseitigt worden, er hat die Teilwahlen verboten. In Wirklichkeit ist ja dies Verbot selbst ein Hinweis: die parlamentarische Mehrheit fürchtet, geschlagen zu werden; sie erkennt, daß sie nicht mehr die Mehrheit der Wähler vertritt. Anderseits bedeuten die einzigen zugelassenen Wahlen, die der Senatoren, der Generalräte und der Bezirksräte, meistens Erfolge für die Radikal-Sozialisten und die Sozialisten. Man kann daraus schließen, daß die Besetzung der Ruhr weniger populär ist, als die Pariser Presse vorgibt.

In Ermangelung einer zahlenmäßigen Schätzung muß man sich auf zwei allgemeine Erwägungen beschränken, die keinen Widerspruch zulassen:

1. Das französische Volk ist fast einmütig gegen Annexionen und gegen militärische Expeditionen. Mit Ausnahme der Nationalisten würde niemand es wagen, ihm offen eine militaristische oder imperialistische Politik vorzuschlagen. Die Nationalisten aber können noch so laut schreien; die Provinz, die die große Mehrheit der Wähler umfaßt, weigert sich, sie ernst zu nehmen.

2. Das französische Volk ist besorgt. Besorgt wegen seiner Sicherheit: zuviele Einfälle und der Krieg, den es nicht gewollt hat, lassen es einen neuen Angriff befürchten. Es verabscheut den Krieg, es will ihn gegen niemand führen, aber es will den Frieden für sich, wie für die andern.

Besorgt auch wegen der Reparationen. Es fürchtet nicht nur den drohenden Ruin (denn die Bürde, die auf dem französischen Steuerzahler lastet, wird unerträglich), sondern es entrüstet sich auch in seinem tiefen Gerechtigkeitsgefühl. Ein

Sprichwort sagt: „Wer die Scheiben zerbricht, zahlt sie". Die Franzosen, die 1871 ihre Kriegsschuld gezahlt haben, können nicht zugeben, daß, wo die Deutschen so viele Scheiben von 1914 bis 1918 zerbrochen haben, die Franzosen sie zahlen sollen.

Diese doppelte Besorgnis haben die Regierung und der Nationale Block durch die Ruhrbesetzung zu beschwichtigen versucht. Dem französischen Volk liegt nichts an der Ruhr; es ist durchaus bereit, sie zu verlassen. Aber ihm liegt an seiner Sicherheit, ihm liegt an den Reparationen, und Deutschland muß das Mittel finden, sie ihm zu garantieren.

Nachtrag.

In der Sitzung der französischen Kammer vom 29. Mai 1923 griff der frühere Außenminister André Tardieu den französischen Ministerpräsidenten Poincaré wegen seiner „Schlappheit" in der Ruhr an und sagte bei dieser Gelegenheit:

Da ist ein Professor an der Universität von Paris, der für die „Ere Nouvelle" und manchmal auch für eine Zeitschrift, die „Revue Economique Franco-Allemande" schreibt, die in Deutschland und auf deutsch erscheint. Dieser Professor, Herr Kahn, der, glaube ich, von Herrn Herriot gekannt ist . . .

Herriot: Nein!

Tardieu: Sie lesen nicht die „Ere Nouvelle"?

Herriot: Doch! Aber ich kenne Herrn Kahn nicht.

Paul-Boncour: Andere hier kennen ihn.

Tardieu: Aber Sie wissen, wer es ist. In einer Zeitschrift, die auf deutsch veröffentlicht wird, hat dieser Universitätslehrer folgendes geschrieben — Sie werden sehen, unsere Kollegen auf der äußersten Linken werden mich durch Beifallsrufe unterbrechen: „Für die Leute des Nationalen Blocks ist die Besetzung der Ruhr ein gutes Geschäft, eine produktive Räuberei (un brigandage productif), und das erklärt sich . . ."

Xavier de Magalion: Ein Universitätsprofessor sagt dies den Deutschen?

Tardieu: Ja.

Léon Daudet: Die „Ere Nouvelle" ist eine deutsche Zeitung.

Tardieu: „Für die Leute des Nationalen Blocks ist die Besetzung der Ruhr ein gutes Geschäft, eine produktive Räuberei, und das erklärt sich um so leichter, als die meisten von ihnen mit Subsidien der Vereinigung der wirtschaftlichen Interessen gewählt worden sind." (Sehr richtig! sehr richtig! auf der äußersten Linken.) Ich war sicher, daß Sie zufrieden sein würden. (Lachen.)

Léon Blum: Das lehrt uns übrigens nichts Neues.

Tardieu: Das sagt man für Ausfuhrzwecke.

Herr Kahn hat in der „Ere Nouvelle" vom 2. Juni geantwortet:

Ich will es gleich für Paul-Boncour sagen, ihn, der sich nicht fürchtet, mich zu kennen und dies anzuerkennen; für diejenigen Republikaner der Linken und der äußersten Linken, meine Kampfgenossen, die nicht über mich erröten; für alle anständigen Menschen

aller Parteien; und sogar für Herrn André Tardieu: sein Zitat ist eine Fälschung.

Die „Deutsch-Französische Wirtschafts-Korrespondenz" ist von Dr. Kuczynski in Berlin, einem Meister der Statistik, einem entschiedenen Anhänger der Reparationen begründet worden, um die volle Wahrheit über Deutschland in Frankreich und über Frankreich in Deutschland bekanntzumachen. Er hat „durch Erleichterung des gegenseitigen Verstehens die Möglichkeit einer Verständigung" zwischen Franzosen und Deutschen schaffen wollen. Um sich Gehör zu verschaffen, hat er sich dahin entschieden, daß die Deutschen dort ihre Artikel auf französisch und die Franzosen auf deutsch veröffentlichen.

Mein Artikel über „Die Ruhr und die Parteien", leider der einzige, den ich für die „Korrespondenz" habe schreiben können, ist also auf deutsch erschienen. Aber ich hatte ihn französisch geschrieben, und es war Dr. Kuczynski selbst, der ihn mit bewunderungswürdiger Gewissenhaftigkeit übersetzt hat. Ich kann ihm nur einen Vorwurf machen: er hat mir den Titel „Professor an der Universität von Paris" zuerkannt, auf den ich keinen Anspruch habe[1]).

Ich habe diesen Artikel ohne Voreingenommenheit und ohne Leidenschaft verfaßt. Ich glaube an die Macht der Wahrheit. Ich habe wahrheitsgetreu darlegen wollen, warum die Mehrheit des Parlaments die Besetzung der Ruhr gewünscht hat, und was sie davon erwartet; warum die Radikalen die Besetzung zwar tadeln, aber hinnehmen; wie die Sozialisten und Kommunisten sie bekämpfen. Ich fügte hinzu, was wir alle wissen, daß es unmöglich ist, die Kräfte der einzelnen Parteien im Lande abzuschätzen, daß man aber, wenn man die öffentliche Meinung in ihrer Gesamtheit nimmt, behaupten kann:

1. Daß das französische Volk gegen Annexionen und gegen militärische Expeditionen ist, und daß niemand es wagen würde, ihm offen eine militaristische oder imperialistische Politik vorzuschlagen;

2. Daß das französische Volk besorgt ist. Besorgt wegen seiner Sicherheit: „zuviele Einfälle und der Krieg, den es nicht gewollt hat, lassen es einen neuen Angriff befürchten. Es verabscheut den Krieg, es will ihn gegen niemand führen, aber es will den Frieden für sich wie für die andern". Besorgt wegen der Reparationen: „es fürchtet nicht nur den drohenden Ruin (denn die Bürde, die auf dem französischen Steuerzahler lastet, wird unerträglich), sondern es entrüstet sich auch in seinem tiefen Gerechtigkeitsgefühl. Ein Sprichwort sagt: Wer die Scheiben zerbricht, zahlt sie. Die Franzosen, die 1871 ihre Kriegsschuld gezahlt haben, können nicht zugeben, daß, wo die Deutschen soviele Scheiben von 1914 bis 1918 zerbrochen haben, die Franzosen sie zahlen sollen".

Das hat mich zu der Schlußfolgerung geführt: „Diese doppelte Besorgnis haben die Regierung und der Nationale Block durch die Ruhrbesetzung zu beschwichtigen versucht. Dem französischen Volk liegt nichts an der Ruhr; es ist durchaus bereit, sie zu verlassen. Aber ihm liegt an seiner Sicherheit, ihm liegt an den Reparationen, und Deutschland muß das Mittel finden, sie ihm zu garantieren."

Das, Herr Tardieu, habe ich gesagt, „für Ausfuhrzwecke". Deutsche Zeitungen haben es abgedruckt, ohne irgend etwas aus der Schlußfolgerung fortzulassen, z. B. der „Vorwärts" und die „Berliner Volkszeitung", die dort für die friedliche Befreiung der Ruhr und für

[1]) Herr Kahn ist „agrégé de l'Université".

die Beschwichtigung des Hasses, aber auch für die Reparationen für „die gerechten Forderungen und die berechtigten Interessen Frankreichs" kämpfen. Ich bin stolz darauf. Ich wäre es weniger, wenn ich wie Sie unter dem Beifall der deutschen nationalistischen Zeitungen: der „Allgemeinen Zeitung", der „Post", der „Germania" geschrieben hätte oder hätte schreiben lassen, daß wir an der Ruhr einen Jahrmarkt errichtet haben, auf dem jeder sich nimmt, ohne zu zahlen.

Die Fälschung? Da ist sie.

Um den Unterschied zwischen den Royalisten, die die Besetzung der Ruhr zu politischen Zwecken wollten, und dem Nationalen Block, der darin zunächst nur eine wirtschaftliche Maßnahme sah, zu betonen, erinnerte ich an sein Programm von 1919, das die gesamte Zahlung der Pensionen und der Reparationen durch Deutschland versprach, erinnerte ich an die zahllosen Verfehlungen Deutschlands, an die 100 Milliarden, die von Frankreich auf Reparationskonto vorgeschossen sind.

Ich zeigte, wie der Nationale Block sich dem Ende seines Mandats nähert mit der Aussicht auf ein doppeltes Fiasko: Fiasko in bezug auf seine Versprechungen, Fiasko der französischen Finanzen. Sein Wahlinteresse und das Landesinteresse scheinen ihm gemeinsam die Anwendung der Gewalt zu fordern. Andererseits — ich zitiere wörtlich — „sind die meisten seiner Mitglieder mit Unterstützung und dank den Subsidien der ‚Vereinigung der wirtschaftlichen Interessen' gewählt worden, die die großen Industriellen, Kaufleute und Finanzmänner umfaßt. Es ist dem Nationalen Block nicht entgangen, daß die Besetzung der Ruhr, die er für Frankreich vorteilhaft glaubte, gleichfalls für die französischen Geschäftsmänner einträglich sein könnte... Die Ruhr erschien ihnen mithin als ein gutes Geschäft, als ein produktives Pfand."

Das also hat sich in der Kammer in „produktive Räuberei" verwandelt. Man hat nicht nur den Satz umgedreht, den Gedankengang verstümmelt, die störenden Stellen ausgelassen, nein, man hat auch aus „Pfand" „Räuberei" gemacht.

Zwei Briefe.

Von Fernand Gouttenoire de Toury, Paris.

I.

Paris, den 31. Januar 1923

Sehr geehrter Herr Kuczynski,

Ich danke Ihnen vielmals für die liebenswürdige Uebersendung der ersten Nummer Ihrer „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz". Nichts kann meiner Meinung nach in der gegenwärtigen Stunde nützlicher sein als dieser Versuch, das französische und das deutsche Publikum über die wirtschaftliche Lage aufzuklären, von der man unglücklicherweise auf der einen wie auf der anderen Seite so wenig weiß.

In Frankreich übersteigt die Unkenntnis des Publikums in bezug auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands jede Vorstellung. Die große Presse steht im Dienste der Regierenden, die ihrerseits in der Hand der Finanzmächte sind, und füttert die öffentliche Meinung mit Lügen: die große Mehrheit des französischen Volkes glaubt noch immer, der Krieg sei durch einen Vertrag mit gemäßigten Bedingungen beendet worden, der Frankreich seine Ruinen und Deutschland seinen Reichtum gelassen habe. Für das französische Volk ist der Ruin Deutsch-

lands, wie seine Entwaffnung, ein Bluff: der Sturz der Mark ist von den Industriellen gewollt und absichtlich herbeigeführt worden. Deutschland hat nichts für die Reparationen zahlen wollen, während es sich gleichzeitig mittels der Magnaten der Schwerindustrie bereichert hat.

Sie werden mir einwenden, daß doch einige linksradikale Zeitungen solche Lügen bekämpfen. Das ist richtig, aber diese Zeitungen sind nicht zahlreich und ohne genügenden Einfluß. Ueberdies sind sie meistens nicht imstande, die verhängnisvolle Wirkung der Lüge durch eine hinreichend objektive und begründete Beweisführung zu zerstören. Oft wissen sie nicht Bescheid, sind nicht auf dem Laufenden. Und hier beginnt nun die außerordentlich nützliche Rolle Ihrer „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz".

Aus Ihrer ersten Nummer habe ich bereits den Stoff für einen Artikel geschöpft, der im „Journal du Peuple" vom 20. Januar erschienen ist. Ich habe dort meinen Lesern die so interessanten und so bezeichnenden Angaben über die Ueberfremdung des deutschen Hausbesitzes und über das Verhältnis der Berliner Löhne zu den Kosten des Existenzminimums mitgeteilt. Eine solche Beweisführung kann den französischen Leser nicht unbeeindruckt lassen, und sie wird ihm zeigen, wie in Wirklichkeit die heutige wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes ist.

So haben wir einige Aussicht, durch die Wahrheit, die wir der Lüge entgegenstellen, den Haß, der wieder mehr denn je emporsteigt, wirksam zu bekämpfen und dem verbrecherischen Treiben des Kapitalismus den einzig möglichen Damm entgegenzustellen: den Willen der Völker.

Ich weiß wohl, daß das Werk, das Sie begonnen haben, nur ein Teil der großen Bereinigung ist, ohne die Europa — und Frankreich und Deutschland insbesondere — niemals die Ruhe und den Frieden wiederfinden werden; aber dieser Teil ist wichtig genug, um Ihnen die Dankbarkeit der Franzosen und Deutschen einzutragen, die sich des ungeheuren Ernstes der gegenwärtigen Stunde bewußt sind.

Seitdem ich das Vergnügen gehabt habe, Sie zum letzten Male vor reichlich einem Monat hier zu sehen, hat sich die Lage noch schrecklich verschlimmert: der sinnlose Plan der Besetzung der Ruhr, mit dem Poincaré seit langem geliebäugelt hat, ist verwirklicht worden und hat damit alle die schönen Reparationspläne, die wir gemeinsam ins Auge gefaßt hatten, in unabsehbare Ferne gerückt.

Der mitten im Frieden erfolgte Einbruch in ein weiteres Gebiet des entwaffneten Deutschlands, und zwar dort, wo das wirtschaftliche Herz des Landes schlägt, ist ein eigenartiges Mittel, um die Bezahlung der Reparationen zu erleichtern. Aber diese Gewalttat ist auch vom moralischen Standpunkt aus ein Skandal, gegen den alle französischen Gewissen protestieren, die die Regierung nicht durch die Lüge verwirrt hat.

Ich habe auf meinem Tisch den Brief einer sehr hohen deutschen Persönlichkeit, die mir in bezug auf die jetzigen traurigen Ereignisse schreibt: „Es ist nicht Ihre Schuld, aber wohl die Schuld von 99 Proz. Ihrer Landsleute".

Zu solchen Uebertreibungen, zu solchen Ungerechtigkeiten führt der Haß, den die Gewalttaten erweckt haben: es ist ungerecht, das französische Volk für die Fehler und die Verbrechen seiner Regierung verantwortlich zu machen, so wie es ungerecht war, dem deutschen Volk die Schuld für die Fehler und die Verbrechen der kaiserlichen

Vorkriegsregierung aufzubürden. Die Wahrheit für mich, Sozialisten, ist, daß das kapitalistische Regime an den Gewalttaten und dem Krieg schuld ist; zum mindesten steht für Sie wie für mich fest, daß die Völker recht unschuldig an Ereignissen sind, von denen sie nur das wissen, was die Regierungen mittels einer bezahlten Presse so gut sind, sie erfahren zu lassen.

Die Hauptsache ist nach meiner Meinung, daran zu arbeiten, zwischen Franzosen und Deutschen die Mißverständnisse und die Lügen zu beseitigen. Hierzu kann Ihre „Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz" wesentlich beitragen. Und wenn einmal diese Arbeit geleistet ist, werden wir hoffentlich nicht mehr weit von der Revision des unheilvollen Versailler Vertrages sein, der mit seinem Uebermaß von Haß und Gewalt heute die Welt erdrückt.

Gestatten Sie mir, Sie noch einmal dazu zu beglückwünschen, die Arbeit in Angriff genommen zu haben, und seien Sie meiner aufrichtigen Sympathie versichert.

II.

Paris, den 30. März 1923

Sehr geehrter Herr Kuczynski,

Ich sehe mehr und mehr, daß die Aufklärung der Franzosen über die wirtschaftliche Lage Deutschlands und umgekehrt der Deutschen über die wirtschaftliche Lage Frankreichs eine überaus dringliche Aufgabe ist.

Es unterliegt in der Tat keinem Zweifel, daß Unwissenheit und Lüge die Quellen unseres gegenwärtigen Unglücks sind, und daß, wenn plötzlich den Bewohnern aller Länder die Wahrheit offenbar würde, die Wahrheit über die sittliche, die wirtschaftliche, die politische Lage, dies wie ein ungeheurer Brand wirken würde, in dessen Feuer der Haß und der Drang zu Gewalttätigkeiten für immer erstickt würden.

Auf allen Seiten dürstet man nach Aufklärung, dürstet man nach Wahrheit, und zwar ganz besonders in bezug auf die französisch-deutschen Beziehungen. In den verschiedensten Kreisen, und oft auch in denen, die der eigentlichen Politik sehr fern stehen, werden die Menschen von einer geradezu leidenschaftlichen Erregung gepackt, sobald die Hoffnung auftaucht, einen Lichtstrahl dieser Wahrheit erhaschen zu können. So habe ich vorige Woche das Vergnügen gehabt, um Professor Foerster herum, der sich hier in Paris vorübergehend aufhielt, eine große Anzahl Franzosen und Französinnen versammelt zu sehen, die bei ihren Besprechungen mit ihm keinen andern Zweck verfolgten, als Informationen über Deutschland zu erhalten, Informationen über Frankreich zu geben und damit an der Annäherung und der Wiederversöhnung zu arbeiten.

Professor Foerster hat uns u. a. von einer Bewegung gesprochen, die schon vor dem Kriege innerhalb der deutschen Jugend entstanden war und die den Zweck verfolgen soll, das neue Deutschland in die Bahnen des alten Deutschlands zurückzuführen, des romantischen Deutschlands der Goethe, Schiller und Herder, das so weit entfernt war von dem Kultus der Gewalt, wie er von Bismarck und seinen Schülern verkündet worden ist.

Wir hegen alle die größte Sympathie für diese Bewegung innerhalb der deutschen Jugend, und wir denken, daß ein Rückblick auf die edle Vergangenheit Deutschlands einzelne Idealisten zu segensreichen Erwägungen und Entschließungen führen könnte. Aber für die Erneuerung Deutschlands, für die Wiederversöhnung der Völker gar zu sehr auf eine mehr oder weniger unbestimmte und rein

gefühlsmäßige Sehnsucht nach einer Rückkehr zur Vergangenheit zu rechnen, das erschiene mir doch als eine Illusion. Meiner Meinung nach gilt es vor allem, die Zukunft ins Auge zu fassen.

Darin, daß die heutige Jugend die Seele des alten Deutschlands sucht und sich davon in dem Maße inspirieren läßt, wie die Gegenwart und die Zukunft sich überhaupt von einer verlorenen Vergangenheit inspirieren lassen können, erblicke ich eine reich fließende Quelle der Erneuerung, aber nur unter der Voraussetzung, daß diese Jugend es versteht, sich gleichzeitig bewußt und kühn den Realitäten der Gegenwart zuzuwenden.

Heute darf man, glaube ich, nicht mehr vorzugsweise in den Schriften der Philosophen oder der Dichter die Seele des Volkes, das Trachten, den Willen, die Möglichkeiten Deutschlands suchen, sondern vielmehr in den Worten und den Schriften des Volkes selbst: es gibt heute Millionen und aber Millionen denkender Arbeiter, die in den Gewerkschaften organisiert sind. Diese Leute wollen die Verständigung zwischen den Völkern, die Solidarität und den Frieden. Man muß ihnen Vertrauen entgegenbringen und mit ihnen arbeiten. Dergleichen gab es nicht im alten Deutschland, von dem Professor Foerster sprach, oder zum mindesten unterschieden sich die Gesellenverbände zur Zeit von Hans Sachs ebensosehr von den heutigen Gewerkschaften, wie eine Hellebarde von einem Maschinengewehr.

Sicherlich haben die Gefühlsfragen nichts von ihrer Bedeutung, nichts von ihrem Einfluß auf die menschliche Seele verloren. Aber heute sind wirtschaftliche Fragen, Fragen der Produktion in den Vordergrund getreten und spielen bei den internationalen Beziehungen sogar die erste Rolle.

Wenn wir z. B. den Vertrag von Versailles oder die Besetzung der Ruhr kritisieren, so genügt es nicht, uns auf den Standpunkt des Rechts und der Gerechtigkeit zu stellen; man muß darüber hinaus zeigen und beweisen, daß hierin Ursachen für das Elend und den Ruin Deutschlands, Frankreichs, Europas und schließlich der ganzen Welt liegen.

Und da nun zwangsläufig dieses Wort „die Ruhr" in meine Feder geflossen ist, lassen Sie mich Ihnen sagen, daß Sie Deutsche in diesem Punkte bei uns Franzosen nicht das geringste Mißverständnis bestehen lassen dürfen. Sie müssen fortfahren, mit den Männern auf Ihrer äußersten Linken zu verkünden, daß das deutsche Volk fest entschlossen ist, bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zur Wiederherstellung der durch den Krieg verursachten Ruinen beizutragen. Man muß in Frankreich wissen, daß die Besetzung der Ruhr durch nichts gerechtfertigt war, und wenn Sie unwiderleglich beweisen könnten, daß es eine Uebertreibung ist, wenn behauptet wird, fabelhafte Summen seien in fremden Devisen von Deutschen unter Mitschuld der Regierung jenseits der Grenzen in Sicherheit gebracht worden, so würden Sie schon sehr viel zur Aufklärung des französischen Volkes tun können.

Um es kurz zusammenzufassen: die Völker müssen sich gegen die Unternehmungen ihrer Regierungen schützen können, und deshalb müssen sie sich wirtschaftlich und moralisch verstehen. Einige von uns hier arbeiten daran, ihnen eine internationale Hilfssprache, das Esperanto zu geben; aber geben wir ihnen zuerst und vor allem die internationale Sprache des Herzens und des Geistes: die Wahrheit! Dieser Aufgabe widmet sich mit Sachkunde und Eifer Ihre Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz. Ich kann Sie gar nicht genug dazu beglückwünschen und bitte Sie, meiner aufrichtigen Sympathie versichert zu sein.

Nie wieder!

Von Eugène Baptiste, Sekretär der französischen Sektion der „Internationalen Arbeiterhilfe".

Zweiundfünfzig Monate lang haben sich die französischen und deutschen Proletarier geschlagen und einander auf allen Schlachtfeldern von der Yser bis zu den Vogesen die Stirn geboten. Mehr als vier Jahre hindurch haben sie sich — durch Stacheldrähte getrennt — belauert. Beide, gleich mutig, haben sie sich vor Verdun, in den Sümpfen der Somme, auf den Dünen der Yser, auf den Kreidehügeln der Champagne gemordet. Ungeachtet des Geschwätzes der Ueberpatrioten von Frankreich und Deutschland haben sie sich gerade dadurch achten gelernt. Sie haben sich nach ihrem wahren Wert beurteilt. Wir bedauern, daß ihr Mut und ihre Tapferkeit sich in der Tötung, der Zerstörung, dem Raube erschöpften, daß sie der Befriedigung habsüchtiger Interessen und eines ungesunden Ehrgeizes dienstbar gemacht wurden; aber wir müssen offen und ehrlich feststellen, daß die Kämpfer auf beiden Seiten erkannten, daß sie es mit tapferen und mutigen Gegnern zu tun hatten.

Am 11. November 1918 hörte das Gemetzel auf. Man brauchte einen Sieger und einen Besiegten im militärischen Sinne. Theoretisch waren wir der Sieger. In Wahrheit kamen wir aus diesem Kriege ebenso geschlagen wie unsere Gegner. Elf unserer reichsten Provinzen waren durch die fürchterliche Katastrophe zerstört. Ganz Europa, durch den Blutverlust bei dem allgemeinen Morden erschöpft, keuchte wie eine Maschine, deren Räder infolge unmenschlicher Ueberanstrengung nicht mehr laufen.

Die ehemaligen Kriegsteilnehmer aller Völker sehnten sich nach der Ruhe im Schoße ihrer Familie; sie waren im Begriff, wieder an die Arbeit zu gehen, um die Ruinen wiederaufzubauen. Die Besten von ihnen sahen ein neues Europa emporsteigen, und sie waren entschlossen zu kämpfen, um die Prophezeiung von Michelet: „die Vereinigten Staaten von Europa" zu verwirklichen.

Aber ach! Sie hatten nicht mit den Volksverführern gerechnet; wären sie die Herren der Lage gewesen, sie hätten es verstanden, gemeinsam daran zu arbeiten, ihre noch blutenden Wunden zu heilen.

Es gab in Deutschland herzhafte Männer, die begriffen, daß es ihre Pflicht war, die Ruinen in den Gebieten, die der Schauplatz des großen Kampfes waren, wiederaufzubauen. Es gab in Frankreich vernünftige Leute, die begriffen, daß man, um zu diesem Ziele, das rasch erreicht werden mußte, zu gelangen, Deutschland erlauben müsse, seine Industrie und seinen Handel aufs neue zu entwickeln.

Es gab auch — leider waren sie in der Minderheit — solche, die gern das Verschwinden des Militarismus, des deutschen wie des französischen, gesehen hätten. Denn sie wußten

aus Erfahrung, daß, solange ein Heer da ist, der Friede nicht beständig wäre.

Vor fünf Jahren hat der Brudermord geendet. Wo stehen wir heute? Haben wir das Problem gelöst? Nein! In beiden Ländern setzen die Kriegsgewinnler mit dienstfertiger Unterstützung derer, die von ihnen an die Macht gebracht wurden, ihre verbrecherische Tätigkeit fort.

Wer ist wieder das Opfer? Die Proletarier, Kämpfer von gestern und vielleicht Kämpfer von morgen. Sie sind es, die auch die Opfer dieses Wirtschaftskrieges sind.

Und in Deutschland sehen sie sich härter noch als im Kriege bedrückt, denn sie schleppen ihre Frau und ihre Kinder mit sich, alle ihre Lieben, für die sie zu kämpfen glaubten.

Die Schließung der Fabriken und der Werkstätten haben das Proletariat der deutschen Großstädte in Elend und Verzweiflung gestürzt. Verflucht seien alle, die einen Teil der Verantwortung tragen. Von den Egoisten Deutschlands, von den Lenkern Frankreichs werden wir eines Tages furchtbare Rechenschaft fordern. Wenn sich erst „Michel und Jacques Bonhomme" versöhnt haben, werden wir die Wiederkehr solcher Zustände zu hindern wissen.

Die organisierten Proletarier Frankreichs hörten den verzweifelten Ruf ihrer deutschen Leidensgenossen. Sie kamen auf den rührenden Gedanken, kleine deutsche Kinder, unschuldige Opfer des Hasses der Erwachsenen, in ihr Heim aufzunehmen. Sie hatten nicht vergessen, daß sie die Nachkommen der Männer von 1793 waren, und auch derer, die die Menschheitsrepublik von 1848 erträumten.

In wenigen Tagen liefen über 500 Nachfragen in unseren Bureaus ein. Wir wünschten, alle, die in Deutschland so wie wir denken und ihren Nächsten lieben, könnten diese in ihrer Einfachheit so ergreifenden Briefe lesen. Sicherlich hätten wir tausende erhalten als Beweise der erhabenen Gefühle, die das französische Proletariat beseelen.

Aber man mußte mit unseren Herrschern von heute rechnen. Kriegs-Poincaré, ein würdiges Gegenstück zum deutschen Kronprinzen, legte absolut keinen Wert darauf, daß diese Kleinen nach Frankreich kämen. Natürlich nicht. Er, der den Haß schürt, wollte nicht, daß diese Kinder, nachdem sie Pflege und Liebe in französischen Familien genossen, bei ihrer Rückkehr nach Deutschland zu Propagandisten der deutsch-französischen Annäherung würden.

Auf unsere Forderung, die Einreise dieser armen Kleinen in das Land der „Menschenrechte" zu genehmigen, antwortete er mit einer groben und bissigen Ablehnung. Auf die Bemühungen zweier gewählter Abgesandter wurde der gleiche Bescheid erteilt. Dieser unheilvolle Mann wird die unauslöschliche Schande mit sich tragen. Er, der unfähig war, sich selber fortzupflanzen, der aber einer der Schuldigen an der Ermordung von dreizehn Millionen Europäern ist, hat sich geweigert, uns

zu ermächtigen, in unseren Heimen kleine Kinder, unschuldige Opfer des Rassen- und Nationalitätenstreites aufzunehmen.

Ach, wir wissen sehr gut, daß unsere Führer nicht ein Spezialprodukt unseres Landes sind. Wir wissen sehr gut, daß es in Deutschland ebenso steht; wir wissen, daß es auf beiden Seiten der Grenze Leute gibt, die es wagen, sich menschliche Wesen zu nennen, und die schäumen, wenn man von der Solidarität zwischen unseren beiden Völkern spricht.

Kein Hohn und keine Verleumdung werden uns in unserem Werke aufhalten. Wir sind Vorläufer und gerade deswegen unverstanden. Was kommt es auf die Schwierigkeiten an! Ueber die künstlichen Grenzen hinweg rufen wir zu uns alle Männer und Frauen, die ein Herz haben, zur gemeinsamen Arbeit an der Versöhnung des Vaterlandes von Goethe und von Lamartine.

Zu einem deutsch-französischen Modus vivendi durch Lösung der Reparationsfrage.

Von Paul Reynaud, Deputierter der Basses-Alpes.

Das ist die Rache der Nationalökonomen. Während des Krieges hieß es überall: sie haben versagt! Weshalb? Weil sie behauptet hatten, ein langer Krieg würde eine wirtschaftliche Katastrophe herbeiführen. Und die wirtschaftliche Katastrophe ist nicht sofort eingetreten. Aber sie ist gekommen. Früher warf man nur die vorhandenen Reichtümer in den Abgrund des Krieges. Im Jahre 1709 nahm Ludwig XIV. die goldgestickten Vorhänge im Versailler Schloß herunter, um sie zu verkaufen und damit seine Heere zu unterhalten. Im Laufe des Weltkrieges aber hat man auch die künftigen Reichtümer aufgezehrt und hat soviel davon vernichtet, daß es sich heute nicht mehr, wie während der Schlacht, darum dreht zu wissen, ob dieses oder jenes Land unterliegen, sondern, ob die Kultur nicht selber infolge der moralischen, sozialen und politischen Rückwirkungen dieser Zerstörung von Reichtümern zugrunde gehen wird.

Ich habe zu denen gehört, die da glaubten, zur Rettung der europäischen Kultur sei es vor allem nötig, einen Modus vivendi zwischen Frankreich und Deutschland zu finden. Die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden großen Nachbarländern ist noch ungelöst, und zwar namentlich infolge der Verschiebung der politischen Grenze, die heute die Eisen- und die Kohlenlager trennt, zu deren Ausbeutung eine mächtige Industrie geschaffen war. Es schien mir, daß, wenn es möglich wäre, die Reparationsfrage teilweise mittelst Industriebeteiligungen zu lösen, man gleichzeitig eine deutsch-französische Wirtschaftsordnung schaffen könne. Ich bin vor mehreren Jahren zu der Schlußfolgerung gekommen, daß man, erforderlichenfalls mit Gewalt, den deutschen Industriemagnaten, die sich zugleich gegen das Reich und gegen die Entente auflehnten, eine Lösung der Reparationsfrage aufzwingen

müßte, die ihnen einen Teil dieser Reparationen aufbürden würde, und daß man gleichzeitig ihr Interesse an der Durchführung dieser Lösung erwecken müsse.

Ich glaubte, während dieser letzten Jahre beobachten zu können, daß Deutschland sich weniger demokratisiert als proletarisiert, und daß die Mehrheit der deutschen Arbeiter die Solidarität ihrer Interessen mit den Unternehmerinteressen empfindet.

Ich dachte an eine wirtschaftliche Regelung, nicht im Gegensatz zu England, sondern unter Mitwirkung Englands, für das es eine Lebensfrage ist, einen gewissen Ausgleich zwischen den Produktionskosten seiner Fabriken und der festländischen Fabriken zu schaffen.

Diese Gedanken sind lebhafter Kritik ausgesetzt gewesen. Mein vortrefflicher Kollege Herriot, dessen natürliche Großmut mitunter in einen Gegensatz zu den Schlußfolgerungen geriet, die ich aus meinen tatsächlichen Feststellungen gezogen habe, hat mir die einander widersprechenden Vorwürfe gemacht, ich reichte den deutschen Großindustriellen, die er hasse, die Hand, und ich verträte einen Vorschlag, der auf ihrer Seite den heftigsten Widerstand erwecke. Mir scheint, man muß zwischen diesen beiden Vorwürfen wählen; sonst erschlagen sie sich gegenseitig. Im Verfolg des zweiten Vorwurfs ist Herriot so weit gegangen zu sagen, die Großindustriellen würden, um sich der Hypothek, die die Anwesenheit ausländischer Aktionäre in ihren Gesellschaften bedeuten würde, zu entledigen, zu einem neuen Kriege treiben. Allerdings erklärte er in der nämlichen Rede, dieselben Industriellen, die ja alle Schliche kennen, würden es schon verstehen, die von den deutschen Gesellschaften der Entente übertragenen Aktien wertlos zu machen. Auch da widerspricht er sich selbst. Hat die Tatsache, daß gemeinsame Interessen mit Frankreich in der Normandie bestanden, den Krieg von 1914 verhindert? fügte er hinzu. Sicherlich nicht; aber ist die Tatsache, daß man gemeinsame Interessen hat, und daß man insbesondere einen offenen wirtschaftlichen Konflikt löst, ein Schritt zum Kriege oder ein Schritt zum Frieden?

Herr Loucheur, einer der fruchtbarsten Geister und einer der regsten und klügsten Köpfe des französischen Parlaments, hat mir entgegengehalten, ich brächte nicht eine Lösung der Frage der Uebertragung von Reichtümern, gerade als ob nicht die Schwierigkeit der Uebertragung der Reichtümer allen Lösungen gemeinsam sei, die man für die Reparationsfrage geben kann, einschließlich der Reparation durch Sachleistungen. Droht nicht bei dieser letzteren Lösung der Umstand, daß man eine gewisse Menge von Reichtümern der Ausfuhr gegen Bezahlung entzieht, eine Zerstörung des Gleichgewichts in der Handelsbilanz herbeizuführen?

Man hat mir vorgeworfen, ich wolle die Reparationsfrage ohne das Deutsche Reich lösen, wo ich doch umgekehrt Herrn Poincaré auf der Tribüne der Kammer im Dezember vorgeworfen

habe, sich nicht nach der Beendigung des passiven Widerstandes mit der Reichsregierung „unterhalten" zu haben.

Kürzlich erhob Hoschiller im „Temps" gegen das System der Industriebeteiligungen allerdings einen neuen Einwand, der aber nicht schwerer wiegt, als die vorangehenden. Es handelt sich um den Ertrag der Maßnahme. Hoschiller erinnert daran, daß nach dem Gesetz vom 28. Dezember 1923 die Bilanzen aller deutschen Gesellschaften auf Goldbasis gestellt werden sollen, und er meint, diese Umwandlung werde für die Gesellschaften ein Kapital von ungefähr 10 Milliarden Goldmark ergeben, das damit um mehrere Milliarden hinter dem von 1913 zurückbleiben würde.

Man kann darauf einfach antworten, daß, wenn die Gesellschaften, die ihr Kapital in der Inflationszeit erhöht haben, durch das Gesetz gezwungen werden, ihr Nominalkapital herabzusetzen, dies keineswegs besagen will, daß dieses Kapital notwendigerweise unter den Vorkriegswert herabgesetzt werden müßte. Nach den von Kuczynski veröffentlichten Berechnunden, die sich auf 80 Gesellschaften bezogen, betrug der Nominalwert des Stammaktienkapitals dieser Gesellschaften vor dem Kriege 3167,1 Millionen Mark, am 31. August 1923 16 958,4 Millionen Mark. Rechnet man dieses Kapital in Goldmark nach dem Stand der Mark zur Zeit der Ausgabe der neuen Aktien um, so kommt man für den 31. August 1923 zu einem gesamten Nominalwert (in Gold) von 3641,27 Millionen Mark. Diese 80 Gesellschaften werden also ihr Kapital von 16 958,4 Millionen nicht auf 3167,1 Millionen abzüglich 25 Proz., wie Hoschiller sagt, herabsetzen, sondern vielleicht auf etwa 3641,27 Millionen. Hoschiller vernachlässigt überdies die Tatsache, daß die Zahl der Gesellschaften seit 1913 beträchtlich zugenommen hat. Kuczynski bezifferte kürzlich den Wert eines Viertels der deutschen Aktien auf 5—6 Milliarden Goldmark. Kann man leugnen, daß diese Summe einen wichtigen Faktor für die Lösung der Reparationsfrage darstellt?

Man wirft mir auch vor, daß Hinterziehungen möglich seien. Ich bestreite das nicht und habe selbst darauf hingewiesen. Aber die Hinterziehungen kommen hauptsächlich in einer Zeit der Unruhe vor, wie sie die deutsche Industrie seit mehreren Jahren erlebt. Wo gibt es überhaupt ein System, das jede Möglichkeit von Hinterziehungen gänzlich ausschaltet? Ich habe die größte Hochachtung vor der Arbeit der Sachverständigen, deren Schlußfolgerungen wohl bekannt sein werden, wenn dieser Artikel erscheint, und ich wäre glücklich, falls eine Teillösung der Frage in der Ausbeutung allgemeiner Pfänder, wie der Eisenbahnen, der Zölle und des Tabaks gefunden würde; aber ist es nicht klar, daß derartige Pfänder nur dann wirkliche Pfänder wären, wenn man zu einer tatsächlichen Türkisierung Deutschlands schritte, was mir unmöglich erscheint, wo es sich um ein Volk von 60 Millionen Einwohnern handelt. Anderseits halte ich die Hoffnungen, die die ausschließlichen Anhänger dieses Planes, wie Herriot, in die Mobilisierung

des Kapitalwertes dieser Pfänder mittels einer internationalen Anleihe gesetzt haben, immer noch für unerfüllbar, solange die europäischen Währungen nicht stabilisiert sind, und zwar aus den Gründen, die ich in meiner Kammerrede vom 28. Dezember v. J. angegeben habe. Nun scheint es ja, als ob man jetzt nur noch von einer sehr bescheidenen Anleihe spricht, die Deutschland lediglich wieder in Gang bringen soll.

Anderseits glaube ich nach wie vor, daß neben den Industriebeteiligungen noch viel bedeutendere Summen mittels einer Hypothek auf das deutsche Grundeigentum, das mehr als die Hälfte des deutschen Volksvermögens darstellt, gewonnen werden könnten. Kuczynski hat den Wert eines Viertels des deutschen Grundvermögens auf 20 Milliarden Goldmark beziffert. Ist nicht die jüngste und bisher erfolgreiche Erfahrung mit der Rentenmark, die innerhalb eines Monats ausgegeben wurde, geeignet, meine These zu stützen? Aber auch da wieder muß man zwischen der These und der Karikatur, die man davon gemacht hat, unterscheiden.

Schließlich glaube ich, daß, da man es in den ersten Nachkriegsjahren versäumt hat, die Reparationen mittels Sachleistungen durchzuführen — was ich vor drei Jahren auf der Tribüne der Kammer zu kritisieren Gelegenheit hatte —, man jetzt notgedrungen verwickeltere Lösungen suchen muß, und daß man keine von ihnen ausscheiden darf, am wenigsten diejenigen, die, wie die Industriebeteiligungen, den Vorteil hätten, den Gläubiger an das künftige Schicksal eines zurzeit zugrunde gerichteten Schuldners zu binden, und die infolgedessen geeignet wären, gemeinsame Interessen zu schaffen, die der Herstellung eines Friedens förderlich sein würden, der bis jetzt nur auf dem Papiere steht.

VIERTER ABSCHNITT.

ERNÄHRUNGSFRAGE.

Deutschlands Ernährungslage in Gegenwart und Zukunft.

Von Friedrich Aereboe, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin.

Die wachsende Industrialisierung Deutschlands hat die Ernährung des deutschen Volkes vor dem Weltkrieg in steigende Abhängigkeit vom Ausland gebracht. Der Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung war auf wenig mehr als 25 Proz. herabgesunken. Nicht nur der Import an Brotgetreide nahm von Ende der 70er Jahre ab andauernd zu, sondern mehr noch die Einfuhr von Speisefetten, Molkereierzeugnissen, Fleisch, Geflügel und anderen eiweißreichen Nahrungsmitteln. Zudem geriet auch die deutsche Viehzucht in eine Abhängigkeit von Futterzufuhren aus dem Ausland. Nicht weniger als 8 Millionen Tonnen Kraftfuttermittel wurden in den letzten Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges eingeführt. Mit Recht hat man von der deutschen Viehzucht gesagt, daß sie mit zwei Beinen im Inland und mit zwei Beinen im Ausland stand. Ja selbst die ganze Bodenkultur des Deutschen Reiches stützte sich zum erheblichen Teil auf den Import von Düngemitteln aus dem Ausland und auf den Bezug von ausländischen Wanderarbeitern. Fast der ganze ungeheure Verbrauch von Phosphorsäure im Umfang von 630 000 t beruhte auf dem Bezug von Nordamerika, Französisch-Nordafrika und Lothringen. Der Stickstoffdünger wurde größtenteils in Form von Chilesalpeter aus Chile importiert, und nur die Kalisalze lieferte das Inland. Der deutsche Zuckerrübenbau z. B., der wegen des Zuckerexports eine besondere Erwähnung verdient, bezog die Rübenarbeiter aus Rußland und Polen und den Dünger aus Chile und anderen Ländern des Auslandes.

In der Zeit des Weltkrieges mit seiner wirtschaftlichen Isolierung des Deutschen Reiches mußte diese Ernährungslage auf die Dauer katastrophal wirken. Dies um so mehr, als der Landwirtschaft der größte Teil der Arbeitskräfte durch den Krieg entzogen wurde. Von 10 Millionen Menschen, die vor dem Krieg hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig waren, kamen auf die männliche Bevölkerung 5,4 Millionen. Von diesen standen im Alter von 16 bis 50 Jahren nur 3,4 Millionen. Von diesen 3,4 Millionen zogen rund 2 Millionen in den Krieg, so daß im ganzen 1,4 Millionen Männer im vollen arbeitsfähigen Alter in der deutschen Landwirtschaft während des Krieges

tätig waren. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Bodenproduktion in Deutschland während des Krieges außerordentlich zurückgegangen ist und auch bis heute (Februar 1923) den Stand der Vorkriegszeit nicht annähernd wieder erreichen konnte. Die Ernährung des deutschen Volkes würde demzufolge bei annähernd gleichem Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung wie in der Vorkriegszeit heute auch dann einen viel höheren Nahrungsmittelimport erfordern, wenn die ausländischen Produktionsmittel entweder im alten Umfang wieder eingeführt oder im Inland produziert werden könnten. Bei der steigenden Geldentwertung ist es aber immer mehr zur Unmöglichkeit geworden, derartige Importe durchzuführen. Die 2 Millionen Tonnen Brotgetreide, welche im laufenden Jahre eingeführt werden müssen, um den schlimmsten Ernährungsnöten zu begegnen, kosten bei dem derzeitigen Stand der Mark rund 3000 Milliarden Papiermark. An eine Einfuhr von Phosphaten oder Chilesalpeter oder Kraftfuttermitteln in nennenswertem Umfang ist neben diesen ungeheuren Opfern für Brotgetreide gar nicht mehr zu denken. Der Mangel an ausländischen Kraftfuttermitteln ist es, der namentlich die Milchproduktion auf ein Mindestmaß hat heruntersinken lassen. Die Milchzufuhr nach Berlin ist auf etwa 350 000 Liter pro Tag herabgesunken und die von Breslau auf etwa 30 000 Liter. Ein großer Teil der Bevölkerung kann auch diese Menge nicht mehr bezahlen, so daß z. B. in Breslau die genannten 30 000 Liter nicht mehr voll zu verkaufen sind. 21 000 Familien mit rund 80 000 Köpfen, d. h. etwa 15 Proz. der Bevölkerung erhalten heute in Breslau Brot und Kohle von der Stadt geliefert, also auf dem Wege der Armenunterstützung.

Fragt man nun, wie weit diesen Zuständen durch eine Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft abgeholfen werden kann, so lautet die Antwort, daß eine Stabilisierung des Kurses der Mark die erste Voraussetzung der Besserung der Verhältnisse ist. Die ungeheure Geldentwertung des letzten Jahres liegt zurzeit wie ein Alb auf der Landwirtschaft. Im Herbste 1921 kostete 1 Zentner schwefelsaures Ammoniak, das wichtigste inländische Stickstoffdüngemittel, noch 300 Mk., im Winter 1921/22 stieg es auf 750 Mk., im Vorsommer 1922 auf 3400 Mk., im Herbst 1922 auf 8400 Mk. und am 12. Februar 1923 auf 160 000 Mk. Diese Preissteigerung des wichtigsten Düngemittels allein bedeutet eine ungeheure Steigerung des Kapitalbedarfs der Landwirtschaft; 1000 Zentner Ammoniak, welche im Herbst 1921 300 000 Mk. kosteten, kosten heute 160 Millionen Mark. Allerdings sind auch die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse durchweg sehr gestiegen, so daß ein Landwirt, welcher eine gute Ernte macht, die erhöhten Produktionskosten noch tragen kann. Erschwert wird dies aber durch den Umstand, daß das Umlagegetreide zu einem Preise abgeliefert werden muß, welcher die Produktionskosten nicht deckt. Zurzeit stehen auch die Kartoffelpreise so niedrig,

daß die aus dem Verkauf erzielten Einnahmen nur einen sehr beschränkten Einkauf von Kunstdünger ermöglichen. Der Kapitalmangel muß eben auch in der Landwirtschaft um so größer werden, je mehr er in der gesamten Volkswirtschaft anwächst.

Wir können uns hiernach der Beantwortung der Frage zuwenden, wie die Verhältnisse sich gestalten werden, wenn eine Stabilisierung oder eine langsame Steigerung des Kurses der Mark gelingt. Eine langsame Erholung der deutschen Landwirtschaft auf Grund ruhiger solider Arbeit ist dann mit Sicherheit vorauszusagen. Die technischen Möglichkeiten der Steigerung der Produktion sind in Deutschland noch außerordentlich groß, wenn es nur an den erforderlichen Hilfsmitteln der Landwirtschaft nicht fehlt und auch eine Anpassung an die veränderten Produktionsbedingungen zur Durchführung gelangt. Die Durchschnittserträge der Getreideanbaufläche hatten vor dem Kriege noch nicht einmal 20 dz/ha erreicht, die Erträge der Kartoffeln standen auf etwa 130 Ztr./ha. Namentlich der geringe Verbrauch an Kunstdüngerstickstoff hat diese Durchschnittserträge so niedrig gehalten. Der vom Ausland, insbesondere aus Chile, importierte Stickstoffdünger war eben im Verhältnis zu den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse teuer. Die inzwischen in Deutschland errichteten Stickstoffabriken können diesen Dünger nunmehr aber verhältnismäßig billig und in beliebigen Mengen liefern, sobald sie entsprechend ausgebaut sind. Deutschland hat vor dem Krieg an Kunstdüngerstickstoff nur etwa 200 000 t auf rund 32 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche aufgewendet, d. h. nur rund 6 kg Stickstoff pro Hektar. In guten Wirtschaften werden aber 40 kg und darüber aufgewendet. Wenn man nun aber auch damit rechnen muß, daß auf den großen Sandflächen und Moorböden des Deutschen Reiches sowie auf allen nassen Wiesenländereien niemals ein sehr hoher Stickstoffaufwand gemacht werden kann, so bleibt trotz alledem ein sehr weiter Spielraum für eine erfolgreiche Stickstoffdüngung übrig. Ueberlegt man, daß beim Getreidebau für 100 kg Kunstdüngerstickstoff, entsprechend etwa 500 kg schwefelsaurem Ammoniak, durchschnittlich ein Mehrertrag von 1500 kg Getreide gewonnen wird, so liegt auf der Hand, welche Möglichkeiten der Ertragsteigerung in dem Ausbau der Stickstoffabriken und einer vermehrten Anwendung der Erzeugnisse derselben gegeben sind. Die Fortschritte, welche die deutsche Stickstoffdüngemittelindustrie im Kriege gemacht hat, und ihre Uebertragung auch auf die anderen Länder steigern den Nahrungsmittelspielraum der Menschheit in einer Weise, wie es bisher noch niemals eine Erfindung getan hat. Europa wird schnell aus allen Nahrungsnöten herauskommen, ja einen Ueberfluß an Nahrungsmitteln aufweisen, wie er früher niemals gekannt ist, wenn nur die Völker sich erst wieder zu gemeinsamer friedlicher und stetiger Arbeit zusammenfinden. Die Ausbreitung der Stickstoffdüngung

ist hierbei aber als das Hauptmittel anzusehen, denn der Stickstoff ist der wichtigste Motor der Pflanzenproduktion.

Erheblich ungünstiger liegen die Verhältnisse der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion in Deutschland bezüglich der Phosphorsäure. Besonders empfindlich wirkt diesbezüglich der Verlust von Lothringen. Deutschland muß in Zukunft sich noch mehr als bisher mit seinem Phosphorsäurebezug auf Frankreich einstellen, zumal die Schiffsfrachten für den Bezug aus Amerika sehr hinderlich geworden sind. Wenn sich die deutsche Landwirtschaft einigermaßen erholt hat und sich auf den im Inland produzierten billigen Stickstoff stützen kann, dann muß es eben auch möglich sein, die Phosphorsäure, welche sie benötigt, teils direkt in Form von Phosphaten aus Französisch-Nordafrika, teils indirekt von phosphorsäurehaltigen Eisenerzen aus Lothringen und anderen Ländern zu beziehen. Es kommt hinzu, daß auch der Umfang des Bedarfs an Düngerphosphorsäure zufolge der Fortschritte, welche die Landwirtschaftswissenschaft während des Krieges und in der Nachkriegszeit gemacht hat, geringer geworden ist. Man hat es gelernt, durch verstärkten Anbau von Gründungpflanzen und tiefwurzelnden Grünfutterpflanzen den Bedarf an Düngerphosphorsäure einzuschränken, ohne daß die Erträge dabei zurückgehen. Man nutzt durch diesen Anbau die natürlichen Vorräte an schwerer löslicher Bodenphosphorsäure namentlich der tieferen Bodenschichten in erhöhtem Maße aus. Man kann also auch bei vermindertem Aufwand von Phosphorsäure, aber gesteigertem Aufwand an Stickstoff und Kali ganz erhebliche Mehrerträge dem Boden abgewinnen und muß diesen Weg gehen, solange Stickstoff und Kali im Verhältnis zur Phosphorsäure relativ billig sind. Je mehr dagegen die Auslandsphosphorsäure zufolge Verbesserung des Markkurses im Inland billiger wird, desto mehr muß die deutsche Landwirtschaft zu ihrer alten Düngungsweise, d. h. einem erheblichen Aufwand an Phosphaten im Verhältnis zu Stickstoff und Kali zurückkehren.

Gelingt es, durch eine verständige Kunstdüngeranwendung auf den 13 Millionen Hektar Getreideanbaufläche nur einen Mehrertrag von 2 Doppelzentner pro Hektar zu erreichen, so würden damit der deutschen Volkswirtschaft 2,6 Millionen Tonnen zugeführt. Das ist mehr als Deutschland zurzeit vom Ausland importieren kann. Ein Mehrertrag von 20 Doppelzentner Kartoffeln je Hektar auf 2,9 Millionen Hektar Anbaufläche würde die Kartoffelernte um 5,8 Millionen Tonnen steigern. Der gesamte Speisekartoffelbedarf des Deutschen Reiches betrug vor dem Krieg 13 Millionen Tonnen.

Die ausländische Kraftfuttermittelzufuhr wird für die Versorgung der deutschen Viehhaltung kaum jemals ganz entbehrt werden können. Ein erheblicher Teil derselben aber kann durch erhöhte Düngung der Wiesen und Weiden und durch gesteigerten Luzernebau ersetzt werden. Im Durchschnitt des Deutschen Reiches wurden vor dem Krieg nur etwa

44 Doppelzentner Wiesenheu je Hektar geerntet, weil die Wiesen so gut wie gar nicht mit Stickstoff gedüngt wurden. Durch Stickstoffdüngung lassen sich diese Erträge aber leicht ganz erheblich in die Höhe schrauben. Das für den Futterwuchs ganz besonders günstige Schleswig-Holstein z. B. hatte nur 38 Doppelzentner Heuertrag je Hektar. Gerade dort aber sind die Aussichten der Stickstoffdüngung der Wiesen infolge des günstigen Klimas bedeutende.

Zur Regelung der ganzen Ernährungswirtschaft des Deutschen Reiches kann auch eine Erholung des Zuckerrübenbaues wesentlich beitragen. Die Anbaufläche für Zuckerrüben betrug vor dem Krieg rund 500 000 Hektar und hat sich bisher auf rund 300 000 Hektar wieder erholt. Zufolge der günstigen Zuckerrübenernte des Jahres 1922 werden etwa 300 000 Tonnen Zucker bereits wieder exportiert werden können. Einer schnellen Erholung des Zuckerrübenbaues steht allerdings der Umstand entgegen, daß die ausländischen Wanderarbeiter größtenteils fehlen und voraussichtlich in Zukunft noch mehr ausbleiben werden. Es ist daher notwendig, daß die Zuckerrübenwirtschaften sich mehr auf inländische Arbeitskräfte einstellen. Dazu gehört wiederum die Errichtung einer größeren Zahl von Arbeiterwohnungen an Stelle der Kasernen für die ausländischen Arbeiter und eine Gewöhnung der deutschen Arbeiter an die Hackkultur. In großen Teilen des Deutschen Reiches wollen die Landarbeiter Rübenkulturarbeiten überhaupt nicht ausführen, weil sie dieselben als ehrenrührig betrachten. In Schleswig-Holstein ist die Einführung des Zuckerrübenbaues zum großen Teil an diesem Umstand gescheitert. Ganz besonders aber kann die Errichtung einer größeren Zahl von Arbeiterwohnungen in den Rübenwirtschaften nur langsam vor sich gehen, zumal die Baukosten eine schwindelnde Höhe erreicht haben und besonders die unsicheren Geldverhältnisse mit ihren riesigen Schwankungen der Materialpreise jeden Bauvoranschlag illusorisch machen. Andererseits drängen die wachsende Arbeitslosigkeit und die steigenden Ernährungsnöte in den Städten immer mehr dahin, die Menschen in erheblicherem Umfang auf dem Lande anzusiedeln.

Auch eine Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Technik und der maschinellen Hilfsmittel der Landwirtschaft wird nach Eintritt stetiger Geldverhältnisse helfen, die deutsche Landwirtschaft wieder zur alten Blüte zu bringen. Elektrosilofutterbereitung allein und im Verein mit den sich immer mehr ausbreitenden Beregnungsanlagen und sonstigen Bewässerungseinrichtungen werden helfen, die Viehbestände vom ausländischen Kraftfuttermarkt immer mehr unabhängig zu machen, und die Kartoffeltrocknerei muß mit dafür sorgen, eine der wichtigsten Kulturpflanzen des deutschen Ackerbodens, nämlich die Kartoffel, mehr als bisher in den Dienst der direkten Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln zu stellen.

Nicht zuletzt aber kommt für die deutsche Ernährungswirtschaft in Betracht, daß sich eine Erkenntnis immer mehr Bahn bricht, nämlich die, daß der Ertrag des Bodens in erster Linie vom Wissen und Können aller in der Landwirtschaft tätigen Menschen abhängig ist. Nächst der Tschechoslowakei hat wohl in Mitteleuropa kein Land in den letzten Jahren solche Anstrengungen gemacht, die landwirtschaftliche Fachbildung zu heben wie Deutschland. Dabei steht nicht die Vermehrung der Schulen im Vordergrunde, weil hierzu die Mittel fehlen, sondern es ist eine Umgestaltung des Schulwesens, die man überall in Angriff genommen hat. Die Examensordnungen der landwirtschaftlichen Hochschulen sind gründlich reformiert und den Bedürfnissen des praktischen Lebens mehr angepaßt worden. Die Zahl der Landwirtschaftsschulen, welche vornehmlich Allgemeinbildung übermitteln und Landwirtschaftslehre nur nebenher betrieben, ist eingeschränkt, dafür aber sind sogenannte höhere landwirtschaftliche Lehranstalten eingerichtet, welche ein Zwischending zwischen den landwirtschaftlichen Winterschulen und den Hochschulen vorstellen. In einem einjährigen Kursus wird hier Landwirten, die schon eine längere praktische Ausbildung hinter sich haben, von ausgesuchten Lehrkräften ein genügendes Maß von gründlichem Fachwissen übermittelt. Auch an der Ausgestaltung des ländlichen Fortbildungsschulwesens wird eifrig gearbeitet, damit nicht nur den angehenden Betriebsleitern, sondern auch den angehenden Landarbeitern ein besseres Maß von Bildung zukommen kann. Die Not der Studierenden an den Hochschulen zwingt dieselben außerdem zum erheblichen Teil, sich in den akademischen Ferien als Landarbeiter einstellen zu lassen, was ebenfalls einen günstigen Einfluß auf die Masse der Landarbeiter ausüben muß. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Landarbeiter, welcher erst in der Kriegszeit gestattet worden ist, trägt auch dazu bei, Bildung und Selbstvertrauen dieser Bevölkerungsschicht zu heben. Die Löhne der Landarbeiter sind schließlich heute wenigstens im Vergleich mit denen der städtischen Arbeiter günstig geworden, weil sie vor Nahrungsmittelsorgen bewahrt sind. Aus allen diesen Gründen nähern sich die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland den Verhältnissen in Nordamerika, wo sich jeder Mann, der sich mit Landwirtschaft beschäftigt, „farmer" nennt, unabhängig davon, welche besondere Tätigkeit und Stellung ihm in der Landwirtschaft zufällt. Mit dem Wissen und Können der Landarbeiter steigen wiederum die Möglichkeiten der Maschinenverwendung.

Das alles muß zusammenwirken, um der deutschen Landwirtschaft einen neuen Aufschwung zu ermöglichen, sobald in Mitteleuropa wirklicher Friede einzieht.

Die Getreidebewirtschaftung in Deutschland.

Von Paul Hertz, Mitglied des Reichstags.

Seit der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat ist die Ernährung seiner Bevölkerung, insbesondere mit Brotgetreide, abhängig von der ausländischen Zufuhr. Als diese während des Krieges durch die Blockade gesperrt wurde und der Bedarf Deutschlands allein durch die inländische Erzeugung gedeckt werden mußte, ergab sich die zwingende Notwendigkeit der behördlichen Bewirtschaftung zum Zwecke der vorsorglichen Verteilung. Auch nach dem Kriege mußte diese behördliche Verteilung beibehalten werden, da die inländische Erzeugung nicht ausreichte und die Kriegsblockade ersetzt wurde durch die Valutablockade. Mit der behördlichen Zwangsbewirtschaftung war ferner die Absicht verbunden, den Preis für das Inlandgetreide niedrigzuhalten.

Besonders der letzterwähnte Grund hat die behördliche Bewirtschaftung zu einem heftigen Streitgegenstand in der inneren deutschen Politik gemacht. Die landwirtschaftlichen Erzeuger forderten die freie Wirtschaft, die nach ihrer Meinung die Voraussetzung für die Steigerung der Inlandproduktion und der Unabhängigkeit Deutschlands von der ausländischen Getreidezufuhr sei. Die Verbraucher dagegen warfen der Landwirtschaft vor, daß die vorhandenen Möglichkeiten zur Produktionssteigerung gerade infolge der hohen Preise und der hohen Gewinne nicht ausgenutzt werden, und daß Weltmarktpreise für inländisches Getreide eine überaus starke Belastung der Lebenshaltung und eine Verteuerung der industriellen Produktion Deutschlands herbeiführen würden. Die allmähliche Steigerung der Inlandpreise aber hat sich trotzdem nicht vermeiden lassen.

Mit der Annäherung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise ist seit 1921 ein allmählicher Abbau der behördlichen Getreidewirtschaft erfolgt. Die vollständige Erfassung der Ernte, wie sie von 1914 bis 1921 bestanden hatte, wurde ersetzt durch die Aufbringung einer Umlage in Höhe von 2½ Millionen Tonnen, also etwa der Hälfte der zur Versorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung beanspruchten Menge. Bereits im Jahre 1922 begegnete die Festlegung der Umlage für das Erntejahr 1922/23 sehr erheblichen politischen Schwierigkeiten. Sie wurden überwunden, weil die Sozialdemokratie, die sich damals in der Regierung befand, entscheidenden Wert auf die Sicherung der Brotgetreideversorgung durch eine Umlage legte, und weil der Widerstand der agrarischen Rechten und der Mitte durch die politischen Erschütterungen, die mit dem Rathenaumord verbunden waren, wesentlich geschwächt wurde.

Inzwischen aber hat sich die politische und wirtschaftliche Situation erheblich geändert. Die Sozialdemokratie ist aus der Regierung ausgeschieden. Die bürgerlichen Parteien werden von den Agrariern heftig gedrängt, ihr Programm der

freien Wirtschaft zu verwirklichen. Die allgemeine Abneigung der Landwirtschaft gegen eine Wiederholung der Getreideumlage läßt ihre Durchführung außerordentlich schwierig erscheinen. Die Staatsgewalt hat sich bisher bereits als zu schwach erwiesen, diesen Widerstand der Agrarier zu brechen. Damit entfällt die Möglichkeit, die Umlage im kommenden Erntejahr noch einmal zu wiederholen. Das kommt auch um deswillen nicht mehr in Frage, weil der Hauptvorteil der Umlage — die Niedrighaltung der Preise — durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien und der Reichsregierung fortgefallen ist. Die Umlagepreise sind etwa so hoch wie die freien Marktpreise, die letzte Erhöhung (April 1923) hat sogar den freien Preis nach oben getrieben. Daher ist, vom Standpunkt der Preisgestaltung aus gesehen, die Umlage kein zweckmäßiges Mittel mehr zur billigen Brotversorgung der Bevölkerung.

Anderseits aber ist es nicht denkbar, daß bei der völligen Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands die Brotversorgung völlig der Willkür der Interessenten überlassen bleibt. Da Deutschland nur etwa zwei Drittel seines Bedarfs an Brotgetreide auf dem heimischen Boden erzeugt, würde der Verzicht auf eine Regelung die Gefahr des Mangels in bestimmten Zeiten und Gegenden und die Gefahr wilder Preissteigerungen hervorrufen.

Auch die Reichsregierung sieht diese Schwierigkeiten. Ebenso erkennen die bürgerlichen Parteien an, daß eine Anpassung der bisher niedrig gehaltenen Brotpreise an die Weltmarktpreise und noch mehr das dauernde Steigen der Preise bei weiterem Markverfall für große Schichten der deutschen Bevölkerung direkte Lebensgefahr, für die industrielle Arbeiterschaft eine drückende Erschwerung ihrer Lebenshaltung bedeutet. Die Notwendigkeit einer gewissen öffentlichen Fürsorge für die Brotversorgung wird deshalb von allen Seiten anerkannt. Man hält erstens für notwendig die Schaffung einer Reserve, damit bei mangelhafter Versorgung durch die freie Wirtschaft eingegriffen werden kann, und zweitens die Notwendigkeit einer Verbilligung der Brotpreise für diejenigen Schichten, die auf öffentliche Renten angewiesen sind. Deshalb ist jetzt gleichzeitig mit der Aufhebung der Umlage für das nächste Erntejahr beschlossen worden, daß die rechtzeitige Sicherstellung einer für die Ernährung der Bevölkerung ausreichenden Brotgetreidemenge unter Mitwirkung der beteiligten Organisationen erforderlich ist. Außerdem soll für Minderbemittelte eine Verbilligung des Brotes eintreten unter Deckung der erforderlichen Mittel durch eine Belastung des Besitzes im weitesten Umfang.

Die Sozialdemokratie hat gegen diese Regelung starke Bedenken geltend gemacht. Sie befürchtet vor allem, daß die Aufbringung des Teils der Reserve, die im Inland beschafft werden soll, einen Preisschutz für die Erzeuger bedeutet, daß trotzdem aber die Gesamtreserve keine ausreichende Sicherung für die Versorgung darstellt. Denn selbst wenn die

Reserve hoch ist, bleibt sie hinter dem Gesamtbedarf wesentlich zurück und schafft einen Mangel, der von den Erzeugern und Händlern leicht zu Preiserhöhungen ausgenutzt werden kann. Ebenso stark sind die Bedenken der Sozialdemokratie gegen die in Aussicht genommene Verbilligung aus Reichsmitteln. Obwohl diese Verbilligung sich nur erstrecken soll auf Rentenempfänger und gedeckt werden soll durch direkte Steuern, wird sie das Reich mit großen Verwaltungsausgaben belasten. Einstweilen aber steht auch überhaupt nicht fest, ob und wie diese Besitzbelastung eintreten wird. Und nach den bisherigen Erfahrungen sind Zweifel durchaus berechtigt, daß diese Besitzbelastung überhaupt erfolgen wird.

Der schärfste Mangel der neuerfolgten Regelung besteht aber in dem völligen Verzicht auf die so dringend notwendige Erhöhung der agrarischen Produktion. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten Deutschlands bei der Ernährung seiner Bevölkerung können nur überwunden werden durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Wenn auch die völlige Unabhängigkeit Deutschlands von der ausländischen Nahrungsmittelzufuhr nicht erreicht werden kann, so doch mindestens die Höhe der Vorkriegserzeugung. Das Hauptmittel hierzu ist, nachdem die Schwierigkeiten der intensiveren Bearbeitung des Bodens durch Menschenkraft überwunden sind, eine stärkere Verwendung künstlichen Düngers, vor allem des Stickstoffs. Die Inlandproduktion von künstlichem Stickstoff ist in den letzten Jahren gewaltig gestiegen, so daß der bisherige Bedarf der Landwirtschaft vollständig gedeckt werden konnte.

Entsprechend diesem Grundgedanken verlangte die Sozialdemokratie deshalb die Sicherstellung des gesamten Getreidebedarfs zur Brotbeschaffung für die versorgungsberechtigte Bevölkerung. Die hierfür erforderlichen Mengen — 4½ Millionen Tonnen — sollen im Inland aufgebracht werden, und zwar dadurch, daß für jede Tonne abgeliefertes Getreide eine entsprechende Menge Stickstoff geliefert wird, die dem Wertverhältnis zwischen Stickstoff und Getreide im Frieden entspricht. Soweit die Inlandproduktion an Stickstoff dafür nicht ausreicht, soll Chilesalpeter eingeführt werden. Dieser Antrag sicherte also den Landwirten den Friedenspreis für ihr Getreide, während er gleichzeitig eine Sicherheit für die künftige Steigerung der Getreideerzeugung enthielt. Trotzdem ist ihm die Zustimmung des Reichstages versagt geblieben.

Das ist besonders bedauerlich, weil man aus den Beschlüssen des Reichstages nicht erkennen kann, wie die Lebensmittelversorgung des 64-Millionen-Volkes in der Zukunft gedacht ist. Irgendein produktionsförderndes Moment ist in den Beschlüssen schlechterdings nicht zu finden. Und doch erscheint gerade dieses Moment als weitaus das wichtigste. Es ist ein unbefriedigender Zustand, wenn jetzt viereinhalb Jahre nach Kriegsschluß noch immer ängstlich die Frage aufgeworfen werden muß, ob die Brotversorgung für die nächsten Monate

gesichert ist. Ebenso unbefriedigend ist es aber auch, daß alljährlich eine ungeheure Summe ausgeworfen werden muß, um der weniger bemittelten Bevölkerung einen Teil der gänzlich unzureichenden Milchmengen zu erschwinglichen Preisen zu verschaffen, und wenn dieses System nunmehr erneut auf die Brotversorgung der ärmeren Bevölkerung ausgedehnt wird. Dieser Zustand ist deshalb besonders betrübend, weil sich durch ungenügende Inlanderzeugung an Agrarprodukten die Passivität der deutschen Handelsbilanz mit jedem Monat steigert, so daß nicht abzusehen ist, woher wir die Nahrungsmittel nehmen sollen, wenn sie weder im Inland erzeugt, noch vom Ausland gekauft werden können.

Markverfall und Ernährungslage.

Von Paul Hertz, Mitglied des Reichstags.

Noch nie hat man in Deutschland dem Winter mit so großen Sorgen entgegengesehen wie in diesem Jahre. Ganz allgemein werden große Schwierigkeiten in der Ernährungslage erwartet. Zwar haben wir (August 1923) eine glänzende Ernte in Aussicht. Insbesondere die Roggenernte wird so reichlich sein, daß erheblich geringere Getreidemengen als in früheren Jahren aus dem Ausland eingeführt zu werden brauchen. Aber dem steht gegenüber der rapide Markverfall, die dadurch hervorgerufenen gewaltigen Preissteigerungen, die Stockung der Zufuhr von Nahrungsmitteln aus dem Ausland und von den deutschen Erzeugern. Hinzu kommt ferner die völlige Erschöpfung der Kaufkraft großer Schichten der Bevölkerung und die Gefahren, die aus der völlig freien Wirtschaft herrühren.

Der größte Teil aller Schwierigkeiten sind Folgen des Markverfalls. Bereits seit Ende vorigen Jahres, wo ein Dollar noch für etwa 7000 Mk. zu kaufen war, ist durch das dauernde Sinken des Wertes der Mark der Preis aller Nahrungsmittel enorm in die Höhe geschnellt. Fast alle Lebensmittel, ganz gleich, ob im Inland oder im Ausland erzeugt, richten sich im Preise nur noch nach dem Dollarstande. Eine unheimliche Teuerung ist die Folge. Die Lebenshaltungskosten in Deutschland sind höher als im Ausland. Trotz steigender Löhne, zum Teil infolge dieser Tatsache, wachsen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für den einzelnen und für die gesamte deutsche Wirtschaft.

Wichtiger aber als die Preissteigerungen und besonders verhängnisvoller in der Wirkung ist der Mangel an Lebensmitteln, den der rasche Marksturz hervorgerufen hat. Es ist zunächst ein Mangel an ausländischen Lebensmitteln, hervorgerufen durch die Knappheit an ausländischen Zahlungsmitteln. Schon lange ist die Mark im Ausland so gut wie unverkäuflich, Ware also nur gegen Ware, bzw. ausländische Zahlungsmittel zu erhalten. Bisher standen sie für

Einfuhrzwecke von notwendigen Lebensmitteln auch in genügendem Umfang zur Verfügung. Anders in den letzten Monaten. Das Steigen der Wechselkurse führte zu dem Versuch, einen künstlichen Kursdruck an den inländischen Börsen auszuüben. Das gelang auch, hatte aber zur Folge, daß die Kurse für ausländische Zahlungsmittel im Ausland wesentlich höher waren. In Deutschland gab es infolgedessen so gut wie kein Angebot an Dollars, Gulden usw. Die Nachfrage aber war groß. Sie wurde nur zum kleinen Teil befriedigt, da die Reichsbank zur Schonung ihrer Bestände stark repartierte. Unter diesen Zuständen litt besonders der Einfuhrhandel mit Lebensmitteln und Rohstoffen. Lebensnotwendige Waren, insbesondere Fette, wurden sehr knapp, verschwanden dann ganz vom Markt, erzeugten wahnsinnige Ueberforderungen, lokale Notstände und Unruhen.

Eine gleich große Gefahr waren die Zustände durch das Stocken der Inlandzufuhr. Die letzten Monate des Wirtschaftsjahres bringen zwar stets einen gewissen Mangel mit sich. Er wurde verschärft durch die sehr späte diesjährige Ernte, noch mehr aber durch das z. T. gänzliche Aufhören der Zufuhr vom Lande in die Stadt. Butter, Eier, Gemüse und Obst waren in vielen Fällen gegen keinen Preis in ausreichenden Mengen für die städtische Bevölkerung zu beschaffen. Der Landwirt lieferte nicht, weil es für ihn vorteilhafter war, die Ware zu behalten als zu verkaufen. Denn was bekam er dafür? Papiermark, die Tag für Tag, ja Stunde für Stunde erhebliche Teile ihres Werts einbüßten und völlig wertlos waren, wenn er sich wiederum Waren für sie kaufen wollte. Die Annahmeverweigerung der Mark, die im Ausland seit Monaten wirksam ist, zeigt sich nun auch als furchtbares Hemmnis des inländischen Warenaustauschs.

Sie ist auch die große Gefahr des Winters. Mangel an Lebensmitteln wird Deutschland nicht haben. Die Getreideernte ist sehr gut, die Kartoffelernte gut. Große Vorräte an Getreide aus der vorjährigen Ernte sind noch vorhanden. Aber was nützen diese Mengen, wenn sie nicht in die Städte gebracht, sondern auf dem Lande aufgestapelt bleiben! Das aber droht uns. Gegen Papiermark verkauft der Landwirt nicht mehr. Er will ein Zahlungsmittel haben, mit dem er sich für die nächste Bestellung Düngemittel, Saatgut, Maschinen kaufen kann. Bekommt er das nicht, so behält er seine Erzeugnisse und verkauft nur in dem Maße, in dem er Papiermark für Löhne und ähnliche Zwecke gebraucht. So droht uns als schwerste Folge des Währungsverfalls die Versorgungskrise, die Hungersnot in den Städten und der blutige Kampf der Hungrigen gegen die Satten!

Verschärft wird diese Gefahr durch das Aufhören der öffentlichen Brotversorgung. Am 15. Oktober wird die freie

Regelung der Brotversorgung beginnen. Bisher sorgte das Reich für ausreichende Mengen Getreide und Brot und hielt die Preise niedrig. Mit der starken Preissteigerung, die nun unabwendbar ist, wird künftig auch die Gefahr lokalen Mangels eintreten. Der freie Handel ist gegenwärtig mit einem sehr großen Kapitalbedarf und mit großem Risiko verknüpft. Weder der Handel noch die Genossenschaften haben dieses Kapital. Sie scheuen auch das Risiko. Trotz freier Wirtschaft muß also wieder das Reich einspringen; ohne große Kredite an den Handel und die Genossenschaften droht die Anarchie auf dem Markt der Brotversorgung. Wie aber sollen diese Kredite beschaffen sein? Papiermarkkredite belasten einseitig das Reich, geben Erzeugern und Händlern große Geldentwertungsgewinne. Goldkredite verteuern die Produktion, da nicht nur die tatsächliche Entwertung, sondern die mögliche einkalkuliert wird. Selbst der Mittelweg — halb Papiermark-, halb Goldmarkkredit — findet Widerstand. Noch ist also das ganze Problem ungeklärt.

Alles hängt deshalb davon ab, daß das Reich die Herrschaft über den Devisenmarkt zurückgewinnt, und daß durch Sanierung der Reichsfinanzen die weitere Entwertung der Mark aufhört. Gelingt das, dann ist die Gefahr der Versorgungskrise beseitigt — gelingt es nicht, wird die Versorgungskrise Deutschland in den Abgrund stürzen.

Zur Lage der deutschen Landwirtschaft.

Nach sieben fetten Jahren hat die deutsche Landwirtschaft einen Rückschlag erlitten. Zwar ist es lächerlich, wenn die Landwirte, in eine üble Gewohnheit der Vorkriegszeit zurückfallend, sich als notleidend bezeichnen, aber ihre Lage ist immerhin ernst und verdient um so mehr Aufmerksamkeit, als die Klagen der Landwirte bei ihrem starken politischen Einfluß zu einer verhängnisvollen Zollpolitik führen könnten.

Die Preise der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse halten sich ungefähr auf Weltmarkthöhe. Vor dem Kriege standen sie ganz wesentlich darüber, da insbesondere das Getreide durch starke Zölle geschützt war, die mit Kriegsausbruch außer Kraft gesetzt wurden. Besonders niedrig sind die Preise für Hafer, Heu, Stroh, während die Preise z. B. von Milch und von Schweinen über Vorkriegshöhe stehen. Andererseits sind für den Landwirt unentbehrliche Industrierohstoffe und Fertigwaren viel teurer als vor dem Kriege. Das gilt insbesondere für Kohle, Phosphorsäuredüngemittel und Maschinen. Auch ist jetzt endlich die steuerliche Belastung der Landwirte härter geworden, und der hohe Zins für Kredite trifft sie schwerer als andere Erwerbsstände. Auf der anderen Seite darf aber nicht übersehen werden, daß die Landwirte durch die Inflation wirtschaftlich und finanziell außerordentlich gekräftigt worden sind. Sie haben ihre beispiellosen Gewinne aus den Jahren

1921 und 1922 dazu verwendet, ihre Betriebseinrichtungen zu vervollkommnen und haben sich auf Jahre hinaus mit Hausrat, Kleidung, Wäsche usw. versorgt. Auch konnten sie ihre Hypotheken in entwertetem Gelde zurückzahlen und sind heute im großen und ganzen schuldenfrei. Ihre Ersparnisse an Hypothekenzinsen gegenüber der Vorkriegszeit sind vor kurzem auf 650 Millionen Goldmark jährlich beziffert worden. Diese Schätzung bleibt jedoch zweifellos hinter der Wirklichkeit zurück. Die Ersparnisse betragen mindestens 1 Milliarde Goldmark.

Die Landwirte ersehnen eine Erhöhung der Preise für ihre Erzeugnisse, und es besteht die Gefahr, daß sie, wie vor 35 Jahren, ein Bündnis mit der Industrie zur gegenseitigen Bewilligung von Schutzzöllen schließen. Das ist selbst von ihrem eigenen Standpunkt aus kurzsichtig, denn sie würden damit die Industrierohstoffe und Fertigwaren, die sie benötigen, verteuern und würden bei der ohnehin arg geschwächten Kaufkraft der städtischen Bevölkerung den Absatz ihrer wertvollsten Erzeugnisse (Fleisch, Milch, Butter) gefährden. Sie müssen begreifen, daß sie auf die Dauer keine Vorzugsstellung einnehmen können. Sie haben im Gegensatz zu den Massen der städtischen Bevölkerung, die jetzt schon acht Jahre in schwerer Not darben, ihre Lebenshaltung verbessern können. Sie treiben vielfach einen Luxus, wie ihn sich die Ernährer eines verelendeten Volkes nicht leisten dürfen. Sie müssen zu ihrer einfachen Lebensführung aus der Vorkriegszeit zurückkehren, ja darüber hinaus Entbehrungen auf sich nehmen. Sind sie zu solchen Opfern bereit, so werden sie auch bei den heutigen Preisen bestehen können.

Die deutschen Landwirte haben vor dem Kriege unter dem Zollschutz, d. h. auf Kosten der städtischen Bevölkerung, Großes geleistet. Jetzt sind sie ihre Schulden los und ersparen damit ein Vielfaches von dem, was ihnen der Zollschutz einbrachte. Sie sind nicht mehr schutzbedürftig; die verarmten Städter können ihnen keine Opfer mehr bringen; die Landwirte müssen auf eigenen Füßen stehen.

Getreideernte in Deutschland und Frankreich.[1])

Vor dem Kriege umfaßte das Gebiet des Deutschen Reiches 540 858 qkm, Frankreich war mit 536 464 qkm annähernd ebenso groß. Das heutige Reichsgebiet umfaßt nur noch 472 082 qkm, Frankreich hingegen 550 986 qkm. Seit Kriegsausbruch ist das Gebiet des Deutschen Reiches um annähernd 13 Proz., die Bevölkerung um 6 Proz. gesunken; in der gleichen Zeit hat Frankreich an Fläche fast 3 Proz. gewonnen, an Bevölkerung etwa 1 Proz. verloren. Heute hat das Deutsche Reich ein

[1]) Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1914 S. 42f.; Wirtschaft und Statistik 1922 S. 2, 786; 1924 S. 2f.; Journal Officiel vom 2. Juni, 28. August und 6. September 1923.

Jahr	Deutschland[1]			Frankreich[2]		
	Erntefläche in 1000 ha	Ernte in 1000 t	Ernte dz je ha	Erntefläche in 1000 ha	Ernte in 1000 t	Ernte dz je ha
			Weizen			
1913	1677	4043	24,1	6679	8930	13,4
1920	1375	2248	16,3	5094	6448	12,7
1921	1442	2935	20,4	5382	8803	16,4
1922	1374	1958	14,2	5290	6622	12,5
1923	1488	2897	19,5	5526	7905	14,3
			Roggen			
1913	5259	10132	19,3	1231	1364	11,1
1920	4285	4934	11,5	869	876	10,1
1921	4266	6799	15,9	901	1128	12,5
1922	4143	5234	12,6	888	976	11,0
1923	4367	6682	15,3	879	938	10,7
			Gerste[3]			
1913	1381	3040	22,0	809	1152	14,2
1920	1194	1793	15,0	664	836	12,6
1921	1137	1939	17,1	680	834	12,3
1922	1152	1608	14,0	693	891	12,9
1923	1193	2127	17,8	706	1023	14,5
			Hafer			
1913	3925	8619	22,0	4092	5393	13,2
1920	3213	4826	15,0	3350	4230	12,6
1921	3163	5006	15,8	3408	3548	10,4
1922	3202	4016	12,5	3436	4184	12,2
1923	3345	6107	18,3	3458	5479	15,8

[1]) Heutiges Reichsgebiet.
[2]) Heutiges Frankreich (einschließlich Elsaß-Lothringens), für 1923 vorläufige Zahlen.
[3]) Deutschland Sommergerste.

Siebentel weniger Fläche, aber vier Siebentel mehr Menschen als Frankreich. Auf ein qkm treffen in Deutschland 135 Bewohner, in Frankreich 72. Diese Tatsachen muß man im Auge behalten, wenn man die Entwicklung der Produktion in den beiden Ländern richtig beurteilen will.

Die Anbaufläche für Getreide ist jetzt wie vor dem Kriege im heutigen Reichsgebiet etwa ebenso groß wie im heutigen Gebiete Frankreichs. Im Jahre 1913 war die Weizenfläche in Frankreich (immer einschließlich Elsaß-Lothringens) annähernd viermal so groß wie in Deutschland (ohne die abgetretenen Gebiete), die Roggenfläche in Deutschland reichlich viermal so groß wie in Frankreich, die Gerstenfläche in Deutschland um reichlich zwei Drittel größer als in Frankreich, die Haferfläche in Deutschland annähernd ebenso groß wie in Frankreich. Im Jahre 1923 war die Weizenfläche in Frankreich immer noch annähernd viermal so groß wie in Deutschland, die Roggenfläche in Deutschland fünfmal so groß wie in Frankreich, die Gerstenfläche wieder um reichlich zwei Drittel größer als in Frankreich, die Haferfläche immer noch annähernd ebenso groß wie in Frankreich. Von 1913 bis 1923 sank die Anbaufläche von Weizen in Deutschland um 11 Proz., in Frankreich

um 17 Proz., von Roggen um 17 bzw. 29 Proz., von Gerste um 14 bzw. 13 Proz., von Hafer in beiden Ländern um 15 Proz. Der Rückgang war also, wenigstens für Brotgetreide, in Frankreich stärker als in Deutschland, ein Ergebnis, das um so mehr Beachtung verdient, als in Deutschland der Rückgang tatsächlich noch geringer war, als ihn die amtliche Statistik erscheinen läßt.

Der durchschnittliche Ernteertrag von 1 ha war 1913 im heutigen Reichsgebiet um 55 bis 80 Proz. höher als in Frankreich. Im Jahre 1923 war der Vorsprung Deutschlands viel geringer; beim Hafer betrug er nur noch 16 Proz. Diese Verschiebung beruht darauf, daß der durchschnittliche Ertrag in Deutschland gewaltig gesunken, in Frankreich hingegen etwas gestiegen ist. Allerdings läßt die amtliche Statistik die Verschiebungen stärker erscheinen, als sie tatsächlich waren.

Die Gesamternte von Weizen, Roggen, Gerste und Hafer war im heutigen Reichsgebiet 1913 um reichlich die Hälfte größer als in Frankreich, 1923 nur um annähernd ein Sechstel. Sie sank im heutigen Reichsgebiet um 31 Proz., im heutigen Frankreich um 9 Proz. Die Weizenernte war 1913 in Frankreich reichlich doppelt so groß wie in Deutschland, 1923 annähernd dreimal so groß. Die Roggenernte war 1913 und ebenso 1923 in Deutschland reichlich siebenmal so groß wie in Frankreich. Die Gerstenernte war 1913 in Deutschland annähernd dreimal so groß wie in Frankreich, 1923 nur reichlich doppelt so groß. Die Haferernte war 1913 in Deutschland um 60 Proz. größer als in Frankreich, 1923 nur um 11 Proz. größer. Von 1913 bis 1923 sank die Gesamternte für alle vier Getreidearten in Deutschland um 28 bis 34 Proz., während sie in Frankreich für Hafer um 2 Proz. stieg, für Weizen und Gerste um 11 Proz., für Roggen allerdings auch um 31 Proz. sank. Bei Wiedergabe der amtlichen Zahlen über die Gesamternte sind indes die Vorbehalte gegenüber der deutschen Statistik doppelt so stark, denn sie unterschätzt für die Nachkriegszeit sowohl die Erntefläche als auch den durchschnittlichen Ernteertrag.

Die französische Milchwirtschaft.

Nach der neuesten Erhebung des französischen Landwirtschaftsministeriums (vgl. Journal Officiel, Lois et Décrets, 14. März 1924) betrug die Milcherzeugung in Frankreich im Jahre 1923 11 704 Millionen Liter gegenüber 11 328 Millionen im Jahre 1922, 10 650 Millionen im Jahre 1921 und 12 807 Millionen Liter im Jahre 1913 (heutiges Gebiet).

Die amtliche Tabelle, die leider nicht erläutert ist, gibt auch über die Verwendung der Milch Aufschluß. Allerdings sind die Summenzahlen der Tabelle irreführend, da nicht aus sämtlichen Departements Angaben über die Verwendung vorliegen, und da bei der Addierung Fehler vorgekommen sind. Nach Ergänzung der Lücken und Berichtigung der Irrtümer ergibt sich etwa folgendes:

Von der erzeugten Milch wurden im Jahre 1913 bzw. 1923 verfüttert 2940 bzw. 2590 Millionen Liter, d. h. 22 bis 23 Proz., verbuttert 4620 bzw. 4150 Millionen Liter, d. h. 35 bis 36 Proz., zu Käse verarbeitet 1830 bzw. 1800 Millionen Liter, d. h. 14 bis 15 Proz. Zum unmittelbaren menschlichen Verzehr blieben danach 3420 bzw. 3160 Millionen Liter, d. h. 27 Proz.

Vergleicht man die französische Milcherzeugung und Milchverwertung in der Vorkriegszeit mit der deutschen, so ergibt sich folgendes:

Die Milcherzeugung war in Deutschland (ehemaliges Gebiet) 1¾ mal so groß wie in Frankreich (heutiges Gebiet). Sie war damit auf den Kopf der Bevölkerung etwas höher als in Frankreich. Der durchschnittliche Ertrag je Kuh war in Deutschland um etwa ein Drittel größer als in Frankreich. Infolgedessen war der Anteil der Milch, der zur Aufzucht der Kälber verwendet werden mußte, viel niedriger: er betrug nur etwa 13 Proz. gegenüber 23 Proz. in Frankreich. Verbuttert wurden in Deutschland etwa 45 Proz. (in Frankreich 36 Proz.), zu Käse verarbeitet 5 Proz. (14 Proz.), dem unmittelbaren menschlichen Verzehr zugeführt 37 Proz. (27 Proz.).

In Frankreich (heutiges Gebiet) war die Milcherzeugung im Jahre 1923 um 9 Proz. geringer als 1913. In Deutschland war der Rückgang wesentlich größer; wie groß er war, läßt sich mangels zuverlässiger Unterlagen nicht sagen. Aber man wird annehmen können, daß der Ertrag je Kuh in Deutschland heute nicht größer ist als in Frankreich. Der Anteil der Milch, der verfüttert wird, dürfte denn auch in Deutschland nicht mehr viel kleiner sein als in Frankreich. Verbuttert wird in Deutschland verhältnismäßig wohl immer noch mehr Milch als in Frankreich. Die Verarbeitung zu Fettkäse ist, wie schon vor dem Kriege, in Frankreich viel bedeutender als in Deutschland. Die Milchmenge, die dem unmittelbaren menschlichen Verzehr dient, beträgt in Frankreich jetzt wie vor dem Kriege etwa ⅔ Liter je Kopf und Tag. In Deutschland war sie vor zehn Jahren mit etwa ⅓ Liter 1½ mal so groß. Heute dürfte sie in Deutschland eher geringer sein als in Frankreich; vor allem hat aber in Deutschland eine starke Verschiebung zuungunsten der städtischen Bevölkerung stattgefunden.

FÜNFTER ABSCHNITT.

LEBENSHALTUNG UND LÖHNE.

Zur neueren Entwicklung der Arbeiterlöhne in Deutschland.

Von Rudolf Meerwarth, Professor an der Universität Berlin.

I. (April 1923)

Man kann vor allem zwei Wege einschlagen, um die Entwicklung der Arbeiterlöhne zu erforschen und zu verstehen. Man wählt einmal eine Anzahl von Arbeiterberufen aus und verfolgt deren Löhne von Monat zu Monat. Oder man legt von Zeit zu Zeit einen Querschnitt durch die Löhne bestimmter Arbeiterberufe. Bei dem zweiten Verfahren liegt also keine laufende Entwicklung vor; es wird vielmehr versucht, aus den Ergebnissen der Querschnitte ein Bild von der Entwicklung zu gewinnen.

Bei der folgenden Untersuchung wurde zunächst der zweite Weg beschritten. Es sind für eine Anzahl wichtiger Arbeiterberufe Groß-Berlins die Wochenlöhne vom Frühjahr 1914 und vom Januar 1923 nachgewiesen. Sie decken sich im wesentlichen mit den normalen Verdiensten, die im Frühjahr 1914 bei der damals üblichen neunstündigen Arbeitszeit, und mit den normalen Verdiensten, die im Januar 1923 bei der achtstündigen Arbeitszeit erzielt worden sind; es sind also weder Ueberstunden noch Arbeitszeitverkürzungen berücksichtigt. Den Wochenlöhnen sind die entsprechenden Stundenlöhne beigefügt. Es wurde versucht, die Löhne gelernter, angelernter und ungelernter Arbeiter aus wichtigen Industriezweigen aufzunehmen. Aus dem Baugewerbe ist der gelernte Maurer und der ungelernte Bauhilfsarbeiter, aus dem Buchdruck der gelernte Buchdrucker, aus der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie ein gelernter Arbeiter, etwa der Schlosser, ein angelernter Arbeiter, etwa der Fräser, und ein ungelernter Arbeiter, also der Hof- und Transportarbeiter, aus der chemischen Großindustrie der ungelernte Fabrikations- oder Betriebsarbeiter, der etwa 75 Proz. der „chemischen" Arbeiter ausmacht, und der gelernte Fabrikhandwerker herangezogen worden.

Diesen Löhnen sind die entsprechenden Wochenlöhne vom Januar 1923 gegenübergestellt worden. In der Nachkriegszeit werden in einer Reihe von Gewerbezweigen den Arbeitern Familienzulagen für die nicht erwerbstätige Ehefrau und für die nicht erwerbstätigen Kinder gezahlt. Unter unseren

Arbeiterberufen erhält der verheiratete Buchdrucker einen höheren Lohn als der nicht verheiratete; die Berufe der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie sowie der chemischen Industrie erhalten Frauen- und Kinderzulagen; im Baugewerbe werden keine Familienzulagen gezahlt. Man wird bei einem Vergleich mit der Vorkriegszeit zweckmäßig dem Lohn vom Frühjahr 1914 für Anfang 1923 den Lohn des Arbeiters mit dem „mittleren" Familienstand und der „mittleren" Kinderzahl gegenüberstellen. Als „mittlerer" Arbeiter wurde auf Grund zahlreicher Stichproben der verheiratete Arbeiter mit einem Kind angesehen und dessen Wochenlohn vom Januar 1923 dem Wochenlohn vom Frühjahr 1914 gegenübergestellt. Soweit die Tariflöhne den tatsächlich gezahlten Normallöhnen entsprechen, wurden in der Uebersicht Tariflöhne (Baugewerbe, Buchdruck, chemische Großindustrie für 1923) eingesetzt; in den anderen Fällen wurden die Löhne den Lohnnachweisen einiger Großbetriebe entnommen.

Beruf	Frühjahr 1914		Januar 1923[2]		Januar 1923[2]	
	Wochenlohn (54 Stund.) Mark	Stundenlohn Mark	Wochenlohn (48 Stund.) Mark	Stundenlohn Mark	Woch.-lohn (1914 = 1)	Stundenlohn (1914 = 1)
Baugewerbe:						
Maurer	44,28	0,82	[3] 23 062	490,69	521	598
Bauhilfsarbeiter	30,78	0,57	[3] 21 943	466,88	713	819
Buchdruck:						
Buchdrucker	[1] 34,38	0,65	20 769	432,69	604	666
Maschinen- und elektrotechnische Industrie:						
Gelernter Arbeiter	42,12	0,78	26 031	542,32	618	695
Angelernter Arbeiter	39,96	0,74	25 549	532,32	639	719
Ungelernter Arbeiter	30,78	0,57	21 279	443,32	691	778
Chemische Großindustrie:						
GelernterHandwerker	38,88	0,72	26 291	547,73	676	761
Betriebsarbeiter	27,—	0,50	24 074	501,54	892	1003

[1] 53 Stunden. — [2] Verheiratete mit 1 Kind. — [3] 47 Stunden.

Bevor die Ergebnisse der Uebersicht näher behandelt werden, sei einem naheliegenden Einwand entgegnet. Er geht dahin: die Entwicklung der in Mark ausgedrückten Löhne, der Nominallöhne, ist nicht beweiskräftig; es muß gleichzeitig die Entwicklung des Reallohns oder der Kaufkraft der Löhne dargelegt werden. Diesem — nur zum Teil zutreffenden — Einwand soll durch eine zweite Uebersicht Rechnung getragen werden.

Betrachtet man an der Hand einer Hilfskonstruktion (Bedarf einer fünfköpfigen Normalfamilie) für Berlin die Ausgaben für Ernährung, Miete, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung, so ergibt sich im Frühjahr 1914 eine Teuerungszahl in Höhe von 115,78; im Januar 1923 betrug die entspre-

chende Teuerungszahl 120 603. Setzt man die Zahl vom Frühjahr 1914 = 1, so beläuft sich Anfang 1923 der Berliner Index der Kosten der Lebenshaltung auf 1041,66. In der folgenden Uebersicht ist für die einzelnen Berufe nochmals der Lohnindex (Wochenlohn und Stundenlohn) vom Januar 1923 wiedergegeben und daneben mit Hilfe des Teuerungsindex die Bewegung des Reallohns gegen den Frieden ermittelt.

Beruf	Wochenlohn (1914 = 1)	Stundenlohn (1914 = 1)	Reallohn je Woche (1914 = 100)	Reallohn je Stunde (1914 = 100)
Baugewerbe:				
Maurer	521	598	50	57
Bauhilfsarbeiter	713	819	68	79
Buchdruck:				
Buchdrucker	604	666	58	64
Maschinen- und elektrotechnische Industrie:				
Gelernter Arbeiter	618	695	59	67
Angelernter Arbeiter	639	719	61	67
Ungelernter Arbeiter	691	778	66	75
Chemische Großindustrie:				
Gelernter Handwerker	676	761	65	73
Betriebsarbeiter	892	1003	86	97

Die Uebersicht bringt den starken Rückgang des Reallohns in allen Berufen zum Ausdruck. Legt man den auf dem Wochenlohn aufgebauten Reallohn zugrunde, so bewegt sich der Rückgang zwischen einem solchen von 100 auf 50 (Maurer) und einem solchen von 100 auf 86 (Betriebsarbeiter der chemischen Großindustrie). Am stärksten war der Rückgang bei den gelernten Berufen: Maurer (50), Buchdrucker (58), gelernter Arbeiter der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie (59). Etwas geringeren Umfangs war der Rückgang bei den ungelernten Berufen: Betriebsarbeiter der chemischen Großindustrie (86), Bauhilfsarbeiter (68), ungelernter Arbeiter der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie (66).

Gegen diese auf den Wochenlöhnen der Vorkriegszeit und der Gegenwart ruhenden Berechnungen wird oft eingewandt, daß der Rückgang des Reallohns bei dieser Berechnungsweise nicht allzu verwunderlich sei; ihm entspräche gleichzeitig auch ein Rückgang der Arbeitszeit von durchschnittlich 54 auf 48 Stunden. Da ein großer Teil der Arbeiter nach dem Schluß der Arbeit im Betrieb anderweitig die neunte und oft auch die zehnte Stunde tätig sei, so müsse zum mindesten zu dem mitgeteilten Wochenlohn der Gegenwart ein Zuschlag gemacht werden. Der in der Uebersicht mitgeteilte, auf dem Wochenlohn ruhende Reallohn bringt in jedem Fall die Bewegung der Kaufkraft desjenigen Lohnes zum Ausdruck, den der Arbeiter im und vom Betrieb erhält. Um aber dem Einwand die Spitze

abzubrechen, ist in der letzten Spalte der Reallohn auf Grund der vor dem Krieg und im Januar 1923 verdienten Stundenlöhne berechnet worden; damit ist das „störende" Moment der verschiedenen Arbeitszeit ausgeschaltet. Bei dieser Betrachtungsweise erscheint der Rückgang des Reallohns etwas geringer; er ist aber nach wie vor in starkem Ausmaß vorhanden.

Neben die Reallohnberechnung auf Grund der Lohn- und Teuerungsindizes müssen aber immer Berechnungen treten, die von der absoluten Höhe der Löhne und deren Kaufkraft ausgehen; diese Erweiterung der üblichen Reallohnberechnungen wird bei internationalen Vergleichen zum unbedingten Erfordernis.

In der folgenden Uebersicht sind die Wochenlöhne der Vorkriegszeit und des Januar 1923 dem für diese Zeiten von Kuczynski berechneten Existenzminimum für ein Ehepaar mit 1 Kind gegenübergestellt. Für unsere Fragestellung sind die Einwände, die gegen den hohen oder niedrigen Stand dieses Existenzminimums gemacht worden sind, von verhältnismäßig geringer Bedeutung; für uns ist entscheidend, daß dieses Existenzminimum für die Vorkriegszeit und die Gegenwart nach wesentlich gleichen Grundsätzen berechnet worden ist. Die Ausgaben für das genannte Existenzminimum beliefen sich im Frühjahr 1914 auf 25,55 M., im Januar 1923 auf 32 800,50 M.

Beruf	Wochenlohn		Wochenlohn	
	Frühjahr 1914	Januar 1923[1])	Frühjahr 1914	Januar 1923[1])
	Mark	Mark	Existenzminimum[2]) = 100	
Baugewerbe:				
Maurer	44,28	23 062	173	70
Bauhilfsarbeiter	30,78	21 943	120	67
Buchdruck:				
Buchdrucker	34,38	20 769	135	63
Maschinen- und elektrotechnische Industrie:				
Gelernter Arbeiter	42,12	26 031	165	79
Angelernter Arbeiter	39,96	25 549	156	78
Ungelernter Arbeiter	30,78	21 279	120	65
Chemische Großindustrie:				
Gelernter Handwerker	38,88	26 291	152	80
Betriebsarbeiter	27,—	24 074	106	73

[1]) Verheiratete mit 1 Kind. — [2]) Für Ehepaar mit 1 Kind.

Die Uebersicht zeigt nochmals mit aller Deutlichkeit, wie stark sich die Lage aller einbezogenen Berufe gegenüber der Vorkriegszeit verschlechtert hat. Dieses Ergebnis, das durch die Analyse der Löhne wichtiger Berliner Arbeiterberufe gewonnen worden ist, kann ohne weiteres verallgemeinert werden. Wären an Stelle der Arbeiterberufe Löhne und

Gehälter der Angestellten und Beamten oder die Einkommen der sogenannten freien Berufe untersucht worden, so hätte sich in der Mehrzahl der Fälle eine noch stärkere Verschlechterung der Lage gegenüber der Vorkriegszeit ergeben. Die verhältnismäßig kleine Schicht der neuen Reichen bildet, wie oft betont worden ist, keinen Gegenbeweis.

Der Grund der beispiellosen Verschlechterung der Lage und der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen soll — möglichst allgemein — dahin gekennzeichnet werden: das Ergebnis der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion, das sogenannte Sozialprodukt, ist gegenüber der Vorkriegszeit stark gesunken; die Zahl der Menschen, auf die das Sozialprodukt verteilt wird, ist gegen die Vorkriegszeit auf dem heutigen deutschen Boden um einige Millionen gestiegen. Der ganze Komplex von Fragen, der sich um das Problem „Abnahme des Sozialprodukts" schlingt, kann hier nicht behandelt werden; er muß Spezialuntersuchungen überlassen bleiben.

Die Abnahme des Sozialprodukts, die sich bei einer Gesamtbetrachtung ergibt, schließt nun nicht aus, daß in den Anteilen, welche die einzelnen Volksklassen empfangen, starke Verschiebungen eingetreten sind. Im Anschluß an unsere Uebersichten sollen einige derartige Verschiebungen, die innerhalb der Arbeiterschaft eingetreten sind, hervorgehoben und auf ihre Gründe untersucht werden.

Aus den Uebersichten geht zunächst hervor, daß die Nominallöhne — und das gleiche gilt für die Reallöhne — in der chemischen Großindustrie und auch in der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie wesentlich stärker gestiegen sind als etwa im Buchdruck oder im Baugewerbe. Die Gründe sind rein wirtschaftlicher Art: der Beschäftigungsgrad der erstgenannten Industriezweige, die einen Teil ihrer Erzeugnisse exportieren, war günstiger, die Nachfrage nach Arbeit war größer als in dem vielfach daniederliegenden Buchdruck (zum Teil Luxusgewerbe) und in dem Baugewerbe. Wären in die Untersuchung noch die Löhne der Bergarbeiter einbezogen worden, so hätte sich hier die gleiche Erscheinung herausgestellt: die allgemeine Kohlenknappheit in Deutschland rief und ruft eine starke Nachfrage nach Stein- und Braunkohle hervor. Die Folge ist, daß die Löhne der Bergarbeiter verhältnismäßig stärker steigen als diejenigen anderer Arbeiterschichten. Nicht leicht sind die Lohnverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter zu durchschauen, weil Natural- und Barentlöhnung nebeneinander in mannigfachen Formen vorkommen. Im allgemeinen wird man sagen können, daß auch in der Landwirtschaft infolge der starken Nachfrage nach den landwirtschaftlichen Erzeugnissen der Reallohn der landwirtschaftlichen Arbeiter gegen die Vorkriegszeit nicht wesentlich gesunken ist. Es ist möglich, daß sich außerdem die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter seit Kriegsende vermehrt hat. Der starke Strom von Arbeitskräften, der sich vor dem Krieg insbesondere aus den östlichen preußischen, vorwiegend agrari-

schen Provinzen in die Industrie und die Großstädte ergoß, ist versiegt; offensichtlich haben gerade die östlichen Provinzen einen großen Teil der Rückwanderer aus den abgetretenen Gebieten und einen Teil der Einwanderung aus dem östlichen Ausland aufgenommen. Mit anderen Worten: der Anteil, den die Landwirtschaft vom Sozialprodukt „beansprucht", ist größer geworden.

Schließlich sei noch auf eine gerade in jüngster Zeit oft behandelte Erscheinung hingewiesen, die mit aller Deutlichkeit aus den Uebersichten hervorgeht: die Spanne zwischen den Löhnen der gelernten und denen der ungelernten Arbeiter des gleichen Industriezweiges ist im Vergleich zur Vorkriegszeit wesentlich kleiner geworden. Diese Nivellierungstendenz wird in fast noch stärkerem Maße bei den Gehältern der Angestellten und Beamten (höhere, mittlere, untere Angestellte und Beamte) beobachtet. Der Lohn des Maurers verhielt sich zum Lohn des Bauhilfsarbeiters in der Vorkriegszeit wie 100 zu 69,5, im Januar 1923 wie 100 zu 95,1. In der chemischen Großindustrie war der Lohn des Fabrikhandwerkers zum Lohn des ungelernten Betriebsarbeiters früher wie 100 zu 69,4, Anfang 1923 wie 100 zu 91,6. Der Lohn des Gelernten in der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie verhielt sich zum Lohn des Ungelernten vor dem Krieg wie 100 zu 73,1, heute wie 100 zu 81,7. Man hat oft die Gründe dieser Tendenz untersucht. Die einen argumentieren, bei dem allgemeinen Rückgang der Lebenshaltung habe man vor allem die Ungelernten, die sich mit ihrem Lohn von jeher nur knapp ihr Existenzminimum hätten verschaffen können, schützen müssen; man habe den Ungelernten, wie den Gelernten, einen absolut gleich hohen Lohnzuschlag gegeben. Andere betonen, daß in Deutschland seit Ende 1918 der Einfluß der Ungelernten und Angelernten gegenüber den Gelernten dauernd gewachsen sei, die nun ihren Grundsatz „gleiche Lebenshaltung, gleicher Lohn" durchzusetzen suchen. Bei dieser Sachlage erscheint es nicht unangebracht, an rein wirtschaftliche Ursachenreihen zu erinnern, die zur Erklärung dieser — international auftretenden — Tendenz herangezogen werden müssen. Die vor dem Krieg durch die Abwanderung vom Land (Deutschland) oder durch die Einwanderung (Vereinigte Staaten von Amerika) gespeiste „industrielle Reservearmee", welche insbesondere die Löhne der Ungelernten drücken konnte, ist überall verschwunden; vielfach ist außerdem die Entlassung von Arbeitskräften, die vom produktionstechnischen Gesichtspunkt aus erfolgen würde, durch die sozialpolitische Gesetzgebung erschwert. Der Lohndruck ist beseitigt.

In neuester Zeit wird von Sozialpolitikern und vielfach auch von Arbeitgebern der Satz vertreten, daß für die gleiche Leistung auch die gleiche Lebenshaltung gewährleistet werden soll. Der Familienvater soll für die gleiche Leistung einen höheren Lohn erhalten als der Ledige, dessen Lebenshaltung billiger ist. Es werden, wie gelegentlich der Uebersichten

bereits ausgeführt, in zunehmendem Umfang Familienzuschläge bezahlt. Mit der Einführung des „Soziallohns" ist der Versuch gemacht, einem neuen objektiven Lohnbestimmungsgrund, einem Lohnbestimmungsgrund, der nicht von der Marktlage (Angebot von Arbeit im Verhältnis zur Nachfrage nach Arbeit) ausgeht, Geltung zu verschaffen. Der Soziallohn wird von der

Monat	Wochenlohn			Existenzminimum[3]	Wochenlohn		
	Chemische Industrie				Chem. Industrie		
	Handwerker[1]	Betriebsarbeiter[1]	Buchdrucker[2]		Handwerker[1]	Betriebsarbeiter[1]	Buchdrucker[2]
	Mark	Mark	Mark	Mark	Existenzminimum[3] = 100		
1913/14	38,88	27,—	34,38	25,55	152,17	105,68	134,56
1920 Januar	148,80	127,20	160,50	193,50	76,90	65,74	82,94
Februar	148,80	127,20	160,50	222,—	67,03	57,30	72,30
März	192,—	170,40	160,50	281,50	68,21	60,52	57,02
April	196,80	175,20	160,50	327,—	60,18	53,58	49,08
Mai	302,40	280,80	210,50	316,—	95,70	88,86	66,61
Juni	302,40	280,80	235,50	260,50	116,08	107,79	90,40
Juli	302,40	280,80	248,83	277,—	109,17	101,37	89,83
August	302,40	280,80	250,50	262,—	115,42	107,18	95,61
September	302,40	280,80	250,50	257,50	117,44	109,05	97,28
Oktober	302,40	280,80	250,50	275,—	109,96	102,11	91,09
November	326,40	304,80	270,50	272,—	120,—	112,06	99,44
Dezember	326,40	304,80	270,50	281,50	115,95	108,28	96,09
1921 Januar	326,40	304,80	270,50	275,50	118,48	110,64	98,19
Februar	343,20	321,60	285,50	269,—	127,58	119,55	106,13
März	343,20	321,60	285,50	255,50	134,32	125,87	111,74
April	343,20	321,60	285,50	242,50	141,53	132,62	117,73
Mai	343,20	321,60	285,50	247,—	138,95	130,20	115,59
Juni	343,20	321,60	285,50	271,—	126,64	118,67	105,35
Juli	343,20	321,60	285,50	280,50	122,35	114,65	101,78
August	343,20	321,60	295,88	295,—	116,34	109,02	100,30
September	381,60	360,—	321,26	304,50	125,32	118,21	105,50
Oktober	391,20	369,60	385,—	336,—	116,43	110,—	114,58
November	444,—	417,60	410,—	443,50	100,11	94,16	92,45
Dezember	535,20	508,80	533,56	487,—	109,90	104,48	109,56
1922 Januar	572,49	546,09	553,—	478,—	119,77	114,24	115,69
Februar	663,60	631,20	613,—	547,50	121,21	115,29	111,96
März	744,71	707,61	642,63	684,—	108,88	103,45	94,09
April	880,22	838,08	773,—	795 50	110,65	105,35	97,17
Mai	1080,—	1027,20	933,—	865,50	124,78	118,68	107,80
Juni	1207,20	1147,20	1093,—	1041,—	115,97	110,20	105,—
Juli	1510,80	1380,—	1312,23	1530,50	98,71	90,17	85,74
August	2211,02	2016,89	1638,19	2580,50	85,68	78,16	63,48
September	3607,57	3289,85	2622,23	4133,—	87,29	79,60	63,45
Oktober	5046,28	4600,62	4345,31	6602,—	76,44	69,84	65,82
November	9214,08	8400,—	7337,—	14306,—	64,41	58,72	51,29
Dezember	16705,—	15230,—	12773,—	21947,50	76,11	69,39	58,20
1923 Januar	26291,08	24073,85	20769,—	32800,50	80,15	73,39	63,32
Februar	58362,—	53540,—	43125,—	71790,50	81,29	74,57	60,07

[1]) Verheiratete mit 1 Kind. — [2]) Verheiratete. — [3]) Für Ehepaar mit 1 Kind.

Arbeiterschaft vielfach bekämpft; sie vertritt dabei die Auffassung, daß der Arbeitgeber in Depressionszeiten zuerst den höher entlohnten Verheirateten mit Kindern entläßt. Diesen Einwänden begegneten einzelne Industriezweige dadurch, daß sie Ausgleichskassen einrichteten. Eine derartige Kasse nimmt einen Ausgleich unter den angeschlossenen Firmen vor, so daß jede Firma an dem Gesamtbetrag der von sämtlichen Firmen aufgewendeten Zulagen nach der Kopfzahl ihrer Arbeiter gleichmäßig beteiligt ist, gleichgültig wieviel ledige und wieviel verheiratete Arbeiter sie beschäftigt.

In der letzten Uebersicht ist für den Frieden und für jeden Monat der Jahre 1920, 1921 und 1922, sowie für den Januar und Februar 1923 der Wochenlohn der beiden Arbeitertypen der Berliner chemischen Industrie (verheirateter Fabrikhandwerker mit 1 Kind, verheirateter Betriebsarbeiter mit 1 Kind) und der Wochenlohn eines verheirateten Berliner Buchdruckers dem Wochenexistenzminimum für ein Ehepaar mit 1 Kind, wie es Kuczynski berechnet hat, gegenübergestellt worden. Es sind also die Arbeitslöhne einer Industrie mit verhältnismäßig günstigem Geschäftsgang und einer Industrie mit nur wenig befriedigendem Geschäftsgang zusammengestellt worden.

Setzt man, wie es in den letzten Spalten der Uebersicht geschehen ist, die Ausgaben für das Existenzminimum jeweils gleich 100, und bezieht man für jeden Monat die drei Löhne auf das Existenzminimum, so ergeben sich drei Reihen, die neben starken Verschiedenheiten doch einen einheitlichen Zug in der Entwicklung aufweisen.

Seit Juni 1920 steht bei den Arbeitern der chemischen Industrie der Lohn über dem Existenzminimum; im Buchdruck nähert er sich dem Existenzminimum und überschreitet es erst Februar 1921. Der höchste Stand liegt für die drei Lohnreihen im April 1921. Seit Juli 1922 liegt der Lohn bei allen drei Berufen dauernd unter dem Existenzminimum. Auf Einzelheiten dieser Entwicklung kann nicht eingegangen werden. Die seit Juni 1920 in starkem Umfang sich vollziehende Steigerung des Dollarkurses förderte den Export. Es gelang der Arbeiterschaft, während der Zeit des „Ausverkaufs" Deutschlands ihren Lohnanteil zu erhöhen, zumal gleichzeitig das inländische Preisniveau dem Dollarkurs nur in großem Abstand folgte. Seit Juni 1922 steigt der Dollarkurs von neuem in immer größeren Sprüngen. Die den Export fördernde Wirkung dieser ungeheuren Markentwertung ist ausgeblieben; die Preise im Inland haben sich, soweit sie nicht künstlich zurückgehalten werden (Miete, Brotpreis), im Gegensatz zu früher, der Bewegung des Dollarkurses schnell angepaßt. Die Lage der Arbeiter hat sich in zunehmendem Maß verschlechtert.

II. (März 1924)

Versucht man, die Bewegung der Reallöhne für das Jahr 1923 darzustellen, so stößt man auf außerordentliche Schwierigkeiten. Der bisher eingeschlagene Weg, der dadurch gekenn-

zeichnet ist, daß die Geldlöhne der einzelnen Monate zu den für die entsprechenden Monate berechneten Teuerungsziffern in Beziehung gebracht werden, führt zu falschen Ergebnissen. Die amtliche monatliche Teuerungsziffer, die in der ersten Hälfte des Jahres 1923 aus den Teuerungsziffern zweier Tage eines Monats (etwa der 6. und 20. Juni) als Monatsdurchschnittsziffer errechnet wurde, trug der beschleunigt fortschreitenden Teuerung nicht Rechnung. Bei den folgenden Berechnungen, die sich auf die zweite Hälfte des Jahres 1923 beziehen, wurde davon ausgegangen, daß der — in der Regel jeweils für eine halbe Woche gezahlte — Lohnbetrag in dieser Zeit vom Arbeiter auch ausgegeben worden ist. Diesem Lohnbetrag muß also die für die kommende Verbrauchszeit geltende Teuerung gegenübergestellt werden. Man benötigt demnach Tagesteuerungsziffern. Diese Ziffern wurden unter der Annahme gewonnen, daß die Teuerung zwischen zwei Erhebungsstichtagen (seit Mitte Juli der Montag einer jeden Woche) jeweils in geometrischer Progression gestiegen ist, also von Tag zu Tag sich um denselben Prozentsatz erhöht hat.

Im folgenden ist die eben skizzierte Berechnung für zwei Berliner Arbeiterkategorien durchgeführt worden, denen, wie die Erfahrung gezeigt hat, in verschiedener Hinsicht repräsentative Bedeutung beigelegt werden kann. Es ist für die Zeit vom 1. Oktober 1923 bis Mitte November 1923, also bis zur Lohnfestsetzung in Goldmark, die Bewegung des Reallohnes für den ungelernten Betriebsarbeiter der Berliner chemischen Industrie (Repräsentant für die Ungelernten) und für den gelernten Handwerker der Berliner chemischen Industrie (Repräsentant für die Gelernten) dargestellt. (Siehe Tabelle S. 237.)

Neben dem niedrigen Stand des Reallohns fallen die starken Schwankungen von einer Zeitstrecke zur anderen auf. Der Lohn reicht knapp hin, um den allernotwendigsten Bedarf an Nahrungsmitteln zu decken. Es ist nicht daran zu denken, auch nur die überall heruntergewirtschaftete Bekleidung zu erneuern oder zu ergänzen, von dem übrigen Bedarf an Lebensnotwendigkeiten ganz zu schweigen. Hat die Arbeiterfamilie Kinder, so ist die gewerbliche Mitarbeit der Frau notwendig, um den Kindern die Befriedigung des Nahrungsbedarfs zu sichern.

Die erfolgreichen Versuche, eine Stabilisierung der Mark durchzuführen, brachten insbesondere den Wegfall der in die Preise jeweils einkalkulierten Geldentwertungszuschläge und damit ein Sinken der Preise. Die für Ende November und Anfang Dezember festgesetzten Löhne verharrten vielfach den ganzen Dezember und Januar hindurch auf dem gleichen Stand; bei sinkenden Lebensmittelpreisen ergibt sich eine Steigerung des Reallohns.

In der folgenden Uebersicht (S. 238) sind die Stunden- und Wochenlöhne (in Goldpfennig ausgedrückt) der Maurer und Bauhilfsarbeiter, der Buchdrucker, der gelernten, an-

Zeitstrecke	Bei einem Wochenlohn v. 38,88 Mk. (27 Mk.) waren 1914 für die Zeitstrecke Sp. 1 verfügbar	Am 1. Tag der Zeitstrecke Sp. 1 gezahlter Lohn	Durchschnittliche Teuerungsziffer, berechnet aus den Tagesteuerungsziffern für die Zeitstrecke Sp. 1	Reallohn
	Goldmark	Millionen Papiermark	1914 = 1	1914=100
Gelernter Handwerker (verheiratet, mit 1 Kind; 1914: 38,88 Mk.)				
1. 10. bis 5. 10.	22,22	500	49 228 909	45,7
5. 10. „ 8. 10.	16,66	861	84 703 840	61,0
8. 10. „ 10. 10.	11,11	500	142 658 303	31,6
10. 10. „ 13. 10.	16,66	1 662	290 167 223	34,4
13. 10. „ 16. 10.	16,66	1 000	654 973 940	9,2
16. 10. „ 19. 10.	16,66	5 178	1 237 091 762	25,1
19. 10. „ 23. 10.	22,22	7 236	2 905 184 024	11,2
23. 10. „ 26. 10.	16,66	23 000	6 139 164 472	22,5
26. 10. „ 30. 10.	22,22	112 620	12 028 502 200	42,1
30. 10. „ 2. 11.	16,66	100 000	31 790 818 300	18,9
2. 11. „ 5. 11.	16,66	219 800	79 196 610 100	16,7
5. 11. „ 8. 11.	16,66	500 000	136 568 449 000	22,0
8. 11. „ 13. 11.	27,78	1 744 640	193 598 867 000	32,4
13. 11. „ 15. 11.	11,11	500 000	320 064 868 000	14,1
15. 11. „ 19. 11.	22,22	3 426 800	587 171 153 000	26,3
Betriebsarbeiter (verheiratet, mit 1 Kind; 1914: 27 Mk.)				
1. 10. bis 5. 10.	15,43	500	49 228 909	65,8
5. 10. „ 8. 10.	11,57	739	84 703 840	75,4
8. 10. „ 10. 10.	7,71	500	142 658 303	45,5
10. 10. „ 13. 10.	11,57	1 470	290 167 223	43,8
13. 10. „ 16. 10.	11,57	1 000	654 973 940	13,2
16. 10. „ 19. 10.	11,57	4 630	1 237 091 762	32,4
19. 10. „ 23. 10.	15,43	7 126	2 905 184 024	15,9
23. 10. „ 26. 10.	11,57	23 000	6 139 164 472	32,4
26. 10. „ 30. 10.	15,43	109 500	12 028 502 200	59,0
30. 10. „ 2. 11.	11,57	100 000	31 790 818 300	27,2
2. 11. „ 5. 11.	11,57	191 800	79 196 610 100	20,9
5. 11. „ 8. 11.	11,57	500 000	136 568 449 000	31,6
8. 11. „ 13. 11.	19,29	1 582 400	193 598 867 000	42,4
13. 11. „ 15. 11.	7,71	500 000	320 064 868 000	20,3
15. 11. „ 19. 11.	15,43	3 038 000	587 171 153 000	33,5

gelernten und ungelernten Arbeiter der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie, der gelernten Handwerker und Betriebsarbeiter der chemischen Industrie in Groß-Berlin für das Frühjahr 1914, für April und Oktober 1922, sowie für Januar 1924 zusammengestellt. Die Papiermarklöhne der Monate April und Oktober 1922 wurden durch die entsprechende Groß-Berliner Teuerungsziffer dividiert und auf diese Weise in Goldpfennig ausgedrückt; für Januar 1924 wurde in Berlin der gleiche Preisstand, soweit die von der Arbeiterschaft benötigten Lebensnotwendigkeiten in Betracht kommen, angenommen, wie für das Frühjahr 1914.

Ein Ueberblick über die Entwicklung der Stundenlöhne zeigt, daß der Stundenlohn vom Januar 1924 erheblich hinter

Beruf	Frühjahr 1914 (54 Std.)	April 1922 (48 Std.)	Oktober 1922 (48 Std.)	Januar 1924 (48 Std.)	April 1922	Okt. 1922	Januar 1924
					Frühjahr 1914 = 100		
Normaler Stundenlohn[1]) (in Goldpfennig)							
Baugewerbe							
Maurer	82	70	55,2	63	85,4	67,3	76,8
Bauhilfsarbeiter	57	67,6	52,4	56	118,6	91,9	98,2
Buchdruck							
Buchdrucker	65	53,6	45,5	56	82,5	70,0	86,2
Maschinen- und elektrotechnische Industrie							
Gelernter Arbeiter	78	65,7	55,5	61,9	84,2	71,2	79,4
Angelernter Arbeiter	74	60,6	51,4	52,0	81,9	69,5	70,3
Ungelernter Arbeiter	57	55,1	45,7	45,5	96,7	80,2	79,8
Chemische Großindustrie							
Gelernter Handwerker	72	61,1	52,8	51,2	84,7	73,3	71,1
Betriebsarbeiter	50	58,2	48,1	46,7	116,4	96,2	93,4
Normaler Wochenlohn[1]) (in Goldmark)							
Baugewerbe[2])							
Maurer	44,28	32,90	25,94	29,61	74,3	58,6	66,9
Bauhilfsarbeiter	30,78	31,77	24,63	26,32	103,2	80,0	85,5
Buchdruck							
Buchdrucker	[3])34,38	25,76	21,82	27,00	74,9	63,5	78,5
Maschinen- und elektrotechnische Industrie							
Gelernter Arbeiter	42,12	31,53	26,66	29,71	74,9	63,3	70,5
Angelernter Arbeiter	39,96	29,11	24,69	24,96	72,8	61,8	62,5
Ungelernter Arbeiter	30,78	26,47	21,93	21,84	86	71,2	71
Chemische Großindustrie							
Gelernter Handwerker	38,88	29,33	25,35	24,56	75,4	65,2	63,2
Betriebsarbeiter	27,00	27,93	23,11	22,40	103,4	85,6	83

[1]) Verheiratete mit 1 Kind. — [2]) Nach dem Kriege 47 Stunden. — [3]) 53 Stunden.

dem Friedenslohn zurücksteht. Innerhalb der einzelnen Industriezweige bestehen außerdem noch starke Unterschiede hinsichtlich des Grades des Rückgangs. Insbesondere wenn man den April und den Oktober 1922 heranzieht, erkennt man, daß diese Unterschiede wesentlich durch den Geschäftsgang der einzelnen Industriezweige (Nachfrage nach Arbeit) bedingt sind.

Wie Vergleiche mit der Bewegung der Stunden- und Wochenlöhne der aufgeführten Berufsgruppen an anderen Orten des Reichs ergeben haben, können die für Groß-Berlin gewonnenen Ergebnisse, wenigstens für die herangezogenen Industriezweige, als repräsentativ angesehen werden.

Es ist nicht ohne Interesse, den Spannen, die sich in den einzelnen Monaten zwischen den Löhnen der Gelernten und denen der Ungelernten ergeben, nachzugehen, also die sogenannte Nivellierungstendenz zu verfolgen. Im Baugewerbe

belief sich im Frühjahr 1914 der Stundenlohn des Maurers auf 82 Pfennig, der Stundenlohn des Bauhilfsarbeiters auf 57 Pfennig; die Spanne entspricht demnach dem Verhältnis von 100 zu 69,5. Für April 1922, und das gleiche gilt für die Vormonate, ist eine starke Nivellierung festzustellen; die Spanne verhält sich wie 100 zu 96,6. Im Oktober macht sich eine kleine Vergrößerung der Spanne merkbar: 100 zu 94,9. Im Januar 1924 hat sich die Spanne weiter vergrößert: 100 zu 88,9. Eine durchaus ähnliche Entwicklung ergibt sich in der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie:

Anfang 1914	100 zu 73,1,
April 1922	100 zu 83,9,
Oktober 1922	100 zu 82,3,
Januar 1924	100 zu 73,5.

Um die Vergrößerung der Spanne in der jüngsten Zeit zu erklären, scheint die Tatsache nicht ohne Bedeutung zu sein, daß der Arbeitsmarkt in den letzten Monaten insbesondere für die ungelernten Arbeiter außerordentlich ungünstig gewesen ist; es bestand eine starke Reservearmee vor allem an ungelernten Arbeitern. Allerdings ist zu erwähnen, daß in der chemischen Großindustrie die Spanne, die sich im Frieden wie 100 zu 69,4, im April 1922 hingegen wie 100 zu 95,3 stellte, im Oktober 1922 zwar größer wurde (100 zu 91,1), im Januar 1924 jedoch keine Veränderung gegen den Oktober 1922 erfuhr.

Den Wochenlöhnen vom Januar 1924 liegt noch die achtstündige Arbeitszeit zugrunde. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird in Kürze in der Mehrzahl der aufgeführten Industriezweige die Arbeitszeit erhöht und der Stundenlohn verringert werden, sofern der Preisstand der für den Arbeiter in Betracht kommenden Lebensnotwendigkeiten nicht erheblich steigt.

Bei der Betrachtung und Verwertung der Wochenlöhne ist nicht außer acht zu lassen, daß hier vollbeschäftigte Arbeiter eingesetzt worden sind. Tatsächlich war im Januar 1924 in großem Umfang Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit vorhanden. Nach der Statistik der Arbeiterverbände wurden am 31. Januar 27,7 Proz. Arbeitslose und 52,2 Proz. Kurzarbeiter gezählt.

Die Bedeutung des in der Januarwoche gezahlten Lohnes des Ungelernten (z. B. Betriebsarbeiter der chemischen Industrie) und des Gelernten (z. B. Handwerker der chemischen Industrie) für den Arbeiterhaushalt wird am besten klar, wenn man diesen Wochenlohn zu dem von Kuczynski ermittelten Existenzminimum in Beziehung setzt. Für eine Januarwoche des Jahres 1924 beziffert Kuczynski das Existenzminimum des Berliner Ehepaares mit einem (6—10jährigen) Kind auf 24,25 Mk. Demnach erreicht der Ungelernte (22,40 Mk.) dieses Existenzminimum überhaupt nicht, der Gelernte (24,56 Mk.) kaum. Es ist nicht unwichtig, von Zeit zu Zeit auf die Zusammensetzung dieses Existenzminimums, insbesondere soweit die Nahrungsmittel in Betracht kommen, hinzuweisen. Für die 10,48 Mk.,

welche das Ehepaar mit 1 Kind zur Ernährung verwendet, sind an Nahrungsmitteln eingesetzt:

6 400	g Brot	8 500	g Gemüse
750	g Roggenmehl	500	g Gefrierfleisch
750	g Graupen	375	g Speck
500	g Haferflocken	250	g Salzheringe
500	g Reis	750	g Margarine
250	g Bohnen	750	g Zucker
11 000	g Kartoffeln	3	Liter Milch

Im Zusammenhang mit diesen Ausführungen sei schließlich das Problem internationaler Vergleiche der Löhne und der Lebenshaltung berührt. Eine Darlegung der Berechnung des Reallohns bestimmter Berufe für einzelne Länder, wie sie gewöhnlich versucht wird, genügt oft nicht. Trotz gesunkenem Reallohn kann die Arbeiterschaft eines Landes oder diejenige bestimmter Produktionszweige „sich besser stehen" als eine Arbeiterschaft mit gestiegenem Reallohn, wenn nämlich am Anfang der Periode starke Verschiedenheiten in der Lohnhöhe vorhanden waren. Eine größere Klärung bringt bereits ein Verfahren, das den Wochenverdienst, den ein bestimmter Beruf in einem Lande erhält, mit den Preisen dieses Landes derart in Beziehung bringt, daß berechnet wird, wieviel Pfunde Brot oder Fleisch oder Margarine usw. der Berufstätige sich mit seinem Verdienst in dem Land kaufen kann. Für den entsprechenden Beruf des andern Landes wird dann die gleiche Rechnung an der Hand der Preise dieses Landes aufgemacht. Ein wesentlicher Fortschritt dieses Verfahrens würde dann gegeben sein, wenn der Wochenlohn nicht auf eine bestimmte Ware, sondern auf ein ganz bestimmtes Existenzminimum oder auf einen bestimmt umrissenen Normalbedarf, der in den beiden Ländern mengenmäßig als gleich angenommen wird, bezogen würde. Also: was bleibt dem deutschen Buchdrucker übrig, wenn er mit seinem Wochenlohn die Ausgaben für das Groß-Berliner Existenzminimum oder einen bestimmten anderen Normalbedarf gedeckt hat? Was bleibt dem französischen oder englischen Buchdrucker übrig, wenn er mit seinem Wochenlohn die Ausgaben für das gleiche (mengenmäßig) Existenzminimum zu Pariser oder Londoner Preisen gedeckt hat?

Existenzminimum und Löhne in Berlin.

Das Statistische Reichsamt berechnet seit drei Jahren allmonatlich — und seit April 1923 allwöchentlich — für Berlin und zahlreiche andere deutsche Städte die normalen Ausgaben einer fünfköpfigen Familie für Ernährung, Miete, Heizung und Beleuchtung. Da die Bekleidung und viele andere unabweisbare Bedürfnisse nicht einbezogen werden, bieten die Reichsindexziffern keinen genauen Maßstab für die Veränderungen in den Kosten der Lebenshaltung in den einzelnen Städten. Des-

halb berechne ich seit Anfang 1920 allmonatlich (und seit Oktober 1922 auch halbmonatlich) für Berlin unter Berücksichtigung aller lebensnotwendigen Ausgaben die Kosten des Existenzminimums für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren.

Monat	Ernährung Mk.	Wohnung Mk.	Heizung, Beleuchtung Mk.	Bekleidung Mk.	Sonstiges Mk	Ueberhaupt Mk.	1913/14 =1
August 1913/Juli 1914 . .	9,80	5,50	1,90	5,85	5,75	28,80	1
Januar . . 1920	86	8	12	70	44	220	7,7
Februar . „	100	8	13	82	51	254	8,8
März . . „	125	8	20	105	64	322	11,2
April . . „	157	9	22	112	75	375	13,0
Mai . . . „	163	9	22	98	73	365	12,7
Juni . . . „	128	9	22	84	61	304	10.6
Juli . . . „	135	9	22	77	81	324	11,3
August . . „	131	9	21	70	77	308	10,7
September „	123	9	22	70	75	299	10,4
Oktober . „	138	9	22	70	79	318	11,0
November „	136	9	22	70	79	316	11,0
Dezember „	144	9	22	70	82	327	11,3
Januar . . 1921	139	9	22	70	80	320	11,1
Februar . „	133	9	23	70	78	313	10,9
März . . „	129	9	23	63	74	298	10,3
April . . „	121	9	23	63	65	281	9,8
Mai . . . „	122	9	25	63	66	285	9,9
Juni . . . „	142	9	25	63	72	311	10,8
Juli . . . „	151	10	25	63	75	324	11,2
August . . „	156	10	25	70	78	339	11,8
September „	162	10	26	70	81	349	12,1
Oktober . „	176	10	27	84	89	386	13,4
November „	222	10	31	128	118	509	17,7
Dezember „	249	10	41	128	129	557	19,3
Januar . . 1922	257	11	43	128	109	548	19,0
Februar . „	299	11	52	140	125	627	21,8
März . . „	351	11	62	198	167	789	27,4
April . . „	417	14	74	210	200	915	31,8
Mai . . . „	444	14	86	233	218	995	34,5
Juni . . . „	466	14	96	350	269	1195	41,5
Juli . . . „	700	14	114	518	417	1763	61,2
August . . „	1091	16	154	1015	682	2958	102,7
September „	1726	16	380	1477	1115	4714	163,7
Oktober . „	2820	32	530	2306	1820	7508	260,7
November „	5934	72	1079	5149	4037	16271	565,0
Dezember „	8154	193	2084	8361	6202	24994	867,9
Januar . . 1923	13098	300	3467	11725	8577	37167	1290,5
Februar . „	32376	300	7667	22478	18218	81039	2813,8
März . . „	31957	660	11425	15108	15971	75121	2608,4
April . . „	32198	660	10346	15672	15896	74772	2596,3
Mai . . . „	45312	1010	10818	37372	27409	121921	4233,4
Juni . . . „	98579	1045	22287	73889	56782	252582	8770,2
Juli . . . „	391458	2401	85329	260750	207182	947119	32886,1
August . . „	6307538	9800	1775761	4783333	4120458	16996890	590170
September „	102,2[1]	360000	49,2[1]	110,7[1]	104,8[1]	427,3[1]	14,8[1]
Oktober . „	51561,3[1]	24,6[1]	9838,4[1]	49605.6[1]	33309,0[1]	144338,9[1]	5011,8[1]
November „	9354.3[2]	38,3[2]	1650,9[2]	5016,7[2]	4015,0[2]	20075,2[2]	697,1[2]
Dezember „	14,39	1,10	3,14	6,05	6,17	30,85	1,07
Januar . . 1924	12,47	1,10	3,02	5,60	5,55	27,74	0,96
Februar . „	10,89	1,60	2,95	5,80	5,31	26,55	0,92
März . . „	11,07	1,70	2,91	5,85	5.38	26,91	0,93
1. bis 15. Oktober . 1922	2240	25	447	1937	1487	6136	213,0
16. „ 31. „ . „	3394	39	612	2676	2150	8871	308,0
1. „ 15. November „	5321	72	835	3726	3284	13238	459,7
16. „ 30. „ „	6546	72	1324	6572	4789	19303	670,3

[1]) Millionen. — [2]) Milliarden.

Monat	Ernährung	Wohnung	Heizung, Beleuchtung	Bekleidung	Sonstiges	Ueberhaupt	
	Mk.	Mk	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	1913/14 =1
1. „ 15. Dezember 1922	7898	193	1891	8361	6057	24395	847,1
16. „ 31. „ „	8404	193	2274	8361	6347	25579	888,2
1. „ 15. Januar . . 1923	9463	300	3070	10539	7011	30383	1055,0
16. „ 31. „ . „	16658	300	3839	12911	10013	43821	1521,8
1. „ 14. Februar . „	31004	300	5679	24889	19799	81671	2835.8
15. „ 28. „ . „	33747	300	9656	20067	16580	80350	2789,9
1. „ 15. März . . „	32562	660	11425	16567	16527	77741	2699.3
16. „ 31. „ . . „	31338	660	11425	13650	15410	72483	2516 8
1. „ 15. April . . . „	31179	660	10401	13533	15059	70832	2459,5
16. „ 30. „ . . . „	33216	660	10290	17811	16734	78711	2733,0
1. „ 15. Mai . . . „	38217	1010	10290	33678	24126	107321	3726,4
16. „ 31. „ . . . „	52380	1010	11314	41067	30673	136444	4737.7
1. „ 15. Juni . . . „	77429	1045	18372	57167	44663	198676	6898,5
16. „ 30. „ . . . „	119730	1045	26202	90611	68900	306488	10642,0
1. „ 15. Juli . . . „	286900	2400	67827	180833	150629	688589	23909,4
16. „ 31. „ . . . „	494064	2400	101737	340667	262883	1201751	41727.5
1. „ 15. August . . „	3431205	9800	583440	3033333	2187911	9245689	321031
16. „ 31. „ . . „	9146037	9800	2893562	6533333	6039388	24622120	854935
1. „ 15. September „	53,5[1]	360000	7,4[1]	70[1]	39,4[1]	170,6[1]	5,9[1]
16. „ 30. „ „	271,0[1]	360000	91,0[1]	151,4[1]	169,5[1]	683,3[1]	23,7[1]
1. „ 15. Oktober . „	2733,8[1]	24,6[1]	892,7[1]	1711,1[1]	1742,7[1]	7104,9[1]	246,7[1]
16. „ 31. „ . „	99293,6[1]	24,6[1]	18224,9[1]	87500[1]	61512,9[1]	266556,0[1]	9255,4[1]
1. „ 15. November „	2206,3[2]	27,5[2]	431,9[2]	933,3[2]	899,8[2]	4498,8[2]	156,2[2]
16. „ 30. „ „	16502,3[2]	49[2]	2870[2]	9100[2]	7130,3[2]	35651,6[2]	1237,9[2]
1. „ 15. Dezember „	15,60	1,10	3,18	6,55	6,61	33,04	1,15
16. „ 31. „ „	13,18	1,10	3,10	5,60	5,75	28,73	1,00
1. „ 15. Januar . . 1924	12,99	1,10	3,06	5,60	5,69	28 44	0,99
16. „ 31. „ . . „	11,91	1,10	2,99	5,60	5,40	27,00	0,94
1. „ 15. Februar . „	10,88	1,60	2,95	5,70	5,28	26,41	0,92
16. „ 29. „ . „	10,95	1,60	2,95	5,85	5,34	26,69	0.93
1. „ 15. März . . „	10,99	1,70	2,92	5,85	5,36	26,82	0.93
16. „ 31. „ . . „	11,15	1,70	2,91	5,85	5,40	27,01	0,94

[1]) Millionen. — [2]) Milliarden.

* * *

Das Statistische Reichsamt hat im Februar 1920 eine umfangreiche Lohnerhebung veranstaltet. Eine Wiederholung ist vor allem an dem Widerstand der Arbeitgeber gescheitert. Will man daher die Veränderungen in den Löhnen kennen lernen, so muß man die zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften vereinbarten Tarifverträge studieren.

Ich werde nun hier zunächst die Entwicklung der Löhne der Berliner Maurer und Buchdrucker zeigen und sie mit den Kosten des Existenzminimums für eine vierköpfige Familie vergleichen.

Der tarifliche Wochenlohn der Berliner Maurer — den ich unter Berücksichtigung der für die einzelnen Monate vereinbarten Arbeitszeit durch Multiplikation des Stundenlohnes der Vorkriegszeit mit 51, der Nachkriegszeit mit 46 errechne — ist von 41,82 Mk. im Juli 1914 auf 29,64 Mk. im März 1924, d. h. um 29,1 Proz. gesunken, während die Kosten des wöchentlichen Existenzminimums für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren gleichzeitig um nur 6,6 Proz. gefallen sind. Vor dem Kriege war der tarifliche Wochenlohn um 45 Proz. höher als das Existenzminimum. Im Jahre 1920 war er um 13 Proz. niedriger, im Jahre 1921 um 4 Proz. höher,

Monat	Für ein Ehepaar mit 2 Kindern wöchentlich					
	Existenz-minimum		Lohn Maurer		Buchdrucker	
	Mk.	1914 = 1	Mk.	1914 = 1	Mk.	1914 = 1
1913/14 . . .	28,80	1	41,82	1	34,38	1
1920						
Januar . . .	220	7,7	157,96	3,8	160,50	4,7
Februar . .	254	8,8	185,09	4,4	160,50	4,7
März	322	11,2	204,70	4,9	160,50	4,7
April	375	13,0	253,35	6,1	160,50	4,7
Mai	365	12,7	265,03	6,3	210,50	6,1
Juni	304	10,6	299,—	7,1	235,50	6,8
Juli	324	11,3	312,80	7,5	248,83	7,2
August . . .	308	10,7	312,80	7,5	250,50	7,3
September .	299	10,4	312,80	7,5	250,50	7,3
Oktober . .	318	11,0	312,80	7,5	250,50	7,3
November .	316	11,0	312,80	7,5	270,50	7,9
Dezember .	327	11,3	312,80	7,5	270,50	7,9
1921						
Januar . . .	320	11,1	312,80	7,5	270,50	7,9
Februar . .	313	10,9	322,86	7,7	285,50	8,3
März	298	10,3	324,30	7,7	285,50	8,3
April	281	9,8	324,30	7,7	285,50	8,3
Mai	285	9,9	324,30	7,7	285,50	8,3
Juni	311	10,8	324,30	7,7	285,50	8,3
Juli	324	11,2	332,79	8,0	285,50	8,3
August . . .	339	11,8	356,24	8,5	295,88	8,6
September .	349	12,1	377,38	9,0	321,26	9,3
Oktober . .	386	13,4	427,80	10,2	393,88	11,5
November .	509	17,7	458,14	11,0	418,—	12,2
Dezember .	557	19,3	547,31	13,1	533,56	15,5
1922						
Januar . . .	548	19,0	586,06	14,0	553,—	16,1
Februar . .	627	21,8	621,—	14,8	613,—	17,8
März	789	27,4	715,56	17,1	642,63	18,7
April	915	31,8	966,—	23,1	773,—	22,5
Mai	995	34,5	1196,—	28,6	933,—	27,1
Juni	1195	41,5	1472,—	35,2	1093,—	31,8
Juli	1763	61,2	1692,—	40,5	1393,—	40,5
August . . .	2958	102,7	2008,67	48,0	1638,19	47,6
September .	4714	163,7	3552,62	85,0	2622,23	76,3
Oktober . .	7508	260,7	5052,92	120,8	4345,31	126,4
November .	16271	565,0	7985,60	191,0	7337,24	213,4
Dezember .	24994	867,9	14950,—	357,5	12773,—	371,5
1923						
Januar . . .	37167	1290,5	22572,—	537,7	20769,—	604,1
Februar . .	81039	2813,8	48300,—	1154,9	43125,—	1254,4
März	75121	2608,4	69283,—	1656,7	69606,—	2024,6
April	74772	2596,3	78660,—	1880,9	72141,—	2098,3
Mai	121921	4233,4	89634	2143,3	86350	2511,6
Juni	252582	8770,2	185344	4431,9	199690	5808,3
1.—15. Juli .	688589	23909,4	536443	12829,8	441000	12827,2
16.—31. „ .	1201751	41727,5	1077852	25773,6	925714	26926,0

Monat	Für ein Ehepaar mit 2 Kindern wöchentlich					
	Existenzminimum		Lohn Maurer		Lohn Buchdrucker	
	Mk.	1914 = 1	Mk.	1914 = 1	Mk.	1914 = 1
1.—15. Aug.	9245689	321031	6203813	148346	6534615	190070
16.—31. „	24622120	854935	42569207	1017915	39784143	1157189
1.—15. Sept.	170,6 *)	5924323	131,8 *)	3151129	100,2 *)	2913143
16.—30. „	683,3 *)	23,7 *)	998,2 *)	23,9 *)	675 *)	19,6 *)
1.—15. Okt.	7104,9 *)	246,7 *)	8040,4 *)	192,2 *)	7269,2 *)	211,4 *)
16.—31. „	266556,0 *)	9255,4 *)	334213,7 *)	7991,7 *)	320000 *)	9307,8 *)
1.—15. Nov.	4498,8 †)	156,2 †)	5789,6 †)	138,4 †)	4415,4 †)	128,4 †)
16.—30. „	35651,6 †)	1237,9 †)	28116,0 †)	672,3 †)	24200 †)	703,9 †)
1.—15. Dez.	33,04	1,15	32,44	0,78	27,—	0,79
16.—31. „	28,73	1,00	32,44	0,78	27,—	0,79
1924						
Januar . . .	27,74	0,96	29,20	0,70	27,—	0,79
Februar . .	26,55	0,92	29,20	0,70	27,—	0,79
März	26,91	0,93	29,64	0,71	27,23	0,79

*) Millionen. — †) Milliarden.

im ersten Halbjahr 1922 um 10 Proz. höher, im dritten Vierteljahr 1922 um 23 Proz. niedriger, im vierten Vierteljahr um 43 Proz. niedriger, im ersten Vierteljahr 1923 um 28 Proz., im zweiten Vierteljahr um 21 Proz. niedriger. In der Folgezeit waren die Schwankungen so toll, daß sich Durchschnittsberechnungen nicht empfehlen: in der ersten Augusthälfte war der Tariflohn der Maurer um 33 Proz. niedriger, in der zweiten Augusthälfte um 73 Proz. höher, in der ersten Septemberhälfte um 23 Proz. niedriger, in der zweiten Septemberhälfte um 46 Proz. höher als das Existenzminimum! Ein klares Verhältnis zwischen Lohn und Lebenshaltungskosten herrschte erst wieder gegen Jahresschluß. Im ersten Vierteljahr 1924 war der Tariflohn der Maurer um 8 Proz. höher als das Existenzminimum.

Der tarifliche Wochenlohn der verheirateten Buchdrucker über 24 Jahre — die Buchdrucker erhalten eine Ehestandszulage, aber ebensowenig wie die Maurer Kinderzulagen — ist in Berlin von 34,38 Mk. im Juli 1914 auf 27,23 Mk. im März 1924, d. h. um 20,8 Proz. gesunken. Vor dem Kriege war er um 19 Proz. höher als das Existenzminimum. Im Jahre 1920 war er um 30 Proz. niedriger, im Jahre 1921 um 8 Proz., im ersten Halbjahr 1922 um 9 Proz., im dritten Vierteljahr um 40 Proz., im vierten Vierteljahr um 50 Proz., im ersten Vierteljahr 1923 um 31 Proz., im zweiten Vierteljahr um 20 Proz. niedriger. Dann folgte ein ähnliches Tohuwabohu wie bei den Maurern. Im ersten Vierteljahr 1924 entsprach der Tariflohn der Buchdrucker genau dem Existenzminimum. (Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt jetzt in zahlreichen Betrieben, wie vor dem Kriege, 53 Stunden, während

sie von Kriegsende bis Anfang 1924 48 Stunden nicht überschritt.)

Im März 1924 verdienten die Maurer 110 Proz., die Buchdrucker 101 Proz. des Existenzminimums einer vierköpfigen Familie. Da die Maurer vor dem Kriege 145 Proz., die Buchdrucker 119 Proz. dieses Existenzminimums verdienten, ist der Reallohn der Maurer auf 76 Proz., der der Buchdrucker auf 85 Proz. gesunken.

Der Durchschnittslohn der Berliner Arbeiter, der sich, wie gesagt, mangels einer umfassenden Statistik nicht genau angeben läßt, ist sicher viel niedriger als der Tariflohn der Maurer und wohl auch etwas niedriger als der Tariflohn der Buchdrucker. Dann wäre also der Durchschnittslohn der vollbeschäftigten Berliner Arbeiter jetzt bestenfalls so hoch wie die Kosten des Existenzminimums einer vierköpfigen Familie.

* * *

Zur Ergänzung der vorstehenden Uebersicht der Lohnentwicklung in einigen Arbeiterberufen will ich nunmehr versuchen, in gleicher Weise die Gehaltsentwicklung der Berliner Bankangestellten seit dem am 1. Februar 1920 von den Banken in Kraft gesetzten Tarif bis zur Gegenwart zu zeigen und sie — unter Heranziehung der vom Statistischen Reichsamt für 1913 ermittelten Durchschnittsgehälter — mit den jeweiligen Kosten des Existenzminimums zu vergleichen.

Das Jahreseinkommen der verheirateten Bankgehilfen (Gruppe I) mit zwei Kindern ist in Berlin von 2165 Mk. in der Vorkriegszeit auf 2462 Mk. im März 1924, d. h. um 13,7 Proz. gestiegen, während die Kosten des Existenzminimums gleichzeitig um 6,6 Proz. gesunken sind. Im Jahre 1913 war das durchschnittliche Einkommen der Bankgehilfen um 44 Proz. höher als das Existenzminimum. Im Jahre 1920 (Februar bis Dezember) war ihr Tarifeinkommen um 14 Proz. niedriger als das Existenzminimum, im Jahre 1921 um 28 Proz. höher, im ersten Halbjahr 1922 um 18 Proz. höher, im dritten Vierteljahr 1922 um 2 Proz. niedriger, im vierten Vierteljahr um 21 Proz. niedriger, im ersten Vierteljahr 1923 ebenso hoch, im zweiten Vierteljahr um 32 Proz. höher, im Juli um 133 Proz., im August um 5 Proz., im September um 72 Proz. höher, im Oktober um 35 Proz. niedriger, im November um 5 Proz. niedriger, im Dezember um 22 Proz. höher und im ersten Vierteljahr 1924 um 53 Proz. höher.

Das Jahreseinkommen der verheirateten Bankangestellten für einfachere Arbeiten (Gruppe II) mit zwei Kindern ist von 3210 Mk. in der Vorkriegszeit auf 2799 Mark im März 1924, d. h. um 12,8 Proz. gesunken; die Entwicklung verlief also ganz anders als für die Bankgehilfen. Im Jahre 1913 war das durchschnittliche Einkommen dieser Bankangestellten um 114 Proz. höher als das Existenzminimum. Im Jahre 1920 war ihr Tarifeinkommen um

4 Proz. niedriger als das Existenzminimum, im Jahre 1921 um 41 Proz. höher, im ersten Halbjahr 1922 um 24 Proz. höher, im dritten Vierteljahr 1922 um 4 Proz. höher, im vierten Vierteljahr um 16 Proz. niedriger, im ersten Vierteljahr 1923 um 6 Proz. höher, im zweiten Vierteljahr um 41 Proz., im Juli um 152 Proz., im August um 13 Proz., im September um 103 Proz. höher, im Oktober um 20 Proz. niedriger, im November um 17 Proz. höher, im Dezember um 42 Proz. höher und im ersten Vierteljahr 1924 um 82 Proz. höher.

Monat	Für ein Ehepaar mit 2 Kindern jährlich							
	Existenzminimum		Einkommen der Bankangestellten					
			Gruppe I		Gruppe II		Gruppe III	
	Mk.	1913/14 = 1	Mk.	1913 = 1	Mk.	1913 = 1	Mk.	1913 = 1
1913/14 . .	1500	1	2165	1	3210	1	3525	1
1920								
Januar . .	11500	7,7	.	.	.	.	.	.
Februar . .	13250	8,8	12500	5,8	14000	4,4	14500	4,1
März . . .	16750	11,2	12500	5,8	14000	4,4	14500	4,1
April . . .	19550	13,0	12700	5,9	14200	4,4	14700	4,2
Mai	19000	12,7	12700	5,9	14200	4,4	14700	4,2
Juni	15850	10,6	12700	5,9	14200	4,4	14700	4,2
Juli	16900	11,3	12700	5,9	14200	4,4	14700	4,2
August . .	16050	10,7	16200	7,5	18120	5,6	18620	5,3
September	15550	10,4	16200	7,5	18120	5,6	18620	5,3
Oktober .	16550	11,0	16200	7,5	18120	5,6	18620	5,3
November	16450	11,0	16200	7,5	18120	5,6	18620	5,3
Dezember	17050	11,3	16200	7,5	18120	5,6	18620	5,3
1921								
Januar . .	16700	11,1	19944	9,2	22248	6,9	22848	6,5
Februar .	16350	10,9	19944	9,2	22248	6,9	22848	6,5
März . . .	15550	10,3	19944	9,2	22248	6,9	22848	6,5
April . . .	14650	9,8	19944	9,2	22248	6,9	22848	6,5
Mai	14850	9,9	19944	9,2	22248	6,9	22848	6,5
Juni	16250	10,8	19944	9,2	22248	6,9	22848	6,5
Juli	16900	11,2	27704	12,8	30008	9,3	30608	8,7
August . .	17700	11,8	27704	12,8	30008	9,3	30608	8,7
September	18200	12,1	27704	12,8	30008	9,3	30608	8,7
Oktober .	20150	13,4	27704	12,8	30008	9,3	30608	8,7
November	26550	17,7	27704	12,8	30008	9,3	30608	8,7
Dezember	29050	19,3	27704	12,8	30008	9,3	30608	8,7
1922								
Januar . .	28600	19,0	39184	18,1	41488	12,9	42088	11,9
Februar .	32700	21,8	43384	20,0	45688	14,2	46288	13,1
März . . .	41200	27,4	46984	21,7	49288	15,4	49888	14,2
April . . .	47700	31,8	58804	27,2	61757	19,2	62522	17,7
Mai	51900	34,5	58804	27,2	61757	19,2	62522	17,7
Juni	62350	41,5	64358	29,7	67691	21,1	68554	19,4
Juli	91950	61,2	90577	41,8	94997	29,6	96137	27,3
August . .	154350	102,7	176373	81,5	185121	57,7	187389	53,2
September	245850	163,7	217236	100,3	230312	71,7	233695	66,3
Oktober .	391650	260,7	370993	171,4	394295	122,8	400321	113,6

Monat	Für ein Ehepaar mit 2 Kindern jährlich							
	Existenzminimum		Einkommen der Bankangestellten					
			Gruppe I		Gruppe II		Gruppe III	
	Mk.	1913/14 = 1	Mk.	1913 = 1	Mk.	1913 = 1	Mk.	1913 = 1
November	848800	565,0	612528	282.9	649296	202,3	658822	186,9
Dezember	1303900	867,9	1039081	479,9	1093474	340,6	1107549	314,2
1923								
Januar . .	1938900	1290,5	1653060	763,5	1750992	545,5	1874640	531,8
Februar .	4227600	2813,8	3833712	1770,8	4064820	1266,3	4358424	1236,4
März . . .	3918850	2608,4	4607444	2128.1	4874062	1518,4	5212770	1478,8
April . . .	3900600	2596,3	4745919	2192.1	5019856	1563,8	5370434	1523,5
Mai	6360200	4233.4	7808718	3606 8	8362052	2605,0	9048184	2566,9
Juni	13176350	8770.2	18346114	8474,0	19689920	6133,9	21356271	6058,5
Juli	49408050	32886,1	115,4[1]	53284,5	124,4[1]	38745,3	135.5[1]	38450,4
August . .	886,7[1]	590170	930,4[1]	429740	1003,0[1]	312468	1093,1[1]	310097
September	22291,4[1]	14,8[1]	38391.6[1]	17.8[1]	46552,3[1]	14,5[1]	54935,8[1]	15,6[1]
Oktober .	7529,7[2]	5011,8[1]	4930,5[2]	2272,8[1]	6058,4[2]	1887,3[1]	7190,3[2]	2039,8[1]
November	1047256[2]	697,1[2]	996777[2]	460.4[2]	1224823[2]	381,6[2]	1453666[2]	412,4[2]
Dezember	1 609	1,07	1 969	0,82	2 484	0,71	2 600	0,74
1924								
Januar. . .	1 447	0,96	2 011	0,93	2 448	0,76	2 906	0,8[2]
Februar . .	1 385	0,92	2 011	0,93	2 448	0,76	2 906	0,8[2]
März. . . .	1 404	0,93	2 462	1,14	2 799	0,87	3 257	0,9[2]

[1]) Millionen. — [2]) Milliarden.

Zur Erläuterung sei bemerkt:

Die Kosten des Existenzminimums beziehen sich auf ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren, die Gehälter auf verheiratete Bankgehilfen bzw. Bankangestellte im 10. Berufsjahr mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren. (Im Bankgewerbe werden sowohl Haushaltszulagen als auch Kinderzulagen gegeben.)

Gruppe I umfaßt die Bankgehilfen, d. h. Expedienten, Registratoren, Kuponzähler (ab 1. April 1922 auch Geldzähler), Wechselkopisten, Gehilfen der Tresorbeamten und Hilfsarbeiter in anderen Abteilungen, sowie Angestellte ohne banktechnische oder eine der banktechnischen gleichwertige kaufmännische Vorbildung (ab 1. Juli 1921 auch Kassenboten, Bankdiener und Bureaudiener, soweit diese Angestellten überwiegend kaufmännische Tätigkeit verrichten).

Gruppe II umfaßt Bankangestellte mit banktechnischer oder einer der banktechnischen gleichwertigen kaufmännischen Vorbildung für einfachere Arbeiten.

Gruppe III umfaßt Bankangestellte mit banktechnischer oder einer der banktechnischen gleichwertigen kaufmännischen Vorbildung für höhere Arbeiten als in Gruppe II.

Für 1913 sind die vom Statistischen Reichsamt ermittelten Durchschnittsgehälter eingesetzt worden.

Die Weihnachtsgratifikation vom Dezember 1922 ist in der Weise berücksichtigt worden, daß für jeden Monat von Juli bis Dezember ein Zuschlag von 8 Proz. eingesetzt worden ist. Im übrigen sind die Nachzahlungen und Gratifikationen, ohne der Geldentwertung Rechnung zu tragen, anteilig den Monaten gutgeschrieben worden, für die sie bestimmt waren; dadurch erscheint das Einkommen teilweise höher, als es tatsächlich war.

Das Jahreseinkommen der verheirateten Bankangestellten für schwierigere Arbeiten (Gruppe III) mit zwei Kindern ist von 3525 Mk. in der Vorkriegszeit auf 3257 Mk. im März 1924, d. h. um 7,6 Proz. gesunken, also weniger als das Einkommen der Bankangestellten für einfachere Arbeiten. Im Jahre 1913 war ihr durchschnittliches Einkommen um 135 Proz. höher als das Existenzminimum. Im Jahre 1920 war ihr Tarifeinkommen um 1 Proz. niedriger als das Existenzminimum, im Jahre 1921 um 44 Proz. höher, im ersten Halbjahr 1922 um 25 Proz. höher, im dritten Vierteljahr 1922 um 5 Proz. höher, im vierten Vierteljahr um 15 Proz. niedriger, im ersten Vierteljahr 1923 um 13 Proz. höher, im zweiten Vierteljahr um 53 Proz., im Juli um 174 Proz., im August um 24 Proz., im September um 146 Proz. höher, im Oktober um 5 Proz. niedriger, im November um 39 Proz. höher, im Dezember um 62 Proz. höher und im ersten Vierteljahr 1924 um 114 Proz. höher.

Im März 1924 verdienten die Bankgehilfen 175 Proz., die Bankangestellten für einfachere Arbeiten 199 Proz. und die Bankangestellten für schwierigere Arbeiten 232 Proz. des Existenzminimums. Da die Bankgehilfen vor dem Kriege 144 Proz., die Bankangestellten für einfachere Arbeiten 214 Proz. und die Bankangestellten für schwierigere Arbeiten 235 Proz. des Existenzminimums verdienten, ist das Realeinkommen der Bankgehilfen auf 122 Proz. gestiegen und das der Angestellten für einfachere bzw. schwierigere Arbeiten auf 93 bzw. 99 Proz. gesunken.

In jüngster Zeit war die Gestaltung des Einkommens für die Bankangestellten und namentlich für die Bankgehilfen erheblich günstiger als für die Maurer und die Buchdrucker.

Kulturfeindliche Finanzpolitik.

Von Lujo Brentano, Professor an der Universität München.

Die Markentwertung hat die geistige Isolierung Deutschlands zur Folge gehabt. Wer vermag noch Bücher, Zeitschriften, Zeitungen aus dem Ausland zu beziehen, wenn er, wie am 4. Januar 1923, 1 Pfund mit 37 425 Mk., 1 französischen Franken mit 570 Mk., 1 Schweizer Franken mit 1512 Mk., 1 Lire mit 410 Mk., 1 Dollar mit 8000 Mk. bezahlen soll. Deutschland ist der Zugang zum geistigen Leben der übrigen Völker so gut wie versperrt, und umgekehrt hat der Valutazuschlag zu dem einheimischen Preise deutscher Bücher, der bei der Ausfuhr deutscher Bücher ins Ausland erhoben wird, zur Folge gehabt, auch das deutsche Buch vom ausländischen Büchermarkt und damit den einzigen Einfluß, den Deutschland in der Welt noch ausüben könnte, zu verdrängen. Aber noch weit schlimmer ist es, daß die kulturfeindliche Finanzpolitik unserer Verkehrsbehörden auch den inneren geistigen Zusammenhang der Deutschen bedroht. Das Jahr 1922 hat fortlaufende Tarif-

erhöhungen bei Post und Eisenbahnen gesehen, und noch haben wir uns nicht davon erholt, daß wir für einen Brief im Ortsverkehr 10 Mk., im Fernverkehr 25 Mk. bezahlen müssen, so wird uns eine Verdoppelung dieser Sätze ab 15. Januar in Aussicht gestellt. 50 Mk. für einen Brief bis zu 20 Gramm Gewicht innerhalb Deutschlands! Und was die Eisenbahn angeht, so kostet beispielsweise ab 1. Januar die Fahrt von München nach Berlin dritter Klasse mit Schnellzugszuschlag 4300 Mk., in zweiter 8500 Mk. Bei diesen Tariferhöhungen hat man nicht, wie bei denen für Brief- und Paketsendungen ins Ausland, die Entschuldigung, daß die Markentwertung angesichts dessen, was die deutsche Postverwaltung bei deutschen Sendungen ins Ausland an Entschädigung an die ausländischen Verwaltungen zu zahlen habe, dazu nötige. Es soll nichts dagegen gesagt werden, daß die Tarife für Sendungen ins Ausland entsprechend der Markentwertung erhöht werden. Für Inlandsendungen kann nicht vorgebracht werden, daß jede Steigerung des Verkehrs die Kosten der Verwaltung entsprechend dem Sinken des Markwerts erhöht; im Gegenteil. Hier dient die Erhöhung der Gebühren bei der Post nur dazu, die Unterstützung zu decken, die wir in der Form von Beschäftigung eines sehr viel größeren Personals wie vor dem Kriege solchen — aber mitunter auch anderen — zuteil werden lassen, die durch den Krieg erwerbslos geworden sind, und bei der Eisenbahn zur Deckung der gestiegenen Kohlenpreise und der Kosten ihrer Wirkung — des Sparens an Kohle, der damit eingetretenen Verlangsamung des Verkehrs und der als Folge dieser eingetretenen Notwendigkeit, ein größeres Personal einzustellen.

Nun ist kein Zweifel, daß die Kosten unseres Post- und Eisenbahnbetriebs gedeckt werden müssen. Auch bin ich der letzte, der Erwerbslose ohne Unterstützung zu lassen bereit wäre. Aber ist es nötig, daß jene Deckung in der für das Kulturleben der deutschen Nation schädlichsten Weise erfolge? Ist es rationell, die Last der Unterstützung von Hunderttausenden, indem man sie in Verwaltungszweige einstellt, in denen sie an sich nicht benötigt wären, gerade denen aufzuerlegen, die dadurch in Gefahr kommen, selbst erwerbslos zu werden? Denn, um zunächst von den Postgebühren zu reden, wer ist es, den deren Erhöhung vor allem trifft? Das ist nicht der große Geschäftsmann. Unter seinen Spesen spielt das Porto keine so große Rolle, daß er sie nicht durch Zuschlag auf seine Preise, ohne selbst Schaden zu leiden, decken könnte, und in den Städten mehrt sich selbst bei kleineren Geschäftsleuten die Zahl derer, die auf dem Wege der Selbstbestellung durch Boten die Tariferhöhungen umgehen. Auch der Arbeiter wird durch die Erhöhung der Postgebühren nur wenig berührt, denn er macht von der Post nur wenig Gebrauch. Wer durch die Erhöhung bedrückt wird, ist der „notleidende Mittelstand". Aber wer ist dies heute? Das Wort ist ein alter Bekannter aus der Zeit

schon vor dem Kriege. Aber damals war der notleidende Mittelstand etwas ganz anderes wie heute. Damals war es der hochverschuldete Bauer und der städtische Handwerker, der sich gegenüber der überlegenen Technik des gewerblichen Großbetriebs nur schwer halten konnte. Diese beiden Erwerbsstände sind heute nicht notleidend. Schon während des Krieges haben die hochgestiegenen Frucht- und Viehpreise dem Bauern die Heimzahlung seiner Schulden ermöglicht, und er hat sich seit unvordenklicher Zeit nicht so wohl befunden wie heute. Der städtische Handwerker beweist uns täglich, welche Macht in seiner Hand liegt, sich durch Preissteigerung seiner Waren für das schadlos zu halten, was ihm der Bauer mehr abverlangt. Und ebensowenig werden die beiden Erwerbsstände durch Tariferhöhungen von Post und Eisenbahnen heute empfindlich berührt. Der Bauer pflegt mit der Post nicht mehr Berührung wie der Arbeiter zu haben; die Tariferhöhungen der Eisenbahnen deckt er leicht durch die Preiserhöhung seiner Produkte, die ihm die heutige Beschränkung des Marktes gestattet. Noch mehr aber gilt dies vom städtischen Handwerker. Er hat geradezu Vorteil von den Tariferhöhungen von Post wie Eisenbahn. Haben sie doch die Tendenz, den Kulturfortschritt, den die modernen Verkehrsmittel in der örtlichen Ausgleichung der Preise gebracht haben, wieder zu vernichten. Wer vermag noch bei den heute so sehr erhöhten Paketbeförderungsgebühren und Eisenbahnfrachten sich eine Ware, die er, falls er an seinem Wohnort überfordert wurde, ehedem von anderswoher billiger beziehen konnte, von dort zu beschaffen! Das frühere rechtliche Monopol der Zünfte, das außer zu Messezeiten die Einfuhr gewerblicher Produkte aus einer anderen Stadt verbot, ist durch die Tariferhöhungen tatsächlich wiederhergestellt. Auch wagen die beiden genannten Erwerbsstände sich heute nicht mehr als den notleidenden Mittelstand hinzustellen; würden sie es tun, um Ansprüche auf Minderung der Getreideumlagen oder Erhöhung der Warenpreise zu begründen, so würden sie sich hinter die Notlage eben derjenigen Angehörigen des Mittelstands verstecken, welche selbst die Opfer ihrer gesteigerten Forderungen sind: denn der Mittelstand, der heute notleidend ist, sind die durch die hochgetriebenen Lebensmittel- und Warenpreise vom Elend bedrohten geistigen Arbeiter und kleinen Rentner.

Die letzteren kommen für unsere Frage weniger in Betracht, um so mehr die geistigen Arbeiter aller Art: Die Not, in der sie sich heute befinden, ist offenkundig. Es ist erschütternd zu lesen, wie die deutsche Schriftstellerwelt heute unter dem Rückgang der Nachfrage nach ihrer Arbeit infolge der gesteigerten Papier- und Druckkosten leidet. Wenn eine Neuauflage von Meyers Konversationslexikon heute nicht möglich ist, weil die Herstellung auch nur eines Bandes 50 bis 60 Mill. Mark kosten würde, so bedeutet dies allein für Tausende ausgezeichneter wissenschaftlicher Arbeiter eine schmerzliche

Verringerung ihrer Einnahmen; und wenn ein Romanband heute nicht unter 1000 Mk. geliefert werden kann, so bedeutet dies den Tod der jungen Literatur. Und nun sollen gerade die literarischen Kreise noch für das Defizit unserer Verkehrsanstalten aufkommen! Denn sie sind es, welche die geplanten Gebührenerhöhungen in einem geradezu existenzvernichtenden Maße treffen werden. Schon heute vermögen viele geistige Arbeiter das Porto ihrer Postsendungen nur unter Schmälerung ihres Lebensunterhalts zu decken und nur unter den größten Opfern den persönlichen Verkehr mit denen aufrechtzuerhalten, ohne deren Anregung ihre Produktivkraft vertrocknen würde. Was soll aus Deutschland werden, wenn durch neue Gebührenerhöhungen der schriftliche und persönliche Verkehr unter denen, die der Träger seines Geisteslebens und seiner sich über die Gemeinheit von Sonderbestrebungen erhebenden idealen Ziele sind, aufhört?

Es ist für rein wirtschaftliche Betriebe gewiß erstes Erfordernis, daß ihre Einnahmen ihre Ausgaben decken. Aber nicht alle Betriebe sind rein wirtschaftlichen Charakters, und nicht alle Kosten unseres Post- und Eisenbahnbetriebs sind durch deren wirtschaftliche Natur veranlaßt. So erwarten die Kultusministerien ihre Deckung dessen, was sie für die Volksbildung verausgaben, nicht allein durch Schulgelder; sie erwarten, daß ihre Ausgaben zu einer solchen Steigerung der Leistungsfähigkeit der Nation führen, daß das Defizit, das sie der Staatswirtschaft verursachen, durch erhöhte Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft mehr als wettgemacht wird. Die Not der Wissenschaft und anderer geistiger Arbeit ist chronischer Gegenstand der Beratung unserer parlamentarischen Körperschaften; aber ist es nicht sich selbst widersprechend, mit der einen Hand trotz allem unzureichende Millionen zu ihrer Unterstützung zu bewilligen und mit der anderen jedem einzelnen zu nehmen, was zum Fortbestand seines Wirkens nicht entbehrt werden kann? Und sind wir uns nicht alle bewußt, daß wir ohne Steigerung unserer Produktion uns aus der Tiefe, in die wir gesunken sind, nicht zu erheben vermögen? Wie aber soll dies möglich sein, wenn wir durch Verteuerung sowohl des Bezugs der unentbehrlichen Produktionsmittel als auch der Absatzkosten mittels Steigerung der Frachttarife unsere Produktion lahmlegen! Einst waren unsere Post und Eisenbahn produktive Betriebe. Was sie zu Defizitbetrieben gemacht hat, ist nicht die Steigerung von Kosten, die mit ihrer Natur etwas zu tun haben; es sind soziale und politische Ursachen, die zu der Defizitwirtschaft geführt haben. Man beschränke ihre Ausgaben wieder auf die, welche für ihren technischen Betrieb unentbehrlich sind, und sie werden wieder Ueberschüsse abwerfen wie früher, und man sorge für die, welche durch diese ökonomisch gebotene Reform erwerbslos werden, auf anderem Wege.

Die Not der geistigen Arbeiter in Deutschland.

Von Max Prager, München.

In früheren Inflationsperioden waren die Hauptleidtragenden die Handarbeiter. Nicht oder nicht genügend organisiert, waren sie unfähig, ihre Löhne im gleichen Tempo und im selben Maße zu steigern, wie die Warenverkäufer die Preise der unentbehrlichsten Bedarfsgüter in die Höhe setzten. In der Inflationsperiode, die wir gegenwärtig (April 1923) durchleben, sind die Hauptleidtragenden die geistigen Arbeiter. Nach Herkunft und Beruf überwiegend individualistisch gestimmt, widerstrebten sie bis vor kurzem gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Zusammenschluß zur Förderung ihrer Gemeinschaftsinteressen. Dieses Widerstreben mochte bei vielen Ausfluß jener hohen Gesinnung sein, die schon Aristoteles zwischen liberaler und banausischer Berufsausübung unterscheiden ließ. Bei der Mehrzahl war sie nur der Ausfluß individualistischer Denkungsweise. Man zog auch im „freien" Beruf die Abhängigkeit vom Brotgeber, namentlich vom Staat als Brotgeber, vor. Heute, wo die Not der Stunde das Umlernen der geistigen Arbeiter in dieser Hinsicht fördert, kommt die bessere Einsicht bei allen Kategorien zum Durchbruch, aber leider viel zu spät. Der leidenschaftliche Streit darüber, ob sich für eine Organisation geistiger Arbeiter der Name „Gewerkschaft" schickt, und ob Streik und Boykott ihrer würdige Kampfmittel sind, hat heute längst keinen rechten Sinn mehr. Selbst die beste Organisation und der vollendetste Zusammenschluß vermögen die Not der geistigen Arbeiter nicht mehr zu beseitigen, kaum noch zu lindern.

Die Not der geistigen Arbeiter entspringt aus dem Rückgang der Aufnahmefähigkeit des Marktes für ihre Erzeugnisse. Was diesen Rückgang anscheinend unaufhaltsam macht, ist dieses: Stand schon die alte Herrenschicht der Großgrundbesitzer und des kapitalistischen Großunternehmertums allem Geistigen vielfach fremd und gleichgültig gegenüber, so ist dies bei der auf dem Sumpfboden der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft herangewachsenen Schicht der Neureichen erst recht der Fall. Die große Masse der Handarbeiter aber war schon vor Ausbruch des Kriegs nicht so gelöhnt, daß im Budget des durchschnittlichen Arbeiterhaushalts für die Befriedigung von Kulturbedürfnissen ein Erhebliches übriggeblieben wäre. Heute vollends ist die Lage so, daß der Arbeiter, selbst wenn er Kulturbedürfnisse besitzt, schlechterdings nicht in der Lage ist, sie zu befriedigen. Man hat in den letzten Jahren oft die Behauptung hören können, die deutschen Handarbeiter hätten ihre Lebenshaltung gegen die Vorkriegszeit nicht oder doch nicht wesentlich verschlechtert. Dies ist nicht wahr. Der Reallohn des gelernten deutschen Handarbeiters beträgt heute

nur mehr etwa die Hälfte dessen, was er vor dem Krieg betrug. Auch der deutsche Arbeiter wohnt, ißt, kleidet sich, kurz: lebt viel schlechter, als er es vor Ausbruch des Krieges gewohnt war. Der Eindruck der Unbeweglichkeit der proletarischen Lebenshaltung entsteht nur dadurch, daß diejenige des sogenannten Mittelstands sich dem proletarischen Niveau im Geschwindschritt nähert. Um dies nur an zwei Beispielen zu veranschaulichen: Das Einkommen der höheren Beamten im Reichsdienst, das 1913 noch das Siebenfache des Lohns eines ungelernten Arbeiters betragen hat, beträgt heute nicht mehr das Doppelte davon, und bei Tarifverhandlungen der letzten Zeit hatten die Redakteure wiederholt um die Anerkennung des Grundsatzes zu kämpfen, daß der geistige Arbeiter wenigstens nicht schlechter bezahlt werden solle als der Handarbeiter im Zeitungsgewerbe. — Der Mangel an Solidaritätsgefühl hat das durchschnittliche Arbeitseinkommen der geistigen Arbeiter herabgedrückt, wie das Vorhandensein von Solidaritätsgefühl auf seiten der körperlichen Arbeiter das durchschnittliche Arbeitseinkommen der Ungelernten gehoben hat. Der schreckliche Krieg und der ebenso schreckliche Frieden haben das ihrige dazu getan, die auf solche Weise unvermeidlich gewordene Katastrophe der sogenannten „freien Berufe" zu beschleunigen und zu vergrößern. Die Finanznot der Einzelstaaten, die einigen Regierungen den Anreiz dazu gab, die fiskalischen Waldbestände so teuer wie möglich zu verwerten, ist die Hauptursache der wahnsinnigen Steigerung des Papierpreises. Diese wiederum hat vor allem die Schwierigkeiten des Verlagsgewerbes und der freien Schriftsteller verschuldet. Eine Zeitung um die andere sieht sich gezwungen, ihr Erscheinen einzustellen — trotz äußerster Einsparung an den Gehältern der Redakteure und an den Honoraren der Mitarbeiter. Dazu fortschreitende Teuerung des Brotes, und zwar des Brotes im allerweitesten Sinn, und als Folgen: Schließung und Einschränkung wissenschaftlicher Institute aus Rücksicht auf die Kosten der Heizung, Verminderung und Verschlechterung der künstlerischen Produktion aus Rücksicht auf die Kosten von Leinwand, Farben und dergleichen. Das Traurigste ist, daß es vielfach gerade die schöpferischen Geistesarbeiter sind, die am empfindlichsten von der Krisis betroffen werden. Aber auch die dem Erwerbsleben Näherstehenden sind von ihr ausnahmslos, die einen mehr, die andern weniger, berührt. Die Geldentwertung läßt den Rückhalt, den zahlreiche geistige Arbeiter bisher im Besitz eines rententragenden Vermögens besaßen, langsam dahinschwinden. Dabei bewirkte die Auflösung des Heeres in den ohnehin überfüllten freien Berufen eine Steigerung des Arbeitsangebots gerade in dem Augenblick, wo die Masse der Bevölkerung sich gezwungen sah, ihren Bedarf an Kulturgütern auf das schlechthin Unentbehr-

liche zu beschränken. So entstand eine „Ueberschußarmee" geistiger Arbeiter, die sich heute in wachsendem Maße gezwungen sieht, ohne Rücksicht auf das für ihre berufliche Ausbildung aufgewendete Kapital, die Verwertung ihrer Arbeitskraft außerhalb ihres Berufes zu suchen. Und auch für diejenigen, die sich im Beruf zu erhalten vermögen, zeigt das Einkommen eine unheimliche Tendenz, auf das Niveau der ungelernten Handarbeiter zu sinken.

Es liegt im Wesen der Geistigen, daß sie die Not zum Nachdenken über deren Ursachen und über die Mittel zu ihrer Abhilfe anregt. Der Verein für Sozialpolitik, der in fünf Jahrzehnten manche wertvolle Arbeit zur Aufhellung der Nöte der Handarbeiter und Handwerker geleistet hat, hat sich neuerdings mit dem Problem der Nöte seiner eigenen Mitglieder beschäftigt. Das Resultat dieser Arbeit liegt in zwei Bänden und in einem Referat des Prof. Alfred Weber (Heidelberg) vor [1]). Man bekommt aus der Lektüre dieser Schriften einen lebendigen Eindruck von den Nöten, welche die Presse und die akademischen Kreise heute bedrücken, aber freilich einen nicht weniger lebendigen Eindruck von den Schwierigkeiten, die selbst der Linderung dieser Nöte — von ihrer Beseitigung gar nicht zu reden — unter den gegenwärtigen Verhältnissen entgegenstehen. Ein Mangel der Publikation ist, daß sie nicht auch die Lage der Rechtsanwälte, Aerzte, Architekten und Schauspieler in die Untersuchung einbezogen hat. Es ist darum doppelt begrüßenswert, daß eben jetzt aus der Feder eines deutschen Rechtsanwalts eine umfassende Darstellung der Verhältnisse dieses Berufs erschienen ist, die gleichzeitig einen interessanten Versuch einer allgemeinen Kulturwirtschaftslehre enthält [2]). Sowohl an diesem umfassenden Werk, wie an dem kurzen Aufsatz von Alfred Weber ist für den soziologischen Betrachter die Nachdrücklichkeit bemerkenswert, mit welcher die „Inkommensurabilität der geistigen Arbeit mit praktischen Werten" betont wird — just in einem Augenblick, wo alles auf die vorbehaltlose Einordnung auch der geistigen Arbeit in das kapitalistische Getriebe hinzudrängen scheint. Mit Recht betont Weber: „Die Frage des Schicksals der geistigen Arbeiter ist heute ein Weltproblem, wie alle Kriegsfolgen in abgestuftem Grad eingebettet in die allgemeine Krise, in der sich zurzeit a l l e s befindet".

[1]) Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 152. Bd., 1. u. 2. Teil, Duncker und Humblot, München und Leipzig, 1923; Alfred Weber, Die Not der geistigen Arbeiter, Duncker und Humblot, München und Leipzig, 1923.

[2]) Dr. Sigbert Feuchtwanger, „Die freien Berufe, im besonderen: die Rechtsanwaltschaft", Duncker und Humblot, München und Leipzig, 1923.

Großhandelsindex in Deutschland und Frankreich.

Der deutsche Großhandelsindex ist seit 1913 von Jahr zu Jahr gestiegen, der französische ist bis 1920 gestiegen und alsdann gesunken. Die Steigerung war in Deutschland seit dem Sommer 1922 besonders stark und hat schließlich im Sommer 1923 ein geradezu wahnsinniges Tempo eingeschlagen; aber auch in Frankreich hat der Rückgang, der noch bei einem Vergleich der beiden ganzen Jahre 1921 und 1922 in die Erscheinung tritt, einem Steigen Platz gemacht, das sich bis zum März 1923 fortsetzte, um sich dann nach einem Stillstand im Herbst 1923 noch weiter zu verschärfen.

Der deutsche Großhandelsindex war bis 1915 etwa ebenso hoch wie der französische, 1916 bis 1918 wesentlich niedriger, 1919 reichlich ebenso hoch, 1920 etwa 3mal so hoch, 1921 reichlich 5mal so hoch, 1922 reichlich 100mal so hoch; Ende 1923 war er etwa 250milliardenmal so hoch.

Zeitraum	Deutschland[1])	Frankreich
1901/10	1	1
1913	1,13	1,15
1914	1,20	1,18
1915	1,61	1,62
1916	1,73	2,18
1917	2,03	3,02
1918	2,46	3,92
1919	4,71	4,12
1920	16,86	5,89
1921	21,68	3,99
1922	387,86	3,78
„ I.	49,93	3,57
„ II	75,05	3,68
„ III.	219,22	3,80
„ IV.	1207,23	4,05
1923 I.	5014	4,75
„ II.	12 393	4,74
„ Juli	84859	4,70
„ August	1,07[2])	4,77
„ September	27,17[3])	4,90
„ Oktober	8,06[3])	4,86
„ November	916,52[3])	5,12
„ Dezember	1434[3])	5,30

[1]) Die Basis des Großhandelsindex bildet in der Reichsstatistik das Jahr 1913, in der französischen Statistik das Jahrzehnt 1901/10. Die deutschen Indexziffern sind hier umgerechnet worden.

[2]) Millionen.

[3]) Milliarden.

Lebenshaltungsindex in Berlin und Paris.

Die Kosten der Lebenshaltung waren in Paris während des ganzen Jahres 1922 etwa 3mal so hoch wie vor dem Kriege. In Berlin waren sie im 1. Quartal noch 23mal so hoch, im

4. Quartal schon 565mal so hoch. Im Jahre 1923 stiegen sie in Paris auf das 3½fache, in Berlin schließlich auf mehr als das 1billionenfache der Vorkriegszeit.

Zeitraum	Für eine vierköpfige Familie Letztes Vorkriegsjahr = 1	
	Berlin	Paris
1922 I.	23	2,91
„ II.	36	3,02
„ III.	109	2,89
„ IV.	565	3,00
1923 I.	2238	3,24
„ II.	5200	3,34
„ Juli	32386	
„ August	590170	3,31
„ September	14,8[1])	
„ Oktober	5011,8[1])	
„ November	697,1[2])	3,45
„ Dezember	1071[2])	

[1]) Millionen. — [2]) Milliarden.

Die Lage der Lohnempfänger in Frankreich.

Von Pierre Renaudel, Paris.

Nach den Strömungen zu urteilen, die vor nicht langer Zeit ihren Niederschlag in einer Streikdrohung der Bergarbeiter und in der Bewegung der Beamten zugunsten einer Erhöhung ihrer Teuerungszulage fanden, steht gegenwärtig eine Wandlung in der Lage der Lohnempfänger in Frankreich bevor.

Von allen Fragen, die seit 1918 vor den Lohnempfängern aufgetaucht sind, ist die Lohnfrage die ernsteste. Man weiß ja, daß in Frankreich eher ein Mangel an Arbeitskräften als Arbeitslosigkeit herrscht. Das Ausscheiden von über 1 500 000 Männern durch den Krieg, die Verminderung der Leistungsfähigkeit von reichlich zwei Millionen Kriegsbeschädigten sind nicht durch eine Zunahme der Geburten ausgeglichen worden. Sie haben so große Lücken in die Arbeiterschaft gerissen, daß die Erwerbslosigkeit fast ohne Bedeutung ist oder wenigstens keinen andern Grund hat als den Wechsel in der Beschäftigung, der gewissermaßen auf dem freien Willen der Beteiligten beruht. Zieht man weiter in Betracht, daß der Stand des Franken, wenn er auch keineswegs einen so katastrophalen Sturz erlitten hat wie die Mark oder die österreichische Krone, doch im Verhältnis zum Dollar und den anderen stabilen Währungen genügend gesunken ist, um ausländische Käufer anzulocken, so wird man verstehen, warum die Arbeitslosigkeit zurzeit die französischen Arbeiter nicht stark beschäftigt. Hat doch auch der beträchtliche Zustrom fremder Arbeiter — Chinesen, Kabylen, Italiener, Polen — das Gleichgewicht nicht gestört, weil die Nachfrage

in den zerstörten Gebieten, wo die bloße Säuberung des Bodens noch nicht einmal beendet ist, natürlich bedeutend war.

Andererseits hat das Parlament im Jahre 1919 das Gesetz über den Achtstundentag angenommen und, wie groß auch immer die Versuchung unter dem Drucke der Industrie- und Kapitalmächte gewesen sein mag, der Nationale Block hat nicht gewagt, an dies Gesetz zu rühren. Gewiß, die Regierungsorgane halten nicht streng auf die Durchführung; zweifellos gibt es ziemlich zahlreiche Uebertretungen, viele Mittel, das Gesetz zu umgehen, worüber sich z. B. die Eisenbahnangestellten recht lebhaft beklagen. Aber der Grundsatz ist gesichert, und es fand keine große und allgemeine Bewegung unter der Arbeitgeberschaft statt, um zu versuchen, die Errungenschaften auf diesem Gebiete rückgängig zu machen.

Das Leben ist allerdings teuer, aber es hat doch nie an Waren, vor allem nicht an Nahrungsmitteln gefehlt. Man kann wohl sagen, daß dies eine der sichersten Ursachen für die soziale Ruhe in der Gegenwart ist, wie es auch einen wirksamen Widerstand im Kriege begünstigte. Eine Bevölkerung, die nicht Hunger leidet, erträgt die übrigen Leiden leichter und neigt weniger zu unfruchtbarer und aussichtsloser Agitation. Die Politik und die Wirtschaft verfolgen so eine normale Bahn, selbst wenn der Idealismus zu neuen Lösungen auf dem Gebiete der sozialen Organisation treibt.

Wenn aber auch das Sinken des Franken seine gute Seite hat, die ich soeben unterstrichen habe, so erschwert es doch schließlich die allgemeine Lage. Es ist eine Ursache der Teuerung; infolge des Unterschieds des Nominalwerts und des Realwerts des Geldes (und wenn die Anpassung der Löhne nicht schnell genug erfolgt) kann das Sinken des Franken das Gleichgewicht immer heftiger stören.

Das vollzieht sich offenbar in diesem Augenblick. Die Löhne sind in Frankreich, wie überall, während des Krieges sehr stark gestiegen. Aber die Arbeiter und auch die Beamten behaupten, daß die Lohnsteigerung mit der Verteuerung der Lebenshaltung nicht Schritt gehalten habe.

Der Index der Lebenshaltungskosten beträgt jetzt 351 %. Die letzten Zahlen scheinen sogar auf eine neue Steigerung, und zwar sowohl für die Großhandelspreise wie für die Kleinhandelspreise hinzudeuten, und sie sind schon für viele Waren ebenso hoch oder höher wie die höchsten Zahlen, die man seit Kriegsende, im Jahre 1920, verzeichnet hat. In den ersten Monaten von 1921 fand ein Rückgang der Löhne statt — genau im Einklang mit der Tatsache, daß die Kosten der Lebenshaltung nach 1920 gesunken waren. Seitdem sind sie im großen und ganzen ungefähr stabil geblieben, mit einer schwachen Neigung nach unten.

Im Jahre 1921 betrugen die Tagelöhne der Hauer im Bergbau etwa 22 bis 25 Franken, die der sonstigen Bergarbeiter unter Tag und über Tag etwa 15 bis 18 Franken, wobei die Zahlen etwas schwankten, je nachdem es sich um die Gruben in Mittel-

frankreich oder Nordfrankreich handelt. Gleichzeitig betrugen die Löhne der gelernten Metallarbeiter 20 Franken, der angelernten Metallarbeiter 17 Franken und der ungelernten Arbeiter in der Metallindustrie 13 bis 16 Franken.

Nach den vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellten Tabellen war das Verhältnis des Index der Lebenshaltungskosten und der Löhne wie folgt: Während der Index der Kosten der Lebenshaltung von 100 im Jahre 1914 auf 450 im Oktober 1920 gestiegen ist, um dann auf 349 im Dezember 1921 und auf 315 im Juni 1922 zu sinken, ist der Lohnindex z. B. der ungelernten Arbeiter in der Metallindustrie von 100 im Jahre 1914 auf 388 im Oktober 1920 gestiegen und betrug 354 im Dezember 1921 und 318 im Juni 1922.

Ich habe vorhin gesagt, daß die Bergarbeiter kürzlich Lohnforderungen gestellt hatten. Die Kommunisten versuchten sogar einen Streik. Aber er mißlang, weil die Bergarbeiter, die dem Allgemeinen Arbeiterbund (Confédération Générale du Travail) angehören, in Verhandlungen eine ziemlich bedeutende Lohnsteigerung durchgesetzt hatten.

Die Erregung, die gegenwärtig unter den Beamten herrscht, rührt offenbar daher, daß ihre Bezüge weniger erhöht worden sind als die der Industriearbeiter. In einer Erwiderung auf eine Darlegung des Finanzministers Herrn von Lasteyrie zeigt der Verband der Beamtenvereine die Gehälter der Unterbeamten (Zollbeamte, Förster, Bureauwächter) in Paris, wo die Teuerungszulagen am höchsten sind:

Ledige und kinderlos Verheiratete:		
Mindestgehalt	15,10	Fr. pro Tag
Endgehalt (d. h. mit etwa 55 Jahren)	19,60	„ „ „
Verheiratete mit 1 Kind:		
Mindestgehalt	16,—	„ „ „
Endgehalt	20,45	„ „ „
Verheiratete mit 2 Kindern:		
Mindestgehalt	16,95	„ „ „
Endgehalt	21,40	„ „ „
Verheiratete mit 3 Kindern:		
Mindestgehalt	18,60	„ „ „
Endgehalt	23,—	„ „ „

Aehnlich für einen Expedienten in der Zentralverwaltung:

Ledige und kinderlos Verheiratete:		
Mindestgehalt	15,65	Fr. pro Tag
Endgehalt (d. h. mit etwa 55 Jahren)	23,45	„ „ „
Verheiratete mit 1 Kind:		
Mindestgehalt	16,55	„ „ „
Endgehalt	24,35	„ „ „
Verheiratete mit 2 Kindern:		
Mindestgehalt	17,45	„ „ „
Endgehalt	25,25	„ „ „
Verheiratete mit 3 Kindern:		
Mindestgehalt	18,90	„ „ „
Endgehalt	26,70	„ „ „

Gegenwärtig beziehen die Beamten außerdem eine Teuerungszulage von jährlich 720 Franken. Im Hinblick darauf, daß die ihnen gezahlten Gehälter im Jahre 1919 festgesetzt wurden, und zwar im Verfolg von Beratungen einer Kommission, die den Index der Lebenshaltungskosten auf 200 bemessen hatte, fordern sie eine Erhöhung der Teuerungszulage auf 1800 Franken.

Würde der Frank weiter sinken und der Reallohn infolgedessen im Verhältnis zu seiner Kaufkraft weiter fallen, so dürfte sich eine große Unzufriedenheit der Arbeiterklasse bemächtigen.

Man kann jedoch aus den Gründen, die ich hier entwickelt habe, annehmen, daß die Bewegung nicht in schwere soziale Unruhen ausarten wird. Auch gibt es zunächst noch ein Sicherheitsventil. In einigen Monaten finden die Wahlen statt. Es gehört nicht viel Einbildungskraft dazu, sich vorzustellen, daß die Teuerung eine wichtige Rolle in dem Urteil der Massen spielen wird. Der Nationale Block wird zweifellos den Druck spüren.

SECHSTER ABSCHNITT.

ARBEITERFRAGE.

Achtstundentag und Reparationen.

Von Paul Hertz, Mitglied des Reichstags.

Ueber die Wirkungen des Achtstundentages in Deutschland herrschen im In- und Ausland falsche Vorstellungen. Eine oberflächliche Betrachtung hat die Meinung hervorgerufen, als ob der Verfall der deutschen Währung und der Rückgang der deutschen Produktion vor allem auf die Wirkungen des Achtstundentages zurückzuführen seien, und als ob es nur der Verlängerung der Arbeitszeit bedürfe, um die deutsche Produktion und damit auch Deutschlands Fähigkeit zu Reparationsleistungen zu erhöhen. Diese Meinung findet in den Tatsachen selbst keine Bestätigung.

Einen schematischen Achtstundentag, der eine Fessel der Produktion darstellt, gibt es (März 1923) in Deutschland überhaupt nicht. In der Landwirtschaft hat er nie bestanden. Hier hat sich die Dauer der Arbeitszeit von Anfang an nach den wirtschaftlichen Erfordernissen gerichtet. Im Bergbau besteht die Siebenstundenschicht für die Untertagarbeiter; die Forderung nach der Sechsstundenschicht, die eine Zeitlang von der gesamten Bergarbeiterschaft stürmisch verlangt wurde, ist angesichts der schweren Wirtschaftslage Deutschlands aufgegeben. Statt dessen werden seit Anfang 1920 Ueberstunden und Ueberschichten verfahren. Bei der Eisenbahn und im Verkehrsgewerbe ist der Tatsache, daß die Arbeitszeit vielfach nur Arbeitsbereitschaft ist, in vollem Umfang Rechnung getragen. Auch im gesamten übrigen Wirtschaftsleben hat sich die Anpassung der Arbeitszeit an die Betriebserfordernisse vollzogen. Für $^9/_{10}$ aller von der amtlichen Tarifstatistik erfaßten beschäftigten Personen bestehen tarifliche Vereinbarungen über die Arbeitszeit, in denen Sonderregelungen getroffen sind. Ueberstunden werden in großem Umfange geleistet, und die Erfahrung hat gezeigt, daß eine Verständigung mit den Arbeitern über Ueberstunden leicht herbeizuführen ist, wenn betriebstechnische oder wirtschaftliche Notwendigkeiten vorliegen. Auf dem Wege der freien Vereinbarung und ohne jeden staatlichen Zwang ist also eine Regelung der Arbeitszeit erfolgt, die den Achtstundentag bestehen läßt, zugleich aber Rücksicht auf die Produktionsbedingungen nimmt.

Ist durch diese Tatsachen bewiesen, daß dem Wirtschaftsleben durch den Achtstundentag kein Schaden zugefügt worden ist, so zeigen andererseits die Wirkungen des Achtstundentags beträchtlichen Nutzen. In der Vergangenheit hat — wie fast unbestritten ist — die Verkürzung der Arbeitszeit nicht hemmend, sondern fördernd auf die Leistungen gewirkt. Auch jetzt zeigt sich in steigendem Maße eine Zunahme der Arbeitsleistungen seit 1918. In Industrien, die bereits früher eine kurze Arbeitszeit hatten, ist meist die Friedensleistung erreicht, in vielen Fällen sogar überschritten. Ueberhaupt ist ganz allgemein die fortschreitende Besserung der Arbeitsleistung unverkennbar. Das ist um so bemerkenswerter, als damit erwiesen ist, daß die Hemmungen für die Hebung der Produktion, die in der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur Deutschlands liegen, durch die Anstrengungen der Arbeiter teilweise beseitigt wurden. Wo sich der Uebergang zum Achtstundentag allmählich vollzog, liegt also auch nach der Meinung von Gegnern des Achtstundentages kein Anlaß zu seiner Beseitigung vor.

Eine starke und plötzliche Verkürzung der Arbeitszeit ist durch den Achtstundentag nur eingetreten in der Landwirtschaft und im Verkehr. In der Landwirtschaft sind schädigende Wirkungen durch die Anpassung der Arbeitszeit an den Saisoncharakter der Landwirtschaft vermieden worden. Durch Tarifvertrag sind Jahresarbeitszeiten festgesetzt worden, die beliebig auf die einzelnen Monate verteilt werden können. Im Verkehr ist Aehnliches der Fall. Für die privaten Verkehrsbetriebe ist an die Stelle der Arbeitszeit vielfach die Arbeitsbereitschaft getreten. Das ist auch bei den Reichseisenbahnen der Fall, wo in den Werkstätten die Leistungen den Friedensstand erreicht und überschritten haben. Im Bergbau ist es nicht die Verkürzung der Arbeitszeit, die den Rückgang der Leistung gezeitigt hat, sondern der Raubbau während des Krieges, dessen Folgen nur langsam zu überwinden sind, der Rückgang der Zahl der Hauer, die unterlassene Ausbildung von neuen Hauern und der Mangel an neuen Kohlenschächten. Trotzdem ist bereits 1921 z. B. im niederrheinischen Steinkohlenrevier die Schichtleistung pro Kopf des gelernten Hauers größer gewesen als 1913. Dasselbe ist im Braunkohlenbergbau und im Kalibergbau der Fall.

Wenn trotzdem die Gesamterzeugung Deutschlands und die Arbeitsleistungen der Arbeiter noch nicht in dem volkswirtschaftlich wünschenswerten Maße gestiegen sind, so wegen der zahlreichen Hemmungen sozialer und wirtschaftlicher Art. Die wichtigste ist der ungenügende Reallohn des deutschen Arbeiters, der infolge des dauernden Marksturzes erheblich gesunken ist. Das gilt ganz besonders für die letzten Monate. Von großer Bedeutung sind ferner die mit der ungenügenden Kaufkraft der Arbeiter verbundene mangelhafte Ernährung, der schlechte Gesundheitszustand,

die trostlosen Wohnungsverhältnisse und vor allem die durch die unsicheren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse hervorgerufene starke Unruhe. Solange diese Hemmungen bestehen, ist eine Steigerung der Produktion durch erhöhte Leistungen der Arbeiter kaum möglich, am wenigsten aber ist sie durch eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erreichen. Die Verlängerung der Arbeitszeit vergrößert nur die Hemmungen und bringt die Gefahr der Minderung des Arbeitsertrages mit sich.

Sie gefährdet aber auch das höchste Gut, das die deutsche Volkswirtschaft noch besitzt: die menschliche Arbeitskraft. Bei ungenügender Entlohnung und gleichzeitiger übermäßiger Anspannung muß sie leiden. Selbst wenn also vorübergehend durch längere Arbeitszeit vermehrte Leistungen zu erzielen wären — wogegen aber alle Erfahrungen sprechen —, würde der dauernde Schaden, der der deutschen Volkswirtschaft zugefügt würde, den augenblicklichen Nutzen weit übersteigen. Auch die Fähigkeit zu Reparationsleistungen würde dadurch weiter eingeschränkt werden.

Die wichtigste Voraussetzung für die Steigerung der Produktion Deutschlands ist die Stabilisierung der deutschen Währung. Nur dadurch kann das Element wildester Spekulation, das jetzt in der deutschen Volkswirtschaft hervortritt und die Erhöhung des Produktionsertrages hindert, eingedämmt werden. Eine Lösung des Produktionsproblems ist erst möglich nach erfolgter Stabilisierung der Währung. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo alle Gütergewinnung zu einer gefährlichen Spekulation geworden ist, sucht man das Verlustrisiko auf ein Minimum herabzudrücken. Man richtet sich immer mehr darauf ein, so wenig wie möglich Ware auf den Markt zu bringen, weil nur das allein vor sicheren Verlusten schützt. Es fehlt auch der Anreiz, die Gütergewinnung zu vermehren, weil jede Preissenkung bei gleichzeitiger weiterer Geldentwertung den geschäftlichen Ruin bedeutet.

Aus diesem Grunde sind auch die technischen und organisatorischen Möglichkeiten zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der deutschen Produktion nicht voll ausgenützt worden. In diesem Zusammenhang aber erscheint die Aufrechterhaltung des Achtstundentages notwendig als mächtigster Hebel in der Reihe der Maßnahmen sozialer und wirtschaftlicher Art, die zur Gesundung der deutschen Wirtschaft beitragen können. Einmal um seiner Wirkung auf Arbeitsfreude und Arbeitsintensität willen, dann aber vor allem, weil seine Durchführung den mächtigsten Antrieb zur technischen und organisatorischen Ausgestaltung der Produktion bedeutet.

Die Bedeutung des Achtstundentages beruht auf den Erfahrungen, die in der Vergangenheit mit ihm gemacht worden sind. Der technische und organisatorische Fortschritt ist stets um so größer und rascher gewesen, je höher der Lohn und je kürzer die Arbeitszeit war. Der Achtstundentag bewirkt

also eine Steigerung des Antriebs zur Verbesserung der Technik, eine viel bessere Ausnützung des fixen Kapitals und eine Verringerung der Generalunkosten. Daß diese Wirkungen des Achtstundentages in Deutschland bisher noch nicht so auffallend in Erscheinung getreten sind wie in Amerika, ist zurückzuführen auf die starken Gegenwirkungen, die, auf der Valutakonjunktur beruhend, sich dieser Auswirkung entgegengestellt haben.

Die Aufrechterhaltung des Achtstundentages ist daher nicht nur eine soziale Notwendigkeit für die deutsche Arbeiterklasse, sie ist eine Lebensnotwendigkeit für die deutsche Volkswirtschaft und die Voraussetzung für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen.

Schlichtungswesen und Zwangstarifverträge in Deutschland.

Von Rudolf Wissell, Mitglied des Reichstags und des Reichswirtschaftsrats, Berlin.

Zur Vermeidung von Störungen des Wirtschaftslebens ist Deutschland während des Krieges zu einem Ausbau des Schlichtungswesens geschritten. Bis dahin waren die Gewerbegerichte, die Berggewerbegerichte, die Kaufmannsgerichte, die Seemannsämter und noch einige kleinere Stellen bei drohendem oder ausgebrochenem Arbeitskampfe als Schlichtungsstellen tätig. Sie konnten nur vermittelnd eingreifen und sollten eine Verständigung der beiden streitenden Parteien herbeiführen. Das war jedoch nur möglich, wenn sie von beiden Parteien angerufen wurden. Geschah das nicht, so sollten sie darauf hinwirken, daß ihre Hilfe in Anspruch genommen wurde. Ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete war nur sehr geringfügig. Bei über ihren räumlich sehr begrenzten Bezirk hinausreichenden Streitigkeiten war ein Eingreifen überhaupt nicht möglich. In solchen Fällen griff gelegentlich eine höhere Landes- oder Staatsbehörde durch Einsetzen einer paritätischen Schlichtungsstelle ein. Während des Krieges brachte dann das Hilfsdienstgesetz Schlichtungsausschüsse, die namentlich in der Beilegung der tausendfältigen kleineren Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Betrieben Ersprießliches geleistet haben. Diese Schlichtungsausschüsse wurden in die Nachkriegszeit hinübergenommen. Sie sollten bei Streitigkeiten über die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen eine Einigung der streitenden Teile herbeizuführen suchen, sofern nicht die eingangs erwähnten seit langem bestehenden Schlichtungsstellen angerufen wurden oder diese keine Einigung erzielten. Sie konnten von den direkt streitenden Parteien angerufen werden und mit Zustimmung dieser auch von den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer und Arbeit-

geber. Soweit es sich um die Durchführung von Tarifverträgen handelte, waren diese Vereinigungen auch aus eigenem Recht zur Anrufung befugt.

Im Laufe der Zeit hatten sich die Zuständigkeiten dieser Schlichtungsausschüsse und der der eigentlichen Arbeitsgerichte immer mehr verwischt, und die Haupttätigkeit der Schlichtungsausschüsse kam unter der Fülle von kleinen Einzelstreitigkeiten sehr zu kurz. Immer mehr auch hatte sich herausgestellt, daß es erwünscht sei, die Hilfe der staatlichen Behörden ebenfalls beim Abschluß solcher Gesamtvereinbarungen zu gewähren, durch die die Bedingungen beim Abschluß eines Einzelarbeitsvertrages generell festgelegt wurden. Ein Gesetzentwurf, der diesem Ziele zustrebte, ist im Reichstag steckengeblieben. Da wenig Aussicht bestand, daß dieser Gesetzentwurf noch vor dem Auseinandergehen des Reichstags seine Erledigung fände, hat die Reichsregierung durch eine vom 30. Oktober 1923 datierte und am 1. Januar 1924 in Kraft getretene Verordnung einen vorläufigen Abschluß der reichsgesetzlichen Regelung des Schlichtungswesens gebracht.

Die neue Verordnung, mitsamt den zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen, überweist die vielen Einzelstreitigkeiten generell den Arbeitsgerichten und läßt den staatlichen Schlichtungsbehörden im wesentlichen zwei Aufgaben: die Hilfe beim Abschluß von Gesamtvereinbarungen der ebenerwähnten Art und, wenn wirtschaftliche und soziale Gründe es erheischen, die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen.

Ueber die Organisation des Schlichtungswesens in Deutschland ist folgendes zu sagen: Für nicht allzu kleine Bezirke sind Schlichtungsausschüsse vorgesehen — insgesamt zurzeit 116 —, für größere Bezirke Schlichter — insgesamt 20. Für die in ihren Bezirken vorkommenden Streitfälle sind die Schlichtungsausschüsse zuständig. Die Zuständigkeit wird nicht dadurch berührt, daß eine Streitigkeit unwesentlich über den Bezirk hinausgeht. Wo das der Fall ist, ist der Schlichter zuständig. Dieser kann auch wichtigere Streitfälle, die den Bezirk eines Schlichtungsausschusses n i c h t überschreiten, an sich ziehen. Wo eine Streitigkeit über den Bezirk eines Schlichters nur unwesentlich hinausgreift, bleibt er zuständig, sonst wird für diese Streitigkeit und ebenso für solche, die das ganze Reichsgebiet umfassen, z. B. beim Abschluß eines Reichstarifvertrags, ein besonderer Schlichter vom Reichsarbeitsministerium bestimmt.

Die Entscheidung über die Verbindlicherklärung eines Schiedsspruchs liegt für die Sprüche der Schlichtungsausschüsse seines Bezirks beim Schlichter, für seine Sprüche beim Reichsarbeitsministerium.

Schlichtungsausschüsse und Schlichter haben für den Abschluß von Gesamtvereinbarungen Hilfe zu leisten, falls eine vereinbarte Schlichtungsstelle nicht besteht oder diese den Abschluß einer Gesamtvereinbarung nicht herbeiführt. Als Ge-

samtvereinbarung gelten Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen. Zunächst hat der Vorsitzende oder Schlichter als Einzelperson den Versuch einer Verständigung der beiden Parteien zu machen. Ist er ergebnislos, so soll der gleiche Versuch noch einmal vor einer aus zumeist je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses bzw. dem Schlichter bestehenden Schlichtungskammer gemacht werden. Schlägt auch dieser Versuch fehl, so soll die Kammer den Parteien einen Vorschlag (Schiedsspruch) machen. Dabei ist den Parteien eine Erklärungsfrist zu stellen, in der sie sich über Annahme oder Ablehnung entscheiden müssen. Wird dieser Vorschlag (Schiedsspruch) von beiden Parteien angenommen, so hat er die Wirkung einer schriftlichen Gesamtvereinbarung. Lehnt ihn eine Partei ab, so kann die andere beantragen, ihn für verbindlich zu erklären. Die Verbindlicherklärung kann ausgesprochen werden, wenn die im Schiedsspruch getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist. Die Verbindlicherklärung ersetzt die Annahme des Schiedsspruchs durch die Parteien. Von Amts wegen soll eine Verbindlicherklärung nur erfolgen, wenn es das öffentliche Interesse erfordert.

Dies ist der Kern des neuen Schlichtungswesens. Sein Inhalt ist die Stützung und Förderung des Tarifvertragsgedankens. Dieses seines Grundgedankens wegen ist die neue Schlichtungsverordnung von Arbeitgeberseite auch lebhaft angegriffen worden. Die Auffassung der Arbeitgeberseite ist allerdings nicht einheitlich; ein Teil ist durchaus tariffreundlich, der andere Teil hält den Tarifvertrag für produktionshindernd. Auch auf Arbeitnehmerseite sieht man teilweise, namentlich in der Verbindlicherklärung, ein unter Umständen die kulturelle Aufstiegsmöglichkeit der Arbeiterschaft hemmendes Moment.

Der durch die Verbindlicherklärung geschaffene Zwangstarif ist sicher kein Ideal. Ein staatlicher Zwang zum Abschluß eines Tarifvertrags ist vom Uebel, wenn beide Parteien ihn nicht wollen. Und vom Uebel ist auch ein staatlicher Zwang, wenn er darauf ausgeht, konstruktive Formen zur Durchführung zu bringen, nach denen sich das wirtschaftliche Leben zu richten hätte, einerlei ob die sozialen Voraussetzungen dazu vorhanden sind oder nicht. Das gerade ist die Aufgabe des Schlichters, den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft gerecht zu werden. Nicht dazu soll eine Verbindlicherklärung dienen, einer Partei einen Rechtsanspruch zu sichern, sondern den öffentlichen Interessen, den Interessen der Allgemeinheit, zu ihrem Rechte zu verhelfen. Eine Verbindlicherklärung wird mehr oder minder stets die Interessen der einen oder der andern Partei verletzen. Wo aber die Allgemeininteressen in Frage kommen, müssen die Einzelinteressen zurücktreten.

Wenn zwei gleichstarke Organisationen den Tarifvertrag ehrlich wollen, ist ein staatlicher Zwang unnötig. Ein Tarifvertrag ist, wie jeder andere freie Vertrag, der Ausfluß eines privaten Willensaktes. Wo der Wille zu solchem Akt vorhanden ist, wird auch ein Weg zu ihm gefunden werden können. Aber was im Frieden, unter gewissermaßen normalen Verhältnissen, der Fall war, ist heute doch nur sehr bedingt richtig. Heute ist der Weg selbst bei vorhandenem Willen schwerer zu finden. Nur zu häufig glaubt die eine oder andere Partei, oder glauben auch beide, daß die andere ihren besonderen Bedürfnissen nicht genügend Berücksichtigung zuteil werden lasse. Da soll nun die behördliche Schlichtungsstelle eingreifen, Hilfe leisten, die Gegensätze ausgleichen, soll schlichten. Und wo alle Bemühungen nichts nützen, muß eine Behörde im Interesse der Gesamtheit a u c h z w i n g e n.

Ueber die deutsche Wirtschaft ist eine Krisis hereingebrochen, die an Umfang und Wirkung in der deutschen Wirtschaftsgeschichte nicht ihresgleichen hat. Schwere Erschütterungen gehen durch den Volks- und Staatskörper. Sollte da der Staat passiv zuschauen, daß zu den vielen wertvollen Kräften, die unter der Not der Zeit zermürbt und zerrieben werden, noch weitere im Wirtschaftskampfe vernichtet werden? Oder sollte und m ü ß t e er nicht den Versuch machen, den drohenden Wirtschaftskämpfen mit dadurch vorzubeugen, daß er durch seine Organe Hilfe leistet, die Differenzen möglichst durch zentrale Vereinbarungen zwischen den streitenden Parteien zu beseitigen? Die Frage aufwerfen, heißt sie auch bejahen. Und wie anders konnte er es tun, als in Anknüpfung an das Mittel des Tarifvertrags, auf den Wegen, die in der Vorkriegszeit den Interessen der beiden Parteien des Arbeitsvertrages und damit der Entwicklung der Wirtschaft durch Wirtschaftsfrieden gedient haben!

Der mit der Schlichtungsverordnung beschrittene Weg ist der richtige; die Verordnung dient den Allgemeininteressen.

Gewerkschaftliche Strömungen in Frankreich.

Von R o g e r P i c a r d, Professor an der Universität von Paris.

Bis 1920 war die französische Gewerkschaftsbewegung vollständig durch die CGT. (Confédération Générale du Travail = Allgemeiner Arbeiterbund) erfaßt, die im Kriege auf ungefähr 2 Millionen Mitglieder angewachsen war. Wohl gab es noch einige katholische Verbände bei den Eisenbahnern, den Webern im Norden und bei den Bekleidungsarbeiterinnen; aber diese Organisationen, die nicht sehr viele Mitglieder zählten und im allgemeinen unter der Vormundschaft der Arbeitgeber standen, spielten nur eine verschwindende Rolle. Das gleiche galt für einzelne gelbe Gewerkschaften, die anscheinend hauptsächlich geschaffen waren, um den Arbeitgebern bei Streiks Gelegenheitsarbeiter zu liefern und

deren Zentralstelle, die Freie Arbeitsbörse, nur ein sporadisches Dasein fristete. Zu beachten ist auch, daß diese Gruppen alle konservativ eingestellt waren, und daß die CGT. keine Konkurrenten auf der Linken hatte.

Seit drei Jahren und vor allem seit 1921 haben sich die Verhältnisse gewaltig geändert. Zwar ist die CGT. nach wie vor eine machtvolle Einrichtung und das anziehendste und lebendigste Vereinigungszentrum für alle Arbeiter, die sich zu organisieren wünschen, aber sie muß auf der einen Seite mit dem Christlichen Arbeiterbund (Confédération des Travailleurs Chrétiens) rechnen, der die ziemlich zahlreichen Anhänger der konfessionellen Gewerkschaften umfaßt, und auf der anderen Seite mit der Allgemeinen Arbeiterunion (Confédération Générale du Travail Unitaire), die sich aus den Scharen gebildet hat, die sie der CGT. entführt hat, und die sich zu den revolutionären Lehren Moskaus bekennt.

Welches sind heute (Januar 1923) die maßgebenden Kräfte und Strömungen? Es verlohnt, diese Frage angesichts der bevorstehenden Kongresse zu untersuchen, wo jede Gewerkschaftsrichtung bald ihre Kräfte zählen, ihre Pläne darlegen, ihren Willen betonen wird.

Der Christliche Arbeiterbund, eine verhältnismäßig junge Schöpfung, umfaßte im Jahre 1922 anläßlich seines ersten Kongresses 753 Gewerkschaften, die sich auf 78 (von insgesamt 90) Departements verteilten und in 23 Bezirksverbänden insgesamt 125 000 Mitglieder zählten. Der katholische Arbeitnehmerbund zählt allein 36 000 Mitglieder und der Eisenbahnerbund gleicher Richtung zählt ebensoviel, wenn nicht mehr. Die aktivste Rolle fällt den Bezirksverbänden zu; sie sind mit der Propaganda betraut, sie organisieren in ihrem Bezirk die wirtschaftliche Arbeit, die auf das Wohl der Gewerkschaftsmitglieder gerichtet ist, und sie dezentralisieren die Verwaltungsbefugnisse des Nationalrats, wo übrigens auch ihre Delegierten Sitz haben.

Es sei noch bemerkt, daß dieser christliche Bund, wie die kommunistischen und die reformistischen Gewerkschaften, einer internationalen Organisation angehört, in der die Vertreter der hauptsächlichsten, vormals kriegführenden und neutralen Völker friedlich nebeneinander sitzen. Um die Stellung zu veranschaulichen, die dieser Bund jetzt in Frankreich einnimmt, genügt es darauf hinzuweisen, daß er sehr zahlreiche Vertreter in den gewerblichen Schiedsgerichten hat, und daß er nicht weniger als 9 Vertreter im Obersten Arbeitsrat zählt, wo noch vor kurzem alle Arbeitersitze von den Erwählten der CGT. besetzt waren. Mit großer Geduld wirbt er neue Mitglieder, erobert er neue Stellungen und bildet er eine Arbeiterorganisation, die zwar mit den Arbeitgebern gewisse religiöse Gefühle und gewisse soziale Ideen teilt, aber sich nichtsdestoweniger ihrer besonderen wirtschaftlichen Interessen klar bewußt ist.

Auf der äußersten Linken der Arbeiterschaft wollten die Kommunisten ihre eigenen Organisationen besitzen. Zunächst blieben sie lange Zeit in den Reihen der Gewerkschaften, die der CGT. angeschlossen waren, und bildeten dort revolutionäre Zellen, in der Hoffnung, schließlich die Herrschaft zu gewinnen. Aber diese Stellungnahme konnte nur Verwirrung in das gewerkschaftliche Leben tragen, ohne doch den Kommunisten große Aussichten auf Erfolg zu bieten. Das begriffen sie denn auch, und weil sie sich einerseits in den reformistischen Gewerkschaften unwillkommen fühlten und andererseits mit Ungeduld danach drängten, die Arbeitermassen zu führen, entschlossen sie sich im Jahre 1921, einen besonderen Bund zu gründen.

Die Allgemeine Arbeiterunion (CGTU.) hat sich ihre Statuten auf dem Kongreß von St. Etienne im Juni 1922 gegeben. Nach langen und leidenschaftlichen Diskussionen nahmen die kommunistischen Gewerkschaftler eine Organisationsform an, die von der der CGT. etwas abweicht, und die diese übrigens nachzuahmen beginnt. Die CGTU. duldet nämlich zwar den Zusammenschluß der örtlichen Gewerkschaften zu großen nationalen Berufs- oder Industrieverbänden, aber sie betrachtet doch als das wichtigste Glied der gewerkschaftlichen Rüstung den Bezirksverband, dessen Aufgabe es ist, die wirtschaftliche Umwandlung des Landes vorzubereiten und gleichzeitig die Arbeiter als Mitglieder einer Klasse und nicht mehr nur als Angehörige eines Berufes zu vereinen. Nur die Delegierten dieser Bezirksverbände bilden das Bundeskomitee; die Industrieverbände bleiben auf die Nebenrolle schriftlicher Mitteilung und Beweisführung beschränkt. Eine Besonderheit der neuen Organisation ist die Sorgfalt, mit der man verhütet, daß die Leiter gewissermaßen unabsetzbare Beamte werden: so erneuert sich das Bundes-Exekutivbureau, das aus vier Mitgliedern besteht, alljährlich zur Hälfte, und nach zweijähriger Ausübung ihres Mandats dürfen die Delegierten nicht wiedergewählt werden.

Wir wollen hier nicht die wohlbekannte Organisation des Allgemeinen Arbeiterbundes, der CGT., schildern[1]); sie unterliegt gerade jetzt einer Aenderung durch Umwandlung ihrer Departementsverbände in (größere) Gauverbände (unions interdépartementales), die besser ausgerüstet sein werden, um die Propaganda und die Verteidigung sowohl gegen die Arbeitgeberschaft als auch die gegnerischen Arbeiter rechts und links zu organisieren. Die CGT. bleibt der bedeutendste Arbeiterblock mit ungefähr 650 000 Anhängern, während die Kommunisten nicht mehr als höchstens 120 000 zählen.

---

[1]) Vgl. hierzu den Artikel des Generalsekretärs der CGT., Jouhaux: „Die Krise in der französischen Gewerkschaftsbewegung" („Die Internationale Gewerkschaftsbewegung" März/April 1922 S. 37 ff).

Wollte man sich an die Polemiken in den Arbeiterzeitungen halten, so könnte man an einen tiefgehenden Unterschied der Ideale der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen glauben. In Wirklichkeit besteht der Unterschied weniger in den Zielen als in bezug auf die Methode. Die CGTU. verkündet als ihr Ziel die Beseitigung des Arbeitgebertums, des Lohnes und des Staates, aber die CGT. will ihrerseits auch eine ganz neue Gesellschaftsordnung begründen. Während jedoch die CGTU. die Erfüllung ihrer Wünsche von einer revolutionären Bewegung erwartet und glaubt, die Arbeiterklasse sei schon bereit, das ganze wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben zu leiten, bemühen sich die mehr realistischen, reformistischen Gewerkschaften, Teiländerungen an der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung durchzuführen, und wollen nichts zerstören, ohne unmittelbar wiederaufzubauen.

Die kühnen Programme schrecken die CGT. nicht, aber sie setzt ihren Stolz darin, sie immer unter praktischen Gesichtspunkten zu prüfen; so schuf sie im Jahre 1920 einen Wirtschaftlichen Arbeitsrat, der Beträchtliches hätte leisten können, wenn nicht die kommunistischen Zwistigkeiten die alten Gewerkschaften gezwungen hätten, ihre ganzen Kräfte der Verteidigung ihrer Existenz zu widmen.

Aber noch ein weiterer, ebenso einschneidender Unterschied in den Methoden ,wie derjenige, der sich aus dem Gegensatz der beiden Temperamente — dem revolutionären und dem revisionistischen — ergibt, trennt die CGTU. und die CGT. Erstere hat sich in die Abhängigkeit der Moskauer Kommunistischen Internationale begeben und hat ihr Leben mit dem einer politischen Partei verknüpft, während die CGT., treu ihrer alten Charte von Amiens, von allen politischen Gruppierungen freizubleiben wünscht.

Trotz dieser Unterschiede ist es vielleicht keine Uebertreibung zu sagen, daß die Einheit der Arbeiterbewegung in Frankreich nicht völlig tot ist; denn einmal gibt es zahlreiche Kommunisten, die der Autorität von Moskau Widerstand leisten oder sie, rund heraus, verwerfen, und ebenso ist in dem katholischen Bund die Unterordnung unter die politischen Gesichtspunkte der Kirche durchaus nicht vollständig.

Auch auf dem Gebiete der praktischen Probleme nehmen die christlichen Gewerkschaften keinen Anstand, für die Organisation der Arbeit und für die Entlohnung Lehren aufzustellen, deren Verwirklichung die gegenwärtige Gesellschaft „revolutionieren" würde, und die Kommunisten ihrerseits beteiligen sich ohne Scheu an den Tageskämpfen für die Verteidigung des Achtstundentages oder für die Erhöhung der Löhne. So bildet sich die Einheit der Arbeiterfront, wenn sie auch für gewisse Fragen, wie die Arbeiterversicherung oder den Steuerabzug vom Lohn, schwierig erscheint, für eine Reihe von anderen Fragen spontan.

Das ist eine Feststellung, auf Grund deren man vielleicht schon für eine baldige Zukunft eine bessere Gruppierung der Arbeiterkräfte ins Auge fassen darf. Aber dieses Fortbestehen der Gleichheit der Interessen und der Forderungen wird nicht immer von den Arbeitern selbst erkannt, und die gehässigen Polemiken, die persönlichen Konflikte, die gegenwärtig die Aufmerksamkeit der Führer in Anspruch nehmen, erzeugen sicherlich bei den Besten von ihnen eine Müdigkeit und eine Bitterkeit, die der Lebenskraft der Gewerkschaftsbewegung schädlich sind.

Die Gewinnbeteiligung in Frankreich.

Von Séverin Kutner, Paris.

Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist in Frankreich eine hundert Jahre alte Einrichtung. Es war in der Tat im Jahre 1823, daß die Versicherungsgesellschaft „La Nationale" in Paris ihren Angestellten in der Feuerversicherung die Gewinnbeteiligung anbot (im Jahre 1830 in der Abteilung Lebensversicherung). Das Beispiel der „Nationale" wurde allmählich unter den verschiedensten Formen von anderen Betrieben nachgeahmt, z. B. der Feuerversicherungsgesellschaft „L'Union" in Paris im Jahre 1837, der Firma Leclaire in Paris — das bekannteste Beispiel — im Jahre 1842, der genossenschaftlichen Papierfabrik Laroche-Joubert in Angoulême im Jahre 1843 u. a.

Die Gewinnbeteiligung, die bald von großmütigen und wohlwollenden Unternehmern, denen es am Herzen lag, die materiellen Existenzbedingungen ihrer Angestellten zu verbessern oder ihnen ein Ruhegehalt zu sichern, bald zum Zwecke der Fesselung eines ständigen Personals und damit der Erhöhung der Arbeitsleistung eingeführt wurde, spiegelt in ihren einander folgenden Formen und in ihrem Geiste die soziale Entwicklung selber wider. Ursprünglich und bis zum Kriege 1914/18 nur wenig verbreitet, hat die Beteiligung seit 1919 an Boden gewonnen, ohne doch je eine Hauptrolle unter den sozialen Einrichtungen zu spielen. Immerhin nimmt das Interesse, das sie in Frankreich sowohl bei dem aufgeklärten Publikum als auch in der amtlichen Welt erweckt, ständig zu. Der deutlichste Beweis für dieses Interesse ist die im Jahre 1879 in Paris erfolgte Gründung der „Gesellschaft zum praktischen Studium der Gewinnbeteiligung der Angestellten", die seit 44 Jahren ihre Arbeit unablässig durch Veröffentlichungen, durch Veranlassung nationaler und internationaler Kongresse, die sich ausschließlich dieser Frage widmen, durch Anregungen an den Gesetzgeber und durch die vollständige Sammlung von Material über den Gegenstand ihrer Untersuchungen fortsetzt. Das Interesse der Parlamentarier und der Regierung äußert sich in der Einbringung zahlreicher Gesetzesvorlagen, in amtlichen Untersuchungen und in den Forschungen des Obersten Arbeitsrates. Von den Vorlagen, die keinen Erfolg

hatten, seien erwähnt: die älteste von 1879, die den Grundsatz der obligatorischen Gewinnbeteiligung bei der Zuteilung öffentlicher Arbeiten einführt; die Vorlagen von 1882, 1891 und 1895, die die Gewinnbeteiligung in den ständigen, von der öffentlichen Verwaltung konzessionierten Betrieben fordern; die Vorlagen von 1892 und 1909, die die Gewinnbeteiligung in den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien obligatorisch machen, und andere Vorlagen, die mehr oder weniger vom selben Geiste beseelt waren. Zwei Gesetzesvorschläge, die die Gewinnbeteiligung in allen Industrie- und Handelsunternehmungen obligatorisch machen, liegen dem Parlament seit 1920 vor. Hingegen haben andere Versuche zum Erlaß von Gesetzen geführt, von denen später noch die Rede sein wird.

Der neueste Beweis für das Interesse, das die amtliche Welt dieser Frage entgegenbringt, war die letzte Jahrestagung des Obersten Arbeitsrates. Diese Versammlung, die vom 12. bis 16. November 1923 abgehalten wurde, hatte die Frage der Gewinnbeteiligung auf ihrer Tagesordnung. Im Hinblick auf diese Sitzung war das Arbeitsamt beauftragt worden, eine Untersuchung zu eröffnen, deren Ergebnisse den Mitgliedern des Rates mitgeteilt wurden.

Die Denkschrift des Arbeitsamts zerfällt in zwei Teile, von denen der erste der Anwendung der Gewinnbeteiligung, wie sie gesetzlich vorgeschrieben oder vorgesehen ist, und der zweite der Anwendung, die auf der Privatinitiative beruht, gewidmet ist.

Keine gesetzliche Bestimmung über die Gewinnbeteiligung bezieht sich bisher auf die Gesamtheit der Industrie- und Handelsunternehmungen. Hingegen gibt es drei Gesetze, die die Beteiligung auf besonderen Gebieten regeln, nämlich: das Gesetz vom 18. Dezember 1915, das die Arbeiter-Produktivgenossenschaften betrifft, das Gesetz vom 26. April 1917 über die Aktiengesellschaften mit Arbeiterbeteiligung und das Gesetz vom 9. September 1919 über die Bergwerke, soweit die Dauer der Konzessionen und die Gewinnbeteiligung des Staates und der Arbeitnehmer in Betracht kommen.

Indem das Gesetz von dem Standpunkt ausgeht, daß das unterscheidende Merkmal der Produktivgenossenschaften die Verteilung der Gewinne nach der geleisteten Arbeit und nicht nach dem eingezahlten Kapital sein muß, bestimmt es, „daß eine Beteiligung, deren Satz niemals geringer als 25 Proz. des gesamten Nettogewinnes sein darf und mindestens den an das Kapital verteilten Dividendensätzen gleichkommen muß", allen Arbeitern dieser Genossenschaften, mag es sich nun um Teilhaber (associés) handeln oder nicht, gewährt werden soll. Diese Bestimmungen haben nur den Grundsatz festgelegt und geregelt, der in den Produktivgenossenschaften schon vorher herrschte.

Von 475 solcher Genossenschaften, an die das Arbeitsamt einen Fragebogen geschickt hatte, und von denen 347 der Beratungskammer der Arbeiter-Produktivgenossenschaften angehören, haben 328 mehr oder weniger vollständige Antworten eingesandt. Diese 328 Genossenschaften beschäftigten im Jahre 1920 etwa 12 000 Arbeiter, von denen die Hälfte Hilfskräfte ohne Teilhaberschaft (auxiliaires non associés) waren. Der den Angestellten gewährte Gewinnanteil schwankt zwischen 25 und 75 Proz., wobei ein Satz von 25 bis 30 Proz. am häufigsten vorkommt. Die gelieferten Auskünfte erlauben es nicht, den in diesen 328 Genossenschaften verteilten Gesamtgewinn zu berechnen; der durchschnittliche Anteil eines Arbeiters, der das ganze Jahr über beschäftigt war, schwankt zwischen 110 Franken im Bekleidungsgewerbe und rund 1000 Franken in der Glas- und Porzellanindustrie. Im Baugewerbe sind die Arbeiter-Produktivgenossenschaften am zahlreichsten und beschäftigen das größte Personal.

Das Gesetz über die Aktiengesellschaften mit Arbeiter-Gewinnbeteiligung ist fakultativ. Immerhin sind die Gesellschaften, die erklären, sich diesem Gesetz unterwerfen zu wollen, gehalten, einen — statutarisch festgelegten — Anteil an den Gewinnen für die „Arbeitsaktien" zurückzustellen, die den gemeinsamen und unveräußerlichen Besitz der Lohnempfänger bilden. Das Personal nimmt an der Verwaltung teil, indem es durch seine Bevollmächtigten im Verwaltungsrat und in den Generalversammlungen der Aktionäre vertreten ist. Die Zahl der Arbeitervertreter innerhalb des Verwaltungsrats wird durch das Verhältnis der Arbeitsaktien zu den Kapitalaktien bestimmt. Als Entschädigung genießen die Aktiengesellschaften, die sich den Bestimmungen des Gesetzes vom 26. April 1917 anpassen, gewisse steuerliche Befreiungen und dieselben Vorrechte wie die Genossenschaften in bezug auf die Zuteilung und die Submission bei öffentlichen Arbeiten.

Der Gesetzgeber hat im Sinne der Beruhigung und der sozialen Gerechtigkeit wirken wollen. Indem die Kammer den Forderungen, die die Arbeiterklasse besonders seit dem Kriege mit Nachdruck erhebt, in bezug auf die Arbeiterkontrolle Rechnung trug, wollte sie dem Arbeiter weniger die Dividende als vielmehr die Beteiligung an der Verwaltung des Unternehmens sichern. In dieser Absicht des Gesetzgebers muß man die wahre Tragweite des neuen Gesetzes suchen. Leider haben aus Gründen, von denen noch später die Rede sein wird, in den sechs Jahren, die das Gesetz in Kraft ist, und trotz der Vorteile, die es bietet, nur sehr wenige Gesellschaften davon Gebrauch gemacht. Die Untersuchung des Arbeitsamts berichtet nur von 11, von denen drei in Liquidation getreten sind und zwei andere die Beteiligung ihrer Handarbeiter nicht in der vorgesehenen Frist eingeführt haben. Die Wirksamkeit der sechs anderen ist zu kurz — sie begann 1920 oder 1921 —, um schon ein Ergebnis feststellen zu können.

Man kann das gleiche von dem jüngsten, dem Gesetze

über die Beteiligung des Staats und der Arbeitnehmer in den Bergwerken sagen. Bis zum 31. Dezember 1922 waren 51 Konzessionen gemäß dem Gesetze vom 9. September 1919 erteilt worden. Die wesentlichen Bestimmungen über die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer sind in Artikel 2 enthalten, „der den Interessenten die Sorge überläßt zu entscheiden, ob die Verteilung unter die einzelnen Arbeitnehmer erfolgen soll, oder ob der Betrag entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes vom 26. April 1917 verwendet werden soll, oder endlich, ob der Gewinnanteil, der den Arbeitnehmern zusteht, ganz oder teilweise in die selbständige Kasse der Bergarbeiter fließen soll". Der Anteil der Arbeitnehmer wird von dem Anteil des Staates in Höhe von 25 Proz. dieses Anteils vorweg abgezweigt.

Die Gewinnbeteiligung, die auf der Privatinitiative beruht, weist die verschiedensten Formen auf, die es nicht immer zulässig erscheinen lassen, die Betriebe, die sie angewandt haben, bei der eigentlichen Gewinnbeteiligung einzureihen. Es genügt, den Prozentsatz am Ertrage, die Leistungsprämien, die Materialersparnisprämien, die Gratifikationen und den Lohnzuschlag unter allen seinen Formen zu erwähnen. Mangels einer genauen allgemein oder gesetzlich anerkannten Begriffsbestimmung hat das Arbeitsamt seine Untersuchung abgegrenzt, indem es als Ausgangspunkt die Begriffsbestimmung von Charles Robert nahm und sie im weitesten Sinne deutete. Nach dieser Begriffsbestimmung wäre die Gewinnbeteiligung „eine — je nachdem ausdrücklich oder stillschweigend getroffene — freie Vereinbarung, durch die ein Arbeitgeber seinem Arbeiter außer dem normalen Lohn einen Anteil an seinem Gewinn ohne eine Beteiligung an dem Verlust gibt".

Das Arbeitsamt hat 75 Betriebe in seine derart abgegrenzte Untersuchung einbeziehen können. Ueber den Tag der Einführung der Gewinnbeteiligung haben 61 Betriebe genügend genaue Angaben gemacht. Sie gliedern sich folgendermaßen:

6	Unternehmungen	von	1823	bis	1850
16	„	„	1851	„	1900
11	„	„	1900	„	1918
28	„	seit	1919.		

Die Metallindustrie steht zahlenmäßig an der Spitze aller Gewerbe mit 15 Unternehmungen, man zählt 14 im Versicherungswesen, 13 im Handel; die übrigen 33 Anwendungen verteilen sich auf die verschiedensten Gewerbe. Im Vergleich mit der Gesamtzahl der Betriebe in jeder in Betracht kommenden Gewerbegruppe ist die Gewinnbeteiligung im Versicherungswesen am gebräuchlichsten.

Was die Verfassung dieser 75 Betriebe angeht, so weist die Erhebung 43 Aktiengesellschaften, 15 Kollektiv- und Kommanditgesellschaften und 16 Einzelunternehmungen nach. Diese Betriebe beschäftigen im ganzen etwa 102 000 Arbeiter und Angestellte, von denen 62 000 der Orléans-Eisenbahngesellschaft an-

gehören. Unter den Betrieben, die ein zahlreiches Personal haben, seien noch erwähnt: die Warenhäuser „Bon Marché" (5200), „La Samaritaine" (4500) und „Palais de la Nouveauté" (4000), die Maschinenbaugesellschaft Fives in Lille (4500), die Suezkanal-Gesellschaft (3146). Fünf weitere Unternehmungen beschäftigen jede mehr als 1000 Personen.

Von den untersuchten 75 Fällen sind nur sechs, wo die Beteiligung Gegenstand eines förmlichen Abkommens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist; 16 Gesellschaften haben sie in ihren Statuten vorgesehen. In den übrigen 53 Unternehmungen findet man entweder keine schriftliche Bestimmung — dies gilt von 27 —, oder man findet eine Regelung, die meistens dem Arbeitgeber das Recht vorbehält, nach Belieben die Beteiligung zu ändern oder sogar abzuschaffen. In den meisten Fällen — 58 von 75 — wird die Beteiligung den Arbeitnehmern lediglich als Geschenk bewilligt, das jede Kontrolle der Interessenten über ihre Durchführung und jede Einmischung in die Leitung oder Verwaltung des Unternehmens ausschließt. In zwei Betrieben wird ein sachverständiger Schiedsrichter, der alljährlich von der Generalversammlung der Beteiligten (participants) gewählt wird, mit der Prüfung der ordnungsmäßigen Führung der Bücher und der Verteilung betraut. Eine wirkliche Kontrolle ist den Arbeitnehmern nur in sieben Unternehmen gewährt, von denen fünf nach 1919 begründet worden sind; drei von diesen Betrieben haben einen Betriebsrat, dessen Delegierte das Recht haben, die Bilanz zu prüfen und die Verteilung zu überwachen.

Es ist im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich, die äußerst mannigfaltigen Formen der Gewinnbeteiligung in allen diesen Betrieben zu untersuchen, z. B. die Bedingungen der Zulassung, die Größe der Beteiligung, die Art der Verteilung usw. Diese Einzelheiten sind der Gegenstand einer Reihe von Tabellen und Statistiken. Zwei Privatunternehmungen, die jedesmal angeführt werden, wenn man von der Gewinnbeteiligung spricht, verdienen besondere Erwähnung. Diese klassischen Fälle sind: die Firma Leclaire, ein Maler-, Anstreicher- und Glaserbetrieb in Paris, und das „Familisterium" von Guise für Küchengeräte und Heizungsvorrichtungen in Guise (Aisne).

Die Beteiligung ist bei der Firma Leclaire im Jahre 1842 von dem Begründer des Hauses eingeführt worden. Die Gewinne werden folgendermaßen verteilt: 50 Proz. an die Arbeitnehmer, 35 Proz. an die gegenseitige Versorgungs- und Hilfsgesellschaft der Firma, 15 Proz. an die beiden Direktoren der Unternehmung, die von den Arbeitern und Angestellten, die Mitglieder der Elite (noyau) sind, ernannt werden. Um zur Elite zugelassen zu werden, muß man die Bedingungen beruflicher Tüchtigkeit erfüllen, 25 bis 40 Jahre zählen und einen sittlichen Lebenswandel führen. Der dem Personal zuerkannte Anteil am Gewinn wird unter die Angestellten und Arbeiter verteilt, gleichviel, ob es sich um Hilfskräfte oder um Elitemitglieder handelt, und zwar im Verhältnis ihrer Gehälter und

Löhne. Die Elitemitglieder wählen alljährlich Delegierte, die mit der Ueberwachung der Verteilung betraut sind. Von 1842 bis 1921 wurden Gewinne in Höhe von 10 761 285 Franken unter das Personal verteilt, das gegenwärtig 770 Angestellte und Arbeiter zählt. Außerdem sichert die Gesellschaft ihren Mitgliedern, ohne Zahlung irgendwelcher Beiträge, ein Ruhegehalt von 2000 Franken im Alter von 50 Jahren und nach 20 Dienstjahren bei der Firma zu.

Das Beteiligungssystem, das im Familisterium von Guise im Jahre 1880 durch seinen Gründer Godin eingeführt wurde, verfolgte den Zweck, das Eigentum an dem Betrieb in die Hände des Personals zu überführen und es sodann dauernd in den Händen der dort jeweils Arbeitenden zu erhalten. Das Personal besteht aus vier Gruppen: Hilfskräfte, Beteiligte, Sozietäre und Teilhaber. (Beteiligte sind mindestens 21 Jahre alt, ein Jahr bei der Firma, militärfrei und vom Verwaltungsrat und dem Direktor ernannt; Sozietäre sind mindestens drei Jahre im Betrieb, wohnen im Familisterium und werden vom Verwaltungsrat und dem Direktor ernannt; Teilhaber sind mindestens 25 Jahre alt, arbeiten seit mindestens fünf Jahren für die Firma, wohnen seit mindestens fünf Jahren im Familisterium, besitzen mindestens einen Geschäftsanteil von 500 Franken und werden von der Generalversammlung der Teilhaber aus der Zahl der Beteiligten und Sozietäre gewählt.) Die Beteiligten erhalten einen Gewinnanteil, der sich nach ihren Löhnen berechnet; die Sozietäre nehmen an dem Gewinn im anderthalbfachen Verhältnis ihrer Löhne teil; die Teilhaber erhalten einen Anteil nach Maßgabe des Doppelten ihrer Löhne. Der Gewinnanteil, der den Hilfskräften zustehen würde, wenn sie anteilsberechtigt wären, fließt in die Pensionskasse. — Nach Vorwegnahme der erforderlichen Summen für Tilgung und Rückstellungen, für die verschiedenen Wohlfahrtseinrichtungen der Gesellschaft, für die Schulen des Familisteriums und für Zinsen in Höhe von 5 Proz. des von den Kommanditären der Gesellschaft zur Verfügung gestellten Kapitals werden 75 Proz. des Gewinnsaldos zu gleichen Teilen an die Arbeiterschaft und an das Kapital verteilt und 25 Proz. an das „Talent". Um entsprechend dem Willen des Herrn Godin das Kapital nicht zu bevorzugen, nimmt die Arbeit an der Verteilung mit ihrer gesamten Lohnhöhe und das Kapital in der Gesamthöhe der zu beziehenden Zinsen teil. Die 25 Proz., die dem Talent zustehen, werden auf folgende Weise verteilt: 4 Proz. an den Direktor, 16 Proz. an den Verwaltungsrat, 2 Proz. an den Aufsichtsrat, 1 Proz. an die ehemaligen Schüler der Schulen des Familisteriums für ihre Vorbereitung auf die Staatsschulen oder ihren Unterhalt in diesen Schulen und 2 Proz. an die Mitglieder der Gesellschaft für Erfindungen oder Fabrikationsverbesserungen. — Die Kontrolle der Arbeiter wird durch die Anwesenheit von drei Delegierten im Verwaltungsrat und drei aus den Teilhabern gewählten Delegierten im Aufsichtsrat gesichert.

Vor dem Kriege beschäftigte die Gesellschaft 2700 Per-

sonen in ihren Betrieben in Guise und in ihrem Zweiggeschäft in Brüssel. Ihre Gebäude und ihre Maschinen haben durch den Krieg sehr gelitten; die Fabrikation ist seitdem wiederaufgenommen worden, aber gegenwärtig beschäftigt die Gesellschaft nur etwa 1600 Personen. Für das Geschäftsjahr 1920/21 wurden der Arbeiterschaft Gewinne in Höhe von 1 653 480 Franken zugewiesen, nämlich: 654 439 Franken an 374 Teilhaber, 42 992 Franken an 42 Sozietäre, 836 043 Franken an 1147 Beteiligte, 103 871 Franken an die Hinterbliebenenkasse (an Stelle der Hilfskräfte) und 16 135 Franken an den Sparfonds.

Die Untersuchung des Arbeitsamtes ist „rein beschreibend und dokumentarisch; sie stellt Tatsachen fest, sie enthält kein Urteil". Diese Zurückhaltung ist erklärlich, denn die von den Beteiligten gelieferten Schätzungen des Nutzens und des Einflusses der Gewinnbeteiligung, so wie sie bis heute in Frankreich gehandhabt worden ist, sind ziemlich widersprechend. Immerhin drängen sich bei einer aufmerksamen Prüfung der Tatsachen, die die Untersuchung berichtet, gewisse Feststellungen auf. Und die Tagung, die der Oberste Arbeitsrat im November abgehalten hat, brachte interessante Erläuterungen zu diesen Tatsachen.

Wir wollen diese Tagung kurz untersuchen. Sie wurde von der tiefgehenden Uneinigkeit beherrscht, die die Versammlung in zwei schwer versöhnliche Lager spaltete: auf der einen Seite die Vertreter der Regierung und der Arbeitgeberschaft, auf der anderen die Arbeitermitglieder, die von Herrn Justin Godart, Abgeordnetem und ehemaligem Unterstaatssekretär, Urheber des Gesetzesvorschlags von 1909 betreffend die Gewinnbeteiligung, unterstützt wurden. André Baudet, Mitglied der Pariser Handelskammer, hat im Namen des ständigen Ausschusses des Obersten Arbeitsrates einen Bericht erstattet. Er schließt folgendermaßen:

„Der ständige Ausschuß fordert: der Staat, die Provinzen und die Gemeinden sollen ermächtigt werden, wenn sie es für nützlich halten, in ihre Lastenhefte Klauseln einzufügen, die den Konzessionären die Gewinnbeteiligung auferlegen; der Beteiligungsvertrag soll gesetzlich anerkannt und näher bestimmt werden."

Diese wenigen Zeilen geben das Wesentliche der Forderung wieder, der Rest bezieht sich nur auf die Anwendungsbedingungen.

Justin Godart unterbreitete in seinem Namen und im Namen der Arbeitermitglieder des Rates einen Gegenvorschlag. Nachdem er festgestellt hat, daß die Gewinnbeteiligung, so wie sie gegenwärtig gehandhabt wird, im großen und ganzen den Charakter eines reinen Geschenkes von Arbeitgeberseite hat, dessen Form und Einzelheiten von den Arbeiterorganisationen glatt abgelehnt werden, erklärt er, die bisherigen Erfahrungen erlaubten nicht, sich für einen gesetzlichen Zwang zur Gewinn-

beteiligung zu entscheiden, und stellt eine Forderung auf, deren wesentliche Stellen lauten:

„Durch Gesetz soll in jeder Industrie- und Handelsunternehmung, einschließlich des Versicherungswesens, der Banken und des Verkehrs, ein gemischter Ausschuß eingesetzt werden, um gemeinsam technische Fragen, Arbeiterfragen und Fragen betreffend die Leistung der Handarbeiter zu prüfen;

durch Gesetz soll in jedem Bezirke ein beratender Arbeitsrat eingerichtet werden;

fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Einsetzung der gemischten Ausschüsse sollen ihre Befugnisse so erweitert werden, daß sie mit zur Verwaltung berufen seien."

Letzten Endes begnügt sich diese Forderung damit, in einer gemilderten Form die Einsetzung von Whitley-Ausschüssen zu empfehlen. Trotzdem wirkte der Gegenvorschlag von Justin Godart wie das Streichholz am Pulverfaß. Schließlich wurden nicht nur diese bescheidene Forderung, sondern sogar die Schlußfolgerungen des Berichterstatters André Baudet verworfen und durch einen völlig belanglosen und ganz akademischen Vorschlag des sozialistischen Abgeordneten Groussier ersetzt. Wir geben daraus die wichtigsten Stellen wieder:

Der Vertrag soll von vornherein die Größe der zu verteilenden Gewinne bestimmen;

der Vertrag darf nicht an das Recht auf die Verteilung der Gewinne Bedingungen knüpfen, die dieses Recht illusorisch machen würden . . .;

der Vertrag soll die Regeln festsetzen, die bei der Ausschüttung des Gewinnanteils, der jedem Beteiligten zusteht, zu beobachten sind, wobei es ausgemacht ist, daß, wenn dieser Anteil einmal bestimmt ist, er den Beteiligten endgültig gehört, gleichviel ob die Ausschüttung unmittelbar oder später erfolgt;

es soll verboten sein, während der Dauer des Geschäftsjahres irgend eine Bestimmung, die sich auf die Beteiligung bezieht, und die in einer Ordnung vorgesehen ist, aufzuheben oder zu ändern.

Das ist das Ergebnis der letzten Tagung des Obersten Arbeitsrates; er hat die Frage der Gewinnbeteiligung ihrer Lösung keineswegs nähergebracht. Trotzdem war diese Tagung nicht nutzlos. Vor allem verdanken wir ihr die sehr lehrreiche Untersuchung über die Gewinnbeteiligung. Außerdem beleuchten die Schlußfolgerungen der Berichterstatter beider Lager, sowie die Diskussion die Ursachen, aus denen die Gewinnbeteiligung gewissermaßen ein toter Buchstabe geblieben ist, und auch die unerläßlichen Bedingungen für ihren Erfolg.

Es ergibt sich aus der Untersuchung:

1. daß die Anwendung der Gewinnbeteiligung seit 1919 rasch fortgeschritten ist, denn mehr als ein Drittel der geprüften Fälle liegen nach dieser Zeit;

2. daß die den Beteiligten gewährte Einrichtung einer wirklichen Ueberwachung der Beteiligung, die notwendigerweise die Ueberwachung der Verwaltung der Unternehmung in sich schließt, vom gleichen Jahre datiert, denn das gilt für

fünf von den insgesamt sieben Fällen, die die Untersuchung verzeichnet hat;

3. daß die Beteiligung Mühe hat, sich auszudehnen, ja, noch schlimmer: Ch. Picquenard, der Direktor des Arbeitsamtes, der die Vorrede zu der Untersuchung geschrieben hat, gesteht selbst zu, „es scheine so, als ob die Anwendung der Beteiligung eher abnimmt". Tatsächlich hat er gegenüber den 75 Fällen, die das Arbeitsamt in den Rahmen seiner Untersuchung hat aufnehmen können, 41 Betriebe hervorgehoben, die auf die Beteiligung verzichtet haben, nachdem sie sie mehr oder weniger lange angewendet hatten. Ueberdies sind die etwa 120 000 Arbeiter und Angestellten, die die Beteiligung genießen — ohne die Bergarbeiter zu zählen, die dem Gesetz vom 9. September 1919 unterstellt sind, das noch keine beachtenswerten Ergebnisse zeitigen konnte —, ein Wassertropfen in dem Ozean der Millionen französischer Arbeiter.

Was sind die Ursachen, die einerseits ein Wiederaufleben der Beteiligung seit 1919 hervorrufen, und anderseits sie zu einer Scheinexistenz verurteilen? Die Erklärung dieses Widerspruchs scheint die folgende zu sein. Die französische Arbeitgeberschaft, die durch die während der ganzen Kriegszeit ausposaunten Versprechungen gebunden und durch das Erwachen des Klassenbewußtseins des Proletariats beeindruckt war, bemühte sich, seinen Forderungen Rechnung zu tragen. Die viel häufigere Anwendung der Gewinnbeteiligung ist ein Symptom dafür. Aber dieselbe Arbeitgeberschaft ist der Gefangene der durchaus individualistischen und am Herkommen klebenden Gesinnung, die sie auszeichnet. Jede Zwangsmaßnahme, jeder Angriff auf den Grundsatz der Autorität, jede kühne Lösung widerstrebt ihr. Daher der fakultative Charakter der Beteiligung, der Charakter des Geschenks, das Fehlen der Kontrolle seitens der Beteiligten. Anderseits wird sich die Arbeitnehmerschaft, die durch vier Jahre von Prüfungen und Leiden, sowie durch die russische Revolution erschüttert ist, mehr und mehr ihrer Bedeutung in dem Produktionsprozeß bewußt und fordert entsprechende Rechte. Für die Arbeitgeberschaft ist die Gewinnbeteiligung ein Zweck, ein wohltätiger Zweck, für die Lohnempfänger ist sie nur ein Mittel, ein Zwangsmittel. Wie es denn der aufgeklärte Bürger Justin Godart in der Einleitung zu seinem Gegenvorschlag so ausgezeichnet gesagt hat: die Lösung der Gewinnbeteiligungsfrage liegt auf moralischem Gebiete, „sie beruht auf der Hebung der Arbeiterschaft als einem nationalen Element, das von der Blüte des Landes lebt, in eine andere Sphäre als die der Unterordnung; sie besteht in dem Aufstieg der Arbeit zur Mitwirkung, zur Verwaltung, zur Teilhaberschaft, zum Eigentum am Kapital".

Der Entwurf eines französischen Sozialversicherungsgesetzes.

Von Robert Perdon, Vorsitzender des Verbandes der Arbeiterhilfskassen auf Gegenseitigkeit, Paris.

Die Arbeiterwelt, alle republikanischen, demokratischen und sozialistischen Pazifisten, die an die Möglichkeit des Friedens unter den Völkern glauben, die die zwischenstaatlichen Kriege ebenso verabscheuen wie die sozialen Kämpfe — denn beide sind gleich verhängnisvoll, und nie stehen die Opfer, die gefordert werden, im Verhältnis zu dem erreichten Erfolg —, arbeiten an der Sicherung gegen die sozialen Risiken der Arbeiter aller Länder und an der Ausbildung der Mittel, die die Wiederkehr eines Krieges verhindern sollen. Die Vergangenheit spricht für eine solche Vorbeugungsarbeit, denn wenn die Katastrophe hereingebrochen ist, ist es nicht mehr Zeit, wirksame Mittel ins Auge zu fassen, um sie zu verhüten. Höchstens kann man dann noch versuchen, den Brandherd einzudämmen; es ist also besser, dem Uebel vorzubeugen, als es zu heilen. Dazu kommt, daß wenn die Völker sich bekriegen oder nur auf Rache sinnen, sie ihr materielles und moralisches Wohl nicht fördern können.

Frankreich und Deutschland, die ein grauenvoller Krieg — die Folge einer von Alldeutschen und Chauvinisten diesseits und jenseits der Grenze geschickt betriebenen Politik des Hasses und der Lüge, des Irrtums und der Verleumdung — fünf Jahre lang gegeneinander hetzte, können auf ihre Gelehrten, Ingenieure, Philosophen, Musiker und Denker gleich stolz sein. Diese beiden großen Nachbarvölker mit den gleichen Bedürfnissen sind dafür geschaffen, sich zu vertragen und nicht sich dauernd zu bedrängen, sich mit dem Bruderkriege zu bedrohen, der eine Schande für die ganze Menschheit ist, und der die gesamte Zivilisation um ein Jahrhundert zurückwirft. Schon vor sehr langer Zeit brandmarkte Montesquieu den Wahnsinn der Rüstungen mit den Worten: „Sobald ein Volk seine Truppen vermehrt, vermehren auch die anderen die ihren, so daß auf diese Weise nichts erreicht wird als der allgemeine Untergang."

Die Annäherung von Frankreich und Deutschland ist eine Notwendigkeit für den Weltfrieden und die beste Sicherung für beide Länder. Dieser Annäherung darf die Arbeiterwelt nicht gleichgültig gegenüberstehen; im Gegenteil, sie muß sogar ihr Werk sein. Wenn die beiden großen Völker einander besser kennen werden, werden die Empfindlichkeiten und Reibungen schwinden; sie werden über ihre wirtschaftlichen, ja sogar ihre nationalen Interessen verhandeln und sich nicht mehr bekriegen.

Ein besonderer Punkt, auf den die Arbeiterwelt ihre Aufmerksamkeit richten muß, ist die Sozialversicherungsgesetz-

gebung, die in Deutschland so hoch entwickelt ist. Die gegenwärtige Wirtschaftslage stellt sie auf eine sehr harte Probe; sie wird aber trotz allem bestehen bleiben, und sie wird sich der schwankenden Entwicklung der Dinge viel besser anpassen, als es der Spartrieb des einzelnen, den Kriegs- und Nachkriegszeit untergraben haben, könnte.

Das ganze Leben des Arbeiters ist an die soziale Solidarität gebunden. Was können ihm auch Lohnerhöhungen und Kürzungen der Arbeitszeit nützen, wenn er ohne Stütze und ohne Sicherheit in den für ihn, seine Frau und seine Kinder schmerzlichsten und schwierigsten Lebenslagen bleibt: bei Krankheit, Invalidität, Alter und Tod, die unsere Arbeiterschaft jetzt in völlige Mittellosigkeit und in Furcht vor dem nächsten Tage versetzen.

Um diesen Gefahren zu begegnen, greift die Solidarität ein, die seit dem Altertum in verschiedenen Formen auftritt. Die drei wichtigsten Formen sind folgende:

1. Die Wohltätigkeit, die im Mittelalter hoch in Ehren stand und noch heute bei gewissen patriarchalischen Arbeitgebern in Gunst steht, bedeutet für den, der sie genießt, eine Herabsetzung seiner persönlichen Würde und eine Verminderung seiner Unabhängigkeit.

2. Die soziale Wohlfahrtshilfe, die von Condorcet und Barrière im Feuer der Revolution von 1789 begründet wurde, und für die Mirabeau die schönen und eindrucksvollen Worte prägte: „Von jetzt ab gehören die Armen und ihre Leiden dem Staat." Diese Wohlfahrt ist aber nur eine verfeinerte Form der Wohltätigkeit; sie weist ihre Lücken und Unzulänglichkeiten auf, sie wandelt in den Spuren der mittelalterlichen Wohltätigkeit und sollte aus unserer modernen Gesellschaft verbannt werden. Sie bedeutet in der Tat die Erlangung von Hilfe für sich und die Seinen im Falle der Bedürftigkeit, für die je nach dem Milieu, sowie nach politischen und örtlichen Einflüssen ein verschiedener Maßstab angelegt wird.

3. Die Versicherung, die ihrerseits wieder unter folgenden zwei Formen auftritt:

a) Die freiwillige Vorsorge, die in Frankreich auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit beruht, ist eine Einrichtung, die über ein Jahrhundert alt und bei uns hoch entwickelt ist. Es gibt im ganzen Lande 19 000 bis 22 000 Hilfskassen auf Gegenseitigkeit mit mehr als 3 Millionen Mitgliedern; sie sind teils nach Departements zusammengefaßt, teils nach ihrem bestimmten Zweck: Alters-, Lebens-, Heilmittel-, Waisen-, Mutterschafts- und Schulversicherung.

b) Die obligatorische Vorsorge, welche nur eine Verallgemeinerung der Versicherung auf Gegenseitigkeit bedeutet, und die man „Sozialversicherung" nennt.

Die Versicherung ist die Festlegung eines Rechtes, das gemäß vorher bestimmten Verpflichtungen zwischen dem einzelnen und der Gesamtheit erworben wird, und das von niemand-

dem aufgehoben werden kann. Mit einem Wort: die Versicherung bedeutet eine auf die Allgemeinheit ausgedehnte Vorsorge.

Diese Art der Vorsorge, die in Deutschland seit bald 38 Jahren besteht, ist bei uns nur versuchsweise und sehr unvollkommen angewendet worden; sie ist jedoch offenbar eine notwendige Einrichtung für jede gut organisierte Demokratie und drängt sich überall als eine unvermeidliche Notwendigkeit auf.

Unmittelbar nach dem fürchterlichen Weltkriege zeigte sich nun bei der Wiederverbindung Elsaß-Lothringens mit Frankreich, daß die Arbeiter dieser Provinzen in der Tat im Genuß einer Sozialgesetzgebung standen, die sehr viel vollständiger war als in Frankreich, und von der Herr Hofsletter in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der Ortskrankenkassen Elsaß-Lothringens mit gutem Grund auf dem Kongreß der Hilfskassen auf Gegenseitigkeit in Angiers am 24. Oktober 1920 sagte: „Einige unserer örtlichen Einrichtungen stehen unter mehr als einem Gesichtspunkt auf einer höheren Stufe und sind den modernen Verhältnissen besser angepaßt als die des alten Frankreichs." So sah sich denn unsere Regierung gezwungen, die allzu schreiende Ungleichheit zu beseitigen. Diese Aufgabe übertrug der frühere Arbeitsminister Herr Jourdain — ein Elsässer, der mit den Vorzügen der deutschen Sozialgesetzgebung vertraut ist — dem hervorragenden Staatsrat George Cahen Salvador, den er in die Leitung der Arbeiterversicherung berief.

Nach zweijährigen Untersuchungen wurde ein vom Ministerrat gebilligter Entwurf am 23. März 1921 von dem Arbeitsminister Daniel Vincent der Kammer der Abgeordneten vorgelegt und den parlamentarischen Kommissionen für Sozialversicherung zur Prüfung überwiesen. Nach den Zeitungen zu urteilen, die damals ausführliche Berichte brachten, wurde dieser Gesetzentwurf von allen Beteiligten recht günstig und von der ganzen linken Presse freundlich aufgenommen; selbst die „Humanité" brachte aus der Feder Gabriel Reuillards einen äußerst wohlwollenden Aufsatz. Tatsächlich ist ja die Sicherung gegen die sozialen Gefahren — Krankheit, Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit — eine Frage von größter Bedeutung geworden. Im Laufe der letzten Jahre bildete sie die Grundlage zahlreicher Kämpfe (der Bankangestellten, der Angestellten der Warenhäuser, der Bergarbeiter, der Gemeindeangestellten usw., um nur die wichtigsten aufzuführen). Auf dem 12. Nationalkongreß der französischen Hilfskassen auf Gegenseitigkeit drückte sich der Vorsitzende Leopold Mabilleau folgendermaßen aus: „Ein allgemeines Gesetz, das die Krankheits- und Invaliditätsfürsorge verallgemeinert, kann nur ein obligatorisches Gesetz sein."

Auch die CGT. (Allgemeiner Arbeiterbund) nahm am 11. Februar 1921 folgenden Antrag an:

„Da die jetzige Organisation der Sozialversicherung für jede Gruppe von Versicherten Verschiedenheiten aufweist und überdies unvollständig ist, und da es von Wichtigkeit ist, die Einheitlichkeit und Verallgemeinerung zu sichern, verlangt die CGT. die Schaffung eines allgemeinen Systems der Sozialversicherung, das alle den Lohnempfängern drohenden Gefahren — Unfälle, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität, Alter — umfaßt, wobei die Arbeiterorganisationen natürlich an der Geschäftsführung beteiligt sein müssen.

Sie verlangt, daß die schon bis jetzt erworbenen Pensionen soweit erhöht werden, daß die Steigerung der Existenzkosten ausgeglichen wird, und daß überhaupt die Sätze so berechnet werden, daß den Empfängern eine normale Lebensweise ermöglicht wird."

Der Nationalkongreß der Angestellten, die Liga für Menschenrechte und sogar der Christliche Arbeiterbund (dessen Gründung man verabscheuen oder beklagen mag, dessen Existenz und Wirksamkeit zu leugnen aber ungeschickt wäre) bemächtigen sich dieser Frage, erörtern und prüfen sie und verkünden ihre Auffassung.

Niemals schien ein soziales Gesetz unter besseren Vorzeichen geboren zu werden, und wer bei seiner Einbringung vorausgesagt hätte, daß drei Jahre später sein erster Paragraph noch nicht einmal im Plenum beraten würde, wäre rücksichtslos als falscher Prophet behandelt worden.

Der Entwurf wurde also von Herrn Jourdain im Laufe der Jahre 1919 und 1920 ausgearbeitet und durch Herrn Daniel Vincent am 23. März 1921 der Kammer der Abgeordneten vorgelegt. Während mehr als 22 Monate studierte der Ausschuß, dem er zunächst überwiesen wurde, alle Einzelheiten, veranstaltete Enqueten, hörte die bevollmächtigten Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die Vertreter der Hilfskassen auf Gegenseitigkeit, der Genossenschaften, der Aerzte und Apotheker, der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie, und am 31. Januar 1923 reichte der Berichterstatter, Herr Dr. Grinda, Abgeordneter von Nizza, seinen Bericht ein. Es ist ein umfangreiches Schriftstück von mehr als 500 Seiten, das nicht weniger als 186 Abschnitte enthält.

Trotz der wiederholten Vorstellungen seiner Gegner aus den Kreisen der Arbeitgeber, der Aerzte und der Landwirtschaft hat die Kommission den ursprünglichen Entwurf nur wenig verändert.

Seine grundlegenden Prinzipien sind: die obligatorische Teilnahme, Vorauszahlungen, gleichmäßige Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Erstreckung der Versicherung auf alle Gefahren (Krankheit, Mutterschaft, Invalidität, Alter, Tod), Ausdehnung der ärztlichen Behandlung und der Versorgung mit Arzneimitteln auf die Frau des Versicherten und auf seine Kinder unter 16 Jahren. Der garantierte Mindestsatz der Altersrente und der Rente im Falle zeitweiliger oder endgültiger Invalidität ist gleichfalls beibehalten worden.

Die von der Kommission vorgenommenen Aenderungen beziehen sich hauptsächlich auf die Verwaltung und Geschäftsführung.

Was den Beitritt und die Einziehung der Beiträge betrifft, so wurden die in dem Gesetz vom 5. April 1910 über die Arbeiterpensionen enthaltenen Vorschriften glücklicherweise völlig fallen gelassen. Nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes wird jeder Arbeitgeber dem Kassenverband seines Bezirkes eine Liste der von ihm beschäftigten Lohnempfänger übergeben und ihm dann allmonatlich eine Aufstellung des jedem einzelnen gezahlten Lohnes liefern. Von dem sich aus dieser Aufstellung ergebenden Gesamtbetrag wird er 10 Proz. zu zahlen haben, wovon 5 Proz. dem Versicherten zur Last fallen und jedesmal bei der Lohnzahlung im voraus einbehalten werden.

In bezug auf die Beteiligung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sah der ursprüngliche Entwurf eine Abstufung der Beiträge nach 6 Lohnklassen vor, und zwar so, daß die Beiträge 5 Proz. des Durchschnittlohnes jeder Klasse ausmachten. Abgesehen von den Schwierigkeiten der Ueberwachung führte dieses System zu der Ungerechtigkeit, daß in jeder Klasse von dem niedrigsten Lohn verhältnismäßig mehr abgezogen worden wäre, als von dem höchsten. So lagen auf einem Lohn von 600 Fr. 7,5 Proz. gegenüber 6 Proz. auf 1500 Fr., 5,33 Proz. auf 3000 Fr., 6,09 Proz. auf 4100 Fr., 4,16 Proz. auf 6000 Fr., 4,37 Proz. auf 8000 Fr. und 4,5 Proz. auf 10 000 Fr. Da kann man die Entscheidung der Kommission nur begrüßen, die jede der sechs Klassen in drei Stufen eingeteilt hat, so daß der 5prozentige Beitrag nunmehr von 18 verschiedenen Lohnsätzen errechnet wird:

Lohnklasse	Jahresbeitrag der Arbeiter nach Entwurf der	
	Regierung	Kommission
Franken	Fr.	Fr.
I. bis 1200	45	15, 30, 60
II. 1201— 2400	90	75, 100, 120
III. 2401— 4000	160	125, 150, 200
IV. 4001— 6000	250	225, 250, 300
V. 6001— 8000	350	325, 350, 400
VI. 8001—10000	450	425, 450, 500

Bei den für den Pensionsdienst geleisteten Zahlungen hat die Kommission eine Modalität des Gesetzes vom 5. April 1910 über die Arbeiterpensionen zugelassen, die dem Versicherten gestattet, seine Zahlungen zugunsten seines Ehegatten abzutreten oder zu reservieren, sowie die Möglichkeit, das Kapital zu dem eine Rente von 360 Fr. übersteigenden Teil zur Bildung eines Familienfonds unter den von der Lex Ribot festgesetzten Bedingungen zu verwenden.

Eine der interessantesten Aenderungen an dem ursprünglichen Entwurf, die für uns von großer Bedeutung ist, da sie die Annahme eines von dem „Verbande der Arbeiterhilfskassen auf Gegenseitigkeit" verkündeten Grundsatzes darstellt, ist der „Heimfall der Rente des Versicherten an seinen Ehegatten". In diesem Falle würde sich die Rente des Berechtigten um ungefähr ein Drittel vermindern, während die Hälfte der verbleibenden Rente dem Ehegatten zugute käme. So würde z. B. ein Versicherter, der auf eine Altersrente von 3000 Fr. Anspruch hat, nur 2000 Fr. erhalten, und nach seinem Tode würde sein Ehegatte von einem Alter von 55 Jahren an die Hälfte davon, d. h. 1000 Fr. beziehen.

Eine andere unserer Forderungen, nach der der auf 10 000 Fr. festgesetzte Höchstlohn je nach der Gegend bis auf 15 000 und 20 000 Fr. heraufgesetzt werden sollte, ist nicht angenommen worden; jedoch wurde der versicherungspflichtige Lohn für jedes unterhaltspflichtige Kind um 2000 Fr. erhöht, so daß ein Familienvater, der zwei Kinder hat und jährlich 14 000 Fr. verdient, trotzdem obligatorisches Mitglied der Versicherung ist. — Wer, nachdem er einmal eingeschrieben war, mehr als den festgesetzten Höchstlohn verdient, wird auf Grund einer besonderen Regelung in der Versicherung belassen, vorausgesetzt, daß er mindestens 5 Jahre Mitglied gewesen ist.

Die Pächter, die in dem ursprünglichen Entwurf dem Versicherungszwang unterlagen, sind wiederum, wie in dem Gesetz über die Arbeiter- und Bauernpensionen, unter die freiwillig Versicherten eingereiht worden. Das ist ein schwerer Fehler.

Für die Landarbeiter ist auf Betreiben der Landwirtsverbände, deren maßgeblichster und zugleich am meisten gegen das Gesetz erbitterter Vertreter Herr Garcin von der Nationalen Vereinigung der Landwirtschaftlichen Verbände ist, dem ursprünglichen Entwurf ein neuer Abschnitt hinzugefügt worden. Diese neuen Bestimmungen, welche den 4. Abschnitt des Entwurfs bilden und die Landarbeiter in eine besondere Gruppe verweisen, sind höchst gefährlich:

1. weil diese Teilung bei uns zwei Arten von Lohnempfängern schafft oder unterscheidet, städtische und ländliche;

2. weil die bevorrechtete Stellung, die der Verwaltung dieser Versicherungskassen eingeräumt wird, die anderen Kassen auf eine niedrigere Stufe herabdrückt;

3. weil in diesem besonderen Abschnitt alle die bedauerlichen Bestimmungen des Gesetzes vom 5. April 1910 über die Arbeiterpensionen wieder auftauchen.

So wird der de jure obligatorische Grundsatz de facto fakultativ, mit der Wirkung, daß das Gesetz auf eine ganze Gruppe von Arbeitern nur unvollkommen angewandt werden wird.

Bei der freiwilligen Versicherung sind die intellektuellen Arbeiter ebenso zugelassen wie alle diejenigen,

welche, ohne im strengen Sinne des Wortes Lohnempfänger zu sein, doch von dem Ertrag ihrer Arbeit leben. Die Kommission hat zugelassen, daß auch die keinen Lohn beziehenden Frauen der Versicherten sich gegen einen besonderen Beitrag von monatlich 10 Fr. als freiwillig Versicherte einschreiben lassen können und dann eine besondere Versicherung genießen.

Die Kommission — und sie tat gut daran — hat die Geburtsprämien beseitigt, die auf 200 Fr. festgesetzt waren, und die der Entwurf auf 400 Fr. erhöhte, falls beide Eltern Lohnempfänger sind, was höchst ungerecht war, sowohl gegenüber der Mutter, deren Zeit von der Sorge für den Haushalt und für die älteren Kinder in Anspruch genommen wird, als auch gegenüber der unglücklichen unehelichen Mutter, deren Kind anzuerkennen der Vater nicht den Mut gehabt hatte. Dank einer glücklichen Eingebung hat die Kommission diese Prämien auf die Stillprämie übertragen, die sie erhöht und für alle Klassen vereinheitlicht hat: 100 Fr. in den ersten beiden Monaten, 75 Fr. im 3., 50 Fr. im 4. bis 6., 25 Fr. im 7. bis 9. und 10 Fr. im 10. bis 12. Monat. Ebenso wurden in allen Klassen einheitlich beibehalten: die Familienzuschüsse in Höhe von 0,50 Fr. pro Tag und Kind bei den Krankheitsunterstützungen, 10 Fr. pro Monat und Kind bei den Unterstützungen im Falle zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit, 100 Fr. pro Jahr und Kind bei den Invalidenrenten und 100 Fr. pro Kind bei den Unterstützungen im Todesfall.

Ebenso wie die täglichen Leistungen für die ersten sechs Krankheitsmonate sind die Unterstützungen im Todesfall für die erste Klasse etwas erhöht und für die 3. bis 6. Klasse herabgesetzt worden. Diese Unterstützungen für den Sterbefall werden übrigens statt auf einmal in zwei Raten ausgezahlt, und zwar lediglich, damit sie nicht ihrer Bestimmung entzogen und von den Beerdigungsunternehmungen mit Beschlag belegt werden können.

Im einzelnen betragen die Leistungen nach dem Kommissionsentwurf, wie er in dem Bericht von Grimm der Kammer zugegangen ist, in den sechs Lohnklassen:

Bei Krankheit während der ersten sechs Monate täglich 1,75, 3,00, 5,00, 7,50, 10,00 bzw. 13,00 Fr. (Voraussetzung: der Versicherte muß im Laufe der letzten drei Monate vor der Erkrankung oder dem Unfall für 50 Tage Beiträge geleistet haben.) In den anschließenden 5 Jahren (zeitweilige Invalidität) monatlich 54, 75, 110, 140, 195 bzw. 250 Fr. (Voraussetzung: der Versicherte muß in den letzten zwei Jahren vor der Erkrankung oder dem Unfall regelmäßig Beiträge gezahlt haben, d. h. in jedem Jahre für mindestens 240 Tage.)

Altersrente jährlich 500, 900, 1275, 1650, 2325 bzw. 3000 Fr. (Voraussetzung: 30 Jahre Beitragszahlung.) Invalidenrente bei völliger Arbeitsunfähigkeit wie Altersrente (Voraussetzung: 5 Jahre Versicherung), bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit 60 Proz. der Vollrente.

Bei Todesfall 175, 300, 500, 750 1050 bzw. 1350 Fr.

Wie wird nun das Gesetz gehandhabt werden, und welcher Anteil ist den Versicherten bei der Durchführung und der Ueberwachung vorbehalten?

Seit der Hinterlegung des Entwurfes führten die ihm von vornherein feindlich gesinnten Leiter jener Richtung, die ich als die offizielle Partei für Versicherung auf Gegenseitigkeit bezeichnen möchte, einen erbitterten Kampf gegen seinen Geist und seine Richtlinien. Sie beriefen zum 23. April 1921 die Generalversammlung des Nationalen Bundes der französischen Hilfskassen auf Gegenseitigkeit nach Lyon. Hier ließen sie die anwesenden Delegierten, die nicht einmal den Wortlaut des Gesetzentwurfes kannten, da er damals noch gar nicht verteilt war, eine ablehnende Tagesordnung annehmen — nach dem eigenen Ausdruck ihres Vorsitzenden, Herrn Léon Robelin, eine Art Mosaik, das alle Teile befriedigen sollte, in Wirklichkeit jedoch niemandem gefiel.

Aber die eigentlichen Kämpfer für die Versicherung auf Gegenseitigkeit, Arbeiter aus den Kreisen des Verbandes der Arbeiterhilfskassen auf Gegenseitigkeit, glaubten mit Recht, daß die Gegenseitigkeitsvereine nicht so sehr ein Tummelplatz für ihre Ehrenmitglieder, große Arbeitgeber, höhere Beamte, Schriftsteller oder Professoren sein sollten, die sich nur zu oft aus ihnen ein Sprungbrett schufen, um ihren Ehrgeiz und ihre Eitelkeit besser befriedigen zu können, sondern daß sie in erster Linie eine Zuflucht für ihre gewöhnlichen Mitglieder, Arbeiter, Angestellte und Handwerker, zu bilden haben. Denn für diese bedeutet der Ausfall ihrer geringen Bezüge schon Not und Bedrängnis und zwingt sie oder spornt sie wenigstens an, sich und die ihrigen gegen die Wechselfälle des Lebens, Krankheit, Invalidität, Alter oder Tod zu versichern.

Die Anhänger dieser richtigeren Auffassung von der Versicherung auf Gegenseitigkeit, die in dem Gesetzentwurf, den sie nicht nur grundsätzlich, sondern auch in seinen einzelnen Richtlinien guthießen, eine neue Stärkung der Arbeiterorganisationen sahen, unternahmen zu seinen Gunsten einen energischen Feldzug, der zu der vollständigen und uneingeschränkten Annahme der Grundsätze und Richtlinien des Gesetzentwurfs durch den vom 18. bis 24. Juni 1923 in Lyon abgehaltenen Nationalkongreß der Hilfskassen auf Gegenseitigkeit führte.

Einer ihrer Haupteinwände gegen den ursprünglichen Gesetzentwurf war gewesen, daß er ihnen nicht genügend Einfluß in der Verwaltung lasse, indem er die Hilfskassen auf Gegenseitigkeit und die Gewerkschaftskassen als Ersatzkassen an die zweite Stelle rücke und damit ihrer eigenen Entwicklung und der Auswirkung des neuen Gesetzes selber im Wege stehe. Unsere Kollegen protestierten damals, indem sie ihre Tätigkeit und ihre Erfahrung geltend machten; sie forderten und sie erlangten für die Durchführung des Gesetzes die erste Stelle, auf die sie Anspruch erhoben.

Ich teilte diesen Standpunkt nicht und glaube nach wie vor, auf Grund der Erfahrungen mit dem Arbeiterpensionsgesetz, daß Gewerkschaftler, Versicherte auf Gegenseitigkeit und Genossenschaftler sich in Bezirkskassen organisieren und so ihre Kraft erweisen und durch die Tatsachen die Ueberlegenheit ihrer Methoden dartun sollten.

Aus den oben angeführten Gründen beschloß aber die Kommission für Sozialversicherung, die ursprüngliche Fassung des Entwurfs, nach der die Ausführung des Gesetzes den Bezirkskassen (etwa 25 für ganz Frankreich) oblag, zu ändern. Diese Kassen sollten von einem Verwaltungsrat geleitet werden, der zur Hälfte aus unmittelbar von den versicherten Arbeitern gewählten Mitgliedern bestehen würde, zu einem Viertel aus versicherungspflichtigen Arbeitgebern, während das letzte Viertel von der Regierung ernannt und aus den Kreisen der großen wirtschaftlichen Verbände für Handel und Industrie, also aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie sie insbesondere durch die Handelskammern, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Genossenschaften und Hilfskassen auf Gegenseitigkeit vertreten wären, ausgewählt werden sollte.

Gegenüber diesem neuen Verwaltungsgedanken, dieser Trilogie von Interessen und Rechten zog es die Kommission für Sozialversicherung der Kammer der Abgeordneten vor, das Uebergewicht den Ersatzkassen der Versicherung auf Gegenseitigkeit und der Gewerkschaften, die im ursprünglichen Entwurf in zweiter Linie standen, zu geben, so daß die örtlichen Kassen von der ersten an die zweite Stelle rückten. Was die oben vorgesehenen Befugnisse der Bezirkskassen betrifft, so werden sie einem Kassenverband übertragen, der nun seinerseits die autonome Kranken- und Mutterschaftsversicherungskasse gründen soll, die in jedem Bezirk alle die Versicherten aufnimmt, welche keiner der bestehenden Kassen angehören. Auch die Invaliditätsversicherungskasse wird im Rahmen des Bezirks gegründet werden.

Diese Aenderungen schaden dem allgemeinen Aufbau des Entwurfs keineswegs und sind nicht so wichtig, wie es bei oberflächlicher Betrachtung erscheint; in Wahrheit bedeuten sie nichts weiter als eine Umschichtung der Befugnisse, d. h., um ein viel gebrauchtes Wort anzuwenden, sie tun nichts anderes, als „das Kaninchenfell umdrehen" oder auch: den hintersten Wagen an die Spitze setzen, es bleibt doch immer der gleiche Zug.

Die Verwaltung des Kassenverbandes wird Delegierten übertragen werden, die im Verhältnis zum Gesamtbestand der den Verband bildenden Kassen gewählt werden sollen. Sie ernennt ihr Bureau und ihren Direktor und braucht die Ernennung weder den oberen Verwaltungsbehörden noch dem Arbeits- oder dem Finanzministerium zur Kenntnisnahme oder Genehmigung zu unterbreiten; sie arbeitet ihre innere Geschäftsordnung aus, die nur dem Urteil des Nationalamts

für Sozialversicherung, das alles in allem das oberste Organ des Gesetzes darstellt, untersteht.

Ebenso ist für die Kranken- und Mutterschaftskassen, die gewerkschaftlichen wie die auf Gegenseitigkeit, die einzige Bedingung, daß die Kasse mindestens 1000 Mitglieder zählen muß, von denen höchstens 40 Proz. über 45 Jahre alt sein dürfen. In den Alters- und Lebensversicherungskassen müssen mindestens 10 000 Mitglieder sein.

Die Kassen haben die freie Verfügung über die gesamten Ueberschüsse, die sie erzielen können, da die allgemeine Garantiekasse, anstatt ⅔ der Ueberschüsse der Kasse zu bekommen, einen Anteil von der Gesamtsumme der Einzahlungen der Versicherten vorweg erhält. Aber sie können niemanden zurückweisen, der mit dem Wunsche, aufgenommen zu werden, an sie herantritt, und sie dürfen auch diejenigen nicht nachträglich ausschließen, die sie für schlechte Risiken halten.

Die Verbands- und Bezirkskassen der Arbeitgeber sind denselben Bedingungen unterworfen wie die Kassen der Gewerkschaften und die Kassen auf Gegenseitigkeit. Wenn aber — und das kann eine große Gefahr werden — der Verband oder der einzelne Arbeitgeber die Verpflichtung übernimmt, die überschüssigen Ausgaben zu decken, die sich etwa aus dem Betrieb der Kasse ergeben, und dafür Garantien leistet, wird er von der Einhaltung der Mindestzahl an Mitgliedern und des Höchstsatzes von 40 Proz. über 45 Jahre alter Versicherten entbunden. Obwohl in den Arbeitgeberkassen mindestens die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrats von den Versicherten aus ihrem Kreise gewählt sein muß, könnte diese Bestimmung zu einer großen Gefahr werden, wenn die Arbeiterklasse das Interesse an der Reform verlöre und der Arbeitgeberschaft völlige Freiheit ließe, so daß sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen würde, um neue Verbands- oder Betriebskassen oder Kassen auf Gegenseitigkeit zu gründen und so die Hand auf die Verwaltung und Kontrolle des Gesetzes zu legen. Trotzdem bleiben die Arbeitgeberkassen fakultativ, was das genaue Gegenteil der in Elsaß-Lothringen gültigen Gesetzgebung ist.

Ich habe in dieser objektiven Darlegung nur einen Ueberblick über die Frage und den Gesetzentwurf, wie er in dem Bericht von Dr. Grinda erscheint, geben wollen. Eine Annahme dieses Entwurfs würde, glaube ich, einen Fortschritt gegenüber den in den Nachbarländern bereits bestehenden Gesetzgebungen bedeuten.

Unsere elsaß-lothringischen Kameraden sind sich auch darüber nicht im Zweifel gewesen; auf Grund ihrer 38jährigen Erfahrung haben sie uns immer geraten, eine rasche Annahme zu betreiben, ohne uns um Verbesserungen, so angebracht sie auch sein mögen, allzusehr zu bekümmern, in der Ueberzeugung, daß die Anwendung des Gesetzes allein viel mehr zur Verbesserung beitragen wird als alle theoretischen Erörterungen.

Das Proletariat muß alle Sozialversicherungsgesetze verteidigen und fortbilden, weil sie für den Proletarier und seine Angehörigen einen Zuwachs an Unabhängigkeit und eine Verminderung seines häuslichen Elends bedeuten, weil sie dem Familienvater für den Fall seines Todes die Sicherheit gewähren, daß diejenigen, die er zurückläßt, sich nicht von heute auf morgen in größte Not versetzt sehen, wie das leider jetzt ihr trauriges Schicksal ist.

Das Proletariat würde einen schweren Fehler begehen, wenn es kein Interesse an der Entwicklung der Sozialversicherungsgesetze nähme, die sicherlich nicht vollkommen, sondern wie alles verbesserungsfähig sind. Diesen Fehler wird es nicht machen.

Geben wir uns keinen Selbsttäuschungen hin über die Schwierigkeiten, die vor uns liegen. Diese Gesetze werden durch ihre Kompliziertheit, durch den Eigennutz und die Vorurteile, die sie verletzen, durch die Interessen, die sie beeinträchtigen, eine seltsame Koalition gegen sich vereinigen, die wir besiegen müssen. Und je erbitterter, zuweilen gewaltsam, oft heimtückisch, diese Widerstände auftreten, desto mehr wird die Arbeiterklasse begreifen, daß die Sozialversicherung nicht ein revisionistischer Zeitvertreib, sondern in ihren Zielen eine der revolutionärsten Angelegenheiten bedeutet, wie denn schon Jaurès gesagt hat: „Diese Aktion ist für die Revisionisten nicht ein zaghafter bürgerlicher und entarteter Revisionismus; es ist eine unablässig reformierende Tätigkeit, stets beseelt von der erhabenen Hoffnung auf die neue Gesellschaftsordnung; es ist die unaufhörliche Tätigkeit der Erziehung und der Organisation des Fortschritts[1])."

[1]) Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen hat die französische Kammer den Entwurf des Sozialversicherungsgesetzes am 7. und 8. April beraten und einstimmig angenommen — mit der Maßgabe, daß das Gesetz erst ein Jahr nach Veröffentlichung der Ausführungsbestimmungen im „Journal Officiel" in Kraft tritt, und erst wenn die zur Durchführung erforderlichen Staatsmittel bewilligt sein werden. Nach einer Erklärung Poincarés wird die Anwendung des Gesetzes erst in einigen Jahren beginnen.

SIEBENTER ABSCHNITT.

BAUTÄTIGKEIT UND GRUNDSTÜCKSMARKT.

Die Bautätigkeit in Deutschland.

Von Hermann Muthesius, Berlin.

I. (Februar 1923)

Eine der den Ausländer überraschenden Erscheinungen im heutigen Deutschland ist die Tatsache, daß hier verhältnismäßig mehr gebaut wird als in den angrenzenden, namentlich den valutastarken Ländern. Der Grund ist einmal in der Scheinkonjunktur gegeben, die in den letzten Jahren die deutsche Industrie beherrschte, und sodann in der damit im Zusammenhang stehenden verhältnismäßigen Billigkeit des Bauens. Da die Löhne und selbst die Baustoffe stets beträchtlich hinter der fortschreitenden Geldentwertung nachhinken, stellte sich das Bauen bisher, in Goldmark gerechnet, auf den dritten Teil bis zur Hälfte dessen, was es vor dem Kriege gekostet hat. Was Wunder, wenn die Kreise, die die Mittel dafür aufbringen können, sich beeilen, ihre baulichen Bedürfnisse nach Möglichkeit zu decken.

In Papiermark ausgedrückt, hat sich dabei das Bauen fortlaufend enorm verteuert. Augenblicklich, Mitte Februar 1923, dürfte das Kubikmeter Wohn-, Geschäfts- oder Kontorraum mit 30 000—50 000, im Mittel 40 000 M. zu veranschlagen sein, während es sich 1914 auf 20—30 M., im Mittel auf 25 M. stellte. Das entspricht einer 1600fachen Verteuerung. Bei einem Dollarstande von rund 20 000 M. ergibt sich somit die Tatsache, daß das Bauen in Deutschland in Goldmark jetzt etwa nur ein Drittel soviel kostet wie 1914.

Daß bei den auf den Kopf gestellten Wirtschaftsverhältnissen Deutschlands sich große Schwierigkeiten für die Bauausführung ergeben, liegt auf der Hand. Die fortwährenden Preissteigerungen machen jede sichere Vorausberechnung unmöglich. Ein Bau, der mit 3 Millionen veranschlagt wird, kann, wenn er fertig ist, auf 60 Millionen und mehr zu stehen kommen und so unter Umständen den Ruin des Bauherrn bedeuten. Viele Bauten werden unvollendet stehengelassen und gehen in diesem Zustande an andere Besitzer über, deren bessere Vermögensverhältnisse die Fertigstellung erlauben. Bei dieser Unbestimmtheit ist krampfhaft versucht worden, irgendeine Gewähr für die, wenn auch nur teilweise Einhaltung der vorgesetzten Bausumme zu schaffen. Sie ist bis zu einem gewissen Bruchteil möglich, wenn die für den Bau in Betracht kommenden Baustoffe und Ausstattungsgegenstände beim Bauentschluß sofort gekauft werden. So

schwierig sind die Verhältnisse, daß auch dann nur volle Sicherheit gegeben ist, wenn der Bauherr die gekauften Dinge an sich nimmt und bei sich selbst speichert. Im andern Falle hat es sich sehr häufig ereignet, daß die fest gekauften, aber auf dem Lager verbliebenen Gegenstände, wenn sie zur Verwendung gelangen sollten, nicht mehr vorhanden waren, woraus sich dann neue Verwicklungen ergaben, die in der Regel doch wieder mit einem Verlust des Käufers endeten. Schwankend bleiben aber stets die Arbeitslöhne, und hierin liegt für den Bauherrn ein Risiko, das auf keine Weise zu vermeiden ist. Da durch den Ankauf der Baustoffe nur etwa die Hälfte der veranschlagten Bausumme festgelegt werden kann, so liegt in der verbleibenden anderen Hälfte immerhin noch ein bedeutendes Wagnis. Mit dem Unternehmer wird ein Bauvertrag abgeschlossen, in welchem besonders der schwankende Posten der Löhne zu Schwierigkeiten führt. Es gehört ein ganzes wissenschaftliches System dazu, um beispielsweise festzustellen, welche Teilbeträge im Preis für ein Kubikmeter Mauerwerk auf Baustoff, auf Anfuhr, auf Arbeitslohn, auf Bauführung, auf Arbeiterversicherungspflicht, auf Bureauunkosten, auf Verdienst des Unternehmers entfallen, und welche Einzelbeträge hiervon als schwankend und welche als fest angesehen werden sollen. Die für den bauleitenden Architekten erwachsende Mühewaltung der Einzelberechnung ist enorm. Es wird in der Regel zu erreichen gesucht, daß gleitend nur die Löhne bleiben, daß sich dagegen der Unternehmer bezüglich seines Verdienstes, der Bureauunkosten und verschiedener anderer Posten zu entgegenkommenden Abmachungen bereit findet. Die Unterhandlungen über diese Punkte sind schwierig und zeitraubend, die Ergebnisse je nach dem guten Willen des Unternehmers verschieden. Das Risiko für Bauunternehmer und Bauherrn bleibt auf alle Fälle sehr groß.

Im allgemeinen kann heute nur derjenige bauen, der mitten im Erwerbsleben steht, dessen Einnahmen sich also im Verhältnis zur Geldentwertung ständig gehoben haben; für ihn macht die Teuerung keine nennenswerten Unterschiede, wenn auch von fast jedem heutigen deutschen Unternehmen feststeht, daß es trotz der nominell hohen Umsatz- und Verdienstzahlen ständig zurückgeht. Diejenigen Kreise, die früher die sogenannte wohlhabende Bevölkerung bildeten und von ihren Renten ein beschauliches Leben führten, sind heute hoffnungslos verarmt. Ihre frühere Jahreseinnahme reicht heute noch nicht für den Unterhalt eines Tages aus, sie sind als Bauherren völlig ausgeschieden. Bauen kann im großen und ganzen nur der Kaufmann, der Industrielle, der Landwirt und selbstverständlich der valutastarke Ausländer. Es werden in Deutschland Geschäftshäuser, Fabriken, Industrie- und landwirtschaftliche Anlagen, aber auch zahlreiche Wohnhäuser für Angehörige dieser Kreise gebaut. Da es sich hier jedoch häufig um neue Reiche handelt, die geschmacklich nicht gefestigt sind und außerdem nichts von der gesunden baukünstlerischen Tradition

wissen, nistet sich bei ihnen mit Leichtigkeit der Schwindelarchitekt ein, so daß ein großer Teil der in den letzten Jahren für diese Klasse entstandenen Bauten der Tummelplatz von allerhand Geschmacklosigkeiten ist.

Für den eigentlichen Wohnungsbau bedeuten diese Villenbauten der Reichgewordenen nichts. Der Wohnungsbau ist in Deutschland völlig brachgelegt, und in diesem Umstand ist vielleicht die verhängnisvollste Erscheinung der Nachkriegszeit zu erblicken. Fast keine einzige großstädtische Mietwohnung ist seit dem Kriege entstanden, und sie kann nicht entstehen, weil infolge der Zwangsmietverordnung die Mieten auf einer so lächerlichen Höhe gehalten werden, daß jede Aussicht auf die Rentabilität eines Neubaues versperrt ist. Es ist richtig, daß neue Häuser der Mietzwangsverordnung nicht unterliegen. Aber diese Freiheit der Mietfestsetzung kann für die neuen Häuser nichts nützen, da die Mieten in den alten Häusern im allgemeinen mit allen Auflagen nur vielleicht 50mal so hoch sind wie vor dem Kriege und es undenkbar wäre, in den neuen Häusern 30mal so hohe Mieten zu fordern, wie in den alten gezahlt werden. Es wäre Irrsinn, bei diesen Zuständen neue Miethäuser zu errichten. Aber nicht nur für den Bau neuer Wohnungen ist die Zwangsmietverordnung verhängnisvoll. Sie bringt es auch mit sich, daß alle Miethäuser unserer Großstädte verfallen, weil die Miete nicht ausreicht, auch nur die geringfügigsten Reparaturen auszuführen. Die Erneuerung eines einzigen Küchenausgußbeckens frißt die gesamte Jahresmiete eines großen Berliner Miethauses auf. So kommt es denn, daß in allen Straßenfronten ganze, vom Putz entblößte Wandfelder sichtbar werden und alle deutschen Städte auf dem Wege der Verwahrlosung sind. Diese nimmt mit jedem Jahr in erschreckender Weise zu. Abhilfe zu schaffen wird heute sehr schwer sein, weil der Sprung von den heutigen, den Hausbesitzern durch Gesetz aufgelegten niedrigen Mieten zu den volkswirtschaftlich ordnungsmäßigen Mieten ein so riesenhafter sein würde, daß er unsere Wirtschaft gefährden müßte.

Der jetzt in erschreckendem Maße auftretende Wohnungsmangel, eine Folge hauptsächlich der Zwangsmietverordnung, machte sich schon während des Krieges, der naturgemäß ein Aufhören der Bautätigkeit mit sich brachte, so stark geltend, daß auf Abhilfemittel gesonnen und weitgehende Pläne für den erhofften Wohnungsbau nach dem Kriege aufgestellt wurden. Statt der weiteren Herstellung von großen Mietkasernen in den Städten sollte eine Besiedlung des Landes mit kleinen Einfamilienhäusern begonnen werden. Anfänge für diese Siedlungstätigkeit waren schon in der Gartenstadtbewegung der letzten zehn Jahre vor dem Kriege vorhanden. In dem ersten Jahr nach dem Kriege ist dann auch eine eifrige Siedlungstätigkeit nach dieser Richtung hin begonnen worden, und zwar mit namhafter Unterstützung durch Staatsgelder. Indessen machte sich auch hier der Fluch

der fortschreitenden Geldentwertung sofort fühlbar. Die bewilligten Staatsmittel erwiesen sich schon während des Baues infolge der fortlaufenden Preissteigerungen als gänzlich unzureichend. Es kam hinzu, daß die auf Genossenschaftsgrundlage gegründeten Siedlungsgesellschaften selbst nur über ganz geringe Mittel verfügten. Aus beiden Umständen ergab sich das Versagen der meisten Siedlungsgründungen auf halbem Wege. Fast alle hochfliegenden, sorgfältig ausgearbeiteten und auch architektonisch das Beste versprechenden Pläne für Siedlungen sind in den ersten Anfängen steckengeblieben. Nur die Siedlungen größerer Industriewerke und industrieller Unternehmen konnten weitergeführt werden. In den letzten beiden Jahren ist durch besondere gesetzliche Maßnahmen der Wille der Privatindustrie, für ihre Arbeiter selbst Wohnungen zu bauen, mächtig angeregt und gefördert worden. Durch das Kommunalabgabengesetz kann der Unternehmer, wenn er mehr als 20 Arbeiter beschäftigt, zu besonderen Abgaben herangezogen werden. Den Zwangsbeiträgen entgeht er am besten dadurch, daß er selbst baut, wobei ihm die Gesetzgebung noch dadurch entgegenkommt, daß die Kosten für den Bau von Werkwohnungen vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden. Neben den Siedlungen der Privatindustrie hat die selbständige Bautätigkeit einzelner fortschrittlich gesinnter Gemeinden einige neue Wohnungen geschaffen. Ebenso sind vom Reichsarbeitsministerium für die verschiedenen Reichsbeamten etwa 6—7000 Wohnungen errichtet worden. Aber auch wenn man alle diese Zahlen zusammennimmt, ergibt sich ein geradezu lächerlicher Abstand zwischen dem dringend notwendigen Wohnungsbedarf und der Wohnungsbeschaffung. Nach übereinstimmender Berechnung verschiedener Sachkenner fehlen heute in Deutschland eineinhalb Millionen Wohnungen. Die Wohnzustände, die sich daraus ergeben, sind fürchterlich. Alle Wohnungen, die über das unbedingt Notwendige hinausgehen, werden mit Zwangseinquartierung belegt, gleichgültig, ob sich daraus unhaltbare Zustände ergeben. Wer verziehen muß, erhält keine Wohnung. Beamte, die versetzt werden, sind jahrelang von ihren Familien getrennt. Arbeiter, die ihre Arbeitsstätte wechseln, haben oft stundenlange Wege zurückzulegen, weil sie in ihrer alten Wohnung verbleiben müssen. Beabsichtigte Ortswechsel, mögen sie im Interesse wichtiger Geschäfte oder Aemter noch so dringend sein, scheitern in neun von zehn Fällen daran, daß keine Wohnung zu beschaffen ist. Die Schwierigkeit wird noch gesteigert durch den Zuzug zahlreicher aus den verlorenen Landesteilen einströmenden Familien, die um Aufnahme ins Mutterland flehen.

Wie sich in anormalen Zeiten merkwürdige Erscheinungen herausbilden, die im Gegensatz zur allgemeinen Lage stehen, so braucht es auch nicht zu überraschen, daß sich bei den geschilderten Hemmungen des Bauens die Phantasie der Architekten in hochfliegenden papiernen Plänen zu ergehen Zeit findet. So ist seit einem Jahr geradezu eine Epidemie aus-

gebrochen, Pläne für Turmhäuser nach Art der amerikanischen Wolkenkratzer zu machen. Daß alle die zahlreichen Hochhausentwürfe, die für deutsche Städte aufgestellt und zum Teil durch Wettbewerbe erlangt sind, ebenso in nichts zerfließen werden wie die früheren weitreichenden Siedlungspläne, ist mit absoluter Sicherheit vorauszusagen. Eine neue, sehr notwendige Art der Bautätigkeit wird sich erst wieder entwickeln können, wenn die Zwangsmietverordnung abgebaut und das Feld für den Wohnungsbau frei wird. Der künftige Wohnungsbau wird von der bescheidensten Art sein müssen, entsprechend der inzwischen eingetretenen gänzlichen Verarmung des Volkes. Die große Gefahr, die in der gewollten Erreichung von Sparsamkeit durch Anwendung minderwertiger (sogen. sparsamer) Baustoffe lag, ist dadurch, daß die vor zwei oder drei Jahren auf diese Weise errichteten Gebäude bereits baufällig sind, inzwischen erkannt worden. Nicht in dieser Richtung kann die zukünftige Sparsamkeit gesucht werden, sondern allein in der äußersten Einschränkung des Wohnraumes. Die in Deutschland infolge der günstigen Entwicklung der letzten 30 Jahre erreichte bessere Wohnweise kann nicht weitergeführt werden. Von dem täglichen, ja wöchentlichen Bade, das wir vor dem Kriege selbst für unsere Arbeiterbevölkerung voraussetzten, ist schon in den besseren Kreisen heute nicht mehr die Rede, weil der vorhandene Brennstoff nicht einmal mehr für die Heizung der Wohnungen ausreicht. Die Mehrzahl der Zentralheizungen ist stillgelegt, man quält sich durch den Winter hindurch, indem man ein einziges Zimmer mit einem Ofen spärlich heizt, in das das ganze Familienleben sich zusammendrängt. Der Krieg hat die deutsche Zivilisation um Jahrzehnte zurückgeworfen, die deutsche Bevölkerung fristet heute ein kümmerliches Dasein, Not und Sorge lauern vor jeder Tür. Im Vordergrunde alles Elendes steht jedoch die Wohnungsnot, und es ist das Fürchterlichste an ihr, daß es vorläufig kein Mittel gibt, ihr durch Neubauten erfolgreich abzuhelfen.

II. (März 1924)

Die Einführung der Rentenmark hat, wie auf allen anderen Wirtschaftsgebieten, auch im Bauen die gänzlich verlorene Sicherheit der Kalkulation zurückgeführt. Damit ist erreicht, daß Bauherren wieder Pläne machen können, die zu ihrer Vermögenslage im richtigen Verhältnis stehen. Gleichzeitig aber hat die Rentenmark die erschreckende Verarmung jedes einzelnen Deutschen klargestellt, und so ist, wie auf allen anderen Wirtschaftsgebieten, auch im Bauen die Beobachtung zu machen, daß zwar alle Welt aufatmet und sich darüber freut, daß die grauenvollen Inflationserscheinungen zu Ende sind, zugleich aber die Ohnmacht erkennt, irgend etwas Kostspieliges vorzunehmen. Unter diesem Zeichen stehen die heutigen Bauverhältnisse. Es wird fleißig projektiert mit dem Ergebnis, daß der beabsichtigte Bau so teuer wird, daß er nicht ausgeführt

werden kann. Die Baupreise waren in den letzten Monaten der Inflationszeit auf eine groteske Höhe gestiegen (selbst bei Zurückführung auf wertbeständige Basis), weil bei jeder Preisabgabe ein namhafter Risikoaufschlag für die von Tag zu Tag sich steigernde Entwertung vorgenommen werden mußte. Diese Zuschläge zu den Selbstkosten betrugen in einzelnen Baugewerben bis 250 Proz. Nach Einführung der Rentenmark waren solche Entwertungsrisikozuschläge natürlich nicht mehr am Platze. Die Unternehmer hatten sich aber an Großzügigkeit nach dieser Richtung hin gewöhnt, und es hat der ganzen Zwischenzeit von Einführung der Rentenmark bis heute bedurft, um diese Neigung übertriebener Aufschläge zu bekämpfen. Dies ist heute so weit gelungen, daß das Bauen etwa 133 Proz. des Friedenspreises beträgt. Dieser Preis vergleicht sich mit dem der angrenzenden Länder nicht ungünstig. Es ist aber zu hoffen, daß er sich noch etwas senkt infolge des Mangels an Aufträgen, der viele Unternehmer veranlaßt, auch unvorteilhafte Aufträge anzunehmen, nur um ihre Betriebe aufrechtzuerhalten.

In der wichtigsten Baufrage, der Herstellung von Wohnungen, ist noch keine Besserung zu bemerken. Im letzten Jahre ist die Politik der staatlichen Bauzuschüsse gänzlich gescheitert, weil durch die Entwertung die jeweilig gezahlten Zuschüsse in nichts zerrannen und schließlich der Apparat für Erhebung der Steuern, aus denen diese Zuschüsse gezahlt wurden, teurer wurde als der Steuerertrag. Die dritte Steuernotverordnung hat einige Bestimmungen über die Mieten und die den Mietern aufzulegenden Abgaben für Wohnungsbauzwecke gebracht. Vom 1. April ab wird die Miete mindestens 30 Proz. der Friedensmiete betragen, wozu bestimmte Steuern treten. Von der Besteuerung der Mieter durch die Gemeinden sollen mindestens 10 Proz. für Neubauten Verwendung finden. Rechnet man diese Erträgnisse aus, so ergibt sich eine ganz unbeträchtliche Bausumme, für die es wiederum kaum lohnen wird, den großen amtlichen Apparat der Einziehung, der Verteilung usw. in Tätigkeit zu setzen. Nach einer soeben veröffentlichten amtlichen Darstellung soll es ermöglicht werden, mit Hilfe von solchen Staatszuschüssen im Jahre 1924 18 000 Kleinwohnungen für ganz Preußen zu errichten. Die Ausführung dieses Planes ist aber schon deshalb zweifelhaft, weil die betreffenden Maßnahmen erst jetzt im März in die Wege geleitet werden und so der Bautätigkeit dieses Sommers nur in ganz beschränktem Maße noch zugute kommen können. Die Beschlüsse sind viel zu spät gefaßt.

Die während der Inflation von solchen Kreisen verhältnismäßig flott betriebene Bautätigkeit, die sich guten Verdienstes erfreuten, hat mit Eintreten der Rentenmark vollständig aufgehört, denn auch diese Kreise stehen, nachdem die Nebel der Inflation gefallen sind, vor der nackten Wahrheit des Geldmangels. Außerdem machen die stabilen Währungsverhältnisse es unmöglich, durch kaufmännische Operationen an der Inflation zu gewinnen und infolgedessen vorteilhaft zu bauen.

Die Staats- und Gemeindebauten sind infolge der finanziellen Notlage durchweg eingestellt. Diese Art öffentlicher Bautätigkeit existiert nicht mehr.

Trotz dieser außerordentlich unerfreulichen Verhältnisse im Bauen läuft im Publikum das Gerücht um, daß sich in diesem Jahre infolge der Stabilisierung der Währung die Bautätigkeit beleben würde. Diese Ansicht ist weiter nichts als eine Folge der eingangs geschilderten Beruhigung durch die Rentenmark, die die Hoffnung aufkommen läßt, daß nunmehr alle Verhältnisse wieder gut werden würden. Zum Bauen gehört aber vor allem Geld, und dieses ist nicht vorhanden.

Die deutschen Bauhütten.

Von Martin Wagner, Sekretär des Internationalen Baugildenverbandes, Berlin.

Es ist kein Zufall, daß der Gildensozialismus, dem die deutsche Bauhüttenbewegung sehr nahesteht, in fast allen Ländern praktische Bedeutung vorerst nur im Baugewerbe gefunden hat. Das Baugewerbe, das im Altertum und im Mittelalter fast stets an der Spitze der gewerblichen Entwicklung gestanden hat, verfiel im Zeitalter des Privatkapitals der geistigen, technischen und wirtschaftlichen Stagnation. Es wäre höchst interessant, die mannigfachen Gründe für diesen Stillstandsrückschritt aufzuführen. Wir wollen uns indessen mit dem Hinweis begnügen, daß der „heilige Egoismus" des Privatkapitals sehr kurzatmige Interessen verfolgt, die im scharfen Gegensatz stehen zu der langfristigen Bindung von Kapital auf hundert und mehr Jahre, wie das bei der Produktion von Bauten notwendig ist. Das Baugewerbe hat die Entwicklung der Produktion von der Bestellarbeit zur Vorratsarbeit, von der handwerksmäßigen Betätigung zum Warenmarkt nur in völlig untergeordnetem Maße mitgemacht und darum die neuen technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Betriebsmethoden nicht eingeführt, die heute in der Industrie und selbst in der Landwirtschaft Eingang gefunden haben.

Die privatkapitalistische Macht, die die industrielle Betätigung zu Kartellen, Syndikaten und Trusten zusammengefaßt hat, hat auf die einzelnen Baubetriebe nur wenig Einfluß genommen und erst in jüngster Zeit begonnen, die baustofferzeugenden Industrien, die sich im Gegensatz zum bauausführenden Gewerbe der Vorratswirtschaft zugewandt haben, zu durchdringen. Die Gemeinwirtschaft fand im Baugewerbe die geringsten Widerstände für eine neue Wirtschaftsformen aufbauende Betätigung. Die zahllosen, oft nicht einmal organisierten kleinen Unternehmerbetriebe standen einer fast völlig geschlossenen, gut organisierten Arbeitnehmerschaft gegenüber. Hinzu kam, daß die Auftraggeber, die eigentlichen Käufer auf dem Baumarkt, mit dem Baugewerbe in unmittelbarer Berührung stehen und nicht erst durch die Barriere des privatkapitali-

stisch interessierten Handels vom produzierenden Betriebe getrennt sind. Der Baumarkt lebte schon vor dem Kriege zum großen Teil von wirtschaftlich neutral denkenden Auftraggebern, von Staaten, Gemeinden usw., und sah sich nach dem Kriege auf dem Wohnungsbaumarkt, der ehedem als einziger Zweig der Bauwirtschaft Vorratswirtschaft betrieb, völlig gemeinnützig denkenden Auftraggebern gegenübergestellt, die an den privatkapitalistischen Betriebsmethoden mindestens kein besonderes Interesse hatten. Die Gemeinwirtschaft fand demnach auf dem Baumarkt die schwächste Frontstellung des Privatkapitals vor und konnte gegen diese Front erfolgreicher als gegen andere Fronten kämpfen, weil sie von keiner überragenden Intelligenz besetzt war und auch wenig kostspielige Angriffswaffen erforderte. Den kleingewerblichen Betrieben mit ihrem geringen Betriebskapital und ihren völlig unwirtschaftlichen Betriebsmethoden konnten verhältnismäßig leicht neue, mit hinreichendem Kapital und leicht zu beschaffenden Produktionsmitteln ausgestattete „Großbetriebe" entgegengestellt werden. Ein Baubetrieb, der mehr als 50 Arbeiter beschäftigt, wird im privatkapitalistischen Baugewerbe schon als Großbetrieb gewertet. Die deutschen Bauhütten waren aber in der Lage, den privaten Betrieben Baubetriebe entgegenzustellen, die durchschnittlich mehr als 100 Arbeiter und in einzelnen Fällen sogar 500 Arbeiter und mehr beschäftigten. Der Einbruch der gemeinwirtschaftlich organisierten Bauhütten in die privatkapitalistische Front des Baugewerbes hat in Deutschland bei den Feinden der Gemeinwirtschaft Hohn und Spott und bei den Freunden Zweifel erregt. Heute ist Spott durch Achtung und Furcht vor der Gemeinwirtschaft abgelöst, und der Zweifel mußte der Zuversicht und dem Glauben weichen.

* * *

Wie sieht die deutsche Bauhüttenorganisation aus, und was hat sie geleistet?

Bei dem Aufbau der deutschen Bauhüttenorganisation galt es, drei Grundforderungen der Gemeinwirtschaft zu erfüllen:

1. Die Produktionsmethode sollte der privatkapitalistischen Triebkraft, dem „heiligen Egoismus" des einzelnen, der konsequenterweise zur wirtschaftlichen Anarchie führen muß, entsagen und neue, das Wohl der Gemeinschaft sichernde und steigernde Triebkräfte zur Entfaltung bringen.
2. Die Organisation der Produktion mußte die zentralistische, zur Bureaukratie führende Form ebenso vermeiden wie den mit überflüssiger Kampf- und Leerlaufarbeit belasteten freien „Individualbetrieb".
3. Schließlich galt es, die rückständigen baugewerblichen Produktionsmethoden durch die modernsten technischen Erkenntnisse zu befruchten und neue, die physische Arbeitskraft entlastende und das Bauen verbilligende Arbeitsverfahren einzuführen.

Der eingeschworene Privatwirtschaftler wird nie zugeben, daß es neben dem Egoismus noch andere Triebkräfte der Wirtschaft gibt. Er wird die anderen Triebkräfte der Wirtschaft ebenso bestreiten und verdammen, wie die „Maschinenstürmer" dem mechanischen Webstuhl entgegentraten. Waren es ehedem die Handarbeiter, die sich der Einführung neuer Triebkräfte in der Wirtschaft entgegenstellten, so sind es heute die einst liberalen, nunmehr aber konservativ gewordenen Unternehmer, die auf den Stillstand schwören und sich gegen Naturkräfte auflehnen. Wir Gemeinwirtschaftler leugnen die privatkapitalistische Triebkraft, den Egoismus des Menschen, nicht, finden aber, daß neben ihm noch andere Naturkräfte walten, die der Entfaltung harren. Wir glauben, daß die Arbeitsfreude eine Naturkraft ist, die gewaltige Leistungen hervorbringen kann. Wir haben diese Leistungen bei vielen Unternehmerköpfen bewundert, denen ihr Betrieb nicht allein Erwerbsquelle, sondern auch eine Quelle ungebundener Schöpferfreude ist. Warum soll diese Schöpferfreude nur bei den Besitzern der Produktionsmittel und nicht auch bei den Bedienern der Produktionsmittel höchste volkswirtschaftliche Leistungen erzeugen?

Die Bauhütten haben bei den „Arbeitssklaven" die Schöpferfreude wieder zum Erwachen gebracht und durch sie die Qualität wie die Quantität der Arbeit in erfreulichem Maße erhöht. Naturgemäß konnte dieses Ziel nur dadurch erreicht werden, daß die Arbeitskraft zum Mitbesitzer der Produktionsmittel gemacht wurde. Der Bauer schafft auf eigenem Grund und Boden mehr als auf fremdem, als Herr seiner Scholle mehr als ein Sklave. Aus dieser dem Privatkapital so geläufigen Erkenntnis heraus haben wir den Arbeitern in der Bauhütte das Mitbestimmungsrecht gegeben und die Arbeitskraft dem Kapital gleichgestellt. Da eine Gleichstellung zwischen Arbeitskraft und Privatkapital die widersinnige Gleichung enthält: 100 oder 1000 = 1, haben wir das Privatkapital und mit ihm die einköpfige Beherrschung des Betriebes ausgeschaltet und die Bauhütten nur mit gemeinwirtschaftlichem Kapital ausgerüstet. Die Arbeitskraft sieht sich in den Bauhütten bereits dem Allgemeinwohl gegenübergestellt. Das Allgemeinwohl, vertreten durch die gemeinnützigen Genossenschaften, Städte, Gemeinden und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften, führt den Bauhütten das Betriebskapital (Anlage- und Umlaufkapital) zu und bestimmt in der Gesellschafterversammlung über die Verwendung dieser Vermögensbestände. Unsere Bauhütten würden sich aber von den privatkapitalistischen Betrieben nicht wesentlich unterscheiden, wenn das Allgemeinwohl von der Arbeitskraft eine Verzinsung des Kapitals von 100 Proz. verlangen und die Arbeitskraft auf Umwegen wieder zu Lohnsklaven machen würde. Die Bauhütten verzinsen darum das Kapital der Allgemeinheit nur mit höchstens 5 Proz. Alle überschüssigen Beträge werden zur Verstärkung und zum Ausbau der Betriebe verwandt. Die durch

die Arbeitsfreude gesteigerte Leistung der Arbeitskraft vermehrt auf diesem Wege das Nationalgut, indem sie innerhalb der Betriebe neues gemeinwirtschaftliches Kapital ansammelt. Den gemeinnützigen Bauauftraggebern zahlen die Bauhütten andererseits weit höhere Dividenden, als die privaten Betriebe ihren Aktionären, indem sie die Arbeiten billiger ausführen als die privaten Betriebe.

Neben der Gesellschafterversammlung, in der das gemeinwirtschaftliche Kapital allein vertreten ist, haben die Bauhütten noch drei andere Organe: den Aufsichtsrat, den Betriebsvorstand und die Geschäftsführer.

Der Aufsichtsrat ist ein von den Kopf- und Handarbeitern des Betriebes und den Kapitalgebern paritätisch besetztes Organ, das das wirtschaftliche Gedeihen der Bauhütten zu überwachen und dafür zu sorgen hat, daß die Güter der Allgemeinheit, das Kapital und die Arbeitskraft, in ihrer Substanz erhalten und vermehrt werden. Der Aufsichtsrat, also Kapital und Arbeitskraft, wählt den Geschäftsführer. Als Gegengewicht zu der ausschließlich vom gemeinwirtschaftlichen Kapital besetzten Gesellschafterversammlung wird das vierte Organ, der Betriebsvorstand, allein von den Kopf- und Handarbeitern des Betriebes und der organisierten Vertretung der Arbeitskraft, der zuständigen Gewerkschaften, besetzt. In dem Betriebsvorstand, der unter dem Vorsitz der vom Aufsichtsrat gewählten und letzten Endes von der Gesellschafterversammlung abhängigen Geschäftsführung tagt, werden die Beschlüsse über die innere Betriebsführung gefaßt. In dem Betriebsvorstand wirkt sich das Mitbestimmungsrecht der Arbeitskraft voll aus. Er entscheidet über die Einstellung und Entlassung der Angestellten und Arbeiter und über deren Entlohnung. Er entscheidet über den Aufstieg und die Bewertung der Arbeitskraft im Betriebe, über die Höhe der Arbeitsleistung, über die Verbesserung der Betriebsmethoden u. a. m.

Die Verantwortung für den gesamten Betrieb ruht auf den Schultern der Geschäftsführung, die vom Kapital und der Arbeitskraft gleichermaßen unterstützt wird und in der Entfaltung eigener Initiative die gleiche Freiheit hat wie die Direktoren der privaten Aktiengesellschaften. Man stelle sich die Bauhütten auch nicht als Betriebe vor, in denen die Arbeitsleistung gleichmäßig oder gar schematisch entlohnt wird. Wohl werden die Löhne und Gehälter auf der Grundlage der Tarifverträge geregelt. Diese Verträge bieten aber hinreichenden Spielraum, um unterschiedliche Leistungen auch unterschiedlich zu bewerten. Das innige Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen der Leitung der Betriebe und den Kopf- und Handarbeitern hat auch das gegenseitige Verständnis für den Wert der Kopf- und Handarbeit gefördert und hat dem nur mittelbar tätigen Kopfarbeiter die Einsicht gebracht, daß seine Existenz aus der physischen Arbeitskraft herauswächst, und sie hat dem unmittelbare Arbeit leistenden Arbeiter die Erkenntnis vermittelt, daß der Ertrag

seiner Arbeit in hohem Maße von der technischen und wirtschaftlichen Intelligenz und ihrer Disposition abhängig ist.

Dieses System der Bauhütten hat sich nun seit mehr als 3 Jahren eingespielt und in harter freier Konkurrenz mit dem privaten Betriebssystem den Beweis erbracht, daß die Befreiung der Arbeitskraft aus den Ketten der Nur-Lohnarbeit neue produktionssteigernde Kräfte entfalten kann.

Die zweite Forderung der Gemeinwirtschaft, die zweckmäßige Organisation der Produktion, haben die Bauhütten dadurch erfüllt, daß sie ihre Betriebsformen weder zentralistisch noch dezentralistisch aufbauen, sondern die Dekonzentration eines gemeinwirtschaftlichen Trustes wählen. In dem Bauhüttentrust ist jeder Betrieb für seine Arbeit selbst verantwortlich. Er muß sich die Aufträge selbst suchen und die Aufträge in freier Konkurrenz mit den privaten Betrieben mit eigenen Mitteln durchführen. Er muß seinen Gesellschaftern Rechenschaft ablegen über den Ertrag seiner Arbeit. Unterstützung erhalten die Bauhütten indessen von übergeordneten Bezirksgesellschaften, den Bauhüttenbetriebsverbänden, denen die Satzungen der Bauhütten das Recht der Kontrolle und des Eingriffs in die Geschäftsführung geben, soweit das Allgemeininteresse der Betriebe und der Auftraggeber dies verlangt. Die Bauhüttenbetriebsverbände haben die Bauhütten zu höherer Wirtschaftlichkeit anzuleiten, die Erfahrungen der einzelnen Betriebe auszutauschen, die Betriebe zur Bewältigung größerer Bauaufgaben zusammenzufassen, ihnen Baustoffe und Produktionsmittel zuzuführen und für eine gleichmäßige Beschäftigung im Bezirk zu sorgen. Sie haben aber auch die Kapitalkraft der Betriebe zusammenzufassen, ihnen Kredite zuzuführen und sie vor den Angriffen des Privatkapitals zu schützen. Darüber hinaus haben sie den Nachwuchs zu schulen und die Bauhüttenidee zu fördern und zur weiteren Entfaltung zu bringen.

Die bezirklichen Bauhüttenbetriebsverbände werden wiederum durch den Verband sozialer Baubetriebe zusammengefaßt. Der Verband sozialer Baubetriebe ist der Generalstab für die gesamte Bauhüttenbewegung. Von ihm aus wird die gesamte Bewegung organisatorisch, technisch, wirtschaftlich und ethisch befruchtet und nach innen und außen vertreten. In einer von ihm herausgegebenen Zeitschrift: „Soziale Bauwirtschaft", führt er der Bewegung die geistige Nahrung zu. Der Verband sozialer Baubetriebe stellt auch die Bank dar, die den Betrieben die ungedeckten Spitzen des Kapitalbedarfs zuführt. Er organisiert die Rohstoffbeschaffung und die Vermittlung hochwertiger Produktionsmittel, die in den einzelnen Betrieben nur vorübergehend benötigt werden. Schrittweise führt er die Bewegung von Erfolg zu Erfolg, hemmt das Unbedachtsame und fördert das bereits Erstarkte. Sein Einfluß auf die Bauhüttenbetriebsverbände ist nicht nur durch seine Kapitalbeteiligung an diesen Gesellschaften, sondern auch durch satzungsgemäße Rechte verankert, wie die Bauhüttenbetriebs-

verbände wieder an den einzelnen Bauhütten mit Kapital beteiligt sind und in den Aufsichtsräten der Betriebe Sitz und Stimme haben.

So konsequent der Grundgedanke der gewerblichen Selbstverwaltung und Selbstverantwortung in der Bauhüttenbewegung auch durchgeführt ist, die Selbstverwaltung und Selbstverantwortung ist doch übergeordnet gestaffelt und zu einer baugewerblichen Familiengemeinschaft, zu einem gemeinwirtschaftlichen Trust ausgebaut.

* * *

Wie stark sind heute die deutschen Bauhütten, und was haben sie geleistet?

Die Stärke der deutschen Bauhüttenbewegung läßt sich wohl am besten durch ihre Leistungsfähigkeit veranschaulichen. Der deutsche Bauhüttentrust ist mit Arbeitskräften, Produktionsmitteln und Kapital hinreichend ausgestattet, um in einem Jahre 15 000 Kleinwohnungen erbauen zu können. Er umfaßt zurzeit 250 Bauhütten, in denen rund 20 000 Bauarbeiter aller baugewerblichen Berufe tätig sind. Die 250 Bauhütten sind durch 19 Bauhüttenbetriebsverbände und diese wiederum durch den Verband sozialer Baubetriebe zu einer einheitlichen baugewerblichen Familiengemeinschaft zusammengefaßt. Es gibt zurzeit kein privates baugewerbliches Unternehmen in Deutschland, das sich sowohl in bezug auf die Zahl der Beschäftigten als auch in bezug auf die Kapitalkraft mit dem Bauhüttentrust vergleichen könnte. In den Bauhütten allein arbeitet heute schon ein Anlage- und Betriebskapital von mehr als 10 Millionen Goldmark, das teils von öffentlichen Organen, teils aber auch von baugewerblichen Gewerkschaften aufgebracht wurde. Die Bauhüttenbetriebsverbände, wie der Verband sozialer Baubetriebe, haben sich aus eigenen Kräften baustofferzeugende Betriebe, wie Ziegeleien, Schlackensteinwerke, Sand- und Kiesgruben, Steinbrüche, Sägewerke, Tischlereien und selbst eine Schiefergrube und eine Kieselgurfabrik angegliedert.

Schon die Aufzählung dieser Daten muß auch dem Gegner der Gemeinwirtschaft den Beweis erbringen, daß die neuen, in der Bauhüttenbewegung zur Entfaltung gebrachten Triebkräfte in kurzer Zeit hohe Leistungen zu vollbringen imstande waren. Wo ist das privatkapitalistische Syndikat, das es fertig gebracht hätte, in wenig mehr als dreijähriger Tätigkeit aus dem Nichts heraus das größte baugewerbliche Unternehmen Deutschlands zu errichten? Der Erfolg dieser Leistung beruht nicht auf der Arbeit eines einzelnen Kopfes, sondern auf der Zusammenfassung und Befreiung ehedem lustlos gebundener Kräfte zur freien menschenwürdigen Arbeit.

Das Privatkapital hat den Bauhütten die Entwicklung nicht leicht gemacht. Die Unternehmerverbände haben die neue Wirtschaftsform mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht. Sie haben mit Lügen und Verleumdungen gearbeitet, sie haben den

wirtschaftlichen Boykott spielen lassen, sie haben den Bauhütten die Arbeiter zu entfremden versucht. Je machtvoller sie den Kampf führten, um so kräftiger und zielbewußter gingen die Bauhütten einer aufsteigenden Entwicklung entgegen. Wir sagen nicht zu viel, wenn wir behaupten, daß die Bauhütten heute die geistige, technische und wirtschaftliche Führung in der Entwicklung des deutschen Baugewerbes an sich gerissen und das private Baugewerbe zum Erwachen aus einem hundertjährigen Schlaf gebracht haben.

Die erste nunmehr überwundene Etappe des baugewerblichen Wirtschaftskampfes zwischen den Bauhütten und den privaten Unternehmerbetrieben bewegte sich auf der Grundlage des Gewinnverzichtes und der Unterbietung der Baupreise. Das zu Innungen und Preisringen zusammengeschlossene private Unternehmertum wurde von den Bauhütten bei allen öffentlich ausgeschriebenen Arbeiten in der ersten Zeit des Konkurrenzkampfes um 30, 40 und mehr Prozent unterboten. Das Preisniveau für die Bauausführung wurde durch die Bauhütten auf den angemessenen Preis herabgesenkt. Den öffentlichen Bauauftraggebern wurden hierdurch unendliche Summen erspart. Sie haben in hunderten von Zeugnissen diese preissenkende Tätigkeit der Bauhütten anerkannt und sie wiederholt dringend gebeten, Angebote auf Arbeiten auch dann abzugeben, wenn sie aus Ueberfluß an Aufträgen neue Arbeiten nicht mehr übernehmen konnten.

Heute befinden sich die Bauhütten in der zweiten Etappe des Wirtschaftskampfes. Sie werden das einmal herabgesenkte Preisniveau zu halten und durch eine technische, organisatorische und wirtschaftliche Vervollkommnung des baugewerblichen Produktionsprozesses die Baupreise weiterhin zu senken versuchen. Mit diesem Stadium der Entwicklung beginnt erst die eigentliche gemeinwirtschaftliche Betätigung der Bauhütten. Es wird auch dem Laien einleuchten, daß eine positive Arbeit weit weniger rasche Fortschritte erreichen kann als die negative Absenkung der unangemessenen Baupreise. Um die wirtschaftliche Betriebsführung erfolgreicher gestalten zu können, haben wir die äußere Entwicklung der Bauhüttenbewegung künstlich gehemmt und in letzter Zeit neue Bauhütten nicht mehr entstehen lassen. Jetzt werden alle verfügbaren Kräfte für den weiteren Ausbau der eigenen baustofferzeugenden Betriebe und für die innere Betriebsvervollkommnung der Bauhüten eingesetzt. Dieser Arbeit bringt die Organisation der Bauarbeiter, der Deutsche Baugewerksbund, das größte Interesse entgegen. Der Deutsche Baugewerksbund hat dem Verband sozialer Baubetriebe 5 Prozent der gewerkschaftlichen Beiträge zur Förderung der Gemeinwirtschaft zur Verfügung gestellt. Von dieser Unterstützung wird ein namhafter Betrag lediglich für die wissenschaftliche und technische Erforschung der Betriebsmethoden aufgewandt. Zu dem gleichen Zweck, nämlich der technischen und wirtschaftlichen Förderung der gemeinwirtschaftlichen Betätigung im Bau-

gewerbe, haben sich die Bauhütten der Länder Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Italien, Holland, Luxemburg und Deutschland zu einem Internationalen Baugildenverband zusammengeschlossen, um den Erfahrungsaustausch fördern zu können und gemeinsame Studienarbeiten zu finanzieren.

Die deutsche Bauhüttenbewegung hat sich im Jahre 1922 stark und kräftig genug gefühlt, dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur durch Vermittlung der französischen Gewerkschaften das Angebot zu unterbreiten, elf Dörfer der zerstörten Gebiete bei Chaulnes wieder aufzubauen. Dieses Angebot wurde bei einer ersten Abstimmung der Bevölkerung mit großer Mehrheit angenommen, nach einer zweiten, von Staatsbeamten organisierten Abstimmung aber wiederabgelehnt. Ob es möglich sein wird, die gemeinwirtschaftliche Idee der Bauhütten nach der Beseitigung der schwebenden Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland zum Vorteil der französischen Geschädigten und zum Vorteil des Deutschen Reiches in Nordfrankreich einzusetzen, steht dahin. Jedenfalls hat die zielbewußte Entwicklung der deutschen Bauhütten dahin geführt, daß auch die französischen Gewerkschaften die Gründung einer Baugilde vorbereiten.

Die Schicksalsfrage der deutschen Bauhütten wie der Baugilden anderer Länder wird indessen davon abhängen, daß diese Betriebe die organisatorischen und wirtschaftlichen Erfolge nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zu dem Zweck betrachten, ein armes Volk reich zu machen und ein reiches Volk auf die höchste Stufe menschlicher Kultur zu heben. Diesem Ziel nachstrebend, liegt der deutschen Bauhüttenbewegung die bewußt gepflegte doppelte Absicht zugrunde, die individuelle Arbeitskraft sittlich und seelisch reich werden zu lassen, ihre Arbeitsfreude bis zu der Grenze quantitativer und qualitativer Leistungsfähigkeit zu entfesseln, die im Mittelalter die handwerklich, künstlerisch und technisch die heutigen Bauten gewaltig überragenden gotischen Dome erstehen ließ und auf der anderen Seite diese von einem neuen religiösen Empfinden getragene Arbeit ganz in den Dienst einer den Kulturfortschritt erstrebenden Volks- und Völkergemeinschaft zu setzen.

Die Ueberfremdung des deutschen Hausbesitzes.

Von Paul Stegemann, Dezernent für Statistik bei der Hauptsteuerverwaltung Berlin.

I.

Durch den Verkauf deutschen Grundbesitzes an das Ausland fließen ausländische Zahlungsmittel der deutschen Volkswirtschaft zu oder fließen deutsche im Besitz des Auslands befindliche Zahlungsmittel nach Deutschland zurück. Anderseits fließen die Erträgnisse aus den in ausländischen Besitz gelangten Grundstücken in das Ausland, beeinflussen also die Passivseite der deutschen Zahlungsbilanz, oder sie werden im

Interesse der ausländischen Volkswirtschaft in Deutschland selbst weiter nutzbringend verwendet. Bedeutsam für unsere Volkswirtschaft wie für das Wohnungswesen in den Großstädten ist die Ueberfremdung des deutschen Grundbesitzes — sieht man von der beklagenswerten „Verschleuderung von Goldwerten" ab — wegen dieser eigenartigen doppelseitigen Auswirkungen des ausländischen „Kapitals", nicht etwa deshalb, weil der Ersteher eines Grundstücks ein „Ausländer", d. h. Angehöriger eines anderen Staatswesens ist oder im Ausland wohnt.

Versucht man nun, um dieser wirtschaftlich überaus wichtigen Massenerscheinung gegenüber den richtigen Standpunkt zu gewinnen, sie „statistisch" zu erforschen, so zeigt sich, daß eine korrekte zahlenmäßige Beobachtung des Aufkaufs inländischer Grundstücke durch „ausländisches" Kapital überhaupt nicht möglich ist, da selbst der fähigste und geschickteste Statistiker niemals in der Lage sein wird, die „wirtschaftliche Hörigkeit" der Grundstückskäufer zu ermitteln. Volkswirt und Politiker, die heute zweifellos das allergrößte Interesse an einer Statistik der Ueberfremdung des deutschen Grundbesitzes haben, müssen sich daher notgedrungen mit einer angenäherten Lösung begnügen. Als Kriterium für „fremdes" und „inländisches" Kapital kann der deutsche Statistiker zurzeit praktisch nur den im Veräußerungsvertrag angegebenen Wohnort des Käufers benutzen. Leider ist diesem Zweige der Statistik die ihm seiner wirtschaftlichen Bedeutung nach gebührende Aufmerksamkeit weder in Deutschland noch im Ausland seitens der amtlichen Statistik geschenkt worden. Eingehende Statistiken über den Umfang des Grundstücksumsatzes an Ausländer in deutschen Städten sind bisher nur veröffentlicht worden vom Sächsischen Statistischen Landesamt für den Freistaat Sachsen aus den Jahren 1920/21 und von Dr. R. Kuczynski für die frühere Stadt Berlin-Schöneberg (jetzt Verwaltungsbezirk Groß-Berlins), die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 31. März 1921 umfassend. An diese zweite, methodologisch wie sachlich gleich hervorragende Arbeit anknüpfend, wollen wir im folgenden eine nach denselben Grundsätzen aufgestellte Statistik der Auslandskäufe in Berlin-Schöneberg mitteilen, die sich auf die vier Jahre vom 1. Oktober 1918 bis 30. September 1923 erstreckt.

Die Kurve der zeitlichen Bewegung der Auslandskäufe in Berlin-Schöneberg zeigt einen merkwürdigen Verlauf. Das ganze erste Jahr der Berichtszeit von Oktober 1918 bis September 1919 weist nur 3 Grundstücksverkäufe an Ausländer auf; die monatliche Zahl dieser Fälle steigt dann von 3 im Oktober 1919 bis auf 27 im Februar 1920, um vom März ab bis zum Ende des zweiten Berichtsjahrs wieder auf 5 Fälle im August und auf 6 Fälle im September 1920 zu sinken. Im dritten Berichtsjahr schwankt die monatliche Zahl der Verkäufe an Ausländer zwischen 9 im Februar 1921 und 0 im Juli des gleichen Jahres. Von August bis November 1921 klettert die

Zahlenreihe von 1 auf 35 Fälle, geht bis zum Februar 1922 wieder bis auf 11 Fälle zurück, um dann in stürmischer Aufwärtsbewegung bis auf 140 Auslandsverkäufe im November 1922 emporzuschnellen. Der Absturz ist aber dann womöglich noch jäher. Im März 1923 wurden nur mehr 3 Häuser an Ausländer verkauft und von April bis September 1923 monatlich nur 1 bis 4. Faßt man die Verkäufe nach Berichtsjahren (Oktober bis September) zusammen, so ergibt sich für die fünf Jahre die Zahlenreihe: 3, 148, 38, 441, 372. Noch anschaulicher wird das Auf und Ab, wenn man die Verkäufe nach Vierteljahren zusammenfaßt. Setzt man die Gesamtzahl der 1002 Verkäufe gleich 100, so trafen auf die einzelnen (20) Vierteljahre: 0,1, 0, 0, 0,2, 2,7, 6,2, 4,0, 1,9, 0,9, 1,7, 0,7, 0,5, 8,2, 4,5, 11,5, 19,8, 30,3, 5,2, 0,8, 0,8.

Die ausschlaggebende Ursache für diese auffällige Entwicklung tritt klar zutage beim Vergleich der Zahlenreihe der monatlichen Auslandskäufe mit den Monatsdurchschnittskursen des Dollars. Sieht man von dem vereinzelten Kauf im Oktober 1918 ab, so setzen die ersten Käufe von Ausländern im August 1919 bei einem Dollarkurse von 19,3 Mk. ein, steigen bis zum Februar 1920, als der Wert der deutschen Mark im Ausland den bis dahin tiefsten Stand erreichte (ein Dollar = 99 Mk.) und nehmen mit der fortschreitenden Besserung des Markwertes wieder merklich ab. Die geringen Kursschwankungen vom September 1920 bis zum Juli 1921 verlocken die Ausländer zum spekulativen Ankauf von Grundstücken nur in ganz beschränktem Maße. Als dann aber vom September 1921 ab der Wert der Mark von neuem fällt, setzt auch die Jagd des Auslands nach den billigen deutschen „Goldwerten" von neuem ein und nimmt seit dem Beginn des katastrophalen Sturzes der Mark im Juni 1922 in einem geradezu beängstigenden, ständig wachsenden Maße zu, so daß Anfang 1923 nicht weniger als rund ein Drittel aller bebauten Hausgrundstücke Schönebergs sich im Besitz von Ausländern befand.

Inzwischen war aber im Dezember 1922, wie bereits angedeutet, ein Rückschlag eingetreten, der, wenn auch der Dollar im Monatsdurchschnitt an der Berliner Börse von 7183 Mk. im November auf 7589 Mk. im Dezember stieg (während von September bis November der Monatsdurchschnitt von 1466 Mk. auf 7183 Mk. gestiegen war!), nicht durch spekulative Momente, sondern durch die Vorgänge auf dem Gebiet der Gesetzgebung zu erklären ist. Dem Beispiel anderer deutscher Länder folgend, legte nämlich die preußische Regierung dem Landtag am 11. Dezember den Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken vor, das nicht nur eine Genehmigungspflicht für sämtliche Grundstücksveräußerungen vorsah, sondern außerdem auch den Gemeinden ein allgemeines gesetzliches Vorkaufsrecht verleihen sollte. Das

Gesetz trat dann tatsächlich, wenn auch in stark abgeschwächter Form — das Vorkaufsrecht wurde den Gemeinden z. B. nicht verliehen — am 10. Februar 1923 in Kraft. Trotz weiterer Entwertung der Mark (Dollar durchschnittlich im Januar 1923: 17 972 Mk., im Februar 27 918 Mk.) verminderte sich infolge dieser gesetzlichen Maßnahmen die Zahl der von Ausländern geschlossenen Kaufverträge im Januar weiter auf 33, im Februar auf 16 und im März sogar auf 3. Sie ist auch in der Folgezeit nicht gestiegen.

Monat	Durchschnittlicher Dollarkurs (Mark)					Zahl der an Ausländer verkauften Häuser				
	1918/19	1919/20	1920/21	1921/22	1922/23	1918/19	1919/20	1920/21	1921/22	1922/23
Okt. .	6,6	26,9	68,1	150,2	3181	1	3	4	18	113
Nov. .	7,4	38,4	77,2	263,0	7183	—	8	3	35	140
Dez. .	8,3	47,4	73,0	191,9	7589	—	16	2	29	51
Jan. .	8,1	59,6	65.3	191,8	17972	—	11	6	15	33
Febr. .	9,1	99,0	61,3	207,8	27918	—	27	9	11	16
März .	10,3	82,7	62,5	284,2	21190	—	24	2	19	3
April .	12,5	59,6	63,5	291,0	24457	—	18	1	41	2
Mai . .	12,7	46,5	62,3	290,0	47670	—	10	4	37	3
Juni . .	14,2	39,1	69,4	317,4	109996	—	12	2	37	3
Juli . .	15,2	39,5	76,7	493,2	353412	—	8	—	53	3
August	19,3	47,7	84,3	1134,6	4620455	1	5	1	56	4
Sept. .	24,1	58,0	104,9	1465,9	98,9 [1]	1	6	4	90	1

[1]) Millionen.

Bei der Gliederung der ausländischen Käufer nach ihrem Wohnort stellt sich heraus, daß von den Erstehern dieser 1002 Grundstücke wohnten: in Polen 163, in Oesterreich 162, in der Tschechoslowakei 79, in Schweden 60, in Spanien 58, in den Niederlanden 56, in Lettland 46, in Ungarn 40, in Italien 39, in den Vereinigten Staaten von Amerika 37, in Rumänien 31, in Frankreich 29, in der Schweiz 21, in Belgien und Estland je 17, in England 16, in Norwegen und Rußland je 12, in Dänemark und Danzig je 11, in der Türkei 10, in Jugoslawien und Erythräa je 9, in Bulgarien 8, in Litauen 7, in Aegypten 6, in Finnland und Argentinien je 5, in Mexiko 4, in Syrien und der Südafrikanischen Union je 3, in Griechenland, Memel, Armenien, Mesopotamien und Tripolis je 2, in China, Palästina, Brasilien, Kuba, Panama und Peru je 1. Das auffällige Ueberwiegen der Bewohner valutaschwacher Länder an der Spitze dieser Zahlenreihe ist erst auf die merkwürdigen Vorgänge von 1922/23 auf dem deutschen Grundstücksmarkt zurückzuführen. Im zweiten Berichtsjahr (1919/20) wurden nämlich die meisten Auslandskäufe getätigt von Schweden (38), Niederländern (19), Polen (19), im dritten Berichtsjahr von Niederländern (13), Polen (5) und Amerikanern (5); dagegen in beiden Jahren kein einziger Kauf von Oesterreichern, die in den beiden letzten Berichtsjahren mit nicht weniger als 66 bzw. 96 Käufen an der Spitze marschieren! Dann folgen Polen mit 62 bzw. 75, die Tschechoslowakei mit 50 bzw. 25,

Wohnort des Käufers	Zahl der an Ausländer verkauften Häuser					
	Okt. 1918 bis Sept. 1919	Okt. 1919 bis Sept. 1920	Okt. 1920 bis Sept. 1921	Okt. 1921 bis Sept. 1922	Okt. 1922 bis Sept. 1923	Okt. 1918 bis Sept. 1923
Belgien	—	5	—	6	6	17
Bulgarien	—	—	—	1	7	8
Dänemark	—	4	1	3	3	11
Danzig	—	1	1	3	6	11
England	—	6	2	7	1	16
Estland	—	—	—	9	8	17
Finnland	—	2	—	1	2	5
Frankreich	—	2	1	18	8	29
Griechenland	—	—	—	2	—	2
Italien	—	2	1	24	12	39
Jugoslawien	—	—	—	2	7	9
Lettland	—	3	2	23	18	46
Litauen	—	—	—	7	—	7
Memel	—	—	—	2	—	2
Niederlande	—	19	13	18	6	56
Norwegen	—	9	1	2	—	12
Oesterreich	—	—	—	66	96	162
Polen	2	19	5	62	75	163
Rumänien	—	—	2	12	17	31
Rußland	—	4	1	7	—	12
Schweden	—	38	—	13	9	60
Schweiz	—	5	—	10	6	21
Spanien	—	5	—	46	7	58
Tschechoslowakei	—	4	—	50	25	79
Türkei	1	1	1	5	2	10
Ungarn	—	5	—	4	31	40
Armenien	—	—	—	2	—	2
China	—	1	—	—	—	1
Mesopotamien	—	—	—	2	—	2
Palästina	—	1	—	—	—	1
Syrien	—	1	—	1	1	3
Aegypten	—	—	—	5	1	6
Erythräa	—	2	—	3	4	9
Südafrikan. Union	—	—	—	3	—	3
Tripolis	—	—	—	2	—	2
Argentinien	—	1	—	3	1	5
Brasilien	—	—	1	—	—	1
Kuba	—	—	—	1	—	1
Mexiko	—	1	—	—	3	4
Panama	—	1	—	—	—	1
Peru	—	—	1	—	—	1
Vereinigte Staaten	—	6	5	16	10	37
Zusammen	3	148	38	441	372	1002

Spanien mit 46 bzw. 7, Italien mit 24 bzw. 12, Lettland mit 23 bzw. 18 Käufen, während Schweden nur mit 13 bzw. 9 und die Niederlande mit 18 bzw. 6 Käufen in die Erscheinung treten. Die Ursachen für diesen auffälligen Umschwung sind vermutlich recht mannigfaltig. Zum Teil erklärt sich die Zurück-

haltung der Käufer aus valutastarken Ländern dadurch, daß die besten und modernsten Objekte unter den Berliner Hausgrundstücken bereits an das Ausland veräußert sind und den Käufern aus diesen Ländern an einem Erwerb der älteren Berliner „Mietskasernen" nichts gelegen ist, während diese minderwertigen Objekte den Käufern aus valutaschwachen Ländern — zum größten Teil „Ostjuden" — zur vorteilhaften Verwertung ihres Markbesitzes oder ihrer eigenen schlechten Valuta immer noch geeignet erschienen.

II.

Die erste amtliche Statistik der Entwicklung der Grundstückspreise nach dem Krieg, die Kuczynski im Jahre 1921 auf Grund des Schöneberger Materials in den „Vierteljahrsheften Deutscher Städte" veröffentlicht hat, ist bis heute die einzige geblieben. Nicht in der Interesselosigkeit der amtlichen Statistiker oder in der Schwierigkeit der Materialbeschaffung ist dieser auffällige Mangel der deutschen Städtestatistik begründet, sondern es ist in erster Linie die zunehmende Unzuverlässigkeit der Preisangaben in den notariellen Verträgen, die den gewissenhaften Statistiker von der Aufstellung einer Statistik zurückhält. In der Tat ist nicht zu leugnen, daß die Kaufpreise in den notariellen Kaufverträgen heute sehr häufig ganz falsch, nämlich viel zu niedrig, angegeben werden, um vor allem die die Geldentwertung überhaupt nicht oder ganz unzulänglich berücksichtigende städtische Zuwachssteuer auf das geringste Maß herabzudrücken. Gegen diese Fälschungen, denen selbst die Steuerbehörden fast immer machtlos gegenüberstehen, kann der Statistiker erst recht nicht ankämpfen. Wenn wir trotz dieser Mangelhaftigkeit des preisstatistischen Materials im folgenden wagen, eine Statistik der von Oktober 1922 bis März 1923 in der Gemeinde Berlin-Schöneberg gezahlten Preise aufzustellen und zu veröffentlichen, so gehen wir dabei von der Annahme aus, daß selbst, wenn sämtliche in den Verträgen angeführten Preise falsch sind, aus einem umfangreichen Material dieser Art doch noch gewisse Preisentwicklungstendenzen zu erkennen sein werden. Und in der Tat, betrachtet man die Tabellen, die das Verhältnis der Kaufpreise zum gemeinen Wert von 1914 (d. i. der von einem Sachverständigenausschuß für Steuerzwecke alljährlich geschätzte Verkehrswert der Grundstücke) zeigen, so ist eine Steigerung der Preise (in Papiermark!) von Monat zu Monat deutlich erkennbar. Bei der Kritik der Ergebnisse dieser Preisstatistik sind überdies einige wirtschaftliche Tatsachen zu berücksichtigen. Infolge der Zwangsmietgesetzgebung, die eine Rentabilität der städtischen Miethäuser zurzeit so gut wie ausschließt, haben die Preise der Miethäuser mit der Geldentwertung nicht gleichen Schritt halten können; sie bleiben weit hinter dem Wiederherstellungswert der Häuser zurück. Zum Vergleich seien die vom Statistischen Reichsamt all-

monatlich in „Wirtschaft und Statistik" veröffentlichten Indexzahlen für die Baukosten eines Kubikmeter bebauten Raumes bei großstädtischen Wohnhäusern hier mitgeteilt: Juli 1914: 1, Oktober 1922: 610,9, November: 960,4, Dezember: 2017,5, Januar 1923: 2796,5, Februar: 4190,2, März: 5365,9. Die durch die dauernde Entwertung der Mark hervorgerufene Notlage vieler Hausbesitzer, die Unkenntnis der handelsüblichen Tagespreise der Häuser besonders bei alleinstehenden verwitweten Eigentümerinnen usw., die Ausbeutung dieser Notlage und Unkenntnis durch gewissenlose Agenten, der Verfall der Häuser infolge jahrelanger Unterlassung notwendiger Reparaturen sind einige der zahlreichen Gründe, aus denen die tatsächlich gezahlten Preise für Grundstücke völlig gleicher Lage und völlig gleicher Bauart in einem bisher für nicht möglich gehaltenen Grade von einander abweichen. Anderseits darf jedoch nicht außer Betracht gelassen werden, daß infolge der deutschen Hypothekengesetzgebung in Verbindung mit den Kaufsitten am Grundstücksmarkt in der Vorkriegszeit selbst die im Vergleich zum Substanzwert der Häuser niedrigen jetzigen Verkaufspreise für den Veräußerer recht häufig einen ansehnlichen Gewinn in Papiermark bedeuten. Ein Zahlenbeispiel möge das zeigen. Ein zum Preise von 500 000 Mk. vor dem Kriege mittels einer Barzahlung von 10 Proz., d. h. mit 50 000 Goldmark, erworbenes Haus (das also mit 450 000 Goldmark Hypotheken belastet war) werde heute zum 30fachen Preise, d. h. für 15 Millionen Papiermark veräußert. Der Verkäufer würde dann einen Bruttoerlös aus dem Verkaufe von nicht weniger als 15 000 000—450 000 = 14 550 000 Papiermark erzielen, d. h. nicht das 30fache, sondern das 291fache des in der Vorkriegszeit in dem Hause angelegten Goldkapitals von 50 000 Mk.!

Zum Schluß sei noch auf die bemerkenswerte Tatsache hingewiesen, daß nach der vorliegenden Statistik die ausländischen Käufer nicht höhere Preise zu zahlen geneigt sind als die inländischen Käufer. Vielmehr scheint sogar häufig das Gegenteil der Fall zu sein. Betrug doch im Winter 1922/23 die mittlere Steigerung des Kaufpreises gegenüber dem Vorkriegswert bei den Käufen von Ausländern 515 Proz., von Inländern 606 Proz. Eine ähnliche Beobachtung machte bereits Kuczynski für den Winter 1920/21. Setzt man nämlich den gemeinen Wert = 100, so ergibt sich nach Kuczynski als Kaufpreis

Vierteljahr	Inländer	Ausländer	Zusammen
1919 IV	105,3	125,3	113,2
1920 I	115,4	124,0	119,1
1920 II	113,7	124,7	120,0
1920 III	108,8	125,6	116,4
1920 IV	113,0	110,1	112,1
1921 I	125,7	122,1	124,1
Zusammen	113,4	123,7	118,0

Inwieweit sich bei diesen Berechnungen in beiden Untersuchungen Beobachtungsfehler störend bemerkbar machen, ist nicht zu entscheiden, ehe diese Untersuchungen auf breiterer Grundlage nachgeprüft werden können. Jedenfalls läßt sich aber doch feststellen, daß große Unterschiede zwischen den von Inländern und den von Ausländern gezahlten Preisen nicht bestehen, falls man nicht etwa annimmt, daß die Preise in den Verträgen ausländischer Käufer häufiger und mehr von der Wirklichkeit abweichen als in den Verträgen inländischer Käufer.

Zur Wohnungsfrage in Frankreich.

Von den gemeinsamen Leiden, unter denen das deutsche und das französische Volk seit Jahren seufzen, ist eines der unerträglichsten die furchtbare Wohnungsnot. Zwei Wochen lang hat jetzt (März 1923) die Kammer über die Begrenzung der Mietpreise debattiert; alles was dafür und dawider spricht, welche Grundsätze angewendet, welche Maßstäbe angelegt werden können, ist von zahllosen Rednern dargelegt worden. Das Studium des stenographischen Protokolls bietet dem Deutschen da wenig Neues. Aber es dürfte doch für ihn von Interesse sein, einige T a t s a c h e n über die Lage in Frankreich zu erfahren, und hierzu bietet die ebenfalls vor kurzem im „Journal Officiel" veröffentlichte Begründung zu einem von dem Abgeordneten D e n i s e eingebrachten Gesetzentwurf (Annexe No. 5411) eine gute Handhabe. Aus diesen recht umfangreichen Darlegungen sei hier einiges mitgeteilt:

Vor dem Kriege wurde mindestens die Hälfte aller Miethäuser in Paris und Umgebung mit Darlehen der „Grundkreditanstalt von Frankreich" gebaut. Von 1900 bis 1911 wurden 4507 Darlehen in einer Gesamthöhe von 521 299 650 Franken, also im Jahresdurchschnitt 376 Darlehen von durchschnittlich 115 664 Franken gewährt. Im Jahre 1912 waren es 908 Darlehen von durchschnittlich 131 258 Franken, 1913: 1173 Darlehen von durchschnittlich 131 124 Franken. Ohne den Krieg hätte das Jahr 1914 wohl eine weitere Zunahme gebracht, da in den ersten sieben Monaten 808 Darlehen gewährt wurden. Dann setzte die Bautätigkeit fast vollkommen aus. Die Zahl der Darlehen betrug 1915: 5, 1916:1, 1917: 3, 1918: 2, 1919: 18, 1920: 81, 1921: 63. Und von den Darlehen der letzten Jahre wurde noch ein erheblicher Teil zur Errichtung von Bankhäusern, Kinos usw. gegeben.

„Von den 63 Krediten, die 1921 eröffnet wurden, galten 13 der Ausführung von Bauten, die schon vor dem Kriege geplant und begonnen waren; die neuen Kredite betragen also in Wirklichkeit nur 50 und stellen insgesamt eine Summe von 5 500 000 Franken dar, von denen kaum ein Viertel, d. h. rund 1 400 000 Franken, Wohnhäusern gewidmet wurden."

Zu einem ähnlichen Ergebnis führt die Statistik der Baugenehmigungen. Bei der Seinepräfektur wurden 1913: 1849

Bauerlaubnisse für Wohnhäuser eingeholt, in den Jahren 1915 bis 1918 insgesamt nur 158, 1919: 150, 1920: 2888, 1921: 140. Aber auch diese Zahlen täuschen noch ein zu günstiges Bild vor, da die meisten Bauten, für die nach dem Kriege Baugenehmigungen eingeholt waren, nicht ausgeführt wurden.

„Man kann also sagen, daß die Bautätigkeit gegenwärtig in Paris, im Seinedepartement und in den Nachbarprovinzen fast völlig ruht. Derselbe Stillstand, den man für ganz Frankreich festgestellt hat, findet sich auch in unsern wiedereroberten Gebieten, insbesondere in der Gegend von Straßburg und in Straßburg selbst."

In Straßburg sind im Jahre 1913: 141 Wohnhäuser errichtet worden, 1915—1919: 83, 1920: 9, 1921: 14. Während hier 1913 immerhin noch 1,23 Proz. aller Wohnungen leerstanden, waren es 1920 und 1921 nur mehr 0,15 Proz.

Der Hauptgrund für den Rückgang der Bautätigkeit liegt in der Verteuerung der Baukosten. Diese haben sich in Paris für ein Haus von 6 Geschossen mit je zwei Dreizimmerwohnungen bei einer überbauten Fläche von 150 qm folgendermaßen verändert:

Kostenanschlag 1914:

Preis der Baustelle einschließlich aller Unkosten: 200 qm zu 200 Fr.	40 000 Fr.
Baukosten: 900 qm Geschoßfläche zu 170 Fr. .	153 000 „
Gesamtkosten	193 000 Fr.
Miete für 12 Wohnungen zu 1100 Fr. . .	13 200 „
Miete für Läden	2 000 „
Bruttoeinnahme rund	15 000 Fr.
Abzuziehende Lasten: etwa 33 Proz. der Einnahme etwa	5 000 „
Reineinnahme	10 000 Fr.

Kostenanschlag 1922:

Preis der Baustelle einschließlich aller Unkosten: 200 qm zu 300 Fr.	60 000 Fr.
Baukosten: 900 qm Geschoßfläche zu 680 Fr. .	612 000 „
Gesamtkosten	672 000 Fr.
Verzinsung dieses Kapitals zu 6 Proz. . . .	40 320 „
Steuern, Ausgaben, Unterhaltung mindestens	10 680 „
Sollmiete	51 000 Fr.

Also Miete je Wohnung etwa 4500 Fr.

Eine solche Miete ist aber nicht zu erzielen, da dieselbe Wohnung in den vor dem Kriege erbauten Häusern infolge der gesetzlichen Beschränkung der Mietpreise weniger als 2000 Fr. kostet.

Wohnungsfürsorge in Frankreich.

Während des Krieges hatte die Bautätigkeit in Frankreich fast ganz geruht. Die Folge war eine ungeheure Wohnungsnot. Besonders in den Industriebezirken herrschte großer Mangel an Kleinwohnungen. Ein tatkräftiges Eingreifen aller öffentlichen Körperschaften war unabweislich. Die rechtliche Grundlage, wie sie vor allem durch die Gesetze von 1894, 1906 und 1908 geschaffen war, bedurfte einer Ergänzung, die den besonderen Verhältnissen der Nachkriegszeit Rechnung trug. Sie erfolgte in grundlegender Weise durch das Gesetz vom 5. Dezember 1922.

Wie sich die Wohnungsfürsorge im einzelnen gestaltet hat, ist aus dem soeben veröffentlichten Jahresbericht des Obersten Rates für den Bau billiger Wohnungen (conseil supérieur des habitations à bon marché) zu ersehen. Wir wollen hier an der Hand dieses dem Präsidenten der französischen Republik am 31. Juli 1923 überreichten Dokuments („Journal Officiel", 1. September 1923 Annexe S. 567—622) die Wirksamkeit der verschiedenen Träger des Wohnungsbaus kurz veranschaulichen:

I. Die Gesellschaften für billigen Wohnungsbau (sociétés d'habitations à bon marché). Vor dem Kriege gab es 376 derartige Gesellschaften. Ihre Zahl hat sich während des Krieges kaum verändert. Erst 1919, als die Baulust wuchs, stieg auch die Zahl dieser Gesellschaften. Am 1. März 1923 waren es 569. Die folgende Tabelle gibt ein Bild ihrer Entwicklung und die Höhe ihrer Kapitalien:

Kapital Franken	Gründung								
	vor August 1914	August 1914 bis Dez. 1918	1919	1920	1921	1922	1923	bevorstehend	zus.
unter 100 000 .	141	1	5	12	12	17	7	8	203
100—500 000 .	189	3	11	21	11	38	5	15	293
über 500 000 .	46	2	3	3	12	5	1	1	73
zusammen .	376	6	19	36	35	60	13	24	569

Die örtliche Verteilung der Gesellschaften ist ganz ungleichmäßig. Paris allein hat 118; 29 weitere sind im Seinedepartement tätig. Lyon ist der Sitz von 19, Lille von 11, St. Etienne von 6, Bordeaux von 4 Gesellschaften. In Algier gibt es 9, in den wiedereroberten Gebieten bestehen 10. Die Oberaufsicht über diese Gesellschaften führt der Ständige Ausschuß des Obersten Rates für den Bau billiger Wohnungen. Seine Arbeit wird dadurch erleichtert, daß die meisten Gesellschaften nach den gleichen Grundsätzen geleitet werden, da mehr als 4/5 vom Arbeits- und Gesundheitsministerium herausgegebene Statuten angenommen haben.

Der Staat hilft diesen Gesellschaften weniger durch Zuschüsse als durch Steuererlaß. Im Jahre 1922 waren die Gesellschaften von folgenden (staatlichen und örtlichen) Steuern befreit:

Grundsteuer	1 692 725 Fr.
Tür- und Fenstersteuer	545 124 „
Steuer der toten Hand	247 104 „
Patent-Gewerbesteuer	69 835 „
	2 554 788 Fr.

Dazu kommen Befreiungen von Stempel- und Registrierungsabgaben in unbekannter Höhe.

Die Departements und Gemeinden unterstützen die Gesellschaften vor allem durch große Zuschüsse. Ein Drittel der Herstellungskosten wird durch solche Beihilfen gedeckt; für weitere 50 Proz. der nötigen Gelder leisten Departements und Gemeinden Bürgschaft. Nur ein Sechstel der Herstellungskosten müssen die Gesellschaften aus eigenen Mitteln oder nicht garantierten Krediten beschaffen.

Eine weitere Hilfsquelle der Gesellschaften bilden die Sparkassen. Heute unterstützen 142 Sparkassen diese Gesellschaften, während 1909 erst 80 (von 550) sich dazu bereit gefunden hatten. Ebenso wie die Zahl der unterstützenden Kassen stieg auch die Summe der Unterstützungsgelder. Am 31. Dezember 1922 hatten sie den Gesellschaften 6 529 220 Fr., und zwar teils in Form von Hypotheken, teils durch Uebernahme von Obligationen und Aktien zur Verfügung gestellt.

Sehr nutzbringend für die Gesellschaften sind auch ihre Beziehungen zu der Depot- und Konsignationskasse. Die Zahl der den Gesellschaften von dieser Kasse bewilligten oder vermittelten Darlehen (zu 2 bis 3¾ Proz.) betrug am 31. Dezember 1922 543 in einer Gesamthöhe von 47 844 800 Fr.

Unter den Hilfsquellen der Gesellschaften werden auch die Armenverwaltungen genannt, ohne daß eine direkte gegenseitige Beziehung zu ersehen ist. Erwähnt sei immerhin, daß die Pariser Armenverwaltung im Jahre 1922 zwei Häusergruppen vollendet hat. Die erste umfaßt 16 Einzelzimmer (Mietpreis 450 Fr.), 110 Wohnungen von Stube und Küche (637 Fr.), 56 Wohnungen von zwei Stuben und Küche (910 Fr.), 12 Wohnungen von drei Stuben und Küche (1092 Fr.). Die Einzelstuben und die Wohnungen von Stube und Küche sind für Kriegerwitwen und Kriegsbeschädigte mit Kindern bestimmt, die Zwei- und Dreizimmerwohnungen für Familien mit mindestens 3 Kindern unter 16 Jahren. Familien mit mehr als 3 unterhaltsberechtigten Kindern genießen Mietpreisermäßigungen. Die zweite Häusergruppe umfaßt 14 Wohnungen von Stube und Küche, 52 Wohnungen von zwei Stuben und Küche und 22 Wohnungen von drei Stuben und Küche. Sie werden zu ähnlichen Bedingungen vermietet wie die Wohnungen der ersten Häusergruppe.

II. Die Immobiliarkreditanstalten (sociétés de crédit immobilier). Diesen Anstalten stehen etwa dieselben Organisationen wie den Gesellschaften für billigen Wohnungsbau helfend zur Seite. Die Departements und Gemeinden geben ihnen allerdings keine Zuschüsse, worüber sich die Anstalten

heftig beklagen; dafür leisten sie aber Bürgschaften in Höhe von 70 Proz. der Herstellungskosten. Die Anstalten müssen sich also 30 Proz. aus eigener Kraft verschaffen. Dennoch hat ihre Zahl sich sehr gesteigert, ihre Tätigkeit an Ausdehnung gewonnen. 1921 betrugen die Vorschüsse, die sie vom Staat erhielten, 30 Millionen Fr.; 1922 wurden 57½ Millionen, also das Doppelte angefordert. Auch ein Teil der Sparkassen unterstützt diese Anstalten. Am 31. Dezember 1922 hatten 53 Kassen 2 534 988 Fr. in Form von hypothekarischen Darlehen oder durch Uebernahme von Obligationen und Aktien beigesteuert. Sehr viel reger war die Unterstützung durch die Depot- und Konsignationskasse. Diese gewährte den Anstalten von 1909 bis 1914 insgesamt 140 Darlehen in Höhe von 33 805 500 Fr.; während des Krieges ruhte die Bautätigkeit, und Darlehen waren nicht nötig; von 1919 bis 1921 erhielten sie 110 Darlehen im Werte von 40 693 000 Fr. und 1922 90 Darlehen in Höhe von 56 166 000 Fr., zusammen also 340 Darlehen in Höhe von 130 664 500 Fr.

Die Zahl der Immobiliarkreditanstalten und die Höhe ihres Kapitals ergibt sich aus der folgenden Tabelle:

Kapital	Bestätigung						
Franken	vor August 1914	August 1914 bis Dez. 1918	1919	1920	1921	1922	zus.
100—300 000 ..	52	4	1	1	15	14	87
über 300 000 .	20	—	1	2	1	1	25
zusammen .	72	4	2	3	16	15	112

Die Anstalt von Lille ist von allen die größte. Ihre Darlehen betrugen am 31. Dezember 1922 18 004 963 Fr. 1921 war das erste Tausend der von ihr beim Bau unterstützten Häuser erreicht, 1922 war das zweite Tausend bereits erheblich überschritten. Auch andere Anstalten haben große Erfolge aufzuweisen. Im Januar 1911 wurde die Société centrale de crédit immobilier, die ihren Sitz in Paris hat, gegründet. Das Feld ihrer Tätigkeit sind die Departements Seine und Seine-et-Oise. Ihr Gründungskapital war 200 000 Fr., im Januar 1922 wurde es von 715 000 auf 3 000 000 Fr. erhöht. Sie hat von den Departements Garantien erhalten, die es ihr ermöglichen, bis zum 31. Dezember 1925 für Bauten im Werte von 70 Millionen Fr. die notwendigen Vorschüsse zu leisten. Ende 1923 wird sie den Bau von über 2400 Häusern unterstützt haben.

Im Jahre 1912 wurde eine Vereinigung der Immobiliarkreditanstalten geschaffen, der bis zum 31. Dezember 1922 90 Anstalten beigetreten sind.

III. Die Aemter für billigen Wohnungsbau (offices publiques d'habitations à bon marché. Sie haben in den letzten Jahren sehr an Bedeutung gewonnen. Bis 1919 gab es 15 solcher Aemter, 1919 entstanden 17, 1920: 25. 1921: 34, 1922: 34, 1923 bisher 14. Von den 139 bei Abschluß

des Berichts bestehenden Aemtern waren 44 Departementalämter und 95 Gemeindeämter.

Das größte aller Aemter ist das des Seinedepartements. Unter den Gemeindeämtern verdient das von Paris besondere Beachtung. Es verwaltet 19 Häusergruppen mit 2105 Wohnungen, von denen es 490 selbst geschaffen hat, während die Stadt Paris die übrigen 1615 hergestellt hat. Die Mietpreise schwanken zwischen 700 und 1092 Fr. für drei oder vier Stuben mit Küche, zwischen 504 und 910 Fr. für zwei Stuben und Küche, zwischen 330 und 637 Fr. für eine Stube und Küche. Für Familien mit vier Kindern unter 16 Jahren werden je nach der Miethöhe Ermäßigungen von 144 bis 546 Fr. gewährt. Außerdem hat man für jedes weitere Kind unter 16 Jahren einen weiteren Nachlaß von 25 bzw. 50 Fr. bewilligt. Von besonderem Interesse ist die Aufbringung der Kosten für einen solchen Bau. Als Beispiel mag ein von dem Amt in Narbonne errichtetes Miethaus mit 15 Wohnungen dienen. Der Herstellungspreis war 297 480 Fr. Die Kosten wurden folgendermaßen gedeckt:

Städtische Schenkung	50 000 Fr.
Staatszuschuß	93 000 „
Darlehen von der Depot- und Konsignationskasse	117 000 „
Städtischer Zuschuß für Installation von Gas und Elektrizität	12 545 „
Private Zeichnung	24 935 „
Zusammen	297 480 Fr.

Für die nächste Zeit sind insbesondere auch seitens des Pariser Amtes große Wohnungsbauten geplant.

Im Jahre 1921 schlossen sich die Aemter für billigen Wohnungsbau zu einem Verbande zusammen. Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt mehr als 60.

IV. Stiftungen. Diese haben sehr an Bedeutung verloren. Neue Bauten sind kaum aufgeführt. Man hat die größten Schwierigkeiten, die alten Heime aufrechtzuerhalten. Die bedeutendsten Stiftungen sind die von Rothschild und von Lebaudy. Sie beherbergen 4423 bzw. 4401 Bewohner, darunter 2175 bzw. 1912 Kinder. In den Häusern der „Gesellschaft für gesunde Wohnungen für kinderreiche Familien" leben 3497 Menschen, darunter 2273 Kinder, in den Häusern der „Société le Progrès" 1623 Menschen, darunter 959 Kinder.

V. Industrielle Unternehmungen. Laut einer Entschließung des Ständigen Ausschusses des Obersten Rates für den Bau billiger Wohnungen, die schon vor 15 Jahren gefaßt wurde, werden Darlehen nur den Gesellschaften für den Bau billiger Wohnungen, den Immobiliarkreditanstalten, den Aemtern für den Bau billiger Wohnungen und den Stiftungen gegeben. Die Industriellen und Industriegesellschaften werden deshalb von dieser Vergünstigung ausgeschlossen, weil die vorhandenen Mittel sonst alsbald erschöpft sein würden, und

weil die Arbeitgeber in der Regel ohnehin nur Wohnungen für ihre Arbeiter bauen, wenn sie dazu unbedingt genötigt sind. Die Industriellen haben nun von sich aus eine „Grundkreditkasse zur Verbesserung des Wohnungswesens in den Industriebezirken" geschaffen. Sie hat den von Industriellen gegründeten Wohnungsgesellschaften 101 687 000 Fr. geliehen. Unter den jüngeren Schöpfungen von Arbeitgeberseite verdienen die Bauten der Nordbahn besondere Erwähnung. Gleich nach dem Waffenstillstand mußte diese Gesellschaft die Lösung der Wohnungsfrage für ihre zahlreichen Angestellten in Angriff nehmen. Als ersten Notbehelf errichtete sie im Jahre 1919 rund 1000 provisorische Holzhäuser. Aber schon im Juli 1919 begann sie mit der Ausführung von Dauerhäusern in Gartenstädten. An solchen Dauerhäusern waren bis Ende 1921 4727 aus Holz und 6345 aus Ziegeln, Zement usw. hergestellt. Die Häuser haben im allgemeinen vier Wohnräume; manche, für größere Familien bestimmte, haben bis zu sechs Wohnräumen. Jedes Haus hat Wasserleitung und Elektrizität. Zu jedem Haus gehört ein Gemüsegarten von etwa 400 qm.

Im ganzen hatte die Wohnungsfürsorge in Frankreich 1922 große Erfolge aufzuweisen. Dazu trug nicht zuletzt die Verbilligung der Baukosten bei. Leider gingen die Materialpreise im Jahre 1923 infolge gesteigerter Kohlenpreise wieder in die Höhe. Nur in einer kleinen Zahl von Departements in Mittel- und Westfrankreich sind die Baukosten das Dreifache der Vorkriegszeit; in vielen betragen sie bis zum Vierfachen, in einzelnen bis zum Viereinhalbfachen; in den zerstörten Gebieten bis zum Fünffachen.

Es ist zu befürchten, daß das Jahr 1923 im ganzen einen Rückschlag in der praktischen Wohnungsfürsorge in Frankreich bringen wird.

ANHANG.

I. EIN DEUTSCHER UEBER DEUTSCHLAND.

Vorbemerkung.

Man wird den Mitarbeitern der „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz“ das Zeugnis nicht versagen können, daß sie sich soweit als irgend möglich jeder Polemik, insbesondere auch gegen das eigene Land, enthalten haben. Trotzdem sind meine französischen Freunde, eben wegen dieser Mitarbeit, in Frankreich schweren Angriffen ausgesetzt gewesen[1]); trotzdem bin ich als Herausgeber in der deutschen nationalistischen Presse gröblich beschimpft worden. Auf wie wenig Verständnis die Korrespondenz selbst bei Leuten gestoßen ist, die von Berufs wegen die wirtschaftliche Entwicklung im Inland und Ausland verfolgen, denen also diese Korrespondenz besonders willkommen sein müßte, mag der folgende Brief zeigen:

Bochum, den 15. Februar 1923.
Goethestr. 2

A. Sander.
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der
Vereinigung von Arbeitgeberverbänden
im Handelskammerbezirk Bochum. E. V.

An den Herausgeber
der Deutsch-Französischen Wirtschafts-Korrespondenz,
Herrn R. Kuczynski,
Berlin-Schlachtensee
Terrassenstr. 17

Zum zweiten Male übersenden Sie mir unaufgefordert eine Zeitschrift, die Sie Deutsch-Französische Wirtschafts-Korrespondenz bezeichnen.

Ich verbitte mir die Zusendung derartiger undeutscher Machwerke, für die ich hier, ganz besonders im besetzten Gebiet, nicht das geringste Verständnis habe.

Wenn Sie es für nötig befinden, mit krankhaften, pazifistischen Ideen hausieren zu gehen und mit Wiedergabe der in Ihrem Machwerk abgedruckten Artikel deutsche Volksgemeinschaft zu durchseuchen, so ist das Ihre Sache; ich verbitte mir aber auf das entschiedenste die unaufgeforderte Zusendung Ihrer traurigen Erzeugnisse.

Hochachtungsvoll!
Sander.

Da die „Vereinigung“ seit Jahren Abonnentin der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ war, also doch wohl auf die Zu-

[1]) Vgl. z. B. oben S. 200.

sendung meiner „traurigen Erzeugnisse" Wert legte, richtete ich an sie das folgende Schreiben:

Berlin-Schlachtensee, den 17. Februar 1923

An die Vereinigung
von Arbeitgeberverbänden im Handelskammerbezirk Bochum E. V.,
Bochum
Goethestr. 2

Wir haben Ihnen, wie allen anderen Abonnenten der „Finanzpolitischen Korrespondenz", die ersten beiden Nummern der „Deutsch-Französischen Wirtschafts-Korrespondenz" übersandt und erhalten nun von einem Herrn Sander, an den wir niemals irgendeine unserer Veröffentlichungen geschickt haben, folgendes Schreiben:

(folgt Abschrift des obigen Briefes)

Für den Fall, daß es sich nicht um einen Schwindler handeln sollte, der hier unbefugterweise auf eine an die Vereinigung von Arbeitgeberverbänden im Handelskammerbezirk Bochum gerichtete Sendung geantwortet hat, würden wir selbstverständlich nach Ablauf des Quartals die Zusendung der „Finanzpolitischen Korrespondenz" an Sie einstellen.

Hochachtungsvoll
Finanzpolitische Korrespondenz.

Die Antwort lautete:

Bochum, den 19. Februar 1923
Goethestr. 2.

Herrn Dr. R. Kuczynski, Berlin-Schlachtensee.

Hiermit bestellen wir die von Ihnen herausgegebene „Finanzpolitische Korrespondenz" zum nächstmöglichen Zeitpunkt ab.

Vereinigung von Arbeitgeberverbänden im
Handelskammerbezirk Bochum e. V.
Der Syndikus:
I. A.:
(Unterschrift)

So richtig es ist, in einer für das Ausland bestimmten Korrespondenz bei der Kritik des eigenen Landes größte Zurückhaltung zu üben, so verkehrt wäre es, ein deutsches Buch, das die deutsche Wirtschaft und Politik behandelt, ohne jede Kritik an der Politik der deutschen Regierung und der führenden deutschen Wirtschaftskreise herauszubringen. Ich würde glauben, damit dem deutschen Volke einen schlechten Dienst zu leisten und würde mich letzten Endes nicht mehr von jenen unappetitlichen Mitbürgern unterscheiden, die aus lauter Angst, ihre schmutzige Wäsche vor fremden Augen zu waschen, diese Wäsche überhaupt nicht waschen. Ich will daher hier (Anhang I) die Artikel, die ich durch meine „Finanzpolitische Korrespondenz" verbreitet habe — unter Ausscheidung der Briefe aus Amerika (siehe Anhang II) — wiedergeben[1]). Den

[1]) Von den Aufsätzen über das Existenzminimum in Groß-Berlin wird hier aus Raumrücksichten nur der für September 1923 abgedruckt; einen gewissen Ersatz bieten die Tabellen S. 241 f., 365 ff. Ein Auszug aus den hier, gleichfalls aus Raumrücksichten, fortgelassenen Artikeln über den Kursstand der deutschen Aktien findet sich S. 78 ff.

Charakter der Chronik suche ich auch dadurch zu wahren, daß ich auf jede sachliche Gliederung der Artikel verzichte und sie mit dem Datum des Erscheinens versehe.

Französische Reparationsvorschläge.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 27. Januar 1923)

Während man in Deutschland immer noch, in einer merkwürdigen Verkennung der praktischen Möglichkeiten, an die internationale Anleihe als an das Allheilmittel zur Behebung aller unserer Leiden — der inneren wirtschaftlichen und finanziellen Nöte und der Verschuldung an die Entente — glaubt, tauchen jetzt in Frankreich aus den verschiedensten Lagern Vorschläge auf, die zwar nicht wie die deutschen von „nüchternen Geschäftsmännern" herrühren, die aber vielleicht gerade deshalb weniger phantastisch sind, und die jedenfalls bei uns mehr gewürdigt werden sollten, als dies bisher der Fall war.

Der eine dieser Vorschläge wird mit großem Eifer und Geschick von dem Abgeordneten R e y n a u d vertreten. Er hat ihn, unter starkem Beifall, in der Kammersitzung vom 20. Oktober vorgetragen und hat ihn nunmehr — mit sehr wesentlichen Ergänzungen — in der „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz" vom 12. Januar in Deutschland zur Diskussion gestellt[1]). Während er sich in seiner Kammerrede darauf beschränkte, eine Beteiligung der Entente an deutschen Aktiengesellschaften und deutschen Grundstücken zu fordern, empfiehlt er nunmehr, diese Uebertragung deutscher Werte an die Entente in eine allgemeine deutsche Vermögensabgabe (die also teilweise dem Reiche selbst zugute käme) einzugliedern. Die Eintragung einer Hypothek auf das deutsche Grundvermögen zugunsten der Entente, die er in seiner Kammerrede nur flüchtig behandelt hatte, denkt er sich jetzt so:

„Man würde als Grundlage den Wert des Immobils von 1914 nehmen, und man würde in das Grundbuch eine erststellige Hypothek in Höhe von einem Fünftel dieses Wertes eintragen. Die Schuld müßte in längstens 30 Jahren getilgt werden. Bis dahin müßte der Eigentümer des Immobils ein Viertel des wirklichen Reinertrages an die Reparationskasse zahlen. Es ist klar, daß der Eigentümer gegenwärtig lieber ein Viertel des wirklichen Reinertrages des Immobils zahlen wird, als die Zinsen von einem Fünftel des Wertes seines Immobils von 1914 durch Abtragung seines Schuldenkapitals einzubüßen. Das wird so bleiben bis zu dem Tage, wo ihm sein Immobil infolge der Wiederherstellung Deutschlands einen Ertrag in Goldmark bringt, der sich dem von 1914 nähert, und wo er dann lieber sein Schuldenkapital abtragen wird (womit er die Zinsen von einem Fünftel des Wertes verliert), als weiter ein Viertel des Reinertrages des Immobils zu zahlen."

Etwa gleichzeitig mit diesem Aufsatz Reynauds erschien in den „Cahiers" vom 10. Januar eine Abhandlung des Professors an der Pariser Universität, R o g e r P i c a r d. Er fordert mit

[1]) Siehe oben S. 181 ff.

Reynaud eine Beteiligung der Entente an den deutschen industriellen Aktiengesellschaften (aber nicht an den anderen Aktiengesellschaften und nicht am Grundvermögen), und er fordert Sachleistungen. Er empfiehlt eine internationale Anleihe, die vom Völkerbund auszugeben und von Deutschland zu verzinsen wäre, und darüber hinaus — ein höchst beachtenswerter Gedanke:

„Innere deutsche Befreiungsanleihen, deren Erlös, sobald er den von der Entente festgesetzten Betrag erreichte, den Ländern, die das deutsche Gebiet besetzt halten, als Gegenleistung für die Befreiung eines Teiles dieses Gebietes zufließen würde. Wäre es nicht tatsächlich eine bessere Politik, statt Deutschland mit neuen Besetzungen zu drohen, falls es nicht zahlt, ihm für jede Teilzahlung seiner Schuld eine Zurückziehung von Truppen anzubieten? Zweifelsohne würden alle deutschen Bürger diese Anleihen zeichnen, um ein solches Ergebnis zu erzielen."

Sachlich weicht Picard also stark von Reynaud ab. Aber in der Gesinnung und im Ziele sind sich beide gleich. Schrieb doch auch Reynaud:

„Wer in Frankreich würde nicht gleich nach Durchführung des Abkommens zugeben, daß die Entspannung durch eine Verminderung unserer Truppen im Rheinland und durch die Räumung der drei Ruhrstädte unterstrichen würde?"

Und zu dem Politiker und dem Gelehrten gesellt sich als Dritter ein General. In eben den „Cahiers" vom 10. Januar schreibt Sarrail:

„Um die Ausführung der Vertragsklauseln zu erreichen, braucht man nicht unaufhörlich zu den Waffen zu greifen und territoriale Pfänder auf territoriale Pfänder zu häufen; es gibt noch andere Maßnahmen, z. B. die staffelweise Räumung und Entmilitarisierung des besetzten Gebietes nach direkter Verständigung unter den Interessenten in dem Maße, in dem die bei Kriegsende festgesetzten Bestimmungen erfüllt werden."

Reynaud, Picard und Sarrail schrieben ihre Artikel vor dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet. Aber nichts wäre törichter, als ihren Ausführungen deshalb weniger Beachtung zu schenken. Der Widerstand unserer tapferen Ruhrbevölkerung gegen die französische Gewalt verdient uneingeschränkte Bewunderung. Aber er ist sinnlos, wenn wir nicht gleichzeitig der Entente ehrliche und vernünftige Vorschläge zur Lösung der Reparationsfrage machen. Auf welcher Linie sich diese Vorschläge zu bewegen hätten, haben uns Reynaud und Picard gezeigt.

Der Kohlensteuerskandal.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 27. Januar 1923)

Die Reichsregierung hat sich endlich veranlaßt gesehen, zu der Beschuldigung der Kohlensteuerschiebung Stellung zu nehmen. WTB. verkündet:

„Laut Verfügung vom 1. September 1922 ist die am 30. September fällige Kohlensteuer auf drei Monate gestundet worden. Die so ge-

stundete Steuer ist am 31. Dezember fällig geworden und restlos bezahlt. Außerdem ist durch eine Verfügung vom 30. Oktober 1922 die halbe am 31. Oktober und die halbe am 31. Dezember fällige Kohlensteuer auf je drei Monate gestundet, so daß also die gestundete halbe Oktobersteuer am 31. Januar 1923 und die halbe, ursprünglich am 31. Dezember fällige Steuer am 31. März zu zahlen sind. Es ist also durchaus unzutreffend, daß gar keine Kohlensteuer bezahlt wäre, vielmehr ist allein im Monat Dezember 1922 eine Summe von 19,9 Milliarden Mark eingegangen. Im übrigen sind die Stundungsanträge dem Garantiekomitee längst bekannt. Die Gründe für diese Maßnahme sind zwingender wirtschaftlicher Natur; insbesondere war es der Mangel an flüssigem Geld, der sich bekanntlich seit Anfang September in besorgniserregender Weise geltend machte. Die Bergwerksbesitzer wären ohne diese Unterstützung des Staates den im Gefolge des Marksturzes auftretenden sehr erheblichen Lohnsteigerungen und den gerade damals durchgeführten Aenderungen der Lohnzahlungsmodalitäten nicht gewachsen gewesen."

Der Tatbestand ist also klar. Die Bergwerksbesitzer haben z. B. im September für 1 t Fettförderkohle 4105 Mk., davon 1140 Mk. für Kohlensteuer erhalten. Die 1140 Mk., die im September 78 Cents (1 Dollar = 1466 Mk.) wert waren, haben sie am 31. Dezember „restlos bezahlt", d. h. zu einem Zeitpunkt, wo sie nur noch 16 Cents (1 Dollar = 7350 Mk.) galten. Die Bergwerksbesitzer haben also nur ein Fünftel der Steuer selbst getragen und vier Fünftel auf das Reich abgewälzt. Tatsächlich war ihr Gewinn sogar noch etwas größer, da der Kohlenpreis inzwischen auf mehr als das Fünffache (ab 1. Dezember 22 763 Mk.) gestiegen war. „Die Bergwerksbesitzer wären ohne diese Unterstützung des Staates den im Gefolge des Marksturzes auftretenden sehr erheblichen Lohnsteigerungen und den gerade damals durchgeführten Aenderungen der Lohnzahlungsmodalitäten nicht gewachsen gewesen"? Konnte man wirklich keine bessere Ausrede finden? Aenderungen der Lohnzahlungsmodalitäten, die eine Verschiebung der Steuerzahlungen um ein volles Vierteljahr rechtfertigen sollen? Und die „sehr erheblichen Lohnsteigerungen"? Wenn unsere Reichsregierung es nicht ohnehin weiß, dann lese sie es doch im „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" vom 30. Dezember 1922 nach, daß vom August bis November der Anteil der Löhne und Gehälter am Verkaufspreis der Kohle von 41 auf 29 Proz. gesunken ist.

Das Reichsfinanzministerium scheint sehr stolz darauf zu sein, daß die Kohlensteuer im Dezember 1922: 19,9 Milliarden Mark erbrachte. Ja, ist das etwa viel? Im Dezember 1921 war der Ertrag 646 Millionen Mark, d. h. 3,4 Millionen Dollars, im Dezember 1922: 19,9 Milliarden Mark, d. h. nur 2,6 Millionen Dollars. Dabei war der Kohlenpreis inzwischen nicht weniger gestiegen als der Dollar, und die Kohlensteuer war inzwischen (ab 1. April 1922) verdoppelt worden!

Und wer hat denn die 19,9 Milliarden aufgebracht? Letzten

Endes doch das Reich selbst. Denn bei einem Kohlenpreis von 22 763 Mk. und einem monatlichen Verbrauch von 1½ Millionen Tonnen zahlte die Reichsbahn allein für die Kohlen, die sie verbrauchte, annähernd 10 Milliarden Mark Kohlensteuer, und es ist keine Uebertreibung, wenn man behauptet, daß die übrigen sachlichen Ausgaben der Reichsbahn (Schienen, Schwellen usw.), die sachlichen Ausgaben der Post usw. und die persönlichen Ausgaben des Reichs (Gehälter und Löhne für die Beamten, Angestellten und Arbeiter) ohne die alles verteuernde Kohlensteuer insgesamt annähernd 10 Milliarden niedriger gewesen wären. In den Monaten September, Oktober und November hätte das Reich ohne die Kohlensteuer sogar sicherlich ein geringeres Defizit gehabt als mit der Kohlensteuer.

Die Kohlensteuer wird stets eine teuere Sache für das Reich sein. Bei der großen Rolle, die die Kohle direkt und indirekt im Haushalt der Reichsbetriebe wie im Haushalt der vom Reiche lebenden Personen spielt, wird das Reich, selbst bei gewissenhafter Eintreibung der Kohlensteuer, etwa ein Drittel davon selbst zu tragen haben. Um so weniger läßt es sich verantworten, daß das Reich den Bergwerksbesitzern bis zu vier Fünfteln der Kohlensteuer schenkt.

Die Verfügung vom 30. Oktober, wonach die halbe am 31. Dezember fällige Kohlensteuer erst am 31. März zu zahlen ist, muß sofort aufgehoben werden. Wenn die Bergwerksbesitzer die halbe am 31. Dezember fällige Kohlensteuer jetzt zahlen, haben sie infolge der Geldentwertung schon zwei Drittel gespart, und das Reich, dem dann rechnungsmäßig ein Drittel verbleibt, hat dieses eine Drittel schon in dem Preise der Reichsbahnkohlen usw. hingegeben. Bleibt die Stundung weiter bestehen, so setzt das Reich bei der Kohlensteuer wieder zu. Das darf nicht sein. Denn es gibt nichts Aufreizenderes, als eine Kohlensteuer, die die Aermsten der Armen aufs schwerste belastet, den Reichsten der Reichen die Taschen füllt und das Reich mehr kostet als sie einbringt.

Angeblich?

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 20. Februar 1923)

Die Franzosen sind mit zahlreichen Truppen in Gelsenkirchen eingerückt, haben den Bahnhof, die Post, das Steueramt und das Zollamt besetzt, dort überall die Kassen beschlagnahmt, den Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr unterbunden usw. Eine linksdemokratische Berliner Zeitung bemerkt dazu: „Diese beispiellose Terroraktion ist von den Franzosen angeblich nur unternommen worden, um die hundert Millionen einzutreiben, die der Stadt Gelsenkirchen wegen des Zwischenfalls mit den beiden Gendarmen auferlegt wurden". Angeblich? Wieso denn angeblich?

Was sich hier bei der Berichterstattung über die Drangsalierungen Gelsenkirchens im kleinen abspielt, zeigt sich im großen bei der Beurteilung der ganzen Ruhraktion. Die Franzosen erklären, sie seien in die Ruhr eingerückt, um Deutschland zu Reparationszahlungen zu zwingen. Bei uns aber will das niemand wahr haben. Die einen behaupten, die Franzosen seien einmarschiert, um Ruhrgebiet und Rheinland vom Reich loszureißen; andere sagen, die Absicht sei, die Ruhrzechen den französischen Industriemagnaten in die Hände zu spielen usw.

Es ist höchste Zeit, daß wir wieder zur Besinnung kommen. Seit Jahr und Tag bemühen sich unsere Steuersaboteure, dem deutschen Volke einzureden, Frankreich wolle im Grunde gar nicht, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfülle. Damit haben sie — schon vor der törichten und brutalen Ruhrbesetzung — den Willen zur Erfüllung untergraben. Jetzt haben sie vollends Oberwasser.

In dieser Geistesverfassung sind wir verhandlungsunfähig. Zu Verhandlungen aber müssen wir bald kommen, wenn wir das Schlimmste verhüten wollen.

Wann wird Deutschland antworten?

(„Die Weltbühne" vom 22. Februar 1923)

Am 22. Januar — elf Tage nach dem Einmarsch ins Ruhrgebiet — hat die französische Regierung der Reparationskommission die Bewilligung eines zweijährigen Moratoriums an Deutschland vorgeschlagen. Die Kommission hat den französischen Plan vorläufig zurückgestellt. Deshalb, und weil er als durch die Ereignisse überholt galt, hat er in Deutschland wenig Beachtung gefunden. Nun veröffentlicht der Hauptschriftleiter für Außenpolitik am „Oeuvre", Lemercier, in der „Deutsch-Französischen Wirtschaftskorrespondenz" einen Artikel[1]), in dem er erklärt, dieser Vorschlag sei und bleibe der Vorschlag der französischen Regierung. „Frankreich hat seine Bedingungen bekanntgegeben. Wann wird Deutschland antworten?"

Wer den französischen Vorschlag nicht kennt — und das sind 999 Promille aller Deutschen —, wird um eine Antwort nicht verlegen sein. Er erwidert ganz einfach: „Der französische Vorschlag ist indiskutabel". Wer sich aber die Mühe gegeben hat, den Plan, der im „Temps" vom 27. Januar und in der „Europe Nouvelle" vom 3. Februar wörtlich und in dem Artikel Lemerciers auszugsweise veröffentlicht worden ist[2]), nüchtern zu prüfen, muß zu einem anderen Ergebnis kommen. Denn was Frankreich im wesentlichen fordert, ist dies:

Die deutsche Industrie soll der deutschen Regierung eine Anleihe von 3 Milliarden Goldmark gewähren und dafür Reichs-

[1]) Siehe oben S. 185 ff.
[2]) Vgl. auch oben S. 189 ff.

anleihe erhalten. Von den 3 Milliarden Goldmark fließen 500 Millionen in einen Fonds zur Stabilisierung der Mark. Der Rest geht an die Reparationskommission, die 1000 Millionen an die Ententemächte verteilt und 1500 Millionen zur Bezahlung deutscher Sachlieferungen verwendet.

Anders ausgedrückt: Deutschland soll wie bisher alle Restitutionen durchführen, die Kosten für die Interalliierten Kommissionen, die Besatzungsheere und das Ausgleichsverfahren zahlen und außerdem in jedem der Jahre 1923 und 1924 in Gold oder Devisen den Betrag von 500 Millionen Goldmark und in Sachlieferungen den Gegenwert von 750 Millionen Goldmark leisten. Die Mittel für diese Bar- und Sachleistungen sollen dem Reiche von der deutschen Industrie geliehen werden, die darüber hinaus dem Reiche noch weitere 500 Millionen zur Stabilisierung der Mark leihen soll.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Vorschlag für unsere Schwerindustrie „unannehmbar" ist, denn damit würde ja ihr Interesse mit dem Interesse des Reichs aufs engste verquickt, da ihre Anleihe vom Reiche nur dann verzinst werden könnte, wenn das Reich dazu finanziell in der Lage wäre. Das *désintéressement* der Schwerindustrie am Reich würde mit einem Schlage beseitigt, ja unsere Schwerindustrie müßte, um nicht selbst Schaden zu leiden — womöglich durch ehrliche und pünktliche Zahlung der Steuern —, an der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt mitarbeiten.

Wird so der Grundgedanke des französischen Planes unseren Schwerindustriellen höchst unwillkommen sein, so werden gewisse Einzelheiten sie sehr sympathisch berühren, z. B. die Forderung der Auslieferung der Reichseisenbahnen, der Staatsbergwerke, gewisser Monopole usw. an private Konzessionäre. Die französische Regierung fordert diese Entstaatlichung als Mittel zur Gesundung der Reichsfinanzen und erweist sich hier als eine gelehrige Schülerin des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Zweifellos würden auch einflußreiche Mitglieder unserer Regierung gern bereit sein, diese Forderung zu erfüllen. Um so stärker jedoch wäre der berechtigte Widerstand aller derjenigen Deutschen, die das Allgemeinwohl über das Interesse unserer Industriemagnaten stellen. Aber ganz verkehrt wäre es, den französischen Plan wegen solcher Einzelpunkte, die mit dem gesunden Grundgedanken nichts zu tun haben, für indiskutabel zu erklären. Er ist diskutabel, weil er nicht wesentlich über das hinausgeht, was wir leisten können. Enthält er Einzelforderungen, die unannehmbar sind — und ich rechne dazu in erster Reihe die Preisgabe der Reichsbahn —, so mögen wir da Gegenvorschläge machen, die für den erstrebten Zweck, die Gesundung der Reichsfinanzen, weit förderlicher sein könnten. Und wir würden dann um eine Erfahrung reicher sein. Es wird sich nämlich zeigen: die Entstaatlichung der Reichsbahn liegt den Herren Poincaré und

Barthou weniger am Herzen als den Herren Stinnes und Silverberg.

Frankreich hat seine Bedingungen bekanntgegeben. Wann wird Deutschland antworten? Man braucht kein gelernter Prophet zu sein, um hier die Zukunft vorauszusagen. Heute herrschen bei uns die gleichen Leute wie 1917/18. Sie werden handeln wie damals. Deutschland wird antworten, wenn es zu spät ist. Unsere Regierung ignoriert jetzt den Vorschlag Poincarés, so wie die kaiserliche Regierung seinerzeit die 14 Punkte Wilsons ignoriert hat, und unsere Staatsmänner werden wieder sehr überrascht sein, wenn die Gegner nach dem Zusammenbruch der deutschen Widerstandskraft mehr fordern als vorher.

Die deutsche Geschichte der letzten Jahre ist eine ununterbrochene Kette verpaßter Gelegenheiten. Wird das deutsche Volk endlich aus seiner Geschichte lernen?

Nationale Steuerblockade.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 20. März 1923)

Der Nationale Block in der französischen Kammer umfaßt alle Parteien mit Ausnahme einerseits der Nationalisten (Daudet usw.), anderseits der Radikal-Sozialisten (Herriot usw.), Sozialisten (Léon Blum usw.) und Kommunisten (Cachin usw.). Der Nationale Block im Reichstag umfaßt alle Parteien mit Ausnahme einerseits der Deutschnationalen, anderseits der Sozialdemokraten und Kommunisten. Da der Nationale Block im französischen Parlament noch eine bürgerliche Partei (die Radikal-Sozialisten) links von sich hat, könnte man vermuten, er stünde weiter rechts als der Nationale Block im Reichstag. Das aber wäre ein Irrtum. Denn einmal sind die Beziehungen des Nationalen Blocks in Deutschland zu den Deutschnationalen viel herzlicher als die des Nationalen Blocks in Frankreich zu den Nationalisten. Sodann aber sind die Sozialisten in der Kammer weit weniger zahlreich als im Reichstag, und die Radikal-Sozialisten, die ohnehin weiter links stehen als unsere Deutsch-Demokraten, stellen sich zur Politik Poincarés ungefähr ebenso wie unsere Sozialdemokraten zur Politik Cunos: sie mißbilligen sie, aber sie durchkreuzen sie nicht.

Besonders deutlich hat sich die Seelenverwandtschaft der beiden Nationalen Blocks bei den jüngsten Finanzdebatten in der französischen Kammer und im Reichstag offenbart. Der Nationale Block in Paris hat alle Steuervorschläge der Regierung und der Linksparteien abgelehnt und die „Deckung" des Defizits im ordentlichen Haushalt durch schwebende Schulden beschlossen. Der Nationale Block am Königsplatz hat die Steuererleichterungen, die die Regierung im Hinblick auf die Geldentwertung vorsah, noch wesentlich erweitert und die wirklich recht harmlosen Gegenvorschläge der Sozialdemokraten abgelehnt. Ließe sich das Reparationsproblem durch beiderseitige Steuersabotage lösen, so würde die Harmonie der

beiden Nationalen Blocks zu den schönsten Hoffnungen berechtigen. Nur kann sich die Einheitsfront der beiden Blocks nicht ganz auswirken, weil jeder bloß für das eigene Land steuerscheu ist. Aber dafür sind es ja auch nationale Blocks.

„Beruhigung".

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 20. März 1923)

Die Abendausgabe der „Vossischen Zeitung" vom 16. März berichtet über den Berliner Devisenmarkt:

„Am Devisenmarkt machte sich heute vormittag zunächst eine leichte Abschwächung bemerkbar. Die Kurse bröckelten ab, und der Dollar ging auf etwa 20 750 zurück. Das Geschäft bewegte sich gleichwohl weiter in sehr engen Bahnen. Das Material, das herauskam, war jedoch keineswegs umfangreich und stammte im wesentlichen aus Kreisen des berufsmäßigen Devisenhandels, der durch die schon in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte von einer bevorstehenden Intervention in der Ruhrfrage sich zu Abgaben veranlaßt sah. Später trat jedoch wieder eine B e r u h i g u n g ein, da man nach den neuesten Meldungen den erwähnten Gerüchten weniger Glauben zu schenken geneigt war. Der Dollar zog wieder an, und amtlich stellte er sich auf 20 900."

Wie stark wäre da erst die Beruhigung gewesen, wenn Gerüchte von positiven Erfolgen der Franzosen verbreitet worden wären!

Handelskammern und Politik.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 27. März 1923)

Der jüngste Jahresbericht der Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim-Ruhr und Oberhausen enthält eine Fülle interessanter Angaben über die Organisation und die Tätigkeit dieser für unser Wirtschaftsleben sehr bedeutsamen Interessenvertretung und über die Lage und Entwicklung einzelner Industrien und Handelszweige in dem Kammerbezirk. Auch wer die Einstellung dieser Handelskammer zu manchen wirtschaftlichen Fragen nicht billigt, wird nach einem Studium ihres Rechenschaftsberichts der Rührigkeit, Tatkraft und Sachkunde ihrer Vertreter seine Anerkennung nicht versagen können. Um so härter aber muß das Urteil über die politischen Ungeschicklichkeiten ausfallen, die diesen Bericht verunzieren. Da heißt es z. B., der Rathenau-Mord habe „Feierschichten zur Folge" gehabt. „Diese Feierschichten, infolge parteipolitischer Ausnutzung ausgerufen, mußte die Wirtschaft mit einer großen Fehlziffer in der Kohlenförderung bezahlen". Wer da weiß, wie intensiv sich gerade dieser Handelskammer nahestehende Kreise an der Hetze gegen Rathenau beteiligt haben, wird die Entgleisung als besonders taktlos empfinden. Und was soll man gar dazu sagen, wenn es in bezug auf die Besatzungskosten heißt:

„Den größten Wahnwitz der in den Reparationen enthaltenen Einzelposten bilden die Besatzungskosten, die im August d. J. von der Reparationskommission selbst auf etwa 10 Millionen Francs für den Monat berechnet wurden. Das heißt, daß damit die gesamten Einnahmen, die das Deutsche Reich an Steuern, Zöllen, Abgaben, Verwaltungs- und Betriebseinnahmen hatte, zu dieser Zeit allein durch die Besatzungskosten zu 85 Proz. aufgezehrt würden. Oder um diese Zahl in eine Beziehung zu Betriebsausgaben unserer Industrie zu setzen: daß, wenn in unserem Ruhrkohlenbergbau Tag für Tag, also auch Sonn- und Feiertags, drei Schichten verfahren würden und jedem Arbeiter der höchste Schichtlohn (Hauerlohn) gezahlt würde, die gezahlten Lohnsummen noch nicht ganz die Besatzungskosten decken würden. 1½ Millionen Bergleute etwa müßten also für diese unproduktive Ausgabe in der jetzt üblichen Weise arbeiten."

Weiß die Handelskammer nicht, daß „die gesamten Einnahmen, die das Deutsche Reich an Steuern, Zöllen, Abgaben, Verwaltungs- und Betriebseinnahmen hatte", im August 1922 52 Milliarden Mark = 600 Millionen Franken ausmachten, und daß der durchschnittliche „Schichtlohn (Hauerlohn)" im August 360 Mk. betrug, so daß bei 31 Schichten und 1½ Millionen Bergleuten eine Lohnsumme von 17 Milliarden Mark = 200 Millionen Franken herauskäme?

Die Handelskammer zu Essen ist ein vortrefflicher Anwalt von Industrie und Handel gegenüber Staats- und Reichsregierung. Möge sie sich künftig auf diese Aufgabe beschränken!

Ein aktuelles Industriehandbuch.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 27. März 1923)

Kurz vor der Besetzung der Ruhr hat der Montanusverlag zu Siegen ein „Industrie-Handbuch" für Westdeutschland herausgegeben, das durch die jüngsten politischen Ereignisse besondere Bedeutung erlangt hat. Aufgabe des Werkes ist: „Beschreibung der Eigenart und Bedeutung des westdeutschen Wirtschaftslebens".

Das Buch beginnt mit sechs „allgemeinen Aufsätzen" über das Verkehrswesen, die Wasserversorgung und die Abwasserverhältnisse; daran schließt sich eine Beschreibung der einzelnen Industriebezirke. Es folgt ein „Städte- und Firmenverzeichnis" mit wertvollen Angaben über Verwaltung, Geschichte und wirtschaftliche Verhältnisse der einzelnen Orte und Aufführung der bedeutendsten Industrie- und Handelsbetriebe. Dies alles bildet aber nur gewissermaßen die Einleitung zu dem Hauptstück des Werkes, dem „Technisch-warenkundlichen Branchenteil". Er enthält für die einzelnen 37 Fachgruppen (Bergbau, Eisenhüttenwesen, Stahlwerke usw.): 1. Stammbaumartige Darstellungen nach Rohstoffen, Halbzeugen bzw. Werkstoffen, Enderzeugnissen sowie deren Verwendungszweck, ferner Arbeitsmitteln, Arbeitsmaschinen, Hilfseinrichtungen und Zubehör; 2. eine technische Erläuterung der Fachgruppe; 3. Bezugsquellen (Firmen) mit englischer,

französischer, spanischer und russischer Uebersetzung der deutschen Warenbezeichnungen; 4. ein sehr brauchbares Stichwortverzeichnis in deutscher, englischer, französischer, spanischer und russischer Sprache.

Das Werk, das in glänzender Ausstattung und vorzüglicher Raumausnutzung etwa 2000 Seiten Text umfaßt, verdient höchstes Lob. Es ist eine Fundgrube nicht nur für den Industriellen und den Kaufmann, sondern auch für den Nationalökonomen.

Der Vermerk auf dem Titelblatt „Ausgabe 1922" erweckt die Hoffnung auf ein Neuerscheinen in absehbarer Zeit. Wenn für eine zweite Ausgabe ein Wunsch ausgesprochen werden darf, so ist es der, daß dann auch der Arbeiterschaft, die ja schließlich an der Industrie nicht ganz unbeteiligt ist, in dem einen oder anderen Kapitel gedacht würde. Der Wunsch erscheint um so berechtigter, als insbesondere in dem Geleitwort von Most die Unternehmer — die Krupp, Thyssen, Stinnes usw., „die in der Reihe der Schöpfer von Deutschlands Größe ganz vorn stehen, und deren Zukunft Deutschlands Zukunft in sich birgt" — etwas gar zu überschwenglich gefeiert werden.

Wäre so etwas in Frankreich denkbar?

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 20. April 1923)

Am 8. April 1923 nahm der Verband der Steuerkontrolleure folgende Entschließung an:

„Angesichts der Tatsache, daß die Einkommensteuer gegenwärtig unter heimlicher Mitwirkung der öffentlichen Gewalten von einem Teil der Presse systematisch angegriffen wird, erklären wir, gestützt auf unsere Erfahrungen:

Nur diese Steuer kann die Haushaltseinnahmen sichern, die die qualvolle Finanzlage erfordert.

Um aus der Einkommensteuer die notwendigen Erträge ohne Erhöhung der Steuersätze zu erzielen, wäre lediglich notwendig:

1. eine Verbesserung des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen im Sinne der stets von uns geforderten Vereinfachungen;
2. die Aufhebung gewisser skandalöser Vorrechte;
3. der gute Wille zur Durchführung, der vom Parlament abhängt;
4. eine bessere Aufklärung des Publikums über die Notwendigkeit der Erfüllung einer mit seinen wirklichen Interessen untrennbar verknüpften Pflicht.

Deshalb appellieren wir an alle, die das finanzielle Chaos, in dem das Land zu versinken droht, entrüstet und empört, damit sie mit allen Kräften die organisierte Sabotage der Einkommensteuer bekämpfen."

Wäre es denkbar, daß ein Beamtenverband in Frankreich der eigenen Regierung derart in den Rücken fällt?

Es wäre denkbar. Denn die obige Entschließung wurde nicht etwa in Berlin, sondern in Paris gefaßt.

Der Rettungsweg.

(„Finanzpolitische Korrespondenz“ 21. August 1923)

Als ich vor wenigen Tagen nach dreimonatlicher Abwesenheit von Amerika zurückkehrte, fand ich hier eine Stimmung vor, die mich an den November 1918 erinnerte. Was noch vor kurzem als Landesverrat galt, weil es die Stellung der Reichsregierung gegenüber der Entente schwäche, wird mit großer Leidenschaftlichkeit offen und rückhaltlos verkündet: wir sind an unserm Finanzelend selber schuld. Abermals geht der Schrei durch die Lande: vier Jahre belogen! Von 1914 bis 1918 Fälschung der Heeresberichte durch Verheimlichung der Niederlagen und Aufbauschung der Siege; von 1919 bis 1923 der Finanz- und Währungsschwindel mit den lächerlich niedrigen und immer wieder abgebauten „unerträglichen“, „konfiskatorischen“ Besitzsteuern bei gleichzeitiger Steuersabotage durch Reichsfinanzministerium und Finanzämter, mit den unaufhörlichen Liebesgaben an die Besitzenden (Reichsbankkredite usw.), mit der unehrlichen Behauptung, bei Fortfall der Reparationszahlungen sei unser Reichshaushalt gedeckt. Wie damals hat auch heute das deutsche Volk den Nebel, in den es seine Führer gehüllt hatten, in jähem Erschrecken durchbrochen. Aber wird es nicht nach kurzem Wachen wieder einschlafen? Die Vertagung des Reichstags „aus Mangel an Beratungsstoff“ ist ein böses Vorzeichen.

Daß die posthumen Finanzmaßnahmen von Cuno-Hermes belanglos sind, liegt auf der Hand. Die Ausschreibung einer Anleihe von 500 Millionen Goldmark ist ein Humbug; jedermann weiß, daß nur ein kleiner Bruchteil gezeichnet werden wird. Eine Besteuerung der Sachwerte könnte selbst nach den Plänen der Sozialdemokratie keine nennenswerten Erträge in absehbarer Zeit liefern. Ueberhaupt ist von steuerlichen Maßnahmen allein eine Rettung nicht mehr zu erhoffen. Erforderlich ist vielmehr die Durchführung eines einheitlichen Währungs- und Finanzprogramms, das gleichzeitig eine für beide Parteien annehmbare Lösung der Reparationsfrage böte. Ich denke mir das Programm etwa so:

1. Sämtliche Banknoten, Kassenscheine, Reichsanleihen, Reichsschatzanweisungen werden in der Zeit vom 1. bis 27. Oktober 1923 nach dem jeweiligen Dollarkurs in Goldmark eingelöst. — Bei einem Dollarstand von 4,2 Millionen Mark würde also wer 1 Million Papiermark einreicht, 1 Goldmark erhalten, wer 1 Million Reichsanleihe (die z. B. 3000 stände) einreicht, 30 Goldmark erhalten. Noten usw., die bis zum 27. Oktober nicht eingereicht wären, würden damit ungültig. Auf diese Weise würde das Reich durch Hingabe von neuen Banknoten im Gesamtwert von vielleicht 200 Millionen Goldmark (die durch das Gold der Reichsbank voll gedeckt wären) von allen inneren Schulden befreit. Das alte Papiergeld wäre mit einem Schlage beseitigt.

2. Am 1. Oktober 1923 geht die Hälfte des inländischen

Vermögens in das Eigentum des Reichs über. — Die Abgabe von den Aktiengesellschaften würde z. B. in der Weise erhoben, daß sie in der Zeit vom 1. bis 27. Oktober für jede Aktie eine Gratisaktie auszugeben und an das Reich abzuliefern hätten, vom Grundvermögen, indem zugunsten des Reichs eine Grundschuld in Höhe der Hälfte des Wertes eingetragen würde, usw. (Die Abgabe von den Vermögen zu 1 könnte dadurch vereinfacht werden, daß bei der Einlösung nur die Hälfte, also etwa für 1 Million Papiermark nur eine halbe Goldmark erstattet würde.)

3. Zwecks Abgeltung ihrer Reparationsansprüche wird der Entente die Hälfte der Vermögensabgabe übereignet. — Das Reich würde der Entente die Hälfte der neuen Aktien, Hypotheken in Höhe des halben Wertes der zu seinen Gunsten eingetragenen Grundschulden u. ä. abtreten.

Sollten Zweifel darüber bestehen, ob eine solche Lösung der Reparationsfrage für Deutschland erträglich sei, so empfehle ich, das Gutachten eines internationalen Sachverständigenausschusses einzuholen; fast alle ausländischen Sachverständigen, die ich darüber befragt habe, meinten, Deutschland könne eine derartige Abgabe leisten. Sollten Zweifel darüber bestehen, ob eine solche Lösung der Reparationsfrage für die Entente annehmbar sei, so gibt es ein einfaches Mittel, die Zweifel zu klären: man biete der Entente diese Lösung an!

Auf dem hier vorgeschlagenen Wege könnten wir zu einer gesunden Währung gelangen, die Reichsfinanzen in Ordnung bringen, berechtigte Reparationsansprüche befriedigen, kurz: wieder ehrlich werden. Wer einen besseren Weg kennt, zeige ihn; wer keinen besseren Weg kennt, tue alles, damit die Reichsregierung diesen Weg beschreite.

Die Goldpapiermark.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 26. September 1923)

In Zeiten größter Verzweiflung blüht der Weizen der Scharlatane. Nur so kann man es sich erklären, daß der Gesetzentwurf des Reichsfinanzministeriums betreffend die Bodenmark überhaupt ernst genommen wird.

Der Gesetzentwurf erstrebt 1. die Beseitigung der Papiermark als gesetzliches Zahlungsmittel und ihren Ersatz durch eine neue wertbeständige „Bodenmark", 2. die Deckung des Reichshaushalts durch Darlehen in Bodenmark seitens der Währungsbank an das Reich.

§ 1. Die wirtschaftlichen Berufsstände des Reiches, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel einschließlich des Transport- und Bankgewerbes, errichten zum Zwecke der Schaffung eines neuen Geldes, der Bodenmark, die Währungsbank. . . .

§ 2. Das Kapital der Währungsbank beträgt 2400 Millionen Bodenmark; es wird zu gleichen Teilen von der Landwirtschaft einerseits und von der Industrie, Gewerbe und Handel andererseits aufgebracht. . . .

§ 6 a. Die Währungsbank erwirbt an den Grundstücken, die dauernd land-, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken

dienen und der Besteuerung nach dem Gesetz über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August 1923 (Reichsgesetzblatt Teil I S. 769) unterliegen, in Höhe von 3 Proz. des Wehrbeitrages eine auf Goldmark lautende Grundschuld. . . .

§ 12. Die Währungsbank stellt auf Grund der für sie begründeten Grundschulden und der ihr übergebenen Schuldverschreibung Rentenbriefe aus. Die Rentenbriefe lauten auf 500 Goldmark oder ein Vielfaches davon. Die Rentenbriefe sind mit 5 Proz. jährlich verzinslich.

§ 13. Die Rentenbriefe dienen als Deckung für die von der Währungsbank auszugebenden Geldzeichen. Die Werteinheit dieser Geldzeichen ist die Bodenmark, die in 100 Bodenpfennige eingeteilt ist.

§ 14. Auf Grund je eines über 500 Goldmark lautenden Rentenbriefes dürfen Geldzeichen im Betrage von 500 Bodenmark ausgegeben werden. . . .

§ 15. Die Währungsbank ist verpflichtet, die von ihr ausgegebenen Geldzeichen jederzeit auf Verlangen derart gegen ihre Rentenbriefe einzulösen, daß auf 500 Bodenmark ein Rentenbrief über 500 Goldmark mit Zinsenlauf vom nächsten Fälligkeitstermin ab gewährt wird.

§ 16. Die Währungsbank ist verpflichtet, gegen Einlieferung eines Rentenbriefes über 500 Goldmark mit Zinsenlauf vom nächsten Fälligkeitstermin ab dem Einlieferer 500 Bodenmark zu verabfolgen.

§ 17. Die Währungsbank darf bankmäßige Geschäfte nur mit dem Reich machen. Sie ist ermächtigt, während der nächsten zwei Jahre dem Reiche auf Bodenmark lautende und . . . verzinsliche Darlehen bis zum Höchstbetrage von 2 Milliarden Bodenmark zu gewähren. . . .

§ 20. Auf Grund der hier erteilten Ermächtigung (§ 17) stellt die Währungsbank dem Reiche sofort ein zinsloses Darlehen von 300 Millionen Bodenmark zur Verfügung. Das Reich verwendet diese Summe zur Einlösung oder Teileinlösung seiner bei der Reichsbank diskontierten Schatzanweisungen.

§ 21. Die Reichsbank ist verpflichtet, die ihr aus der Gewährung des Darlehens von 300 Millionen zufließenden Beträge in Bodenmark in der Weise zu verwenden, daß sie sich zur Einlösung der umlaufenden Reichsbanknoten bereit erklärt. . . .

§ 22. Reicht die Summe von 300 Millionen Bodenmark nicht aus, um sämtliche zur Zeit des Inkrafttretens dieser Verordnung umlaufenden Reichsbanknoten . . . einzulösen, so ist auf Grund der Ermächtigung des § 17 ein verzinsliches Zusatzdarlehen nachzusuchen und zu gewähren. . . .

§ 23. Das Reich wird bei der Reichsbank Schatzanweisungen nicht mehr diskontieren.

§ 24. Gesetzliches Zahlungsmittel ist fortan allein die Bodenmark. . . .

So wäre alles in schönster Ordnung, wenn wirklich Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel ein Kapital von 2400 Millionen aufbrächten. Aber davon kann gar nicht die Rede sein. Es werden lediglich zugunsten der Währungsbank Grundschulden u. ä. in Höhe von 3 Proz. des Wehrbeitragswertes eingetragen, die überdies seitens der Währungsbank unkündbar sind. Das einzige, was die wirtschaftlichen Berufsstände einzahlen und natürlich nicht sofort einzahlen, sind die Zinsen auf diese Schulden, und auch damit bringen sie kaum ein Opfer, da die Eigentümer der belasteten Grundstücke und die Inhaber der belasteten Betriebe im Verhältnis der von ihnen

eingebrachten Grundschulden usw. Anteilseigner der Bank sind und als solche die Gewinne, die die Bank aus den Darlehnsgeschäften mit dem Reiche ziehen wird, einstecken werden. Kein Wunder, daß die „Sachverständigen", d. h. die Vertreter der Wirtschaftsverbände diesem Entwurf zugestimmt haben!

Die Bank verfügt also in Wirklichkeit über kein Kapital, und auf Grund dieses nicht eingezahlten Kapitals sollen Rentenbriefe ausgegeben werden, die „auf 500 Goldmark oder ein Vielfaches davon lauten". Sie können lauten auf was sie wollen, sie schweben in der Luft. Die Bodenmark aber, die angeblich eine Goldmark sein soll, würde das Schicksal der Papiermark teilen, denn sie ist nur eine Papiermark und würde wie diese über kurz oder lang ins Bodenlose sinken.

Das Existenzminimum im September 1923.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 3. Oktober 1923)

„Kann man überhaupt noch die Kosten des Existenzminimums für einen halben Monat berechnen, wenn wichtige Waren am Ende der Berichtszeit — in deutscher Währung — zehnmal so teuer sind wie am Anfang? Wir wollen es nach dem bisherigen Verfahren versuchen, in der Zuversicht, daß die Tage dieser Währung ja ohnehin gezählt sind."

Mit diesen Worten leitete ich die Berechnung des Existenzminimums in der ersten Augusthälfte ein. Aber Hilferdings Mühlen mahlen langsamer, als ich gehofft hatte. Und während Cuno immerhin neun Monate brauchte, um die schwebende Reichsschuld zu verhundertfünfzigfachen, benötigte Stresemann dazu nicht mehr als sieben oder acht Wochen (die Trächtigkeitsdauer einer Katze). Die Preissprünge waren denn auch im September nicht weniger heftig als in der ersten Augusthälfte, und Männer, die meine Berechnungen für praktische Zwecke zu benutzen gewohnt sind, bitten mich unter Hinweis auf das Vorbild des Statistischen Reichsamts, das Existenzminimum fortan für einzelne Wochen zu berechnen. Sie übersehen dabei aber, glaube ich, einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Erhebungen des Reichsamts und meinen eigenen. Das Reichsamt hat stets nur Ermittlungen an Stichtagen vornehmen lassen, jetzt z. B. an jedem Montag, während ich stets Tag für Tag die Preise festgestellt habe. Das Reichsamt bietet gewissermaßen eine Momentphotographie, während ich das Ergebnis einer ganzen Berichtszeit (früher nur Monat, jetzt auch halber Monat) mitteile. Ich würde also auch bei wochenweiser Berechnung hinter dem Reichsamt „nachhinken", so z. B. wenn ich heute das Existenzminimum für die Woche vom 24. bis 30. September veröffentlichen würde; denn das Reichsamt hat seinen Index für diese „Woche", in Wirklichkeit für den 24. September, bereits am 27. September bekanntgegeben. Meine Zahlen leiden notwendigerweise darunter, daß sie eine „glücklichere Vergangenheit" miteinbeziehen;

die des Reichsamts kranken daran, daß sie in ihrer Beschränkung auf einen Tag — und zumal auf den Montag, an dem die für eine ganze Woche festgesetzten Preise (rationiertes Brot, Gas usw.) meist unverhältnismäßig viel höher sind als unmittelbar zuvor — keine genügend breite Grundlage haben. Bei der jetzigen stürmischen Preisentwicklung können beide Zahlenreihen der Praxis nur ungefähre Anhaltspunkte bieten. Ihre Verschiedenheit mag auch zunächst unbequem und verwirrend erscheinen. Aber wer sich bewußt ist, daß sie ja auch tatsächlich etwas Verschiedenes darstellen wollen, wird vielleicht aus der kritischen Benutzung beider erhöhten Vorteil ziehen können.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im September 25mal so hoch wie im August, annähernd 500mal so hoch wie im Juli, annähernd 100 000mal so hoch wie im September 1922, etwa 1¼ Million mal so hoch wie im September 1921.

Zucker kostete 60 000mal soviel wie vor einem Jahre, rationiertes Brot 75 000mal soviel, Margarine und Milch 84 000mal soviel, Kartoffeln 86 000mal soviel, Reis 94 000mal soviel, Brot im freien Handel 95 000mal soviel, Roggenmehl 96 000mal soviel, Haferflocken 100 000mal soviel, Erbsen 106 000mal soviel, Graupen 108 000mal soviel, Briketts 124 000mal soviel, Speck 132 000mal soviel, Gas 133 000mal soviel.

Beziffert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien, und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 19 203 033 Mk., für eine Frau auf 49 971 150 Mk., für einen Mann auf 73 858 650 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im September 1913 für ein Kind 1,51 Mk., für eine Frau 3,15 Mk., für einen Mann 4,05 Mk. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor zehn Jahren billiger, weil z. B. billiges frisches Fleisch damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angesetzt: Kind 1,75 Mk., Frau 2,80 Mk., Mann 3,50 Mk.)

		Preis Septbr. 1923 Mk.	Preis Septbr. 1913 Pf.
1900	Gramm Brot (rationiert)	2 703 000	48
250	„ Roggenmehl	1 850 000	7
250	„ Graupen	2 350 000	10
3000	„ Kartoffeln	2 070 000	15
1000	„ Gemüse	945 000	16
125	„ Margarine	4 062 500	20
250	„ Zucker	2 070 000	12
1	Liter Milch	3 152 533	23
	Zusammen für ein 6—10jähr. Kind.	19 203 033	151

		Preis Septbr. 1923 Mk.	Preis Septbr. 1913 Pf.
500 Gramm	Brot (freier Handel)	2 800 617	13
250 „	Haferflocken	2 575 000	13
1000 „	Kartoffeln	690 000	5
2000 „	Gemüse	1 890 000	32
250 „	Büchsenfleisch	9 500 000	56
125 „	Speck	9 250 000	25
125 „	Margarine	4 062 500	20
	Zusammen für eine Frau	49 971 150	315
500 Gramm	Reis	5 200 000	22
250 „	Erbsen	2 875 000	10
125 „	Speck	9 250 000	25
250 „	Salzheringe	2 500 000	13
125 „	Margarine	4 062 500	20
	Zusammen für einen Mann	73 858 650	405

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis für Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für eine Wohnung 360 000 Mk. (1913/14: 5.50 Mk.), für Heizung 31 386 933 Mk. (1,15 Mk.), für Beleuchtung 17 800 000 Mk. (0,75 Mk.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 47 450 000 Mk. (2,50 Mk.), Frau 31 633 333 Mk. (1,65 Mk.), Kind 15 816 667 Mk. (0,85 Mk.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 32½ Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann Mk.	Ehepaar Mk.	Ehepaar mit 2 Kindern Mk.
Ernährung	73 858 650	123 829 800	162 235 867
Wohnung	360 000	360 000	360 000
Heizung u. Beleuchtung	49 186 933	49 186 933	49 186 933
Bekleidung	47 450 000	79 083 333	110 716 667
Sonstiges	55 528 065	82 049 521	104 812 327
September 1923	226 383 648	334 509 587	427 311 794
August 1923	8 822 570	13 211 401	16 996 890
Juli 1923	463 802	711 823	947 119
September 1922	2 319	3 552	4 714
September 1921	171	260	349
September 1920	145	216	299
Aug. 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im September 1923 für einen alleinstehenden Mann 37 730 608 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 55 751 598 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 71 218 632 Mk. Auf das Jahr umgerechnet, be-

trägt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 11 809 680 300 Mk., für das kinderlose Ehepaar 17 450 250 150 Mark, für das Ehepaar mit zwei Kindern 22 291 431 900 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum September 1923 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 226 383 648 Mk., d. h. auf das 13 515 442fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 334 509 587 Mk., d. h. auf das 15 000 430fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 427 311 794 Mk., d. h. auf das 14 837 215fache. *An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, waren 1000000 Mk. im September etwa 7 Pf. wert.*

* * *

Die Steigerung der Kosten des Existenzminimums im Laufe des September war unglaublich stark. Das rationierte Brot von 1900 g stieg von 330 000 Mk. (bis 2. September) auf 7 000 000 Mk. (ab 24.), das 1500-g-Brot im freien Handel von 800 000 Mk. (bis 2.) auf 17 000 000 Mk. (ab 26., ab 28. „nur" 16 000 000 Mk.), 1 l Milch von 178 000 Mk. (bis 2.) auf 7 600 000 (ab 24.), 1 Ztr. Briketts von 3 120 000 Mk. (bis 2.) auf 82 430 000 Mark (ab 25.).

Im ganzen waren die Kosten des Existenzminimums in *der zweiten Septemberhälfte* etwa 4mal so hoch wie in der ersten Septemberhälfte, etwa 28mal so hoch wie in der zweiten Augusthälfte, etwa 150 000mal so hoch wie im September 1922 und etwa 2 Millionen mal so hoch wie im September 1921.

Rationiertes Brot kostete 10 Millionen mal soviel wie vor zehn Jahren, Kartoffeln und Milch 24 Millionen mal soviel, Zucker 31 Millionen mal soviel, Margarine 32 Millionen mal soviel, Haferflocken 34 Millionen mal soviel, Brot im freien Handel 36 Millionen mal soviel, Reis 39 Millionen mal soviel, Graupen 40 Millionen mal soviel, Roggenmehl 43 Millionen mal soviel, Gas 44 Millionen mal soviel, Erbsen und Briketts 50 Millionen mal soviel, Speck 61 Millionen mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	Mk.	Mk.	Mk.
Ernährung	122 252 863	205 255 726	270 999 726
Wohnung	360 000	360 000	360 000
Heizung u. Beleuchtung . .	90 959 333	90 959 333	90 959 333
Bekleidung	64 900 000	108 166 667	151 433 333
Sonstiges	91 895 825	133 564 770	169 538 289
2. Septemberhälfte . . .	370 368 021	538 306 496	683 290 681
1. Septemberhälfte . . .	82 210 662	130 231 932	170 620 506
2. Augusthälfte	13 024 261	19 268 900	24 622 120
1. Augusthälfte	4 522 700	7 045 588	9 245 689
2. Julihälfte	585 073	902 365	1 201 751
1. Julihälfte	339 847	517 972	688 589

Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für einen alleinstehenden Mann 19 320 865 100 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 28 081 655 500 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 35 644 997 200 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur zweiten Septemberhälfte 1923 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann auf das 22 111 524fache, für ein kinderloses Ehepaar auf das 24 139 305-fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern auf das 23 725 371-fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, waren 1000000 Mk. in der zweiten Septemberhälfte etwa 4 Pf. wert.

Reichsfinanzgebarung und öffentliche Meinung.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 11. Oktober 1923)

Der letzte Ausweis über die Finanzgebarung des Reichs, der die Zeit vom 21. bis 30. September umfaßt, hat alle Befürchtungen übertroffen. Er ergab eine Steigerung der schwebenden Schuld an diskontierten Schatzanweisungen von 7342 auf 46 717 Billionen. Einzahlungen und Auszahlungen gestalteten sich wie folgt (in Milliarden Mark):

Einzahlungen

Allgemeine Finanzverwaltung (Steuern, Zölle, Gebühren)	81 848
Schwebende Schuld	39 374 437
Fundierte Schuld	609 569
zusammen	40 065 854

Auszahlungen

Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung in Ausführung des Friedensvertrages	187 616
Uebrige Reichsverwaltung unter Gegenrechnung der Einnahmen, sowie Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in inländischer Währung in Ausführung des Friedensvertrages	23 994 284
Zinsen für die schwebende Schuld	5 271 904
Abhebungen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	764 518
Abhebungen der Deutschen Reichsbahn	9 847 531
zusammen	40 065 854

Die Reichsregierung veröffentlicht diese Ausweise seit dem 21. November 1920 regelmäßig alle zehn Tage. Leider schenkt ihnen die Presse nicht die genügende Beachtung, trotzdem sie weit wichtiger sind als alle übrigen Regierungskundgebungen zusammengenommen, und wenn sie einmal versucht, einen solchen Ausweis zu besprechen, zeigt sie eine geradezu erschütternde Hilflosigkeit. Als Beispiel sei die „B. Z. am Mittag" vom 5. Oktober d. J. zitiert:

„46 716 Billionen oder genauer: 46 716 616 248 400 Mk. beträgt nach dem Ausweis der Reichshauptkasse die schwebende Reichsschuld am Ende September. . . . Die schwebende Schuld hat sich in einer Dekade mehr als verfünfeinhalbfacht. . . . Während sich in den früheren Ausweisen im Durchschnitt nur eine Verdoppelung ergeben hat und nur in einer früheren Epoche einmal eine Vervierfachung, ist diesmal die Entwicklung weit darüber hinausgegangen.

Gegenüber den Ausgaben von 40 065 Billionen Mark spielen die Einnahmen von 790 Billionen eine unwesentliche Rolle und betragen noch nicht 2 v. H. der Ausgaben. Von der Zunahme der schwebenden Schuld entfällt der größte Teil auf das Konto der Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung in Ausführung des Friedensvertrages. Auf dieses Konto wurden 23 994 Billionen verbucht. Danach kommt die Reichsbahn, die fast 10 000 Billionen abgehoben hat. Man sieht hier deutlich das Fiasko, das die Reichsbahn mit ihrer Tarifpolitik erlitten hat, denn wenn sie trotz der wertbeständigen Tarife noch pro Tag 1000 Billionen aus der Reichskasse abzuheben gezwungen ist, so kann von einer Gesundung keine Rede sein."

Dazu ist zu bemerken:

1. 46 716 616 248 400 ist nicht „genauer" als 46 716 Billionen, sondern „ungenauer". Genauer ist 46 716 616 248 400 000. (Denselben Fehler wie die „B. Z." begeht die „Vossische Zeitung", wenn sie in der Morgenausgabe vom gleichen Tage die in der obigen Tabelle enthaltenen Zahlen als Millionen statt als Milliarden wiedergibt.)

2. Die schwebende Schuld hat sich in der Dekade nicht „mehr als verfünfeinhalbfacht", sondern versechseindrittelfacht. (Denselben Fehler begeht der „Montag Morgen" vom 8. Oktober, wenn er schreibt, „daß die schwebende Schuld des Reiches innerhalb eines Zeitraumes von zehn Tagen auf das 5½fache gestiegen ist".)

3. Es hat nie zuvor „eine Vervierfachung" stattgefunden. Die größte Steigerung vor der letzten Dekade war die reichliche Verdreifachung in den elf Tagen vom 21. bis 31. August dieses Jahres (von 363 auf 1196 Billionen).

4. „Die Einnahmen von 790 Billionen . . . 2 v. H. der Ausgaben" existieren nur in der Phantasie der „B. Z.". Tatsächlich betrugen die Einnahmen nur 82 Billionen. Wollte man ihnen die Einzahlungen auf die fundierte Schuld (Goldanleihe) in Höhe von 610 Billionen hinzuzählen, so ergäben sich rund 690, aber nicht 790 Billionen. Diese „Einzahlungen" sollte man jedoch schon deshalb nicht als Einnahme rechnen, weil sie wohl teilweise nur Buchungen (zu Lasten der Reichsgetreidestelle) darstellen.

5. Die „B. Z." glaubt, durch Sperrdruck hervorheben zu dürfen, daß „auf das Konto der Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung in Ausführung des Friedensvertrages" 23 994 Billionen gebucht worden seien. Tatsächlich

waren es nur 188 Billionen. (Die „Vossische Zeitung“ setzt diesen Posten versehentlich mit 88 Milliarden ein.[1])

6. Wie man aus der Tatsache, daß die Reichsbahn 10 000 Billionen abgehoben hat, „das Fiasko, das die Reichsbahn mit ihrer Tarifpolitik erlitten hat“, ersehen und sogar „deutlich“ ersehen kann, ist das Geheimnis der „B. Z.“. Wer in dies Geheimnis nicht eingeweiht ist, wird nach wie vor die Hauptschuld für die riesigen Fehlbeträge der Reichsbahn in den ungeheuerlichen Kohlen- und Eisenpreisen und in den Einnahmeausfällen im Rhein-Ruhrgebiet suchen.

* * *

Das erste, was also gefordert werden muß, ist, daß die Presse die Nachweise über die Reichsfinanzgebarung weniger leichtfertig behandele. Aufgabe des Reichsfinanzministeriums wäre es sodann, diese Nachweise ausführlicher zu gestalten. Das gilt weniger für die Einzahlungen — da hier die monatlichen Uebersichten der Steuereingänge einen gewissen Ersatz schaffen — als für die Auszahlungen, die zurzeit die einzige amtliche Mitteilung über die Reichsausgaben darstellen. Viel zu dürftig sind auch die Erläuterungen, die das Ministerium zu den Nachweisen gibt. Warum z. B. erklärt es nie die schwindelnde Höhe der Zinsen für die schwebende Schuld? Weiß es wirklich nicht, daß die aufmerksamen Leser der Nachweise diesen Posten mit wachsendem Unbehagen — um nicht zu sagen: Mißtrauen — verfolgen? Glaubt es der Oeffentlichkeit nicht Rechenschaft darüber schuldig zu sein, wieso das Reich vom 21. bis 30. September bei einem Schuldenstand von 7342 bis 46 717 Billionen 5272 Billionen Zinsen zu zahlen hatte, d. h. auf das Jahr umgerechnet, annähernd 1000 Prozent?

Eine ehrliche und gründliche Währungsreform, eine ehrliche und gründliche Finanzreform werden um so leichter durchzuführen sein, je ehrlicher und je gründlicher die öffentliche Meinung über den tatsächlichen Stand unserer Währung und unserer Finanzen unterrichtet wird.

Dumping.

(„Finanzpolitische Korrespondenz“ 26. Oktober 1923)

Der Professor der Nationalökonomie an der Universität Chicago Jacob Viner hat soeben unter dem Titel „Dumping“ ein Buch veröffentlicht (The University of Chicago Press, Chicago, 343 Seiten), das weiteste Verbreitung verdient. Es würde schon viel Nutzen stiften, wenn es nichts weiter erreichte, als dem Mißbrauch, der mit dem Wort „Dumping“ ge-

[1]) Dafür schrieb die „Vossische Zeitung“ ihrerseits am 30. Oktober, als in der zweiten Oktoberdekade die „Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung in Ausführung des Friedensvertrages“ 2 Proz. der Gesamtausgaben ausmachte: „Der größte Teil der Ausgaben ist von dem Konto Ausführung des Friedensvertrages absorbiert worden.“

trieben wird, ein Ende zu machen. Ist es doch, namentlich in den angelsächsischen Ländern, dahin gekommen, daß man vielfach geradezu jeden unliebsamen Wettbewerb von Ausländern als Dumping bezeichnet. Wir Deutsche können davon ein Lied singen. Als bald nach dem Kriege, hauptsächlich infolge der niedrigen Reallöhne, die Produktionskosten der deutschen Fabrikanten immer mehr hinter denen ihrer ausländischen Konkurrenten zurückblieben, klagten vor allem die Engländer über deutsches Dumping, obwohl es keinem deutschen Fabrikanten einfiel, seine Ware billiger im Ausland zu verkaufen als daheim. Der englische Nationalökonom T. E. G. Gregory hat denn auch in einer vor zwei Jahren veröffentlichten Schrift (Tariffs, London 1921) feststellen können, daß vier verschiedene Dinge Dumping genannt werden:

1. Verkauf ans Ausland unter den Marktpreisen des Einfuhrlandes,
2. Verkauf ans Ausland unter den Gestehungskosten des Einfuhrlandes,
3. Verkauf ans Ausland zu niedrigeren Preisen als den üblichen Inlandpreisen,
4. Verkauf ans Ausland unter Selbstkosten.

In Amerika ist die Begriffsverwirrung in bezug auf Dumping sogar noch größer als in England. Als die Zollkommission der Vereinigten Staaten im Jahre 1919 durch eine Rundfrage amerikanische Geschäftsleute aufforderte, Fälle von Dumping durch Ausländer in den Vereinigten Staaten, die ihnen persönlich bekanntgeworden seien, mitzuteilen, liefen bei ihr 146 Klagen ein. Bei näherer Untersuchung aber stellte sich heraus, daß nur 23 sich auf Preisdifferenzierungen bezogen. Die übrigen 123 betrafen Fälle von scharfem Wettbewerb, Drohungen, betrügerischer Nachahmung und Verwendung von Handelsmarken, Patentverletzungen, Nachahmung von Waren, betrügerischen Etiketten oder Unterbewertung bei der Verzollung.

Während man bei uns gewöhnlich nur das von Gregory an dritter Stelle erwähnte Verfahren — den Verkauf ans Ausland zu niedrigeren Preisen als den üblichen Inlandpreisen — als Dumping bezeichnet, faßt Viner selbst den Begriff etwas weiter. Er will unter Dumping ganz allgemein die Preisdifferenzierung zwischen den Märkten verschiedener Länder verstanden wissen, bezieht also erstens auch die Fälle ein, in denen bei gänzlichem oder fast vollständigem Fehlen eines heimischen Marktes eine Ware an verschiedene Länder zu verschiedenen Preisen verkauft wird, und zweitens die Fälle „umgekehrten Dumpings", in denen eine Ware im Inland billiger verkauft wird als ans Ausland. Man wird unbedenklich die erste Erweiterung des Begriffs gutheißen können. Wenn das belgische Spiegelglassyndikat, das nur 5 Proz. seiner Produktion im Inland absetzte, seine Waren nach Amerika um 10 bis 30 Proz. billiger verkaufte als nach England, weil ihm der englische Markt

sicher war, während es amerikanische Käufer nur bei weitestgehendem Entgegenkommen fand, so wird man von einem Dumping nach Amerika sprechen dürfen. Das gleiche trifft zu, wenn bestimmte englische Baumwollwaren, die im wesentlichen für die Ausfuhr hergestellt werden, billiger nach China als nach Indien verkauft werden. Hingegen erscheint es mir nicht zweckmäßig, den billigeren Verkauf an inländische Abnehmer grundsätzlich als Dumping zu bezeichnen. Wenn ein Trust das Monopol an einer Ware besitzt, die hauptsächlich in das Ausland geht, und nun, um sich nicht mißliebig zu machen, die geringen Mengen, die er daheim absetzt, billiger verkauft als die Ausfuhr, so erscheint es mir etwas gekünstelt, diesen billigeren Verkauf an den inländischen Verbraucher als Dumping zu bezeichnen, da hier keinerlei Interessen durch die Preisdifferenzierung geschädigt werden. Etwas anders ist die Sachlage, wenn kanadische Fabrikanten von Ferrosilicium, das zu 90 Proz. ins Ausland, hauptsächlich nach den Vereinigten Staaten geht, den heimischen Preis bis zu 40 Proz. niedriger ansetzen, weil der Wertzoll in den Vereinigten Staaten auf Grund des üblichen Preises im Ursprungslande (Kanada) erhoben wird, der kanadische Fabrikant also durch Festsetzung eines unverhältnismäßig niedrigen Preises für Inlandware, ohne damit ein merkliches Opfer zu bringen, seinen Konkurrenten in den Vereinigten Staaten stärker unterbieten kann, als es ihm ohne diese künstliche Bemessung des Inlandpreises möglich wäre. Man kann wohl da von Dumping reden, selbst wenn der Preis für die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten der gleiche ist wie für die Ausfuhr nach allen anderen Ländern.

Im übrigen kann man es nur begrüßen, daß Viner den Begriff des Dumping ein wenig weiter gefaßt hat, als es bei uns üblich ist. Er war hierdurch veranlaßt, aus dem reichen Schatz seiner handelspolitischen Kenntnisse Erfahrungen mitzuteilen, aus denen auch der deutsche Volkswirt viel lernen kann.

Inflationsgewinner.

(„Finanzpolitische Korrespondenz“ 20. November 1923)

Bei der Durchsicht alter Papiere fand ich heute die folgende Mitteilung von der „Zürich“ Versicherungs-Aktiengesellschaft vom 30. Juni 1914:

„Den uns zur Einsicht freundlichst überlassenen Anhang Nr. 4 vom 26. Juli 1909 zu Ihrer Einbruch-Diebstahl-Versicherungs-Police Nr. . . . . reichen wir nach Kenntnisnahme bestens dankend zurück und werden wunschgemäß den Versicherungsvertrag auf weitere 10 Jahre bei Gewährung von 2 Freijahren erneuern.“

1914—1924.

Was hat sich seitdem alles verändert!

Was hat sich seitdem in Deutschland am meisten verändert? Vielleicht — die Geschäftsmoral.

* * *

In der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1923 wurde zum erstenmal in meinem Leben bei mir eingebrochen. Ich meldete es der „Zürich", bei der ich seit 1904 versichert bin, und erhielt folgenden Bescheid:

Berlin, den 8. Oktober 1923.

Auf Grund Ihrer telephonischen Meldung am 6. d. M., nach welcher Ihnen u. a. 3 Fahrräder gestohlen worden sind, haben wir uns die Policepapiere beschafft, aus denen wir feststellten, daß Sie nur mit 11 Millionen Mark für Ihren gesamten Haushalt versichert sind. Das ist gegenüber dem tatsächlichen heutigen Wert des Haushaltes ein derartig verschwindend kleiner Betrag, daß es sich wirklich nicht verlohnt in die Schadenbehandlung einzutreten, denn die uns dadurch erwachsenden Unkosten betragen das Vielfache von dem, was wir an Entschädigung leisten könnten. Wir dürfen wohl unter diesen Umständen ohne weiteres annehmen, daß Sie Ihren Anspruch fallen lassen. Dagegen möchten wir Ihnen dringend empfehlen, Ihre Versicherung wertbeständig umzuwandeln, d. h. sie auf schweizer Franken zu überführen, damit Sie bei eventuellen weiteren Schäden auch wirklich ausreichend entschädigt werden können. Unsere Generalagentur, in Händen des Herrn . . . ., wird sich gestatten, Ihnen ausführliche Offerte zu unterbreiten.

Hochachtungsvoll
„Zürich"
Der stellvertretende Direktor
(Unterschrift)

Ich erwiderte:

Berlin-Schlachtensee, den 13. Oktober 1923.

Ihre Vermutung, Sie könnten ohne weiteres annehmen, daß ich meinen Anspruch fallen lasse, ist irrig. Ich habe vor ¾ Jahren meine Versicherung bei Ihnen erhöht und dabei auf Grund eingehender Besprechung mit Ihrem Vertreter den damaligen Gesamtwert angemessen auf 11 Millionen festgesetzt.

Diskussionen über das Wesen der Geldentwertung dürften zwischen Ihnen und mir überflüssig sein. Wir wissen beide ganz genau, daß heute jeder Schuldner in mehr oder weniger skrupelloser Weise die Geldentwertung auf den Gläubiger abzuwälzen sucht. Sie wissen auch ebensogut wie ich, daß die volle Abwälzung der Geldentwertung auf den Gläubiger im Falle einer Versicherung besonders unberechtigt ist, weil die Versicherungsgesellschaften im Falle einer Erhöhung des Wertes der Mark selbstverständlich Papiermark nicht gleich Papiermark setzen, sondern den Vorbehalt der Ueberversicherung erheben würden.

Ich wiederhole daher nochmals meinen Anspruch auf angemessene Entschädigung.

Hochachtungsvoll
R. Kuczynski.

Die „Zürich" antwortete:

Berlin, den 16. Oktober 1923.

Nach wie vor sind wir der Ueberzeugung, daß Sie Ihren Einbruch-Diebstahlschaden vom 3./4. d. M. nicht erst zur Anmeldung gebracht haben würden, wenn Sie sich die Frage der Entschädigung klargemacht hätten. . . .

Es ist allgemein bekannt, daß die Versicherungssummen jeweilig dem Fortschritt der Markentwertung entsprechend erhöht werden mußten. Das haben die Zeitungen früher wiederholt betont. Sie da-

gegen haben seit Januar d. J. keinerlei Erhöhung Ihrer Versicherungssummen beantragt, so daß Sie natürlich jetzt im Schadenfalle die Folgen Ihres Verhaltens auch selbst zu tragen haben. . . .

Hochachtungsvoll
„Zürich"
Der Direktor
(Unterschrift)

Wenn man also seit 20 Jahren die Prämie regelmäßig entrichtet hat, ohne je eine Gegenleistung zu empfangen, wenn man insbesondere vor 9 Jahren die Prämie in Goldmark auf 10 Jahre vorausgezahlt hat, wenn man auf diese schon einmal gezahlte Prämie vor 9 Monaten nochmals eine Nachzahlung geleistet hat, hat man doch „natürlich jetzt im Schadenfalle die Folgen seines Verhaltens auch selbst zu tragen", weil man nicht „die Versicherungssumme jeweilig dem Fortschritt der Markentwertung entsprechend erhöht" hat. Um die Gesellschaft zu der Gegenleistung zu veranlassen, zu der sie schon auf Grund der ursprünglichen Prämienzahlung verpflichtet war, hätte ich mit jedem Sinken der Mark, d. h. in den letzten Monaten mehrmals wöchentlich, immer neue Nachzahlungen leisten müssen. Wenn also meine Jahresprämie ursprünglich, sagen wir, 10 Goldmark betrug, hätte ich z. B. am 5. September 17 Millionen (3,60 Goldmark), am 6. September weitere 31 Millionen (3,90 Goldmark), am 7. September abermals 47 Millionen (3,70 Goldmark) usw. usw. nachzahlen müssen, und wenn ich meine Prämie, in Gold gerechnet, vielleicht 20mal gezahlt, aber aus irgendeinem Grunde versäumt hätte, am 2. und 3. Oktober Nachzahlungen zu leisten, so hätte ich doch nur einen Bruchteil des mir durch den Einbruch vom 3./4. Oktober erlittenen Schadens vergütet bekommen, weil ich nicht „die Versicherungssumme jeweilig dem Fortschritt der Markentwertung entsprechend erhöht" haben würde.

Es ist richtig, daß es von jeher möglich war, unter Uebertretung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, eine Versicherung z. B. in schweizer Franken abzuschließen. Indessen lief der Versicherte dabei das Risiko, daß der Vertrag im Streitfall von den Gerichten, als den Gesetzen zuwiderlaufend, für ungültig erklärt werden konnte, ganz abgesehen davon, daß der Angehörige des Mittelstandes sich im allgemeinen nicht fremde Devisen oder Banknoten zu beschaffen vermag. Die Zahl der auf fremde Währung lautenden Versicherungsverträge gegen Einbruch und Diebstahl in Privatwohnungen ist dementsprechend gering, und der „Gewinnentgang" für die Gesellschaften infolge wertbeständiger Versicherungen nur unbedeutend.

Es liegt mir fern, behaupten zu wollen, daß alle Versicherungsgesellschaften so handeln wie die „Zürich". Es ist mir wohlbekannt, daß andere Gesellschaften es mit ihrer Auffassung von Vertragstreue nicht für vereinbar halten, die „Konjunktur der Markentwertung" und die Lücken in der Gesetzgebung restlos zum Schaden derer, die ihnen vertraut haben, auszu-

nutzen. Aber die „Zürich" steht nicht allein, und die Zahl der Versicherten, die alle Opfer umsonst gebracht und sich heute betrogen fühlen, ist riesengroß.

Als vor fünf Jahren der Ruf nach Sozialisierung des Versicherungsgewerbes erscholl, erklärten die Neunmalklugen, die Zeit sei zu einem solchen Experiment nicht geeignet. Ueber kurz oder lang wird die Sozialisierung der Versicherung wieder aktuell werden. Möge man sich dann daran erinnern, wie auch auf diesem Gebiete Inflationshyänen das Volk ausgebeutet haben!

Was hat Deutschland an Frankreich gezahlt?

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 28. November 1923)

In den ersten drei bis vier Jahren nach dem Waffenstillstand hat die Reichsregierung der Oeffentlichkeit nur wenig Aufschluß über die Leistungen Deutschlands an die Entente gegeben. Weitere Kreise erfuhren Einzelheiten erst aus einem von Staatssekretär Schroeder in der Wiederaufbauserie des „Manchester Guardian Commercial" im September 1922 veröffentlichten Artikel. Er umfaßte die Zeit bis zum 31. Juli 1922 und wurde später durch zwei eingehendere amtliche Darstellungen, die bis zum 30. September 1922 reichten, ergänzt. Die eine, die ganz auf Goldmark gestellt war, bezifferte die deutschen Leistungen auf 56,5 Milliarden; die andere schloß mit 44,7 Milliarden Goldmark + 46,8 Milliarden Papiermark ab, von denen nach deutscher Auffassung 43,9 Milliarden Goldmark + 1,2 Milliarden Papiermark auf Reparationskonto zu buchen wären. Diese beiden Aufstellungen verwendeten die Amerikaner Moulton und McGuire in ihrem Buche „Deutschlands Zahlungsfähigkeit". Sie bewerteten bekanntlich die deutschen Leistungen auf 25 bis 26 Milliarden Goldmark. Inzwischen hat die Reichsregierung ihre Berechnungen bis zum 31. Dezember 1922 fortgeführt. Das Ergebnis der ersten Aufstellung erhöhte sich dadurch von 56,5 auf 57 Milliarden. Die zweite Aufstellung, die jetzt auch nur mit Goldmark rechnet, ermäßigte sich auf 55,9 Milliarden, von denen 41,6 Milliarden auf Reparationskonto gutzuschreiben wären. Der Rückgang erklärt sich vor allem dadurch, daß die an die Entente abgetretenen Forderungen gegen Deutschlands ehemalige Kriegsverbündete jetzt nur mehr mit 8,6 statt 11,6 Milliarden Goldmark eingesetzt sind. Da Moulton und McGuire diesen Posten — als zurzeit wertlos — überhaupt nicht berücksichtigen, ändert die Kürzung dieses Anspruchs an ihrem Endergebnis nichts.

Wie sich die 55,9 Milliarden Goldmark deutscher Leistungen im einzelnen zusammensetzen, ist in einer soeben erschienenen von Lujo Brentano herausgegebenen Schrift „Was Deutschland gezahlt hat" (Berlin und Leipzig, Walter de Gruyter u. Co., 16 Seiten) anschaulich dargestellt. Sie verdient die weiteste Verbreitung. Denn sie bringt nicht nur die

nackten Zahlen, sondern begründet auch die deutschen Schätzungen. Selbst dem deutschfeindlichsten Leser dieses Heftes muß sich die Ueberzeugung aufdrängen: Deutschland hat schon erschreckend viel gezahlt. Aber werden deshalb die Franzosen aufhören zu klagen: Frankreich hat noch erschreckend wenig erhalten? Das ist leider nicht zu erwarten und — kann leider nicht einmal verlangt werden.

Dem Laien mag das paradox erscheinen, und doch ist der Beweis nicht schwer zu erbringen. Nach deutscher Berechnung hat Deutschland bis zum 31. Dezember 1922 insgesamt 1 780 016 456 Goldmark bar bezahlt. Die Reparationskommission, die die Eingänge teilweise anders bucht, hatte Deutschland am gleichen Tage 1 858 035 000 Goldmark gutgeschrieben. Wie aber war die Verteilung dieser 1 858 035 000 Mk. vorgenommen worden? Es hatten erhalten:

Belgien	1 075 691 000	Goldmark
Großbritannnien . . .	637 925 000	„
Frankreich	143 649 000	„
Italien	411 000	„
Serbien	359 000	„

In Deutschland, wo die Regierung es bisher bedauerlicherweise verabsäumt hat, der Bevölkerung die nur auf französisch und englisch erschienenen Berechnungen der Reparationskommission zugänglich zu machen, ist die Tatsache, wie schlecht Frankreich bei der Verteilung der deutschen Barleistungen abgeschnitten hat, so gut wie unbekannt. Um so eifriger haben französische Propagandisten die Feststellung, daß Frankreich bisher knapp 144 Millionen Goldmark in bar erhalten hat, verbreitet. Wie skrupellos sie dabei vorgehen, ersah ich erst vor kurzem aus einer Bostoner Zeitung, die mir ein amerikanischer Freund zuschickte. Da wurde in einem Leitartikel „Warum Frankreich die Ruhr besetzt hält" auf Grund eines Briefes von Bunau-Varilla, der sich dabei auf eine Rede des früheren Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois in der französischen Kammer vom 22. Mai 1923 berief, behauptet: Frankreich hat bis zum 31. Dezember 1922 von Deutschland erhalten: 143 649 000 Goldmark in bar und im ganzen, einschließlich Sachlieferungen, 1 779 745 000 Goldmark; Deutschland schuldete Frankreich am 31. Dezember 1922: 238 771 000 Goldmark für Vorschüsse auf Grund des Spa-Abkommens und im ganzen, einschließlich Besatzungskosten, 1 843 196 000 Goldmark. „Frankreich hatte also bis zum 1. Januar 1923 nichts für Reparationen und Pensionen erhalten; es hatte nicht einmal das Geld zurückbekommen, das es Deutschland auf Grund des Spa-Abkommens zur Wiederherstellung der Kohlenproduktion vorgeschossen hat".

Ich habe die Rede Dubois' im „Journal Officiel" nachgelesen. Sie war recht unklar, und Dubois beendete sie mit den Worten: „Vielleicht ist meine Darlegung nicht so präzis,

wie Sie es gewünscht hätten, aber ich bitte Sie, meinen Ermüdungszustand berücksichtigen zu wollen". Das Ergebnis, zu dem er gelangte — Deutschland habe bis zum 31. Dezember 1922 auf Reparationskonto 2 424 985 000 Goldmark geleistet, Frankreich aber habe davon nichts erhalten, sondern umgekehrt 63 451 000 Goldmark auf Reparationskonto zugeschossen — steht denn auch im Widerspruch mit den amtlichen Berechnungen der Reparationskommission (die immerhin für Frankreich einen Ueberschuß von 291 031 000 Goldmark ergeben). Jedenfalls aber hätte Bunau-Varilla, wenn er ehrlich sein wollte, eben auch die Behauptung Dubois' wiedergeben müssen, Deutschland habe im ganzen 2 424 985 000 Goldmark auf Reparationskonto geleistet. Er hätte auch hinzufügen können, daß in diesen 2 424 985 000 Goldmark eine große Anzahl Posten nicht enthalten sind, deren Anrechnung sich die Reparationskommission noch vorbehalten hat, und daß Frankreich z. B. die Kohlen, die es von Deutschland erhielt, zu viel höheren Preisen verkaufte, als sie Deutschland angerechnet wurden. In dieser Beziehung sei nur auf den Artikel des bekannten französischen Nationalökonomen Francis Delaisi in der Wiederaufbauserie des „Manchester Guardian Commercial" (Nr. 7 vom 7. September 1922) hingewiesen, wo er sagt:

„Deutschland hat nach den offiziellen Ziffern vom Waffenstillstand bis zum 28. Februar 1922 an Frankreich in Ausführung des Vertrages 28 751 000 Tonnen Kohlen geliefert. Die Reparationskommission hat ihm dafür eine Summe von 1 489 228 000 Franken gutgeschrieben. Aber die französische Regierung hat diese Kohlen für 2 623 263 000 Franken verkauft."

So berechtigt es also ist, Behauptungen, wie die, Frankreich habe noch nichts auf Reparationskonto erhalten, als unsinnig zurückzuweisen, so kurzsichtig wäre es, aus der Tatsache, daß Deutschland seine auf Reparationskonto anzurechnenden Leistungen auf 41,6 Milliarden Goldmark beziffert, zu schließen, Frankreich hätte einen großen Teil dieses Betrages für Reparationen erhalten. Man betrachte doch nur einmal unter diesem Gesichtspunkt die vier größten Posten in der deutschen Aufstellung:

1. Der Liquidation unterliegendes deutsches Privateigentum im Ausland 11 740 Millionen Goldmark. — Wieviel mag davon auf Frankreich entfallen? Und was mag Frankreich mit dem unvernünftigerweise liquidierten Vermögen anfangen können?

2. Abgetretene Forderungen an Deutschlands ehemalige Kriegsverbündete 8600 Millionen Goldmark. — Davon konnte Frankreich bis jetzt kein einziges zerstörtes Dorf wiederaufbauen.

3. Abgetretenes Reichs- und Staatseigentum 5032 Millionen Goldmark. — Dieses Reichs- und Staatseigentum liegt in Polen, Danzig, Memelgebiet, Dänemark, Tschechoslowakei — aber nicht in Frankreich. (Daß das mit Elsaß-Lothringen abgetretene Reichseigentum nicht auf Reparationskonto gutge-

schrieben wird, ist gewiß bedauerlich, aber Deutschland hat sich damit abfinden müssen und stellt keine diesbezüglichen Ansprüche mehr.)

4. See- und Binnenschiffe 4753 Millionen Goldmark. — Nach den Berechnungen der Reparationskommission hat Großbritannien etwa viermal soviel erhalten wie Frankreich.

Bei anderen, aber kleineren Posten, z. B. Kohlen, Saargruben, hat Frankreich den Löwenanteil bekommen. Die Barzahlungen kamen, wie gesagt, fast ausschließlich Belgien und Großbritannien zugute.

Durch die unparteiische Untersuchung von Moulton und McGuire ist die Frage „Was hat Deutschland bisher für Reparationen geleistet?" wesentlich geklärt worden. Es ist höchste Zeit, daß eine unparteiische Stelle nunmehr die Frage untersucht: „Was hat Frankreich bisher für Reparationen erhalten?" Die deutschen Veröffentlichungen und die Berichte der Reparationskommission reichen nicht entfernt aus, um diese Frage zu beantworten. Das Ergebnis läßt sich auch nicht annähernd voraussehen, aber es wird vermutlich so ausfallen, daß man erkennen wird: Frankreich hat von den deutschen Gesamtleistungen sehr viel weniger erhalten, als ihm nach Maßgabe seiner berechtigten Ansprüche zukommt.

Neue Inflation.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 11. Dezember 1923)

Vor ein paar Tagen veröffentlichte die Berliner Preisprüfungsstelle einen Aufruf in den Tageszeitungen, der mit den Worten begann:

„Durch die reichlichere Ausgabe wertbeständiger Zahlungsmittel und durch Stillegung der Notenpresse ist die Inflation zum Stillstand gekommen."

An dieser Behauptung muß der Volkswirt ebenso Anstoß nehmen, wie etwa der Mediziner, wenn er lesen würde:

Durch die reichlichere Zuführung von gutem Wein und die Fortnahme der Schnapsflasche ist der Betrunkene wieder nüchtern geworden.

Es ist wirklich allerhand, wenn heute noch eine amtliche Stelle in Deutschland glaubt, durch die reichlichere Ausgabe von Zahlungsmitteln könne die Inflation zum Stillstand kommen. Eigentlich sollte nachgerade jeder deutsche Klippschüler wissen, daß die reichlichere Ausgabe von Zahlungsmitteln eben die Inflation verstärkt. Dabei ist an sich die Qualität dieser Zahlungsmittel ziemlich gleichgültig. Wenn z. B. jetzt in Amerika die gleiche Lotterwirtschaft im Staatshaushalt herrschte wie bei uns und die dortige Regierung ihre Beamten mangels ausreichender Steuereinnahmen durch die Ausgabe von, sagen wir, monatlich 100 Millionen Dollars in Goldstücken bezahlen würde, so wäre die selbstverständliche Folge eine Inflation, die von Monat zu Monat zunehmen und

eine stetige Preissteigerung herbeiführen würde. Und wenn diese Inflation nicht ins Uferlose wachsen würde, so nur deshalb, weil der Ausgabe von Goldstücken eine natürliche Grenze gezogen ist. Bei den vom Reich verwendeten „wertbeständigen" Zahlungsmitteln handelt es sich aber nicht um Gold, das man — in sehr beschränkten Mengen — in der Erde finden kann (und dann prägt oder in Barren als Deckung für Goldnoten zurückbehält), sondern um Papierscheine, deren schrankenloser Vermehrung keine unüberwindlichen technischen oder juristischen Hindernisse im Wege stehen. Technisch wäre die Aufgabe natürlich nicht schwieriger als der am 15. November eingestellte Notendruck. (Die Notenpresse, die jetzt fieberhaft an der Herstellung von Rentenmark arbeitet, soll immer ganz verwundert ausschauen, wenn man von ihrer Stillegung spricht; sie hat sich die Stillegung ganz anders vorgestellt.) Juristisch ist zwar der Kredit des Reiches bei der Rentenbank auf 1200 Millionen Rentenmark begrenzt, aber die gesetzliche Basis für diese Begrenzung ist außerordentlich dürftig — eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober seligen Angedenkens erlassene Verordnung—, und selbst wenn sie in einem verfassungsmäßig zustandegekommenen Gesetz ausgesprochen wäre, könnte der Gesetzgeber diese Grenze ja jederzeit beliebig weiterstecken. Er würde dabei wohl nicht einmal bei den Anteilseignern der Rentenbank auf Widerstand stoßen, die mit dem ersten „Opfer", das sie gebracht haben — der Einräumung einer Grundschuld von 4 Proz. —, ein so gutes Geschäft machen, daß sie bald nach einem neuen Opfer lechzen werden. Zudem haben wir ja noch neben der Rentenmark die „wertbeständige" „Gold"-„Anleihe", die nur zu einem kleinen Bruchteil Anleihe ist (sie wurde fast gar nicht gezeichnet und dann in Massen zur Bezahlung von Reichsausgaben verwendet), die mit Gold weder verwandt noch verschwägert ist, und die man schon deshalb nicht „wertbeständig" nennen sollte, weil ihr Wert in der kurzen Zeit ihres Bestehens zwischen 50 und 100 Proz. schwankte.

Tatsache ist: durch die reichlichere Ausgabe „wertbeständiger" Zahlungsmittel ist die Inflation verstärkt, sind die Kleinhandelspreise über Weltmarkthöhe getrieben worden. Wenn die Kaufkraft der Mark (Papiermark, Rentenmark, Goldanleihe) einstweilen nicht noch mehr gesunken ist, so beruht dies darauf, daß infolge der künstlichen Niedrighaltung des amtlichen Dollarkurses die Goldanleihe ebenso hoch — teilweise noch höher! — notiert wurde als der Dollar. Das veranlaßte die Bevölkerung, die Goldanleihe und natürlich auch die Rentenmark, die ja wenigstens theoretisch etwas besser fundiert ist als die Goldanleihe, zu hamstern, und so konnte sich die zusätzliche Kaufkraft, die durch die reichlichere Ausgabe dieser Zahlungsmittel in die Bevölkerung hineingepumpt wurde, nicht voll auswirken. Sobald wir aber wieder einmal eine natürliche Preisbildung für den Dollar haben werden, wird die Minderwertigkeit der Goldanleihe und der Rentenmark gegenüber dem

Dollar offenbar werden. Dann wird das Hamstern aufhören, und eine furchtbare Inflation wird die unvermeidliche Folge sein.

* * *

Am 22. August d. J. forderte ich mit Rudolf Goldscheid in einem offenen Schreiben an die Reichsregierung die Einführung einer neuen Goldwährung:

„Erste Maßnahme: Die Reichsregierung verpflichtet sich unverzüglich, alle Papiermark zu dem jetzigen Dollarkurs gegen Goldmark einzulösen. Da der Gesamtwert der umlaufenden Banknoten höchstens 100 Millionen Goldmark beträgt, würde es genügen, wenn die Reichsregierung hierfür 100 Millionen Goldmark zur Verfügung hält."

Damals stand der Dollar auf 5 Millionen Mark. Die Regierung Stresemann aber, von der man sich soviel auf finanz- und währungspolitischem Gebiete versprochen hatte, tat nichts. Einen Monat später veröffentlichte sie das Helfferich-Hilferdingsche Projekt der Rentenmark (Bodenmark). Ich besprach es in einem Artikel „Die Goldpapiermark", der so begann:

„In Zeiten größter Verzweiflung blüht der Weizen der Scharlatane. Nur so kann man es sich erklären, daß der Gesetzentwurf des Reichsfinanzministeriums betreffend die Bodenmark überhaupt ernst genommen wird."

Damals stand der Dollar auf 126 Millionen Mark.

Am 16. Oktober trat die Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank in Kraft. Der Dollar stand auf 4100 Millionen Mark. Einen Monat später waren es 4 200 000 Millionen!

Natürlich wäre die Einführung einer neuen Goldwährung heute schwieriger als im August. Wohl würden auch jetzt noch 100 Millionen in Gold reichlich genügen, um die umlaufenden Banknoten einzulösen. Was aber sollte mit der Goldanleihe und den Rentenmark geschehen? Eine Einlösung in neue Goldmark wäre unmöglich, da hierzu über eine Milliarde in Gold erforderlich wäre. Es bliebe nichts anderes übrig, als sie als Zahlungsmittel auszuschalten und sie künftig wie Anleihepapiere zu behandeln. Dann würden wir als einzige schmerzliche Erinnerung an den Unfug dieser „wertbeständigen Zahlungsmittel" ein paar Jahrzehnte lang eine Zinsen- und Tilgungslast von annähernd 100 Millionen Goldmark zu schleppen haben.

Voraussetzung für jede erfolgreiche Währungspolitik aber ist — man muß das in Deutschland immer wiederholen — eine Gesundung der Reichsfinanzen durch Angleichung der Einnahmen an die notwendigen Ausgaben. Erreicht man diese Gesundung nicht, so wird man immer wieder auf die Notenpresse zurückgreifen müssen. Dadurch wird man immer wieder neue Inflation schaffen, und man wird bald bemerken, daß es schließlich gleichgültig ist, ob man auf einen Schein „Eine Billion Mark" oder „Eine

Rentenmark" druckt. Heute glaubt noch so mancher — innerhalb und außerhalb der Berliner Preisprüfungsstelle —, wirtschaftliche Gesetze, wie die Inflation durch die Vermehrung des Papiergeldes, ließen sich durch technische Mittelchen, wie mannigfaltige Bezeichnungen für im Grunde die gleiche Sache, ausschalten. Daran ist eins richtig: ein solches wirtschaftliches Gesetz kann vorübergehend außer Kraft gesetzt werden, nämlich solange die Menschen wirklich glauben, das Neue sei etwas anderes!

Als ich vor dreizehn Jahren mit meinem verstorbenen Freunde Rudolf Eberstadt zum Internationalen Städtebaukongreß nach London fuhr, gab es im Speisewagen „Weinmeister-Creme". Eberstadt protestierte: „das ist doch Flammeri". Der Kellner verteidigte sich: „Sonntags ist das Weinmeister-Creme, Montags: Victoria-Speise und Dienstags: Flammeri."

Weinmeister-Creme, Victoria-Speise, Flammeri — Banknote, Goldanleihe, Rentenmark.

Plus ça change, plus c'est la même chose.

Die verkannte Absicht.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 19. Dezember 1923)

I.

Im Zirkus Busch trat ein Messerwerfer auf. Seine Partnerin stellte sich vor ein Brett, und rechts und links sausten die Messer haarscharf neben ihr in das Holz. Das Publikum sah atemlos gespannt zu. Da klang durch den Zirkus eine enttäuschte Kinderstimme: „Ach, Mutti, er trifft sie ja gar nicht!"

(„Zeitbilder" 16. Dezember 1923.)

II.

Im Deutschen Reichstag trat ein Finanzminister auf. Sein Partner (Stinnes) stellte sich vor ein Brett, und rechts und links sausten die Steuern haarscharf neben ihm in das Holz. Das Publikum sah atemlos gespannt zu. Da klang . . . (siehe oben).

Luxus?

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 20. Februar 1924)

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" brachte in ihrer Abendausgabe vom 14. Februar (Nr. 76) folgende Notiz:

„Einfuhr von Tuchen. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, entspricht die in den Tageszeitungen veröffentlichte Mitteilung des „Konfektionär", wonach vom 1. April ab die Einfuhr ausländischer, insbesondere englischer Tuche freigegeben werden soll, nicht den Tatsachen. Ob in absehbarer Zeit die Einfuhr dieser in erster Linie Luxusbedürfnissen dienenden Tuche freigegeben werden kann, ist durchaus zweifelhaft."

Wie lange soll diese Komödie noch weitergespielt werden? Es ist kein Luxus, englische Tuche zu kaufen, denn sie sind preiswerter als deutsche Tuche. Hingegen ist es ein Luxus, den sich das verarmte deutsche Volk auf die Dauer nicht leisten kann, schlechte und teuere deutsche Tuche zu kaufen. Die Tatsachen sind allen Sachverständigen längst bekannt. Es sei hier nur an die Ausführungen des Geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels Keinath (demokratischer Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Reichswirtschaftsrats) vor der Sozialisierungskommission am 23. März 1922 erinnert, der unter anderem aussagte:

„Gibt es überhaupt noch deutsche Tuche z. B., bei denen man von einer Qualität reden kann! Liegt denn für die deutsche Industrie überhaupt noch ein Grund vor, Qualitätsware herzustellen! Sie kann ja geringe genau so gut verkaufen zu den von ihr vorgeschriebenen Preisen wie die beste Ware. Irgendein legaler Wettbewerb besteht nicht mehr. Die Einfuhr ist so gut wie restlos verboten. Die Tuchkonvention schreibt vor, was sie will."

Es ist wirklich nachgerade Zeit, dem Unfug ein Ende zu machen, die Einfuhr von Waren, die zu einer Verbilligung der deutschen Waren führen müßte und ja nur deswegen von den Interessenten bekämpft wird, als Luxuseinfuhr zu verbieten.

Lernt von Oesterreich!

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 26. Februar 1924)

In einem sehr lesenswerten Aufsatz „Der Stand der österreichischen Sanierungsaktion" sagt der Herausgeber des „Oesterreichischen Volkswirt" Dr. Gustav Stolper („Wirtschaftsdienst" vom 15. Februar 1924):

Der Beamtenabbau hat keine Ersparnis, sondern nur eine Verschiebung zwischen den Bezügen der aktiven Beamten und den Pensionen gebracht. Der gesamte Personalaufwand für Aktive und Pensionierte ist von 5804 auf 6733 Milliarden gestiegen. Bisher sind einschließlich der Bahnen zirka 60 000 Beamte und Arbeiter „abgebaut". Die Personaleinschränkung bei den Bahnen kommt erst jetzt in Fluß. Aber da im allgemeinen ausreichende Pensionen und Abfertigungen gezahlt werden müssen und es sich bei fortschreitendem Abbau überwiegend um jüngere Personen handelt, so kann ein finanzieller Effekt des „Abbaues" durch Wegfall der Pensionen kaum vor fünf bis zehn Jahren erhofft werden. Das haben einsichtige Beurteiler des österreichischen Budgets schon zu einer Zeit vorausgesagt, als alle Welt das alleinige Heil vom „Beamtenabbau" erhoffte.

Die große und erfreuliche Ueberraschung dieses Budgets, die seit vielen Monaten vorauszusehen war — seit Deutschösterreich einen Kontroller hat, ist auf einmal möglich geworden, was die Bureaukratie früher immer für ganz unmöglich erklärt hat, nämlich die Veröffentlichung von monatlichen Einnahmen- und Ausgabenausweisen —, ist die enorme Steigerung der Staatseinnahmen.

Daß der Beamtenabbau auch bei uns für absehbare Zeit keine finanzielle Bedeutung haben würde, haben einsichtige

Beurteiler des deutschen Budgets — leider gibt es deren sehr wenige — „schon zu einer Zeit vorausgesagt, als alle Welt das alleinige Heil vom Beamtenabbau erhoffte". Denn erstens spielen die persönlichen Staatsausgaben, bei den niedrigen Gehältern und den hohen Preisen für sächliche Bedürfnisse, ohnehin nur mehr eine verhältnismäßig geringe Rolle. Es genügt darauf hinzuweisen, daß bei der Eisenbahn von 1913/14 bis 1. April/31. Oktober 1923 trotz starker Zunahme des Personals (vor dem „Abbau") der Anteil der persönlichen Ausgaben von 49,74 auf 20,08 Proz. gesunken, der Anteil der sächlichen Ausgaben von 50,26 auf 79,92 Proz. gestiegen ist: vor dem Kriege waren die persönlichen Ausgaben ebenso hoch wie die sächlichen, 1923 nur ein Viertel so hoch! Zweitens aber dürften die winzigen Ersparnisse, die sich vielleicht sofort im Personaletat ergeben, dadurch wettgemacht werden, daß infolge des unelastischen (weil zahlenmäßig durch Gesetz festgelegten) Abbaus und der unsachlichen Auswahl der zu Entlassenden — Begünstigung der ledigen Beamtinnen gegenüber den verheirateten, der verheirateten Beamten gegenüber den ledigen, der Kinderreichen gegenüber den Kinderarmen, der Schwerbeschädigten gegenüber den Volleistungsfähigen, der Monarchisten gegenüber den Republikanern — manche Dienststellen so stark von tüchtigen Kräften entblößt werden, daß hierdurch indirekt Mindereinnahmen oder Mehrausgaben für das Reich entstehen. Damit soll natürlich nichts gegen den Beamtenabbau an sich gesagt werden — eine Ablenkung entbehrlichen Personals bei den Behörden in andere Berufe ist notwendig (wenn auch nicht so wichtig wie die Ueberführung der weit zahlreicheren und den Konsumenten viel stärker belastenden entbehrlichen Kleinhändler, Bankangestellten usw. in eine volkswirtschaftlich nützlichere Tätigkeit) —, nur muß man sich einstweilen keine wesentlichen Wirkungen auf den Staatshaushalt versprechen. Beweisen läßt sich allerdings das Ausbleiben eines Rückgangs der persönlichen Ausgaben nicht; denn die Regierung veröffentlicht zwar allmonatlich mit dankenswerten Einzelheiten die Einnahmen des Reichs aus Steuern, Zöllen, Post, Eisenbahn, aber — trotz allen Drängens — nicht die Ausgaben. Hoffentlich wird man nicht eines Tages sagen müssen: Seit Deutschland einen Kontroller hat, ist auf einmal möglich geworden, was die Bureaukratie früher immer für ganz unmöglich erklärt hat, nämlich die Veröffentlichung von monatlichen Ausgabeausweisen.

Können wir einerseits aus den Erfahrungen Oesterreichs die Lehre ziehen, daß der Beamtenabbau für die Gesundung der Finanzen keine unmittelbare Bedeutung hat, so sollten wir anderseits erkennen, daß auch bei uns die Rettung nur von einer „enormen Steigerung der Staatseinnahmen" zu kommen vermag. Aber gerade in dieser Richtung ist von der jetzigen Regierung nichts zu erwarten. In völliger Verkennung der in Landwirtschaft und Industrie vorhandenen Steuerreserven hat Minister Luther erst kürzlich erklärt: „Mit unserer Steueran-

spannung gehen wir über das an sich wirtschaftlich und politisch richtige Maß hinaus". Wirtschaftlich würde eine stärkere steuerliche Belastung der Bauern, die sie zwingen würde, mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse zu verkaufen, und politisch würde eine stärkere Heranziehung der Großgrundbesitzer und Schwerindustriellen, die sie hindern würde, Millionen für illegale nationalistische Verbände (auch Kauf von Zeitungen u. ä.) aufzuwenden, von den segensreichsten Folgen begleitet sein. Aber kann man denn überhaupt im Ernst von einer Erschöpfung der Steuerquellen sprechen, wenn der Voranschlag für das nächste Rechnungsjahr bei einem gänzlich belanglosen Schuldendienst und einem Heer von nur 100 000 Mann, unter den allergünstigsten außenpolitischen Voraussetzungen (insbesondere auch einem weitgehenden Moratorium), und ohne daß ein Pfennig Zuschuß für Eisenbahn oder Post, Länder oder Gemeinden vorgesehen wäre, mit einem gewaltigen Fehlbetrag abschließt? Und dabei brauchen wir doch nur nach Oesterreich zu blicken, um zu erkennen, was uns droht, wenn wir nicht endlich durch eine harte Besteuerung auch der Leistungsfähigsten — und mögen sie politisch noch so einflußreich sein — unsere Finanzen aus eigener Kraft in Ordnung bringen.

Markstabilisierung.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 12. März 1924)

„Bringt Eure Finanzen in Ordnung und legt die Notenpresse still!" Das war der Rat, den fast alle ausländischen Sachverständigen der deutschen Regierung gaben, wenn sie fragte, wie sie die Mark stabilisieren könnte. Jetzt ist aber die Mark stabilisiert — ohne Sanierung der Reichsfinanzen und ohne Stillegung der Notenpresse.

Das Mißverhältnis von Reichseinnahmen und inneren Reichsausgaben ist ärger als zu irgendeiner Zeit vor dem Herbst 1922. Trotzdem die Fehlbeträge der öffentlichen Betriebe und die Ausgaben für Erfüllung des Friedensvertrages nicht mehr in den Ausweisen über die Finanzgebarung des Reichs erscheinen, trotzdem die Zuschüsse an die Länder und Gemeinden sehr stark eingeschränkt sind, trotzdem der Schuldendienst infolge der Einstellung der Verzinsung und Einlösung aller früheren Anleihen und des billigen Rentenbankkredits ganz belanglos ist, ergab sich doch für den Februar ein Fehlbetrag von 138,5 Millionen Goldmark. Die Anfang 1924 in Kraft getretene Steuerreform ist nämlich so unzulänglich, daß sogar das Finanzministerium, das die Erträge der neuen Steuern weit überschätzt, für das am 1. April 1924 beginnende Haushaltsjahr noch mit einem Fehlbetrag von 438 Millionen Goldmark rechnet, obgleich es davon ausgeht, daß bis dahin die Wirtschaftseinheit zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet und die Verwaltungs- und Steuerhoheit des Reichs und der beteiligten Länder in dem besetzten Gebiet wiederher-

gestellt, daß nicht mehr als 640 Millionen Mark in Ausführung des Friedensvertrages (einschließlich Besatzungskosten) verausgabt, und daß keinerlei Zuschüsse an Länder und Gemeinden, Eisenbahn oder Post geleistet werden.

Von einer wirklichen Stillegung der Notenpresse kann auch nicht die Rede sein. Zwar hat die Ausgabe von Reichsbanknoten gegen Einreichung von Schatzwechseln mit dem 15. November aufgehört, aber die Ausgabe von Reichsbanknoten gegen Handelswechsel ist nicht nur immer noch zulässig, sondern findet sogar in ungeheurem Maßstabe statt. Hauptsächlich dadurch ist der Umlauf an Reichsbanknoten, der am 15. November 92 884 721 Billionen Mark betrug, bis zum 29. Februar auf 587 874 526 Billionen Mark gestiegen. Dazu kommen dann noch Rentenmark, Goldanleihe und mannigfache Arten von Notgeld, so daß man zurzeit mit einem Geldumlauf von rund drei Milliarden (Goldmark) rechnen kann. Das wären etwa zehnmal soviel wie Anfang November. Nun drängen aber Landwirtschaft und Industrie nach weiteren Rentenmarkkrediten; die Reichsregierung hat den unseligen Entschluß gefaßt, neues Silbergeld auszugeben; es ist also noch eine starke Zunahme des Geldumlaufs in nächster Zukunft zu erwarten.

Wie kommt es dann, daß die deutsche Währung nun schon drei Monate stabil ist, daß der Preis des Dollars in Deutschland, daß der Preis der Mark im Ausland sich fast gar nicht mehr ändert? Wie kommt es, daß unbestreitbar richtige Theorien, die sich Jahrhunderte hindurch bewährt haben, jetzt doch durch die Tatsachen widerlegt scheinen? Die Ursache liegt nicht in wirtschaftlichen Momenten, sondern auf psychologischem Gebiete: die deutsche Bevölkerung hat wieder Vertrauen zu ihrer Währung. Die Tatsache, daß die Reichsbank nicht mehr Schatzwechsel diskontiert, und daß der Betrag der auszugebenden Rentenmark gesetzlich begrenzt ist, hat das Mißtrauen gegen die Mark zerstreut. Jedermann weiß, daß die Kredite des Reichs bei der Rentenbank erschöpft sind, jedermann erkennt, daß die Ausgabe von Rentenmarkschatzwechseln und minderwertigem Silbergeld verzweifelte Notmaßnahmen eines bankrotten Staates sind, jedermann fühlt, daß eine neue Inflation droht, und doch hofft jedermann, daß sie durch irgendwelche technischen Mittel (Goldkreditbank u. ä.) verhütet werden kann; noch reißt sich niemand danach, seine Rentenmark oder Reichsbanknoten in fremde Devisen oder Sachwerte einzutauschen. Die gegenwärtige Lage erinnert an die Stabilisierungsperiode vom Februar/April 1923. Die Reichsbank mußte damals schwere Opfer bringen, um den Wert der Mark von $^1/_{10000}$ auf $^1/_{5000}$ zu heben, aber nachdem sie einmal einige Zeit auf $^1/_{5000}$ gestanden hatte, behielt das Publikum ruhig seine Mark, und die Reichsbank konnte die „Stabilisierung“ noch einige Wochen lang mit verhältnismäßig geringen Kosten fortsetzen. Der

Noten-„Umlauf“ stieg damals fast auf das Dreifache, aber die Inflation wirkte sich nicht aus, weil die Noten viel langsamer umliefen. Die Geschwindigkeit des Geldumlaufs hat in der gegenwärtigen Stabilisierungsperiode noch viel stärker abgenommen. Leute, die vor vier Monaten erschraken, wenn sie 5 Billionen Mark in der Tasche hatten, scheuen sich nicht, jetzt 100 Billionen und mehr zu „hamstern“.

Eine Stabilität, die sich nicht auf gesunde Staatsfinanzen stützt, also nicht sachlich begründet ist, sondern ihre Hauptnahrung aus einem Gefühl, dem Vertrauen der Bevölkerung, und zwar einer infolge furchtbarer Leiden zermürbten Bevölkerung zieht, kann nicht von Dauer sein. Auch besteht keine Hoffnung, daß die jetzige Regierung die Kraft aufbringen wird, die Reichsfinanzen ohne ausländische Hilfe zu sanieren. Denn diese Regierung ist, trotz aller diktatorialen Befugnisse, auf staatsfinanziellem Gebiete ohnmächtig, da die kapitalistischen Kreise, die ihre Hauptstütze bilden, sich jedem Versuch einer Verteilung der Steuern nach der Leistungsfähigkeit aufs schärfste widersetzen. Anderseits sind die Dinge soweit gediehen, daß es für einen Sturz der Regierung zu spät ist. Denn eine innerpolitische Krise im gegenwärtigen Zeitpunkt würde eine Währungskatastrophe heraufbeschwören, der die Nerven der Bevölkerung nicht standhalten würden. Die Folge wäre ein sinnloser, wütender Kampf aller gegen alle und schließlich der Zerfall des Reichs. Es handelt sich also jetzt nicht mehr darum, ob Deutschland an sich in der Lage wäre, aus eigener Kraft seine Finanzen und damit seine Währung in Ordnung zu bringen, sondern, worauf es ankommt, ist: mit allen Mitteln, schlimmstenfalls unter weitgehender Heranziehung ausländischen Kapitals, die Pseudostabilisierung, deren sich das deutsche Volk — im wahren Sinne des Wortes — „erfreut“, so zu fundieren, daß die innerpolitische Wandlung, die einer wirklichen Gesundung der deutschen Finanzen unbedingt voraufgehen muß, sich vollziehen kann ohne einen plötzlichen Zusammenbruch der jetzigen Währung und ohne eine Gefährdung des Bestandes des Deutschen Reichs.

Zweierlei Maß.

(„Finanzpolitische Korrespondenz“ 28. März 1924)

Wenn man unsere nationalistische Presse liest, sollte man glauben, die anderen Völker seien bei Verteidigung der „nationalen Belange“ viel einheitlicher und geschlossener als das deutsche. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Oder hat es etwa in Deutschland Zehntausende von Kriegsdienstverweigerern gegeben wie in England? Hat es im deutschen Heere während des Krieges Meutereien von dem Umfange gegeben wie in der französischen Armee? Sind im preußischen Herrenhaus Reden gegen den Krieg gehalten worden wie im House of Lords? Haben die Sozialdemokraten irgend-

wann seit 1914 im Reichstag die deutsche Außenpolitik so scharf bekämpft wie die Sozialisten seit Jahr und Tag in der Kammer die französische Außenpolitik?

Bezeichnend ist jetzt wieder die Unehrlichkeit unserer Nationalisten bei Beurteilung der englischen Arbeiterpartei. In einer Rede auf dem Parteitag des Landesverbandes Hamburg der Deutschen Volkspartei erklärte der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Dr. Scholz, „daß der deutsche politische Frühling erst dann anbrechen könne, wenn die deutsche Sozialdemokratie aus sich die nationale Einsicht und den politischen Instinkt ihrer englischen Bruderpartei aufbringen werde" (D. A. Z. 23. März 1924). Was waren denn nun die markantesten Taten der englischen Arbeiterpartei, seit sie an der Regierung ist? Es waren die Einschränkung der Ausgaben für Heer und Flotte und die Einstellung des Festungsbaus von Singapore. Gewiß war das ein Beweis gesunden politischen Instinkts, wie jede Tat, die zur Völkerversöhnung beitragen kann. Gewiß war es ein Beweis hoher nationaler Einsicht, denn die Entlastung des englischen Steuerzahlers, der weit schärfer zur Deckung des Staatshaushalts herangezogen wird als etwa der französische oder der deutsche Steuerzahler, liegt durchaus im nationalen Interesse Englands. Aber würde nicht Herr Dr. Scholz, wenn e r Engländer wäre, eben jene Taten der englischen Arbeiterpartei als Ausfluß „internationaler Gesinnung" und als Beweise für ihren Mangel an nationaler Einsicht und politischem Instinkt brandmarken?

Luther an das deutsche Volk.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 15. April 1924)

„Mit der Herausgabe dieser kleinen Schrift entspreche ich einem Wunsche des Reichskanzlers Marx und meiner Kollegen im Reichskabinett. . . . Ich will Tatsachen schildern und erklären. . . . Das deutsche Volk, das jetzt zur Wahlurne schreitet, hat ein besonderes Recht darauf, die Tatsachen zu kennen."

Indem der Reichsfinanzminister Luther seine Schrift „Feste Mark — Solide Wirtschaft" also einleitete, hat er von vornherein zu erkennen gegeben, daß er hier nicht als Finanzminister sprechen will, d. h. daß er hier z. B. nicht zeigen will, wie er die so dringend notwendige Steigerung der Staatseinnahmen zu erreichen gedenkt, sondern daß er „das deutsche Volk, das jetzt zur Wahlurne schreitet", im Sinne des Kabinetts aufklären will. Daraus ergeben sich gewisse Eigentümlichkeiten der Schrift, die sich vielleicht am besten durch eine Reihe von Beispielen veranschaulichen lassen:

1. „Die Stillegung der Notenpresse, d. h. die Beendigung des Zeitraumes, in dem die Reichsbank dem Reich ununterbrochen ungedeckte Kredite gab, erfolgte am 16. November." (S. 6.)

Nun ist es unbestreitbar, daß die Beendigung des Zeitraums, in dem die Reichsbank dem Reich ununterbrochen

ungedeckte Kredite gab, am 16. November erfolgte. Aber statt der Reichsbank gab nunmehr die Rentenbank dem Reich ungedeckte Kredite; das Reich verschaffte sich weitere Mittel durch Rentenmarkwechsel, und es soll ja jetzt auch minderwertiges Silbergeld ausgeben; die Notenpresse selber ist aber keineswegs stillgelegt, vielmehr gibt die Reichsbank in beängstigendem Ausmaß Noten gegen Handelswechsel aus. (Von alledem steht bei Luther kein Wort.)

2. „Das Ziel ist immer Steigerung der Produktionsfähigkeit durch technische Fortschritte und größere Arbeitsleistung und Erhöhung der Kaufkraft zur Aufnahme der gesteigerten Produktion. Die inländische Absatzmöglichkeit und Kaufkraft kann entscheidend nur gesteigert werden durch Senkung der Preise einerseits und Erhöhung der Löhne und Gehälter andererseits." (S. 11.)

Vortrefflich! Und jeder Wähler möge das beherzigen! Aber warum hat Luther in diese Schrift, die doch den Untertitel führt „Rückblick auf die Arbeit der Reichsregierung während der Wintermonate 1923/24", nicht auch sein die entgegengesetzte Ansicht vertretendes Schreiben an die Minister der Arbeit, der Wirtschaft, des Verkehrs und der Post aufgenommen, in dem es hieß:

„Eine Gesundung der Finanzlage des Reiches wird sich letzten Endes nur dann erreichen lassen, wenn auch die Privatwirtschaft durch eine der allgemeinen Notlage angepaßte Lohnpolitik zu einem Abbau der Warenpreise und einer Hebung des Absatzes kommt, die sie lebensfähig erhält und auf dem Weltmarkt mit Erfolg konkurrieren läßt. . . .

Ich spreche daher die Bitte aus, von dort aus dahin wirken zu wollen, daß die Schlichtungsausschüsse bei ihrer Tätigkeit auf die geschilderte Gesamtlage Rücksicht nehmen. Falls dort der Standpunkt vertreten wird, daß ein solcher Schritt nicht zu dem gewünschten Erfolg führen kann, darf ich mir die Anregung gestatten, ob es nicht notwendig sei, durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu erlassende Verordnung die Spruchtätigkeit der gesetzlichen Schlichtungsausschüsse dahin einzuschränken, daß über die Lohn- und Gehaltssätze des Reiches nicht oder nur unter besonderen Voraussetzungen hinausgegangen werden darf."

3. „Was die Einnahmen des deutschen Volkes anbetrifft, so nimmt man sie für das Jahr 1913 im allgemeinen auf 37,5 Milliarden Mark an, wobei ich selbstverständlich nur von dem verkleinerten Reichsgebiet spreche. Für das Jahr 1924 habe ich die Einnahmen im Reichstag neulich auf 25 Milliarden Mark geschätzt, während z. B. der Abgeordnete Helfferich nur 18 Milliarden Mark zugrunde legte." (S. 17.)

„Nach der Einkommensteuerstatistik für 1922 ist in Deutschland im ganzen mit etwa 29 Millionen Menschen zu rechnen, die verdienen. Von diesen zahlen 2,5 bis 3 Millionen überhaupt keine Steuern, weil ihr Einkommen zu gering ist, und 19,8 Millionen entfallen auf solche Lohn- und Gehaltsempfänger, die ausschließlich zur Lohnsteuer veranlagt sind. Diesen zusammen etwa 22,5 Millionen, die keine Besitzsteuer entrichten, stehen 6,3 Millionen gegenüber, die zur Einkommensteuer veranlagt sind, wobei die Gehaltsempfänger mit einem

Einkommen von mehr als etwa 3000 Mk. auch noch in die letztere Zahl mit einbezogen sind." (S. 20.)

Ich halte mit Helfferich die Schätzung Luthers von 25 Milliarden Volkseinkommen für die Gegenwart für zu hoch. Vor dem Kriege wurden von dem Einkommen von 37,5 Milliarden vielleicht 20 Proz. erspart, also nur etwa 30 Milliarden verbraucht. Heute wird nicht gespart, sondern von der Substanz gelebt; der Verbrauch ist also größer als das Volkseinkommen. Würde das Volkseinkommen 25 Milliarden betragen, so wäre mithin der Verbrauch nicht einmal um ein Sechstel geringer als vor dem Kriege. Das erscheint trotz des ungeheuren Luxus, der von vielen alten und neuen Reichen getrieben wird, unmöglich. Andererseits müßte, wenn die Ausweise der Reichsregierung über die Erträge der Lohnsteuer richtig sind, das Volkseinkommen sogar noch sehr viel größer sein, als Luther es schätzt. Der Steuerabzug vom Lohn erbrachte nämlich im Januar/Februar 1924 insgesamt 138,6 Millionen Mark. Das würde für das Jahr 830 Millionen Mark bedeuten, wobei noch nicht einmal berücksichtigt ist, daß nach Luthers Reichstagsrede vom 3. März die Lohnsteuer im besetzten Gebiet nur zum Teil erhoben und auch, soweit sie erhoben wird, nur zum Teil abgeführt wird. Da nun der Steuerabzug durchschnittlich höchstens 4 Proz. des Einkommens beträgt — der Ledige zahlt 4 Proz. bei 1000 Mk. Jahreseinkommen, der Verheiratete mit 1 Kind bei 1200 Mk., der Verheiratete mit 3 Kindern bei 1800 Mk. —, müßte das Lohneinkommen (einschließlich des besetzten Gebiets) mindestens 21—22 Milliarden Mark betragen. Zu demselben Ergebnis gelangt man übrigens auch, wenn man das Lohneinkommen auf Grund der Angaben Luthers über die Einkommensteuerstatistik berechnet. Der Abzug vom steuerpflichtigen Lohn beträgt 10 Proz. und ermäßigt sich für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind um 1 Proz. Die 830 Millionen Mark Lohnsteuer entsprechen also einem steuerpflichtigen Lohn von rund 10 Milliarden Mark. Selbst wenn wir nun die 2,5 bis 3 Millionen „Verdiener", die nach der Einkommensteuerstatistik von 1922 ein so geringes Einkommen hatten, daß sie keine Lohnsteuer zahlten, und die 6,3 Millionen Besitzsteuerzahler, die z. T. auch Lohneinkommen hatten, ganz vernachlässigen, würde sich allein für die 19,8 Millionen Lohnsteuerpflichtigen, die keine Besitzsteuer entrichten, ein steuerfreies Lohneinkommen von 600 Mk. × 19 800 000 = 11,88 Milliarden Mark ergeben. Wir kämen also wiederum zu einem Lohneinkommen von mindestens 21 bis 22 Milliarden Mark. Nun betrug nach der Reichseinkommensteuerveranlagung für 1920 das Einkommen aus Arbeit drei Fünftel des Gesamteinkommens. Nehmen wir aber einmal selbst an, es belaufe sich heute auf zwei Drittel, so müßte bei einem Lohneinkommen von mindestens 21—22 Milliarden das Volkseinkommen mindestens 31½—33 Milliarden betragen. Das aber ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ich persönlich halte die Ausweise der Reichsregierung über die Er-

träge der Lohnsteuer für falsch und bedaure, daß der Finanzminister in seiner Schrift keine Klarheit darüber geschaffen hat.

4. „Rechnet man sie (die Steuern der Länder und Gemeinden) mit ein, so wird für die Monate Dezember 1923 bis März 1924 der Anteil der den Besitz belastenden Steuern auf etwa 60 v. H. zu schätzen sein." (S. 20.)

Ein erheblicher Teil der „den Besitz belastenden Steuern" entfällt auf die Grundsteuer von Miethäusern, die nicht den Besitzer, sondern den Mieter belastet. Ueberdies scheinen zu den „den Besitz belastenden Steuern" alle Verkehrssteuern mit Ausnahme der Umsatzsteuer gerechnet zu sein, z. B. auch die Beförderungssteuer vom Personen- und Güterverkehr, die keineswegs in erster Reihe den Besitz belastet. Wieso brachte übrigens die Beförderungssteuer, von der für das Rechnungsjahr 1924 230 Millionen Mark erwartet werden, im Januar 1924 nur 2 115 490 Mk., im Februar gar nur 74 586 Mk.?

5. „Was heute vom Landwirt an Steuern verlangt wird, ist von stattlicher Höhe. An laufenden Abgaben für 1924 hat der Landwirt von seinem Vermögen zu bezahlen an Vermögensteuer 5 v. T. . . ." (S. 21.)

Hier stocke ich schon. Als Wert von Grundstücken gilt der Wehrbeitragswert, der im allgemeinen für landwirtschaftliche Grundstücke viel zu niedrig angesetzt war. Dieser Wert kann noch „berichtigt", d. h. in praxi: ermäßigt werden. Von diesem „berichtigten" Wehrbeitragswert ist ein Abschlag in Höhe von 10 bis 40 Proz. zu machen. Der Rest wird dann mit 3 v. T. besteuert, wenn das Vermögen 25 000 Goldmark nicht übersteigt, mit 4 v. T. bei 25 000 bis 50 000 Goldmark, mit 5 v. T. bei 50 000 bis 100 000 Goldmark usw., mit 7,5 v. T. bei über 5 000 000 Goldmark. Es erscheint danach sehr zweifelhaft, ob auch nur ein einziger deutscher Landwirt 5 v. T. Vermögensteuer von seinem wirklichen Vermögen zu zahlen haben wird.

6. „Soweit es sich . . . um Besitz von Aktien und dergleichen handelt, so ist bekannt, daß die Aktien zurzeit einen ganz außerordentlich niedrigen Kurs haben, etwa nur ein Zehntel des Friedenswertes." (S. 25.)

Es ist für die steuerliche Leistungsfähigkeit der Aktionäre belanglos, daß der Kurs der einzelnen Aktie durch Verwässerung auf ein Zehntel des Friedenswertes gesunken ist. Dafür gibt es eben soundsoviel mehr Aktien. Der Aktienindex (in Gold) des Statistischen Reichsamts betrug für Februar 1924 nicht 10 Proz., sondern 39 Proz.

7. „Nach den gegenwärtigen Uebersichten wird der Personalabbau mit Ende März in der gesamten Reichsverwaltung einschließlich der Betriebsverwaltungen zu einer Personalverminderung von 330 000 Köpfen, nämlich 114 000 Beamten, 32 000 Angestellten und 184 000 Arbeitern führen. Die hierdurch erzielte Ersparnis wird sich schätzungsweise auf 275 bis 300 Goldmillionen jährlich belaufen, was eine Minderausgabe von rund 9 bis 10 v. H. gegenüber den Gesamtpersonalausgaben bedeutet." (S. 54.)

Hier sind verschiedene Dinge zusammengeworfen, die nichts miteinander zu tun haben. Von den 330 000 „Ab-

gebauten" entfallen nur etwa 25 000 auf die eigentliche Reichsverwaltung, der Rest in erster Linie auf die Eisenbahn, in zweiter auf die Post. Bei der Eisenbahn spielten aber die Personalausgaben ohnehin nur mehr eine geringe Rolle. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben war trotz Zunahme des Personals infolge des starken Sinkens der Gehälter und Löhne bei gleichzeitigem starken Steigen der Preise für Kohle, Eisen usw. von 50 Proz. vor dem Kriege auf 20 Proz. in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober 1923 gesunken. Bei der Post fiel der Anteil der Personalausgaben gleichzeitig von 77 auf 41 Proz. Nun wird ja der Abbau bei den Betriebsverwaltungen, da es sich vorwiegend um die Entlassung auf Kündigung angestellter Eisenbahnarbeiter handelt, allerdings eine Ersparnis an Personalausgaben mit sich bringen, die vielleicht der von Luther angegebenen Zahl von 275 bis 300 Goldmillionen nahekommt. Man darf aber nicht übersehen, daß die Zahl der Eisenbahnarbeiter nunmehr auf dem gleichen Gebiete wesentlich kleiner ist als vor dem Kriege, und es ist vollkommen ausgeschlossen, daß die plötzliche Entlassung von vielleicht 30 Proz. der Eisenbahnarbeiter keine Rückwirkung auf den Zustand des Oberbaues, der Fahrzeuge usw. haben sollte. Es bleibt also abzuwarten, in welchem Umfang hier die Ersparnis an Personalausgaben durch Steigerung der Sachausgaben und durch Rückgang der Leistungen aufgewogen werden wird.

In jedem Falle ist es irreführend, die Personalverminderung um 330 000 Köpfe mit den Ausgaben des Reichs in unmittelbare Verbindung zu bringen. Denn die Betriebsverwaltungen sind jetzt finanziell vom Reiche gelöst, und ihre Fehlbeträge erscheinen ja auch nicht mehr in den Ausweisen über die Finanzgebarung des Reichs. Die Ersparnis aber, die das Reich selber mit dem Abbau von vielleicht 25 000 Beamten und Angestellten erzielt hat, ist überhaupt nicht der Rede wert. Bei einem Etat von rund 5 Milliarden Mark spielen die höchstens 50 Millionen, die bei den Gehältern aktiver Beamter und Angestellter erspart worden sein können, ohnehin kaum eine Rolle, und der größte Teil dieser Ersparnis, wenn nicht das Ganze, ist auf Ruhegehälter, Abfindungen usw. draufgegangen. Vor allem aber hat die mit dem 1. April aus Wahlrücksichten erfolgte Erhöhung der Beamtengehälter bewirkt, daß die heutigen Personalausgaben des Reichs selbst für die aktiven Beamten und Angestellten ebenso hoch sind wie vor dem Abbau. Niemand weiß das besser als der Finanzminister Luther.

8. „Wenn, worauf wir ja alle unsere Anstrengungen richten, Deutschland aus dieser Notzeit allmählich zu neuer Lebensentfaltung erblüht, so kann die deutsche Beamtenschaft sich dessen mit Recht rühmen, daß sie Deutschland gesund gehungert hat." (S. 55.)

Fürs erste hat die deutsche Beamtenschaft sich krank gehungert, während gleichzeitig andere, z. B. die Ruhrgewinnler, sich aus Reichsmitteln gesund gemacht haben. Wenn nur

ein kleiner Teil der ohne Sinn und Verstand in das Ruhrgebiet hineingepumpten Gelder, zu denen auch die hungernden Beamten — freiwillig oder unter dem Druck ihrer Vorgesetzten — beigetragen haben, und die es insbesondere den Zechenbesitzern ermöglichten, massenhaft Schächte auszubauen, zur anständigen Bezahlung der öffentlichen Beamten verwendet worden wäre, so hätten diese nicht zu hungern brauchen. Ueberdies muß immer wieder betont werden: die Reichsbahn ist die größte Unternehmung der Welt und kann nicht mit hungernden Beamten gesunden. In der eigentlichen Reichsverwaltung aber spielen die Beamtengehälter eine so geringe Rolle — am 1. April 1923, also vor dem Abbau, gab es dort im ganzen nur 120 878 planmäßige und außerplanmäßige Beamte —, daß ein Mehr oder Weniger bei den vielleicht 200 Millionen Mark, die sie beziehen, nicht ins Gewicht fällt.

9. „Das allein Rettung verheißende Ziel, die Einnahmen so zu steigern und zu fördern, daß mit ihnen und den Krediten der Rentenbank die Ausgaben des Reichs und zum großen Teil auch der Länder und Gemeinden zu bestreiten waren, konnte nur durch eine hingebende Arbeit der gesamten Beamtenschaft der Reichsfinanzverwaltung in Verbindung mit einer einsichtsvollen Mitwirkung der Steuerpflichtigen erreicht werden. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß beide Voraussetzungen erfüllt worden sind. Die Steuerpflichtigen haben erkannt, daß die von ihnen verlangten Opfer, so schwer sie waren, gebracht werden mußten, wenn nicht das ganze deutsche Volk dem Untergang verfallen solle. Die Finanzbehörden ihrerseits haben alle Kräfte eingesetzt, um den rechtzeitigen Eingang der Steuern und ihre rasche Abführung an die Reichskasse sicherzustellen." (S. 62.)

Kein Wort davon, daß z. B. die Erbschaftssteuer, die, wenn sie den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend veranlagt und erhoben würde — trotz ihrer starken Ermäßigung durch Luthers Zweite Steuernotverordnung —, allmonatlich viele Millionen Mark liefern müßte, im Januar 1924 112 555 Mk., im Februar 325 131 Mk. gebracht hat! Und das bei einem Volksvermögen, das Luther selbst (S. 18) auf 150 Milliarden geschätzt hat, von dem also im Monatsdurchschnitt 400—500 Millionen Mark vererbt werden!

„Das deutsche Volk, das jetzt zur Wahlurne schreitet, hat ein besonderes Recht darauf, die Tatsachen zu kennen." Die neueste Schrift des Reichsfinanzministers verhilft ihm nicht zu diesem Rechte.

Das bittere Ende.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 17. April 1924)

Als nach der Londoner Konferenz das Kabinett Fehrenbach-Simons einen Ausweg aus der Sackgasse suchte, in die es sich durch sein „energisches Nein" verrannt hatte, schlug ich (am 18. März 1921) vor, die deutsche Regierung möge der Entente zur Abgeltung der Reparationsverpflichtungen ein Viertel aller deutschen Aktien, Hypotheken in Höhe von einem

Viertel des deutschen Grundvermögens und Abschaffung der deutschen Schutzzölle anbieten. Mein Vorschlag fand damals in England starken Anklang. In Deutschland fiel er glatt unter den Tisch. Es folgte das Londoner Ultimatum.

Ich habe meinen Vorschlag bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Wort und Schrift, im Inland und im Ausland vertreten. Ich habe überall außer bei uns Verständnis dafür gefunden: nicht etwa nur in England und Amerika, sondern ganz besonders auch in Frankreich. Im Herbst 1922 stand schon ein beachtlicher Teil der französischen öffentlichen Meinung dem Plane freundlich gegenüber. Unbedingt dafür waren nicht nur Politiker der verschiedensten Parteien (Reynaud, Buisson, Blum), sondern auch die bekanntesten Finanzwissenschaftler (Gide und Jèze). Die deutschen Gegner der Erfüllungspolitik waren damals ernstlich besorgt, daß es zu einer ehrlichen Verständigung kommen könnte. „Der Deutsche" vom 13. Oktober 1922 schrieb verzweifelt: „Poincaré hat, wie wir erfahren mußten, den Vorschlag von Kuczynski doch aufgenommen. Das hatte dann eine sofortige maßlose Entwertung der deutschen Mark zur Folge." Diese Behauptung war natürlich barer Unsinn. Ihr Zweck war, die christlich organisierten Arbeiter unter Hinweis auf die Gefahren einer wirtschaftlichen Ueberfremdung gegen meinen Vorschlag immun zu machen. Ich veröffentlichte eine Entgegnung (27. Oktober 1922), die mit den Worten schloß:

„Wir haben jetzt überhaupt nur noch die Wahl zwischen wirtschaftlicher Ueberfremdung und staatsfinanzieller Ueberfremdung. Und wir haben diese Wahl vielleicht nur noch ein paar Monate. Nützen wir diese Frist nicht, indem wir der Entente endlich einen vernünftigen Vorschlag zur Lösung der Reparationsfrage machen, dann bekommen wir unfehlbar beides: die fremde Finanzverwaltung und als eine zwangsläufige Folge: die wirtschaftliche Ueberfremdung."

Wir hatten diese Wahl in der Tat nur noch ein paar Monate. Wie nützten wir diese Frist? Wir legten unser Schicksal in die Hände Cunos, des Saboteurs der Erfüllungspolitik.

Jetzt ernten wir, was wir gesät haben, jetzt bekommen wir die staatsfinanzielle und die wirtschaftliche Ueberfremdung, und zwar in einem Ausmaß, wie sie nie zuvor ein Ententestaatsmann gefordert hat.

1. Die staatsfinanzielle Ueberfremdung. Sie besteht — um nur drei Punkte hervorzuheben — a) in der Ersetzung der deutschen Reichsbank durch eine Notenbank mit einem zur Hälfte aus Ausländern bestehenden Aufsichtsrat (Generalrat) und einem ausländischen Kommissar, mit dem Monopol der Notenausgabe und dem Anspruch auf Ausführung sämtlicher inländischen und ausländischen Banktransaktionen des Reichs und der Reichsfinanzverwaltung, b) in der Beschlagnahme der Zölle und der Tabak-, Branntwein-, Bier- und Zuckersteuereingänge, c) in dem Verbot der Ermäßigung der

Zölle, der Tabak-, Branntwein-, Bier- und Zuckersteuer sowie der Abgabe vom Personen- und Güterverkehr. Diese staatsfinanzielle Ueberfremdung verdanken wir nicht nur unserer Säumigkeit in den Reparationsleistungen, sondern auch der finanziellen Mißwirtschaft, die wir seit bald zehn Jahren treiben. Aus dem Bericht gewinnt man den Eindruck, daß die Ermäßigung der Erbschaftssteuer durch Luthers zweite Steuernotverordnung dem Faß den Boden ausgeschlagen hat. Denn an keiner Steuer üben die Sachverständigen so ausführlich Kritik wie an der deutschen Erbschaftssteuer.

Ist man sich übrigens in England darüber klar, daß die Bindung der Zölle eine vollständige handelspolitische Knebelung Deutschlands bedeutet, dem es damit insbesondere unmöglich gemacht wird, zum Freihandel überzugehen?

2. Die wirtschaftliche Ueberfremdung. Sie besteht — um wiederum nur drei Punkte hervorzuheben — a) in dem Uebergang der Eisenbahnen vom Reich auf eine Aktiengesellschaft mit einem ausländischen Kommissar, b) in der tatsächlichen Auslieferung der Tarifhoheit an diesen ausländischen Kommissar, c) in der Eintragung von erststelligen Hypotheken in Höhe von 5 Milliarden Goldmark auf deutsche Industrie-, Handels- und Verkehrsunternehmungen.

Wir sollen jetzt also die Eisenbahnen verlieren, die nach meinem Vorschlag, wie nach dem Vorschlage Reynauds, unangetastet und unbelastet dem Reiche verbleiben sollten. Wie ungeheuerlich die wirtschaftliche Ueberfremdung Deutschlands bei Durchführung der von den Sachverständigen geforderten Eisenbahnreform sein wird, ergibt sich schon aus folgenden Sätzen ihres Berichtes:

Der ganze Geist des Staatsbetriebes in der Vergangenheit war darauf gerichtet, die Eisenbahnen hauptsächlich im Interesse der deutschen Wirtschaft (in der deutschen Uebersetzung steht irrtümlicherweise „Industrie"; industry — französisch économie — heißt Wirtschaft) und erst in zweiter Linie als ein gewinnbringendes Unternehmen zu betreiben. Nach Ansicht (unserer Eisenbahnsachverständigen) ist ein völliger Bruch mit den alten Ueberlieferungen wesentlich.

Wir nehmen ihre Schlußfolgerungen an und empfehlen die Umwandlung der deutschen Eisenbahnen in eine Aktiengesellschaft. Es ist nicht unsere Absicht, Deutschland dadurch der Verwaltung seiner Eisenbahnen zugunsten der Alliierten zu berauben; im Gegenteil unser Plan verlangt nur einen bescheidenen Ertrag auf das Anlagekapital, und solange dieser Ertrag einkommt, rechnen wir mit keinerlei Eingriff in die deutsche Leitung des Unternehmens. (Report of the First Committee of Experts, Paris 1924, S. 20.)

Die deutsche Regierung soll insoweit eine Kontrolle über die Eisenbahntarife und den Eisenbahnbetrieb haben, wie nötig ist, um unterschiedliche Behandlung zu verhüten und das Publikum zu schützen, aber diese Kontrolle darf nie so ausgeübt werden, daß sie es der Eisenbahngesellschaft erschwert, einen billigen und angemessenen Ertrag auf ihre Kapitalanlage zu verdienen, d. h. ausreichende Mittel für die Verzinsung der Schuldverschreibungen und

Vorzugsaktien, eine Dividende für die gewöhnlichen Aktien und ausreichende Reserven für alle Zwecke einschließlich der Tilgung des Kapitals. (S. 96.)

Der „bescheidene" jährliche Ertrag, der also die Voraussetzung dafür bildet, daß keinerlei Eingriff in die deutsche Leitung des Unternehmens erfolgt, setzt sich aus folgenden Posten zusammen (in Millionen Goldmark):

Abgabe vom Personen- und Güterverkehr	290
6 Proz. Zinsen und Tilgung auf 11 Milliarden Schuldverschreibungen	660
Feste Dividende auf 2 Milliarden Vorzugsaktien . .	?
Dividende auf 13 Milliarden gewöhnliche Aktien . .	?
Zur Reserve	?

Wenn aber die Einnahmen nicht dazu ausreichen?

Wenn in irgendeinem Jahre die deutschen Eisenbahnen nicht genügende Einnahmen erzielen, um die obenerwähnten Zahlungen zu gestatten (bezieht sich wohl „nur" auf die 950 Millionen für die Beförderungssteuer und die Verzinsung und Tilgung der Schuldverschreibungen?) . . ., soll der Eisenbahnkommissar berechtigt sein, so zu handeln, wie es der (von der Reparationskommission ernannte) Treuhänder der Obligationäre für nötig halten wird, um die Rechte der Obligationäre zu schützen; er wird insbesondere berechtigt sein, die gesamten oder einen Teil der Eisenbahnen und des sonstigen Vermögens, die für die Hypothek oder den Dienst der Schuldverschreibungen haften, selber zu betreiben, zu verpachten oder zu verkaufen. (S. 100.)

Am Schluß ihres Berichtes zeigen die beiden Eisenbahnsachverständigen (die ex officio Mitglieder des Organisationsausschusses sind, der die Einzelheiten für die Schaffung der deutschen Eisenbahngesellschaft und die Durchführung der Eisenbahnreform auszuarbeiten hat) mit erschreckender Deutlichkeit, wohin die Reise gehen soll:

Eine zweite Aufgabe des Kommissars wird natürlich sein, den ausländischen Mitgliedern des Verwaltungsrats über alle Dinge zu berichten, die sie für wirklich wichtig halten mögen. Wir erwähnen hier beispielsweise die Frage der Angemessenheit der stark ermäßigten deutschen Ausfuhrtarife. Es ist klar, daß die Alliierten ein Recht haben zu fordern, daß die Nettoeinnahmen der deutschen Eisenbahnen nicht geschmälert werden dürfen, um deutschen Waren einen unangemessenen Vorteil auf Ueberseemärkten zu verschaffen. (S. 93.)

Wer den Bericht der beiden Eisenbahnsachverständigen gelesen hat, weiß, daß es kein Zufall ist, wenn sie nicht „beispielsweise" die Frage der Angemessenheit des am 1. März ermäßigten Tarifs für die I. Wagenklasse erwähnt haben.

An Stelle der von mir vorgeschlagenen Beteiligung der Entente an den deutschen Aktiengesellschaften soll sie — was viel schlimmer ist — hypothekarische Schuldverschreibungen erhalten. Als ich im November 1923 auf dem Kongreß der Französischen Liga für Menschenrechte in einem Referat über die Reparationsfrage meinen Vorschlag dargelegt hatte, bat mich ein Pariser Großindustrieller, den Plan mit

ihm und einigen seiner Kollegen durchzusprechen. In den Besprechungen, die wir hatten, wurde mir gesagt: „Ihr Plan ist gut, aber mit den Aktien ist das so eine Sache; wenn die keine Dividende geben, bekommen wir gar nichts; wir möchten lieber Obligationen haben, die uns einen bestimmten Zins sichern. Ich entgegnete: Sie fordern Unmögliches; wir können Ihnen ein Viertel unserer Aktien geben, dann bekommen Sie ein Viertel des Gewinnes; das wird viel sein, wenn es unserer Industrie gut geht, und das wird wenig sein, wenn es ihr schlecht geht. Aber kein verantwortlicher deutscher Staatsmann kann Ihnen Obligationen einräumen, denn die müssen verzinst werden, auch wenn die Industrie nichts verdient. — Jetzt sollen wir nach dem Vorschlag der Sachverständigen der Entente Obligationen auf unsere gewerblichen Unternehmungen in Höhe von 5 Milliarden Goldmark einräumen, die mit 5 Proz. zu verzinsen und mit 1 Proz. zu tilgen sind. Die Jahreszahlungen, die wir danach zu leisten haben, betragen 300 Millionen Goldmark. Das sind etwa 2 Proz. des Goldkapitals jener Unternehmungen, d. h. sehr viel mehr, als der Entente an Dividende zustehen würde, wenn wir ihr ein Viertel der Aktien auslieferten. Nun erklären die Sachverständigen:

„Der Betrag dieser Schuldverschreibungen ist niedriger als die Gesamtschuldsumme der Industrieunternehmungen in Deutschland vor dem Kriege. Diese Schulden sind zum größten Teil durch Zahlungen zum Nennwert mit entwertetem Papiergeld abgetragen oder so gut wie gelöscht worden." (S. 22.)

Das ist richtig. Aber zunächst war der Schuldendienst für die 5,6 Milliarden Schuldverschreibungen und Hypotheken der deutschen Aktiengesellschaften vor dem Kriege geringer als 300 Millionen jährlich. Sodann sind diese Gesellschaften auch heute nicht schuldenfrei und müssen für ihre Schulden hohe Zinsen zahlen. Ferner haben wir einen Teil dieser Gesellschaften durch Gebietsabtretungen verloren. Auch ist der Absatz der uns verbliebenen Gesellschaften durch den Rückgang der Kaufkraft im Inland und Ausland gesunken. Endlich werden die Gesellschaften, wenn der Plan der Sachverständigen durchgeführt werden soll, in viel höherem Maße durch andere Steuern vorbelastet sein als früher.

Die Reichsregierung hat die falsche Politik verfolgt, statt selber Vorschläge zu machen, die den Interessen des deutschen Volkes gerecht werden und für die Entente annehmbar sind, die Entscheidung durch unparteiische Sachverständige zu fordern. Es bleibt ihr daher gar nichts anderes übrig, als die Vorschläge der Sachverständigen grundsätzlich anzunehmen. Sie kann Deutschland nicht mehr vor der staatsfinanziellen und wirtschaftlichen Ueberfremdung retten. Aber sie kann noch bei der Reparationskommission vorstellig werden, um das Aergste zu verhüten. Was soll sie tun?

Wäre die heutige deutsche Regierung auch nur mit einem Tröpfchen sozialen Oels gesalbt, so könnte sie erklären: Die Vorschläge der Sachverständigen sind, bei aller Verurteilung

der Inflationsgewinne der deutschen Kapitalisten, durch und durch kapitalistisch; das zeigt sich in der Schonung der Landwirte auf Kosten der Arbeiterschaft, das zeigt sich in der Bindung der Zölle, der Verbrauchsabgaben und der Beförderungssteuer ohne entsprechende Richtlinien für die Besitzsteuern, das zeigt sich in der unsozialen Auffassung von den Aufgaben der Eisenbahnen u.a.m. Aber wenn d i e s e Regierung sich als Anwalt der Massen aufspielen wollte, würde sie sich vor der ganzen Welt lächerlich machen. Das soll sie nicht tun. Wohl aber könnte sie, mit einiger Aussicht auf Erfolg, an Stelle der Einräumung von Hypotheken auf die deutschen Unternehmungen die Abtretung von Aktien vorschlagen; sie könnte die Tarifhoheit für sich in dem Umfange verlangen, wie sie die englische und die amerikanische Regierung gegenüber den dortigen Privatbahnen besitzen, und sie könnte endlich das Recht auf Herabsetzung und Aufhebung aller deutschen Schutzzölle fordern.

Das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin 1923/24*).

Zeitraum	Ernährung	Wohnung	Heizung, Beleuchtung	Bekleidung	Sonstiges	Ueberhaupt
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
			M a n n			
1.—15. Dez. 1922	3426	193	1891	3583	3000	12093
16.—31. „ „	3638	193	2274	3583	3197	12885
1.—15. Januar 1923	4068	300	3070	4517	3585	15540
16.—31. „ „	7505	300	3839	5533	5153	22330
1.—14. Februar „	14198	300	5679	10667	9869	40713
15.—28. „ „	15109	300	9656	8600	8753	42418
1.—15. März „	14372	660	11425	7100	9061	42618
16.—31. „ „	13601	660	11425	5850	8515	40051
1.—15. April „	13352	660	10401	5800	8158	38371
16.—30. „ „	14261	660	10290	7633	8869	41713
1.—15. Mai „	16875	1010	10290	14433	12356	54964
16.—31. „ „	23615	1010	11314	17600	15526	69065
1.—15. Juni „	34525	1045	18372	24500	22748	101190
16.—30. „ „	52870	1045	26202	38833	34495	153445
1.—15. Juli „	117786	2400	67827	77500	74344	339857
16.—31. „ „	206951	2400	101737	146000	127985	585073
1.—15. August „	1559202	9800	583440	1300000	1070258	4522700
16.—31. „ „	4126269	9800	2893562	2800000	3194630	13024261
1.—15. Septb. „	25,5[1]	360000	7,4[1]	30 [1]	19,0[1]	82,2[1]
16.—30. „ „	122,3[1]	360000	91,0[1]	64,9[1]	91,9[1]	370,4[1]
1.—15. Oktober „	1167,4[1]	24,6[1]	892,7[1]	733,3[1]	915,9[1]	3733,9[1]
16.—31. „ „	40740,8[1]	24,6[1]	18224,9[1]	37500 [1]	28947,1[1]	125437,4[1]
1.—15. Nov. „	991,4[2]	27,5[2]	431,9[2]	400 [2]	462,7[2]	2313,5[2]
16.—30. „ „	7406[2]	49 [2]	2870 [2]	3900 [2]	3556,3[2]	17781,3[2]

[1]) Millionen. — [2]) Milliarden.

*) Für die vorangehende Zeit vgl. Kuczynski, Jahrbuch der Finanzpolitischen Korrespondenz 1922 Zweites Heft S. 41f.; für das Existenzminimum von Ehepaar und zwei Kindern siehe oben S. 241f.

Zeitraum	Ernährung	Wohnung	Heizung, Beleuchtung	Bekleidung	Sonstiges	Ueberhaupt
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Mann						
1.—15. Dez. 1923	6,56	1,10	3,18	2,80	3,41	17,05
16.—31. „ „	5,34	1,10	3,10	2,40	2,99	14,93
1.—15. Januar 1924	5,10	1,10	3,06	2,40	2,92	14,58
16.—31. „ „	4,66	1,10	2,99	2,40	2,79	13,94
1.—15. Februar „	4,25	1,60	2,95	2,45	2,81	14,06
16.—29. „ „	4,20	1,60	2,95	2,50	2,81	14,06
1.—15. März „	4,25	1,70	2,92	2,50	2,84	14,21
16.—31. „ „	4,29	1,70	2,91	2,50	2,85	14,25
1.—15. April „	4,29	2,70	2,91	2,50	3,10	15,50
Monat Dez. 1922	3533	193	2084	3583	3100	12493
„ Januar 1923	5799	300	3467	5025	4377	18968
„ Februar „	14653	300	7667	9633	9354	41607
„ März „	13988	660	11425	6475	8788	41336
„ April „	13807	660	10346	6717	8512	40042
„ Mai „	20251	1010	10818	16017	13948	62044
„ Juni „	43697	1045	22287	31667	28622	127318
„ Juli „	162866	2400	85329	111750	101457	463802
„ August „	2848204	9800	1775761	2050000	2138805	8822570
„ Septemb. „	73,9[1]	360000	49,2[1]	47,4[1]	55,5[1]	226,4[1]
„ Oktober „	21126 7[1]	24,6[1]	9838,4[1]	19116,7[1]	15031,9[1]	65138,3[1]
„ Novemb. „	4198,7[2]	38,3[2]	1650,9[2]	2150[2]	2009,5[2]	10047,4[2]
„ Dezemb. „	5,95	1,10	3,14	2,60	3,20	15,99
„ Januar 1924	4,88	1,10	3,02	2,40	2,85	14,25
„ Februar „	4,22	1,60	2,95	2,45	2,81	14,03
„ März „	4,27	1,70	2,91	2,50	2,85	14,23
August 13 / Juli 14	3,50	5,50	1,90	2,50	3,35	16,75
Ehepaar						
1.—15. Dez. 1922	5787	193	1891	5972	4568	18411
16.—31. „ „	6133	193	2274	5972	4809	19381
1.—15. Januar 1923	6869	300	3070	7528	5329	23096
16.—31. „ „	12540	300	3839	9222	7770	33671
1.—14. Februar „	23725	300	5679	17778	15194	62676
15.—28. „ „	25193	300	9656	14333	12866	62348
1.—15. März „	24290	660	11425	11833	13016	61224
16.—31. „ „	23042	660	11425	9750	12117	56994
1.—15. April „	22714	660	10401	9667	11729	55171
16.—30. „ „	24260	660	10290	12722	12942	60874
1.—15. Mai „	28499	1010	10290	24056	18518	82373
16.—31. „ „	40131	1010	11314	29333	23718	105506
1.—15. Juni „	58450	1045	18372	40833	34424	153124
16.—30. „ „	89139	1045	26202	64722	52522	233630
1.—15. Juli „	205272	2400	67827	129167	113306	517972
16.—31. „ „	357502	2400	101737	243333	197393	902365
1.—15. August „	2618405	9800	583440	2166667	1667276	7045588
16.—31. „ „	6972537	9800	2893562	4666667	4726334	19268900
1.—15. Sept. „	42,4[1]	360000	7,4[1]	50 [1]	30,1[1]	130,2[1]
16.—30. „ „	205,3[1]	360000	91,0[1]	108,2[1]	133,6[1]	538,3[1]
1.—15. Oktober „	1996,8[1]	24,6[1]	892,7[1]	1222,2[1]	1344,3[1]	5480,6[1]

[1]) Millionen. — [2]) Milliarden.

Zeitraum	Ernährung	Wohnung	Heizung, Beleuchtung	Bekleidung	Sonstiges	Ueberhaupt
	Mk.	Mk	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
			Ehepaar			
16.—31. Okt. 1923	70081,6[1]	24,6[1]	18224,9[1]	62500[1]	45249,3[1]	196080,4[1]
1.—15. Nov. „	1664,3[2]	27,5[2]	431,9[2]	666,7[2]	697,6[2]	3488,0[2]
16.—30. „ „	12474,5[2]	49 [2]	2870[2]	6500[2]	5473,4[2]	27366,9[2]
1.—15. Dez. „	11,10	1,10	3,18	4,65	5,01	25,04
16.—31. „ „	9,16	1,10	3,10	4,00	4,34	21,70
1.—15. Januar 1924	8,87	1,10	3,06	4,00	4,26	21,29
16.—31. „ „	8,11	1,10	2,99	4,00	4,05	20,25
1.—15. Februar „	7,38	1,60	2,95	4,10	4,01	20,04
16.—29. „ „	7,35	1,60	2,95	4,15	4,01	20,06
1.—15. März „	7,41	1,70	2,92	4,15	4,04	20,22
16.—31. „ „	7,53	1,70	2,91	4,15	4,07	20,36
1.—15. April „	7,56	2,70	2,91	4,15	4,33	21,65
Monat Dez. 1922	5962	193	2084	5972	4690	18901
„ Januar 1923	9730	300	3467	8375	6562	28434
„ Februar „	24459	300	7667	16056	14060	62542
„ März „	23668	660	11425	10792	12567	59112
„ April „	23487	660	10346	11194	12336	58023
„ Mai „	34327	1010	10818	26694	21127	93976
„ Juni „	73795	1045	22287	52778	43472	193377
„ Juli „	282133	2400	85329	186250	155711	711823
„ August „	4806409	9800	1775761	3416667	3202764	13211401
„ Septemb.„	123,8[1]	360000	49,2[1]	79,1[1]	82,0[1]	334,5[1]
„ Oktober „	36353,1[1]	24,6[1]	9838,4[1]	31861,1[1]	23423,2[1]	101500,4[1]
„ Novemb.„	7069,4[2]	38,3[2]	1650,9[2]	3583,3[2]	3085,5[2]	15427,4[2]
„ Dezemb.„	10,13	1,10	3,14	4,30	4,67	23,34
„ Januar 1924	8,49	1,10	3,02	4,00	4,15	20,76
„ Februar „	7,35	1,60	2,95	4,10	4,00	20,00
„ März „	7,47	1,70	2,91	4,15	4,06	20,29
August 13 / Juli 14	6,30	5,50	1,90	4,15	4,45	22,30

[1]) Millionen. — [2]) Milliarden.

II. BRIEFE AUS AMERIKA.

Die Tragödie Deutschlands.

(„Finanzpolitische Korrespondenz“ 7. Juni 1923)

Wenn man von Hamburg nach New York fährt, wird man, namentlich bei stürmischem Wetter, gut daran tun, in der Mitte des Schiffes zu verweilen. Aber geistig wird man entweder vorne oder hinten stehen: man wird entweder nach Amerika blicken oder rückwärts nach Deutschland schauen. Früher sah man wohl auf einer solchen Reise eher, erwartungsvoll, nach dem Ziele; heute ist das, was man hinter sich läßt, in seiner Chaotigkeit so überwältigend, daß man sich davon nicht ohne weiteres losreißen kann. Für mich war das um so weniger möglich, als mir ein guter Freund als Reiselektüre ein Buch mitgegeben hatte, das meine Gedanken widerstandslos an die Heimat fesselte: Die Tragödie Deutschlands.

„Die Tragödie Deutschlands — von einem Deutschen“ ist vor reichlich einem Jahre erschienen. Das Buch (Verlag Duncker u. Humblot, München 1922, 451 Seiten) hat bislang nicht viele Leser gefunden; aus äußeren und aus inneren Gründen. Der wichtigste äußere Grund: es ist anonym erschienen. Ein verhängnisvoller Mißgriff! Der Verfasser schreibt: „Es war das ein schwerer, langüberlegter Entschluß. Und endlich geschah es . . . dem Leser zuliebe. Er soll nicht den Autor lesen, sondern dies Werk, das der Fehler und Irrtümer genug haben mag, das aber e i n e s beanspruchen will, das heißeste Streben nach Gerechtigkeit.“ Nun enthält jedoch das Buch eine Fülle mehr oder weniger unbekannter Tatsachen, die der Leser, wenn sie ein Unbekannter mit „dem heißesten Streben nach Gerechtigkeit“ verkündet, noch keineswegs als bewiesen hinnehmen wird, an denen er aber nicht zweifeln würde, wenn der Verfasser mit seinem guten Namen als sichtbarer Bürge dahinterstände. Hätte er doch wenigstens ein Pseudonym gewählt, z. B. Hans Schmidt. Dann hätten rechtsstehende Blätter behauptet, Hans Schmidt sei schon immer ein Flaumacher gewesen, und linksstehende, Hans Schmidt habe die Wahrheit bereits zu einer Zeit gesagt, wo dies keineswegs gefahrlos gewesen sei, und der Autor hätte so das für die Wirkung seiner Schrift unentbehrliche Relief erhalten.

Einer sehr weiten Verbreitung des Buches stehen allerdings innere Gründe entgegen. Die Liebe des Verfassers zu seinem Volke „hieß ihn, nichts zu verschweigen und vor der

schärfsten Kritik nicht zurückzuschrecken". Er sagt denn auch dem deutschen Volke die Wahrheit mit einer geradezu unerhörten Rücksichtslosigkeit. Und da das Bedürfnis des deutschen Volkes nach solcher ungeschminkten Wahrheit schon vor dem Kriege nicht übermäßig groß war, im Kriege weiter abflaute und auch jetzt keineswegs sehr lebhaft ist, hat das Werk nicht eben viele Leser gefunden. Vielleicht ist die Teilnahmlosigkeit diesem Buche gegenüber sogar ein untrügliches Zeichen dafür, daß „die Tragödie Deutschlands" noch nicht zu Ende ist, sondern daß das deutsche Volk in seiner Blindheit vor neuen grausamen Enttäuschungen steht.

Der furchtbarste Eindruck, den das Buch bei dem vorurteilslosen Leser hinterläßt, ist nämlich der, daß, was der Verfasser für die Vorkriegszeit und für die Kriegsjahre feststellt, unvermindert für die Gegenwart gilt. Ist es nicht ein getreues Abbild der jüngsten Vergangenheit (gewaltsame Unterdrückung der Kundgebungen, die sich — im Widerspruch zur Reichsregierung — für ein alsbaldiges Verhandeln mit den Gegnern auf Grundlage einer scharfen Heranziehung der Besitzenden aussprachen, wahrheitswidrige Berichte des WTB. über Vorgänge in der Ruhr usw.), wenn es in der „Tragödie Deutschlands" von der Kriegszeit heißt:

„Man betrachtete das selbständige und insofern relativ zum Staatswillen objektive Urteil als eine ansteckende Krankheit, vor der die Masse der Gesunden (d. h. der vom eigenen Recht Ueberzeugten) mit den bekannten Mitteln der Hygiene (Abschließung, Desinfektion verseuchter Räume usw.) und der Prophylaxis (Ueberschwemmung der Gesunden mit seelischen Seruminjektionen und Einspritzungen, die im Intellekt kräftige Antitoxine gegen k o m m e n d e Kritik schon im voraus entstehen ließen) geschützt werden mußten."

Und ist man nicht unwillkürlich versucht, das Wort „Krieg" durch „Ruhrinvasion" zu ersetzen, wenn man liest:

„Die Alldeutschen treten überall als d i e Patrioten auf. Sie wollten und erreichten es auch, daß im Auslande alldeutsch gleich deutsch gesetzt wurde. Und es gelang ihnen selbst, die Berliner Regierung, zum mindesten während des K r i e g e s, in die Furcht zu versetzen, nicht hinreichend patriotisch zu sein. Diese Furcht erzeugt bei einem Deutschen stets ein Nachgeben gegenüber dem Chauvinismus. Gegen den Vorwurf mangelnden Patriotismus ist der Durchschnittsdeutsche so empfindlich, daß er gar nicht zu untersuchen wagt, ob ihm dieser Vorwurf mit Recht oder Unrecht gemacht wird."

Gedenkt man nicht der ersten Tage nach der Ruhrbesetzung, wenn es von der Schaukelpolitik Bülows gegenüber England heißt:

„Die ganze Kritiklosigkeit des bevormundeten, auf Kommando lachenden und weinenden deutschen Volkes kam in jenen Tagen recht klar zum Ausdruck, und niemand merkte den Schwindel . . ."

Gilt nicht auch für die von Grund aus verfehlte deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, was der Verfasser für eine frühere Periode feststellt:

„Und dann setzt die Heuchelei ein mit all den tausend Mitteln, die sie einem Volke gegenüber hat und sagt: ‚Das ist Vaterlandsliebe, wenn du das tust, was deine Finanzmenschen, deine Börsianer, deine Industriellen, deine Machtbrüller für richtig halten.'

Und das arme Volk — dem niemand die Wahrheit sagt und das in seines Alltags Händearbeit nicht selbst zum Erkennen kommt — ist immer und immer wieder das Opfer. Es schafft und arbeitet, es hungert und friert, es blutet und stirbt — für einen Begriff, der als ein dichter Vorhang vor den Geldbeutel seiner Machtgierigen gehängt wird und so das wahre Motiv politischen Geschehens der Masse und sogar den meisten von denen, die sich klüger als die Masse dünken, verbirgt."

Und um noch einen Augenblick bei der Außenpolitik zu verweilen. Der Verfasser schreibt:

„Bismarck gab uns noch eine Lehre, die nicht verstanden wurde. Er bewies, daß Außenpolitik stets Staatspolitik sein muß. Im wilhelminischen Zeitalter wurde die Außenpolitik aber Interessenpolitik der Hochfinanz, der Großindustrie und der Agrarier, und die Kreise, die am Kriege Gewinn hatten, begannen über die Frage der Kriegsdauer zu entscheiden. Auch Ludendorffs Politik war niemals Staatspolitik, wenngleich es seiner Laienhaftigkeit zugute zu rechnen ist, daß er es wahrscheinlich gar nicht merkte, wenn er der von viel Schlaueren Geschobene war. Helfferich als maßgebender Faktor deutscher Außenpolitik, das wird für alle Zeiten eine Warnung bleiben."

Für alle Zeiten? Der Autor glaubte es vor einem Jahre. Heute aber ist Helfferich wiederum ein maßgebender Faktor deutscher Außenpolitik, so maßgebend wie nur je zuvor. Und Cuno, ein zweiter Michaelis, ist deutscher Kanzler. Wahrlich, die Tragödie Deutschlands ist nicht zu Ende.

Erste Eindrücke in Amerika.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 15. Juni 1923)

Als vor etwa 20 Jahren ein Streik der Fuhrleute in Chicago den Paketverkehr lahmlegte, wurde, um ähnliche Störungen für die Zukunft zu vermeiden, eine Rohrpost eingerichtet, mit der sogar lebende Tiere befördert wurden. Ich fürchtete damals, ein Streik der Straßenbahner würde einmal dazu führen, daß auch wir Menschen einem ähnlichen „Luftdruck" ausgesetzt würden. Das ist ja nun noch nicht geschehen; aber ich bezweifle, daß die Empfindungen, die man bei einer Beförderung „per Rohrpost" haben würde, wesentlich andere wären als die, die man heute in den Expreßzügen der New Yorker Untergrundbahn oder in den Expreßaufzügen der New Yorker Geschäftshäuser hat. Man fühlt sich auch hier, wenn man an zahllosen Stationen bzw. Stockwerken vorbeisaust, als Geschoß und bewundert die Zielsicherheit, mit der man ohne Aufenthalt in einem anderen Stadtteil oder im 20. Stockwerk ankommt. Als ich am Tage nach meiner Landung mit Freunden im 37. Stockwerk eines Wolkenkratzers frühstückte und von mehreren Teilnehmern überlegt wurde, ob nicht ein gemeinsamer Bekannter, den man aufsuchen wollte, in eben dem

Gebäude beschäftigt sei, als ich selbst dort einen anderen Bekannten nur mit größter Mühe ausfindig machen konnte, hatte ich nicht mehr, wie bei früheren Besuchen, den Eindruck: solch ein New Yorker Geschäftsgebäude ist doch eine kleine Stadt, sondern: solch ein New Yorker Geschäftsgebäude ist doch wie eine große Stadt.

Die New Yorker Untergrundbahn arbeitet ohne Fahrkarten und ohne Kontrollierung der Fahrgäste. Man kann den Bahnsteig nur betreten, nachdem man ein Drehkreuz durchschritten hat, das sich erst nach Einwurf von einem Nickel (5 Cents) öffnet. Dann kann man — wenn man Lust hat, man hat aber keine Lust dazu — den ganzen Tag spazierenfahren und verläßt unbeachtet den Bahnsteig. Als einziger Angestellter fungiert ein Geldwechsler, der in der Nähe des Drehkreuzes seinen Schalter hat. Er ist sehr nett — ich wäre es an seiner Stelle aber auch —, denn er hat wirklich nicht viel zu tun. Sein Arbeitstempo ist nicht „amerikanisch". Ich finde hier überhaupt das Arbeitstempo der Bahnangestellten nicht „amerikanischer" als bei uns. Die Abfertigung am Fahrkartenschalter für den Fernverkehr erscheint mir eher langsamer als in Berlin. Wenn wir im Verhältnis zu den Fahrgästen viel mehr Angestellte beschäftigen als Amerika, so vor allem deshalb, weil wir denselben Kontrollapparat in Bewegung setzen für den Reisenden, der auf der Stadtbahn 1 km zurücklegt, wie für den, der von München nach Hamburg fährt. Ich habe durchaus den Eindruck, daß die Kontrollbeamten für den Fernverkehr hier verhältnismäßig zahlreicher sind als bei uns, aber im Nahverkehr: hier ein Geldwechsler, bei uns zahllose Fahrkartenverkäufer und Bahnsteigkontrolleure für Abfahrt und Ankunft.

Wie ist die Stimmung gegenüber Deutschland? Nun, sie ist etwa so wie die Stimmung in Deutschland gegenüber Indien. Man denkt hier also nicht Tag und Nacht an Deutschland. Man fragt den Deutschen, wie es mit Deutschland steht, mit demselben freundlichen Interesse, wie wir uns bei einem reisenden Inder nach Indien erkundigen, voller Hochachtung für die Kultur seines Landes. Man begrüßt den passiven Widerstand an der Ruhr etwa so, wie wir Unabhängigkeitsbestrebungen in Indien gutheißen. Man verallgemeinert Einzelfälle, wie daß eine deutsche Elektrizitätsgesellschaft für die Kilowattstunde soundso viel Eier fordere, etwa so wie wir, als wir als Kinder von der „Sitte" hörten, daß in Indien „die Witwen" verbrannt werden, uns vorstellten, daß in Bombay tagtäglich an den Straßenecken Witwen geröstet werden wie in meiner Vaterstadt Berlin Kastanien. Die erste amerikanische Zeitung, die ich in die Hand nahm, die „New York Sun", enthielt — bei einem Umfang von 44 Seiten Riesenformat — kein einziges Wort über Deutschland. Das war, wie ich bald sah, nur ein Zufall. Andere Zeitungen berichteten ausführlich; sie brachten z. B. ein langes Telegramm aus Berlin, wonach der deutsche Historiker Dr. Max Kemmerich soeben prophezeit habe, Frankreich werde in zwanzig Jahren infolge kolonialer Aufstände, auswär-

tiger Kriege, Revolution und Geburtenrückgang nur noch eine Macht zweiten Ranges sein, während dann Deutschland nach langer Schreckensherrschaft — von 1923 ab Bürgerkrieg in Preußen zwischen Monarchisten und Antimonarchisten; zwischen 1927 und 1931 ein Hohenzoller als Kaiser, der schließlich auf der Flucht nahe der Grenze ergriffen und hingerichtet wird — die mächtigste Nation Europas mit einer monarchischen Regierung nach englischem Muster sein werde. Daneben fand ich auch andere Nachrichten, z. B.: die Franzosen haben die Höchster Farbwerke in Ludwigshafen besetzt. (Lieber Deutscher, sei nicht hoffärtig. Deine Zeitung macht noch ganz andere geographische Schnitzer, wenn sie von Amerika spricht. Vor zehn oder zwölf Jahren berichtete einmal das „Berliner Tageblatt": ein japanisches Schiff sei in Niederkalifornien und unmittelbar danach in Florida gesichtet worden. Wer hat daran Anstoß genommen? Florida ist aber hundertmal so weit von Niederkalifornien wie Ludwigshafen von Höchst, und Ludwigshafen und Höchst sind — bei allem Respekt vor der Chemie — auch keine Kulturzentren.)

Also man interessiert sich hier nur mäßig für Deutschland. Aber, wenn das ein Trost ist: geschimpft wird mehr auf die Franzosen als auf uns. Der Hauptvorwurf, der der deutschen Regierung gemacht wird, ist, sie habe die Markentwertung künstlich herbeigeführt. Dieser Glaube herrscht ja auch in anderen Staaten, und er ist durch den jüngsten Stabilisierungsversuch der Reichsregierung offenbar nicht erschüttert worden. In den hochvalutarischen Ländern, die unter der Zinsenlast der inneren Schuld seufzen — das gilt selbstverständlich auch für Amerika —, sieht man eben in erster Reihe die Entlastung, die der „trockene Bolschewismus", die Expropriierung der Rentner, dem Reichsfiskus gebracht hat. Man weiß aber nicht, daß das Reich eben infolge der Markentwertung als G l ä u b i g e r sehr viel mehr verliert, als es als S c h u l d n e r gewinnt. Dies liegt zum Teil daran, daß man von uns aus sehr viel getan hat, um das Ausland über die Not des deutschen Mittelstandes zu unterrichten, daß man aber sehr wenig getan hat, um die Milliarden, die Landwirte, Fabrikanten und Kaufleute infolge der Geldentwertung auf Kosten des Reichs erspart haben, im Ausland bekanntzumachen. Diese einseitige Berichterstattung erweist sich jetzt als ein schwerer Fehler. Denn selbst die ungünstigste Vorstellung von unserem Steuersystem würde dem Ansehen des Deutschen Reichs hier weniger schaden als der leider so tiefgewurzelte Glaube an den selbstsüchtigen Ruin der Mark durch die deutsche Regierung.

Leibeigenschaft und Reichtum in Amerika.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 22. Juni 1923)

Martin Tabert, ein abenteuerlustiger Junge aus Nord-Dakota, ist nach Florida gewandert, hat dort als blinder Passagier einen Güterzug benutzt, wurde erwischt, zu drei Monaten

Gefängnis verurteilt und nach Landesbrauch als Sträfling an den Meistbietenden verpachtet. Unter der schweren Arbeit, die von ihm verlangt wurde, brach er zusammen, und als die üblichen Prügel nichts halfen, wurde er von dem Büttel seines Pächters totgepeitscht. Darob große Aufregung in der gesamten Presse. Warum? Weil Martin Tabert ein Weißer war.

Die Versteigerung von Sträflingen ist für den Fiskus sehr vorteilhaft. Auf diese Weise, und vielleicht nur auf diese Weise, ist es möglich, aus der Rechtspflege Ueberschüsse zu erzielen. Auch für den pachtenden Unternehmer bietet dies Verfahren große Vorteile. Während der Sklavenhalter seine Sklaven schonen muß, weil er bei allzu rücksichtsloser Ausnutzung Gefahr läuft, die Arbeitskraft zu verlieren, bevor der Kaufpreis abgeschrieben ist, kann der Pächter ohne jedes Risiko aus dem Sträfling die höchstmögliche Arbeitsleistung herausschlagen, da ein vorzeitiger Tod des Sträflings keinen pekuniären Schaden nach sich zieht. Unter diesen Umständen sind natürlich die Produktionskosten sehr niedrig und, wenn ich recht unterrichtet bin, kommt billige Produktion letzten Endes immer dem Konsumenten zugute. Gerade wegen der unverkennbaren Lichtseiten dieses Systems erscheint es mir hie und da notwendig, auf die Schattenseiten zu verweisen. Ich habe dies vor zwanzig Jahren auf Grund persönlicher Eindrücke, die ich in solchen Sträflingslagern gewonnen hatte, in einem Aufsatz in der Wiener Wochenschrift „Die Zeit" getan. Neben den unsäglichen Leiden, unter denen die Sträflinge schmachteten, empfand ich damals als besonders bedrückend die furchtbare Ungerechtigkeit, daß Neger zu langen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, während Weiße, die die gleichen Vergehen begangen hatten, um sie nicht solchen Martern auszusetzen, freigesprochen wurden. Nach den Berichten in der Presse zu urteilen ist als einziger „Fortschritt" gegenüber damals zu verzeichnen, daß die Entscheidungen der Gerichte jetzt „ohne Unterschied der Farbe" gefällt werden. Im übrigen scheint aber das System durch einen Mißbrauch, der meiner Erinnerung nach früher nicht bestand, jetzt noch eine ganz besonders grausige Wirkung auszulösen. Der „Washington Herald" schreibt nämlich:

„Wenn der Richter ehrlich und gewissenhaft ist, entspricht das Urteil der begangenen Missetat. Wenn aber der Richter mit dem Sträflingspächter unter einer Decke steckt, dann steht die Strafe kaum noch in Beziehung zu dem Vergehen.

Je länger die verhängte Freiheitsstrafe ist, desto angenehmer ist das für den Pächter, denn um soviel wertvoller ist der Sträfling für ihn. Der Pächter zahlt nämlich einen bestimmten Preis pro Kopf und Monat für alle Sträflinge, die ihm die zuständige Kreisbehörde schickt. Außerdem aber muß er die Transportkosten vom Gefängnis bis zu seinem Betriebe bei Beginn der Strafzeit und von seinem Betriebe zurück zum Gefängnis bei Ablauf der Strafzeit zahlen. Er muß auch die Sträflinge, solange sie in seinem Gewahrsam sind, ernähren, kleiden, beherbergen und bewachen.

Die Transportkosten betragen also für einen Sträfling, der zu sechs Monaten verurteilt ist, verhältnismäßig nur ein Sechstel dessen, was sie für einen Sträfling, der zu einem Monat verurteilt ist, ausmachen. Das bedeutet eine glatte Ersparnis und einen entsprechenden Profit für den Pächter.

Der zu sechs oder zwölf Monaten verurteilte Sträfling ist aber auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsleistung sehr viel wertvoller als der „kurzfristige". Im ersten Monat ist er ein Neuling bei der Arbeit und noch nicht so abgehärtet, wie er später wird. Er kann nicht soviel leisten wie die andern, bis er nicht die Kniffe gelernt hat. Aus diesem Grunde würde der Pächter die kurzfristigen Burschen lieber nicht nehmen müssen. Transport und Unerfahrenheit machen sie vergleichsweise weniger rentabel."

Der arme Martin Tabert ist elend zugrunde gegangen wie Hunderte vor ihm. Er ist aber nicht umsonst gestorben. Die öffentliche Meinung, die hier im allgemeinen die Klassenjustiz in den Südstaaten „mit unnachsichtiger M i l d e geißelt" (etwa so wie die öffentliche Meinung in Deutschland die Klassenjustiz in u n s e r e m „Südstaate"), ist durch den Fall Tabert in ernste Wallung geraten, und Kongreß und Senat des Staates Florida haben soeben ein Gesetz angenommen, das die Verpachtung von Sträflingen vom 1. Januar 1924 ab verbietet. Hoffentlich ist der Tag nicht mehr fern, an dem dies schimpfliche System auch in den anderen Staaten, in denen es noch besteht, ausgerottet sein wird[1]).

Es bedarf schon eines solchen besonderen Anlasses, damit sich die hiesige öffentliche Meinung mit den Aermsten der Armen beschäftigt. Viel kontinuierlicher ist das Interesse für die Reichsten der Reichen. Erst vor wenigen Tagen hat die „New York Times" wieder einmal versucht, ihre Rangordnung nach dem neuesten Stand festzustellen. Das Ergebnis (in Dollars) ist:

1. Henry Ford (Amerika) 550 Millionen,
2. John D. Rockefeller (Amerika) 500 Millionen,
3. Der Herzog von Westminster (England) 150—200 Millionen,
4. Basil Zaharoff (England) 100—125 Millionen,
5. H u g o S t i n n e s (Deutschland) 100 Millionen,
6. Percy Rockefeller (Amerika) 100 Millionen,

---

[1]) Die Aussichten dafür erscheinen allerdings nicht günstig. Infolge der Vorgänge in Florida hat eine Anzahl Bürger Alabamas die einschlägigen Verhältnisse in ihrem Staate untersucht und alsdann unter Hinweis auf die „gesundheitswidrigen Zustände, die unmenschliche Behandlung, den Mangel einer Aufsicht in sittlicher Beziehung und die schlechten Bedingungen im allgemeinen" die Einstellung der Verpachtung von Sträflingen gefordert. Die Bewegung hat weite Kreise ergriffen. Der Gouverneur von Alabama, Brandon, hat sich jedoch noch im Juli 1923 für Beibehaltung des bestehenden Systems ausgesprochen. Der Staat solle keine Aenderungen vornehmen, bevor nicht eine andere Beschäftigungsart gefunden sei, die es dem Staate ermögliche, die Sträflinge ebenso vorteilhaft zu verwenden wie bisher.

7. Baron H. Mitsui (Japan) 100 Millionen,
8. Baron K. Iwasaki (Japan) 100 Millionen,
9. J. B. Duke (Amerika) 100 Millionen,
10. George F. Baker (Amerika) 100 Millionen.

Nicht aufgenommen sind die Rothschilds, die Guggenheims und andere, weil es sich da um Familienvermögen handelt, die nicht einer einzelnen Person gehören.

Von den zehn reichsten Leuten würden also fünf Amerikaner sein, und es ist von besonderem Interesse, daß von diesen fünf Männern (abgesehen von John D. Rockefeller) keiner vor zwölf Jahren ein ungewöhnlich großes Vermögen besaß. Denn damals standen hier an der Spitze:

1. John D. Rockefeller,
2. Andrew Carnegie († 1919) 300 Millionen,
3. Frederick Weyerhäuser († 1914) 300 Millionen,
4. H. C. Frick († 1919) 150 Millionen,
5. John Jacob Astor († 1912 auf der Titanic) 100 Millionen,
6. James J. Hill († 1916) 100 Millionen,
7. W. K. Vanderbilt († 1920) 100 Millionen,
8. Moses Taylor Pine († 1921) 100 Millionen,
9. J. P. Morgan († 1913) 100 Millionen.

Einer der Gründe für den raschen Wechsel ist darin zu suchen, daß der amerikanische Millionär (ungleich seinem deutschen Kollegen) geneigt ist, einen großen Teil seines Vermögens der Allgemeinheit zu opfern. Hat doch z. B. Carnegie, der schon zu Lebzeiten annähernd 300 Millionen Dollars für Bibliotheken, gemeinnützige Anstalten u. ä. hingegeben hatte, seinen gesamten Nachlaß einer Stiftung vermacht. (Aehnlich soll Rockefeller, der jetzt auf 500 Millionen Dollars geschätzt wird, bis 1921 nicht weniger als 500 Millionen Dollars für wohltätige Zwecke, wissenschaftliche Institute usw. gestiftet haben.)

Im Vordergrunde des allgemeinen Interesses steht jetzt Henry Ford. Vor zwanzig Jahren bestand sein Vermögen in einem Anteil an einer Automobilfabrik, deren Kapital 28 000 Dollars betrug. Heute wird sein Jahreseinkommen auf 119 Millionen Dollars beziffert. Seine Popularität beruht vor allem darauf, daß dank ihm das Automobil heute — man kann fast ohne Uebertreibung sagen — „in keiner amerikanischen Haushaltung fehlt". Als ich vor 17 Jahren zum letzten Mal in den Vereinigten Staaten war, gab es hier etwa ebenso viele Automobile wie jetzt in Deutschland. Heute gibt es hundertmal soviel. In den ersten vier Monaten dieses Jahres hat Ford 561 544 Automobile hergestellt, im April allein 165 582 (im April allein weit mehr, als es überhaupt in Deutschland gibt). Das imponiert dem Amerikaner. Reichtum an sich macht ihm wenig Eindruck. Vor einem Mann wie Stinnes, der nichts „schafft", und der sich darin erschöpft, billig zu kaufen und teuer zu verkaufen, hat er keinen Respekt. Um hier etwas zu gelten, muß der Reiche etwas für die Allgemeinheit leisten. (Billige Phrasen wie „er gibt doch Tausenden von

Arbeitern Brot", oder „er erhöht das Ansehen seines Landes" ziehen hier nicht.) Er muß also entweder (Rockefeller, Carnegie) einen großen Teil seines Vermögens für wohltätige, kulturelle und ähnliche Zwecke opfern, oder er muß mit seiner geschäftlichen Tätigkeit selbst „eine Aufgabe erfüllen", d. h. (wie im Fall Ford durch Erleichterung des Auswärtswohnens und des Reisens) das Leben seiner Mitmenschen reicher gestalten. Die kritiklose Bewunderung geschäftlichen Erfolges, wie sie bei uns namentlich durch das schlechte Beispiel Wilhelms II. großgezogen worden ist, kennt man hier nicht. Infolgedessen hat man auch ein feineres Gefühl für die Grenzen des Könnens erfolgreicher Geschäftsleute. Man weiß hier sehr wohl, daß es Bankiers und Industrielle gibt, die nicht nur ihre Branche kennen, sondern auch etwas von Volkswirtschaft oder von Musik, von Pferden oder von öffentlichen Finanzen verstehen. Aber die bei uns landläufige Meinung, ein erfolgreicher Bankier oder Industrieller sei schlechthin ein Sachverständiger in volkswirtschaftlichen oder staatsfinanziellen Fragen, hat hier keinen Boden gefunden. Es ist überhaupt ein glückliches Land.

Die amerikanische Einkommensteuer.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 29. Juni 1923)

Das Schatzamt der Vereinigten Staaten hat soeben die Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung für 1921 bekanntgegeben. Der Fremde, der den wirtschaftlichen Aufschwung von 1918/19 und die Krise von 1920/21 nicht miterlebt hat, wird vor allem von dem R ü c k g a n g der Steuererträge überrascht sein: sie beliefen sich 1918 auf 1128 Millionen Dollars, 1919 auf 1270 Millionen, 1920 immerhin noch auf 1075 Millionen, 1921 aber nur noch auf 719 Millionen. Dabei war die Zahl der Steuerpflichtigen mit 6 662 000 (1920: 7 260 000, 1919: 5 333 000, 1918: 4 425 000) höher als je zuvor mit Ausnahme von 1920, und das Uebergewicht gegenüber 1919 und allen Vorjahren bleibt auch bestehen, wenn man die 402 000 Steuerpflichtigen des Jahres 1921, die ein Einkommen von weniger als 1000 Dollars versteuerten — vor 1921 waren alle Bezieher eines so geringen Einkommens steuerfrei — ausscheidet.

Der Rückgang in der Zahl der Steuerpflichtigen gegenüber 1920 war besonders stark bei den höchsten Einkommen. Für diese Gruppen ist ein Rückgang allerdings schon seit einer Reihe von Jahren zu beobachten. Die Gesamtzahl von Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von über 300 000 Dollars betrug nämlich in den Jahren 1916—1921: 1296, 1015, 627, 679, 395, 246. Die Abnahme beruht zum Teil auf der Steuerfreiheit immer zahlreicherer Anleihen von Bund, Einzelstaaten und Gemeinden, und da die Steuerfreiheit bei der starken Progression der Einkommensteuer für die höchsten Einkommen besonders fühlbar wird, kann es nicht überraschen, daß gerade die reichsten Leute diese Anleihen mit Vorliebe erwerben, um dadurch in niedrigere Steuerstufen zu gelangen. Es ist jedoch

nicht leicht, ein zutreffendes Urteil über die finanzielle Tragweite dieser Steuerfreiheit zu gewinnen. Im „New York American“ vom 8. Juni behauptet George W. Hinman, die steuerfreien Anleihen seien von 3 Milliarden Dollars in der Vorkriegszeit auf 30 Milliarden Dollars in der Gegenwart gestiegen, und der Steuerausfall betrage etwa 250 bis 300 Millionen Dollars. Im Schatzamt wurde mir aber bedeutet, der Betrag der steuerfreien Anleihen überschreite wohl kaum 15 Milliarden Dollars.

Verhältnismäßig gering war im Jahre 1921 der Rückgang des Einkommens aus Gehältern und Löhnen Es belief sich (einschließlich der Abzüge) in den Jahren 1918—1921 auf 8267, 10756, 15 270, 13 813 Millionen Dollars. Demgegenüber betrug das Einkommen aus selbständiger geschäftlicher Tätigkeit 4630, 6708, 5927, 4170 Millionen Dollars. Das Einkommen aus Vermögen war mit 4848, 4974, 5493, 5345 Millionen Dollars viel gleichmäßiger. Der Anteil des Einkommens aus Gehältern und Löhnen betrug in den vier Jahren 46,6, 47,9, 57,2, 59,2 Proz.

Von den Einkünften aus Gehältern und Löhnen entfällt naturgemäß der größte Teil auf die unteren Einkommenstufen: im Jahre 1921 von den 13 813 Millionen Dollars 10 982 Millionen oder 80 Proz. auf die Einkommengruppen unter 5000 Dollars. Hingegen erbrachten diese Einkommenstufen insgesamt nur 93 Millionen Dollars an Einkommensteuer, d. h. 13 Proz. des Gesamtertrags. Dies liegt daran, daß die Steuer, wie bereits erwähnt, sehr stark progressiv ist. Die „normale Steuer“ betrug nämlich für die ersten 4000 Dollars des steuerbaren Einkommens 4 Proz., für alle weiteren Beträge 8 Proz., die „Zusatzsteuer“ für die ersten angefangenen oder vollen 1000 Dollars, um die das steuerpflichtige Einkommen 5000 Dollars übersteigt, 1 Proz., für die weiteren angefangenen oder vollen 2000 Dollars 2 Proz. usw., endlich für alle 1 Million Dollars übersteigenden Beträge 65 Proz. Abzugsfähig waren bei der Berechnung des steuerbaren Einkommens für die normale Steuer: für einen Ledigen 1000 Dollars, für einen Verheirateten oder Familienvorstand 2500 Dollars (bei Einkommen über 5000 Dollars nur 2000 Dollars), für jedes unterhaltsberechtigte Kind 400 Dollars. Die Wirkung dieser Bestimmungen war, daß die Steuer bei einem steuerpflichtigen Einkommen von 3000—5000 Dollars durchschnittlich nur 1 Proz., bei einem steuerpflichtigen Einkommen von über 1 Million Dollars aber durchschnittlich 64 Proz. betrug.

Trotz der starken Schonung der unteren Stufen erbrachte die Einkommensteuer für 1921, wie gezeigt, 719 Millionen Dollars, d. h. reichlich ein Viertel der gesamten Steuer- und Zolleinnahmen, die ich nach Unterlagen, die mir das Schatzamt freundlicherweise zur Verfügung stellte, auf 2,8 Milliarden Dollars beziffere. In anderen Jahren dürfte der Anteil der Einkommensteuer wesentlich höher sein.

Bei einem Vergleich mit Deutschland fällt vor allem die kleine Zahl von Steuerpflichtigen auf. Während bei uns fast

die Hälfte aller Einwohner selbständig zur Einkommensteuer herangezogen wird, waren es in den Vereinigten Staaten nur 6 Proz. Und während bei uns jetzt die Arbeiter, Angestellten und Beamten 95 Proz. der gesamten Einkommensteuer aus ihrem Arbeitseinkommen aufbringen, liefern in Amerika die 526 000 Zensiten mit einem Einkommen über 5000 Dollars, unter denen sich nur vereinzelt Angestellte und Beamte und überhaupt keine Arbeiter finden, und die im wesentlichen die Bevölkerungsteile umfassen, die bei uns 5 Proz. der Einkommensteuer zahlen, nicht weniger als 87 Proz. des Gesamtertrags.

Während in Deutschland der Steuerabzug vom Lohn jetzt rund ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen des Reichs liefert, beträgt der Anteil der Einkommensteuer der Arbeiter, Angestellten und Beamten an den gesamten Steuereinnahmen der Vereinigten Staaten höchstens ein Dreißigstel.

Inflation und öffentliche Finanzen in Deutschland. [1])

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 6. Juli 1923)

Als ich zum letzten Mal vor 17 Jahren in Amerika war, kam ich auch in die schöne Stadt San Francisco. Sie war nicht so schön wie bei meinem früheren Besuch im Jahre 1901, denn drei Monate zuvor war das entsetzliche Erdbeben gewesen. Aber was mich fast ebensosehr bedrückte wie die furchtbare Veränderung im Aussehen der Stadt war die Veränderung im Benehmen der Bevölkerung. Jedermann glaubte sich berechtigt, ungeheure Preise für denkbar unzureichende Gegenleistungen zu verlangen, und jeder Mißstand, jede Rücksichtslosigkeit, jede Ueberforderung wurde mit der Redensart entschuldigt: „Drei Monate nach dem großen Erdbeben können Sie doch nichts anderes erwarten." An dies Erlebnis habe ich oft nach dem Kriege denken müssen. Jede Regierung und jedes Volk scheint eine solche stereotype Ausrede für alle Unzulänglichkeiten und Mißgriffe gefunden zu haben. Wenn England unter einer wirtschaftlichen Krise leidet, dann ist es der deutsche Schleuderexport, der den meisten Engländern als die Wurzel des Uebels erscheint, obwohl die deutsche Ausfuhr in der Nachkriegszeit tatsächlich kaum der Rede wert war. Wenn in Frankreich die öffentlichen Ausgaben die öffentlichen Einnahmen übersteigen, wenn der Wiederaufbau der zerstörten Städte nicht vorwärtsgeht, so liegt das daran, „daß die Deutschen nicht zahlen wollen", obwohl Frankreich einen großen Fehlbetrag in seinem ordentlichen Haushalt hat, der weder die Reparationen, noch die Pensionen, noch auch irgendwelche Ausgaben für Verzinsung der äußeren Anleihen umfaßt, und obwohl die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, abge-

[1]) Vortrag, gehalten auf der Jahresversammlung der Amerikanischen Gesellschaft zum Studium des Geldwesens (National Monetary Association) in New York am 7. Juni 1923.

sehen von den Städten, großenteils vollendet ist. Und das gleiche gilt für Deutschland. Jeder vermeidliche und unvermeidliche Uebelstand wird mit dem „Vertrag von Versailles" entschuldigt. Ohne den Vertrag von Versailles würden wir, nach der Meinung vieler Deutscher, ausreichend Nahrungsmittel und keinen Mangel an Rohstoffen haben, die Reallöhne wären so hoch wie vor dem Kriege, und der Mittelstand würde nicht Not leiden, die Wohnungsfrage wäre längst gelöst, die Mark würde pari stehen, wir hätten keine Inflation. Sie alle wissen, daß dies eine unsinnige Uebertreibung ist, genau so, wie es eine unsinnige Uebertreibung ist, deutschen Schleuderexport für englische Arbeitslosigkeit oder die deutsche Reparationspolitik für alle finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs verantwortlich zu machen. Die Inflation würde in Deutschland sicher nicht so arg sein, wenn der Krieg durch einen Frieden auf Grund des status quo ante beendet worden wäre. Aber die Hauptursache für die Inflation in Deutschland ist der Ueberschuß der öffentlichen Ausgaben über die öffentlichen Einnahmen, und es ist niemals bewiesen worden, daß, wenn Deutschland keine Reparationen zu zahlen hätte, die öffentlichen Einnahmen die öffentlichen Ausgaben decken würden. Bewiesen ist nur, daß die Reichsfinanzen soweit reorganisiert worden sind, daß die öffentlichen Einnahmen alle öffentlichen Ausgaben, abgesehen von den Reparationszahlungen, deckten. Das aber ist etwas ganz anderes. Da die Reparationen durch Aufnahme neuer Schulden gezahlt wurden, wuchs die Inflation, und die wachsende Inflation machte es immer leichter, die für die Zahlung der öffentlichen Schuldzinsen erforderlichen Summen aufzubringen, obwohl die öffentliche Schuld ständig zunahm. In einer Abhandlung, die ich im Frühsommer 1918 schrieb, stellte ich fest, daß, wenn der Krieg im Herbst 1918 beendet würde, über 50 Proz. aller Reichsausgaben auf den Schuldendienst entfallen würden. Der Krieg wurde im Herbst 1918 beendet, die öffentliche Schuld ist viel mehr gestiegen, als ich annahm, aber im Rechnungsjahr 1921 wurde nur $\frac{1}{6}$, im Rechnungsjahr 1922 nur $\frac{1}{20}$ der ordentlichen Einnahmen von dem Schuldendienst in Anspruch genommen. Die Tatsache, daß die Inflation zu einer Erleichterung der Schuldenlast führte, und daß jede Regierung es gern sieht, wenn ihre Schuldenlast erleichtert wird, hat viele Menschen außerhalb Deutschlands dazu verleitet zu glauben, die Reichsregierung habe die Inflation begrüßt und gefördert. Das ist aber nicht wahr. Zweifellos begrüßten einige kapitalistische Berater der Regierung die Inflation, weil sie an ihr verdienten, und sie mögen für einige Regierungsmaßnahmen verantwortlich sein, die nicht gerade dazu angetan waren, die Inflation einzuschränken. Aber es ist vollkommen ausgeschlossen, daß die Reichsregierung irgendwann die Absicht hatte, die Inflation zu fördern, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde: die Regierung verlor mehr durch die Inflation als sie gewann. Sie gewann nur, insoweit sie Schuldnerin war, aber sie verlor

immer, wo sie Gläubigerin war. Und sie ist in viel höherem Grade Gläubigerin als Schuldnerin, denn sie ist Gläubigerin bei jeder einzelnen Steuer, die sie einzieht.

Als ich diese Ansprache vor ein paar Tagen ausarbeitete, wunderte ich mich, daß, soviel ich sehe, niemand je versucht hat, die Wirkung der Inflation auf das Reich als Schuldner von Anleihen und als Gläubiger von Steuern zu berechnen. Ich habe dann den Versuch gemacht; das Ergebnis wird Sie vielleicht interessieren. Die Ausgaben des Reichs für den Schuldendienst fielen von etwa 20 Millionen Dollars im ersten Vierteljahr 1922 auf etwa 2½ Millionen Dollars im ersten Vierteljahr 1923; die Steuereinnahmen sanken gleichzeitig von 134 auf 52 Millionen Dollars. Die Steuererträge, die für andere Zwecke als den Schuldendienst zur Verfügung blieben, fielen also von etwa 114 auf etwa 50 Millionen Dollars, und ich sehe keinen Posten in den Reichsausgaben (abgesehen vom Schuldendienst), der durch die zunehmende Inflation wesentlich berührt worden wäre. Kann jemand angesichts dieser Zahlen noch behaupten, daß die Inflation ein gutes Geschäft für die Reichsregierung war? Es ist richtig, daß der relative Rückgang der Ausgaben für den Schuldendienst — sie fielen im Verhältnis von 8 zu 1 — viel stärker war als die Abnahme der Steuererträge, die im Verhältnis von 5 zu 2 sanken. Und eine dunkle Vorstellung hiervon mag dazu beigetragen haben, den Irrglauben zu erwecken, der Rückgang des Goldwertes der öffentlichen Schulden habe jede andere erdenkliche Veränderung in unseren öffentlichen Finanzen an Bedeutung übertroffen. Der Hauptgrund aber, warum die Erleichterung der öffentlichen Schuldenlast durch die Inflation so lebhaft kritisiert wurde, während die Wirkung der Inflation auf die Steuereinnahmen außerhalb Deutschlands so wenig Beachtung fand, war, daß das erste Phänomen offen zutage lag, da der Stand der Reichsschuld in der ganzen Welt alle zehn Tage verkündet wird, während — um es milde auszudrücken — die Reichsregierung nicht gerade eine fieberhafte Propaganda entfesselte, um den Rückgang des Realwerts ihrer Steuereinnahmen bekanntzumachen.

Es wird nicht notwendig sein, im einzelnen zu zeigen, warum der Goldwert der deutschen Steuereinnahmen mit dem Fall der Mark gefallen ist. Das mußte so kommen, weil wir keine Steuer haben, deren Erträge schneller klettern als der Dollar, während wir recht viele Steuern haben, die dem Dollar überhaupt nicht folgen (wie die Biersteuer, die Zuckersteuer, die Salzsteuer usw.) oder ihm nur in respektvoller Entfernung folgen (wie die Erbschaftssteuer, die im Rechnungsjahr 1922 nur 3½mal soviel Papiermark brachte wie 1921, weil die Vermögensbewertung hier wie bei allen Besitzsteuern, eben infolge der Geldentwertung, immer mehr hinter der Wirklichkeit zurückbleibt). Andere Steuern, wie die Kohlensteuer, die Weinsteuer, die Umsatzsteuer, passen sich in ihren Erträgen automatisch, wenn nicht dem Dollar, so doch wenigstens der inneren

Kaufkraft der Mark an, da sie in Prozenten des Preises von Kohle, Wein usw. erhoben werden. Unsere wichtigste Steuer, die Einkommensteuer, die über ein Drittel der gesamten Reichseinnahmen erbringt, hat zwei Gesichter. Insoweit sie unmittelbar als Steuerabzug von Gehältern und Löhnen erhoben wird, bevor diese den Arbeitnehmern ausgezahlt werden, folgen die Erträge der Entwicklung der Gehälter und Löhne und sind daher jetzt, wenn auch nicht 1000mal so hoch wie vor zwei Jahren (was dem Steigen des Dollars entsprechen würde), so doch vielleicht 300- oder 400mal so hoch. Aber insoweit die Einkommensteuer aus anderen Einnahmen als Gehältern und Löhnen fließt, wird sie im Verhältnis nicht zu dem gegenwärtigen, sondern zu einem Einkommen, das vor ein oder zwei Jahren verdient wurde, erhoben. In allen diesen Fällen kommt die Markentwertung dem Steuerzahler restlos zugute. Nehmen wir einen Bankangestellten, der in Berlin, sagen wir, 20 Dollars im Monat oder 240 Dollars im Jahre verdient. Die Einkommensteuer, die unmittelbar von seinem Gehalt abgezogen und sofort in die Steuerkasse gezahlt wird, dürfte etwa 20 Dollars im Jahr betragen. Nehmen wir an, sein Arbeitgeber habe 1921 50mal soviel verdient, und er habe dies auch in seiner Steuererklärung zugegeben. Sein Einkommen belief sich dann also im Jahr 1921 auf 12 000 Dollars oder 1 Million Mark. Davon hat er jährlich 380 000 Mk. an Einkommensteuer zu entrichten, und ein Viertel von diesen 380 000 Mk., d. h. 95 000 Mk., hatte er auch noch als Einkommensteuer im ersten Vierteljahr 1923 zu zahlen. Fünfundneunzigtausend Mark waren im ersten Vierteljahr 1923 gleich 4 Dollars gegenüber 5 Dollars, die sein Angestellter in demselben ersten Vierteljahr 1923 zu zahlen hatte, als er nur $^1/_{50}$ soviel verdiente wie sein Arbeitgeber. Das Gesetz, das den Arbeitgeber 38 Proz. seines Einkommens von 12 000 Dollars und den Angestellten 8 Proz. seines Einkommens von 240 Dollars zahlen ließ, war nicht schlecht, aber es hatte eine unerwartete und man möchte sagen, teuflische Auswirkung, als die Mark stürzte. Die Folgen für den Fiskus waren vernichtend. Nach der Veranlagung für 1921 wurden nur 18,6 Proz. des gesamten Einkommensteuersolls aus dem Abzug vom Arbeitseinkommen und 81,4 Proz. aus allen übrigen Quellen erwartet. Statt 81 Proz. brachte das sonstige Einkommen im September 1922: 42 Proz., im Oktober 28 Proz., im November 24 Proz., im Dezember 16 Proz., im Januar 1923: 12 Proz., im Februar 6,4 Proz., im März 5,1 Proz. Die Einkommensteuer von Gehältern und Löhnen erfüllte alle Erwartungen; sie brachte z. B. im ersten Vierteljahr 1923 fast 17 Millionen Dollars, aber die Einkommensteuer aus den übrigen Einkommen, die über 70 Millionen Dollars hätte abwerfen sollen, ergab nur 1⅓ Millionen Dollars.

Es wäre ungerecht zu behaupten, die Reichsregierung habe nichts getan, um den verhängnisvollen Einfluß der Markentwertung auf die Steuereinnahmen zu bekämpfen. Sie hat vielmehr drei verschiedene Mittel versucht:

1. Die Regierung erhöhte von Zeit zu Zeit die Sätze für verschiedene Steuern, die ohne eine solche Erhöhung stets die gleichen Erträge in Papiermark abwerfen würden (z. B. Verbrauchssteuern, die auf soundsoviel Mark per Kilogramm lauten). Aber dies Mittel war recht unwirksam, da es unmöglich mit der Inflation Schritt halten konnte.

2. Die Regierung hat dafür gesorgt, daß im Falle gesetzwidriger Verzögerung der Zahlung, z. B. der Einkommensteuer, für jeden angefangenen oder vollendeten Kalendermonat nach Ablauf der Zahlungsfrist 15 Proz. des fälligen Betrages erhoben werden. Aber dies betrifft nur den Extraschaden, den das Reich in den häufigen Fällen ungesetzlichen Aufschubs der Steuerzahlung erleidet, nicht den „normalen" Schaden infolge des Sturzes der Mark.

3. Die Regierung hat schon am 1. August 1919 ein Zollaufgeld eingeführt, das in Prozenten des Grundzolles (z. B. 500 000 Proz.) ausgedrückt wird, und das tatsächlich ein geeignetes Mittel ist, die Einnahmen des Reiches aus dieser Quelle möglichst stabil zu erhalten. Aber diese Methode, die gut funktioniert, wo es sich um Transaktionen von Geschäftsleuten handelt, die ohnehin auch die meisten anderen Posten der Transaktion in Goldwerten berechnen oder gar zahlen, läßt sich schwer bei anderen Steuern anwenden und wird daher wohl niemals eine weite Verbreitung finden.

Um es kurz zusammenzufassen: die Reichsregierung leidet mehr unter der Inflation als sie dadurch gewinnt; die wachsende Inflation macht es immer unmöglicher, die Ausgaben durch Steuereinnahmen zu decken; die Bemühungen, den verhängnisvollen Einfluß der Inflation auf die Steuereinnahmen auszuschalten, sind fehlgeschlagen. Alle Anstrengungen, die Mark zu stabilisieren, ohne der Inflation ein Ende zu machen, müssen hoffnungslos scheitern.[1])

---

[1]) Auf diesen Vortrag hin erhielt ich folgendes drollige Schreiben:

Preußische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft — Berlin, den 23. Juli 1923.

An die Finanzpolitische Korrespondenz
Berlin-Schlachtensee.

Da wir der Ansicht sind, daß durch Vorträge, wie den in Nummer 25/26 der Finanzpolitischen Korrespondenz vom 6. Juli d. Js. abgedruckten über „Inflation und öffentliche Finanzen in Deutschland", das Ansehen und die Interessen Deutschlands in Amerika nicht gefördert werden, möchten wir mit Ablauf des III. Vierteljahrs 1923 auf das Abonnement für die „Finanzpolitische Korrespondenz" verzichten.

Hochachtungsvoll
Preußische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft
Schwartz (Unleserlich)

Deutsche Kriegsfinanzpolitik in amerikanischer Beleuchtung.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 20. Juli 1923)

Die Amerikaner urteilen im allgemeinen hart über die deutsche Kriegsfinanzpolitik. Wohl erkennen sie an, daß das Reich infolge der politischen Uebermacht der Bundesstaaten in der Einführung scharfer direkter Steuern, insbesondere einer ausgiebigen Einkommensteuer, behindert war; aber sie betonen auch immer wieder, daß die Reichsregierung eine durchgreifende Kriegssteuerpolitik ja gar nicht wollte. „Ungleich Frankreich und Großbritannien plante Deutschland schon bei Kriegsbeginn, seine Kriegsausgaben durch eine seinen Feinden auferlegte Entschädigung zu decken", sagt Friedman in seinem umfassenden Werk „International Finance and its Reorganization", und er und alle anderen Amerikaner, die über die deutsche Kriegsfinanzpolitik geschrieben haben, zitieren zur Begründung ihrer Auffassung den damaligen Reichsschatzsekretär Helfferich, der im Reichstag erklärt habe: „Beim Friedensschluß werden wir unseren Gegnern die Rechnung für den uns aufgezwungenen Krieg präsentieren... das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter dieses Krieges verdient, sie mögen es durch die Jahrhunderte schleppen, nicht wir." Ich benutze denn hier auch jede Gelegenheit, zu betonen, das deutsche Volk habe keineswegs die leichtfertigen Anschauungen Helfferichs geteilt. Die öffentliche Meinung habe schon im ersten Kriegsjahr eine Kriegsgewinnsteuer gefordert, und es sei abermals Helfferich gewesen, der noch im August 1915 gesagt habe: „Wir sind auch der Ansicht, daß die Erhebung einer solchen Steuer erst nach Abschluß des Krieges stattfinden kann." Wenn es nach dem Willen der öffentlichen Meinung gegangen wäre, hätte Deutschland eine Kriegsgewinnsteuer gehabt, noch bevor sie England (im September 1915) einführte. Ich weise auch immer wieder darauf hin, daß, als sich Helfferich endlich im zwanzigsten Kriegsmonat dazu verstand, dem Reichstag einige Steuervorlagen zu machen, der Reichstag in seinen Beschlüssen wesentlich über die Forderungen der Regierung hinausging. Wenn ich dann aber gefragt werde, ob denn nun Helfferich wenigstens jetzt jeden Einfluß auf die Reichsregierung verloren habe, dann muß ich leider eine Antwort geben, die meine Hörer ebensowenig befriedigt wie mich selbst.

In der Verurteilung der deutschen Kriegssteuerpolitik stimmen alle amerikanischen Finanzsachverständigen überein. Weniger gleichmäßig ist ihre Stellungnahme gegenüber der deutschen Kriegsanleihepolitik. In seinem Buch „War Costs and their Financing" sagt Bogart:

„Die neun Reichsanleihen wurden sämtlich zu etwa dem gleichen Emissionskurs begeben und waren sämtlich fünfprozentig. Die Deutschen haben sich ungeheuer viel darauf zugute getan, daß sie imstande waren, die Kriegsanleihen nacheinander etwa zu pari und

ohne Erhöhung des Zinsfußes, was in Großbritannien geschah, und ohne Herabsetzung des Emissionskurses, wie in Frankreich, unterzubringen. Die wirkliche Erklärung für Deutschlands scheinbare Fähigkeit, seinen Kredit trotz der großen Anleihen unerschüttert zu erhalten, ist in den Methoden zu finden, mittels deren man die Bevölkerung dazu veranlaßte, Anleihestücke mit Hilfe von Bankkrediten zu erwerben. Da Geld nicht nur von den Banken, sondern auch von den dazu besonders eingerichteten Darlehnskassen leicht und unter Hingabe jeder beliebigen Sicherheit zu borgen war, konnte niemand die Ausrede gebrauchen, er sei nicht imstande zu zeichnen. Zieht man ferner den gesellschaftlichen und den von der Regierung ausgeübten Druck, der bei den späteren Anleihen tatsächlich auf einen Zwang hinauslief, in Betracht, so ist die Begebung aller Anleihen fast zu pari genügend erklärt. Der Betrug, der an der Masse der Bevölkerung als Ergebnis der inflationistischen Politik geübt wurde, mag dazu beigetragen haben, die herrschende Klasse etwas länger an der Macht zu erhalten, als ohnedem möglich gewesen wäre; aber es war ein furchtbar kostspieliger Weg, um eine kurze Galgenfrist zu erlangen."

Weit milder und auch gerechter urteilt Friedman:

„Die deutsche Kriegsanleihepolitik ging von einer falschen Theorie aus — daß nämlich die dem Feinde auferlegte Entschädigung die Kriegsschuld wettmachen würde. Aber so unethisch auch das Ziel war, die deutsche Kriegsfinanzierung war gut organisiert. Die Anleihen wurden in bestimmten Zeitabständen begeben. Der Zinsfuß war gleichbleibend, und ziemlich gleichbleibend war auch der Ertrag. Die Anleihestücke waren von einheitlichem Typ; es bedurfte keiner Abwechselung in dem Typ der Kriegsanleihen, wie besonders in Frankreich und sogar in Großbritannien, um die Zeichner anzuziehen. Die Anleihen waren in etwa zehn Jahren rückzahlbar. Diese Eigentümlichkeit war ein Zeichen von finanzieller Voraussicht. Bis zum Zusammenbruch Deutschlands bildete die schwebende Schuld nur einen kleinen Prozentsatz der Gesamtschuld — in auffallendem Gegensatz zu Frankreich und sogar zu Großbritannien. . . .

Die Nachteile des übermäßigen Verlasses auf Anleihen zur Finanzierung des Krieges offenbarten sich in der Zunahme der Schuldenlast, in der Steigerung der Verwaltungskosten und in der Steigerung der Lebenshaltungskosten. Als die Einnahmen nicht mehr für den Schuldendienst ausreichten, wurden Steuern notwendig, und sie plötzlich durchzuführen, war sehr schwierig.

Die deutsche Anleihepolitik brach infolge der Länge des Krieges zusammen. Sie war sorgfältig ersonnen, um den Bedürfnissen eines kurzen Krieges zu genügen. Aber sie führte zur Inflation mit allen ihren Folgen . . ."

Im ganzen gewinnt man den Eindruck, daß die Amerikaner die Kriegsfinanzpolitik des Schatzsekretärs Kühn gutheißen, die Politik Helfferichs verdammen, die Politik des Grafen Roedern entschuldigen. Sie erkennen zumeist, daß ein gut Teil der finanziellen Zerrüttung Deutschlands nach dem Kriege auf die Sünden der Kriegszeit zurückzuführen ist, und sie zollen der Finanzpolitik Erzbergers große Hochachtung.

Nachdenkliches aus Amerika.

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 30. Juli 1923)

1. Die Einheitsfront.

Der „Springfield Republican" — in Deutschland wenig bekannt, obwohl er vielleicht die beste amerikanische Zeitung ist — brachte kürzlich einen Aufsatz über die europäische Lage, der nicht nur durch seine Sachlichkeit von den in den Vereinigten Staaten (Deutschland, Frankreich usw.) landesüblichen Artikeln abstach, sondern auch eine Reihe allgemeiner Betrachtungen enthielt, die besonders dazu angetan sind, den Deutschen nachdenklich zu stimmen. Ich möchte hier zunächst das wiedergeben, was er von der Einheitsfront sagt, jener unseligen Parole, um die sich ja auch bei uns seit Jahr und Tag alle Schwächlinge scharen:

„Nehmen wir an, ein Schiff sei auf hoher See, ohne Kapitän, aber unter der Führung eines Ausschusses, dessen Mitglieder uneinig sind über den Kurs, der gesteuert werden sollte. Da ist es sicherlich besser, wenn sie zu einer freundschaftlichen Verständigung kommen und sich z. B. auf einen nördlichen Kurs einigen, obwohl mehrere einen westlichen Kurs empfehlen und andere einen östlichen Kurs fordern, als wenn sie sich in dem Steuerhaus in die Haare geraten. Aber es wäre unsinnig, die Einheitsfront dieser streitbaren Steuermänner einen Triumph zu nennen, wenn der schließlich eingeschlagene Kurs zu einem Schiffbruch führt."

2. Bolschewismus und Hunger.

Der Amerikaner fürchtet den Bolschewismus und sonst nichts auf der Welt. Warum, wo doch Rußland so weit und der fascistische Ku Klux Klan so nah? Die Frage ist ebenso unlogisch wie etwa die: Warum fürchtete der Deutsche Gott und sonst nichts auf der Welt, wo doch die Hohenzollern von Gottes Gnaden herrschten? oder: warum fürchtet der Franzose die Deutschen, da er doch ein so viel stärkeres Heer hat? Furcht ist eben etwas Irrationelles (wenn auch nicht ganz so irrationell wie viele Menschen meinen, denn meist steckt ein böses Gewissen dahinter). Jedenfalls ist die Furcht des Amerikaners vor der Ausbreitung des Bolschewismus über Rußlands Grenzen hinaus eine Tatsache, mit der man rechnen muß. Kein anderes Ereignis in der Ruhr hat hier soviel Beachtung gefunden, wie die kommunistischen Unruhen, und wenn infolge der Maßnahmen der Franzosen eine Hungersnot in der Ruhr droht, dann ist es letzten Endes wiederum die Angst vor dem Bolschewismus, die den Amerikaner aufhorchen läßt.

„Die Franzosen", sagt der „Springfield Republican". „können diese Millionen ebensowenig verhungern lassen, wie die Deutschen in von Bissings Tagen die Belgier verhungern lassen konnten. Erforderlichenfalls wird ein Hoover eingreifen, denn es wäre ein Verbrechen und zugleich eine Dummheit, ohne Zwang zuzulassen, daß eine große Hungersnot sich im indu-

striellen Herzen Europas ausbreitet. Vor allem würde es ja das Wiederaufleben des Bolschewismus stark begünstigen, eine Erwägung, die auf den Verstand vieler Leute wirkt, lange bevor die Tragödie von Menschen, die tatsächlich Hungers sterben, ihre Herzen rührt."

3. Staatsbahnen oder Privatbahnen?

Im Kriege übernahm die Regierung der Vereinigten Staaten die Verwaltung der Privatbahnen. Sie hat sie vor einigen Jahren den früheren Besitzern zurückgegeben. Aber der Gedanke, die Privatbahnen endgültig zu verstaatlichen, beschäftigt hier sehr lebhaft die Gemüter. Dabei ist die Abneigung des Amerikaners gegen die staatliche Bureaukratie stärker denn je, und man glaubt sich in Berlin, wenn man die endlosen Klagen über die Vermehrung der Beamten hört. Wie aber steht es denn damit bei den Privatbahnen?

Nach einem halbamtlichen Bericht des Eisenbahnstatistikers Slason Thompson stieg die Zahl der Bureauangestellten der Privatbahnen von 1895 bis 1920 von 44 305 auf 239 593, d. h. um 441 Proz., während die Zahl der beförderten Personen von 507 auf 1253 Millionen, also nur um 147 Proz., und die Frachten von 697 auf 2305 Millionen Tonnen, d. h. um 231 Proz. stiegen. Gleichzeitig stiegen die Betriebseinnahmen von 1075 auf 6250 Millionen Dollars, d. h. um 481 Proz., die Betriebsausgaben von 726 auf 5951 Millionen Dollars, also um 720 Proz. Im Jahre 1895 brauchten nur 1,75 Proz. der Einnahmen für die Besoldung der Bureauangestellten verwendet zu werden, im Jahre 1920 hingegen 6,21 Proz.

Ein schwerer Vorwurf, den Thompson da gegen das Privatbahnsystem erhebt! Aber nein! Schuld an der starken Vermehrung der Angestellten trägt nach Thompson einzig und allein die Regierung, die zu viele Statistiken anfordert. Mit dem Gelde, das die Privatbahnen jährlich für die Besoldung der Angestellten ausgeben, die überflüssige Statistiken anfertigen, könnten sie „2000 Lokomotiven oder 60 000 bis 70 000 Güterwagen beschaffen oder 1,3 Proz. mehr Dividende ausschütten".

Kollege Thompson möge es mir nicht übelnehmen. Wenn seine Zahlen richtig sind, dürfte es noch einige andere Gründe für die Vermehrung der Bahnangestellten geben als die Vermehrung der überflüssigen Statistik. Jedenfalls wüßte ich, was ich zu tun hätte, wenn ich amerikanischer Eisenbahnpräsident wäre. Ich würde einen von den zehn Millionen Deutschen konsultieren, die ganz genau wissen, daß bei Ueberführung der Reichsbahn in Privatbetrieb das Beamtenheer „selbstverständlich abgebaut" würde.

Nationalisierung der Kohle in Amerika?

(„Finanzpolitische Korrespondenz" 6. August 1923)

Der Amerikaner wird unmodern. Er kann nicht begreifen — was dem gebildeten Deutschen in Fleisch und Blut übergegangen ist —, daß eine Aktiengesellschaft, die eine Bahn oder ein Bergwerk besitzt, berechtigt sein muß, den Betrieb einzustellen, wenn sie sich z. B. mit ihren Arbeitern nicht über die Löhne einigen kann. Man hört hier von Kapitalisten Ansichten über die notwendigen Grenzen privatwirtschaftlicher Betätigung, bei denen sich ein deutscher Sozialdemokrat bekreuzigen würde. Vor kurzem hat Präsident Harding, dessen Kabinett zum nicht geringen Teil aus Multimillionären besteht, eine Kommission eingesetzt, die die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Nationalisierung der Kohle prüfen soll. Die Kommission, die das uneingeschränkte Vertrauen der Kapitalisten genießt, hat soeben, nach achtmonatiger Untersuchung der Anthrazitkohlenfrage, ihr einstimmig gefaßtes Gutachten veröffentlicht. Es verdiente, auch in Deutschland bekanntzuwerden. Der wichtigste Teil des umfangreichen Dokumentes lautet wie folgt:

„Entscheidend in dem Anthrazitkohlenproblem ist die Tatsache, daß diese beschränkten und keineswegs unerschöpflichen natürlichen Lager bisher im uneingeschränkten Privatbesitz ihrer gesetzlichen Eigentümer gewesen sind, um von ihnen nach Belieben ausgebaut oder stillgelegt zu werden, um zu den höchstmöglichen Preisen verpachtet zu werden, um zu solchen Sätzen und auf solche Weise befördert und verteilt zu werden, wie ein doppelköpfiges Eisenbahn- und Kohlensyndikat es vom Standpunkt des privatwirtschaftlichen Profits am vorteilhaftesten finden mochte, um zu Preisen verkauft zu werden, die nur aufrechtzuerhalten waren durch Einschränkung der Förderung und durch Ausschaltung unabhängiger Konkurrenten etwa mittels Festsetzung von Frachtsätzen, die bloß für diejenigen erträglich waren, die sowohl die Bergwerke als auch die Eisenbahnen besaßen, und für die es daher gleichgültig sein konnte, ob ihr Einkommen aus der einen oder der anderen Quelle floß.

Die Kommission empfiehlt nicht die Aufhebung bestehender Eigentumsrechte, soviel auch dafür sprechen mag, daß die Minerallager von vornherein als Nationaleigentum und nicht als Privateigentum hätten behandelt werden sollen. Die Kommission empfiehlt nicht die Verstaatlichung, sei es durch Kauf zum gegenwärtigen Werte oder durch Enteignung. Sie vertritt aber den Standpunkt, daß ein beschränktes natürliches Monopol wie die Anthrazitbergwerke, die einer verhältnismäßig kleinen Zahl von physischen und juristischen Personen gehören, und die Millionen unserer Bevölkerung eine lebensnotwendige Ware liefern, nicht länger behandelt werden dürfen, als ob da kein öffentliches Interesse in Frage stände.

Kohle ist genau ebenso lebensnotwendig wie Gas, Straßenbahnbeförderung oder irgendeine andere Leistung oder Ware, die der öffentlichen Regelung unterstellt worden ist. Nichts

darf dem Publikum als Geheimnis vorenthalten werden, was die Förderungskosten, die Gewinne, die Gehälter, die Löhne oder die gegenseitigen Beziehungen der Werke betrifft. Banken und Versicherungsgesellschaften werden privat betrieben, weil uns die Erfahrung lehrt, daß sie mit größerem Nutzeffekt und wirtschaftlicher nach dem Grundsatz individueller Verantwortung betrieben werden können. Aber sie sind, wie die Eisenbahnen, verpflichtet, einer Behörde Bericht zu erstatten, und sie unterstehen im Interesse der Allgemeinheit einer Regelung, wie sie die Erfahrung für notwendig erweist, und wie sie die öffentliche Meinung von Zeit zu Zeit für richtig erklärt. Der leitende Grundsatz in solchen Unternehmungen ist nicht mehr der größtmögliche Profit für die Eigentümer, sondern die bestmögliche Leistung für die Bevölkerung.

Es ist jetzt sicherlich an der Zeit, denselben Gedanken einer Kontrolle für die Anthrazitkohlenindustrie durchzuführen. Zwar fehlt noch der erforderliche Grundstock von Kenntnissen und Erfahrungen, um schon heute festzulegen, welche Form der Kontrolle oder Regelung sich schließlich als die vorteilhafteste erweisen wird. Aber soviel ist klar: im Betrieb der Kohlenbergwerke muß wie im Betrieb der Eisenbahnen, des Telephons, der Wasserwerke oder der Banken das öffentliche Interesse gewahrt und gefördert werden, und diese Notwendigkeit bestimmt die Grenzen für die Rechte der Bergwerkseigentümer, der Betriebsleiter, der Bergarbeiter, der Kohlenbeförderer und der Kohlenhändler. Die Kommission ist der Ansicht, daß der Grundsatz individueller und körperschaftlicher Verantwortung aufrechterhalten werden sollte, da er wohl am ehesten einen wirtschaftlichen und tüchtigen Betrieb gewährleistet, und daß das öffentliche Interesse hinreichend durch die Schaffung einer Staatsaufsicht gesichert werden kann, die die Macht haben müßte, Berichte über die Finanzgebarung und den Betrieb einzufordern, einheitliche Methoden für die Kostenberechnung vorzuschreiben und die Bedingungen festzusetzen, unter denen Kohlen von einem Bundesstaat in den anderen zu befördern sind.

Der Präsident der Vereinigten Staaten sollte durch den Kongreß ermächtigt werden zu erklären, daß ein nationaler Notstand vorliegt, sobald die Unternehmer und die Bergleute in der Anthrazitindustrie sich nicht über die Arbeitsbedingungen einigen können, oder sobald aus irgendeinem anderen Grunde eine Einstellung des Bergbaubetriebes stattfindet, die die normale Versorgung mit Anthrazitbrennstoffen im zwischenstaatlichen Verkehr ernstlich gefährdet. Er sollte dann den Betrieb der Bergwerke und die Beförderung, die Verteilung und den Kleinverkauf der Kohle übernehmen, mit voller Machtvollkommenheit, die Löhne der Bergarbeiter, die Verkaufspreise der Kohle und — vorbehaltlich einer gerichtlichen Revision — die Entschädigung der Zechen festzusetzen."

Der kundige Leser wird manche Anklänge an den „Sozialisierungsvorschlag“ Rathenaus gefunden haben. Die „Durchsichtigmachung“ der Kosten des Bergwerksbetriebs, die von Rathenau so eindringlich gefordert und von Stinnes so nachdrücklich bekämpft worden ist, spielt in dem Gutachten der amerikanischen Kohlenkommission eine große Rolle. Es zeigt auch, was das deutsche Volk zu erwarten hätte, wenn der „großzügige“ Plan der Vereinigung von Kohlenzechen und Eisenbahnen in derselben Hand nach den Wünschen des Reichsverbandes der deutschen Industrie verwirklicht würde.

Europa im Lichte amerikanischen Humors.

(„Finanzpolitische Korrespondenz“ 12. August 1923)

Es gibt Völker, deren Humor ein völlig verzerrtes Bild von ihrer Lebensanschauung widerspiegelt. Wollte man z. B. das französische Volk nach seinem Humor beurteilen, so käme man wohl zu dem unsinnigen Ergebnis, daß sein Sinnen und Trachten ausschließlich auf Erotik gerichtet sei, ja daß dieses Volk, das erst jüngst in dem Weltkrieg seine ungebrochene Kraft und Zähigkeit aufs neue erwiesen hat, offenbar degeneriert sei. Umgekehrt habe ich immer den Eindruck gehabt, daß der Humor der Amerikaner recht wahrheitsgetreu die Empfindungen zum Ausdruck bringt, die dieses Volk tatsächlich beherrschen. Es erscheint mir daher nicht unnütz, aus der amerikanischen Presse eine Reihe von Glossen zur europäischen Frage anzuführen. Dabei möchte ich vorausschicken, daß die außenpolitischen Glossen in der hiesigen Presse zurzeit keinen guten Maßstab für den amerikanischen Humor im allgemeinen bieten, weil sie großenteils gerade das vermissen lassen, was den Reiz des amerikanischen Humors ausmacht: die Harmlosigkeit. Ueberdies muß ich gerade auf die Wiedergabe der besten Witze verzichten, weil sie aus unübersetzbaren Wortspielen bestehen.

Die deutsche Mark.

Die deutsche Mark beweist der Welt, daß es kein absolutes Nichts gibt.

Die Deutschen beschuldigen die Franzosen, Marknoten zu fälschen. Krieg und Wiederaufbau haben ihren schwachen Sinn für Humor nicht geschärft.

Wenn einen gewöhnlichen Menschen, der nach dem Dach eines fünfzehnstöckigen Gebäudes guckt, schon das Genick schmerzt, was muß da erst die deutsche Mark empfinden, wenn sie zu dem Dollar aufschaut.

Wer will behaupten, aller Glaube sei aus der Welt entschwunden? Einige Leute erwarten eine Markhausse.

Die Reparationsfrage.

Deutschland scheint sich für alles zu interessieren, nur nicht für seine Schulden.

Was den Deutschen am meisten Kopfzerbrechen zu machen scheint, ist, wieso sie nicht die übrige Welt so leicht betrügen können wie sich selbst.

Die Entschädigung, die Deutschland zu zahlen bereit ist, beträgt rund 00 000 000 000 Mark.

Die Sioux-Indianer behaupten, die Vereinigten Staaten schulden ihnen die hübsche Summe von 750 Millionen Dollars. Wir wollen bloß hoffen, daß sie nicht das Pittsburgher Kohlenrevier besetzen.

Deutschland schuldet uns 1 479 064 313 Dollars und 92 Cents. Vielleicht kriegen wir die 92 Cents.

Deutschland kann seine Schulden an die Vereinigten Staaten erst zahlen, wenn es sie in Mark umgerechnet hat, und das mag mehrere Jahre dauern.

Es kann keine Ruhe geben, solange die eine Hälfte der Welt an Deutschland als Schuldner denkt und die andere Hälfte an Deutschland als Kunden.

Der Balkan.

Man kann in Bulgarien sehr alt werden, wenn man Joghurt trinkt und sich von der Politik fernhält.

Bulgarien glaubt, daß es sich zwischen den einzelnen auswärtigen Kriegen hindurchfretten kann, wenn es nur hie und da zur Uebung einen Bürgerkrieg einschiebt.

Die Türken haben Pech. Das Heer hat seit Monaten keinen Sold erhalten, und es gibt da nur wenige amerikanische Touristen, die man gefangennehmen könnte.

Petroleum.

Der Oelzweig kann nicht länger Friedenssymbol sein, er enthält Oel.

Das Räuberunwesen in China scheint so arg zu sein, daß es bei der schweren Verantwortung, die auf uns als den sittlichen Führern der Welt lastet, unsere nationale Pflicht werden mag, hinüberzugehen und die Provinzen, wo die ergiebigsten Petroleumquellen sind, in unsere Obhut zu nehmen.

Die türkische Konzession an Amerikaner muß schon sehr gut sein. Man hat dem Publikum keine Aktien angeboten.

Es sieht ganz so aus, als ob das Bild der internationalen Beziehungen in der allernächsten Zukunft ein Oelbild sein wird.

Weltpolitik.

Ein Engländer sagt, die Amerikaner kennen die Geographie schlecht. Das liegt einfach daran, daß die Europäer sie immerzu ändern.

Einige europäische Länder laden amerikanische Touristen ein hinüberzukommen; aber die Einladung ist nicht so dringlich wie 1917.

Der nächste Krieg wird in der Luft ausgefochten werden. Das wird es den meisten europäischen Staatsmännern ermöglichen, ihn aus nächster Nähe zu betrachten.

Der Diplomatie ist es nicht gelungen, den Krieg zu verhüten, und jetzt ist sie unfähig, einen Frieden zustande zu bringen. Aber abgesehen davon ist sie vortrefflich.

Einen Frieden von der Diplomatie zu erhoffen, erinnert uns an den Mann, der einen Hut trägt, bis er kahl wird, und dann einen Hut trägt, um die Glatze zu verstecken.

Die Franzosen sagen, wir haben mehr Gold als uns gut ist. Nun, wenn wir schon unter etwas leiden sollen, leiden wir vielleicht noch am liebsten unter zuviel Gold.

Wenn das Weltschiedsgericht die Parole bei unseren nächsten Wahlen sein sollte, so werden nicht übermäßig viele Menschen vor Aufregung sterben.

Verstehen Sie das denn nicht? Jede Nation muß eine große Armee und eine große Flotte haben, um den Militarismus bei den anderen Nationen zu schwächen.

Wenn der Richter Gary recht hat und die Welt nichts Besseres finden kann als Christlichkeit, wäre es vielleicht ein guter Gedanke, es einmal damit zu versuchen.

III. BÜCHERSCHAU.

Annuaire Général de la France et de l'Etranger 1923. Paris (1923). Larousse. XXIV + 1104 S.

Die 4. Ausgabe dieses recht brauchbaren Jahrbuchs weist gegenüber dem 3. Jahrgang einige Verbesserungen auf. Die irrige Angabe von 11 zerstörten Provinzen (Jahrgang 1922 S. 110) ist in 10 berichtigt. Die irrigen Angaben über die erlittenen Kriegsschäden (Jahrgang 1922 S. 311) sind aber leider beibehalten worden (S. 262), ebenso die irrigen Angaben über die Bevölkerungsbewegung im Jahre 1915 (S. 110 bzw. 97) und über den durchschnittlichen Weizenertrag im Jahre 1920 (S. 354 bzw. 303). Bei der Roggenernte für 1920 hat sich diesmal (S. 304) ein Druckfehler eingeschlichen. Der durchschnittliche Roggenertrag für 1921 ist falsch angegeben.

Carl Ballod, Der Bankerott der freien Wirtschaft und die notwendigen Finanz- und Wirtschaftsreformen. Jena 1923. Thüringer Verlagsanstalt. 56 S.

Ein guter Kenner der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft erhebt hier seine warnende Stimme. Zum wievielten Male vergebens? Ballod hat sich eben in Deutschland dadurch unmöglich gemacht, daß er gar zu oft richtig prophezeit hat.

Lujo Brentano, Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte. Leipzig 1923. Felix Meiner. 498 S.

Die Sammlung bedarf keiner Empfehlung. Es genügt, der Freude Ausdruck zu geben, daß diese bisher z. T. schwer zugänglichen Reden und Aufsätze nunmehr in handlicher Form vorliegen.

Lujo Brentano, Was Deutschland gezahlt hat. Berlin und Leipzig 1923. Walter de Gruyter. 16 S.

Siehe „Was hat Deutschland an Frankreich gezahlt?" S. 343 ff.

Kate Holladay Claghorn, The Immigrant's Day in Court. New York and London. Harper & Brothers. 546 S.

Dies ist der erste von elf Bänden, die unter dem Gesamttitel „Untersuchungen über Amerikanisierung" mit Unterstützung der Carnegie-Stiftung von Allen T. Burns herausgegeben werden. Wer die erstaunliche Beobachtungsgabe, den rücksichtslosen Bekennermut und die glänzende Darstellungsweise K. H. Claghorns aus ihren früheren Arbeiten kennt, wird mit den größten Erwartungen an diesen Band herangehen. Er wird nicht enttäuscht werden. Es ist eine ebenso gründliche wie lebendige Schilderung menschlicher Hilflosigkeit auf der einen, menschlicher Grausamkeit auf der andern Seite. Durch die Unterstützung dieser Veröffentlichung, die die mitleidslose Ausbeutung der Aermsten der Armen an den Pranger stellt, hat die Carnegie-Stiftung manche Unterlassungssünde wieder gutgemacht.

Paul H. Douglas, Curtice N. Hitchcock and Williard E. Atkins, The Worker in Modern Economic Society. Chicago 1923. The University of Chicago Press. 929 S.

Dieser Band der von L. C. Marshall (Chicago) herausgegebenen Materialien zum Studium der Privatwirtschaft (Materials for the Study of Business) ist ein für amerikanische Studenten bestimmtes Textbuch, das ihnen in Anlehnung an die besten amerikanischen Autoren (auch Marx, Sombart und Gide kommen zu Wort) eine vortreffliche Einführung in die Arbeiterfrage vermittelt. Bei dem Mangel an neuerer fremdländischer Literatur in unseren Bibliotheken wird es auch allen Deutschen, die über die Arbeiterfrage Vorlesungen halten, gute Dienste leisten können.

Manfred Maria Ellis, Deutsche Schriften, gesammelt in drei Bänden von Werner Hegemann. Erster Band (1. Teil: Iphigenie, ein Lustspiel; 2. Teil: Iphigenienromantik, Friedrichslegende, Sühnopferwahn; 3. Teil: Friedrich II. als Werther, Christi Rettung vom Opfertod). Zweite Auflage. Berlin 1924. Sanssouci-Verlag. 646 S.

Werner Hegemann, der mit Recht im Inland und Ausland für einen der kenntnisreichsten und anregendsten städtebaulichen Schriftsteller gilt, spricht hier von Goethe und Iphigenienromantik, von Ludwig XIV. und Voltaire, von Friedrich II. als Werther und als Reichsverderber und von vielem andern so sachkundig und zugleich so geistvoll und so amüsant, daß man seinem Buche nicht nur viele Leser wünschen, sondern vor allem auch fordern muß, daß es nicht von der zünftigen Wissenschaft totgeschwiegen, sondern anerkannt oder nach allen Regeln der Kunst zerzaust werde.

Sigbert Feuchtwanger, Die freien Berufe, im besonderen: die Rechtsanwaltschaft. München und Leipzig 1923. Duncker & Humblot.

Siehe „Die Not der geistigen Arbeiter in Deutschland" S. 252 ff.

Irving Fisher, The Making of Index Numbers. A Study of their Varieties, Tests, and Reliability. Second Edition, Revised. Boston and New York 1923. Houghton Mifflin Co. 526 S.

Die Tatsache, daß dies von der „Pollak Foundation for Economic Research" herausgegebene Standardwerk über Indexzahlen, trotzdem es sich in seiner Gründlichkeit in erster Linie an den Fachmann wendet, schon nach fünf Monaten eine neue Auflage erlebte, ist der beste Beweis, daß es ein wirkliches Bedürfnis erfüllt.

William Trufant Foster and Waddill Catchings, Money. Boston and New York 1923. Houghton Mifflin Co. 409 S.

Wir haben in Deutschland ein Buch mit dem gleichen Titel. Es ist 1918 in vierter Auflage erschienen. Sein Verfasser ist Karl Helfferich. Leider enthält es nicht den Satz, der sich bei Foster und Catchings (S. 59) findet: „Die Bezahlung der Kriegsausgaben durch Steuern kostet ein Volk auf die Dauer weniger als die Bezahlung durch Anleihen." Diese Lücke in dem Buche Helfferichs müssen wir jetzt teuer büßen. Auch die Finanzpolitik der Nachfolger Helfferichs zeigt, daß wir auf dem Gebiete des Geldwesens noch viel zu lernen haben. Deshalb sei dies Werk des Direktors der „Pollak Foundation for Economic Research", Professor Foster, und des Teilhabers der New Yorker Bankfirma Goldman, Sachs Co., Catchings,

warm empfohlen. Foster ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der amerikanischen Gesellschaft zum Studium des Geldwesens; Catchings ist Vorsitzender des Exekutivausschusses.

Das Werk ist der zweite Band der Veröffentlichungen der Pollak-Stiftung. Als erster Band erschien das bekannte Buch Irving Fishers über Indexzahlen (siehe S. 393).

Charles Gide, Les Sociétés Coopératives de Consommation. Quatrième édition refondue. Paris 1924. Société du Recueil Sirey. 328 S.

Die vierte Auflage dieses vor 20 Jahren erschienenen Buches ist um so mehr zu begrüßen, als die französischen Konsumvereine im Gegensatz zu den französischen Gewerkschaften im Verfolg des Krieges einen starken Aufschwung genommen haben. Die Zahl ihrer Mitglieder ist von 865 000 im Jahre 1914 auf 2 498 000 im Jahre 1920 gestiegen. Gide, der noch in der dritten Auflage die Zukunft der französischen Konsumvereine recht skeptisch beurteilte, schreibt heute: „Das Interesse des Publikums hatte bisher als einzige Organe das Parlament und die Presse, die es beide soundsooft verraten haben. Künftig wird es ein neues Organ haben: die Konsumgenossenschaftsverbände."

G. J. Göschen, Theorie der auswärtigen Wechselcourse. Nach der zweiten französischen Ausgabe Léon Say's von Dr. F. Stöpel. Berlin 1923. R. L. Prager. 132 S.

Man muß dem Verleger dankbar sein, daß er gerade jetzt die deutsche Ausgabe der bekannten Schrift durch einen anastatischen Neudruck weiteren Kreisen zugänglich gemacht hat.

E. J. Gumbel, Vier Jahre politischer Mord. Berlin-Fichtenau 1922. Neue Gesellschaft. 151 S. — Derselbe, Verschwörer, Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918. Mit einem Vorwort von A. Freymuth. Wien 1924. Malik. 224 S.

Diese beiden mutigen Bücher, in denen Gumbel das tut, was seit zehn Jahren bei unsern Universitätsprofessoren auf dem Gebiete der Politik als verpönt gilt, nämlich zu s a g e n, w a s i s t, werden zwar der Karriere dieses wissenschaftlich hervorragenden Privatdozenten zunächst nicht förderlich sein, aber sie werden, wenn erst einmal der wüste nationalistische Rausch, der unsere Universitäten umnebelt, verflogen ist und die Erforschung der Wahrheit wieder wichtiger erscheinen wird als die Bekundung einer „guten" Gesinnung, Gumpel einen Ehrenplatz unter den deutschen Historikern sichern.

L. Albert Hahn, Unsere Währungslage im Lichte der Geldtheorie. Frankfurt a. M. 1924. Frankfurter Societäts-Druckerei. 34 S.

Möge dieser Vortrag, den der durch zahlreiche vortreffliche Schriften und Aufsätze über Bank-, Kredit- und Geldwesen bekannte Direktor der Deutschen Effekten- und Wechselbank am 9. Januar 1924 in der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft gehalten hat, recht viele Leser in Deutschland finden! Er könnte so manchem Theoretiker und Praktiker, der da glaubt, von unserer Währungslage eine richtige Vorstellung zu haben, zeigen, daß er auf dem Holzwege ist. Der Vortrag ist infolge der Klarheit der Beweisführung auch für den Laien ohne weiteres verständlich.

Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1922/23. Hamburg (1923). Kommunistische Internationale. 1108 S.

Ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk, von dem man nur wünschen kann, daß es alljährlich erscheinen möge.

Jahresbericht der Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim-Ruhr und Oberhausen 1922.

Siehe „Handelskammern und Politik" S. 326 f.

Siegfried Kawerau, Soziologische Pädagogik. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. Leipzig 1924. Quelle & Meyer. 306 S. — Derselbe, Alter und neuer Geschichtsunterricht (Abhandlungen zur Erneuerung der deutschen Erziehung, herausgegeben von Paul Oestreich, Heft 18). Leipzig 1924. Ernst Oldenburg. 108 S.

In seiner „Soziologischen Pädagogik" behandelt Kawerau, der unermüdliche Vorkämpfer für „Entschiedene Schulreform", zunächst die soziologischen Grundlagen der Erziehung und alsdann die Ideologie der alten und der neuen Gesellschaft und ihre Auswirkung. Wer sich darüber gründlich unterrichten will, was unsere deutsche Schule ist, und was sie sein könnte, lese dieses Buch. Das Heft „Alter und neuer Geschichtsunterricht" sei allen denen empfohlen, die, verwirrt durch den Streit der Meinungen, zu erkennen wünschen, worum es letzten Endes bei den schulpolitischen Kämpfen der Gegenwart geht.

John Maynard Keynes , Ein Traktat über Währungsreform. Uebersetzt von Ernst Kocherthaler. München und Leip- 1924. Duncker & Humblot. 214 S.

Es ist dankbar zu begrüßen, daß von diesem äußerst anregenden Buche so rasch eine deutsche Uebersetzung erschienen ist.

Robert Knauss, Die deutsche, englische und französische Kriegsfinanzierung. Berlin und Leipzig 1923. Walter de Gruyter. 194 S.

Einen guten Prüfstein für die Brauchbarkeit eines Buches über internationale Kriegsfinanzierung bilden die Angaben über die englischen Steuerreformen, denn diese Angaben sind im allgemeinen in der deutschen wie in der ausländischen Literatur recht unzuverlässig. Das Buch von Knauss besteht die Probe nicht gar zu schlecht. Immerhin finden sich eine Reihe störender Fehler: der Teezoll wurde nach 1915 nicht mehr erhöht; ein Zoll auf Hüte wurde überhaupt nie eingeführt; der Zoll auf Filme war ein Maßzoll, kein Wertzoll. Recht ungenau sind auch die Angaben über die Veränderungen in der Zuckersteuer und der Kraftwagensteuer. Der Verfasser hat, so gut es ging, aus zweiten Quellen geschöpft. Nur soll man eben nicht über englische Kriegsfinanzierung schreiben, ohne den Wortlaut der Steuergesetze zu kennen.

Pierre La Mazière. Déshonorons la Guerre! Par les plus grands écrivains français. Paris (1923). Progrès Civique. 279 S.

La Mazière, dessen neuester Roman „Ich werde ein schönes Begräbnis haben" wegen der rücksichtslosen Geißelung des modernen Politikers so großes Aufsehen erregte, schickt mir diese Sammlung von Aussprüchen hervorragender Franzosen (von Brantôme bis Anatole France) gegen den Krieg „in der Hoffnung, daß eine

ähnliche Anthologie bald in Deutschland erscheinen möge". Es wäre in der Tat zu wünschen, daß diese Hoffnung in Erfüllung ginge.

Ellen N. La Motte, The Ethics of Opium. New York and London 1924. The Century Co. 205 S.

Die Verfasserin erblickt in der Einschränkung der Opiumproduktion das einzige wirksame Mittel zur Einschränkung des Opiumverbrauchs. Sie schildert mit Sachkunde die einzelnen Produktionsstätten.

O. Lehnich, Währung und Wirtschaft in Polen, Litauen, Lettland und Estland. Berlin 1923. R. L. Prager. 356 S.

Die fleißige Arbeit bietet, trotzdem sie fast nur aus deutschen Quellen schöpft, wertvolle Einblicke in die jüngste Entwicklung der neuen Staaten Osteuropas.

Ligue des Droits de l'Homme, Le Congrès National de 1923. Paris 1924. 420 S.

Zivilcourage und Gerechtigkeitssinn — zwei Eigenschaften, die den meisten Deutschen heute mehr fehlen denn je — sind das Kennzeichen der Französischen Liga für Menschenrechte. Aus dem reichen Inhalt des Protokolls ihres letzten Kongresses seien hier nur die Reden von Basch und Picard über Ruhr und Reparationen, von Doucedame über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und von Gouttenoire de Toury über die Separatistenbewegung hervorgehoben. (Siehe auch oben S. 363 f.)

Otto Lipmann, Das Arbeitszeitproblem. Berlin 1924. Institut für angewandte Psychologie. 187 S.

Auch wer Lipmanns Berechnungen des wirtschaftlichen Optimalarbeitstages nicht für schlüssig hält, wird die überaus sorgfältige und praktisch angeordnete Zusammenstellung von Angaben über das Verhältnis von Arbeitszeit und Arbeitsleistung aus der Literatur aller Länder zu schätzen wissen.

Hans Luther, Feste Mark — Solide Wirtschaft. Rückblick auf die Arbeit der Reichsregierung während der Wintermonate 1923/24. Berlin 1924. Verlag für Politik und Wirtschaft. 77 S.

Siehe „Luther an das deutsche Volk" S. 355 ff.

Heinrich Mann, Diktatur der Vernunft. Berlin 1923. Die Schmiede. 77 S.

Siehe „Herr Reichskanzler!" S. 138 ff. Das Büchlein enthält außer dem offenen Schreiben an Stresemann drei Aufsätze (Ihr müßt wollen; Europa, Reich über den Reichen; Deutschland und Frankreich) und Manns Rede zur Feier der Verfassung in der Dresdner Staatsoper.

Hermann Montanus, Industrie-Handbuch Westdeutschland. Ausgabe 1922. Siegen (1922). Montanusverlag.

Siehe „Ein aktuelles Industriehandbuch" S. 327 f.

Harold G. Moulton and Constantine E. McGuire, Germany's Capacity to Pay. New York 1923. McGraw-Hill. 384 Seiten. — Dieselben, Deutschlands Zahlungsfähigkeit, übersetzt und ergänzt von R. Kuczynski. Berlin 1924. Verlag für Politik und Wirtschaft. 320 S.

Siehe S. 137 f., 163.

Rist und **Lichtenberger**, La prochaine dernière guerre (Les Réparations par Ch. Rist; La Ruhr par Lichtenberger; Une lettre de W. Foerster). Conciliation Internationale, Bulletin Trimestriel No. 3. La Flèche 1923. 83 S.

Rist gibt ein anschauliches Bild von der brutalen Reparationspolitik Frankreichs und der hinterhältigen Reparationspolitik Deutschlands, von der Sabotage der Reparationen durch Deutschlands Säumigkeit in der Leistung und durch Frankreichs Widerstand gegen die Annahme von Sachlieferungen (siehe auch oben S. 149). Lichtenberger schildert den Ruhrkrieg und liefert damit eine willkommene Fortsetzung seines bekannten Buches „L'Allemagne d'aujourd'hui dans ses relations avec la France", das in der gleichen Sammlung (1923 Bulletin No. 1) erschienen ist.

Ernst Schulze, Die Zerrüttung der Weltwirtschaft. Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. Berlin, Stuttgart, Leipzig 1923. W. Kohlhammer. 782 S. — Derselbe, Not und Verschwendung, Untersuchungen über das deutsche Wirtschaftsschicksal. 1. Band. Leipzig 1923. F. A. Brockhaus. 690 S.

Beide Bände enthalten eine Fülle lehrreicher Einzelangaben. Von einer gründlichen Durcharbeitung des Stoffes ist aber wenig zu merken. Die Schlußfolgerungen sind großenteils oberflächlich. Den Währungs- und Finanzproblemen steht der Verfasser hilflos gegenüber. Das öde Schimpfen auf die Entente muß selbst für Leser, die so etwas lieben, auf die Dauer ermüdend wirken.

Die Tragödie Deutschlands. Von einem Deutschen. Zweite, verbesserte und teilweise umgearbeitete Auflage. Stuttgart 1923. Moritz. 366 S.

Siehe die Besprechung der ersten Auflage S. 368 ff.

Jacob Viner, Dumping: A Problem in International Trade. Chicago 1923. The University of Chicago Press. 343 S.

Siehe „Dumping" S. 338 ff.

Alfred Weber, Die Not der geistigen Arbeiter. München und Leipzig 1923. Duncker & Humblot.

Siehe „Die Not der geistigen Arbeiter in Deutschland" S. 252 ff.

Joseph Whitaker, Almanack 1924. London 1924. LVI + 1079 Seiten. Mit einer Beilage: General Election Supplement.

Die 56. Ausgabe dieses bekannten Jahrbuchs stellt einen Fortschritt gegenüber dem 55. Jahrgang dar. Die Fläche Preußens (S. 794) ist richtig mit 113 750 (englischen) Quadratmeilen (Jahrgang 1923: 101 075), seine Bevölkerung ohne das Saargebiet richtig mit 36 Millionen (Jahrgang 1923: 33 Millionen) angegeben. Die Fläche Bulgariens (S. 770) steht jetzt richtig mit 40 000 Quadratmeilen (Jahrgang 1923: 115 000 Quadratkilometer = 71 457 Quadratmeilen infolge Verwechslung mit dem Verhältnis von Kilometer und Meile). Die Fläche von Deutschland aber (S. 791) erscheint diesmal mit 172 270 Quadratmeilen zu klein, nachdem sie im vorigen Jahrgang mit 208 780 Quadratmeilen viel zu hoch angesetzt war; sie beträgt in Wirklichkeit 182 000 Quadratmeilen. (Im Statesman's Year-Book für 1922 steht Deutschland mit 250 000 Quadratmeilen, Preußen mit 182 000 Quadrat-

meilen![1]) Der Wert der deutschen Mineralproduktion (S. 792) ist für 1912 auf 592 Millionen Pfund beziffert; es liegt hier wohl eine Verwechslung von Pfunden mit Dollars vor. Saarbrücken (S. 787) hat nicht 60 000, sondern 110 000 Einwohner. Mißglückt ist auch der Versuch (S. 527 ff.), die größten englischen Städte in der Reihenfolge ihrer Volkszahl zu beschreiben; Sheffield hat mehr Einwohner als Leeds.

Die Reparationsforderung von 132 Milliarden (S. 793) wurde nicht im Januar 1921 von der Finanzkonferenz in Brüssel — diese fand im Dezember 1920 statt —, sondern von der Londoner Konferenz im Ultimatum vom 5. Mai 1921 festgesetzt. Gegen den 5. Mai scheint Whitaker überhaupt eine Abneigung zu haben. Warum sollte er sonst Napoleons Todestag (S. 787) auf den 21. Mai verlegen? (Daß Meyers Konversationslexikon den 5. März angibt, kann doch nicht schuld daran sein.)

A. Zimmerman, XIV. Bericht des Generalkommissärs des Völkerbundes für Oesterreich. Wien 1924. Verband österreichischer Banken und Bankiers. 38 S.

Diese Monatsberichte, deren vierzehnter die Zeit vom 15. Januar bis 15. Februar 1924 umfaßt, verdienen angesichts der interalliierten staatsfinanziellen Kontrolle, die Deutschland mit Durchführung der Vorschläge der Sachverständigen bevorsteht, besondere Beachtung.

Franz Zizek, Grundriß der Statistik. Zweite, neubearbeitete Auflage. München und Leipzig 1923. Duncker & Humblot. 553 S.

Es ist höchst erfreulich, daß Zizeks Grundriß, der zu den besten statistischen Lehrbüchern nicht nur Deutschlands gehört, schon nach zwei Jahren in einer neuen Bearbeitung erschienen ist.

---

[1]) Statesman's Year-Book vergißt übrigens in seiner langen Aufzählung von Deutschlands Gebietsabtretungen die der Fläche und der Einwohnerzahl nach wichtigste, die Provinz Posen. The World Almanac andererseits (Jahrgang 1923 S. 612) gibt für den an Polen abgetretenen Teil von Schlesien 17 787 (englische) Quadratmeilen mit 3 853 354 Einwohnern an; tatsächlich wurden in Schlesien knapp 1500 Quadratmeilen an Polen abgetreten, und die genannten Zahlen beziehen sich auf die Gesamtabtretungen an Polen.

Biblioteka Śląska

PERSONENVERZEICHNIS.

Aereboe **212/217**
Aristoteles 252
Astor 375
Atkins 393
Aubriant 196
Ayles 150
Baker 375
Balfour 98
Ballod 392
Baptiste **206/208**
Barrès 198f.
Barrière 280
Barthou 325
Basch 198, 396
Baudet 276f.
Beazley 156, 159
Bismarck 204, 370
Bissing 385
Blum 198, 200, 325, 361
Bogart 383f.
Bokanowski 105
Bosquette 170
Brandon 374
Brantôme 395
Brentano **130/133, 248/251,** 343, 392
Briand 194, 198
Brockdorf-Rantzau 131
Bülow 369
Buisson 361
Bunau-Varilla 344f.
Buré 199
Burns 392
Cachin 198f., 325
Caillaux 196/198
Carnegie 375f., 392
Castel 126f.
Castelnau 199
Catchings 393f.
Chamberlain 155
Claghorn 392
Clarkson 156
Cohen **46/50**
Condorcet 280
Conrad 107, 109
Cuno 140, 142, 325, 329, 332, 361, 370
Curzon 156
Dariac 132f.
Daudet 193, 198, 200, 325
Davies 158
Delaisi **22/32,** 345
Demogue 126
Denise 310
Dominique 198
Doucedame 396
Douglas 393
Dryer 159
Dubois 344f.
Duke 375
Eberstadt 349
Eheberg 108f.
Ellis 393
Erzberger 46, 54, 384
D'Estournelles de Constant 151
Eymond 177
Faure 198
Fehrenbach 360
Feuchtwanger 254, 393
Fisher 393f.
Foerster 204f., 397
Ford 374/376
Forgeot 95
Foster 393f.
France 395
Freymuth 394
Frick 375
Friedman 383f.
Friedrich II. 393
Galilei 131
Garcin 284
Gary 391
George 156
Gide **90/94, 148/150,** 188, 361, 393f.
Godart 276/278
Godin 275
Göschen 394
Goethe 204, 208, 393
Goldscheid 348

Gouttenoire de Toury **150/160**, 202 **bis 205**, 396
Gregory 339
Grenouilleau 125
Grey 130
Grinda 282, 285, 288
Groussier 277
Guggenheim 375
Guiton 151
Gumbel 394
Guyot 149
Haas 110, 113
Hahn 394
Harding 387
Heckel 113
Hegemann 393
Helfferich 348, 356f., 370, 383f., 393
Herder 204
Hermes 329
Herriot 196, 198, 200, 209/211, 325
Hertz **218/223**, **260/263**
Hilferding 332, 348
Hill 375
Hinman 377
Hirsch 185
Hitchcock 393
Hock 107/113, 116/120
Hofsletter 281
Hoover 385
Hoschiller 210
Hudson 158
Iwasaki 375
Jastrow **35/45**, **145/148**
Jaurès 289
Jèze 361
Jones 158
Jouhaux 198, 268
Jourdain 281f.
Jouvenel 198
Junius 199
Kahn **192/202**
Kaufmann 107/112, 119/121
Kawerau 395
Keinath 350
Kemmerich 371
Keynes 98, 101f., 395
Knauss 395
Kneeshaw 157
Kocherthaler 395
Krupp 328
Kuczynski 39, 91, 151, 153, 156f., 159, 201/205, 210f., 230f., 235, 239f., 304, 308f., 317f., 361, 365, 396
Kühn 384
Kutner **270/278**
Lamartine 208
La Mazière 395f.
La Motte 396
Landsberg **50/54**
Lasteyrie 31, 94, 105, 177, 258
Lebaudy 315
Leclaire 270, 274f.
Lehnich 396
Lemercier **185/189**, 198, 323
Lichtenberger 149, 397
Lipmann 396
Locker-Lampson 156
Longuet 198
Lotz 107, 110f., 118
Loucheur 132f., 135, 209, 303
Ludendorff 370
Ludwig XIV. 208, 393
Luther 351f., 355/360, 362, 396
Mabilleau 281
Macdonald 156/158
McGuire 137f., 163, 343, 346, 396
Magalion 200
Mann **138/145**, 396
Marshall 393
Marx, K. 393
Marx, W. 355
Maurras 198
Meerwarth, **14/19**, **228/240**
Mellon 103
Merrheim 198
Meyer 79
Michaelis 370
Michelet 206
Mirabeau 280, 370
Mitsui 375
Montanus 327f., 396
Montesquieu 279
Morel 158
Morgan 375
Mosley 156
Most 328
Moulton 137f., 163, 343, 346, 396
Muthesius **290/296**
Napoléon I. 41, 398
Oestreich 395
Painlevé 123f., 196, 198
Paul-Boncour 200
Perdon **279/289**
Perreau-Pradier 105
Picard **266/270**, 319f., 396
Picquenard 278
Piot 198
Poincaré 132f., 142, 194, 198, 200/203, 207/210, 283, 324f., 361
Pollak 393f.
Prager **252/254**
Pyne 375
Quarck **127/129**, **133/136**
Rathenau 135, 147, 218, 326, 389

Reibel 178
Renan 148f.
Renaudel 198, **256/259**
Reuillard 281
Reynaud **181/185**, **208/211**, 319f., 361f.
Ribot 283
Rist 149, 397
Robelin 286
Robert 273
Rockefeller 374/376
Roedern 384
Romier 124
Rothschild 315, 375
Sachs 205
Salvador 281
Sander 317f.
Sarrail 198, 320
Say 394
Schiller 204
Schmidt, J. 94
Schmidt, R. 185
Scholz 355
Schroeder 343
Schultze 151
Schulze 397
Schwartz 382
Schwarz 107/112, 115, 118, 120
Séverine 198
Shaw 130
Silverberg 325
Simons 360
Soltau 156
Sombart 393
Stegemann **54/78**, **303/310**
Stinnes 136, 325, 328, 349, 374f., 389
Stoepel 394
Stolper 350
Stresemann 138/145, 332, 348, 396
Tabert 372/374
Tardieu 198/201
Téry 198
Théry 95
Thyssen 328
Thompson 386
Vanderbilt 375
Vincent 281f.
Viner 338/340, 397
Voltaire 393
Wagner, A. 107/114, 116f., 119/121
Wagner, M. **296/303**
Weber 254, 397
Wendel 124
Westminster 374
Weyerhäuser 375
Whitaker 397f.
Whitley 277
Wilhelm II. 370, 376
Wilson 131, 151f., 193, 325
Wirth 147
Wissell **263/266**
Zaharoff 374
Zimmerman 398
Zizek 398

ORTSVERZEICHNIS.

Aegypten 125, 306f.
Afrika 133, 212, 215, 256
Aix-les-Bains 128
Alabama 374
Algier 34, 104, 312
Amiens 269
Amsterdam 42, 181
Angiers 281
Angoulême 270
Argentinien 97, 306f.
Armenien 306f.
Arras 33
Baden 15
Balkan 25, 160, 390
Baltische Staaten 97, 306f. (siehe auch Estland, Lettland, Litauen)
Barcelona 128
Bayern 15, 374
Belgien 24, 92, 97f., 103., 130, 152, 162, 178, 181, 185/187, 197, 306f., 339, 344, 346, 385
Berlin 12f., 15, 17, 53/85, 182, 194, 203, 213, 228/248, 255f., 292, 318, 328, 332/336, 346, 349, 365/367, 369, 371, 381f., 386
Berlin-Schöneberg 304/310
Béthune 33
Biarritz 128
Birmingham 151, 155/160
Bochum 185, 317f.
Bombay 371
Bordeaux 128, 312
Boston 344
Boulogne 128
Bradford 151
Brasilien 161, 306f
Braunschweig 15
Breslau 213
Bretagne 199
Brüssel 276, 398
Bulgarien 99, 160, 306f., 390, 397
Caerphilly 158
Calais 128
Cambridge 151
Cannes 128
Canton 137
Champagne 206
Chaulnes 308
Cherbourg 128
Chicago 338, 370, 393
Chile 212, 214, 220
China 256, 306f., 340, 390
Compiègne 130
Dänemark 306f., 345
Danzig 162, 306f., 345
Dortmund 185
Dresden 396
Düsseldorf 184, 186, 194
Duisburg 184, 194
Elberfeld 53
Elsaß-Lothringen 19/21, 23/25, 96, 104f., 109, 130, 195, 212, 215, 225, 281, 288, 311f., 345
Erythräa 306f.
Essen 183, 326, 395
Estland 160, 306f., 396
Finnland 160, 306f.
Florida 372/374
Frankfurt a. M. 394
Gelsenkirchen 322f.
Genf 128
Griechenland 97f., 160, 306f.
Großbritannien 6, 23f., 26f., 90, 93, 97, 101, 104, 130, 132, 138, 150, 152/161, 164f., 186, 196f., 209, 249, 306f., 339f., 344, 346, 349f., 354f., 361f., 365, 369, 372, 374, 378f., 383f., 390, 395, 398.
Guise 274/276
Hamburg 15, 17, 355, 368
Hâvre 128
Höchst 372
Hohenzollern 15
Indien 340, 371
Italien 23, 97., 103, 152, 178, 197, 256, 303, 306f., 344
Japan 97, 372, 375
Jugoslawien 92, 97, 160, 306f.
Kanada 340
Köln 13
Konstantinopel 132
Korsika 119
Kuba 161, 306f.
Leeds 151, 398
Leicester 151
Lens 183
Lettland 160, 306f., 396
Lille 197, 274, 312, 314
Litauen 160, 306f., 396
Liverpool 151
Löwen 138
London 92, 99, 128, 138, 151, 158, 164, 240, 349, 360f., 398
Ludwigshafen 372
Luxemburg 104, 303
Lyon 129, 199, 286, 312

Manchester 151
Marokko 137
Marseille 128
Memel 306f., 345
Mentone 128
Mesopotamien 306f.
Meuse, Departement 33, 171
Mexiko 306f.
Montdidier 33
Moskau 198, 267, 269
Mülheim 326, 395
Nantes 199
Narbonne 315
New York 128, 181, 368, 370f., 374, 377f., 394.
Niederkalifornien 372
Niederlande 97, 303, 306f.
Niederschlesien 17
Nizza 128, 282
Nord, Departement 171, 316
Nord-Dakota 372
Normandie 209
Norwegen 306f.
Oberhausen 7, 326, 395
Oberschlesien 15, 17, 161
Oesterreich 28, 43, 98, 130, 160, 303, 306f., 350/352, 398
Oldenburg 15
Ostpreußen 15, 17
Oxford 151
Palästina 306f.
Panama 306f.
Paris 96, 129, 132, 141, 148, 156, 198f., 204, 249, 255f., 270, 274, 276, 310/315, 319, 325, 328, 363
Péronne 33
Peru 306f.
Petrograd 132
Philadelphia 95
Polen 92, 97, 132, 160, 162, 178, 306f., 345, 396, 398
Pommern 15, 17
Portugal 178
Posen 15, 212, 256, 398
Preußen 14f., 50/54, 56/78, 305, 397
Reims 33
Rheinprovinz 15, 132f., 136f., 184 bis 186, 193, 320, 323, 338
Rio de Janeiro 128
Ruhr 3, 5, 10, 22, 123, 136, 147/149, 153, 184/186, 188f., 192/203, 205, 320, 322f., 326/328, 338, 344, 359f., 385, 396f.
Ruhrort 184, 194
Rumänien 92, 97, 149, 160, 306f.
Rußland 25, 28, 43, 90, 92, 96/98, 130, 132, 143, 151, 160f., 212, 278, 306f., 385
Saarbrücken 398
Saargebiet 104, 137, 163, 346, 397
Sachsen 15, 55, 304
St. Etienne 268, 312
St. Nazaire 128
San Franzisco 378
Scapa-Flow 162
Schlesien 397
Schleswig-Holstein 216
Schweden 104, 306f.
Schweiz 97, 102, 181, 306f., 341f.
Seine, Departement 310/312, 314f.
Seine et Oise, Departement 314
Serajewo 84
Serbien 152, 160 344 (siehe auch Jugoslawien)
Shameen 137
Shanghai 137
Shantung 137
Sheffield 398
Siegen 327
Singapore 355
Spa 188, 344
Spanien 23, 97, 104, 178, 306f.
Springfield 385
Stockholm 151
Straßburg 311
Südafrikanische Union 306f.
Suezkanal 125, 274
Syrien 306f.
Thüringen 55
Toulouse 199
Tripolis 306f.
Tschechoslowakei 92, 97, 149, 160, 162, 217, 303, 306f., 345
Türkei 25, 28, 306f., 390
Ungarn 130, 160, 303, 306f.
Uruguay 97
Verdun 206
Vereinigte Staaten 23, 26f., 93, 96—99, 103, 141, 152, 154, 157, 159/163, 181f., 186, 196, 198, 212, 215, 217, 233, 263, 294, 306f., 329, 339f., 344, 346, 361, 365, 368/394, 396f.
Versailles 131, 208
Vichy 128
Waldeck 15
Washington 156, 163, 373
Weimar 149
Westfalen 17, 136, 185
Westpreußen 15
Wien 373
Württemberg 15
Zürich 181

SACHVERZEICHNIS.

Die Angaben beziehen sich nur auf Deutschland (*D*) und Frankreich (*F*).

Abrüstung *D:* 133, 137, 152, 196f., 206f., 320, 391; *F:* 152, 206f.
Aktienkurse *D:* 78/85, 210, 318, 358
Anleihe (siehe Schulden)
Arbeiterleistungen *D:* 10/12, 233f., 260/263, 298f., 303, 396; *F:* 270, 277
Arbeitslosigkeit *D:* 12f., 53, 207, 216, 239, 249, 251; *F:* 22, 27, 256, 281f.
Arbeitszeit *D:* 9f., 13, 228/230, 238f., 242, 244f., 260/263, 396; *F:* 257, 269, 280
Assignaten 41, 43, 98, 102
Außenhandel *D:* 12f., 18f., 42, 45, 104, 150, 163/165, 209, 212/216, 218, 220/222, 232, 235, 248, 250, 349f., 378; *F:* 23/26, 95f., 100f., 104, 124, 149, 256
Bauhütten *D:* 296/303; *F:* 303
Bautätigkeit *D:* 52f., 64, 216, 290 bis 303; *F:* 173/175, 177, 310/316
Besatzungstruppen *D:* 27, 33, 99, 133, 136, 146, 149f., 155, 167, 182, 184, 188, 196f., 320, 324, 326f., 344, 355
Beteiligung an deutscher Vermögensabgabe *F:* 165/167, 182/185, 208/211, 319f., 330, 360f., 363/365
Bevölkeung *D:* 18, 20, 160, 212, 224f., 232, 397f.; *F:* 19f., 33, 95, 134, 175, 177/179, 224f.
Bevölkerungsbewegung *D:* 14/22; *F:* 19/22, 33f., 256, 372, 392
Blockade *D:* 17, 52, 218
Dumping *D:* 12, 338/340
Eheschließungen *D:* 14/17, 19, 21, 52; *F:* 19, 21
Einwanderung *D:* 20f., 212, 216, 233; *F:* 20f., 34, 178, 256
Eisenbahnen *D:* 7f., 10f., 137f., 148, 185/187, 189f., 195, 210, 248/251, 260f., 273, 322, 324, 336/338, 351 bis 353, 359f., 362f., 365, 371, 386, 389; *F:* 128, 175/177, 179f., 257, 266f., 316
Eisenpreis *D:* 6f., 181, 338, 359
Ernährung *D:* 17f., 52, 212/224, 227, 236, 239/242, 253, 261, 333f., 365/367, 379, 385f.; *F:* 227, 257
Existenzminimum *D:* 10/13, 38/40, 52, 231, 233/235, 239/248, 318, 332/336, 365/367
Finanzen (siehe Gemeindefinanzen, Staatshaushalt, Steuern)
Fleischverbrauch *D:* 14f., 212, 334
Frankentwertung 23, 26/28, 32, 89/93, 96f., 99, 103, 124/127, 141, 256f., 259
Frankstabilisierung 101f.
Frauenarbeit *D:* 16
Fremdenverkehr *D:* 71/73, 141; *F:* 96, 101, 117, 127/129, 141
Gebietsverluste *D:* 18f., 52, 104, 137f., 148, 152, 159, 161/163, 215, 224, 233, 293, 364, 398
Geburten *D:* 16/22; *F:* 19/22, 34, 256
Gemeindefinanzen *D:* 50/78, 352f., 360; *F:* 107f., 127/129
Gewerkschaften *D:* 135, 205, 217, 239, 242, 252, 263f., 296, 299, 302; *F:* 22, 135f., 258, 266/270, 276, 282, 286/288, 303, 394
Gewinnbeteiligung *F:* 270/278
Gütertarife *D:* 7f., 10f., 250f., 337f., 362f.
Handelsbilanz *D:* 13, 32, 165, 209, 221; *F:* 22, 24/27, 96, 100/102
Handelspolitik *D:* 13, 38, 164f., 223f., 349, 361f., 365; *F:* 24, 31, 165
Hypothekenschulden *D:* 44f., 224, 250, 309, 319, 330/332, 362/365; *F:* 310, 313/315
Industrie *D:* 11/13, 18, 78/85, 102, 104, 135, 142, 146, 153, 164, 181, 184, 186/188, 190/192, 203, 206/212, 214, 218, 223f., 232, 250, 252, 260/263, 290f, 293, 296, 323/328, 330f., 339, 350/353, 362, 364, 370, 372, 389, 396; *F:* 22/24, 27, 29, 32, 104, 124, 127, 134, 142, 149,

165, 175, 177/179, 182, 186, 194, 257, 271, 273, 277, 282, 287, 323
Inflation (siehe Frankentwertung, Markentwertung)
Kohlenlieferungen *D:* 24, 132, 137f., 148f., 185, 195, 345f.
Kohlenpreis *D:* 5/7, 9, 54, 223, 249, 321f., 338, 359; *F:* 6, 316
Kohlensteuer *D:* 5f., 37, 86, 320 bis 322, 380
Kommunisten *D:* 326; *F:* 193, 198, 267/269, 325, 385
Konsumvereine *D:* 223; *F:* 394
Kriegsentschädigung 1870/71 *F:* 147f., 200
Kurzarbeiter *D:* 12, 239
Landflucht *D:* 16, 233
Landwirtschaft *D:* 15f., 18, 44, 140, 212/227, 232, 252, 260f., 291, 296, 330f., 351/353, 358, 365, 370, 372; *F:* 22/24, 27, 96, 134, 148, 175, 177/179, 224/227, 282, 284, 392
Lebenshaltung *D:* 12, 14/19, 54, 141, 153, 157, 181, 207, 213, 221f., 224, 239/254, 261, 291, 294, 359f., 372, 379, 393, 397; *F:* 28, 96, 141, 270, 282, 289
Lebenshaltungskosten *D:* 9f., 14, 72, 203, 218f., 221, 233, 240, 255f., 384 (s. auch Existenzminimum); *F:* 28, 30/32, 124, 255/259, 282
Löhne *D:* 10, 13f., 44, 46/48, 53f., 60, 164, 181f., 203, 217, 221f., 228/248, 252f., 261/263, 290f., 299, 321f., 327, 339, 351, 356f., 359, 379, 381, 387; *F:* 28, 30, 256/259, 269, 272/275, 280, 283/285
Markentwertung 5f., 10/13, 16, 27, 38/50, 53, 55/75, 79, 89f., 124, 141, 146, 162/165, 182, 184, 203, 210, 213, 216, 218f., 221/224, 229, 235f., 248f., 252f., 260/263, 290f., 294f., 305, 308f., 321, 325f., 329f., 332, 340/343, 346/349, 353f., 361, 364f., 371f., 378/382, 389f., 394, 397
Markstabilisierung 9/11, 32, 50, 166, 183f., 187f., 197, 211, 236, 262, 295f., 324, 352/354, 372, 378, 396
Mietpreise *D:* 12f., 45, 52f., 64, 235, 241f., 292, 294, 308, 310, 334, 365/367; *F:* 124f., 310f., 313, 315
Nationaler Block *F:* 153, 155, 159, 193/196, 198/202, 257, 259, 325f.
Personentarife *D:* 8, 54, 248/251, 337f., 362
Postgebühren *D:* 9, 248/251
Preise *D:* 5/13, 17, 38/40, 42f., 46, 48, 53f., 66f., 70/75, 149, 213, 216, 218/221, 223f., 229/231, 235/237, 239f., 248/255, 262, 290f., 293, 295, 302, 308/310, 332f., 346f., 350f., 356, 371; *F:* 23f., 28, 93, 101, 124, 128, 174, 255/257, 315f., 345 (siehe auch Eisenpreis, Kohlenpreis Mietpreise)
Rentenmark 45, 211, 294/296, 347 bis 349, 352f., 356, 360
Reparationen 13, 18f., 26f., 29, 32, 91/94, 99/103, 123f., 130/211, 260 bis 263, 303, 319f., 323/327, 329f., 336f., 343/346, 352f., 360/365, 379, 389f., 392, 396/398
Ruhrbesetzung 3, 5, 10, 22, 123, 136, 142, 145, 147/149, 153, 184 bis 186, 188f., 192/203, 205, 317, 320, 322/327, 338, 344, 359f., 385f., 396f.
Saargruben 104, 137, 163, 346
Schulden *D:* 44, 46, 52, 137, 141, 155, 162, 166, 183, 188, 190/192, 197, 211, 319f., 323/325, 329, 331f., 336/338, 347, 352f., 356, 360, 379f., 383f., 389f.; *F:* 26/32, 90/104, 123f., 127, 141, 379, 383f.; Interalliierte: 91/93, 95/104, 154f., 158, 196f.
Separatisten *D:* 396
Sicherheit *F:* 22, 98, 133, 160f., 195/197, 199/201, 385
Soziale Versicherung *D:* 53, 280f., 288, 291; *F:* 269, 279/289
Staatshaushalt *D:* 13, 32, 35, 44, 46/48, 50, 52, 54, 147f., 165f., 183, 187/190, 197, 223, 251, 253, 296, 319, 322, 324, 328/330, 336/338, 346, 348, 351/356, 358/362, 372, 378/384, 392f., 395/398; *F:* 22, 27/30, 32, 90f., 93/95, 98/100, 105/124, 132f., 135, 174, 182, 188, 194f., 202, 325, 378f., 395
Sterblichkeit *D:* 17, 19, 21f.; *F:* 19, 21f., 34
Steuern *D:* 10f., 19, 35/41, 44, 46/78, 85f., 89f., 102, 123, 136, 138, 147, 166, 187/190, 210, 219f., 223, 293, 295, 309, 322/329, 331, 334 336, 338, 349, 351f., 354/358, 360 bis 365, 369, 372, 377f., 380/384, 393, 395 (siehe auch Kohlensteuer); *F:* 30/32, 85, 87/90, 94/96, 101/103, 105/123, 126, 128f., 178, 199, 201, 269, 272, 311/313, 325f., 355, 395

Tarifverträge *D:* 229, 242, 245, 253, 260f., 263/266, 299
Ueberfremdung *D:* 163, 203, 303 bis 310, 361—365
Uebervölkerung *D*: 18f.
Vermögensabgabe *D:* 139, 151, 165 bis 170, 184, 187f., 190/192, 319, 329f.; *F:* 100
Vieh *D:* 137f., 148, 212, 215f., 223, 227; *F:* 23, 134, 150, 175, 179, 226f.
Völkerbund 320, 398
Volkseinkommen *D:* 90, 356f.; *F:* 90, 93f., 96f., 100
Volksvermögen *D*: 184, 211, 360; *F*: 29, 92, 95/97, 100, 126f.
Währung (siehe Frankentwertung, Markentwertung)
Wiederaufbau (s. zerstörte Gebiete)
Wohnungswesen *D:* 15f., 50/53, 216, 253, 262, 291/295, 297, 301, 304, 310; *F:* 128, 177, 310/316
Zahlungsbilanz *D:* 163, 303; *F:* 25/27, 95f., 101
Zerstörte Gebiete *F:* 21f., 24, 27, 29/33, 91f., 96, 98/102, 123f., 131, 133/136, 141, 146, 149f., 152, 170 bis 184, 188, 197, 205f., 256f., 303, 316, 378f., 392, 396

INHALT.

Vorwort 3

1. Abschnitt: **Wirtschaftliche Lage.**

Das Kennzeichen des deutschen Wirtschaftsjahres 1923 5
Beziehungen zwischen Wirtschaftslage und Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Von Rudolf Meerwarth, Professor an der Universität Berlin 14

Bevölkerung, Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in Deutschland und Frankreich 19

Die Bilanz der wirtschaftlichen Kräfte Frankreichs. Von Francis Delaisi, Paris 22
Die französische Bevölkerungsbilanz 33

2. Abschnitt: **Finanzen.**

Das Steuersystem der deutschen Republik. Von J. Jastrow, Professor an der Universität Berlin 35
Steuerrecht u. Geldentwertung in Deutschland. Von J. Jastrow, Professor an der Universität Berlin 38
„Mark ist Mark." Von J. Jastrow, Professor an der Universität Berlin 41
Besteuerung und Geldentwertung in Deutschland. Von Arthur Cohen, Professor an der Technischen Hochschule München 46
Städtische Finanzen. Von Otto Landsberg, Stadtrat, Magdeburg 50
Die Berliner Gemeindesteuern 1922/23 und 1923/24. Von Paul Stegemann, Dezernent für Statistik bei der Hauptsteuerverwaltung Berlin 54
Der Kurswert der deutschen Aktien 78

Steuereinnahmen in Deutschland und Frankreich 85

Die öffentlichen Schulden Frankreichs. Von Charles Gide, Professor an der Universität von Paris 90
Die kurzfristigen Schulden Frankreichs 94
Kann Frankreich seine äußeren Schulden bezahlen? 95
Die Einnahmen Frankreichs 105
Der Finanzvorschlag Painlevés 123
Frank ist Frank 126
Das französische Volksvermögen 126
Die Finanzierung der Touristenpflege in Frankreich. Von M. Q. 127

3. Abschnitt: **Reparationen.**

Was uns trennt. Von Lujo Brentano, Professor an der Universität München 130
Der französische Wiederaufbau und die deutschen Zahlungen. Von Max Quarck, Frankfurt a. M. 133
Deutschlands bisherige Reparationsleistungen 137
Herr Reichskanzler! Von Heinrich Mann, München . . 138

Wieviel hat Deutschland bisher geleistet? Von J. Jastrow und Charles Gide 145
Für eine europäische Verständigung. Von Fernand Gouttenoire de Toury und Robert Kuczynski 150

Französische Reparationsleistungen 170
Ein Weg zur Lösung der Reparationsfrage. Von Paul Reynaud, Deputierter der Basses-Alpes 181
Frankreichs Bedingungen. Von Camille Lemercier, Chefredakteur für Außenpolitik am „Oeuvre", Paris 185
Ein französischer Moratoriumsvorschlag 189
Die Ruhr und die Parteien. Von Emile Kahn, Paris . . . 192
Zwei Briefe. Von Fernand Gouttenoire de Toury, Paris 202
Nie wieder! Von Eugène Baptiste, Sekretär der französischen Sektion der „Internationalen Arbeiterhilfe" 206
Zu einem deutsch-französischen Modus vivendi durch Lösung der Reparationsfrage. Von Paul Reynaud, Deputierter der Basses-Alpes 208

4. Abschnitt: **Ernährungsfrage.**

Deutschlands Ernährungslage in Gegenwart und Zukunft. Von Friedrich Aereboe, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin 212
Die Getreidebewirtschaftung in Deutschland. Von Paul Hertz, Mitglied des Reichstags 218
Markverfall und Ernährungslage. Von Paul Hertz, Mitglied des Reichstags 221
Zur Lage der deutschen Landwirtschaft 223

Getreideernte in Deutschland und Frankreich 224

Die französische Milchwirtschaft 226

5. Abschnitt: **Lebenshaltung und Löhne.**

Zur neueren Entwicklung der Arbeiterlöhne in Deutschland. Von Rudolf Meerwarth, Professor an der Universität Berlin 228
Existenzminimum und Löhne in Berlin 240
Kulturfeindliche Finanzpolitik. Von Lujo Brentano, Professor an der Universität München 248
Die Not der geistigen Arbeiter in Deutschland. Von Max Prager, München 252

Großhandelsindex in Deutschland und Frankreich 255
Lebenshaltungsindex in Berlin und Paris 255

Die Lage der Lohnempfänger in Frankreich. Von Pierre Renaudel, Paris 256

6. Abschnitt: **Arbeiterfrage.**

Achtstundentag und Reparationen. Von Paul Hertz, Mitglied des Reichstags 260
Schlichtungswesen und Zwangstarifverträge in Deutschland. Von Rudolf Wissell, Mitglied des Reichstags und des Reichswirtschaftsrats, Berlin 263

Gewerkschaftliche Strömungen in Frankreich. Von Roger Picard, Professor an der Universität von Paris 266
Die Gewinnbeteiligung in Frankreich. Von Séverin Kutner, Paris 270
Der Entwurf eines französischen Sozialversicherungsgesetzes. Von Robert Perdon, Vorsitzender des Verbandes der Arbeiterhilfskassen auf Gegenseitigkeit, Paris 279

7. Abschnitt: **Bautätigkeit und Grundstücksmarkt.**

Die Bautätigkeit in Deutschland. Von Hermann Muthesius, Berlin 290
Die deutschen Bauhütten. Von Martin Wagner, Sekretär des Internationalen Baugildenverbandes, Berlin 296
Die Ueberfremdung des deutschen Hausbesitzes. Von Paul Stegemann, Dezernent für Statistik bei der Hauptsteuerverwaltung Berlin 303

Zur Wohnungsfrage in Frankreich 310
Wohnungsfürsorge in Frankreich 312

Anhang.

I. Ein Deutscher über Deutschland 317
II. Briefe aus Amerika 368
III. Bücherschau 392

Personenverzeichnis 399
Ortsverzeichnis 402
Sachverzeichnis 404

VORWÄRTS BUCHDRUCKEREI UND VERLAGSANSTALT BERLIN SW 68

Von dem Herausgeber sind früher erschienen:

Der Zug nach der Stadt. Stuttgart 1897. J. G. Cotta. 284 S.

Die heutige Grundlage der deutschen Wehrkraft. (Brentano u. K.) Stuttgart 1900. J. G. Cotta. 132 S.

Die Einwanderungspolitik und die Bevölkerungsfrage der Vereinigten Staaten von Amerika. Berlin 1903. Leonhard Simion. 35 S.

Ist die Landwirtschaft die wichtigste Grundlage der deutschen Wehrkraft? Berlin 1905. Leonhard Simion. 75 S.

Die Entwicklung der gewerblichen Löhne seit der Begründung des Deutschen Reiches. Berlin 1909. Georg Reimer. 112 S.

Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika 1870—1909. Berlin 1913. Julius Springer. 817 S.

Unsere bisherige und unsere künftige Ernährung im Kriege. (K. u. Zuntz.) Braunschweig 1915. Friedr. Vieweg. 85 S.

Die Wohnungsfrage vor und nach dem Kriege. Berlin 1916. Karl Siegismund. 47 S.

Das Wohnungswesen und die Gemeinden in Preußen: Städtische Wohnungsfürsorge. Breslau 1916. Wilh. Gottl. Korn. 354 S.

Der Pflichtteil des Reiches. (K. u. Mansfeld.) Berlin 1917. Julius Springer. 42 S.

Wohnungsnot bei Friedensschluß? Berlin 1917. Carl Heymann. 48 S.

Unsere Finanzen nach dem Kriege. Berlin 1917. Julius Springer. 31. S.

Unsre Finanzen. Berlin 1919. Gesellschaft und Erziehung. 106 S.

Schulden, Steuern und Valuta. Berlin, Stuttgart 1920. J. H. W. Dietz. 23 S.

Ein Reichsfinanzprogramm für 1920. Tübingen 1920. J. C. B. Mohr. 66 S.

Ein Ausweg. Berlin 1921. Hans Robert Engelmann. 54 S.

Reichseisenbahnen und Reichsfinanzen. Berlin 1922. Hans Robert Engelmann. 79 S.

Jahrbuch der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ 1920: 137 S., **1921:** 72 S. + 67 S., **1922:** 84 S. + 43 S.

Das Handwerkszeug der Bibliothekare und Gelehrten.

Die schlimmsten Zeiten für Deutschland sind — hoffentlich für alle Zeit — vorüber, überall regt sich wieder Fleiß und Arbeitslust. Wieder ist es, wenn auch vorläufig nur in bescheidenem Ausmaß, möglich, Bücher zu kaufen, Studien zu treiben und einen Teil der ausländischen Literatur bei den Forschungen zu berücksichtigen. Nur dadurch kann die Wissenschaft wieder auf den Vorkriegsstand gebracht werden und nur dadurch kann ein geistiger Austausch zwischen den Gelehrten der verschiedenen Nationen vermittelt werden. Da es natürlich aber weder den Bibliotheken noch dem Privatmann möglich ist, alle Bücher anzuschaffen, so ist es nötig, eine Auswahl zu treffen, und besonders für den Gelehrten, nur das auszuwählen, was er gerade für sein bestimmtes engeres Gebiet gebraucht. Wonach aber eine solche Auswahl treffen? Einmal ist es den verschiedenen wissenschaftlichen Zeitschriften, die Bücher anzeigen und Rezensionen bringen, aus Platzmangel nicht möglich, alles zu verzeichnen, und zweitens werden die Besprechungen oft erst nach so langer Zeit erscheinen können, daß eine grundlegende oder wichtige Arbeit einfach aus Unkenntnis nicht berücksichtigt wird und dadurch die neu herausgekommene Schrift nicht auf dem wirklichen Stande der Wissenschaft steht. Hier hat die Wiederaufnahme einer bis zu dem Kriege in fast 32 Jahren erschienenen und damals dann eingegangenen Bibliographie abgeholfen. In neuem Gewand, nach wissenschaftlichen Prinzipien geordnet — getrennt die Rechtswissenschaften und die Staatswissenschaften — erscheint R. L. Pragers Bibliographie der Rechts- und Staatswissenschaften wieder. Sie hat soeben ihren ersten Jahrgang von 4 Heften vollendet, der — mit einem alphabetischen Sach- und einem alphabetischen Autorenregister — erst die richtige Möglichkeit zu einer dauernden Benutzung gibt.

Die einzelnen Abteilungen, von denen nur einige genannt werden: Rechtsphilosophie, Rechtsgeschichte, Bürgerliches Recht, Handelsrecht, Kirchenrecht, Staatsrecht, Internationales Recht, Gesetze, Soziologie, Wirtschaftsgeschichte, Sozialismus, Revolutionäre Bewegungen, Gewerkschaften, Genossenschaftswesen, Kartelle, Finanzwesen, Welthandel, Politik, Rußland usw., verzeichnen die deutsche und ausländische Literatur. Aber nicht nur die Bücher sind in die Bibliographie aufgenommen, sondern auch die Gesetzentwürfe, Materialien (soweit erreichbar), die Dissertationen und vor allem die wichtigsten deutschen Zeitschriften-Aufsätze. Gerade durch letzteres wird eine besondere Lücke ausgefüllt, und jeder geistig Schaffende wird die Bibliographie halten und sie dauernd zu Rate ziehen. Neben dem bibliographischen Teil registriert sie auch die im vergangenen Quartal vorgekommenen Veränderungen im Bibliotheks- und Universitätswesen und bringt regelmäßig Aufsätze bio- und bibliographischen Inhalts und Abhandlungen über die neuesten Forschungen auf obigem Gebiete sowie deren Forschungsinstituten. Ein Anhang mit einer Auswahl antiquarischer Werke unterrichtet den Interessenten über die zuletzt eingetroffenen Antiquaria. Die Bibliographie ist beim Verlag R. L. Prager, Berlin NW. 7, Mittelstraße 21, oder bei jeder Buchhandlung zum Preise von Goldmark 4,20 für den ganzen Jahrgang von 4 Heften — franko — einschließlich der alphabetischen Register über den ganzen Jahrgang zu beziehen.

Im Verlage von

R. L. PRAGER, Berlin NW 7, Mittelstr. 21

sind die angegebenen Werke aus folgenden Wissensgebieten erschienen:

A. Bibliographie

LENIN. Eine Bio-Bibliographie. Von Ernst Drahn. GM. 1,20

Die Bibliographie der sozialen Frage und des Sozialismus. Von Ernst Drahn. GM. 0,25

R. L. PRAGER'S BIBLIOGRAPHIE DER RECHTS- UND STAATS-WISSENSCHAFTEN mit einer Beilage **„Der Antiquariatsmarkt".** Jährlich 4 Hefte von à ca. 3 Bogen. Abonnement pro Jahrgang GM. 4,20 franko. Inhalt: Bibliographische Aufsätze, Verzeichnis der deutschen u. ausländischen Werke, Nachrichten über Bibliotheken etc.

B. Geld- und Währungswesen und Wirtschaftsfragen

Theorie der auswärtigen Wechselcourse. Von G. J. Göschen. GM. 4,—

Die italienischen Wechselkurse 1914—1919. Von K. Obenaus. GM. 1,—

Das Papiergeldwesen im Räterußland. Von M. Feitelberg. GM. 1,—

Die ökonomische Entwicklung Europas bis zum Beginn der kapital. Wirtschaftsform. Von M. Kowalewsky. 7 Bde u. Reg. GM. 28,—

Währung und Wirtschaft in Polen, Litauen, Lettland und Estland. Von O. Lehnich. Br. GM. 10,—; geb. GM. 12,—

Capitolare dei Visdomini del Fontego dei Todeschi in Venezia. Von G. M. Thomas. Br. GM. 16,—; Geb. GM. 18,—

C. Genossenschaftswesen

Anthologie des Genossenschaftswesens. Zusammengestellt von Dr. V. Totomianz. Hlwd. GM. 6,—, und von demselben Autor:

Theorie, Geschichte und Praxis der Konsumentenorganisation. Zweite umgearbeitete Auflage. Br. GM. 7,—; geb. GM. 9,—

Die Genossenschaftsbewegung in Japan. Von K. Ogata. Aus dem Englischen übersetzt. Mit Vorrede von Prof. Sidney Webb. Ca. 400 S. Br. ca. GM. 9,—; geb. GM. 10,50 (in Vorbereitung)

D. Sozialismus und Anarchismus

Preis und Mehrpreis in der kapitalistischen Wirtschaft. Kritik der Marx'schen Werttheorie. Von A. Graziadei. Br. GM 5,—; geb GM. 7,—

Der Apostel des Egoismus. Max Stirner und seine Philosophie des Anarchismus. Von M. Kurtschinsky. Br. GM. 4,—; geb. GM. 5,50

E. Klassiker der Volkswirtschaft

T. R. MALTHUS:
Versuch über das Bevölkerungsgesetz. GM. 4,—
Grundsätze der politischen Oekonomie. GM. 4,—

LOUIS BLANC:
Organisation der Arbeit. GM. 3,—

J. C. L. SIMONDE DE SISMONDI:
Neue Grundsätze der polit. Oekonomie. 2 Bde. GM. 5,—

W. THOMPSON:
Untersuchung über die Grundsätze der Verteilung des Reichtums. 2 Bde. GM. 6.—

Ausführliche Verlagsprospekte bitte ich zu verlangen

Biblioteka Śląska w Katowicach
Id: 0030000396377
II 358988
SL
K 46